

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte --
143/44.2018/19

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN770142370_2018_19

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

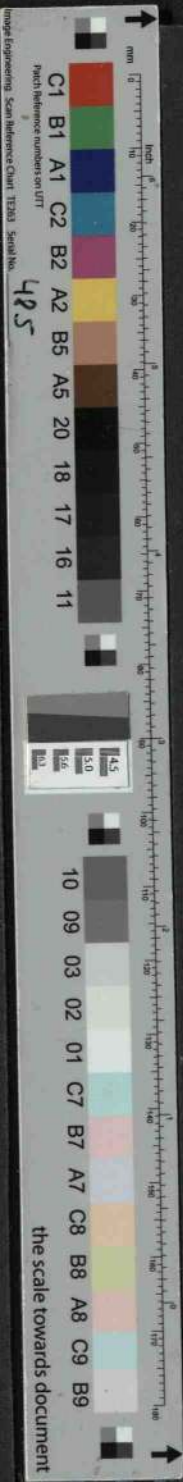
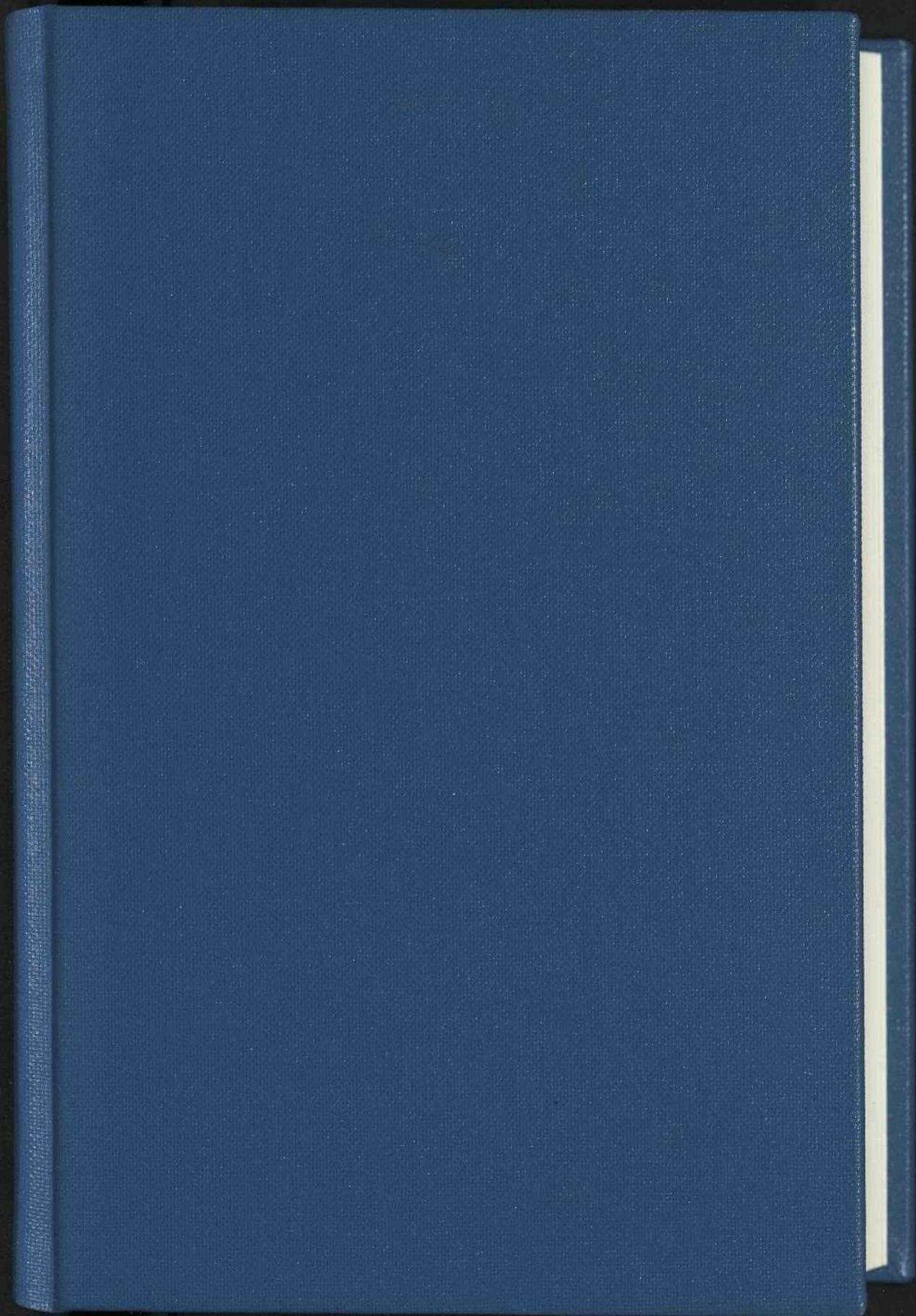
Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

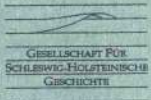
Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

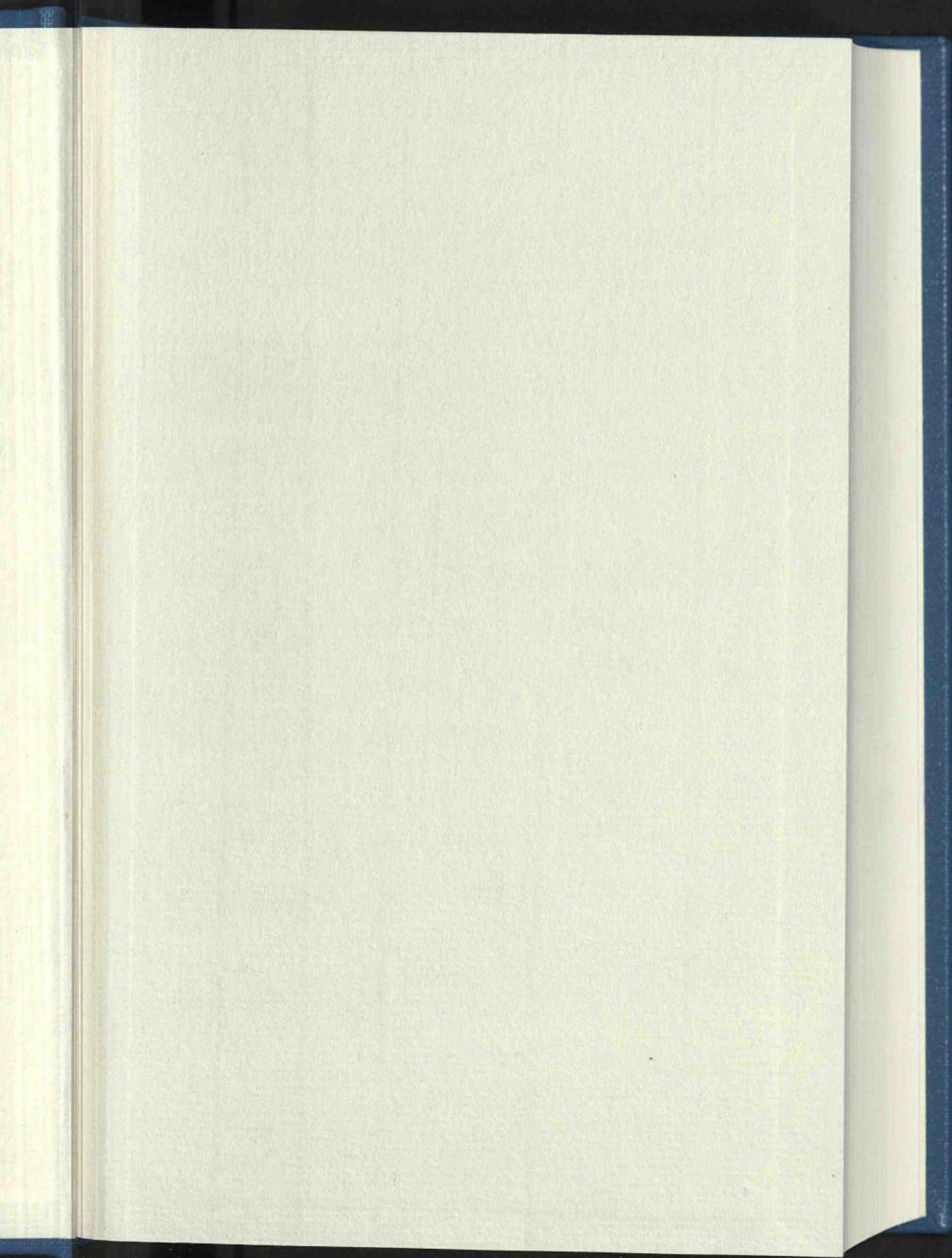




Band
143/144


Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

2018/2019



1111111111

G
S HLE



GESELLSCHAFT FÜR
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE
GESCHICHTE

Zeitschrift der
Gesellschaft für
Schleswig-Holsteinische
Geschichte

Im Auftrag der Gesellschaft
herausgegeben von
Detlev Kraack

Band 143/144 · 2018/2019

Matthiesen Verlag

11. 1001 1111

f

SUB Hamburg



A/731635

Zeitschrift der Gesellschaft
für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Im Auftrag der Gesellschaft
herausgegeben von Detlev Kraack

Band 143/144

2018/2019

MATTHIESEN VERLAG
HUSUM



Jeder Autor ist für seinen Beitrag verantwortlich.

ISSN 0072-4254

ISBN 978-3-7868-5603-0

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, insbesondere für Vervielfältigungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie der photomechanischen Wiedergabe, der Übersetzung, der Verfilmung, des Fernsehens und des Vortrages, vorbehalten.

Matthiesen Verlag

Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, Husum

2018/2019

Redaktionsausschuss

Für den Aufsatzteil: Dr. *Melanie Greinert*, Kiel – Dr. *Martin Klatt*, Sonderburg – Prof. Dr. *Detlev Kraack*, Plön (Herausgeber) – Prof. Dr. *Martin Rheinheimer*, Odense.

Für den Besprechungsteil: Dr. *Jens Ahlers*, Rendsburg (federführend) – Dr. *Martin Göllnitz*, Mainz – Dr. *Hans-F. Rothert*, Kiel.

Manuskripte für die Schriften der Gesellschaft bitten wir an Dr. *Melanie Greinert*, Gneisenaustraße 16, 24105 Kiel (E-Mail: melaniegreinert@gmx.de; Tel. 017683205186) zu senden. Die Verfasserinnen und Verfasser werden gebeten, ihre Manuskripte vollständig und druckfertig abzuliefern und sich an die Richtlinien zur Manuskriptgestaltung zu halten, wie sie in diesem Band angegeben sind.

Eingereichte Aufsatzmanuskripte werden vor der Veröffentlichung extern begutachtet (peer review).

Die Manuskripte für den Aufsatzteil des Bandes 145 (2020) müssen bis zum 1. Juli 2019 eingegangen sein.

Besprechungsexemplare bitten wir an Herrn Dr. *Jens Ahlers*, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Am Wall 47/51, 24103 Kiel, zu schicken.

Tauschexemplare bitten wir an die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Wall 47/51, 24103 Kiel, zu schicken.

Beitritt, Wohnungswechsel, Änderung der Bankverbindung sowie alle Änderungen, die für das Mitgliederverzeichnis von Bedeutung sind, bitten wir unserer Sekretärin mitzuteilen: *Maren Kähler*, Förde Sparkasse, Vorstandsassistentin, Lorentzendamm 28-30, 24103 Kiel, Tel. 0431/592-3002, E-Mail: maren.kaehler-1100@foerde-sparkasse.de

www.geschichte.schleswig-holstein.de

Inhalt

Prof. Dr. Wolfgang Prange (5. Mai 1932 – 15. Februar 2018) Von <i>Detlev Kraack</i>	6
Prof. Dr. Reimer Witt (1. August 1941 – 6. Januar 2018) Von <i>Detlev Kraack</i>	10
Von Quakenbrück über Göttingen, Hannover und Kopenhagen bis nach Hamburg und Kiel Der Kulturhistoriker Dietrich Hermann Hegewisch (1740-1812) Von <i>Martin Espenhorst</i>	15
Internationale Zusammenhänge zwischen dem polnischen Januaraufstand und dem deutsch-dänischen Konflikt 1863/64 Von <i>Bernd Müller</i>	49
„Jungens, holt fast“ Einheit und Spaltung im schleswig-holsteinischen Liberalismus 1866-1877 Von <i>Peter Wulf</i>	65
Goethe an der Kieler Universität: von Eugen Wolff zu Friedrich Wolters Ein Beitrag zur Geistesgeschichte Schleswig-Holsteins von 1890 bis 1930 Von <i>Christian Tilitzki</i>	85
Sechs Tage im November Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstandes und seiner Verbreitung in Schleswig-Holstein Von <i>Christian Lübcke</i>	171

Die „Germanischen Wettkämpfe“ in Neumünster 1937
Von *Alfred Heggen und Carsten Obst*217

Kaum mehr als Dienst nach Vorschrift?
Handlungsspielräume von Ermittlern in Zeugenvernehmungen im
Verfahren gegen das I. Bataillon / 23. SS-Polizeiregiment
Von *Claudia Kuhn*231

Uwe Barschel und Uwe Jens Lornsen
Der doppelte Suizid am „schönen Ufer“ des Genfer Sees:
„Bellerive“ 1838 und „Beau-Rivage“ 1987
Von *Reimer Hansen*259

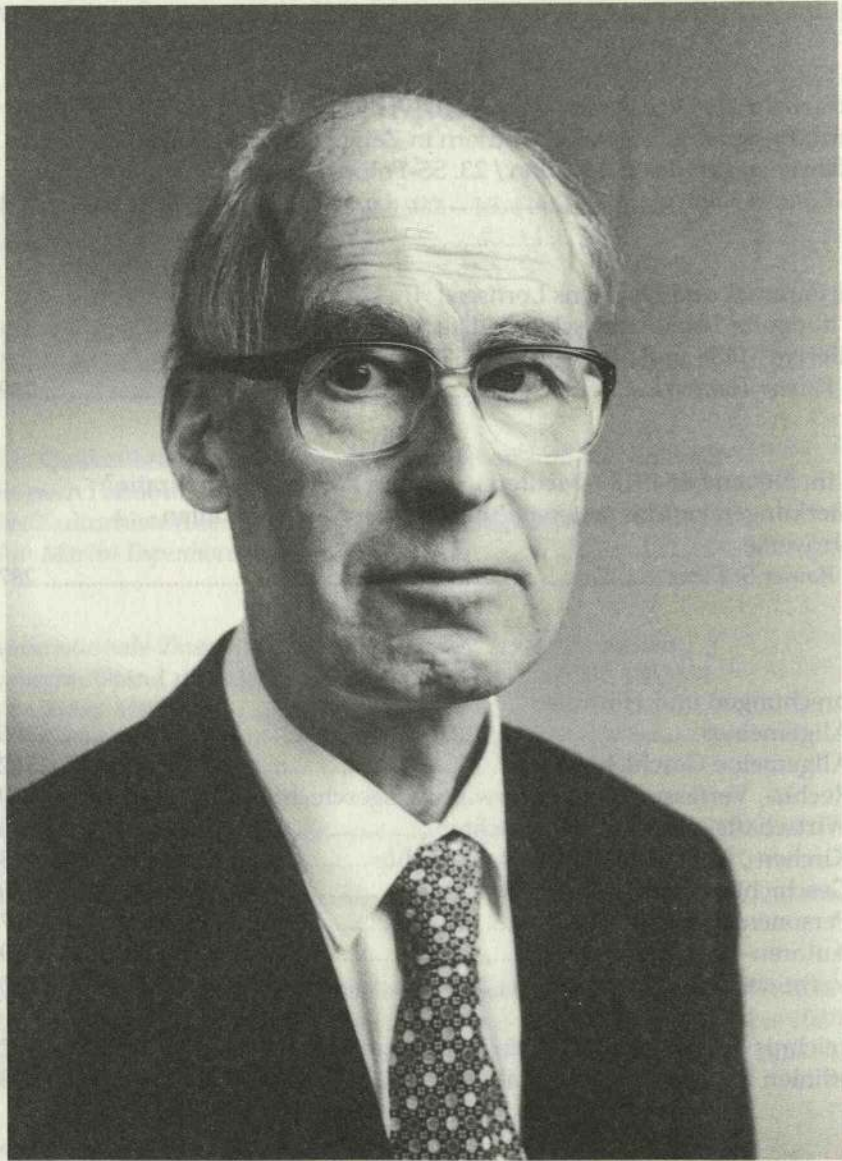
Kiel im November 1918 – Meuterei auf dem Weg zur Demokratie?
Anmerkungen zu fünf neueren Publikationen und einer alten
Kontroverse
Von *Rainer S. Elkar*287

Besprechungen und Hinweise

1. Allgemeines 305
2. Allgemeine Geschichte 312
3. Rechts-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 330
4. Wirtschafts- und Sozialgeschichte 340
5. Kirchen-, Geistes- und Kulturgeschichte 343
6. Geschichte einzelner Orte und Gebiete 360
7. Personengeschichte 387
8. Autoren- und Titelregister 389
9. Verzeichnis der Rezensenten 390

Verzeichnis der Siglen und Abkürzungen392
Richtlinien zur Manuskriptgestaltung398

Prof. Dr. Wolfgang Franke (s. Abs. 12) hat die Drucklegung dieses Bandes ermöglicht. Für die Bereitstellung der Manuskripte und die Unterstützung bei der Drucklegung dankt der Herausgeber Prof. Dr. Wolfgang Franke (s. Abs. 12) und die Mitarbeiter des Archivs.



Prof. Dr. Wolfgang Prange (5. Mai 1932 – 15. Februar 2018).

Prof. Dr. Wolfgang Prange
(5. Mai 1932 – 15. Februar 2018)

Ein Nachruf

Von Detlev Kraack

Am 15. Februar des vergangenen Jahres ist in Schleswig Prof. Dr. Wolfgang Prange verstorben. Als langjähriges Vorstandsmitglied unserer Gesellschaft hat er deren Arbeit in den unterschiedlichsten Bereichen maßgeblich geprägt. Dies gilt nicht zuletzt für seine Tätigkeit als Herausgeber der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und der Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins sowie für seine unermüdliche Tätigkeit bei der Erstellung von zahlreichen Bänden der Schleswig-Holsteinischen Regesten und Urkunden. Hier wie dort hat er Maßstäbe gesetzt und die Fachwelt in nah und fern beeindruckt. Nicht von ungefähr hat die Kieler Christian-Albrechts-Universität ihm 1980 eine Honorarprofessur verliehen und die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte ihn 2007 zu ihrem Ehrenmitglied ernannt.

1932 in Lübeck geboren und aufgewachsen in Eutin, wo er 1952 auch das Abitur ablegte, studierte Prange Geschichte, Ur- und Frühgeschichte sowie Germanistik in Kiel und Freiburg im Breisgau. Nach Staatsexamen und Archivreferendariat wurde das Schleswig-Holsteinische Landesarchiv in Schleswig, an dem er zwischen 1959 und 1997 tätig war und das er seit 1974 für eine Dekade verantwortlich leitete, seine intellektuelle und geistige Heimat. Dabei trat er am Ende ins Glied zurück und verzichtete auf administrativen Lorbeer, indem er den Schleswiger Neubau des Magazingebäudes und den Umzug des Archivs von Schloss Gottorf ins Prinzenpalais anderen überließ und sich selbst auf das archivalische Kerngeschäft des Erschließens, Edierens und Erforschens der reichen Quellenbestände des Landesarchivs konzentrierte – eine in jeder Hinsicht glückliche Entscheidung, die seiner Schaffenskraft Freiräume erschloss und der historischen Zunft im Lande eine lange Reihe akkurater Findbücher und hochgelehrter Quelleneditionen beschert hat.

Als scharfsinniger Gelehrter und Fachmann von Graden hat Wolfgang Prange über seine Dienstzeit hinaus ganze Generationen von Archiva-

rinnen und Archivaren beeindruckt und in diesem Sinne geprägt. Vor allem war er selbst ein unermüdlich fleißiger Archivar, der seinen Beruf im Sinne einer Berufung ernst nahm. Weit über die Pensionierung hinaus kam er bis ins hohe Alter täglich ins Landesarchiv und verrichtete dort sein Tagewerk. So entstand ein Lebenswerk, in dessen Rahmen die zahlreichen Bände in der Reihe der Schleswig-Holsteinischen Regesten und Urkunden einen ebenso prominenten Platz einnehmen, wie die von ihm verfassten Monographien und Aufsätze, seine Besprechungen und die unter seiner Redaktion erschienenen Bände der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und der Reihe der Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins.

Wie bereits angedeutet war das Rampenlicht sein Ort nicht, zumindest nicht eigentlich, denn seine ebenso gelehrten wie geistreichen Vorträge waren stets ein Genuss. Vielmehr jedoch bevorzugte er Schreibtisch und Studierzimmer. Wer das Glück hatte, ihm dahin folgen zu dürfen, für den war mit Händen zu greifen, wie erfüllend die historische Forschungsarbeit sein kann; der spürte, wie Prange die Erforschung und Vermittlung von Geschichte stets Herzensangelegenheit war, ja zur Leidenschaft wurde.

Es war die Mischung aus Gelehrsamkeit, Demut gegenüber der Sache und Bescheidenheit, die dem alten Meister eignete, dazu ein Schuss trockenen Humors – unverwechselbar, und doch in gewisser Weise Markenzeichen der ganz Großen des Faches. Hinzu kamen die sprachliche Präzision und der heimliche Witz, mit dem er seine historischen Protagonisten bisweilen geradezu liebevoll bedachte. Das alles wird man so rasch nicht vergessen, wie ja auch das, was Prange geschrieben hat, im Vergleich zu manch schnelllebiger Produktion aus anderer Feder für die Ewigkeit geschrieben ist – und zwar jenseits aller Moden und Marotten, die das Fach in den letzten Jahrzehnten immer wieder umgetrieben haben. Gelehrsamkeit und Anschaulichkeit waren für Prange, der sich bei seinen Darstellungen stets um eine möglichst große Quellennähe bemühte, kein Widerspruch, weshalb er mit seinen Vorträgen auch bei den historischen Laien vor Ort gut ankam.

Im Hansischen Geschichtsverein, im Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde und auch sonst bei uns im Lande, aber etwa auch weit darüber hinaus war Prange eine Institution, und er ist es über seinen Tod hinaus. So traf ich, als ich, kaum dass mich der Doktorhut drückte, meine akademischen Lehrjahre in Berlin fortsetzte, dort nicht wenige Menschen, die voller Ehrfurcht die dichte Folge voluminöser Editionen und gelehrter Bücher verfolgten, die der bescheidene Mann aus dem fernen Archiv am Innenwinkel der Schlei Jahr für Jahr vorlegte: und zwar weit über Siedlungsgeschichte und Agrarreformen hinaus, dazu ein Findbuch nach dem anderen und immer wieder Quelleneditionen.

Prange wurde nicht nur bewundert, er wurde auch gelesen und studiert. Auf diese Weise hat er nicht zuletzt dazu beigetragen, das Renommee der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, in deren Veröffentlichungsreihen die Prangeschen Werke und Editionen größtenteils erschienen sind, zu stärken. In diesem Sinne gebührt dem Verstorbenen Anerkennung und Dank in gleicher Weise.

Quellen und Literatur (Nachtrag)

Als Nachtrag zu dem in der Festgabe von 2002 mitgeteilten Schriftenverzeichnis sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich auf die kleine, aber feine Sammlung der „Analecta Holsatica“, auf den Prange vom Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde verehrten Sammelband und auf den letzten von ihm besorgten Band der Schleswig-Holsteinischen Regesten und Urkunden verwiesen:

Wolfgang Prange: Beiträge zur schleswig-holsteinischen Geschichte. Ausgewählte Aufsätze. Als Festgabe zum 70. Geburtstag hrsg. von der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und dem Landesarchiv Schleswig-Holstein, Neumünster 2002 (QuFGSH, 112; zugl. VLAS, 76; darin Schriftenverzeichnis Wolfgang Prange, S. 573-581).

Wolfgang Prange: Analecta Holsatica. Neue Beiträge zur schleswig-holsteinischen Geschichte, Neumünster 2011 (QuFGSH, 116).

Wolfgang Prange: Bischof und Domkapitel zu Lübeck. Hochstift, Fürstentum und Landesteil 1160-1937, Lübeck 2014 (Einzelveröffentlichung des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde. Herausgegeben von Antjekathrin Graßmann).

Wolfgang Prange (Bearb.): Das Protokoll des Lübecker Domkapitels 1544-1549 mit ergänzenden Texten, Hamburg 2016 (VLAS, 107 / SHRU, Bd. 17) (auch als Digitalisat: http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_LASH107_Prange_SHRU_17).

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Detlev Kraack
Seestraße 1
24306 Plön
E-Mail: detlev.kraack@gmx.de

von Prof. Dr. Engelhardt mit dem Institut für Wirtschaftsinformatik verbunden sind, ist ein weiterer wichtiger Aspekt der Arbeit. Die folgenden Ausführungen sollen einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Forschung geben, die im Rahmen der Zusammenarbeit erzielt wurden.



Prof. Dr. Reimer Witt (1. August 1941 – 6. Januar 2018).

Prof. Dr. Reimer Witt
(1. August 1941 – 6. Januar 2018)

Ein Nachruf

Von Detlev Kraack

Am 6. Januar des vergangenen Jahres ist in Flensburg Prof. Dr. Reimer Witt gestorben. Als langjähriger leitender Archivdirektor des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs in Schleswig hat er die Erforschung und Vermittlung regionaler Geschichte im Lande maßgeblich vorangetrieben und als Mitglied im Vorstand unserer Gesellschaft – seit 1979 zunächst als Beisitzer, dann 1981 bis 1988 als Schriftführer – auch deren Wirken über viele Jahre nicht unwesentlich geprägt. Die Herausforderungen, die der Neubau des Magazinegebäudes und der Umzug des Landesarchivs von Schloss Gottorf an seinen heutigen Standort im Schleswiger Prinzenpalais mit sich brachte, hat er ebenso mit Bravour gemeistert, wie er das Schleswiger Archiv, immerhin eine der obersten Landesbehörden, mit ruhiger Hand über knapp zwei Jahrzehnte souverän und umsichtig geleitet hat.

Reimer Witt hat man niemals vergebens um Rat und Hilfe gebeten, und man bekam die Tore des Hauses auch am Wochenende stets gerne geöffnet. Mit Augenmaß wusste er Wege und Möglichkeiten zu erschließen, wo andere den Wald vor lauter Bäumen nicht sahen. Die Interessen des Archivs, seiner Benutzer und seiner Mitarbeiter hat er gegenüber von außen einwirkenden Kräften und Interessen mit Herzblut vertreten. In der Summe eine bemerkenswerte Persönlichkeit, mit Ecken und Kanten, mit weitem Horizont, dabei gleichwohl lokal verankert, und mit dem Herz am rechten Fleck. Rückgrat zu zeigen und Pragmatismus walten zu lassen, war für ihn kein Widerspruch.

Auch über die Landesgrenzen hinaus gut vernetzt, hat Reimer Witt das Land und seine Interessen in zahllosen Gremien, Beiräten und Arbeitsgemeinschaften in Sachen Archiv nach außen vertreten und dabei nicht nur sich selbst, sondern auch und vor allem der von ihm vertretenen Einrichtung höchste Anerkennung verschafft. Durch die Verleihung einer Ehrenprofessur im Jahre 1999 hat das Land dieses vielfältige Wirken nach außen zu würdigen gewusst.

Einen wichtigen Anteil an der leitenden Tätigkeit im Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv stellten die von Witt angestoßenen, hochkarätigen Ausstellungsprojekte zu den unterschiedlichsten Gegenständen dar. Neben exponierten Persönlichkeiten der Landesgeschichte wie Landgraf Carl von Hessen (1996) und Heinrich Rantzau (1999) ging es dabei insbesondere auch um die überregionale Einbindung der Herzogtümer und um große, übergeordnete Themenkomplexe. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang etwa an „Die Gottorfer auf dem Zarenthron“ (1997), an „Gilden in Schleswig-Holstein“ (1999/2000), an „Gottesfurcht und Kirchengzucht“ (2001), an „Schleswig-Holstein und die Niederlande“ (2003) und an „Ehrbare Handwerker und Böhnhasen“ (2004). Sehr zum Wohle der Sache hat er in die Konzeption und Realisierung dieser Projekte neben Mitarbeitern aus dem eigenen Hause und Weggefährten aus gemeinsamen Studienzeiten auch Nachwuchskräfte einzubinden gewusst. Stets wichtig waren ihm dabei die internationale Vernetzung und der Austausch über nationale Grenzen und sprachliche Barrieren hinweg. So hat er etwa ganz bewusst Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen aus dem russischen Archivdienst in Moskau und Sankt Petersburg gesucht und aktiv gepflegt. Entsprechend eng war die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen im Lande und mit Forscherinnen und Forschern in anderen Teilen des vormaligen dänischen Gesamtstaates, mit der Geschichtsgesellschaft, der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek und mit dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund. Als Leiter des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs pflegte er auch intensive Kontakte zu den kommunalen Archivarinnen und Archivaren im Lande, kümmerte sich um deren Aus- und Fortbildung. Entsprechendes galt auch für die Archivreferendarinnen und -referendare. Die von ihm über lange Jahre verantwortete Reihe der „Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs“, in der nicht zuletzt zahlreiche Ausstellungsbelegveröffentlichungen erschienen sind, sowie die zwischen 2001 und 2008 publizierte, zehnbändige Reihe der „Topographie Schleswig-Holsteins“ lassen erahnen, mit welcher Energie und Leidenschaft er die Erforschung und die Vermittlung der regionalen Geschichte mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vorantrieb. Während seiner Amtszeit hat er sich nicht nur als einer der großen Macher, sondern auch und vor allem als einer der großen Köpfer seines Faches erwiesen, wobei sein Können weit über das Archivwesen im engeren Sinne hinausging.

Geboren wurde Reimer Witt am 1. August 1941 als Sohn eines kaufmännischen Angestellten in Heide in Dithmarschen. Da sein Vater im Zweiten Weltkrieg fiel, wuchs er als Halbwaise unter der Obhut der Mutter auf. Die Schule besuchte er in Heide, wo er im Jahre 1961 die Reifeprüfung ablegte. Im Anschluss daran studierte er an den Universitäten Kiel und Freiburg im Breisgau die Fächer Geschichte und Latein mit dem Ziel des Staatsexamens für das höhere Lehramt. Zeitweise ausgestattet mit ei-

nem Promotionsstipendium des Landes arbeitete er parallel zu seiner Promotion als wissenschaftliche Hilfskraft an der Christian-Albrechts-Universität, wo er im Jahre 1971 mit einer aus seiner Staatsexamensarbeit erwachsenen Arbeit über die Privilegien der Landschaft Norderdithmarschen in Gottorfischer Zeit 1559-1773 bei Karl Jordan promoviert wurde. Diese Arbeit ist 1975 als Nummer 67 in der Reihe der Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins veröffentlicht worden.

Bereits zum 1. Januar 1970 hatte Reimer Witt seine Tätigkeit als Archivreferendar im Schleswiger Archiv aufgenommen. Nach Abschluss der Ausbildung wurde er 1974 Archivrat, dann 1976 Oberarchivrat und 1984 Archivdirektor. Als man sich in Schleswig an die konkreten Planungen für den Neubau des Magazingebäudes und den Umzug von Schloss Gottorf ins Prinzenpalais machte, ernannte man ihn 1987 zum leitenden Archivdirektor, eine Aufgabe, der er sich mit großer Hingabe und Professionalität annahm. Bis zum seiner Pensionierung am 31. Juli 2006 hat er die Schleswiger Einrichtung zum Nutzen der Geschichtsforschung im Land zwischen den Meeren umsichtig und fachkundig geleitet und dabei durchaus auch eigene Akzente gesetzt.

Nicht erst nach der Pensionierung hat sich Reimer Witt ehrenamtlich in seinem eigenen Lebensumfeld in Friedrichsberg engagiert. Weit über die engeren Grenzen der Stadt Schleswig hinaus hat er sich der Sympathie und Anerkennung vieler Menschen erfreut. Er hat für die Arbeit der Geschichtsforscher im Lande wichtige Grundlagen gelegt, im Vorstand der Geschichtsgesellschaft Perspektiven erschlossen und sich ganz im Sinne unserer Satzung mit aller Kraft für die Erforschung und für die Vermittlung der regionalen Geschichte eingesetzt. Am 6. Januar 2018 ist Reimer Witt in Flensburg gestorben. – Wir gedenken seiner in dankbarer Erinnerung.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Detlev Kraack
Seestraße 1
24306 Plön
E-Mail: detlev.kraack@gmx.de

Von Quakenbrück über Göttingen, Hannover und Kopenhagen bis nach Hamburg und Kiel

Der Kulturhistoriker Dietrich Hermann Hegewisch (1740-1812)¹

Von Martin Espenhorst

I. Einführung

Im folgenden Beitrag soll der in Quakenbrück im ehemaligen Fürstbistum Osnabrück geborene Kieler Hochschullehrer Dietrich Hermann Hegewisch und dessen Werk vorgestellt werden. Wer ist überhaupt Dietrich Hermann Hegewisch? Um seinem Leben und Werk näher zu kommen, soll einleitend in das Gesamtwerk des „Aufklärers“ eingeführt werden (II.). Daraufhin soll sein Lebenslauf rekapituliert (III.) und schließlich die damalige Wertschätzung der historiographischen Leistungen Hegewischs durch seine Zeitgenossen schlaglichtartig skizziert werden (IV.). Zugleich soll erörtert werden, ob Hegewisch ein – vormoderner – Europahistoriker gewesen sein könnte?²

Hegewisch steht keineswegs im Brennpunkt der aktuellen Forschung. Dass in der Forschungsliteratur vergleichsweise wenig auf ihn hingewiesen wird – eine erfreuliche Ausnahme bildet der Italiener Guiseppe D’Alessandro –³, könnte sich möglicherweise künftig ändern, denn im

1 Laut Schröder, *Lexikon der hamburgischen Schriftsteller*, Bd. 3 (1857), S. 141, am 15. 12. 1740 geboren. – In der Literatur findet sich als Geburtsjahr häufig 1746, vgl. etwa Carstens, Art. „Hegewisch, Dietrich Hermann“ in: *ADB*, Bd. 11 (1880), S. 278–279. Hierzu siehe weiter unten im Abschnitt „III. Biographische Skizze“.

2 Über die Kategorie des Europa-Historikers siehe: Duchhardt / u. a. (Hrsg.), *Europa-Historiker*. Hierin werden folgende Europa-Historiker des 18. Jahrhunderts erwähnt: Johann Heinrich Gottlob von Justi, August Ludwig (v.) Schlözer, Conrad Georg Friedrich Elias von Schmidt-Phiseldek, William Robertson, Johann Gottfried Herder, Voltaire, Niklas Vogt, Arnold Hermann Ludwig Heeren. – Vgl. auch Böttcher (Hrsg.), *Klassiker des europäischen Denkens*.

3 D’Alessandro, *Dalla causa alla vita*.

Rahmen der Studien von Pauline Kleingeld zum Kosmopolitismus⁴ erfährt Hegewisch derzeit eine gewisse Renaissance, was auch für regionalhistorische Veröffentlichungen gilt.⁵

Aus heutiger Sicht gehört aber Hegewisch nicht – oder nicht mehr – in die Galerie bedeutender deutschsprachiger Historiker der späten Frühen Neuzeit, in der wohl eher Johann Siegmund Baumgarten, Justus Möser, Isaak Iselin, Johann Christoph Gatterer, August Ludwig Schlözer, Johann Wilhelm von Archenholz und Ludwig Timotheus Spittler, Arnold Hermann Heeren sowie Friedrich Christoph Schlosser zu finden sind. Ein Grund dafür könnte darin zu finden sein, dass seine wissenschaftlichen Positionen während der Entstehung des „Historismus“ nur wenig anschlussfähig waren und sich kein eigentlicher Schülerkreis bildete.

Nach Ansicht von Berthold Georg Niebuhr (1776-1831), der mit Hegewisch in den späten 1790er Jahren näheren Kontakt hatte, schwand Hegewischs Präsenz in der deutschsprachigen Historie sogar schon zu Lebzeiten. Dies lag offenbar daran, dass Hegewisch den um 1800 gestiegenen Anforderungen historischer Quellenrecherche und -kritik nicht mehr gewachsen zu sein schien. Niebuhr, der bei Hegewisch studierte, schrieb am 21. April 1812 in diesem Sinn: „Der Tod des alten Hegewisch geht mir ungemein nahe. Also war seine Schwäche im vorigen Sommer der Anfang seines innern Ersterbens. Man war ihm schon nicht mehr gerecht in Deutschland. Seine besten Schriften waren vergessen. Sie waren in einer Zeit allgemeiner litterarischer Behaglichkeit geschrieben, wo man weder von andern noch sich eine tiefe Ausarbeitung forderte [...]“⁶

Gewürdigt wird Hegewisch zwar in der Forschung traditionell und kontinuierlich in Untersuchungen zur Geschichte der Universität Kiel.⁷ Auch unter die nennenswerten Persönlichkeiten Schleswig-Holsteins wird er durchaus auch in moderneren Publikationen gefasst.⁸ Dass Hegewisch dennoch zunehmend in Vergessenheit geriet, spiegelt sich in entsprechenden Lexikoneinträgen wider. Zwar wurden Artikel über Dietrich Hermann Hegewisch im 1823 erschienenen „Das gelehrte Hannover oder Lexikon von Schriftstellern und Schriftstellerinnen“ aufgenommen, ferner auch im „Lexikon der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen und Eutinischen

4 Kleingeld, Kant and Cosmopolitanism.

5 Peters, Dietrich Hermann Hegewisch aus Quakenbrück (1740-1812), S. 444.

6 [Brief]: Berlin, den 21. April 1812. In: Niebuhr, Lebensnachrichten, S. 517.

7 Hansen, Die Kieler Professoren im aufkommenden Nationalkonflikt, sowie <http://www.gelehrtenverzeichnis.de/person/0cc6a2a9-6ad2-4dfb-8228-b45257cb3084?lang=de> [Zugriff 02.04.2017] u. <http://www.uni-kiel.de/unizeit/index.php?bid=610603> [Zugriff 02.04.2017]. – Außerdem: Ratjen, Geschichte der Universität Kiel, Vollbehr/Weyl, Professoren und Dozenten der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel 1665-1954, Jordan, Geschichtswissenschaft, u. Wriedt, Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft.

8 Postel, Dietrich Hermann Hegewisch. In: SHBL, Bd. 5 (1979), S. 117-120.

Schriftsteller, von 1769 bis 1828“ aus dem Jahr 1829, dann auch im 1837 publizierten „Rheinischen Conversations Lexicon“ sowie in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“,⁹ jedoch wird in der „Neuen Deutschen Biographie“ nur noch sein Sohn, der Mediziner Franz Hermann Hegewisch, mit einem eigenen Artikel bedacht.¹⁰ Auch in der von Hans-Ulrich Wehler herausgegebenen Reihe „Deutsche Historiker“ (1971-1982) findet sich Hegewisch nicht, obwohl gerade dessen kulturhistorischer Zugang noch längere Zeit in Erinnerung blieb. Im Jahre 1908 erwähnte Paul Geiger Hegewisch in seiner Freiburger Dissertation „Das Wort ‚Geschichte‘ und seine Zusammensetzung“ als einen der ersten, der nach Johann Christoph Adelung (1732-1806) Kulturgeschichte geschrieben habe.¹¹ 1788 nämlich hatte Hegewisch eine Arbeit mit dem Titel „Allgemeine Uebersicht der teutschen Culturgeschichte bis Maximilian I.“ veröffentlicht.¹²

II. Einführung in das Gesamtwerk

Dietrich Hermann Hegewisch befasste sich in seinem Werk primär mit der Antike und dem Mittelalter. Besonders interessiert war er an geographischen, völkerrechtlichen sowie finanz- und sozialhistorischen Inhalten. Ein Werkverzeichnis fehlt leider bislang, und es ist zu vermuten, dass nicht alle Veröffentlichungen von ihm erschlossen sind, da er Artikel auch anonym publizierte. Auch äußerte sich Hegewisch selbst einmal öffentlich, Rezensionen nicht verfasst zu haben.¹³ Allerdings besprach Hegewisch entgegen dieser Aussage das viel diskutierte Werk „Geschichte der Teutschen“ von Michael Ignaz Schmidt in Johann Georg Meusels „Neuester Litteratur der Geschichtskunde“ (Erster Theil) von 1778.

Hegewischs wichtigste Arbeit dürfte sein Erstlingswerk, eine Geschichte Karls des Großen, gewesen sein, die mehrere Ausgaben erfuhr,¹⁴ ins Französische übertragen¹⁵ und auch in England wahrgenommen wurde.¹⁶

9 Carstens, Art. „Hegewisch, Dietrich Hermann“ in: ADB, Bd. 11 (1880), S. 278–279.

10 Franz Hermann Hegewisch ist sowohl in der ADB als auch in der NDB erfasst, vgl. Carstens, in: ADB, Bd. 11 (1880), S. 279–281, u. Röhrich, in: NDB, Bd. 8 (1969), S. 231.

11 Geiger, Das Wort ‚Geschichte‘ und seine Zusammensetzung, S. 47.

12 Hegewisch, Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte (1788), u. ders., Fragmente aus einer ungedruckten Abhandlung (1807).

13 Hegewisch, Schreiben an einen Freund über Herrn Fichtes Reden an die deutsche Nation (1809), S. 110.

14 Hegewisch, Versuch einer Geschichte Kayser Karls des Grossen (1777), ders.: Geschichte der Regierung Karl's des Grossen (1791), u. ders., Geschichte der Regierung Kaiser Karl's des Grossen (1818).

15 Hegewisch, Histoire de L'Empereur Charlemagne (1805).

16 [Rez.]: Geschichte der Regierung Karls des Grossen, i. e. The History of the Reign of Charlemagne, by D. H. Hegewisch. In: The Monthly Review; or, Literary Journal, Vol. 6, London 1791, S. 493–494. – Ferner: The Anti-Jacobin Review and Magazine,

Mit dieser Untersuchung ergänzte Hegewisch den damals ausgetragenen Diskurs über die Leistungen Karls des Großen beim Aufbau eines politischen Systems in Europa,¹⁷ an dem auch der Brite Edward Gibbon (1737-1794) und der Franzose Gabriel-Henri Gaillard (1726-1806) teilhatten. Die Geschichte der Karolinger und Franken war ein zentraler Bereich der Forschungen Hegewischs.¹⁸

Dass Hegewisch vor allem in der damaligen Mediävistik wirkte, belegt auch sein Werk „Charaktere und Sittengemälde aus der deutschen Geschichte des Mittelalters“, mit dem er sich bemühte, das Interesse an der mittelalterlichen Historiographie zu fördern.¹⁹ Aber auch frühneuzeitliche Themen waren Untersuchungsgegenstände seiner Betrachtungen und Forschungen. Seine „Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte bis zu Maximilian dem Ersten“, die 1788,²⁰ 1818²¹ und noch einmal 1824²² erschien, behandelte den Zeitraum zwischen Christi Geburt und Kaiser Maximilian I. (1459-1519). Über Kaiser Maximilian veröffentlichte Hegewisch 1782-1783 auch eine zweiteilige Monographie.²³ Außerdem erwarb er sich bleibende Verdienste bei der Aufarbeitung der frühneuzeitlichen Geschichte Schlesiens und Holsteins.²⁴

Hat Hegewisch über die Geschichte Europas oder über einzelne europäische Mächte geforscht? Zwar verfasste Hegewisch keine monografische Geschichte Europas, aber in einigen kleineren Abhandlungen wählte er Europa durchaus als Themengegenstand aus, so z. B. in seinen Aufsätzen „Ueber einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuß“²⁵ und „Welche von den europäischen Nationen hat das Merkantilsystem zuerst vollständig in Ausübung gebracht?“²⁶

Zudem weist sein Gesamtwerk eine beachtliche geographische Bandbreite besonders der nord- und südeuropäischen Geschichte auf, wobei dessen Fokus auf das römisch-deutsche Kaiserreich, die antiken Mittelmeer- sowie die Nord- und Ostseemächte ausgerichtet war. Er publizierte –

or, *Monthly Political and Literary Censor* from December to May 1805, Vol. XX, London 1805, S. 480-487.

17 Dies betont Herder, *Ideen zur Geschichte der Menschheit* (1844), S. 928.

18 [Hegewisch,] *Geschichte der Fränkischen Monarchie* (1779), u. d. ers., *Geschichte der Deutschen* (1781).

19 Hegewisch, *Charaktere und Sittengemälde aus der deutschen Geschichte* (1786).

20 Hegewisch, *Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte* (1788).

21 Hegewisch, *Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte*, Neue Ausgabe. (1818).

22 Hegewisch, *Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte* (1824).

23 Hegewisch, *Geschichte der Regierung Kaiser Maximilians I.*, 2 Bde. (1782-1783).

24 Hegewisch (gemeinsam mit F. Chr. Jensen), *Privilegien der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft* (1797), u. d. ers.: *Schlesiens und Holsteins Geschichte unter den Königen Friedrich III. und Christian V* (1802).

25 Hegewisch, *Ueber einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuß* (1787).

26 Hegewisch, *Welche von den europäischen Nationen* (1792).

und dabei sind seine vielzähligen Zeitschriftenartikel und -aufsätze nicht eigens berücksichtigt,²⁷ sondern nur seine Monografien – neben einer „Weltgeschichte“²⁸ und einer Chronologie²⁹ auch Studien und Arbeiten über die Geschichte der Griechen und Römer,³⁰ der Karolinger und Franken im Mittelalter,³¹ ferner über die Geschichte Irlands³² und Schwedens³³ sowie Schleswigs und Holsteins.³⁴ Sogar die Vereinigten Staaten von Amerika gehörten zu seinem Interessengebiet.³⁵ Werden auch kleinere Beiträge und Abhandlungen betrachtet, wird deutlich, dass sich Hegewisch darüber hinaus sogar mit der britischen,³⁶ französischen,³⁷ preußischen,³⁸ dänischen,³⁹ syrischen⁴⁰ Geschichte sowie mit den Wikingern⁴¹ befasste. Auch

-
- 27 Dietrich Hermann Hegewisch publizierte in folgenden, zum Teil sehr renommierten Zeitschriften (Auswahl): Historisch-politisches Magazin, Deutsches gemeinnütziges Magazin, Berlinische Monatschrift, Braunschweigisches Journal, Neues Deutsches Museum, Der Teutsche Merkur, Handlungsbibliothek, Deutsches Magazin, Schleswig-Holsteinische Provinzialberichte, Schleswig-Holsteinische Blätter für Polizei und Kultur sowie Minerva. Folgende Aufsatzbände veröffentlichte Hegewisch (Auswahl): Kleine Schriften (Flensburg/Leipzig 1786), Historische, philosophische und literarische Schriften (Hamburg 1793), Historische und litterarische Aufsätze (Kiel 1801) u. Neue Sammlung kleiner historischer und literarischer Schriften (Altona 1809).
- 28 Hegewisch, Grundzüge der Weltgeschichte (1804).
- 29 Hegewisch, Einleitung in die historische Chronologie (1811).
- 30 Hegewisch, Über die für die Menschheit glücklichste Epoche (1800), ders., Geschichte der Gracchischen Unruhen (1801), ders., Historischer Versuch über die römischen Finanzen (1804), u. ders., Ueber die griechischen Colonieen seit Alexander dem Großen (1811).
- 31 Hegewisch, Versuch einer Geschichte Kayser Karls des Grossen (1777), ders., Geschichte der Fränkischen Monarchie (1779), ders., Geschichte der Deutschen (1781), ders., Geschichte der Regierung Kaiser Maximilians des Ersten (1782-1783), u. ders., Geschichte der Regierung Kaiser Karls des Großen (1791).
- 32 Hegewisch, Uebersicht der irländischen Geschichte (1806).
- 33 Hegewisch, Geschichte der schwedischen Revolution (1811).
- 34 Hegewisch, Geschichte der Herzogthümer Schleswig und Hollstein (1781-1784), ders., Privilegien der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft (1797), u. ders., Schleswigs und Holsteins Geschichte unter den Königen Friedrich III. und Christian V. (1802).
- 35 Hegewisch (Hrsg., gemeinsam mit Christoph Daniel Ebeling), Amerikanisches Magazin (1797).
- 36 (Auswahl): Hegewisch, Ueber den rednerischen Character (1806).
- 37 (Auswahl): Hegewisch, Historische Merkwürdigkeiten (1788).
- 38 (Auswahl): Hegewisch, Ueber den litterarischen Karakter Friedrich des Zweiten (1789, a u. b), S. 305-344 u. S. 483-521.
- 39 (Auswahl): Hegewisch, Christian der Vierte (1801).
- 40 Hegewisch, Die Aramäer oder Syrer (1794).
- 41 (Auswahl): Hegewisch, Ueber die vermeinten seeräuberischen Unternehmungen (1787).

als Übersetzer betätigte sich Hegewisch, so übertrug er eine Predigt vom Englischen ins Deutsche.⁴²

Darüber hinaus widmete sich Hegewisch auch philologischen, poetischen und literarischen Themen, wie z. B. dem Nibelungenlied⁴³ und dem Dichter Martin Opitz.⁴⁴ Er veröffentlichte 1787 sogar ein – Klopstock gewidmetes – Gedicht „Das erste Sehrohr oder die Erfindung der Ferngläser“⁴⁵ als Dank für Klopstocks 1783 veröffentlichte Ode „Das Gehör. An Hegewisch, den Blinden“,⁴⁶ das eine öffentliche Diskussion über die Vor- und Nachteile, die Taube gegenüber Blinden hätten, entfachte.⁴⁷ Hegewisch litt offenbar an Kurzsichtigkeit.⁴⁸ Zudem verfasste Hegewisch ein Trauerspiel: „Theodora oder die Ankunft der Türken“, das Christoph Martin Wieland in „Der Teutsche Merkur vom Jahre 1789“ veröffentlichte.⁴⁹ Zugeschrieben wird ihm außerdem der Roman „Leopold v. Mansfeld: Eine Geschichte in Briefen“.⁵⁰ Darüber hinaus wandte er sich der Theologie zu und gab 1795 gemeinsam mit seinen Kieler Kollegen, dem Pädagogen Martin Ehlers (1732-1800) und dem Philosophen Carl Leonhard Reinhold (1757-1823), eine „Sammlung einiger Predigten, welche bey besondern Veranlassungen gehalten worden von J. Susemihl“,⁵¹ der eine Vorrede der Herausgeber „Ueber den Geist der wahren Religion“ vorangestellt wurde.⁵²

Die Verlagsorte der Publikationen Hegewischs sind konzentriert auf Leipzig (1777-1786⁵³), Hamburg (1781-1804), Kiel (1781-1784; 1801-1811) und Altona (1804-1811), also auf den Norden des Alten Reichs, Sachsen sowie Dänemark, wobei Hegewisch seine Werke zumeist in Hamburg verlegen ließ. Hier kooperierte er vor allem mit dem renommierten Verleger Carl Bohn (1749-1827), der sich wiederum an einen sächsischen Buchdrucker wandte. 1792/93 beklagte sich Hegewisch öffentlich über die sächsi-

42 Hegewisch, Ueber die Pflicht der Ergebung in Zeiten (1792).

43 Hegewisch, Ueber das Lied von den Nibelungen (1806).

44 Hegewisch, Leben des Dichters (1812).

45 Hegewisch, Das erste Sehrohr (1787).

46 Das Gehör, in: Klopstock, Oden, S. 26-27.

47 Lieber blind als taub? (1801).

48 Vetterlein, Klopstocks Oden und Elegien (1828), S. 75.

49 Hegewisch, Theodora oder die Ankunft der Türken in Europa (1789).

50 Hegewisch [zugeschrieben], Leopold von Mansfeld (1787).

51 Johann Joachim Susemihl (1756-1797), evangelischer Theologe, Studium in Bützow und Kiel, Konrektor der Deutschen Schule in Stockholm, Prediger der königlich schwedischen Gesandtschaftskapelle in Wien, Pastor auf Rügen, Superintendent der evangelischen Kirche in Wien.

52 Auch abgedruckt in: Reinhold, Auswahl vermischter Schriften, S. 1-31.

53 Die Jahreszahl gibt das erste und letzte Erscheinungsjahr einer Monographie Hegewischs in dem jeweiligen Verlagsort an.

sche Zensur.⁵⁴ In Altona arbeitete er mit dem Verleger Johann Friedrich Hammerich (1763-1827) zusammen.

Schon zu seinen Lebzeiten und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestand Interesse an Hegewischs Arbeiten auch außerhalb der deutschen Sprachräume. Durch die – zum Teil posthumen – Übersetzungen einiger seiner Werke ins Französische,⁵⁵ Schwedische,⁵⁶ Dänische⁵⁷ und Englische⁵⁸ war er am zwischenstaatlichen und binneneuropäischen Wissensaustausch, der innerhalb der europäischen Historie bestand, beteiligt. Im Jahr 1804 heißt es in einer Rezension zur französischen Übersetzung seiner Geschichte „Karls des Großen“ („Histoire de l'Empereur Charlemagne“), die in der französischsprachigen Zeitschrift „Journal typographique et bibliographique“ erschien: „Le professeur Hegewisch réunit à une érudition vaste et solide, les talents d'un bon historien.“

Die geographische Bandbreite seines Werkes und seine biographische und berufliche Situation gewissermaßen als deutsch-dänischer Grenzgänger lassen erwarten, dass Hegewisch einen besonderen Bezug zur europäischen Geschichte entwickelt haben könnte. Was heißt und zu welchem Ende betreibt man europäische Geschichte?⁵⁹ Verglich er die europäischen Staaten, um Schnittstellen und Gemeinsamkeiten oder europatypische Differenzen festzustellen? Er blieb keineswegs stehen bei einer summarischen Schilderung einzelner europäischer Staatengeschichten, sondern befasste sich mit spezifisch europäischen Problemlagen, so beispielsweise mit der (mittel-)europäischen Kultur. Hegewisch gehörte zu den frühen deutschsprachigen Historikern, die sich kulturhistorischen Zugängen öffneten. In diesem Zusammenhang äußerte er sich zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und differenzierte eine äußere Seite der Kultur (Waffen, Kleidung, Wohnung) und eine innere Seite der Kultur (Wissenschaft, Wissenstransfer). Weitere kulturhistorische Aspekte betrafen bei ihm Veränderungen der Sprache und des Rechts. Grundsätzlich sah er den Krieg und den „Kriegsgeist“ als Haupthindernisse der Kultivierung, da sie die Freiheit unterdrückten. Dabei unterschied Hegewisch, selbst Hamburger Freimaurer und Anhänger der Französischen Revolution, zwei widerstrebende historische Kräfte, nämlich Fürsten und Adel auf der einen und die Städte und Bürger auf der anderen Seite. Den ersten wies er körperliche Stärke zu und kritisierte, dass sie Gewalt gegen Schwächere einsetzten. Mit den

54 Hegewisch, *An Deutschlands Patrioten* (1793).

55 Hegewisch, *Histoire de l'empereur Charlemagne* (1805), u. ders., *Essai sur l'époque de l'histoire romaine* (1834).

56 Hegewisch, *Historia om regementsförändringen in Sverige år 1809* (1823).

57 Hegewisch, *Den nyeste svenske Revolutions-Historie* (1813).

58 Hegewisch, *Introduction to historical chronology* (1837).

59 Duchhardt, „Was heißt und zu welchem Ende betreibt man – europäische Geschichte?“.

zweiten verband er dagegen Motive wie Fleiß, Ordnung, Vernunft und Recht.

Über seine Publikationen und seine Lehrveranstaltungen, die er an der Universität Kiel durchführte, nahm er teil an der Steuerung, Vermittlung und Übersetzung europarelevanter Diskurse, z. B. über Sprache,⁶⁰ Parlamentarismus und Gewaltenteilung,⁶¹ Föderalismus,⁶² Toleranz,⁶³ religiöse Emanzipation,⁶⁴ Neutralität⁶⁵ und Leibeigenschaft⁶⁶ – um nur einige zu nennen – und legte seinen Fokus auch auf Europa und den europäischen Frieden insgesamt.⁶⁷ So äußerte er sich beispielsweise zur europäischen Währung und zum europäischen Münzwesen.⁶⁸ Noch 1867 erinnerten sich Ökonomen an Hegewischs 1787 geäußerten Vorschlag eines einheitlichen europäischen Münzsystems. Der Kieler Professor war insofern ein Vordenker der „Union monétaire latine“ (1865-1914) und somit auch der Europäischen Union. Hegewisch spielte daher eine wichtige Rolle im Werk des französischen Ökonomen Félix Esquirou de Parieus (1815-1893), wie in einem Bericht des 9. Kongresses deutscher Volkswirte, der in Hamburg tagte, nicht ohne hintergründige Skepsis gegenüber einer einheitlichen europäischen Währung ausgeführt wurde. Es hieß: „Im Jahre 1787 sprach Professor Hegewisch in Kiel zuerst die Hoffnung aus, dass die Zeit nahe sei, wo die europäischen Nationen ein gleiches Münzsystem auf Grund der Goldwährung adoptiren würden. Diese Idee ist nun in neuester Zeit von Herrn E. de Parieu⁶⁹ in Paris, der die Priorität dem deutschen Hegewisch bereitwilligt zuerkennt und erst zur Geltung gebracht hat, nachdrücklichst wieder aufgenommen. Derselbe bemüht sich seitdem mit rastlosem Eifer für die Herbeiführung einer internationalen Münzuniformität überall Propaganda zu machen.“⁷⁰

60 Hegewisch (posthum), Schreiben an einen Freund über die Folgen (1816).

61 Hegewisch, Geschichte der englischen Parlamentsberedtsamkeit (1804).

62 Hegewisch, Ueber die gegenseitigen Pflichten (1784).

63 Hegewisch, Ueber die Toleranz (1789).

64 Hegewisch, Ueber die Emancipation der Catholiken in Irland (1805).

65 Hegewisch, Ueber die Neutralität bey dem gegenwärtigen Kriege (1793).

66 Hegewisch, Schreiben an die Frau ... über den Ursprung der Leibeigenschaft (1796).

67 Peters, Europa im Blick der Geschichte und Statistik, zu Hegewisch S. 171.

68 Hegewisch, Ueber einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuß (1787), u. ders. / Büsch, Ueber einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuß (1789).

69 Félix Esquirou de Parieu (1815-1893), Ökonom und Vizepräsident des französischen Staatsrats.

70 Bericht über die Verhandlungen des neunten Kongresses deutscher Volkswirthe zu Hamburg im August 1867, hier S. 175.

III. Biographische Skizze bis zur Berufung an die Universität Kiel

Um zu erörtern, ob Hegewisch ein Europahistoriker war, stellt sich die Frage, welche Länder und Orte Europas Hegewisch kennengelernt und bereist hat. Die wichtigsten Stationen seines Lebens sind die Städte Quakenbrück, Göttingen, Hannover, Kopenhagen, Hamburg und Kiel. Gemessen an anderen gelehrten Persönlichkeiten des ausgehenden 18. Jahrhunderts ist der geographische Radius seiner Mobilität durchaus überschaubar. Biographische Spuren hinterließ Hegewisch aber damit denn doch in mehreren europäischen Gemeinwesen: im westfälischen Fürstbistum Osnabrück – und nicht nur hier, sondern darüber hinaus in nordeuropäischen Staaten und Städten, wie im Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg(-Großbritannien), in Dänemark, in der bis 1768 dänischen und anschließend freien Reichsstadt Hamburg sowie schließlich im dänisch-deutschen Holstein. Zudem unternahm er Reisen in die Schweiz (1763), nach Schweden (1794)⁷¹ und begleitete einen seiner Schüler als Hofmeister an die Universität in Halle/S. (1772).

Dietrich Hermann Hegewisch stammte aus der Kleinstadt Quakenbrück, gelegen im Fürstbistum Osnabrück an der nördlichen Grenze zum Niederstift Münster. Zu den prominenten Töchtern und Söhnen der Burgmannstadt Quakenbrück zählt der Theologe, Schüler Melancthons, Lübecker Superintendent und Reformator Hermann Bonnus (1504-1548). Angesichts seiner Herkunft aus Quakenbrück konnte sich Hegewisch einerseits mit Sachsen, andererseits aber auch mit Westfalen identifizieren. Während sich der Osnabrücker Justus Möser tendenziell an Westfalen orientierte,⁷² sah sich der Quakenbrücker Hegewisch als „a native Saxon, acknowledges that his ancestors stood in need of being subjugated“.⁷³ Es ist daher kein Zufall, dass Hegewisch schon auf der ersten Seite seines Erstlingswerkes von 1777 über Karl den Großen die Kämpfe zwischen „Deutschen“ und „Römern“ – vor allem zwischen Varus und Arminius 9. n. Chr. – thematisierte, einen Kampf, den Hegewisch als Verteidigungs- und Freiheitskampf der dort lebenden Völker gegen die Herrschaft der Römer bezeichnete.⁷⁴ Dass Hegewisch später auch die Perspektive eines Dänen beziehungsweise eines

71 Hegewisch, *Erinnerungen aus einer Reise nach Stockholm im Jahre 1794* (1801).

72 Scupin, *Justus Möser als Westfale und Staatsmann*.

73 So sieht es der Autor von: *Rapport Historique sur le Progrès de l'Histoire et de la Litterature Ancienne depuis 1789 / Historical Report upon the Progress of History and Ancient Literature since the year 1789*. In: *The American Review of History and Politics*, Vol. III / Nr. 1, January 1812, S. 32.

74 [Hegewisch,] *Versuch einer Geschichte Kayser Karls des Grossen* (1777), S. 1. Auf dem Titelblatt fehlte Hegewischs Name.

deutschstämmigen Dänen – und zwar in der Frage völkerrechtlicher Neutralität – einnahm,⁷⁵ ist auf seine beruflichen Beziehungen zurückzuführen.

Dank der unveröffentlichten Recherchen des Artländer Familienforschers Walter Pohlsander konnten einige Daten zur Familie Hegewisch – vor allem die Einträge aus Tauf- und Sterberegistern – überliefert werden. Genealogische Aspekte, Nachrichten zur Familie und sozialen Herkunft blieben bislang in der Forschung weitestgehend unbeachtet.

Dietrich (auch Diederich) Hermann Hegewisch wurde am 15. Dezember 1740 – nicht 1746 (!) – geboren und am 18. Dezember 1740 getauft. Im Fürstbistum Osnabrück hatten sich feste Konfessionsgrenzen herausgebildet, so war die „Artland“ („Ortland“) genannte Kulturlandschaft im Osnabrücker Nordland mit Quakenbrück („Quakenbrügge“) als urbanem Mittelpunkt und den Kirchspielen Badbergen, Menslage und Gehrde überwiegend protestantisch. Bischof von Osnabrück war zwischen 1728 und 1761 ein Katholik, nämlich Kurfürst Clemens August I. von Bayern. Auf ihn folgte von 1764 bis 1802 der Sohn des britischen Königs Georg III., Friedrich, Herzog von York und Albany (1763-1827).

Dietrich Hermann Hegewisch stammte aus einer traditionsreichen Quakenbrücker Handwerkerfamilie.⁷⁶ Sein Vater war der Glasermeister Hermann Caspar Hegewisch (1709-1788); seine Mutter hieß Cünna (oder Kunigunda) Hilena (auch Helena), geborene Bahlmann (gest. 1774). Beide hatten 1736 in Quakenbrück geheiratet. Dietrich Hermann hatte mehrere Geschwister.⁷⁷ Auch Hermann Caspars Vater, Johann Wilhelm Hegewisch (1679-1765), war bereits Meister im Quakenbrücker Glaseramt.⁷⁸ Als Mit-

75 [Hegewisch,] *Observations d'un Danois* (1794). Hiervon soll auch eine schwedische Übersetzung angefertigt worden sein, siehe dazu Ehlers, *Litterarische Gedanken von der Schrift des Herrn Professors Hegewisch in Kiel über Neutralität*, S. 107. – Der Pädagoge und Philosoph Ehlers (1732-1800) studierte, wie auch Hegewisch, bei Matthias Gesner in Göttingen und wurde 1768 Rektor in Oldenburg, anschließend in Altona, wo er mit Philipp Gabriel Hensler eine neue Schulordnung für das dortige Gymnasium ausarbeitete. 1776 wurde er zum Professor in Kiel berufen. – Vgl. auch Hegewisch, *Ueber die Neutralität bey dem gegenwärtigen Kriege* (1793).

76 Schon 1462 führten ein Hermann Hegewisch und ein Johann Hegewisch das Bürgerrecht Quakenbrücks. 1506 wird ein Hegewysch namens Wernecke in der Quakenbrücker Bürgerrolle genannt. 1512 und 1517 sind ein Ludeke und ein Johan Hegewisch (Hegewysch) als Einwohner Quakenbrücks überliefert.

77 Erwähnt seien Wilhelm Diederich (1738-1813), Helene Wilhelmine (1741-1750), Johann Hinrich (1743-1749) und Diederich Henrich (1751-1752), einige verstarben jedoch schon im Kindesalter. Von Wilhelm Diederich ist bekannt, dass er eine Clara Elisabeth Wegner (1738-1802) heiratete und 1813 in der Quakenbrück benachbarten Gemeinde Gehrde verstarb. Das Paar bekam – soweit bekannt – sechs Kinder, darunter Eberhard Diederich (geb. 1767), der eine Juliane Erica Helena, geb. Biester, heiratete, und August Wilhelm Diederich (geb. 1774), der nach Petersburg in Virginia/USA auswanderte.

78 Johann Wilhelms Frau war Helena Anna, geborene Lüdeker (1685-1761). Auch Cünna Helena Bahlmanns Vater, der Zinngießer Dietrich Bahlmann, war ein ange-

glied einer Quakenbrücker Körperschaft, die Sechzehner genannt, gehörte er zu den angesehenen Persönlichkeiten, die sich aus den Burgmannsfamilien, den Stadträten, den Pastoren sowie den Lehrern der schon seit dem 14. Jahrhundert existierenden Quakenbrücker Lateinschule rekrutierte.⁷⁹

Der Name Hegewisch kommt sowohl in Quakenbrück wie auch in verschiedenen Artländer Bauerschaften vor, z. B. in Vehs. Im Viehschatzregister des Jahres 1458 sind für die Bauerschaft Vehs eine Fenneke tor Hegewisch und ein Lubbeke Hegewisch, vermutlich deren Schwiegervater, registriert. Später wird die Hofstelle in Vehs mal als Erb- und mal als Markkötter eingestuft. 1795 sandten die Vehser im Rahmen ihrer Markstreitigkeiten den Kolon Gerd Hegewisch nach Wetzlar ans Reichskammergericht, um die Rechte der Bauerschaft Vehs wahrzunehmen. Die Bauerschaft Vehs war in Wetzlar keine unbekanntete Körperschaft.⁸⁰ Welche verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vehser Kolonen und den Quakenbrücker Handwerkern im 18. Jahrhundert bestanden, ist nicht bekannt. Vermutlich begründete ein abgehender Sohn aus Vehs die Quakenbrücker Linie.

Zwischen 1740 und 1758 wird sich Dietrich Hermann Hegewisch in Quakenbrück bei seinen Eltern aufgehalten haben, wo er die dortige Lateinschule besuchte. Zu seinen Schulfreunden zählte der Quakenbrücker Christian M. Schröder (1742-1821), der spätere Bürgermeister von Hamburg, mit dem er – vor allem Mitte der 1770er Jahre – näheren Kontakt pflegte. Hegewischs Jugend war keine unbesorgte, keine friedliche. Zwischen 1745 und 1749 waren in Quakenbrück mehrere Kompagnien stationiert. Das bedeutete, dass pro Jahr zwischen 155 und 220 Personen einquartiert wurden. Für sie standen 13 Kotten im Stadtteil St. Antoni und 12 Kotten im Stadtteil St. Annen zur Verfügung. 1751 erlebte Dietrich Hermann den Ausbruch eines Feuers in der Deichstraße, der durch Brandstiftung verursacht wurde. Die erste Brandkasse für das Bistum Osnabrück

sehener Bürger in Quakenbrück. Verheiratet war dieser mit Helena, geborene Bödeker.

⁷⁹ Bindel, Geschichte der höheren Lehranstalt in Quakenbrück.

⁸⁰ Schon 1612 trat Vehs als Kläger gegen den Bürgermeister, den Rat und die Gemeinde Quakenbrück auf, wobei es um Nutzungsrechte an der Mark ging. 1726 ging es dann zwischen den Eingesessenen der Gemeinde Ankum und den 22 Eingesessenen der Bauerschaft Vehs um Wasserrechte. 1771 wurde um Weiderechte sowie Nutzungsrechte an der Mark zwischen den Konfliktparteien gestritten: bestehend aus dem Holzgrafen Friedrich Christian von Hammerstein gemeinsam mit der Bauerschaft Nortrup und zwölf ihrer Bewohner auf der einen und der Bauerschaft Vehs und 27 bzw. 29 Eingesessenen auf der anderen Seite. Der Prozess zog sich zwischen 1737 und 1796 hin. 1792 und 1793 klagten sechs Kolonen der Bauerschaft Vehs gegen 46 Eingesessene der benachbarten Bauerschaft Langen wegen Rechtsverweigerung. Sachverständige der Juristenfakultäten der Universitäten Duisburg, Göttingen, Helmstedt und Erfurt begutachteten und kommentierten den Prozess. Insgesamt können zwölf frühneuzeitliche Verfahren vor dem Reichskammergericht Wetzlar mit Vehser Beteiligung gezählt werden.

wurde vier Jahre später eingerichtet. Da der Schulbetrieb – Hegewisch wechselte inzwischen an das Ratsgymnasium in Osnabrück – während des Siebenjährigen Krieges nicht gewährleistet werden konnte, wird Hegewisch 1758/59 zwischen Osnabrück und Quakenbrück gependelt sein.

Am 30. April 1759 immatrikulierte sich der nunmehr 19 Jahre alte Dietrich Hermann Hegewisch an der 1737 gegründeten Georgia Augusta in Göttingen – und zwar an der theologischen Fakultät, offenbar mit dem Ziel, Pastor zu werden. Die Reformuniversität gehörte neben Leipzig und Halle/S. zu den führenden deutschsprachigen Hochschulen Europas und wurde von Studierenden aus Livland, Kurland, Russland, Ungarn, England und natürlich dem Alten Reich besucht. Beeinflusst haben dürfte Hegewisch in dieser Zeit der in Osnabrück geborene Theologe, Philologe und Thucydides-Übersetzer Johann David Heilmann (1727-1764). Heilmann hatte in Halle/S. studiert und war Schüler des Theologen und Universalhistorikers Siegmund Jakob Baumgarten (1706-1757), für dessen Nachfolge Heilmann sogar vorgesehen war. Zunächst aber wechselte Heilmann an das Gymnasium in Hameln. 1756 nahm er dann die Stelle des Rektors des Gymnasiums in Osnabrück an und wurde 1758 zum Professor für Theologie in Göttingen berufen.

In Göttingen wurde ein dezidiert evangelisches konfessionelles Profil entwickelt. Dabei richtete sich der Schwerpunkt auf die Religions- und Kirchengeschichte. Einflussreiche Göttinger Professoren dieser Fakultät waren zu dieser Zeit Johann Lorenz (von) Mosheim (1693-1755), Christoph August Heumann (1681-1764), Johann David Michaelis (1717-1791) und Christian Wilhelm Franz Walch (1726-1784). Am gleichen Tag wie Hegewisch schrieb sich auch Joachim Andreas Warnecke aus Osnabrück ein, um Jura zu studieren. Der spätere Freimaurer Warnecke („Achates“) übersetzte z. B. 1766 Möasers „Harlequin: or, a defence of Grotesque comic performances“ aus dem Deutschen ins Englische und wurde Amts- und Justizaktuar in Melle bei Osnabrück. Ebenfalls am 30. April 1759 immatrikulierte sich für Jura der spätere Gograf zu Vörden Heinrich Ludwig Graff („osna-brugensis“; 1738-1817), dann am 1. Mai der Osnabrücker Johann Wilhelm Nieman und am 4. Mai der Osnabrücker Peter Ludwig Meier, beide um Theologie zu studieren. Auch Georg Wilhelm Werner von dem Bussche (10. Oktober) und Rudolph Simon Vatke (9. September) finden sich unter den Osnabrücker Studienanfängern des Jahres 1759. Zu seinen Kommilitonen, die mit ihm in Göttingen ihr Studium begannen, konnte Hegewisch eine recht illustre Gruppe zählen, mit der er auch noch in späteren Jahren (wieder) Kontakt gehabt haben dürfte: aus der Familie Schimmelmann, bei der Hegewisch in den 1770er Jahren als Hofmeister angestellt wurde, immatrikulierte sich am 27. April 1759 Karl Diedrich, der spätere dänische Agent in Hamburg. Am 25. März schrieb sich Samuel Adam Struensee, der Vater des 1772 hingerichteten dänischen Reformers, in Göttingen ein. Auch

der Vater von Friedrich Christoph Dahlmann, Hegewischs späterer Schwiegersohn, namens Johann Ehrenfried, begann sein Jurastudium 1759 und zwar am 23. März. Dazu weisen die Matrikel der Universität Göttingen für das Jahr 1759 eine ganze Reihe im weiteren Verlauf ihrer Karriere erfolgreicher Forscher und Wissenschaftler auf, z. B. Peter Simon Pallas, Hartwig Ludwig Christian Backmeister und Johann Beckmann.

Doch scheint Hegewisch sein Theologiestudium nicht abgeschlossen zu haben. Schon vor 1761 wechselte er zur Philologie und war fortan im Kreis des wissenschaftlich einflussreichen, aber früh verstorbenen Philologen Johann Matthias Gessner (1691-1761) zu finden.⁸¹ Dieser Schritt, von der Theologie zur Philologie zu wechseln, war damals keine Ausnahme, sondern sogar eine „typische“ Entscheidung vieler Studierender und ging einher mit der Hinwendung von der Bibel- zur Literatur- bzw. Textkritik. Hegewischs Ziel war es nun nicht mehr, Pastor zu werden, sondern Erzieher und Lehrer, besonders für Sprachen.

Zwischen 1763 und 1768 war Hegewisch Hauslehrer bzw. Sekretär der Bankiersfamilie Seyler in Hamburg und der Apothekerfamilie Andreae (Andreä) in Hannover. Der Naturforscher, Botaniker und Chemiker Johann Gerhard Reinhard Andreae (1724-1793), der in den 1750er Jahren reisende Naturforscher und prominente Persönlichkeiten, wie Philipp Friedrich Gmelin oder auch Benjamin Franklin persönlich kennengelernt hatte, war der Schwager des Kaufmanns und Schauspieldirektors Abel Seyler (1730-1800), der in erster Ehe mit Sophia Elisabeth, geb. Andreae, verheiratet war. Da sich Seyler trotz ökonomischer Fehlinvestitionen der Gründung seiner Schauspiel-Gesellschaft widmete, die dann 1769 auch realisiert werden konnte, hielten sich die Kinder, zwei Söhne, darunter der spätere Kaufmann Ludwig Erdwin (1758-1836), und eine Tochter namens Sophie, im Haus des ledigen Onkels Andreae in Hannover auf. Hegewischs Aufgabe bestand in der Erziehung und Unterrichtung dieser drei Kinder. Sophie Seyler (1762-1833) heiratete 1781 den Schriftsteller und Juristen Johann Anton Leisewitz (1752-1806). Gemeinsam mit Andreae und dem Hamburger Arzt und Schriftsteller Jacob Mums(s)en (1737-1819) reiste Hegewisch 1763 in die Schweiz, wo Andreae naturkundliche Forschungen betrieb. Die Beobachtungen des Apothekers aus Hannover wurden in mehreren Folgen – in 104 Briefen – 1764 und 1765 im „Hannoverischen Magazin“ veröffentlicht.⁸² Allerdings begleitete Hegewisch Andreae nicht auf der gesamten Route, sondern nahm eine Unterkunft in Basel. Konnte Hegewisch schon

81 *Mortem Ac Funus Matronae Dum Viveret Spectatissimae Elisabetae Caritatis E Gente Eberhardinorum In Matrimonio Viri Illustris Atque Excellentissimi Joannis Matthiae Gesneri [...]*, 1761.

82 Andreae, Briefe aus der Schweiz nach Hannover geschrieben u. d. d. s., Briefe aus der Schweiz nach Hannover sowie Knoll, Die Schweizreise des Hannoverschen Apothekers Johann Gerhard Reinhard Andreae im Jahr 1763.

während seines Studiums in Göttingen wichtige Kontakte knüpfen, erweiterte sich sein Kreis an Bekanntschaften im Haus Andreaes und auch Seylers noch weiter. Neben Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781) wird Hegewisch hier schon auch den Ökonomen Johann Georg Büsch (1728-1800) und den Schriftsteller Friedrich Gottlieb Klopstock (1724-1803) kennengelernt haben.

Zwischen 1768/69 und 1774 übte Hegewisch die Stelle eines Hofmeisters im Haus des Hamburger Konsuls und dänischen Barons bzw. Grafen Heinrich Carl von Schimmelmann (1724-1782) aus, dessen Privatsekretär er auch wurde. Schimmelmann war Inhaber eines florierenden Handelshauses in Hamburg, besaß Ländereien in Wandsbeck, war Eigentümer von Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen in der Karibik, profitierte vom Sklavenhandel, besaß eine Gewehrfabrik und eine Reederei. Als Erzieher bei Schimmelmann beerbte Hegewisch Samuel Heinicke (1727-1790), der zwischen 1760 und 1768/69 im Haus Schimmelmanns als Privatlehrer angestellt war und auch als Sekretär, Vorleser und Übersetzer agierte. Zum 1. Januar 1769 trat Heinicke die Stelle des Kantors, Organisten, Schulmeisters und Küsters in Eppendorf an und gründete hier die erste deutsche Taubstummenanstalt. Zu dem Bekanntenkreis Heinickes in Hamburg gehörten neben Schimmelmann auch Klopstock und der Theologe Johann Andreas Cramer (1723-1788), der auf Vermittlung Klopstocks und des in Hannover geborenen dänischen Geheimrats Andreas Peter von Bernstorff (1735-1797) zunächst Hofprediger in Kopenhagen und später Kanzler der Universität Kiel wurde. Die Aufgabenbereiche Hegewischs umfassten die Erziehung der beiden Söhne Carl Maximilian von Schimmelmann (1752-1772) und Traugott Friedrich von Schimmelmann (1756-1778). Die Kinder waren bei Amtsantritt 16 und 12 Jahre alt. Insgesamt hatte das Ehepaar Heinrich Carl und Caroline Tugendreich (geb. v. Friedeborn) sieben Kinder, die zwischen 1747 und 1767 geboren wurden. Auf Grund seiner beruflichen Verpflichtungen – Schimmelmann gehörte zu den erfolgreichsten Unternehmern Europas mit engen Beziehungen zur dänischen Krone und dem dänischen Hof – lebte Hegewisch in dieser Zeit teils in Hamburg und teils in Kopenhagen. 1764 war Schimmelmann auch Mitglied und Vorstand einer Finanzkommission der dänischen Krone. 1768 gehörte er zur Reisegesellschaft des – gesundheitlich labilen – dänischen Königs (mit J. H. Bernstorff, v. d. Lüche, v. Moltke, v. Holck u. a.), der das Alte Reich, Frankreich, Holland und England besuchte.⁸³ In der Literatur findet sich der Hinweis, dass

83 Eine Beschreibung der königlichen Reise wurde 1830 unter dem Titel „Ausländische Reise des Königs Christian VII im Jahre 1768“ in der „Kopenhagener Börsenhalle“ (Nr. 9-12, 20. Februar) veröffentlicht. Die Reise des Königs verlief von Schloss Gottorf aus nach Kiel, Traventhal, Schloss Ahrensburg, wo die Familie Schimmelmann lebte und der Baron feierlich zum Schatzmeister ernannt wurde, Lüneburg, Celle und Hannover. Während ein Teil der Reisegesellschaft – vermutlich auch

Hegewisch seinerseits die Familie Schimmelmänn durch Holland begleitet habe. Allerdings war 1768 Heinicke noch Hofmeister im Hause Schimmelmänn, und aus einem Brief des Hannöverschen Theologen und Schriftstellers Johann Adolf Schlegel an den Schriftsteller Christian Fürchtegott Gellert geht hervor, dass Hegewisch noch im Juli 1768 in Diensten von Andree stand und sich in Hannover aufhielt.⁸⁴ Die Reise des dänischen Königs wurde am 6. Mai angetreten. Außerdem plante Hegewisch, wie Schlegel schrieb, zurück auf eine Akademie gehen zu wollen, um Jura zu studieren. Erst im Oktober 1768 schien Hegewisch für die neue Hofmeisterstelle bei Schimmelmänn ins Gespräch gebracht worden zu sein. Jedenfalls fragte Gellert Schlegel in seinem Brief vom 22. Oktober, ob Hegewisch die „bewusste Hofmeisterstelle“ – gemeint war die bei Schimmelmänn – angenommen hätte.⁸⁵ Auch für das Jahr 1769 ist belegt, dass Hegewisch offenbar noch in Hannover weilte. Am 14. April 1769 nämlich trug sich Hegewisch mit Angabe des Ortes in das Stammbuch von Johann Anton Leisewitz ein.⁸⁶

Knapp fünf Jahre blieb Hegewisch in Diensten der Schimmelmänn bis er 1774 die Stelle eines Sekretärs bei der Deutsche Kanzlei in Kopenhagen antrat. Durch seine Anstellung als Hofmeister und Erzieher im Haus eines der reichsten Kaufleute der damaligen Zeit kam Hegewisch nicht nur mit vielen Persönlichkeiten aus Politik, Kunst und Wissenschaft zusammen, sie eröffnete ihm auch interessante Einsichten in ökonomische Zusammenhänge, vor allem den internationalen und europäischen Handel und Kommerz.

1770 wurde Hegewisch in Hamburg in die Freimaurer-Loge „Zu den drei Rosen“ aufgenommen. Zu den Mitgliedern zählten u. a. Lessing, Matthias Claudius sowie der Rektor, Idyllen-Dichter und spätere Homer-Übersetzer Johann Heinrich Voss, ferner Friedrich Leopold Graf zu Stolberg und Christian Graf zu Stolberg sowie der königlich dänische Legationssekretär Ernst Friedrich Christian von Schönborn. Klopstock, Voss, Claudius und Schönborn waren eng mit dem Göttinger Hainbund verbun-

Schimmelmänn und Hegewisch – über Osnabrück und Münster nach Holland weiterreiste, besuchte der König in Hanau den Prinzen von Hessen-Kassel und dessen Ehefrau Wilhelmine Caroline, der Schwester des dänischen Königs. Nach einigen Tagen setzte der König seine Reise über Frankfurt/M., Mainz, Köln, Wesel fort und erreichte schließlich Nimwegen. In Holland besuchte er Utrecht, Zeist, Amsterdam, wo er sechs Tage blieb, Haarlem, Haag, wo er sich 13 Tage aufhielt, Leiden, Delft, Rotterdam und Brüssel.

84 Von Johann Adolf Schlegel [an Gellert], Hannover, den 7. Juli 1768. In: Reynolds (Hrsg.), F. Gellerts Briefwechsel, Bd. V (1767-1769), S. 132-133.

85 An Johann Adolf Schlegel [von Gellert], Leipzig, den 18. Oktober 1768. In: ebd., S. 146-147.

86 Zimmermann, J. A. Leisewitz' Stammbuch aus seiner Göttinger Studienzeit, S. 114-135.

den, der zwischen 1772 und 1775 existierte. Auch Kaufleute, Musiker und Schauspieler waren in dieser Loge vertreten. Dass Hegewisch mit der Freimaurerei in Verbindung stand, wurde 1819 durch die Schrift „Wie ward Stolberg ein unfreier“ von Johann Heinrich Voss (1751-1826) bekannt. Auch Hegewischs Freund Jacob Mumsen war Mitglied einer Hamburger Loge, und zwar der mit Namen „Absalom zu den drei Nesseln“, die schon 1737 gegründet worden war und der auch Johann Joachim Bode, der mehrmals zum Meister vom Stuhl gewählt wurde, angehörte. Auch Büsch scheint, glaubt man der einschlägigen Literatur, Freimaurer gewesen zu sein,⁸⁷ wogegen jedoch sein eigenes öffentliches Bekenntnis spricht, einem Orden nicht angehört zu haben.⁸⁸

So sehr sich Hegewisch mehr und mehr in Gelehrten- und Künstlerkreisen etablieren konnte, war seine Zeit als Hofmeister bei den Schimmelmans doch überschattet vom Tod des jungen Barons Carl Maximilian v. Schimmelmann (1752-1772), dessen Mentor Hegewisch war. Carl Maximilian erkrankte 1772 als Student in Halle mit zwanzig Jahren beim Baden in der Saale. Hegewisch, der dem Unfall beiwohnte, veranlasste daraufhin, dass die Leiche mumifiziert wurde.⁸⁹ Beauftragt wurde damit der Hallenser Mediziner Adam Nietzki (1714-1780), der die altägyptische Kunst der Einbalsamierung wiederentdeckt hatte.

Neben dem tödlichen Badeunfall seines Schützlings war Hegewisch indirekt auch von politischen Veränderungen betroffen. 1772 wurde der Leibarzt des dänischen Königs Johann Friedrich Struensee (1737-1772) hingerichtet, nachdem es ihm zuvor seit 1768 gelungen war, durch seine Nähe zum König und ohne Rücksicht auf Adel und politische Gremien weitreichende Reformen durchzusetzen. Auch die jeweilige Stellung und Position Bernstorffs und Schimmelmans waren betroffen. Doch festigte sich die Stellung Bernstorffs wieder, und 1773 wurde er Chef des Departements für auswärtige Angelegenheiten und zugleich Direktor der Deutschen Kanzlei, dem sowohl die deutschsprachigen Territorien (u. a. Schleswig, Holstein, u. Oldenburg) sowie auch die Universität Kiel unterstellt waren. Nun eröffnete sich auch für Hegewisch eine neue berufliche Perspektive. Vermut-

87 Siehe: <http://www.hamburger-persoentlichkeiten.de/hamburgerpersoentlichkeiten/login/person.asp?showpics=no&alpha=B&conditionA=&rollefilterby=&thepagesize=100&searchname=&fileattached=&searchvorname=&gruppen=15&groupname=Wirtschaft>. Siehe auch: <http://www.freimaurerei.ch/d/alpina/artikel/artikel-2016-02-01.php>

88 Büsch, Ueber kaufmännische Reisen, S. 552: „Ich bin nicht Freimaurer, [...] §20. Für mich ist allemal dies ein entscheidender Grund gewesen, nie in einen Orden einzutreten: So hoch ich das Glück des Lebens in der Freundschaft schätze, so mag ich doch frei in meiner Wahl seyn, [...]“

89 Brief Adam Nietzkis an den preußischen Oberkurator Freiherr Karl Abraham von Zedlitz (1731-1793) über die Schwierigkeiten und Kosten der Einbalsamierung des verstorbenen Barons Car Maximilian Schimmelmann, S. 335-336.

lich Dank der Fürsprache Schimmelmans, der auch in den folgenden Jahren stets Hegewischs Förderer blieb, gelang es Hegewisch, seine Berufswünsche zu realisieren und sich neu zu orientieren. Nachdem er sich bislang der Theologie, der Philologie und der Pädagogik gewidmet hatte, wandte er sich nun der Politik und dem Staatsdienst zu.

Doch schon 1775 lebte er – offenbar ohne feste Stellung, wie es in der Literatur heißt – in Hamburg als Privatier. Stephan Pütter weist ihm allerdings für das Jahr 1777 den Titel eines „Legationssecretärs“ in Hamburg zu.⁹⁰ Auch Carl Joseph Bouginé nennt ihn einen „dänischen Legationssecretär zu Hamburg“,⁹¹ ehe Hegewisch 1780 außerordentlicher Professor in Kiel wurde. Nach Johann Jacob Mosers „Grund-Sätze[n] des jetzt üblichen Europäischen Völkerrechts in Friedens-Zeiten“ aus dem Jahr 1777 sind Legationssekretäre Bediente des Souveräns, die als Sekretäre eines Gesandten tätig sind. Sie werden vom Souverän ausgewählt, einem Gesandten zugewiesen und vom Souverän besoldet. Dagegen wird der Privatsekretär vom Gesandten selbst eingestellt, entlassen und besoldet. Legationssekretäre können, so Moser weiter, adeliger Herkunft sein oder gelehrte Personen. Zu den Aufgaben gehörte es, Gutachten aufzusetzen, Berichte nach dem heimatlichen Hofe abzufassen und ein Gesandtschaftstagebuch zu führen sowie das Gesandtschaftsarchiv zu ergänzen und zu ordnen.⁹²

In der Forschung wird vorausgesetzt, dass Hegewisch als Sekretär der deutschen Kanzlei in Kopenhagen entlassen wurde. Als Grund für seine Demission wird das am 29. Januar 1776 in Dänemark eingeführte Indigenat-Recht angeführt.⁹³ Auch Hegewisch selbst begründete seinen Wechsel vom dänischen Staatsdienst in die Schriftstellerlaufbahn mit dem besagten Indigenatgesetz. Durch dieses Gesetz wurde der Zugang zu den Ämtern in königlich dänischen Staaten allein den eingeborenen Untertanen vorbehalten. In seiner Vorrede zu seinem 1791 veröffentlichten Werk „Geschichte der Regierung Kaiser Karls des Großen“ schrieb er: „Gewisse Schicksale, die mich trafen, zum Theil Folgen des dänischen Indigenatgesetzes, veranlaßten mich, die Schriftstellerbahn, zu der ich mich nicht berufen glaubte, zu betreten.“⁹⁴ Sogar der in Hannover geborene Geheimrat Graf Bernstorff wurde 1780 entlassen und entschied sich dafür, sich vorerst nach Mecklenburg auf das Gut der Familie in Dreilützow zurückzuziehen – jedenfalls vorübergehend, bis er 1784 erneut in den dänischen Staatsdienst eintrat und den Posten des Außenministers des dänischen Gesamtstaates über-

90 Pütter, Teutsche Reichsgeschichte in ihrem Hauptfaden entwickelt, S. 74.

91 Bouginé, Handbuch der allgemeinen Litteraturgeschichte, 4. Bd. (1791), S. 272.

92 2. Auflage. Nürnberg 1777, S. 221-222.

93 So z. B. in dem Artikel über Hegewisch in Schröders Lexikon der hamburgischen Schriftsteller, Bd. 3 (1857), S. 141.

94 Hegewisch, Vorrede. In: ders.: Geschichte der Regierung Kaiser Karls des Großen (1791).

nahm. Dass auch Hegewisch nach seinem Wechsel in den dänischen Staatsdienst in den Sog der Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Parteien um Struensee, Bernstorff und Ove Jørgensen Høegh-Guldberg (1731-1808), den neuen starken Mann nach Struensees Hinrichtung, geriet, ist durchaus möglich. Hegewisch sollte die Stelle eines dänischen Konsultssekretärs in Algier erhalten, eine Option, die sich jedoch zerschlug. Wenn aber das neu erlassene Indigenat-Recht allein die Ursache für seine Demission und Rückkehr von Kopenhagen nach Hamburg war, folgt daraus, dass die beruflichen Weichen Hegewischs schon vor In-Kraft-Treten des Indigenat-Rechts gestellt worden waren.

Seine Zeit als Privatier in Hamburg zwischen 1775 und 1780 nutzte Hegewisch, um eine „Geschichte Karls des Großen“ zu verfassen und 1777 zu veröffentlichen. Nur ein Jahr später übernahm er für zwei Jahre die Redaktion der Hamburger „Neuen Zeitung“ und „Adreß-Comptoir-Nachrichten“.⁹⁵ An diesen Periodika arbeiteten zeitweise führende Hamburger „Aufklärer“ wie u. a. Büsch, Boie, v. Voght, Ebeling, Heinicke, J. A. H. Reimarus, von Archenholtz, Lessing und Claudius mit. Verleger war zeitweise Klopstocks Bruder, der Kaufmann Victor Ludwig Christian (1744-1811). Hegewisch gelang es zwar, sich einen guten Namen zu machen, wie das folgende Zitat von Johanna Baldrian aus dem Jahr 1783 belegt, seine berufliche Karriere hatte aber zunächst einen Rückschlag erlitten. Baldrian schrieb in ihrer „Kleinen Charakteristik von Hamburg“:⁹⁶ „Sie [die „Neue Zeitung“, M. E.] ist bisher immer von einer Hand in die andere gesprungen. Alle Augenblick hatte sie einen neuen Verfasser, weils ein eigenes, oft fatales Geschäft ist, das viel Geschicklichkeit erfordert und schlecht bezahlt wird. Herr Professor Hegewisch in Kiel, der alle Kännnisse Talente dafür hatte, hat ihre glänzendste Epoche gemacht.“⁹⁷

1779 erschien Hegewischs zweites historisches Werk „Geschichte der Fränkischen Monarchie von dem Tod Karls des Grossen bis zum Abgange der Karolinger“. Gewidmet ist diese Darstellung „Dem Herrn Doctor Matsen, Secretarius der Stadt Hamburg, als dem Beförderer dieses Werks, [das] ohne ihn, weder unternommen noch fortgeführt wäre“. Hegewisch konnte auf ein gut funktionierendes Netzwerk vertrauen, das aus Bernstorff, Schimmelmann, Klopstock, Büsch⁹⁸ sowie dem Hamburger Ratssekretär und Syndikus Nicolaus Matsen (1739-1794) und dem Hamburger Pädagogen und Historiker Christoph Daniel Ebeling (1741-1817) bestand. Auch

95 Grundlegend: Böning, *Periodische Presse*, S. 100 (besonders zu Hegewisch).

96 *Kleine Charakteristik von Hamburg*. – Abgedruckt wurde ein Brief von Steffen Kundhut an das Kirchenkollegium in Hamburg. Außerdem ein Gevatterbrief von Johanna Baldrian.

97 Zitiert nach Böning, *Periodische Presse*, S. 100.

98 Büsch nennt Hegewisch im Jahr der Französischen Revolution seinen Freund. In: ders. / Ebeling (Hrsg.), *Handlungsbibliothek*, 2. Bd., 4. Stück (1789), S. 505.

sein Quakenbrücker Schulfreund Christian M. Schröder (Schroeder)⁹⁹ und der Kaufmann Charles Hanbury (1751-1783) gehörten dem Kreis an. Inhaltliche Berührungspunkte gab es nicht nur mit Büsch und Ebeling, sondern auch mit dem Hamburger Kaufmann und „Aufklärer“ Georg Heinrich Sieveking (1751-1799), der 1790 in Harvestehude das berühmt gewordene „Freiheitsfest“ zu Ehren der Französischen Revolution mit initiierte.¹⁰⁰

In seinen autobiographischen „Lebensnachrichten“ aus dem Jahr 1811 erinnerte sich Hegewisch daran, wie er zur Historie und darauf hin zur Hochschullehre gekommen war. Außerdem benannte er seine wichtigsten beruflichen und gelehrten Kontakte der damaligen Zeit: „Ich weiß selbst nicht mehr auf welche Veranlassung ich, der ich zwar immer Geschichte liebte, aber nie absichtlich studierte, das Leben Karls des Großen schrieb. Aber der Syndicus Matsen, Ebe[r]ling¹⁰¹ und Klopstock¹⁰² beredeten mich, es drucken zu lassen. Ebe[r]ling verschaffte mir einen Verleger. Diese zufällige Arbeit hat entscheidenden Einfluß auf mein übriges Leben gehabt. Sie hatte dem Kanzler Cramer¹⁰³ und dem damaligen Curator der Universität zu Kiel, dem Kammerherrn Grafen von Reventlow¹⁰⁴ so sehr gefallen, daß ich (Ostern 1780) als Professor der Geschichte nach Kiel berufen wurde.“¹⁰⁵

Zu seinen beruflichen und sozialen sowie auch privaten Netzwerken äußerte sich Hegewisch im Jahr 1785, der nun mit seiner Lebenssituation

99 Christian M. Schroeder (Schröder), Bürgermeister in Hamburg, geb. 1742 in Quakenbrück, gest. 1821 in Hamburg, heiratete 1773 Luise Mutzenbecher („die schöne Luise“) in Hamburg (1754 in Hamburg – 1813 in Ruhleben bei Plön, Tochter von S. Mutzenbecher und C. Neuhaus).

100 Sieveking, Ueber den Hamburgischen Münzfuß, u. Hegewisch / Büsch, Ueber einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuß (1789), S. 505-513.

101 Christoph Daniel Ebeling, geb. 1741 bei Hildesheim, 1769 Lehrer der Hamburger Handelsakademie, 1784 Professor für Geschichte am Akademischen Gymnasium Hamburg, Herausgeber (mit Johann Georg Büsch) der „Handlungsbibliothek“ (1784-1797), Erbeschreibung und Geschichte von Amerika, 7 Bde. (1793-1816), Herausgeber mit Dietrich Hermann Hegewisch) des „Amerikanischen Magazins“ (1795-1797).

102 Friedrich Gottlieb Klopstock, geb. 1724 in Quedlinburg, Messias (1748-1773), Oden zur Französischen Revolution (1790-1799), gestorben 1803 in Hamburg.

103 Johann Andreas Cramer, geb. 1723 in Jöhstadt, 1754 Hofprediger in Kopenhagen, Professor für Theologie in Kopenhagen, 1771 Entlassung durch Johann Friedrich Struensee, Superintendent in Lübeck, 1774 Professor in Kiel, 1784 Kanzler der Universität Kiel, gestorben 1788 in Kiel.

104 Detlev von Reventlow, geb. 1712 auf Gut Altenhof, 1736 Kammerjunker, 1749 Oberpräsident von Altona, 1754 Hofmeister und 1763 Oberhofmeister des dänischen Kronprinzen, 1766 Entlassung und Enthebung seiner Ämter, 1766 Wiedereinsetzung als Oberkammerherr, 1770 erneute Amtsenthebung, 1773 Principal-Commissarius, 1775 Kurator der Universität Kiel.

105 Zit. nach Carsten Erich Carstens, Art. Hegewisch, in: ADB, Bd. 11 (1880), S. 178-179.

rundum zufrieden war, in einen Brief an den Osnabrücker Staatsmann und Historiker Justus Möser (1720-1794). Diese bestanden demnach aus dem Chef der Deutschen Kanzlei Andreas Peter Graf Bernstorff, dem Kanzler der Universität Kiel und Theologen Johann Andreas Cramer (1723-1788) sowie der gräflichen Familie von Schimmelmann, vor allem dem dänischen Finanz- und Außenminister Ernst Heinrich von Schimmelmann (1747-1831) sowie dessen Schwester Caroline Adelaide Cornelia Schimmelmann, verheiratete Baudissin (1760-1826). Er schrieb an Möser: „Sie [die Umstände, ME] sind so gut, wie ich sie selbst vor der Katastrophe von 1775 bei meinen damaligen großen Aussichten kaum erwarten konnte. Ich genieße aller der Consideration, die man auf einem ehrenvollen Posten wünschen kann. Ich lehre mit viel Beifall; ich habe mein hinlängliches Auskommen[,] und auch häusliche Glückseligkeit ist mir beschieden. Bernstorff ist mein Gönner, der Kanzler Cramer mein Freund. Das ganze Schimmelmannsche Haus, insbesondere die Gräfin [Caroline Adelaide Cornelia] B[audissin] [geb. von Schimmelmann], [die jetzt in Berlin ist], erweist mir viel gemischte Gesellschaft [Freundschaft].“¹⁰⁶

Nur zwei Jahre zuvor, 1783, war Hegewisch zum Ordinarius für Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität Kiel ernannt worden, an die er 1780, erst als Dozent, berufen worden war. In Kiel lehrte und arbeitete er bis zu seinem Tod im Jahr 1812. Zu Hegewischs Kollegen in Kiel gehörten u. a. der Theologe Christian Gotthilf Hensler, der Philosoph und Kantianer Carl Leonhard Reinhold, der Jurist Adolph Friedrich Trendelenburg, der Historiker Friedrich Christoph Jensen, der Historiker Wilhelm Ernst Christiani, der Pädagoge Martin Ehlers und der Statistiker und Ökonom August Christian Niemann.

Ebenfalls 1783 heiratete er Benedicta Elisabeth (1761-1809), die Tochter des Predigers Franz Leonhard Kramer aus Westensee/Holstein. Barthold Georg Niebuhr, der bei Hegewisch zwischen 1794 und 1796 studierte, erinnerte sich an dessen Frau wie folgt: „Ich fand gestern endlich auch Hegewisch, aber nur kurz; ein Examen rief ihn ab. Er war sehr freundlich gegen mich und sagte mir, er hoffe, wir würden noch manche Promenade zusammen machen. Ich blieb auf seine Einladung bei seiner Frau, die erste gebildete Frau, die ich bis jetzt in Kiel gesehen habe [...].“¹⁰⁷

106 Dietrich Hermann Hegewisch an Justus Möser: Kiel, den 31. October 1785. In: Abeken (Hrsg.), Reliquien von Justus Möser (1837), S. 22-24, S. 24. Auch in: Sheldon (Bearb.), Justus Möser Briefwechsel, S. 665-667, S. 666 (Varianten in eckigen Klammern).

107 Niebuhr, Lebensnachrichten über Barthold Georg Niebuhr, Bd. 1, S. 40. Die englische Übersetzung dieses Passus: „Yesterday, I found Hegewisch at home at last, but only for a few minutes; he had to go to an examination. He was very friendly, and said he hoped we should have many walks together. By his invitation I remained with Mrs. H., the first cultivated woman I have seen as yet in Kiel [...].“ (Niebuhr an seine Eltern, Kiel, 11th May, 1794. In: The Life and Letters of Barthold

Durch die Heirat mit Benedicta Elisabeth war Hegewisch auch mit dem Kieler Mediziner und Archivar Philipp Gabriel Hensler (1733-1805) familiär verbunden. Noch im gleichen Jahr 1783 wurde ihr gemeinsamer Sohn, der spätere Kieler Mediziner und Publizist Franz Hermann Hegewisch (Pseud. „Franz Baltisch“, 1783-1865) geboren, der 1807 die Studie über die Volksvermehrung von Thomas Robert Malthus aus dem Englischen ins Deutsche übersetzte.¹⁰⁸ 1795 wurde die Tochter des Ehepaars Dietrich Hermann und Benedicta Elisabeth geboren, namens Julie, die 1817 den aus Wismar stammenden Historiker und Politiker Friedrich Christoph Dahmann (1785-1860) ehelichte. Franz Hermann heiratete 1814 Caroline, geborene von Linstow (1786-1856), aus einem mecklenburgischen Adelsgeschlecht. Sie war die Nichte der Gräfin Agnes zu Stolberg. Ihr Vater Detlev Ludwig war oldenburgischer Landjägermeister. Caroline lebte zwischen 1807 und 1814 als Waise bei der Familie von Reventlow auf Gut Emkendorf, wo Franz Hermann als Hausarzt tätig war. Caroline galt vielen als eine der „anmutigsten“ Frauen der damaligen Zeit.¹⁰⁹ Gräfin Auguste zu Stolberg betonte dagegen einen weiteren Charakterzug der Caroline Hegewisch, nämlich dass sie zwar sehr freundlich, aber doch ein wenig streng sei und in ihren Gesinnungen ein bisschen „Herrnhutisch“.¹¹⁰ Die Tochter von Franz Hermann und Caroline war die 1822 geborene Kieler Mäzenin Lotte Hegewisch (gest. 1903). Das Ehepaar Dietrich Hermann und Benedicta Elisabeth Hegewisch hatte noch eine weitere Tochter namens Emilie, die um 1788 geboren sein muss. 1824 zeichnet sie als Aktionärin des Wilhelmminen-Seebades auf Föhr. 1803 lebte die Familie Hegewisch – Dietrich Hermann, Caroline, Emilie und Franz Hermann – laut einer Kieler Einwohnerliste „Am Markt 102“ unweit der Nikolai-Kirche. Der Quakenbrücker Dietrich Hermann Hegewisch begründete damit ein auch nach seinem Tod stabiles, drei Generationen umfassendes gebildetes und akademisches Netzwerk in der Stadt Kiel und der Region des Herzogtums Holstein.

Zu Hegewischs Netzwerk gehörte, wie schon erwähnt, der Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock (1724-1803). Im Jahr 1783, dem Jahr seiner Anstellung als Ordinarius in Kiel und seiner Heirat, veröffentlichte Klopstock sein Gedicht „Das Gehör“, das an Dietrich Hermann Hegewisch adressiert war. Darin wird der Kieler Historiker vom Schicksal vor die schwierige Wahl gestellt, sich entscheiden zu müssen, entweder sein Gehör oder seine Sehkraft einzubüßen. Für Hegewisch trifft der berühmte Lyriker in dem Gedicht folgende Entscheidung: „Du erkörst doch Blindheit“. Denn den

George Niebuhr with essays on his character and influence, Vol. 1. London 1852, S. 34).

108 [Hegewisch,] Versuch über die Bedingung und die Folgen der Volksvermehrung von T. R. Malthus (1807).

109 Siehe auch: Ernst Moritz Arndt: Zorn und Liebe. An Karoline Hegewisch (1819).

110 Goethe-Jahrbuch, Bd. 10 (1889), S. 331-332.

Gehörgang vergleicht Klopstock mit einem Wundergebäude, der die freundlichen Worte der Geliebten erst ermögliche. Während das lesende Auge, so Klopstock, teilnahmslos sei, könne das hörende Ohr anrühren.¹¹¹ Ob Hegewisch, für den die Quellen- und Literaturlektüre die Grundlage seines Berufes darstellte, mit Klopstock übereinstimmte, ist nicht überliefert. Doch vier Jahre später veröffentlichte Hegewisch ein Gedicht „Das erste Sehrohr, oder die Erfindung der Ferngläser“, das seinem Freund Klopstock gewidmet ist und in dem er den Diskurs um diese beiden Sinne aufgriff, ausführte und modifizierte. Das Gedicht umfasst drei Gesänge auf 31 Druckseiten. Es ging ihm dabei nicht, wie Klopstock, um das Für und Wider des Nutzens der Sinne und auch nicht um ihre Hierarchisierung, sondern um das Verhältnis von Natur und Technik. Darin geht es um die fiktiven Umstände, die zur Erfindung eines speziellen Fernglases zur Zeit der niederländischen Befreiungskämpfe gegen die Spanier führten.¹¹² Das Motiv, ein Fernglas zu erfinden, lag darin, die starke Kurzsichtigkeit des zunächst unglücklich in das Mädchen Jacinta verliebten Soldaten namens Friso zu korrigieren. Frisos Freund, dem naturwissenschaftlich gebildeten Geldor, gelingt es, ein Fernrohr zu entwickeln, durch das Friso Jacinta überhaupt erst erkennen und betrachten kann und das somit den Weg zur gegenseitigen Liebe eröffnet.

IV. Zeitgenössische Stimmen

Um einschätzen zu können, welchen Stellenwert Hegewisch in der damaligen Historie besaß, sollen zeitgenössische Stimmen und Würdigungen schlaglichtartig herausgefiltert werden. Dabei soll das Augenmerk nicht auf detaillierte kritische Urteile, wie sie in Rezensionen veröffentlicht wurden, gelegt werden, dies könnte nur in einem separaten Beitrag geleistet werden, sondern es sollen hier ausgewählte übergeordnete Urteile vorgestellt werden, um zum einen einordnen zu können, mit welchen Historikern seiner Zeit Hegewisch verglichen wurde und zum anderen herauszuarbeiten, was Hegewisch von anderen zeitgenössischen Historikern unterschied.

Der Braunschweiger Johann Joachim Eschenburg (1743-1820) betonte in seinem 1790 veröffentlichten „Entwurf einer Theorie und Literatur der schönen Wissenschaften“ die Leistungen des Kieler Historikers Dietrich Hermann Hegewisch und hob besonders dessen „historische Schreibart“ hervor, die seiner Ansicht nach in der damaligen deutschen „Geschichts-

¹¹¹ Stollberg, Ohr und Auge – Klang und Form, S. 82.

¹¹² Analyse und Kritik des Gedichts in dem Kapitel „Poesie als patriotischer Aufrüstungsversuch oder Dietrich Hermann Hegewisch: Das erste Sehrohr“, siehe Stadler, Der technisierte Blick, S. 133-142.

wissenschaft“ ansonsten doch nur mangelhaft ausgebildet sei. Eschenburg stellte Hegewisch in eine Reihe mit namhaften deutschsprachigen Historikern, wie dem Osnabrücker Justus Möser, ferner mit Johann Matthias Schroeckh, Johann Wilhelm von Archenholz, Friedrich Schiller sowie mit August Ludwig Schlözer, Johannes v. Müller und Ludwig Timotheus Spittler.¹¹³

Auch der Altdorfer Johann Christoph König (1754-1812) erwähnte Hegewisch in seinem 1792 veröffentlichten „Praktischen Handbuch des deutschen Styles“. Hier ordnete er Hegewisch unter die klassischen Schriftsteller u. a. neben Adelung, Garve, Gleim, Goethe, Herder, Lessing, Mendelssohn, Schlözer, Wieland, Winkelmann u. v. m.¹¹⁴

Hegewischs guten Schreibstil würdigte 1818 auch Ludwig Wachler, der charakterisiert sei „[...] durch anmuthige Klarheit der Darstellung, erleichterte Gründlichkeit der Untersuchung und oft gelungene Verbindung derselben mit Befriedigung der Ansprüche der gemischten Lesewelt“.¹¹⁵

Den „philosophischen und praktischen Geist“ Hegewischs betonte dagegen – ebenfalls, wie Eschenburg, im Jahr 1790 – der Schweizer Schriftsteller Leonhard Meister (1741-1811) in seinen „Vermischten Historischen Unterhaltungen, über Europens Umbildung während der letzten Hälfte des XVIII^{ten} Jahrhunderts“. Meister stellte Hegewisch auf eine Stufe sogar mit europaweit angesehenen französischen, britischen, Schweizer und deutschen Historikern, wie Voltaire, David Hume, William Robertson sowie, wie auch Eschenburg, mit Schlözer, Spittler und v. Müller.¹¹⁶

Positive Resonanz erhielt Hegewisch von keinem geringeren als Johann Gottfried Herder (1744-1803). 1797 charakterisierte der Weimarer General-superintendent und Kulturphilosoph die historiographischen Leistungen Hegewischs anlässlich der Rede Hegewischs zum Andenken an den verstorbenen dänischen Außenminister Graf von Bernstorff, die der Kieler Historiker im großen Hörsaal der Kieler Universität gehalten hatte. Herder beschrieb in seinem Aufsatz detailliert den „philosophischen Geist“ Hegewischs und lobte dessen „erquickende Stimme der Mäßigung und Wahrheit“. Herder schrieb: „Auf diesen vier noch nicht vollen Bogen tönet eine sanfte Rede, die von jedem, dem das allgemeine Wohl der Staaten, die allgemeine Billigkeit und Ordnung heilig ist, gehört werden sollte; sie ist [...] die erquickende Stimme der Mäßigung und Wahrheit. Jener ruhigen, mit den besten Grundsätzen der Gesamtgeschichte ausgerüstete Geist, der alle Schriften Hegewisch's charakterisiert, spricht auch hier

113 Eschenburg, Entwurf einer Theorie und Literatur der schönen Wissenschaften, S. 394.

114 König, Praktisches Handbuch des deutschen Styles.

115 Wachler, Geschichte der historischen Forschung und Kunst, S. 819.

116 Meister, Vermischte Historische Unterhaltungen, S. 463.

[...].¹¹⁷ Herder empfahl die Lektüre der Rede Hegewischs, weil sie von Grundsätzen handelte, die zur Aufrechterhaltung der Menschheit beitrugen. Bernstorff ist – wie Herder lobend herausarbeitete – bei Hegewisch ein Symbol und zwar ein „Friedehalter, zur Zeit der unglücklichsten Kriegsstürme“ und ein „im Namen eines Reichs [Dänemark] an große europäische Mächte sprechender Schutzgeist und Vertheidiger allgemeiner Menschen- und Völkerrechte“.¹¹⁸

Diese Belege zeigen, dass der in Quakenbrück geborene und an der Georgia Augusta in Göttingen ausgebildete Kieler Professor Dietrich Hermann Hegewisch ein in seiner Zeit hochgeschätzter Historiker war. Eine ganze Reihe an – überwiegend positiven – Rezensionen über seine Werke wurde in den damals wichtigsten Rezensionsschriften des Alte Reiches, in der „Allgemeinen Deutschen Bibliothek“ Friedrich Nicolais und in den „Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen“, veröffentlicht. In der „Allgemeinen Deutschen Bibliothek“ rezensierte,¹¹⁹ um nur einige Besprechungen hier aufzuführen, z. B. 1778 Christoph v. Schmidt-Phiseldeck Hegewischs „Versuch einer Geschichte Karls des Großen“, und 1780 besprach darin Martin Ehlers sein Werk über die „fränkische Monarchie“. Der Herausgeber persönlich, Nicolai, rezensierte 1792 Hegewischs „Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte“. Weitere Besprechungen von Hegewischs Werken in der „Allgemeinen Deutschen Bibliothek“ stammten aus der Feder Schroeckhs („Schleswig und Holsteins Geschichte“, 1801), Meusels („Parlamentsberedtsamkeit“, 1804), des Hamburger Kriegsrats und späteren Liegnitzer Regierungsrats Hieronymus Wilhelm Heerwagen („römische Finanzen“, 1804), des nassauischen Staatsmanns und Archivars v. Arnoldi („Historische und literarische Aufsätze“, 1801), des Gothaer Altphilologen Karl Gotthold Lenz („glücklichste Epoche“, 1800), des deutsch-russischen Juristen Karl Heinrich Langer¹²⁰ („Bernstorff“, 1798 und „Historische Schriften“, 1793), des Geographen Gaspari („Amerikanisches Magazin“, 1795) und des hessischen Juristen Ludwig Höpfner („Deutschlands Patrioten“, 1793).

Mehr noch als die „Allgemeine Deutsche Bibliothek“ waren es die „Göttingischen Anzeigen für Gelehrte Sachen“, die Hegewischs Studien wertschätzten, wengleich hier und da auch kritische Einwände geäußert wurden. Besprochen wurden darin seine „Geschichte der Regierung Ma-

117 [Rez.] Rede zum Andenken des Grafen A: P. von Bernstorff, gehalten im großen Hörsaal der Universität Kiel, den 28. August 1797 vom Professor Hegewisch. In: Herder, Sämtliche Werke, 15. Theil (1829), S. 412-415, hier S. 415.

118 Ebd.

119 Die Entschlüsselung der anonymen Rezensenten mit Hilfe von: [Parthey,] Die Mitarbeiter an Friedrich Nicolai's Allgemeiner Deutscher Bibliothek.

120 Hinter dem Kürzel „R“ verbirgt sich wohl Karl Heinrich Langer, Studium in Göttingen und Jena, seit 1764 Professor für Natur- und nationales Recht in Moskau.

ximilians I.“ (Gebhardi, 1782, S. 879), sein Werk „Charaktere und Sittengemälde“ (Spittler, 1786, S. 958), seine „Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte bis zu Maximilian I.“ (Sartorius, 1788, S. 1397), seine „Historische, philosophische und literarische Schriften“ (Heyne, 1793, S. 1279), seine „glücklichste Epoche in der römischen Geschichte“ (Heyne, 1800, S. 1732), seine „Gracchischen Unruhen“ (Brandes, 1802, S. 134), seine „Parlamentsberedtsamkeit“ (Brandes, 1804, S. 1073), seine „Römischen Finanzen“ (1804, S. 1377), seine „Irländische Geschichte“ (Brandes, 1806, S. 1329), seine „Neue Sammlung kleiner [...] Schriften“ (1809, S. 1945), seine „Griechischen Colonien seit Alexander dem Großen“ (1811, S. 1796) und auch seine „Einleitung der historischen Chronologie“ (Heeren, 1812, S. 1084). Die Rezensenten der Göttinger „Anzeigen“ – Heyne, Heeren, Spittler, Brandes, Sartorius, Gebhardi – waren die Crème de la Crème der Georgia Augusta und führende Experten ihrer Disziplin in Europa. Es war aber besonders der Erlanger Johann Georg Meusel (1743-1820), der durch seine Rezensionen der 1777 veröffentlichten Studie über Karl den Großen, z. B. im ersten Band seiner „Neuesten Litteratur der Geschichtskunde“ (1778, S. 44-58) und der „Erlangischen gelehrten Zeitung“, nicht unerheblich an der positiven Aufnahme des Werkes von Hegewisch in der Fachwelt mitgewirkt hatte. Auch veröffentlichte Meusel eine weitere Rezension zu Hegewischs „Karl dem Großen“ in seiner „Bibliotheca Historica“ (Vol. VII, Pars I, 1794).

Im Herbst und gegen Ende seines Lebens erhielt Hegewisch eine Reihe von Auszeichnungen. 1798 – ein Jahr nach der Gedenkrede für Bernstorff – wurde er unter dem Präsidium von Ernst Heinrich Schimmelmann Mitglied der königlich-dänischen Gesellschaft der Wissenschaften. Im Juli 1804 wurde öffentlich, dass an Hegewisch ein Ruf an die bairische Universität Landshut ergangen war, den er jedoch ablehnte.¹²¹ 1805 erhielt er die Ernennung zum königlich-dänischen Etatsrat. 1808 ernannte ihn auch die Akademie der Wissenschaften in München unter ihrem Präsidenten, dem Münchener Philosophen und Ökonomen Friedrich Heinrich von Jacobi (1743-1819), zu ihrem Mitglied. 1809 wurde ihm schließlich die Ehre zuteil, für seine Verdienste in den Wissenschaften zum Ritter des dänischen Dannebrog-Ordens IV. Klasse ernannt zu werden.

V. Weltgeschichte als Europageschichte?

Dietrich Hermann Hegewischs 1804 veröffentlichtes, 269 Seiten umfassendes Werk „Grundzüge der Weltgeschichte“, in dem er sich auch am kom-

¹²¹ Hamburg, den 4. Juli, in: Augsburgische Ordinari Postzeitung, Nr. 167, Freytag, den 13. Juli 1804.

primiertesten von allen seinen historischen Abhandlungen mit der Geschichte Europas befasste, galt im Vergleich zu den Welt- und Universalhistorien des ausgehenden 18. Jahrhunderts von Voltaire, Gatterer, Schlözer oder auch Schiller nicht als großer Wurf. Eine Rezension dazu verfasste der Schweizer Schlözer-Schüler Johannes v. Müller in der „Jenaischen Allgemeinen Literaturzeitung“. Er urteilte sachlich: „Es werden die Facta nicht sowohl umständlich als charakteristisch erzählt, und, wo derselben Sinn zweideutig ist, mit Verstand und Mäßigung beurtheilt“. Zwar nimmt Müller eine ganze Reihe von Korrekturen vor und widerspricht Hegewisch in Detailfragen, alles in allem aber, so Müller, werde jeder vernünftiger Beurteiler zufrieden sein.¹²²

Hegewischs „Weltgeschichte“ versteht sich als Ergänzung zu dem erfolgreichen „Grundriß einer Geschichte der merkwürdigsten Welthändel“ des Hamburger Ökonomen Johann Georg Büsch, der 1781 veröffentlicht wurde und anschließend mehrere Neuauflagen erfuhr. Im Jahr 1816 z. B. erschien die vierte Ausgabe eine Fortsetzung des „Grundrisses“ von Büsch. In seiner „Weltgeschichte“ behandelt Hegewisch einleitend theoretische Aspekte der Geschichte, die Quellen, die Historiographie, den Nutzen der Geschichte, den Unterschied zwischen Welt- und Universalgeschichte, verschiedene historische Methoden und die Chronologie. Auch äußerte er sich zum ursprünglichen Zustand der Menschheit und zur Sintflut sowie den ältesten ihm bekannten geographischen Nachrichten.

Nach dieser theoretischen Einführung lieferte er eine in zwei Kapiteln aufgeteilte Chronologie und Zeittafel. Das erste Kapitel der „Weltgeschichte“ Hegewischs setzt 2000 v. Chr. ein und endet mit der Geburt Christi. Das zweite Kapitel setzt mit der Geburt Christi ein und endet im Jahr 1499. Als das erste Ereignis des zweiten Kapitels wird die Schlacht zwischen Varus und Arminius 9. n. Chr. erwähnt. Das letzte Ereignis betrifft den ostindischen Handel, die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien und der damit verbundene Aufstieg Portugals zu einer führenden Handelsmacht.

Die Auswahl der Daten und Ereignisse macht deutlich, dass Hegewisch keine „Weltgeschichte“ – treffender wäre es, von einer Weltchronik zu sprechen –, sondern eine europäische Geschichte bzw. Zeittafel verfasste. Selten erwähnte er außereuropäische Völker und Nationen – hier vor allem Tataren, Mongolen, Kalifate von Bagdad –, aber Daten zu China und Japan oder auch Afrika – Ägypten ausgenommen – und Amerika finden sich fast keine. In erster Linie ging es ihm um Europa im Kontext der Welt, das heißt, dass er Zusammenhänge und Kontakte zwischen Europa und außereuropäischen Räumen herausfilterte. Besonderes Augenmerk legte er dabei auf den Wissenstransfer.

¹²² Jenaischen Allgemeinen Literaturzeitung, vom 27. 12. 1804, Spp. 601-603.

Innovativ ist Hegewischs Weltbild insofern, als es die übliche „mental map“ der Einteilung der Welt durchbrach. Während in der Regel in welt-historischen Arbeiten des 18. Jahrhunderts vier Weltteile – Europa, Asien, Afrika und Amerika – unterschieden wurden, begründete Hegewisch eine neue Struktur. Er differenzierte nämlich ein westliches von einem östlichen Asien. Indem er enge kulturelle Zusammenhänge und Transfers zwischen Europa und Westasien bzw. Kleinasien feststellte, entwickelte er de facto, ohne dies so zu benennen, einen neuen Weltteil, nämlich „Eurasien“.

Hegewisch gelang es allerdings nicht, die Individualität von Völkern und Nationen anzuerkennen und legte stattdessen einen Beurteilungsmaßstab an, der zu einer Hierarchisierung sowie Über- und Unterordnung der Völker und Nationen führte. Die afrikanischen Völker hätten sich, wie er einleitend urteilte, seiner Ansicht nach nicht oder nur wenig vom Naturzustand entfernt, die ursprünglichen Amerikaner seien sogar noch unter den Naturzustand geraten und seien „verwildert“. Die Europäer dagegen sah er gegenwärtig „hoch über allen andern Völkern aller andern Welttheile“ stehen und zwar in Kultur und Macht (S. 8). Allerdings wies Hegewisch über die Zeit niemals nur einem speziellen Volk oder einer speziellen Nation diese Herrschaft zu oder legitimierte sie gar, sondern setzte eine „Succession von Völkern“ voraus, so dass Macht und Kultur „von einem frühern Volke zu einem spätern überging, bis endlich die heutigen Europäer in beiden Hinsichten“ – und zwar Kultur und Macht – „den ersten Rang erlangten“ (S. 8). Doch das sei nicht immer so gewesen, betonte Hegewisch. Es gab Epochen, in denen andere Völker gegenüber den Europäern hervorstachen. Damit konzipierte Hegewisch die Vorstellung eines rotierenden globalen „Thron- und Erbfolgeprinzips“, in dem auch der mögliche Kultur- und Machtverlust der Europäer beziehungsweise der jeweils herrschenden Völker berücksichtigt war.

Hegewisch bot mit seiner „Weltgeschichte“ keine Apologie auf Europa. Kritisch setzte er sich mit den christlichen Staaten Europas der Zeit um 1500 und ihrem Kampf gegen die Mauren auseinander. Dabei sah er in den Europäern Aggressoren und in den Arabern – gemeint sind die sogenannten Barbareskenstaaten (Marokko, Algier, Tunis, Tripolis) – keineswegs „Seeräuber“, sondern vom Völkerrecht legitimierte Staaten. Er schrieb: „Uebrigens waren die Spanier jetzt nicht zufrieden, die Mauren völlig aus Europa vertrieben zu haben, sondern verfolgten sie bis in Africa [...]. Da alle christliche Staaten in jenen Zeiten gemeinschaftliche Sache gegen die sogenannten Ungläubigen machten, so war es natürlich, daß die Ungläubigen wiederum allen christlichen Staaten als ihren Feinden begegneten. Und da die Christen nie eine Neigung zum Frieden zeigten [...], was war es Wunder, daß auch bei diesen feindselige Gesinnungen gegen die Christen erblich wurden?“ Hegewisch lehnte es ab, die „Barbaresken“ als afrikanische Seeräuber, die christliche Schiffe aufbrachten, zu etikettieren. Er

sah in ihnen stattdessen ursprünglich arabische Staaten unter osmanischem Schutz, „die einen von ihren Vorfahren her ihnen hinterließen, nach dem Völkerrecht erlaubten offenen Krieg [fortsetzen]“. Johannes v. Müller folgte der, wie er urteilte, „etwas hinkenden“ Argumentation Hegewischs nicht und sah in den „Barbaresken“ eine „Raubmiliz“ und „wahre Feinde“ der zivilisierten Welt, die ihr Raubsystem gegen die Kultur friedlicher Künste nicht aufzugeben bereit wären (S. 46).

VI. Fazit

Über Leben und Werk Dietrich Hermann Hegewischs gibt es kaum Studien und Untersuchungen. Eine Analyse seines Gesamtwerkes liegt bisher nicht vor. Anders als bei Historikern der Aufklärungsepoche, wie Justi, Gatterer oder Schlözer, hat das Forschungsinteresse dagegen für Hegewisch zunehmend nachgelassen. Ausnahmen bestätigen dabei die Regel.

Erstmals konnten in dem vorliegenden Beitrag neue Ergebnisse über Hegewischs Herkunft in Quakenbrück und seine dortige Verwandtschaft recherchiert werden. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass Hegewisch in verschiedenen Netzwerken verkehrte, die im Norden des Alten Reiches, vor allem in Göttingen, Kiel und Hamburg sowie auch in Dänemark ausgelegt waren. Dabei gelang es Hegewisch, die Grundlage für eine generationenübergreifende familiäre Karriere mit Beziehungen zu gelehrten und auch adligen Kreisen zu schaffen.

Dass Hegewisch auch im Ausland rezipiert wurde und am damaligen europäischen Diskurs über Karl den Großen und die Franken führend teilhatte, spricht für seine Leistungen. Allerdings gruppierte er keinen Schülerkreis um sich, der seine Methoden und Zugänge fortgesetzt hätte. Viel später noch in Erinnerung geblieben ist aber sein Plädoyer für eine einheitliche europäische Währung, was ihn als ein Vordenker Europas ausweist.

Sein beachtlich vielseitiges Interesse an mehreren europäischen Dynastien, Nationen und Staaten – Griechenland, Rom, Karolinger, Franken, Schleswig und Holstein, Schweden und sogar Irland – weisen ihn als Europahistoriker aus. Dies vor allem auch deshalb, weil er sich mit kulturellen, völkerrechtlichen und politischen Motiven, Prozessen und Strukturen befasste, die erst das vormoderne Profil Europas bestimmten: Toleranz, Föderalismus, Parlamentarismus, Leibeigenschaft, Revolution u. v. m.

Darüber hinaus haben die vorliegenden Recherchen ergeben, dass sich Hegewisch auch als Historiker mit Disziplinen wie der Geographie, ferner mit der Theologie, jener Disziplin, die er ursprünglich studierte, und Philologie beschäftigte, dem Fach, das er als Zweitstudium aufgriff.

Um abschließend zu klären, ob Dietrich Hermann Hegewisch als ein „Europahistoriker“ bezeichnet werden kann, müsste erst sein Gesamtwerk

darauflin untersucht werden, wie Hegewisch „Europa“ beschrieb, ob er Geschichte aus einer spezifischen europäischen Perspektive behandelte und ob er einen spezifischen „Europa-Begriff“ entwickelte. Hegewisch nahm sich, soweit kann aber konstatiert werden, europarelevanter Themen an. Die Lektüre seiner „Weltgeschichte“ zeigt, dass Hegewisch eine kulturhistorisch geprägte Vorstellung von Europa hatte und durchaus in der Lage war, eigenständige, wiewohl strittige, Positionen zu entwickeln. Dabei stellte er angesichts der historischen Entwicklung ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotential Europas nach innen und auch nach außen fest, wobei er sich für eine enge politische und ökonomische Kooperation der europäischen Mächte aussprach.

Quellen und Darstellungen

Gedruckte Quellen

- Andrae, Johann Gerhard Reinhard: Briefe aus der Schweiz nach Hannover geschrieben, s. I. 1764-1765.
- Ders.: Briefe aus der Schweiz nach Hannover geschrieben, in dem Jahre 1763, Zweiter Abdruck, Zürich / Winterthur 1776.
- Arndt, Ernst Moritz: Zorn und Liebe. An Karoline Hegewisch, 1819. In: ders.: Vollständige Sammlung, Berlin 1860, S. 368-369.
- Ausländische Reise des Königs Christian VII. im Jahre 1768. In: Kopenhagener Börsenhalle, Nr. 9-12 (20. Februar 1830).
- Bericht über die Verhandlungen des neunten Kongresses deutscher Volkswirthe zu Hamburg im August 1867. In: Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte 17 (1867), S. 116-216.
- Bouginé, Carl Joseph: Handbuch der allgemeinen Litteraturgeschichte nach Heumanns Grundriß, 4. Bd. Zürich 1791.
- Büsch, Johann Georg: Ueber kaufmännische Reisen. In: ders.: Vermischte Abhandlungen über Gegenstände der Handlung, Hamburg 1826, S. 521-558.
- Ders. / C. D. Ebeling (Hrsg.): Handlungsbibliothek, 2. Bd., 4. Stück. Hamburg 1789.
- Eschenburg, Johann Joachim: Entwurf einer Theorie und Literatur der schönen Wissenschaften. Frankfurt a. M./Leipzig 1790.
- Goethe-Jahrbuch, Bd. 10 (1889).
- Hegewisch, Dietrich Hermann: Versuch einer Geschichte Kayser Karls des Grossen. Leipzig 1777.
- Ders.: Geschichte der Fränkischen Monarchie von dem Tode Karls des Grossen bis zu dem Abgange der Karolinger. Hamburg/Kiel 1779.
- Ders.: Geschichte der Deutschen von Konrad dem Ersten bis zu dem Tode Heinrichs des Zweyten. Hamburg/Kiel 1781.
- Ders.: Geschichte der Herzogthümer Schleswig und Hollstein unter dem Oldenburgischen Hause und im nähern Verhältnisse gegen die Krone Dänemark, 2 Bde. Kiel 1781-1784.
- Ders.: Geschichte der Regierung Kaiser Maximilians I., 2 Bde. Kiel 1782-1783.
- Ders.: Ueber die gegenseitigen Pflichten verschiedener unter Einem Oberhaupte vereiniger Nationen: Beym Schlusse eines Collegiums über die vaterländische Geschichte. Altona 1784.

- Ders.: Dietrich Hermann Hegewisch an Justus Möser: Kiel, den 31. October 1785. In: Bernhard Rudolf Abeken (Hrsg.): Reliquien von Justus Möser und in Bezug auf ihn. Berlin 1837, S. 22-24.
- Ders.: Charaktere und Sittengemälde aus der deutschen Geschichte des Mittelalters. Nachrichten die deren Aufzeichner betreffen, Erste Sammlung. Leipzig 1786.
- Ders. (Hrsg.): Kleine Schriften. Flensburg u. Leipzig 1786.
- Ders.: Ueber die vermeinten seeräuberischen Unternehmungen der sogenannten Nordmänner oder Dänen wider die Franzosen, im neunten und zehnten Jahrhundert. In: Deutsches gemeinnütziges Magazin (1787), 1. Jg. / 1. Quartal, S. 173-196.
- Ders.: Das erste Seehrohr, oder die Erfindung der Ferngläser. Ein Gedicht. Klopstocken gewidmet. Altona 1787.
- Ders. [zugeschrieben]: Leopold von Mansfeld: Eine Geschichte in Briefen. Hamburg 1787.
- Ders.: Ueber einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuß, In: Historisch-politisches Magazin, nebst litterarischen Nachrichten, 1. Bd. (1787), S. 211-214.
- Ders.: Historische Merkwürdigkeiten die Parlamente in Frankreich betreffend. In: Berlinische Monatschrift (1788), S. 544-563.
- Ders.: Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte bis zu Maximilian dem Ersten: Ein Anhang zur Geschichte dieses Kaisers. Hamburg 1788.
- Ders.: Ueber die Toleranz. Braunschweig 1789.
- Ders. / Büsch, Johann Georg: Ueber einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuß. In: Büsch, Johann Georg / Ebeling, Christoph Daniel (Hrsg.): Handlungsbibliothek (1789), 2. Bd., S. 505-513.
- Ders.: Ueber den litterarischen Charakter Friedrich des Zweiten, und über einige seiner Werke. In: Neues Deutsches Museum, 1. Bd. (1789), S. 305-344.
- Ders.: Ueber den litterarischen Charakter Friedrich des Zweiten und über einige seiner Werke. In: Neues Deutsches Museum, 1. Bd. (1789), S. 483-521.
- Ders.: Theodora oder die Ankunft der Türken in Europa. In: Der Teutsche Merkur, Bd. 2 (1789), S. 135-176, u. Bd. 3 (1789), S. 43-75.
- Ders.: Geschichte der Regierung Karl's des Grossen. Hamburg 1791.
- Ders.: Ueber die Pflicht der Ergebung in Zeiten, wenn die Wahrheit verfolgt wird; eine Predigt, über 2. Tim. 4, 17, gehalten in England unter König Jacob II. In: Berlinische Monatschrift (1792), S. 438-455.
- Ders.: Welche von den europäischen Nationen hat das Merkantilsystem zuerst vollständig in Ausübung gebracht? In: Berlinische Monatschrift (1792), S. 401-412.
- Ders.: Ueber die Neutralität bey dem gegenwärtigen Kriege. Kiel 1793.
- Ders.: An Deutschlands Patrioten. Anzeige von der Art, wie ein Censor ein in Leipzig ihm vorgelegtes Manuscript hat behandeln wollen. Kiel 1793.
- Ders. (Hrsg.): Historische, philosophische und literärische Schriften. Hamburg 1793.
- Ders.: Ueber die Neutralität bey dem gegenwärtigen Kriege. Kiel 1793.
- Ders.: Die Aramäer oder Syrer; ein kleiner Beitrag zur allgemeinen Weltgeschichte. In: Berlinische Monatschrift (1794), S. 193-238.
- Ders.: Observations d'un Danois sur une brochure, qui a pour titre: Considération sur la Neutralité de certaines Puissances. [s. l.] 1794.
- Ders.: Schreiben an die Frau ... über den Ursprung der Leibeigenschaft. Kiel 1796.
- Ders. (Hrsg., gemeinsam mit Christoph Daniel Ebeling): Amerikanisches Magazin, oder authentische Beiträge zur Erdbeschreibung, Staatskunde und Geschichte von Amerika, besonders aber der Vereinten Staaten. Hamburg 1797.
- Ders. (gemeinsam mit Franz Christoph Jensen): Privilegien der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft von den in der Privilegienlade befindlichen Originalien genau abgeschrieben und mit denselben verglichen. Kiel 1797.

- Ders.: Über die für die Menschheit glücklichste Epoche in der römischen Geschichte. Hamburg 1800.
- Ders.: Erinnerungen aus einer Reise nach Stockholm im Jahre 1794. In: ders.: Historische und litterarische Aufsätze. Kiel 1801, S. 1-69.
- Ders. (Hrsg.): Historische und litterarische Aufsätze. Kiel 1801.
- Ders.: Christian der Vierte. Züge aus seinem Charakter, von seiner Thätigkeit, seinen Kenntnissen, seinen Reisen. In: Blätter für Polizei und Kultur, 1. Bd. (1801), S. 342-355.
- Ders.: Geschichte der Gracchischen Unruhen in der Römischen Republik. Hamburg 1801.
- Ders.: Schleswigs und Holsteins Geschichte unter den Königen Friedrich III. und Christian V. und unter den Herzogen Friedrich III. und Christian Albrecht oder vom Jahre 1645 bis 1694 (Wilhelm Ernst Christianis Geschichte der Herzogthümer Schleswig und Holstein unter dem Oldenburgischen Hause, 4. Theil). Kiel 1802.
- Ders.: Historischer Versuch über die römischen Finanzen. Altona 1804.
- Ders.: Geschichte der englischen Parlamentsberedtsamkeit. Altona 1804.
- Ders.: Grundzüge der Weltgeschichte in der Manier des sel. Prof. Büsch, um mit dessen Grundriß der Welthandel verbunden zu werden. Hamburg 1804.
- Ders.: Ueber die Emancipation der Catholiken in Irland. In: Minerva, 2. Bd. (1805), S. 529-548.
- Ders.: Histoire de L'Empereur Charlemagne, Traduction libre de L'Allemand du Professeur Hegewisch. Paris 1805.
- Ders.: Uebersicht der irländischen Geschichte zu richtiger Einsicht in die entfernten und nähern Ursachen der Rebellion 1798, der Union Irlands mit Großbritannien 1801, und der noch nicht erfolgten sogenannten Emancipation der Katholiken. Altona 1806.
- Ders.: Ueber den rednerischen Character des verstorbenen Fox. In: Minerva, 4. Bd. (1806), S. 141-146.
- Ders.: Ueber das Lied von den Nibelungen. In: Neue Berlinische Monatsschrift 16 (1806), S. 368-384.
- Ders.: Fragmente aus einer ungedruckten Abhandlung über die Deutsche Kulturgeschichte seit der Reformation. In: Berlinische Monatschrift (1807), S. 193-210.
- Ders.: Versuch über die Bedingung und die Folgen der Volksvermehrung von T. R. Malthus. Aus dem Englischen. Altona 1807.
- Ders.: Schreiben an einen Freund über Herrn Fichtes Reden an die deutsche Nation; – enthaltend insbesondere einige Bemerkungen über Ursprache, Nationalstolz und öffentliche Erziehung. In: ders.: Neue Sammlung kleiner historischer und literarischer Schriften. Altona 1809, S. 109-165.
- Ders. (Hrsg.): Neue Sammlung kleiner historischer und literarischer Schriften. Altona 1809.
- Ders.: Einleitung in die historische Chronologie. Altona 1811.
- Ders.: Geschichte der schwedischen Revolution bis zur Ankunft des Prinzen von Ponte Corvo als erwählten Thronfolgers mit den authentischen Staatspapieren. Kiel 1811.
- Ders.: Ueber die griechischen Colonieen seit Alexander dem Großen: ein Nachtrag zu den geographischen Nachrichten der Colonieen der Griechen betreffend. Altona 1811.
- Ders.: Leben des Dichters, Martin Opitz v. Boberfeld. Nebst Bemerkungen über seinen poetischen Charakter. In: Deutsches Museum, 2. Bd. (1812), S. 116-157.
- Ders.: Den nyeste svenske Revolutions-Historie: Ovasat af Kragh Host. Kopenhagen 1813.
- Ders. (posthum): Schreiben an einen Freund über die Folgen, die aus der Vereinigung verschiedener Völker unter einer Regierung für die Sprachen dieser Völker entste-

- hen können, mit Einleitung und Nachtrag, betreffend das Verhältniß der Sprachen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein. In: Kieler Blätter, 2. Bd., Kiel 1816, S. 77-140.
- Ders.: Geschichte der Regierung Kaiser Karl's des Grossen. Leipzig 1818.
- Ders.: Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte bis zu Maximilian dem Ersten. Ein Anhang zur Geschichte dieses Kaisers, Neue Ausgabe. Leipzig 1818.
- Ders.: Historia om regementsförändringen in Swerige år 1809 [...]. Stockholm 1823.
- Ders.: Allgemeine Uebersicht der deutschen Kulturgeschichte bis zu Maximilian dem Ersten. Ein Anhang zur Geschichte dieses Kaisers. Leipzig 1824.
- Ders.: Essai sur l'époque de l'histoire romaine, la plus heureuse pour le genre humain, traduit de l'allemand par Ch. Solvet. Paris 1834.
- Ders.: Introduction to historical chronology [...]. Translated by J. Marsh. Burlington 1837.
- Kleine Charakteristik von Hamburg. Von Einem Kosmopoliten, drey Treppen hoch. Neue mit dazu gehörigen Anmerkungen vermehrte Ausgabe. Hamburg/Leipzig 1783.
- Klopstock, Friedrich Gottlieb: Oden, Erster Theil. Stuttgart 1870.
- König, Johann Christoph: Praktisches Handbuch des deutschen Styles, 2 Theile. Nürnberg/Altdorf 1792.
- Lieber blind als taub? In: Der Breslauische Erzähler. Eine Wochenschrift. Zweiter Jahrgang, 3tes u. 4tes Quartal, Breslau 1801, S. 597-599.
- Meister, Leonhard: Vermischte Historische Unterhaltungen, über Europens Umbildung während der letzten Hälfte des XVIII^{ten} Jahrhunderts. St. Gallen 1790
- Mortem Ac Funus Matronae Dum Viveret Spectatissimae Elisabethae Caritatis E Gente Eberhardinorum In Matrimonio Viri Illustris Atque Excellentissimi Joannis Matthiae Gesneri [...] Prof. Eloq. Et Poes. P. O. Academiae A Bibliotheca Seminarii Philolog. In Georgia Augusta ... Pium E Vita Exitum Uxoris Optimae Anno Aetatis LXVI D. XXV. Ian. M.D. CCLXI Ad Collites Delatae Corpore D. XXX Aede Paulina Terrae Mandato Iuste Dolentis Ad Reverentiam Coniugi Superstiti Optimo Fautori Ac Patrono Maximo Sancte Declarandam Socii Querelis Moesta Religione Lugent Seminarii Philologiar. Artium Academici Membra J. C. Kranewitter, Ilefeld. Th. St. Christ. Hartm. Sam. Gazert, Meining. LL. C. Jo. Christ. Richard, Hannover. LL. C. Jerem. Nicol. Eyring, Franc. S. Th. St. Henr. Ge. Rieckmann, Luneb. S. S. Th. C. Jo. Henr. Schoenheyde, Schwarzb. S. Th. C. Henr. Rothe, Cellens. Th. St. Dietr. Herm. Hegewisch, Osnabrug, S. Th. C. Jo. Beckmann, Hoyens. Philol. C. Kranewitter, J. C. [Beitr.]; Gazert, Christ. Hartm. Sam. [Beitr.]; Richard, Johann Christian [Beitr.]; Eyring, Jeremias Nicolaus 1739-1803 [Beitr.]; Rieckmann, Henr. Ge. [Beitr.]; Schoenheyde, Johann Heinrich [Beitr.]; Rothe, Henr. [Beitr.]; Hegewisch, Dietrich Hermann 1740-1812 [Beitr.]; Beckmann, Jo. [Beitr.] Gottingae: Schulz, 1761.
- Moser, Johann Jacob: Grund-Sätze[n] des jetzt üblichen Europäischen Völkerrechts in Friedens-Zeiten, 2. Aufl. Nürnberg 1777.
- Niebuhr, Barthold Georg: Lebensnachrichten über Barthold Georg Niebuhr aus Briefen desselben und aus Erinnerungen einiger seiner nächsten Freunde, 1. Bd. Hamburg 1838 (engl. The Life and Letters of Barthold George Niebuhr with essays on his character and influence, Vol. 1. London 1852).
- Nietzki, Adam: Brief Adam Nietzkis an den preußischen Oberkurator Freiherr Karl Abraham von Zedlitz (1731-1793) über die Schwierigkeiten und Kosten der Einbalsamierung des verstorbenen Barons Car Maximilian Schimmelman. In: Kurtzgefaßter historischer Nachrichten zum Behuf Der Neuern Europäischen Begebenheiten. Auf das Jahr 1773, XVIItes Stück, S. 335-336.
- Pütter, Johann Stephan: Teutsche Reichsgeschichte in ihrem Hauptfaden entwickelt. Göttingen 1778.

- Rapport Historique sur le Progrès de l'Histoire et de la Litterature Ancienne depuis 1789 / Historical Report upon the Progress of History and Ancient Litrature since the year 1789. In: *The American Review of History and Politics*, Vol. III / Nr. 1, January 1812, S. 32.
- Reinhold, Carl Leonhard: *Auswahl vermischter Schriften, Erster Theil*. Jena 1796.
- Reynolds, John F. (Hrsg.): *C. F. Gellerts Briefwechsel, Bd. V (1767-1769)*. Berlin 2013.
- Sheldon, William F. (Bearb.): *Justus Möser Briefwechsel*. Hannover 1992.
- Sievekling, Georg Heinrich: *Ueber den Hamburgischen Münzfuß. Mit Rücksicht auf des Herrn Professor Büsch Grundsätze der Münzpolitik*. Hamburg 1789.
- Vetterlein, C. F. R.: *Klopstocks Oden und Elegien mit erklärenden Anmerkungen und einer Einleitung von dem Leben und den Schriften des Dichters*, 3. u. letzter Bd.: *Die Oden 116-237*. Leipzig 1828.
- Wachler, Ludwig: *Geschichte der historischen Forschung und Kunst seit der Wiederherstellung der litterarischen Cultur in Europa*, 2. Bd., 2. Abth. Göttingen 1818.
- Zimmermann, Paul: J. A. Leisewitz' *Stammbuch aus seiner Göttinger Studienzeit*. In: *Jahrbuch des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig* 4 (1905), S. 114-135.

Darstellungen

- The Anti-Jacobin Review and Magazine, or, Monthly Political and Literary Censor from December to May 1805*, Vol. XX, London 1805, S. 480-487 [Rez. zu Hegewisch].
- Bindel, Richard: *Geschichte der höheren Lehranstalt in Quakenbrück*. Quakenbrück 1904.
- Böning, Holger: *Periodische Presse. Kommunikation und Aufklärung. Hamburg und Altona als Beispiel*. Bremen 2002.
- Böttcher, Winfried (Hrsg.): *Klassiker des europäischen Denkens. Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte*. Baden-Baden 2014.
- Carstens, Carsten Erich: Art. „Hegewisch, Dietrich Hermann“ in: *ADB*, Bd. 11 (1880), S. 278-279.
- D'Alessandro, Guiseppa: *Dalla causa alla vita: Il pensiero storico tedesco tra fine del illuminismo e inizi dell' idealsimo*. Napoli 2008.
- Duchhardt, Heinz: „Was heißt und zu welchem Ende betreibt man – europäische Geschichte?“. In: Ders. / Kunz, Andreas (Hrsg.): „Europäische Geschichte“ als historiographisches Problem (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Beiheft 42). Mainz 1997, S. 191-202.
- Ders. / u. a. (Hrsg.): *Europa-Historiker. Ein biographisches Handbuch*, Bde. 1-3. Göttingen 2006-2007.
- Ehlers, Martin: *Litterarische Gedanken von der Schrift des Herrn Professors Hegewisch in Kiel über Neutralität*. In: *Hegewisch, Observations d'un Danois (1794)*, S. 105-110.
- Geiger, Paul: *Das Wort ‚Geschichte‘ und seine Zusammensetzung* (Diss. Phil.). Freiburg 1908.
- Hansen, Reimer: *Die Kieler Professoren im aufkommenden Nationalkonflikt 1815-1852*. In: *Auge, Oliver (Hrsg.): Gelehrte Köpfe an der Förde: Kieler Professorinnen und Professoren in Wissenschaft und Gesellschaft seit der Universitätsgründung 1665*. Kiel 2014, S. 87-138.
- Herder, Johann Gottfried: *Johann Gottfried von Herder's sämtliche Werke. Zur Philosophie und Geschichte*, 15. Theil. Stuttgart/Tübingen 1829.
- Ders.: *Ideen zur Geschichte der Menschheit*, in: *Johann Gottfried Herder, Ausgewählte Werke in Einem Bande*. Stuttgart/Tübingen 1844.

- Jordan, Karl: *Geschichtswissenschaft*. In: *Geschichte der Christian-Albrechts-Universität, Kiel, 1665-1965*, Bd. 5/2. Neumünster 1969.
- Kleingeld, Pauline: *Kant and Cosmopolitanism. The Philosophical Ideal of World Citizenship*. Cambridge u. a. 2012.
- Knoll, Joachim: *Die Schweizreise des Hannoverschen Apothekers Johann Gerhard Reinhard Andreae im Jahr 1763*. Hameln 2006.
- The Monthly Review; or, Literary Journal*, Vol. 6, London 1791, S. 493-494 [Rez. zu *Geschichte der Regierung Carls des Grossen*, i. e. *The History of the Reign of Charlemagne*, by D. H. Hegewisch].
- [Parthey, Gustav:] *Die Mitarbeiter an Friedrich Nicolai's Allgemeiner Deutscher Bibliothek nach ihren Namen und Zeichen in zwei Registern geordnet. Ein Beitrag zur deutschen Literaturgeschichte*. Berlin 1842.
- Peters, Martin: *Dietrich Hermann Hegewisch aus Quakenbrück (1740-1812). Vordenker Europas und Europa-Historiker*. In: *Am heimatlichen Herd*, 60. Jg. (Juni 2009), Nr. 3 [siehe auch: *Reproduktion der Jahrgänge 1 (1991) - 3 (2010)*, hrsg. v. Kreisheimatbund Bersenbrück e.V., Bd. 3. Anikum 2011].
- Ders.: *Europa im Blick der Geschichte und Statistik (1750-1815)*. In: *Dingel, Irene / Schnettger, Matthias (Hrsg.): Auf dem Weg nach Europa. Deutungen, Visionen, Wirklichkeiten*. Göttingen 2011, S. 163-172.
- Postel, Rainer: *Dietrich Hermann Hegewisch*. In: *SHBL*, Bd. 5 (1979), S. 117-120.
- Ratjen, Henning: *Geschichte der Universität Kiel (ND des Originals, Kiel 1870)*. Nikosia/Cyprus 2016.
- Röhrich, Heinz: *Hegewisch, Franz*. In: *NDB*, Bd. 8 (1969), S. 231.
- Schröder, Hans: *Lexikon der hamburgischen Schriftsteller bis zur Gegenwart*, Bd. 3. Hamburg 1857.
- Scupin, Hans Ulrich: *Justus Möser als Westfale und Staatsmann*. In: *Westfälische Zeitschrift* 107 (1957), S. 135-152.
- Stadler, Ulrich: *Der technisierte Blick. Optische Instrumente und der Status von Literatur*. Ein kulturhistorisches Museum. Würzburg 2003.
- Stollberg, Arne: *Ohr und Auge – Klang und Form. Facetten einer musikästhetischen Dichotomie bei Johann Gottfried Herder, Richard Wagner und Frank Scheker*. München 2006.
- Vollbeh, Friedrich / Weyl, Richard: *Professoren und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665-1954*, 4. Aufl., Kiel 1956.
- Wriedt, Siegrid: *Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft an der Christiana Albertina im Zeitalter des dänischen Gesamtstaates (1773-1852)*. Neumünster 1973.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Martin Espenhorst
 Hof Espenhorst
 Wehdeler Str. 15
 49596 Gehrde im Artland
 E-Mail: martinespenhorst@yahoo.de

Internationale Zusammenhänge zwischen dem polnischen Januaraufstand und dem deutsch-dänischen Konflikt 1863/64

Von Bernd Müller

Der polnische Januaraufstand von 1863-1864 erscheint vordergründig als innerrussische Krise, in der die polnische Nationalbewegung ihren dritten großen Aufstand nach den Teilungen Polens 1772-1795 unternahm. Rein zeitlich war dieser Aufstand eingebettet zwischen dem Krimkrieg 1853-1856, der italienischen Einigung 1859-1861 und dem Deutsch-Deutschen Krieg 1866. Etwa zeitgleich entflammte die seit 1848 schwelende deutsch-dänische Krise zum Deutsch-Dänischen Krieg von 1864. Der vorangegangene Deutsch-Dänische Krieg von 1848-1851 war zwar mit dem Frieden von Berlin und dem 1. und 2. Londoner Protokoll (2. 8. 1850 bzw. 8. 5. 1852) beendet worden, der Konflikt zwischen den nationalen Bewegungen in Deutschland und Dänemark um die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein schwelte jedoch weiter. Die dänische Ankündigung einer neuen Gesamtstaatsverfassung vom 30. März 1863, das sogenannte Märzpatent, das die Einverleibung des Herzogtums Schleswig in die dänische Monarchie vorsah, brachte diese Krise erneut zum Ausbruch und mündete in den 2. Deutsch-Dänischen Krieg vom 1. Februar bis zum 30. Oktober 1864.

Die annähernde Gleichzeitigkeit dieser beiden Krisen in der Mitte Europas, nämlich des polnischen Januaraufstands und des deutsch-dänischen Konflikts, legt Zusammenhänge und Wechselwirkungen in der Betrachtung und Bewertung durch die europäischen Großmächte der Zeit nahe. Diese Zusammenhänge und Wechselwirkungen sind der Gegenstand der vorliegenden Arbeit, die ihr Augenmerk auf das Verhalten von Regierungen im internationalen Zusammenhang richtet. Gesellschaftliche und kulturelle Zusammenhänge sind nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Basis ist der aktuelle Forschungsstand im deutschen, angelsächsischen und französischen Sprachraum, soweit er gedruckt vorliegt, d. h. sie gründet sich nicht auf eine weiterführende Quellenauswertung in einschlägigen Archiven. Leider war auch die Auswertung der dänischen Historiographie nicht

möglich, hier sind weitere Aufschlüsse über die gesuchten Zusammenhänge zu erwarten.

I.

Zunächst ist festzustellen, dass beide Ereignisse von nationalen Bewegungen ausgingen. Hinter dem Januaraufstand stand die polnische Nation, deren früheres Staatsgebiet unter den drei Teilungsmächten Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt worden war. Es ging 1863/64 jedoch nicht um eine Auseinandersetzung zwischen der polnischen und der russischen Nation; vielmehr führte gerade die Lockerung des staatlichen russischen Zugriffs zum Januaraufstand. Dagegen handelte es sich bei dem deutsch-dänischen Konflikt um die Auseinandersetzung zweier nationaler Bewegungen, der dänischen und der deutschen, über ein gemeinsam besiedeltes Herzogtum Schleswig.¹

Sodann war das Ausmaß der Beteiligung der Großmächte unterschiedlich: Der Januaraufstand fand grundsätzlich im russischen Teilungsgebiet statt, war also von daher zunächst ein innerrussisches Problem. Allerdings wurde der Aufstand aus den preußischen und österreichischen Teilungsgebieten unterstützt, was Preußen und Österreich direkt betraf, nicht jedoch Großbritannien und Frankreich. Im deutsch-dänischen Konflikt war der Status der Herzogtümer Schleswig und Holstein zuletzt 1852 im 2. Londoner Protokoll gesichert worden, das durch die Großmächte Großbritannien, Frankreich, Preußen, Österreich und Russland sowie durch Dänemark, Schweden und Norwegen garantiert wurde. Jede Statusveränderung der beiden Herzogtümer betraf also vom Beginn an immer auch diese Mächte.

Beide Ereignisse hatten einen bestimmten Vorlauf. Bereits vor den Teilungen Polens (1772, 1793 u. 1795) war die sogenannte polnische Frage ein wichtiges europäisches Problem gewesen. Mit und nach den Teilungen Polens war es in Polen bereits zu zwei großen Aufständen gekommen, dem Kościuszko-Aufstand 1794 und dem Novemberaufstand 1830/31. Der dritte in dieser Reihe war nun der polnische Januaraufstand 1863 im russischen Teilungsgebiet.

Die schleswig-holsteinische Frage hatte immer wieder den Norden Europas in Unruhe versetzt, war aber mit dem gottorfisch- bzw. russisch-

1 Aus den zahlreichen Darstellungen über die schleswig-holsteinische Frage 1863/64 seien hier genannt: Auge/Lappenküper/Morgenstern (Hrsg.), *Der Wiener Frieden 1864*, Ganschow/Haselhorst/Ohnezeit, *Der Deutsch-Dänische Krieg 1864*, Jung, *1864 – Der Krieg um Schleswig-Holstein u. Maletke* (Hrsg.), *Die Schleswig-Holsteinische Frage (1862-1866)* sowie immer noch grundlegend Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. III, § 31-34 (S. 449-509).

dänischen Ausgleich im Vertrag von Zarskoje Selo 1773 als gelöst betrachtet worden. Die nach den napoleonischen Kriegen erwachenden nationalen Bewegungen in Deutschland und Dänemark hatten dann jedoch bereits 1848 zu einem Krieg zwischen Dänemark und dem Deutschen Bund geführt, der jedoch nicht zu territorialen oder verfassungsmäßigen Veränderungen der Gesamtlage zwischen den Kontrahenten führte.

Auch eine gewisse zeitliche Staffelung beider Konflikte der Jahre 1863/64 muss beachtet werden. Der polnische Januaraufstand war am 22. Januar 1863 ausgebrochen, während der latente deutsch-dänische Konflikt durch das Märzpatent des dänischen Königs vom 30. März 1863² zunächst nur verschärft wurde. Die angekündigte dänische Gesamtstaatsverfassung wurde dann am 13. November 1863 von König Christian IX. unterschrieben und vom dänischen Reichsrat verabschiedet, was die Bundesexekution des Deutschen Bundes im Herzogtum Holstein auslöste, die am 23. Dezember 1863 begann.³ Der eigentliche Krieg gegen Dänemark brach erst mit dem Überschreiten der Südgrenze des Herzogtums Schleswig durch preußische und österreichische Truppen am 1. Februar 1864 bzw. beim Eintritt der Truppen ins Königsreich Dänemark aus.

II.

Im Folgenden sollen nun zunächst unmittelbare Zusammenhänge zwischen beiden Konfliktherden betrachtet werden, und hier zunächst die Einflüsse, die sich aus dem Januaraufstand für den deutsch-dänischen Konflikt ergaben. Immerhin drei Darstellungen weisen darauf hin, dass Dänemark den Januaraufstand für die Bekanntgabe des Märzpatents genutzt habe. So verweisen Karl-Ernst Jeismann und Lech Trzeciakowski auf die Lage Preußens, das infolge der internationalen Erregung um die Alvenslebensche Konvention in Bedrängnis geraten sei: Die dänische Regierung habe die dadurch entstandene Bindung Preußens nutzen und Fakten für

2 Das sogenannte Märzpatent vom 30. März 1863 leitete die Vorbereitungen zu einer liberalen dänischen Gesamtstaatsverfassung ein, welche u. a. auch die bisherige ständische, absolutistische Verfassung des Herzogtums Schleswig ablösen sollte. Damit würde die Gemeinschaft der beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein unter einer identischen Verfassung beendet werden, die seit der Zession des herzoglichen Holsteins von Russland an Dänemark 1773 Bestand gehabt hatte und die in der deutsch-nationalen Bewegung seit 1848 große Bedeutung erlangt hatte. Die neue dänische Gesamtstaatsverfassung wurde dann am 18. November 1863 unterzeichnet. Vgl. Jung, 1864 – Der Krieg um Schleswig-Holstein, S. 14-15.

3 Der Begriff „Bundesexekution“ bezeichnete im Deutschen Bund das gegebenenfalls militärische Vorgehen der Mitglieder gegen ein einzelnes Mitglied, das gegen seine Pflichten verstoßen hatte, und dessen Verhalten nun zwangsweise korrigiert werden sollte. Heute als „Bundeszwang“ nach Art. 37 GG bezeichnet.

die Einbeziehung des Herzogtums Schleswig in die dänische Monarchie schaffen wollen.⁴ Auch Martin Kröger sieht das dänische Märzpatent als Versuch Dänemarks, den Januaraufstand und die durch die Alvenslebensche Konvention ausgelöste internationale Aufmerksamkeit auszunutzen.⁵ Schließlich verweist Maik Ohnezeit darauf, dass die Gelegenheit für die Proklamation des Märzpatents den Dänen als günstig erschienen sei, da die Großmächte durch den Januaraufstand abgelenkt gewesen seien.⁶

Keine andere der untersuchten Darstellungen erwähnt diesen Zusammenhang, der durchaus plausibel erscheint, auch wenn die innenpolitischen Zwänge in Dänemark eine Verzögerung dieser Ankündigung nicht nahelegten. Jedoch ist keine der drei Darstellungen durch die Autoren mit Archivquellen belegt. Indirekt wird dieser Zusammenhang durch Felix-Heinrich Gentzen bestätigt, der die Sorge preußischer Militärs schildert, dass die in der preußischen Provinz Posen eingesetzten vier preußischen Armeekorps, mithin die Hälfte des preußischen Heeres, nicht für einen Krieg in Schleswig-Holstein einsetzbar seien.⁷ Einschränkend muss allerdings darauf verwiesen werden, dass das Märzpatent zwar die deutsch-nationale Bewegung im Deutschen Bund in weitere Erregung versetzte, dass aber erst die Unterzeichnung der daraufhin erstellten Verfassung gegen Ende des Jahres unmittelbar zur Bundesexekution gegen Holstein führte, die sich dann ihrerseits zum Deutsch-Dänischen Krieg entwickelte.⁸

Nun zu den Einflüssen des deutsch-dänischen Konflikts auf den Januaraufstand: Piotr Szlanta gibt an, dass Romuald Traugutt (1826-1864) als Führer des polnischen Aufstands vom Oktober 1863 bis August 1864 erwogen habe, über die deutsch-dänische Frage zu einer internationalen Unterstützung des polnischen Aufstandes zu gelangen. Szlanta bezieht sich des Weiteren auf einen Brief Traugutts an Hauke-Bozak, einen seiner militärischen Führer, in dem er diesen anwies, die Intensität seiner Kampfeinsätze während des gerade stattfindenden Deutsch-Dänischen Krieges zu steigern, damit sich dadurch die Dinge in Europa weiter komplizierten und damit der dadurch geweckte Wunsch nach Frieden zur Erfüllung der polnischen Forderungen führe. Die Bedeutung des deutsch-dänischen Konflikts für den Januaraufstand habe jedoch, so Szlanta, von der Bereitschaft Großbritanniens und Frankreichs zu einer engeren Zusammenarbeit

4 Jeismann/Trzeciakowski, Polen im europäischen Mächtesystem, S. 19.

5 Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 117.

6 Ganschow/Haselhorst/Ohnezeit, Der Deutsch-Dänische Krieg 1864, S. 62-63.

7 Gentzen, Grosspolen im Januaraufstand, S 225-227. Gentzen beurteilt im Übrigen die Heranziehung dieser vier Armeekorps für das Niederschlagen eines denkbaren polnischen Aufstands in preußischen Teilungsgebiet als weit überzogen und sieht diese Truppen eher als vorsorgliche Maßnahme gegen eine befürchtete Revolution in Preußen, vgl. ebd., S. 220-222.

8 Zu dieser Entwicklung detailliert: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. III, S. 456-459.

abgehangen, die sich nicht realisiert habe.⁹ Beide Überlegungen Traugutts gingen jedoch nicht über reine Erwägungen hinaus; ihre Auswirkungen können im vorliegenden Zusammenhang nicht weiter erörtert und schon gar nicht abschließend beurteilt werden.

III.

Was sich jedoch praktisch sehr stark auswirkte, waren die Veränderungen in den internationalen Beziehungen, die der polnische Januaraufstand ausgelöst hatte. Die Friedensverhandlungen gegen Ende des Krimkriegs 1853-1856 hatten die Beziehungen Russlands zu Frankreich deutlich verbessert, während die russisch-englischen Beziehungen auf einen Tiefststand gesunken waren, was ebenso für die Beziehungen Russlands zu Österreich galt.¹⁰ Der Aufstand selbst scheint zunächst nicht ein herausgehobenes Interesse der europäischen Regierungen erregt zu haben, das über ein bloßes Verfolgen der Vorgänge hinausgegangen wäre, wenn auch die Presse in Frankreich, Großbritannien und in den Staaten des Deutschen Bundes lebhaften Anteil nahm.¹¹ Rudolf Jaworski ist jedenfalls der Ansicht, dass die europäische Öffentlichkeit dem polnischen Aufbegehren zunächst lediglich eine nachlassende Aufmerksamkeit gewidmet habe. Die Auffassung, dass dem europäischen Frieden nach der italienischen Einigung keine weiteren Veränderungen mehr zumutbar seien, sei weitverbreitet gewesen.¹² Karl-Ernst Jeismann und Lech Trzeciakowski legen dar, dass der polnische Aufstand in Europa zunächst als unwillkommene Störung betrachtet worden sei: Österreich habe Rückwirkungen auf Galizien befürchtet, Frankreich sei zwar dem Nationalitätsprinzip gefolgt, habe jedoch auf eine enge politische Beziehung zu Russland gehofft, die durch eine offene Parteinahme für Polen gestört zu werden drohte. Großbritannien schließlich sei gegen jegliche Unruhe in Europa gewesen.¹³

Erst die sogenannte Alvenslebensche Konvention zwischen Preußen und Russland vom 8. Februar 1863 habe den Januaraufstand zu einer internationalen Angelegenheit gemacht, so zahlreiche Autoren.¹⁴ Mittlerweile erscheint es als unzweifelhaft, dass diese von Preußen vorangetriebene Konvention auf einer grundsätzlichen Fehleinschätzung Bismarcks über

9 Szlanta, *Der Januaraufstand in russisch-Polen*, S. 312-314.

10 Siehe die ausführliche Darstellung von Baumgart, *Der Frieden von Paris 1856*.

11 Sieburg, *Geschichte Frankreichs*, S. 329.

12 Jaworski/Lübke/Müller, *Eine kleine Geschichte Polens*, S. 265-266.

13 Jeismann/Trzeciakowski, *Polen im europäischen Mächtesystem*, S. 15-16.

14 So besonders klar Jeismann/Trzeciakowski, *Polen im europäischen Mächtesystem*, S. 16; aber auch Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 99, u. Elrod, *Austria and the Polish Insurrection of 1863*, S. 418.

die russischen Möglichkeiten und Absichten zur Niederschlagung des Aufstandes beruhten und dass sie keinesfalls, wie später von ihm selbst dargestellt, ein Meisterstück war.¹⁵ Der Wortlaut des Abkommens erscheint heute als weniger beunruhigend. Er sicherte die gegenseitige Hilfeleistung bei der Verfolgung von Rebellen zu, die von einem Land ins andere überwechselten. Dabei sollte auf Ersuchen der jeweiligen Oberbefehlshaber durchaus auch die Grenze überschritten werden können. Überdies regelte der Vertrag den Austausch von Verbindungsoffizieren bei den Gefechtsständen der beteiligten Korps. Die Konvention sei so lange gültig, wie es die Lage erfordere und beide Höfe es als *opportun* ansähen. Eine Geheimklausel sah eine gegenseitige Orientierung über Anzeichen für „politische Machenschaften“ vor.¹⁶ Da jedoch der konkrete Wortlaut der Konvention in Frankreich, Großbritannien und Österreich zunächst unbekannt blieb, kam es zu heftigen Reaktionen der jeweiligen Regierungen.¹⁷

Die untersuchten Autoren stellen die Positionen der Großmächte nahezu einhellig dar: Frankreich habe in der perzipierten Allianz zwischen Russland und Preußen eine willkommene Möglichkeit gesehen, diese beiden Teilungsmächte von Österreich zu trennen und insgesamt eine Neuordnung Europas zur Überwindung der Regelungen von 1815 zu erreichen.¹⁸ Der französische Vorschlag zu einer gemeinsamen Protestnote gegen Russland und Preußen sollte diese Vorstellungen voranbringen.¹⁹ Napoleon III. entwickelte am 21. Februar gegenüber dem österreichischen Botschafter seine Idee von einem unabhängigen Polen als Teil eines groß angelegten Neubaus von Europa und schlug ein geheimes Bündnis zwischen Frankreich und Österreich vor.²⁰

Österreich suchte dagegen eine kriegerische Verwicklung in Europa zu vermeiden, die in jedem Fall den für Österreich noch immer günstigen Status quo gefährdet hätte;²¹ es wollte keinesfalls auf sein Teilungsgebiet Galizien verzichten und befürchtete zudem, eine Allianz mit Frankreich werde den Deutschen Bund gefährden.²² Sowohl Österreich als auch Preußen un-

15 Zuerst plausibel und genau dargestellt von Lord, Bismarck and Russia in 1863, S. 38 (vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, S. 158-159). Ebenso fragwürdig die Deutung von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches, S. 505-515.

16 Wortlaut der Konvention bei Jeismann/Trzeciakowski, Polen im europäischen Mächtesystem, Anhang S. 38.

17 Mosse, The European powers and the German question, S. 111-112.

18 So z. B. Lappenküper, „Il vous sacrifierait demain le Danemarc, s'il y trouverait son compte“, S. 242, u. Sieburg, Geschichte Frankreichs, S. 329.

19 Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 100.

20 Elrod, Austria and the Polish Insurrection of 1863, S. 419.

21 Walewander, Die österreichische Presse, S. 311.

22 Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 101; ebenso: Szlanta, Der Januaraufstand in russisch-Polen, S. 311, u. Mosse, The European powers and the German question, S. 118-119.

terdrückten jede Unterstützung des polnischen Aufstands aus ihren jeweiligen Teilungsgebieten heraus.²³

Die Reaktionen der britischen Regierung seien vorsichtig gewesen, nicht zuletzt wegen der Erfahrungen mit der italienischen Krise, in der sich Frankreich Nizza und Savoyen einverleibt hatte, so Mosse.²⁴ Auch Kröger erkennt die britische Vermutung, das französische Vorgehen entspringe eher expansiven Interessen an Rhein und Schelde; außerdem waren britische Truppen in Kanada zur Einhegung des Bürgerkriegs in den USA gebunden. Der Kern des Gegensatzes zwischen Großbritannien und Frankreich, so sieht es Kröger, liege darin, dass Großbritannien das System von 1815 erhalten wollte, Frankreich es dagegen zu überwinden trachtete.²⁵

Immerhin kam es am 17. April 1863 zu einer gemeinsamen Protestnote von Frankreich, Großbritannien und Österreich, wenn auch mit einem abgemilderten Inhalt.

Als den Regierungen von Preußen und Russland die Reaktionen auf die Alvenslebensche Konvention entgegenschlugen, veröffentlichten sie zum einen den Text der Konvention und spielten sie zum anderen herunter, um sie dann stillschweigend vergessen zu machen.²⁶ Manfred Alexander ist der Ansicht, die Konvention habe die anderen europäischen Mächte von militärischen Aktionen abgehalten.²⁷ Dies erscheint nicht plausibel, vielmehr dürfte die Konvention erst zu internationalen Reaktionen geführt haben. Jeismann und Trzeciakowski weisen mit Recht darauf hin, dass Russland erst im Herbst 1863 an Preußen für eine engere Zusammenarbeit herantrat, als die negative Wirkung der Alvenslebenschens Konvention abgeklungen war. Bis dahin hatten Russland und Preußen ihre Distanz betont, was Frankreich und Großbritannien beruhigen sollte.²⁸ Letztlich jedoch führte der Januaraufstand zu einer für alle Mächte offenkundigen Vertiefung der russisch-preußischen Beziehungen.

Österreich hatte als dritte Teilungsmacht ein sehr ähnliches Interesse wie Russland und Preußen, musste sich aber neutral halten, um eine für Österreich wahrscheinlich nur nachteilig wirkende Verwicklung in eine mögliche Intervention gegen Russland und Preußen zu vermeiden. Napoleon III. dagegen habe den Januaraufstand nach Ansicht zahlreicher Autoren als Chance für Frankreich begriffen, Europa neu zu gestalten und dadurch die Bedeutung Frankreichs zu steigern. Auch habe Frankreich

23 Walewander, Die österreichische Presse, S. 71-72.

24 Mosse, The European powers and the German question, S. 113-114.

25 Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 101-102.

26 So als erster Lord, Bismarck and Russia in 1863, S. 35, dann ebenso Mosse, The European powers and the German question, S. 116, u. Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 102.

27 Alexander, Kleine Geschichte Polens, S. 233.

28 Jeismann/Trzeciakowski, Polen im europäischen Mächtesystem, S. 17-18.

versucht, Österreich aus der Gemeinschaft der Teilmächte herauszulösen. Die daraus erwachsenden diplomatischen Aktivitäten Frankreichs wurden von der russischen Regierung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands betrachtet und verärgerten insbesondere Zar Alexander II. Die frankophile Fraktion am Zarenhof verlor darüber stark an Einfluss. Frankreich brachte sich damit um seine Einwirkungsmöglichkeiten auf Russland, verstärkte die Zusammenarbeit zwischen Russland und Preußen und stieß Österreich ab.²⁹

Dietrich Beyram und Manfred Hildermeier sind sogar der Ansicht, dass Russland durch den Januaraufstand daran gehindert worden sei, sich 1864 aktiv in die Auseinandersetzungen um Schleswig-Holstein einzuschalten.³⁰ Auch Mosse weist darauf hin, dass Russland Preußen nicht aktiv unterstützen können, weil es mit den Nachwirkungen des Januaraufstandes genug tun gehabt und grundsätzlich Frieden in Europa gewollt habe.³¹ Hans-Werner Rautenberg sieht dagegen keine Zusammenhänge zwischen dem Januaraufstand und dem Deutsch-Dänischen Krieg, sondern stellt lediglich fest, dass der schleswig-holsteinische Konflikt das öffentliche Interesse und das der europäischen Regierungen mehr und mehr in Anspruch genommen und das Interesse am Januaraufstand immer mehr überlagert habe.³² Immerhin sind Jeismann und Trzeciakowski davon überzeugt, dass die französischen Aktivitäten während des Januaraufstandes eine tiefgehende Aversion Russlands gegen Frankreich ausgelöst hätten, welche Preußens Politik gegenüber Frankreich und Österreich vor russischen Einsprüchen entlastet habe – dies erscheint als wichtiger Hinweis auf die Fernwirkung des Januaraufstandes auf den deutsch-dänischen Konflikt.³³

Auch ohne Veränderungen in den internationalen Beziehungen seien die „Weißen“ im Januaraufstand davon überzeugt gewesen, so Piotr Szlanta, dass der Aufstand gegen Russland ohne Hilfe aus dem Ausland nicht durchhaltbar sei. Sie hätten den Aufstand als eine „Art militärischer Demonstration“ gesehen, um Großbritannien und Frankreich den Anlass für ein militärisches Eingreifen zu geben.³⁴ Hierzu wäre jedoch eine engere Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Frankreich erforderlich ge-

29 Diese Position Frankreichs ist vielfältig beschrieben, stellvertretend sollen hier nur genannt werden: Sieburg, *Geschichte Frankreichs*, S. 328-329, Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 100-101, u. Elrod, *Austria and the Polish Insurrection of 1863*, S. 416 u. S. 427-431.

30 Beyram/Hildermeier, *Russland in Europa*, S. 179.

31 Mosse, *The European powers and the German question*, S. 136-137.

32 Rautenberg, *Der polnische Aufstand von 1863*, S. 389-390.

33 Jeismann/Trzeciakowski, *Polen im europäischen Mächtesystem*, S. 19.

34 Szlanta, *Der Januaraufstand in russisch-Polen*, S. 309.

wesen, die an dem französischen Versuch gescheitert sei, den Januaraufstand für eine Neugestaltung Europas zu nutzen.³⁵

Großbritannien hatte zwar eine grundsätzlich pro-polnische öffentliche Meinung zu berücksichtigen, habe aber weder dem polnischen Januaraufstand noch der schleswig-holsteinischen Frage eine große Bedeutung beigemessen, so Thomas Otte. Großbritanniens vitale Interessen waren auf den Balkan, auf Persien, Indien und China gerichtet; der US-Bürgerkrieg (1861-1865) und die Bewältigung der Finanzprobleme aus dem Krimkrieg kamen hinzu.³⁶ Burckhardt sieht in den britischen Quellen keine Bedeutung Schleswig-Holsteins, für die man sich in einen Krieg hätte begeben sollen.³⁷ Außerdem habe die britische Regierung nicht ganz zu Unrecht vermutet, dass das französische Vorgehen nicht dem Interesse am nationalen Schicksal Polens entspringe. Nach einer Phase der Unentschlossenheit entschied sich dann das britische Kabinett am 3. Juli 1863 gegen eine Intervention in Russland.³⁸ Frankreich war aber nicht in der Lage, nur mit eigenen Kräften eine Intervention gegen Russland durchzuführen. 30.000 Mann französischer Truppen waren in Mexiko gebunden, 12.000 Soldaten in Rom zum Schutz des Papstes eingesetzt, weitere Streitkräfte Frankreichs standen in Algerien, im Senegal und in Indochina. Die französische Idee einer Landung im Baltikum mit 60.000 Mann Mitte 1863 musste deshalb verworfen werden.³⁹ Folgerichtig, so Kröger, verweigerte Frankreich wegen der abwartenden britischen Haltung beim Januaraufstand seine Unterstützung für Großbritannien, als dieses den Druck auf den Deutschen Bund verstärken wollte.⁴⁰

Es kann auch vermutet werden, dass Dänemark in seinen Erwägungen zum Märzpatent zunächst von einer Unterstützung durch Großbritannien und Frankreich ausgegangen sei; Maik Ohnezeit erkennt dafür Hinweise.⁴¹ Großbritannien konnte an einem preußischen Zugriff auf die Nordseeküste, hier die Häfen Altona, Glückstadt, Tönning und Husum, und auf die leistungsfähigen Ostseehäfen Schleswig und Flensburg kein Interesse haben. Burckhardt gibt an, Frankreich habe zwar traditionell gute Beziehungen zu Dänemark unterhalten, das von Frankreich propagierte Nationalitätenprinzip war jedoch sowohl auf die dänische wie auch die deutsche Nationalbewegung anwendbar.⁴² Allerdings hatte Napoleon III. schon im März 1860, also weit vor dem Januaraufstand, gegenüber dem preußischen

35 Ebd., S. 313-314.

36 Otte, „Better to increase the power of Prussia“, S. 267-268.

37 Burckhardt, Deutschland – England – Frankreich, S. 15-17 u. S. 22.

38 Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 108.

39 Kröger, „We are talking about politics, not humanity!“, S. 104-105.

40 Ebd., S. 118.

41 Ganschow/Haselhorst/Ohnezeit, Der Deutsch-Dänische Krieg 1864, S. 61-62.

42 Burckhardt, Deutschland – England – Frankreich, S. 64-65.

Gesandten in Paris erklärt, Frankreich habe keine Einwände, wenn sich Preußen Schleswig-Holsteins bemächtigen sollte.⁴³ Die französische Unterstützung für Preußen ging somit nicht auf den Januaraufstand zurück, wurde aber durch diesen verstärkt. Als dann der Januaraufstand losbrach, sah Napoleon III. eine Chance, auf eine grundsätzliche Neugestaltung Europas hinzuarbeiten, und setzte dabei vor allem auf Preußen, um Österreich aus der Gemeinschaft der Teilungsmächte Polens herauszulösen. Beim Bekanntwerden des dänischen Märzpatents 1863 signalisierte der französische Außenminister Drouyn de Lhuys dem dänischen Gesandten in Paris zwar die Sympathie des Kaisers für diesen dänischen Schritt zu, ließ aber bei der Unterzeichnung der dänischen Novemberverfassung den französischen Flügeladjutanten des Kaisers, General Fleury, in Kopenhagen den französischen Wunsch nach Rücknahme dieser Verfassung vortragen. General Fleury reiste anschließend nach Berlin weiter, wo für die französische Unterstützung ein französisch-preußisches Bündnis forderte, allerdings ohne Erfolg.⁴⁴

Mosse ist nun der Ansicht, dass der polnische Januaraufstand der später einsetzenden Entwicklung um Schleswig-Holstein ihre europäische Bedeutung gegeben habe. Solange der Deutsche Bund stabil geblieben sei, habe Frankreich nicht in Russland eingreifen können, so Mosse; ein starkes Deutschland habe die russischen Interessen geschützt. Im Gegenzug befürchteten Russland und Großbritannien, dass ein schwaches Deutschland die Einleitung für eine französische Aggression sein könne. Es gebe also ein gemeinsames britisches und russisches Interesse an der Stabilität Deutschlands.⁴⁵ Auch Russland, so führt Mosse diesen Gedanken fort, habe ein Interesse an dem Zusammenhalt von Preußen und Österreich gehabt, weil ohne deren Zusammenwirken das konservative Europa gefährdet gewesen sei;⁴⁶ Russland werde nichts tun, was den perzipierten Interessen Preußens zuwiderlaufe.⁴⁷

Die Verletzung des 2. Londoner Protokolls von 1852 durch den dänischen Versuch der Integration Schlesiens in die dänische Monarchie setzte Dänemark nach der internationalen Vertragslage ins Unrecht und eröffnete Preußen die konsequent genutzte Chance, Großbritannien und auch Frankreich aus dem deutsch-dänischen Konflikt herauszuhalten, indem es sich immer im Einklang mit dem 2. Londoner Protokoll verhielt, auch wenn es

43 Lappenküper, „Il vous sacrifierait demain le Danemarc, s'il y trouverait son compte“, S. 243.

44 Dargestellt bei: Lappenküper, „Il vous sacrifierait demain le Danemarc, s'il y trouverait son compte“, S. 243-244.

45 Mosse, *The European powers and the German question*, S. 129.

46 Ebd., S. 130-131.

47 Ebd., S. 148-149.

letztlich auf die Einverleibung Holsteins und Schleswigs hinarbeitete.⁴⁸ Helmut Burckhardt, der die britischen Regierungsakten grundlegend ausgewertet hat, ist im Übrigen davon überzeugt, dass es in den Argumentationen der britischen Politik keinen Hinweis auf irgendeine Verbindung zwischen dem Januaraufstand und der britischen Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage gegeben habe.⁴⁹

Als die neue dänisch-schleswigsche Verfassung im Herbst 1863 fertiggestellt war, ihre Unterzeichnung aber durch das herannahende Lebensende von König Friedrich VII. verzögert wurde, schlug Napoleon III. am 4. November 1863 erneut eine Europäische Konferenz zur Lösung aller offenen Fragen vor. Frankreich war jedoch bereits durch sein Verhalten während des Januaraufstandes in eine außenpolitische Isolation geraten und erlitt nun erneut eine außenpolitische Niederlage, weil eine solche Konferenz von allen anderen Großmächten abgelehnt wurde.⁵⁰ Für Mosse war die allgemeine Ablehnung des französischen Vorschlags im November 1863 die „Wasserscheide“ für Frankreich: Es sei definitiv das Ende des britisch-französischen Zusammengehens gewesen, Frankreich erscheine mittlerweile als Bedrohung von Russlands Interessen in Polen, von denen Preußens am Rhein, von denen Österreichs in Italien und von denen Großbritanniens in den Niederlanden.⁵¹ Frankreich, so Mosse, habe nun versucht, seine Isolation durch eine Annäherung an Preußen zu überwinden. Dies blieb jedoch, als es zu der akuten Phase des Deutsch-Dänischen Krieges im Januar 1864 kam, erfolglos.⁵² Die Vorstellungen Frankreichs seien allerdings auch durch das unentschlossene und als kraftlos wahrgenommene Verhalten Großbritanniens beim polnischen Januaraufstand beeinflusst worden. Der Januaraufstand habe zu der Überzeugung Napoleons III. geführt, dass auf Großbritannien kein Verlass sei.⁵³

Die weitere Entwicklung des deutsch-dänischen Konflikts braucht nur noch kurz skizziert zu werden. Zu den bisher aufgezeigten Zusammenhängen kommt nichts Neues mehr hinzu. Die kampflose Besetzung Holsteins durch die Bundesexekution vom 23.-31. Dezember 1863 führte nicht zum Einlenken Dänemarks, das an der vollständigen Einbeziehung Schleswigs in das dänische Staatsgebiet festhielt. Da dies dem 2. Londoner Protokoll zuwider lief, sah Großbritannien keinen Grund, gegen Preußen und Österreich vorzugehen, als diese beiden Mächte mit dem Einmarsch in das Herzogtum Schleswig am 1. Februar eine sogenannte Pfandbesetzung begannen; Dänemark beantwortete dies mit der Kriegserklärung. Der fol-

48 Otte, „Better to increase the power of Prussia“, S. 278-279.

49 Burckhardt, Deutschland – England – Frankreich, S. 7-62.

50 Döhler, Napoleon III. und die deutsch-dänische Frage, S. 27-32.

51 Mosse, The European powers and the German question, S. 141-143.

52 Ebd., S. 145.

53 Ebd., S. 151, S. 163 u. S. 173.

gende Krieg führte zur Eroberung Schlesiens, der Insel Alsen und der gesamten jütischen Halbinsel; selbst der dänische Seesieg vor Helgoland konnte den Sieg der preußischen und österreichischen Truppen nicht mehr abwenden. Dänemark wurde zu einem Waffenstillstand gezwungen, der am 12. Mai 1864 eintrat. Im Wiener Frieden von 30. Oktober 1864 trat Dänemark dann die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich ab, die sich diesen Besitz zunächst als Kondominium teilten; die erwogene Teilung Schlesiens entlang von Volkstums- und Sprachgrenzen unterblieb jedoch und wurde später aus den Vereinbarungen gestrichen.⁵⁴

Zusammenfassend sieht Mosse den polnischen Januaraufstand und die schleswig-holsteinische Krise als Ereignisse mit einem gemeinsamen Ergebnis. Die Trennung der britischen und der französischen Außenpolitik habe das Ende der Ära Palmerston-Napoleon III. und den Beginn der Ära Bismarck angezeigt. Beide Ereignisse zusammen bedeuteten für Großbritannien das, was der Krimkrieg für Russland bedeutet habe, nämlich den Rückzug aus der aktiven Außenpolitik auf dem europäischen Kontinent.⁵⁵ Der Januaraufstand, so Mosse, habe die Tendenzen in den internationalen Beziehungen Europas, die während der italienischen Nationalbewegung entstanden waren, weiter verstärkt. Die zentrale Frage, ob nationale Bewegungen zu unterstützen seien oder ob gegen den revolutionären Nationalismus Solidarität unter den Konservativen zu üben sei, sei immer deutlicher zu Tage getreten.⁵⁶

IV.

Die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen dem polnischen Januaraufstand und dem deutsch-dänischen Konflikt 1863/64 lassen sich nach dem aktuellen Forschungsstand im deutschen, französischen und britischen Sprachraum wie folgt zusammenfassen. Die unmittelbaren Zusammenhänge sind eher geringfügig. Auch wenn der Zeitpunkt für die Verkündung des dänischen Märzpatents 1863 aus dänischer Sicht als vom Januaraufstand begünstigt gegolten haben mag, was plausibel erscheint, so muss doch davon ausgegangen werden, dass das Märzpatent zwar die deutsch-nationale Erregung weiter steigerte, dass aber der entscheidende dänische Anstoß für die akute Krise die Unterzeichnung der Novemberverfassung 1863 war, und zu dieser Zeit hatten sich die internationalen Konstellationen längst geändert. Die internationale Aufmerksamkeit für den Januaraufstand war bereits erheblich zurückgegangen, und die

54 Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. III, S. 467-487.

55 Mosse, *The European powers and the German question*, S. 164 u. S. 212.

56 Ebd., S. 110.

dänischen Hoffnungen auf französische Unterstützung dürften sich zu diesem Zeitpunkt bereits wesentlich reduziert haben.

Ebenso können die unmittelbaren Einflüsse des im Februar 1864 ausgebrochenen Deutsch-Dänischen Krieges auf den Januaraufstand nur als begrenzt bewertet werden, da der Aufstand zu diesem Zeitpunkt bereits abzuklingen begann. Allerdings schreiben einige Autoren der Hoffnung auf alliierte Unterstützung das lange Aushalten der Aufständischen zu, auch wenn diese Hoffnungen in der heutigen Gesamtschau als illusionär betrachtet werden müssen. Das ändert aber nichts daran, dass diese Hoffnungen eine gewisse Wirkkraft entfaltet haben mögen.

Ganz anders wirkten sich Einflüsse des Januaraufstands auf die internationalen Beziehungen und auf die Haltung der Großmächte im deutsch-dänischen Konflikt aus. Zwar hatten sich Veränderungen innerhalb des komplexen internationalen Systems bereits im Krimkrieg und bei der italienischen Einigung gezeigt, aber erst der Januaraufstand verfestigte die Positionen und Handlungsmuster der Großmächte in grundlegender Weise. Napoleon III. führte Frankreich mit seinen Versuchen, die Verträge von 1815 zu überwinden und zu einer Neuordnung Europas zu kommen, in die außenpolitische Isolation, aus der sich Frankreich nur durch Anlehnung an Preußen befreien zu können glaubte. Damit war Frankreich als Partner für Großbritannien und für Russland und als potenzielle Gegenmacht zu Preußen ausgefallen, was sich im Konflikt um Schleswig-Holstein unmittelbar auswirkte und zur Niederlage von Dänemark führte. Der Januaraufstand führte Russland an die Seite Preußens, und Russland vermied danach alles, was zu einer Beeinträchtigung der Position Preußens im deutsch-dänischen Konflikt hätte führen können. Österreich hatte als dritte Teilungsmacht Polens kein Interesse daran, seinen Anteil Galizien zu gefährden oder gar durch eine Verwicklung in einen europäischen Krieg seine immer noch mühsam gewahrte Position im Deutschen Bund und in Europa aufs Spiel zu setzen. Vielmehr wurde es durch die Versuche Frankreichs, Österreich von den beiden anderen Teilungsmächten zu trennen, abgestoßen und betrieb gemeinsam mit Preußen die Verdrängung Dänemarks aus dem Herzogtum Schleswig und die Integration der beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein in den Deutschen Bund. Großbritannien war ohnehin an Polen und an der deutsch-dänischen Frage nur mäßig interessiert und zog sich aus der kontinentaleuropäischen Politik zurück. Dies geschah u. a. auch aus Misstrauen gegenüber den französischen Intentionen, die im Januaraufstand so offenkundig geworden waren. Dänemark hatte ebenso wie die polnischen Aufständischen auf die Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs gehofft, war jedoch enttäuscht worden, weil der Januaraufstand die bereits in Krimkrieg und italienischer Einigung angelegten Haltungen der beiden Großmächte weiterentwickelt und sichtbar gemacht hatte.

Insgesamt hingen also der polnische Januaraufstand und der deutsch-dänische Konflikt über ihre Einflüsse auf die europäische Politik eng miteinander zusammen und waren eng in die Entwicklungen dieser Jahre zwischen Krimkrieg und Deutsch-Deutschem Krieg eingebunden. Die Beschäftigung mit den Wechselwirkungen zwischen beiden Krisenherden trägt zu einem vertieften Verständnis der politischen Situation in der europäischen Staatenwelt zwischen Wiener Kongress und I. Weltkrieg bei.

Quellen und Darstellungen

- Alexander, Manfred: Kleine Geschichte Polens. Stuttgart 2003.
- Auge, Oliver / Lappenküper, Ulrich / Morgenstern, Ulf (Hrsg.): Der Wiener Frieden 1864. Ein deutsches, europäisches und globales Ereignis. Paderborn 2016.
- Baumgart, Winfried: Der Frieden von Paris 1856. Studien zum Verhältnis von Kriegsführung, Politik und Friedensbewahrung. München/Wien 1972.
- Beyram, Dietrich / Hildermeier, Manfred: Russland in Europa. In: Schramm, Gottfried (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 3, 1. Halbbd.: 1856-1945 von den autokratischen Reformen bis zum Sowjetstaat. Stuttgart 1983.
- Bismarck, Otto von: Gedanken und Erinnerungen. Reden und Briefe (Hrsg. v. Reinhard Jaspert). Berlin 1951.
- Burckhardt, Helmut: Deutschland – England – Frankreich. Die politischen Beziehungen Deutschlands zu den beiden europäischen Grossmächten 1864-1866. München 1970.
- Döhler, Karl: Napoleon III. und die deutsch-dänische Frage unter besonderer Berücksichtigung der französischen Politik während des Konflikts von 1863/64. Halle 1913.
- Elrod, Richard B.: Austria and the Polish Insurrection of 1863: Documents from the Austrian State Archives. In: The International History Review VIII/3 (1986), S. 416-437.
- Ganschow, Jan / Haselhorst, Olaf / Ohnezeit, Maik: Der Deutsch-Dänische Krieg 1864. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen. Graz 2013.
- Gentzen, Felix-Heinrich: Grosspolen im Januaraufstand. Das Großherzogtum Posen 1858-1864. Berlin 1958.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III: Bismarck und das Reich, 2. verb. Aufl. Stuttgart u. a. 1970.
- Jaworski, Rudolf / Lübke, Christian / Müller, Michael G.: Eine kleine Geschichte Polens. Frankfurt/M. 2000.
- Jeismann, Karl-Ernst/ Trzeciakowski, Lech: Polen im europäischen Mächtesystem des 19. Jahrhunderts. Die „Konvention Alvensleben“ 1863. Frankfurt/M. 1994 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung Bd. 82/B I).
- Jung, Frank: 1864 – Der Krieg um Schleswig-Holstein, 3. Aufl. Hamburg 2014.
- Kröger, Martin: „We are talking about politics, not humanity!“ Europa und der national-polnische Aufstand 1863. In: Dülfer, Jost / Kröger Martin / Wippich, Rolf-Harald (Hrsg.): Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1865-1914. München 1997, S. 95-110.
- Lappenküper, Ulrich: „Il vous sacrifierait demain le Danemarc, s'il y trouverait son compte“. Frankreich, der Deutsch-Dänische Krieg und der Wiener Frieden von 1864. In: Auge/Lappenküper/Morgenstern (Hrsg.), Der Wiener Frieden 1864, S. 239-263.
- Maletke, Klaus (Hrsg.): Die Schleswig-Holsteinische Frage (1862-1866). Göttingen 1969.
- Mosse, Werner E.: The European powers and the German question 1848-71, with special reference to England and Russia. Cambridge 1958.

- Lord, Robert H.: Bismarck and Russia in 1863. In: The American historical review 29/1 (1924), S. 24-48.
- Otte, Thomas G.: „Better to increase the power of Prussia“. Great Britain and the Events of 1864. In: Auge/Lappenküper/Morgenstern (Hrsg.), Der Wiener Frieden 1864, S. 265-292.
- Rautenberg, Hans-Werner: Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik im Spiegel der deutschen Diplomatie und der öffentlichen Meinung. Wiesbaden 1979.
- Sieburg, Heinz-Otto: Geschichte Frankreichs, 5. erw. Aufl. Stuttgart u. a. 1995.
- Sybel, Heinrich von: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. 2. München 1901.
- Szlanta, Piotr: Der Januaraufstand in russisch-Polen, die Autonomie in Österreichisch-Galizien und die Krise um Schleswig-Holstein. Die polnische Unabhängigkeitsbewegung im internationalen Kontext 1863-1864. In: Auge/Lappenküper/Morgenstern (Hrsg.), Der Wiener Frieden 1864, S. 307-318.
- Walewander, Edward: Die österreichische Presse und der polnische Januaraufstand. Frankfurt/M. u. a. 1991.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Bernd Müller
Ernst-Barlach-Straße 16 a
26129 Oldenburg
E-Mail: muellerbernd.oldenburg@t-online.de

„Jungens, holt fast“

Einheit und Spaltung im schleswig-holsteinischen Liberalismus 1866-1877

Von Peter Wulf

Anfang Juni 1870 erschien im redaktionellen Teil der „Itzehoer Nachrichten“ ein Brief in niederdeutscher Sprache mit dem Titel: „An all mien lewen Schleswig-Holsteenschen Landslüd in den Buurnstand“ und der Unterzeile: „Jungens, holt fast“. Darin nahm der Verfasser des Briefes, der sich als „een olen Buurn“ bezeichnete, Stellung zu dem Parteiprogramm, das die „Schleswig-Holsteinische Liberale Partei“ (SHLP) am 15. Mai 1870 in Neumünster beschlossen und mit dem sich die Partei eng an die preußische Fortschrittspartei angeschlossen hatte. Der Verfasser des Briefes kritisierte diesen Anschluss an die Fortschrittspartei scharf und warf der SHLP vor, alles das uneingeschränkt zu vertreten, „was Bismarck wolle“, während er seinerseits dazu aufrief, „am Landesrecht festzuhalten“. Der Brief spielte offen mit den Vorbehalten des flachen Landes gegenüber der mehr akademischen Parteiführung der SHLP („gelehrte Herren“) und stellte für sich fest, „dat is nicks för uns.“¹

Dieser Brief aus dem Frühsommer 1870 kennzeichnete das Ende des Bestehens einer gemeinsamen liberalen Partei in Schleswig-Holstein, wie sie seit 1867 bestanden hatte. Die Partei spaltete sich im Frühsommer 1870 in einen größeren Teil der Mitgliedschaft, der die Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen als gegeben und unumkehrbar hinzunehmen bereit war, und einen kleineren Teil der Mitgliedschaft, der die Eingliederung durchaus nicht akzeptieren wollte und auf einem selbständigen Schleswig-Holstein auf der Grundlage des „Landesrechts“ bestand. Deutlich trat das mittelständisch und bäuerlich geprägte flache Land in Gegensatz zu den städtischen Führungsschichten.

Zwar hatte es diese beiden Positionen des Anschlusses an Preußen oder aber der Separation schon seit 1867, dem Jahr der Gründung der SHLP gegeben, aber bisher war es immer wieder gelungen, die unterschiedlichen

¹ Itzehoer Nachrichten, Nr. 65, v. 4. 6. 1870.

Auffassungen auszugleichen. Im Frühsommer 1870 aber war ein Stand erreicht, an dem die beiden Gruppierungen nicht mehr zueinander fanden. Die Gegensätze wurden so groß, dass nur die Spaltung blieb; eine neue Partei bildete sich – die „Deutsch-Schleswig-Holsteinische Partei“ (DSHP).

Diese Partei, die Vertretung der Selbständigkeit und des Landesrechts, hatte allerdings keinen langen Bestand. Schon im Jahre 1877 – also nach nur sieben Jahren immer geringeren Rückhalts – schlossen sich die verbliebenen Mitglieder ebenfalls der Fortschrittspartei an. Dieser Entwicklung im schleswig-holsteinischen Liberalismus gelten die folgenden Ausführungen.

Die Bildung der liberalen Partei in Schleswig-Holstein

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der Anfänge der politischen Parteien in Deutschland. Sie differenzierten sich nach den großen politischen Ideenrichtungen, sie verfestigten sich in ihrer Organisation, sie warben um Mitglieder und Wähler, und sie wirkten im Rahmen der jeweiligen verfassungsrechtlichen Gegebenheiten an den politischen Entscheidungen mit. Alle diese Merkmale hatten die politischen Parteien in ihrer Vollständigkeit jedoch nicht sofort nach ihrer Entstehung, sondern sie gewannen erst nach und nach und unter dem Einfluss politischer und verfassungsrechtlicher Entwicklungen ihre endgültige Gestalt.² Ein erster großer Schub für die parteipolitische Entwicklung in Deutschland erfolgte schon im Rahmen der Vorgänge in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, doch wurden diese ersten Anfänge bald wieder unterdrückt, ohne jedoch in ihrer unterschwellig politischen Wirkung ganz verloren zu gehen.

So war es auch in Schleswig-Holstein. Bereits in den Ständeversammlungen³ und in den Landesversammlungen des Jahres 1848⁴ formierten sich differenziertere politische Richtungen, ohne dass sich jedoch bereits feste Organisationsstrukturen herausbildeten. Mit der Wiedererrichtung der dänischen Herrschaft in den Jahren 1851/52 fanden diese ersten Anfänge politischer Parteien zunächst erst einmal ein Ende, da sie überwiegend liberal und deutschnational ausgerichtet waren, was für die Dänen nicht akzeptabel war. Zudem wurden viele Repräsentanten dieser frühen politischen Gruppierungen ausgewiesen oder verließen aufgrund eigener Entscheidung Schleswig-Holstein.⁵ Gleichwohl blieben die liberalen und nationalen Ideen im allgemeinen Gedächtnis erhalten. Deutlich wurde dies am

2 Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 3-24.

3 Hector, Ideen.

4 Wulf, Parteien.

5 Wulf, Verfolgung.

Beispiel der Gründung des „Deutschen Nationalvereins“ im Jahre 1859, der allerdings 1861 schon wieder verboten wurde.⁶

Eine ganz neue Lage trat ein, als die Herzogtümer um die Jahreswende 1863/64 im Rahmen der deutsch-dänischen Auseinandersetzungen von den Truppen des Deutschen Bundes besetzt wurden. Die eingesetzten Zivilkommissare, der Sachse von Könneritz und der Hannoveraner Nieper, waren in der Frage der Zulassung politischer Aktivitäten deutscher Ausrichtung sehr viel liberaler als die früheren dänischen Behörden. Zugleich trat im Dezember 1863 mit Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ein Prätendent auf, der als Friedrich VIII. den Herzogstitel für Schleswig-Holstein beanspruchte.⁷ Mit seinem Erscheinen bildete sich in Schleswig-Holstein, aber auch im übrigen Deutschland eine breite schleswig-holsteinisch-augustenburgische Bewegung aus, die für Friedrich Partei ergriff.⁸

Zu der augustenburgischen Bewegung in den Herzogtümern müssen allerdings noch einige einschränkende Bemerkungen gemacht werden. Seit 1852 – also seit elf Jahren – waren die Augustenburger nach ihrem Verzicht auf die Nachfolge als Herzöge nicht im Land gewesen; es gab also keine langandauernde dynastische Anhänglichkeit an die Augustenburger im Lande. Die herzogliche Familie war im Lande kaum bekannt.⁹ Seit 1848 – dem Jahr der schleswig-holsteinischen „Erhebung“ – gab es in Schleswig-Holstein zudem ein sehr starkes Unabhängigkeits- und Selbständigkeitsstreben, das sich zunächst gegen Dänemark gerichtet hatte. Nun – um die Jahreswende 1863/64 – bekam dieses Streben nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit eine sehr viel größere Aussicht auf Erfolg. Friedrich VIII. sagte zu, die Landesrechte zu achten und vor allem das Staatsgrundgesetz von 1848 anzuerkennen, und so verbanden viele Schleswig-Holsteiner ihr Streben nach Selbständigkeit mit der Herrschaft der Augustenburger. Diese Herrschaft war gleichsam das Symbol für die schleswig-holsteinischen Selbständigkeitsbestrebungen.¹⁰

Die augustenburgische Bewegung in den deutschen Mittelstaaten muss man zudem wohl auf dem Hintergrund des deutschen Trias-Gedankens sehen. Nach dieser Konzeption sollten die deutschen Mittelstaaten eine dritte Kraft gegenüber den beiden Großmächten Preußen und Österreich werden. Ein augustenburgisches Schleswig-Holstein – so war die Auffassung – sollte ein Teil dieser dritten Kraft werden. Es wäre also zu fragen,

6 Zimmermann, *Opposition*, S. 18-20.

7 Siehe zu all diesen Vorgängen: Huber, *Verfassungsgeschichte* Bd. 3, S. 449-461.

8 Daebel, *Schleswig-Holstein*.

9 Hagenah, Ahlmann, S. 183-186. – Hagenah weist auf den fehlenden Rückhalt Friedrichs in Schleswig-Holstein hin und schließt dann: „Fremder ist kaum jemals ein Prätendent seinem Lande gewesen.“ In: Hagenah, 1863, S. 313 u. S. 315-316.

10 Reinhardt, *Preußen*, S. 19.

ob man die Bedeutung der Augustenburger-Bewegung in diesem Zusammenhang nicht relativieren muss. Sie befeuerte politische Bewegungen im Lande und in Deutschland durchaus, aber aus unterschiedlich ganz anderen Gründen.

Eine wiederum neue Lage trat ein, als Österreich und Preußen im Oktober 1864 nach dem Wiener Frieden mit Dänemark die Herrschaft in Schleswig-Holstein antraten, und dann erneut im August 1865, als durch den Vertrag von Gastein die Verwaltung Schlesiws durch Preußen, die Verwaltung von Holstein jedoch durch Österreich erfolgte. Während Österreich der selbständigkeitsbestimmten augustenburgischen Bewegung einen großen Freiraum gewährte, unterband Preußen rigoros-autoritär in Schleswig jegliche Betätigung in dieser Hinsicht. Eine endgültige Klärung dieser Verhältnisse trat erst ein, als nach dem preußisch-österreichischen Krieg im Prager Friedensvertrag vom August 1866 Österreich seine Rechte an Holstein aufgab und ganz Schleswig-Holstein preußisch wurde.

Im zweiten Halbjahr 1866 wurde immer deutlicher, dass Schleswig-Holstein in ein sehr viel engeres Verhältnis zu Preußen einbezogen werden würde. Um die Jahreswende 1866/67 fiel dann die Entscheidung. Durch das preußische Vereinigungsgesetz vom 24. Dezember 1866 und durch das Besitzergreifungspatent vom 12. Januar 1867 mussten die Schleswig-Holsteiner alle Selbständigkeitsbestrebungen aufgeben; Schleswig-Holstein wurde preußische Provinz. Die politischen Kräfte in den Herzogtümern hatten jetzt zu erkennen, dass jede zukünftige Tätigkeit im Lande nur im Rahmen der preußischen Vorstellungen und Machtverhältnisse möglich sein würde. Die preußische Oberherrschaft war unumstößlich, die Frage nach möglichen geringeren Selbständigkeiten in Einzelbereichen blieb allerdings noch offen.

Mit dem Wegfall der dänischen Herrschaft und dem Ende der dänischen Restriktionspolitik Ende 1863/Anfang 1864 formierten sich auch wieder die ersten mehr politischen Bewegungen – allerdings nur in dem Maße, wie die Bundeskommissare und dann die Österreicher und Preußen dies zuließen. Das geschah nicht gleich in der Organisationsform einer Partei, sondern in der dem 19. Jahrhundert eigentümlichen Form des „Vereins“. Anfang Januar 1864 bildeten sich in den Herzogtümern die „Schleswig-Holsteinischen Vereine“, die sich Ende Januar 1864 als Verband zusammenschlossen. Diese Vereine nahmen das Gedankengut der Achtundvierziger-Bewegung wieder auf. Sie verlangten angesichts der neuen Lage um die Jahreswende 1863/64 ein unabhängiges Schleswig-Holstein in einem geeinten Deutschland, die Wiederinkraftsetzung des Staatsgrundgesetzes von 1848 und die Einsetzung des Augustenburgers Friedrich als Landesherrn. Im Rahmen dieser Ziele versammelten sich in diesen Vereinen die politisch unterschiedlichsten Gruppierungen, die teils radikale,

teils auch gemäßigte Auffassungen über den weiteren Weg Schleswig-Holsteins vertraten.¹¹

Die politischen Vorstellungen dieser Vereine standen allerdings im Gegensatz zu den bestehenden, aber noch nicht ganz erkennbaren Zielen der preußischen Politik. So wurden die „Schleswig-Holsteinischen Vereine“ zunächst von den Preußen in Schleswig aufgelöst und dann – nach der Inbesitznahme Holsteins durch Preußen auch dort untersagt.¹² Gleichwohl blieben die politischen Vorstellungen dieser Vereine und ihr Bestreben, eine organisatorische Verfestigung zu erreichen, erhalten. Sie bildeten die Grundlage der späteren Parteibildung.

Seit der Jahreswende 1866/67 war Schleswig-Holstein also eine preußische Provinz. Wichtig für die weitere politische Entwicklung in der Provinz war, dass allgemeine Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag stattfinden sollten. Eine Verordnung vom 28. Dezember 1866 legte fest, dass auch Schleswig-Holstein an diesen Wahlen teilnehmen sollte.¹³ Bestimmend für diese Wahlen war ein ganz ausgedehntes allgemeines und gleiches Wahlrecht für alle Männer über 25 Jahren.¹⁴ Wollte also die schleswig-holsteinische Bevölkerung in dem zukünftigen Reichstag ihre Stimme erheben und politische Mitwirkung erreichen, musste sie sich parteipolitisch organisieren. Je mehr Wähler man also unter dem Programm einer Partei vereinigen konnte, desto wirkungsmächtiger war ihr politischer Einfluss.

Die Gründung der „Schleswig-Holsteinischen Liberalen Partei“

Parteien waren nach dem konstitutionellen Staatsrecht „Vereine“, die sich auf übergeordneter Ebene nicht vereinigen durften. Zulässig war aber die Bildung von Zentralwahlkomitees auf Provinz- und Wahlkreisebene. So bildete sich im Dezember 1866 ein „Zentralwahlkomitee für Schleswig-Holstein zum Norddeutschen Parlament“, das sich am 16. Dezember 1866 in Neumünster versammelte. Dieses Zentralwahlkomitee veröffentlichte einen Aufruf, in dem bestimmte politische Grundpositionen vertreten wurden: Das politische Ziel sollte das ganze Deutschland – also auch die süddeutschen Staaten sein und von einer starken Zentralmacht geführt werden. Ein liberaler Staat sollte errichtet werden, dessen innere Verfassung nach der Paulskirchenverfassung gestaltet werden sollte. In Hinsicht

11 Hagenah, Ahlmann, S. 260-261.

12 Reinhardt, Preußen, S. 6, S. 12 u. S. 32.

13 Hauser, Provinz, S. 11.

14 Wahlgesetz bei Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 270-271.

auf die besonderen Interessen Schleswig-Holsteins wurde dazu aufgerufen, nur solche Männer zu wählen, die bereit seien, die Interessen Schleswig-Holsteins zu vertreten. Nachdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass es dringend notwendig sei, sich an den Wahlen zu beteiligen, da man nur dann politischen Einfluss ausüben könne. Unterzeichnet war dieser Aufruf von Kaufleuten, Beamten, Hofbesitzern, Handwerkern und Freiberuflern (etwa Ärzten und Anwälten) aus allen Teilen des Landes; vollständig fehlte jedoch der schleswig-holsteinische Adel.¹⁵

Es war offenkundig, dass in diesem Aufruf nur ein sehr allgemeines politisches Programm vertreten werden konnte, dem auch politische Kräfte ganz unterschiedlicher Auffassung zustimmen vermochten. Auf die deutsche Einheit, auf die Paulskirchenverfassung und auf eine starke Zentralgewalt konnten sich alle einigen, aber schon bei der Vertretung der Art der schleswig-holsteinischen Interessen wurde es schwieriger, insbesondere in der Frage der bevorstehenden Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen. Ordnet man die Unterzeichner des Aufrufes – soweit bekannt – nach ihrer politischen Ausrichtung, so fanden sich dort Anhänger einer nationalen Mittelpartei, die von den bevorstehenden Gegebenheiten ausgehen wollten, aber auch Vertreter der Richtung, die unbedingt die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins anstreben wollten. Als Kandidaten in den neun schleswig-holsteinischen Wahlkreisen wurden insgesamt acht Kandidaten aufgestellt: vier Vertreter der nationalen Mittelpartei (Regierungsrat Kraus, Dr. Francke, Dr. Schleiden und Dr. von Warnstedt) und vier Vertreter der auf Selbständigkeit zielenden Richtung (Obergerichtsrat a. D. Otto Jensen, Pastor Schrader, Bokelmann-Müssen und Graf Eduard Baudissin).¹⁶

Gewählt wurden bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im Februar 1867 sieben schleswig-holsteinische Abgeordnete des „Zentralwahlkomitees“ (Francke, Baudissin, Warnstedt, Jensen, Schrader, Schleiden und Bokelmann-Müssen; zwei Wahlkreise gingen an dänische Vertreter).¹⁷ Um ihren politischen Einfluss im Reichstag zu vergrößern, schlossen sich die schleswig-holsteinischen Abgeordneten der „Bundesstaatlich-konstitutionellen Fraktion“ an, in der preußische Klerikale, Welfen und eben die Schleswig-Holsteiner vertreten waren.¹⁸

15 Text des Aufrufes mit allen Unterzeichnungen in: KiZ, Nr. 695, v. 10. 1. 1867. Es war offenkundig, dass sich hier die bürgerlichen Kräfte organisierten.

16 Reinhardt, Preußen, S. 46. – Der 9. schleswig-holsteinische Wahlkreis war fest in dänischer Hand.

17 Reinhardt, Preußen, S. 130.

18 KiZ, Nr. 752, v. 17. 3. 1867. – Programm der „Bundesstaatlich-konstitutionellen Fraktion“ bei: Salomon, Parteiprogramme, S. 86. – Allerdings schieden die Schleswig-Holsteiner bereits 1868 wieder aus der Fraktion aus, da deren Kurs allzu partikularistisch wurde. Siehe: Vitzthum, Linksliberale Politik, S. 40.

War das „Zentralwahlkomitee“ vom Dezember 1866 lediglich in Hinsicht auf die bevorstehenden Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag gebildet worden, so lag es im Zuge der parteipolitischen Entwicklung, dass sich nun die Parteien auch nach ihrer Programmatik differenzierten. Nach dem politischen Entwicklungsstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren das in Schleswig-Holstein die Konservativen, die Liberalen und – sich formierend – die Sozialisten mit jeweiligen Zwischenformen. Legt man die Programmatik des „Zentralwahlkomitees“ zugrunde, konnte es bei allen inneren Unterschieden nur um die Gründung einer liberalen Partei gehen.

Für den August 1867 waren Wahlen zum ersten vollgültigen Reichstag des Norddeutschen Bundes vorgesehen; es war also unabweisbar, sich nun auch parteipolitisch zu formieren. So beriefen die Kräfte des „Zentralwahlkomitees“ eine Delegiertenversammlung zum 21. Juli 1867 nach Neumünster ein, auf der die „Schleswig-Holsteinische Liberale Partei“ (SHLP) gegründet wurde. Das Programm, das in Neumünster beschlossen wurde, wies gegenüber dem Programm des „Zentralwahlkomitees“ vom Dezember 1866 einige wesentliche Unterschiede auf, die eher auf eine Verschiebung der Schwerpunkte hindeuteten und die das Kräfteverhältnis zwischen den Flügeln, die das „Zentralwahlkomitee“ gebildet hatten, veränderten. Der gesamtdeutsche Aspekt wurde sehr viel stärker betont, der Norddeutsche Bund sei lediglich der Ausgangspunkt. Im Inneren sollten Recht und Freiheit in liberalem Sinn verwirklicht werden, deren Grundsätze durch die Paulskirchenverfassung gegeben seien. Eine besondere Betonung von schleswig-holsteinischen Sonderrechten unterblieb, Schleswig-Holstein fügte sich hier offenbar ohne Vorbehalte in den Norddeutschen Bund und in das zu bildende Deutschland ein. Von einer Erbfolge der Augustenburger war überhaupt nicht mehr die Rede.¹⁹

Ein solches Programm, das von der gegebenen Tatsache der Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen ausging, konnte natürlich den Delegierten, die auf einer Selbständigkeit Schleswig-Holsteins bestehen wollten, nicht gefallen. Eine kleine Minderheit dieser Delegierten stimmte gegen eine Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen als eine Form des Protests, doch konnten sie sich damit nicht durchsetzen. Gleichwohl wurde deutlich, dass es innerhalb der eben gegründeten liberalen Partei Kräfte gab, die auf ein selbständiges Schleswig-Holstein hinstrebten, wie immer es auch durchzusetzen gewesen wäre, die sich aber im Juli 1867 noch der Mehrheit fügten.²⁰

Bei den Wahlen am 31. August 1867 fielen von den neun schleswig-holsteinischen Wahlkreisen acht an die SHLP; lediglich ein Wahlkreis wur-

19 Programm der SHLP: KiZ, Nr. 861, v. 28. 7. 1867.

20 Reinhardt, Preußen, S. 68-69. – Hagenah, Ahlmann, S. 263-264.

de von einem Vertreter der dänischen Seite gewonnen. Erneut waren die beiden Fraktionen der Liberalen etwa gleich vertreten; von der Seite der Gemäßigten Kraus, Francke, Schleiden, Lorenzen und Hänel, von der Seite der auf Selbständigkeit bestehenden Vertreter Jensen, Reeder und Graf Baudissin.²¹

Die Wahlen vom August 1867 zeigten noch einmal, dass das liberale Band zwischen den beiden Fraktionen vorerst hielt. Allerdings verstärkten sich die zentrifugalen Kräfte innerhalb der Partei zunehmend. Die Vertreter der gemäßigten Fraktion vor allem um den Kieler Staatsrechtler Albert Hänel und den Kieler Bankier Wilhelm Ahlmann nahmen die Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen nun als gegebene Tatsache hin, an der nichts mehr zu ändern sei. Sie standen zwar zu ihren Auffassungen, die sie bis 1864/66 gehabt hatten, doch diese Vergangenheit trat zurück gegenüber dem großen Ziel der deutschen Einheit in Freiheit.²² Ihnen gegenüber stand die auf eine schleswig-holsteinische Selbständigkeit drängende Fraktion, die jedes Zusammengehen mit Preußen, das als allzu zentralistisch-autoritär angesehen wurde, ablehnte. Wie allerdings eine schleswig-holsteinische Selbständigkeit unter den gegebenen Umständen zu erreichen war, blieb unklar.²³

Nachdem die SHLP im Juli 1867 gegründet worden war, scheint es notwendig zu sein, diese besondere regionale Form des Liberalismus zu kennzeichnen. Ziel der schleswig-holsteinischen Liberalen war die Gründung eines gesamten Deutschlands in Einheit und Freiheit unter Einschluss der süddeutschen Staaten, die ja bis 1871 noch außerhalb des Norddeutschen Bundes standen. Sogar Deutsch-Österreich sollte nicht gänzlich ausgeschlossen bleiben. In der Frage der zukünftigen Verfassung wollte man von der Verfassung des Norddeutschen Bundes ausgehen, die zwar nur als vorläufig bezeichnet wurde, doch sollte diese durch die Grundrechte von 1849 erweitert werden. Mit Blick auf den eben überstandenen Verfassungskonflikt und das bestehende konstitutionelle Herrschaftssystem forderten die Liberalen das volle und ungehinderte Budgetrecht der Volksvertretung und die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Parlament. Schließlich verlangten sie die Freiheit von Handel und Gewerbe und die Einführung von Schwurgerichten.²⁴

21 Reinhardt, Preußen, S. 69 u. S. 131. – Hauser, Provinz, S. 23.

22 Kennzeichnend für diese gemäßigte Haltung war die Schrift „Schleswig-Holsteins Verbindung mit dem Preussischen Staat“ (Kiel 1867) von Paul Johann Friedrich Boyesen.

23 Ausdruck der separatistischen Gesinnung war die Schrift „Schleswig-Holsteins Situation und Aufgabe in der Gegenwart“ (Kiel 1866) von Ludwig Schrader.

24 Zum Liberalismus insgesamt siehe Sheehan, Liberalismus u. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 63-91.

Noch also trat die SHLP als eine einheitliche Partei auf; das volle politisch-parlamentarische Gewicht – so war die Auffassung – könne nur in Einheit gewährleistet werden.

Vorbehalte und Differenzen

Dabei waren die inneren Vorbehalte und Differenzen zwischen den beiden Gruppen in der Partei von Anfang an unübersehbar gewesen. Bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes im Februar 1867 und bei den Wahlen zum ersten offiziellen Reichstag des Norddeutschen Bundes im August 1867 waren die unterschiedlichen Auffassungen zunächst noch dadurch überdeckt worden, dass die Wahlkreis-kandidaten zwischen den beiden Gruppierungen aufgeteilt worden waren.

Aber schon bei der Verabschiedung der Verfassung des Norddeutschen Bundes am 14. April 1867, die davon ausging, dass Schleswig-Holstein unveränderbar preußische Provinz war, kam es zu einem ersten offenen Gegensatz. Von den sechs anwesenden schleswig-holsteinischen Abgeordneten stimmten drei für die Verfassung (Schleiden, Francke, von Warnstedt), während drei Vertreter, die für die schleswig-holsteinische Selbständigkeit eintraten, gegen die Verfassung stimmten (Jensen, Schrader, Bokelmann-Müssen).²⁵ Diese letzteren drei Abgeordneten, zu denen auch noch Graf Baudissin trat, veröffentlichten Anfang Mai 1867 eine Schrift: „An unsere Wähler“, in der sie ihre Ablehnung der Verfassung begründeten. Ihr Hauptkritikpunkt war, dass die verabschiedete Verfassung in ihrer inneren Gestaltung in Hinsicht auf die bundesstaatliche Ordnung so gefasst war, dass die annektierten Gebiete – so auch Schleswig-Holstein – niemals wieder hätten selbständig werden können.²⁶

Der Kurs der Anerkennung der bestehenden Verhältnisse, die Erkenntnis, dass weitere Rechtsverwahrung und Proteste nutzlos seien und man sich bei der politischen Mitwirkung mit einem solchen Verhalten nur isoliere, setzte sich in der SHLP immer mehr durch.²⁷ Umso argwöhnischer beobachten daher die Anhänger der Selbständigkeit die Tätigkeit der liberalen Abgeordneten. Besonders das Verhalten des Kieler Staatsrechtsprofessors Albert Hänel, der im 7. Wahlkreis (Kiel-Neumünster-Rendsburg) für den Norddeutschen Reichstag kandidierte, gab für die Anhänger dieser Richtung Anlass zur Kritik. So richtete das Lokalwahlkomitee der liberalen Partei Rendsburg am 16. August 1867²⁸ einen Brief an Albert Hänel, in dem die Mitglieder des Komitees auf einige ihrer Meinung nach bestehende

25 Reinhardt, Preußen, S. 58.

26 SHLB, Signatur: SHg 227, Nr. 5.

27 Reinhardt, Preußen, S. 68-69.

28 Die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag sollten am 31. August 1867 stattfinden.

Unklarheiten des Hänel'schen Wahlprogramms hinwies und ihm folgende Fragen stellte: 1. Stehen Sie noch auf dem Boden des schleswig-holsteinischen Landesrechts? Und: 2. Würden Sie einer Rechtsverwahrung gegen die Einverleibung Schleswig-Holsteins unbedingt beitreten, wenn eine solche auch nur von einem der schleswig-holsteinischen Abgeordneten im Norddeutschen Reichstag erhoben werden sollte.²⁹ Es war der ganz offenbare Versuch, Hänel auf das Selbständigkeitsprogramm festzulegen.

Hänel antwortete dem Lokalwahlkomitee Rendsburg in einem längeren Schreiben am 21. August 1867 – also noch vor den Reichstagswahlen. Er wies darauf hin, dass für ihn das liberale Parteiprogramm von Neumünster (21. Juli 1867) maßgebend sei. Wenn die Rendsburger darin Unklarheiten oder gar Lücken entdeckt hätten, hätten sie dies rechtzeitig anmerken müssen. Auf die beiden Fragen eingehend, beantwortete er die erste Frage mit: Ja, fuhr aber dann fort: Es sei nach der Entwicklung seit der Jahreswende 1866/67 wenig sinnvoll, die Rechtsfrage in Bezug auf das schleswig-holsteinische Landesrecht zu stellen; zumindest sei es ohne Aussicht auf Erfolg, da politisch nicht durchsetzbar.

Auf die zweite Frage bemerkte er, dass, nachdem die norddeutsche Verfassung ohne Protest der Schleswig-Holsteiner verabschiedet worden sei, ein nachträglicher Protest unsinnig und politisch völlig aussichtslos sei. Und er schloss seinen Brief mit dem Bekenntnis, dass die Schleswig-Holsteiner sich in den Parlamenten nicht verweigern dürften, sondern an allen Bestrebungen mitwirken sollten, die das Recht, die Freiheit und die Einheit des deutschen Volkes zum Ziele hätten. Er beantwortete die zweite an ihn gerichtete Frage daher mit einem klaren: Nein.³⁰

Dieser Briefwechsel machte deutlich, dass das spannungsreiche Gegenüber der beiden Richtungen in der SHLP – Anpassung an die Gegebenheiten oder andauernde Beharrung auf Selbständigkeit – weiter bestand, ohne dass dies in die offiziellen Parteiprogramme eingeflossen wäre. Die Führung der liberalen Partei wusste wohl auch, dass es solche Strömungen gab, verstand es aber zunächst, sie in der praktischen politischen Arbeit zu neutralisieren.

Diese Spannungen zwischen den beiden Flügeln der Partei verstärkten sich allerdings noch, als die Parteiführung um Albert Hänel und Wilhelm Ahlmann einen immer ausgeprägteren „preußischen“ Kurs steuerte und die „Landesrechte“ lediglich als historische Erinnerung ansehen wollte. Vor allem auf dem linken Flügel der Partei, wo eher volksgemeinschaftliche Ideen denn liberale Prinzipien vertreten wurden, nahm die Trennungsbereitschaft zu. Am 21. Juni 1868 trafen sich in Neumünster etwa dreißig Personen, die zuvor sorgsam nach ihren bisherigen Äußerungen

²⁹ Text des Schreibens abgedruckt bei Kiehl, Hänel, Anlagen, S. 19-23.

³⁰ KiZ, Nr. 1731, v. 3. 6. 1870. – Kiehl, Hänel, Anlagen, S. 19-23.

ausgewählt worden waren. Die Leitung des Treffens hatten Graf Eduard Baudissin und Neergaard-Rendsburg übernommen, die auch einen Programmwurf geliefert hatten. Gegründet wurde auf dieser Sitzung die „Deutsche Volkspartei Schleswig-Holstein“ (DVP Schleswig-Holstein), die sich ähnlichen Parteigründungen in Deutschland anschließen wollte. Das Programm war stark demokratisch ausgerichtet (allgemeines gleiches Wahlrecht für alle) und nahm die Lösung der Arbeiterfrage als besonderen Punkt auf. Die immer noch bestehenden Selbständigkeitsbestrebungen lauteten jetzt: Das Recht der Selbstbestimmung jeden Volkes und jeden Stammes sowie das Recht der Selbstverwaltung.³¹ Versuche der DVP Schleswig-Holstein, hinsichtlich der Lösung der Arbeiterfrage mit dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (Lassalle) Verbindung aufzunehmen, scheiterten jedoch, da der Arbeiterverein die DVP Schleswig-Holstein als kleinbürgerlich und zu partikularistisch ansah. Als Folge näherte sich die DVP Schleswig-Holstein wieder an die SHLP an, indem man bei Angelegenheiten, bei denen man übereinstimmte, durchaus zusammenarbeiten wollte.³²

Diese Vorgänge um die Gründung der DVP Schleswig-Holstein zeigten, dass die Selbständigkeitsbestrebungen in Schleswig-Holstein durchaus auch nach zwei Jahren noch weiterbestanden. Im Falle der DVP Schleswig-Holstein blieb es nicht nur bei abweichenden Meinungen bei weiterem Verbleib in der Gesamtpartei, sondern die Differenzen führten zur Trennung. Es war wie schon häufiger bei den Liberalen, dass die jeweils eigene politische Auffassung über den Kompromiss aus Parteiloyalität gestellt wurde.

Die Spaltung

Unverändert aber gab es für die schleswig-holsteinischen Liberalen das Grundproblem, dass sie mit ihren Abgeordneten im Preußischen Landtag und im Reichstag des Norddeutschen Bundes über eine zu geringe Zahl von Mandaten verfügten, um nachhaltig schleswig-holsteinische Interessen geltend zu machen. Man hatte sich daher parlamentarischen Sammelgruppierungen angeschlossen, die keiner der großen Parteien angehörten – zunächst der „Bundesstaatlich-konstitutionellen Fraktion“, dann anderen ähnlichen Gruppierungen. Als daher die Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes und des Preußischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1870 anstanden, stellte sich das Problem einer stärkeren parlamentarischen Einflussnahme und damit eines möglichen Bündnispartners erneut. Unter

31 Ausführlicher Bericht über die Gründungsversammlung am 21. 6. 1868 in Neumünster in: KiZ, Nr. 1136, v. 23. 6. 1868.

32 Reinhardt, Preußen, S. 73. – Kiehl, Hänel, S. 172-175.

den im Reichstag vertretenen Parteien kam dafür eigentlich nur die Deutsche Fortschrittspartei in Frage.³³

Schon Mitte März 1870 deutete die SHLP an, dass sie die Nähe zur Fortschrittspartei suche, wollte sich aber noch nicht festlegen, bevor nicht die für Anfang April 1870 geplante Generalversammlung des Wahlvereins der Fortschrittspartei stattgefunden habe und deren Programm festgelegt sei. Die schleswig-holsteinischen Liberalen erklärten jedoch bereits jetzt, dass sie jede schleswig-holsteinische Separatpolitik in deutschen Angelegenheiten ablehnten und eine konstitutionelle Entwicklung im Innern anstreben wollten.³⁴

In der SHLP hatte sich inzwischen das politische Programm der Parteiführung Hänel/Ahlmann weitgehend durchgesetzt: Im Fokus standen dabei die Hinwendung zu Preußen, die Bejahung des Norddeutschen Bundes, die Akzeptanz der Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen und der Kampf für Recht und Freiheit. Als die Deutsche Fortschrittspartei Anfang April 1870 ihr Wahlprogramm bekannt gab, äußerte die SHLP deutliche Zustimmung,³⁵ und Ende April erklärte sie, dass sie in Zukunft mit der Fortschrittspartei zusammengehen wolle.

Am 15. Mai 1870 trafen sich die Vertrauensmänner der SHLP in Neumünster, um das Programm für die kommenden Wahlen festzulegen. Oberstes Ziel sollte die Einigung des Nordens und des Südens Deutschlands in der Form eines Bundesstaates sein. Ferner wurde das gleiche Recht für alle, vor allem bei den Wahlen, verlangt. Und schließlich wurde die Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz angemahnt. Es schlossen sich noch einige schleswig-holsteinische Sonderforderungen an, die die Selbstverwaltung in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Lebens zum Ziele hatten.³⁶ Von einem selbständigen Schleswig-Holstein war nicht mehr die Rede, doch nahm man noch einmal erinnernd auf den Kampf um die Landesrechte Bezug.

Hänel gelang es in den anschließenden Verhandlungen mit der Fortschrittspartei, für die Zusage des Beitritts der schleswig-holsteinischen Abgeordneten zur Landtags- und Reichstagsfraktion der Fortschrittspartei einige Sonderrechte auszuhandeln. Die Partei konnte für ihren Landesverband einen eigenen Namen führen und nannte sich jetzt „Liberale Partei in

33 Zur Fortschrittspartei siehe: Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 292, u. Bd. 4, S. 75-79. – Vitzthum, Linksliberale Politik, S. 52-57.

34 KiZ, Nr. 1671, v. 20. 3. 1870.

35 KiZ, Nr. 1690, v. 12. 4. 1870. – Wahlauf Ruf der Fortschrittspartei vom 8. April 1870 bei: Salomon, Parteiprogramme, S. 104-106.

36 Programm der SHLP in: KiZ, Nr. 1717, v. 17. 5. 1870.

Schleswig-Holstein“, schloss aber den Zusatz „Fortschrittspartei“ an, um auf die feste Verbindung hinzuweisen (LPSH/F).³⁷

Deutete dies alles auf ein reibungsloses Zusammengehen mit der Fortschrittspartei hin, so war der Anschluss an diese Partei in der Fraktion der „Selbständigen“ äußerst umstritten. Die Fortschrittspartei hatte im Landtag Ende 1866 dem Annexionsgesetz zugestimmt, und auch in den folgenden programmatischen Äußerungen der Partei wurde die Annexion niemals in Frage gestellt. Auch in dem Programm der schleswig-holsteinischen Liberalen vom 15. Mai 1870 war zwar von viel Selbstverwaltung die Rede, nicht aber von einer Rückgängigmachung der Annexion.

In den Diskussionen über das Wahlprogramm der schleswig-holsteinischen Liberalen stellten nun die Vertreter der Selbständigkeitsfraktion den Antrag, im Rahmen der zukünftigen bundesstaatlichen Organisation Deutschlands darauf hinzuwirken, die Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen rückgängig zu machen. Bei den angefügten schleswig-holsteinischen Sonderbestimmungen wurde zudem verlangt, dass das schleswig-holsteinische Landesrecht als Grundlage der Unabhängigkeit wiederhergestellt werden sollte. Beide Anträge wurden abgelehnt, doch wurde in der Frage des Landesrechts eine erinnernde Bemerkung eingefügt.³⁸ Die beiden Mitglieder, die nachdrücklich Einspruch gegen das liberale Wahlprogramm einlegten und sich für den Widerstand gegen die Annexion aussprachen, waren der Redakteur der „Itzehoer Nachrichten“, Dr. Bernhard Endrulat, und Obergerichtsrat a. D. Otto Jensen.

Schon der sich anbahnende Anschluss der schleswig-holsteinischen Liberalen an die Fortschrittspartei war für die Fraktion der Selbständigen Anlass gewesen, eine ausgedehnte Polemik gegen diesen Kurs der Parteiführung zu entfachen. Dieser Streit wurde insbesondere durch je eigene Presseorgane ausgetragen. Die Parteiführung um Hänel und Ahlmann nutzte für sich die „Kieler Zeitung“, während die Anhänger der Selbständigkeit sich in den „Itzehoer Nachrichten“ artikulierten. Im Laufe des April und Mai 1870 äußerten sich die beiden Fraktionen in den ihnen anhängenden Zeitungen in steter Rede und Gegenrede.³⁹ Mitte Mai 1870 hieß es in einer Zuschrift an die „Itzehoer Nachrichten“, die mit „Ein Schleswig-Holsteiner“ unterzeichnet war: „Die Mitglieder der liberalen Landespartei (SHLP, P. W.) haben Schleswig-Holsteiner, deutsche Schleswig-Holsteiner sein und bleiben wollen, haben trotz Eroberungspolitik und Annexion keine Preußen werden wollen, das ist in Wahrheit der Grundgedanke, der un-

³⁷ Reinhardt, Preußen, S. 124-125. – Vitzthum, Linksliberale Politik, S. 52-53. – Kiehl, Hänel, S. 194-197 u. S. 199-202.

³⁸ KiZ, Nr. 1717, v. 17. 5. 1870. – Kiehl, Hänel, S. 196-199.

³⁹ Siehe dazu die Artikel in den „Itzehoer Nachrichten“ Nr. 46, v. 21. 4. 1870, Nr. 47, v. 23. 4. 1870, Nr. 49, v. 28. 4. 1870, Nr. 53, v. 7. 5. 1870, Nr. 55, v. 14. 5. 1870 u. Nr. 56, v. 17. 5. 1870.

erschütterliche Wille, der in unserem Volke lebt und webt.“ Zum Schluss hieß es: „Unser Volk will mit der Preußischen Fortschrittspartei, die für die Annexionen gestimmt hat und an denselben festhält, nicht Hand in Hand gehen.“⁴⁰ Und am 4. Juni 1870 erschien in den „Itzehoer Nachrichten“ ein Brief in niederdeutscher Sprache von „een ohlen Buurn“, der dazu aufforderte, am alten Landesrecht festzuhalten.⁴¹

Offenbar hatten die Anhänger der Selbständigkeit im April und Mai 1870 ihren Rückhalt im Kreise der schleswig-holsteinischen Liberalen geprüft und waren angesichts der inneren Gegensätze in der Partei zu der Auffassung gelangt, dass die Unzufriedenheit oder gar der Zorn über den Kurs der Parteiführung und das Zusammengehen mit der Fortschrittspartei so groß sei, dass sich jetzt die Notwendigkeit ergebe, eine eigene Partei zu gründen. So richteten unter dem Datum des 24. Mai 1870 Bernhard Endrulat und Otto Jensen, die Abweichler auf dem Parteitag in Neumünster, einen Brief an die Mitglieder der liberalen Partei, in dem sie zur Gründung einer neuen Partei aufriefen.

Ihr Vorwurf lautete, dass der Vorstand um Hänel und Ahlmann die schleswig-holsteinischen Sonderforderungen des Programms allzu sehr vom „preußisch-provinziellen Gesichtspunkt“ her gesehen habe. Die Bildung eines deutschen Bundesstaates, in dem Schleswig-Holstein ein Glied werden solle, sei aber unmöglich, so lange die Annexion Schleswig-Holsteins aufrechterhalten werde. Die Mehrheit der Bevölkerung, so wurde argumentiert, hänge an dem alten Landesrecht, das sie bewahrt wissen wolle. Durch das Zusammengehen mit der Fortschrittspartei werfe man sich in die Arme Preußens. Man wolle selbst keine Partei gründen, die eine neue Schattierung des Liberalismus vertrete, sondern Ziel sei vielmehr „das treue Festhalten am schleswig-holsteinischen Landesrecht“. Alle, die diesem Programm zustimmten, sollten innerhalb von acht Tagen brieflich ihre Zustimmung geben.⁴²

Die Reaktion auf dieses Einladungsschreiben war so ermutigend, dass Endrulat und Jensen zum 12. Juni 1870 zu einer Versammlung nach Neumünster einluden, auf der die „Deutsch-Schleswig-Holsteinische Partei“ (DSHP) gegründet wurde. Es wurde ein Programm verabschiedet, das die Entwicklung Deutschlands zum Bundesstaat forderte, in dem Schleswig-Holstein als selbständiges Glied Mitglied werden sollte. Grundlage sollte das Landesrecht sein, und daher sollte die preußische Annexion auf gesetzlichem Wege wieder aufgehoben werden. Scharf wandte man sich gegen den preußischen Militärstaat und verlangte die Entwicklung zum „Kultur-

40 Itzehoer Nachrichten, Nr. 57, v. 19. 5. 1870.

41 Itzehoer Nachrichten, Nr. 65, v. 4. 6. 1870. – Siehe dazu auch die Einleitung dieses Aufsatzes.

42 Einladungsschreiben Endrulat u. Jensen vom 24. Mai 1870 (SHLB Signatur: SH 51, Nr. 10).

staat“. In Hinsicht auf eine Zusammenarbeit mit der „Deutschen Volkspartei“ wurden Ermäßigungen in der Steuerbelastung der unteren Schichten gefordert. Sollten sich genügend viele Unterstützer für dieses Programm finden, werde man den entsprechenden Wahlverein gründen. Es folgte eine Reihe von Unterschriften, darunter Endrulat und Jensen, aber auch Baudissin und Neergaard von der Volkspartei.⁴³

An den folgenden Tagen fanden sich in den „Itzehoer Nachrichten“ umfangreiche Listen mit Personen aus allen Teilen des Landes, die dem Programm der „Deutsch-Schleswig-Holsteinischen Partei“ zustimmten. Gliedert man diese Unterstützer nach ihrer sozialen Herkunft, soweit entsprechend Angaben genannt waren, handelte es sich vor allem um mittelständische Kreise wie Hofbesitzer, Hufner, Handwerker und Kaufleute. Mit dem Programmpunkt „Steuerliche Entlastung der unteren Schichten“ zielte die Partei aber sicherlich auch auf kleinbürgerliche Kreise und auf die Arbeiterschaft, doch lässt sich dies aus den Unterschriften nicht ablesen.⁴⁴ Der schleswig-holsteinische Adel fehlte bei diesen Unterschriften wiederum völlig.

Bei den folgenden Reichstagswahlen im jetzt vereinigten Deutschland entstand nun für die LPSH/F eine neue Situation. Sie musste sich zunächst auf die Abspaltung der DSHP einstellen, sie musste in ihrer Politik aber auch die andere liberale Partei berücksichtigen, die Nationalliberalen, die ihren Rückhalt in der Provinz steigern konnten. Das Problem mit der DSHP wurde dadurch gelöst, dass die LPSH/F bei den Reichstagswahlen ein festes Bündnis mit der DSHP einging, die ja durchaus liberal war, aber für Schleswig-Holstein die Selbständigkeit forderte. Bei den Reichstagswahlen 1871 erreichten die Liberalen sieben von den zehn schleswig-holsteinischen Wahlkreisen, während zwei an die Nationalliberalen gingen (Flensburg/Apenrade u. Lauenburg) und einer an die Dänen (Hadersleben/Sonderburg).⁴⁵

Für die Parteiführung der LPSH/F folgte daraus eine schwierige politische Gratwanderung: Einmal musste sie sich im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus nachdrücklich für Schleswig-Holstein einsetzen, um möglichst viele Anhänger der DSHP wieder zu den Liberalen zurückzuführen. Zum anderen musste sie aber auch jeden Anschein vermeiden, die Selbständigkeitsschlachten von gestern erneut schlagen zu wollen. Und drittens musste sie die Entwicklung der Nationalliberalen im Auge behalten, zu denen die Unterschiede nicht allzu groß werden durften. Oberstes

43 Bericht der Versammlung in Neumünster: Itzehoer Nachrichten, Nr. 66, v. 14. 6. 1870. – Das Programm in: Itzehoer Nachrichten, Nr. 67, v. 16. 6. 1870. – Auch bei: Kiehl, Hänel, Anlagen, S. 48-51.

44 Unterschriftenlisten in: Itzehoer Nachrichten, Nr. 69, v. 21. 6. 1870, Nr. 72, v. 28. 6. 1870 u. Nr. 75, v. 5. 7. 1870.

45 Schultz-Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 464.

Ziel war auf lange Sicht nämlich die Vereinigung aller Liberalen in einer einzigen Partei. Die aufkommenden Sozialdemokraten (Lassalleaner) und die Konservativen wurden zwar bereits wahrgenommen, galten aber noch nicht als Bedrohung. Schon bei den Landtagswahlen des Jahres 1873 war die Einheit von LPSH/F und DSHP aber wieder verloren, da sich die DSHP erneut für eine schleswig-holsteinische Selbständigkeit aussprach und dies zudem an eine Entscheidung einer schleswig-holsteinischen Landesversammlung binden wollte.⁴⁶ Das war für die LPSH/F unannehmbar.

Wie illusorisch das immer wieder angemahnte Selbständigkeitsstreben der DSHP war, zeigte sich spätestens bei den Reichstagswahlen 1874, als die Partei – jetzt allein agierend – keinen Sitz bekam. Es wurde offenbar, dass das Selbständigkeitsstreben bestimmter Kreise in Schleswig-Holstein angesichts der nationalen Entwicklung und des Fortschritts der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz nicht mehr zeitgemäß war. Am 1. Juli 1877 beschloss der Restvorstand der DSHP, sich in Zukunft ebenfalls an die Fortschrittspartei anzuschließen – also an die LPSH/F Hänel und Ahlmanns. Dies sollte allerdings nicht plötzlich und öffentlich geschehen, sondern nur nach und nach.⁴⁷

Damit waren die Spaltungstendenzen innerhalb des schleswig-holsteinischen Liberalismus beendet. Aber der Liberalismus hatte sich zukünftig auf neue, ganz andere Herausforderungen einzustellen.

Zusammenfassung

Schleswig-Holstein war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts geradezu eine „Hochburg“ des Liberalismus (Rudolf Heberle) – zunächst des Linksliberalismus, dann auch anderer liberaler Richtungen. Konservative und Sozialdemokraten konnten nur in einzelnen Wahlkreisen gewinnen – die Konservativen in den Gebieten des Gutsbesitzes, die Sozialdemokraten in den städtischen Wahlbezirken von Kiel und Altona.⁴⁸ Das ist angesichts der sozialökonomischen Verhältnisse im Lande erstaunlich und führt zu der Frage, warum der schleswig-holsteinische Liberalismus in den ersten Jahren nach der Eingliederung in Preußen einen so starken Rückhalt hatte.

Da ist zunächst auf die liberal-demokratischen Traditionen der Bewegung von 1848 und das dort verabschiedete Staatsgrundgesetz zu verweisen. Diese Ereignisse hatten im politischen und kulturellen Gedächtnis des

⁴⁶ Kiehl, Hänel, S. 238-239.

⁴⁷ Kiehl, Hänel, S. 291 u. Anhang, S. 50.

⁴⁸ Dabei gab es allerdings gewisse Abweichungen. Bei den Reichstagswahlen 1874 gewannen die Sozialdemokraten auch den Wahlkreis Oldenburg-Segeberg-Plön und von 1890 bis 1903 auch den Wahlkreis Pinneberg. Schultz-Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 464.

Landes tiefe Spuren hinterlassen, die durch die dänische Zeit von 1852 bis 1864 durchaus nicht eingeebnet worden waren. Als die dänische Herrschaft 1864 beendet worden war, strebten die politisch Interessierten und Verantwortlichen daher danach, an die Ereignisse und den Status von 1848 anzuschließen. Das aber waren liberale Auffassungen. Als steter Bezug in den ersten programmatischen Äußerungen von 1864 bis 1866 erscheint daher immer wieder: Anschluss an das Staatsgrundgesetz von 1848. Diese Tradition, die Erinnerung an 1848 – getragen durch die Schleswig-Holsteinischen Vereine und Kampfgenossen – war eine Grundlage des sehr starken schleswig-holsteinischen Liberalismus.

Ein ganz wichtiges Element der politischen Entwicklung in Schleswig-Holstein von 1865/66 bis etwa Mitte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts war überdies das Verhältnis zu Preußen. Ungeachtet aller Diskussionen der einzelnen Richtungen in ihrem Verhältnis zu Preußen scheint es in Schleswig-Holstein insgesamt eine langandauernde stark antigouvernementale Tradition gegeben zu haben, die auf die Ablösung von Preußen und auf die territoriale bzw. staatliche Selbständigkeit gerichtet war. Zunächst richtete sich dieses Verhalten bis 1864 gegen die dänische Herrschaft, dann – seit 1866/67 – gegen die preußische Herrschaft. Erst nach und nach wurden – vor dem Hintergrund der nationalen Einigung unter Preußens Führung und angesichts der positiven sozialökonomischen Entwicklung für die Provinz – die Vorbehalte gegenüber Preußen immer geringer. Das Ende der „Deutsch-Schleswig-Holsteinischen Partei“ im Jahre 1877, die noch das Streben nach Selbständigkeit in ihrem politischen Programm geführt hatte, war ein deutliches Zeichen.

Damit in Zusammenhang stand auch das Verhältnis zu den Augustenburgern. In den ersten programmatischen Äußerungen seit 1866/67, als die Eingliederung in Preußen immer sicherer wurde, wurde stets eine wie auch immer geartete Selbständigkeit unter den Augustenburgern propagiert. Unter den konstitutionellen Verhältnissen des 19. Jahrhunderts war nur eine Selbständigkeit unter einer Dynastie denkbar. Ohne Zweifel gab es in Schleswig-Holstein und sogar in ganz Deutschland eine breite augustenburgische Bewegung,⁴⁹ aber schon in dem Aufruf des Zentralwahlkomitees von Neumünster vom Dezember 1866 und in dem Parteiprogramm der Liberalen Partei vom Juli 1867 fehlt jeder Hinweis auf die Augustenburger. Diese mochten in möglicherweise bestehenden dynastisch bestimmten Kreisen und in der Öffentlichkeit noch eine Rolle spielen, eine politische Bedeutung hatten sie nicht. Viel eher dienten sie als Symbol für die erstrebte Selbständigkeit.

Betrachtet man den Gesamtzusammenhang von 1866/67 bis Mitte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts wird offenbar, dass der schleswig-

49 Daebel, Schleswig-Holstein-Bewegung.

holsteinische Liberalismus im Laufe der Jahre preußisch „durchwirkt“ wurde. Die Ereignisse von 1848/49 wurden in das historisch-politische Gedächtnis abgesenkt, sie spielten aber in der aktuellen Politik keine Rolle mehr. Die Eingliederung in Preußen war endgültig und unumkehrbar geworden.

Quellen und Darstellungen

Gedruckte Quellen

- Itzehoer Nachrichten, Jahrgänge 1867-1870.
 Kieler Zeitung [KiZ], Jahrgänge 1867-1870.
 Bergas, Julius: Beleuchtung der zweiundzwanzig Beschwerdepunkte der sogenannten Schleswig-Holsteinischen Landespartei. Schleswig 1873.
 Boysen, Paul Johann Friedrich: Schleswig-Holsteins Verbindung mit dem Preußischen Staat. Kiel 1867.
 Endrulat, Bernhard / Jensen, Otto: Einladungsschreiben vom 24. Mai 1870 (Signatur SHLB, SH 51, Nr. 10).
 Schrader, Ludwig: Schleswig-Holsteins Situation und Aufgabe in der Gegenwart. Kiel 1866.

Darstellungen

- Daebel, Joachim: Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64. Diss. Phil., Köln 1969.
 Hagenah, Hermann: Wilhelm Ahlmann. Das Lebensbild eines Schleswig-Holsteiners, ohne Ort 1930.
 Ders.: 1863. Die nationale Bewegung in Schleswig-Holstein. In: ZSHG 56 I (1926), S. 271-396.
 Hauser, Oswald: Provinz im Königreich Preußen. In: Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 8, 1. Lieferung. Neumünster 1966.
 Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Stuttgart 1963 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6).
 Hector, Kurt: Die politischen Ideen und Parteibildungen in den schleswigschen und holsteinischen Ständeversammlungen 1836-1846. Neumünster 1938 (QuFGSH, 20).
 Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3 u. Bd. 4. Stuttgart 1963 bzw. 1969.
 Ders.: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1986.
 Jellinek, Walter: Albert Hänel und Schleswig-Holstein. In: ZSHG 49 (1919), S. 344-355.
 Kiehl, Hans-Georg Hermann: Albert Hänel und der Linkliberalismus im Reichstagswahlkreis Kiel-Rendsburg-Plön. Diss.Phil. Maschr., Kiel 1966.
 Meyersahm, Hans: Die ersten Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein 1867 als Ausdruck der politischen Gesinnung. Kiel 1942.
 Reinhardt, Georg: Preußen im Spiegel der öffentlichen Meinung Schleswig-Holsteins 1866-1870. Neumünster 1954 (QuFGSH, 29).
 Röhrich, Wilfried: Albert Hänel. In: Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon, Bd. 4, Neumünster 1976, S. 76-79.

Goethe an der Kieler Universität: von Eugen Wolff zu Friedrich Wolters

Ein Beitrag zur Geistesgeschichte Schleswig-Holsteins

von 1890 bis 1930

Von *Christian Tilitzki*

Auf Johann Wolfgang von Goethe, den „Rheinländer“, habe Norddeutschland, abgesehen vom Harz, „keine Anziehungskraft“ ausgeübt, stellt ein früher Biograph des Dichters lakonisch fest.¹ Zu einer Reise in die Herzogtümer Schleswig und Holstein konnte er sich selbst in den 1790ern nicht entschließen, als in Emkendorf und Eutin Freunde wie der Philosoph Friedrich Heinrich Jacobi oder Verwandte wie der Schwager Johann Georg Schlosser ihn liebend gern als Gast aufgenommen hätten.²

Auch in der Geschichte der Goethe-Rezeption scheint der äußerste Norden des deutschen Kulturraums eine kaum erwähnenswerte Rolle gespielt zu haben. Jedenfalls bleiben die Herzogtümer in Karl Robert Mandelkows rezeptionshistorischem Standardwerk „Goethe in Deutschland“ ein weißer Fleck,³ während Horst Joachim Frank aus der regionalen Per-

1 Witkowski, Goethe, 1899, S. 123; ders., Goethe, 1912, S. 187.

2 Dank dieser dünnen Fäden nach Norden ist Goethe als Randfigur der schleswig-holsteinischen Geistesgeschichte berücksichtigt von Brandt, Geistesleben und Politik 1925 (2., verbesserte Aufl. Kiel 1927), siehe Register. Vgl. auch Detlev W. Schumanns in Nordelbingen 42. 1973 – 50. 1981 veröffentlichte Aufsatzreihe über Goethes Verbindungen zu „Nordelbingen und Nordelbiern“, insbesondere: Der Emkendorfer Kreis. Zu den Eutiner Beziehungen Goethes vgl. Schubert-Riese, Leben, S. 93-101. Ferner Plath-Langheinrich, Goethe. Auf eine indirekte Verbindung zwischen Weimar und Schleswig weist eine Biographie der Schwiegertochter Goethes hin: Rahmeyer, Otilie. Otilies jüngere Schwester, Ulrike von Pogwisch, lebte seit 1859 im Damenstift des Klosters St. Johannes vor Schleswig und war 1864 zur Priörin gewählt worden. Zur feierlichen Aufnahme als Konventualin begleitete sie 1859 Goethes Enkel Walther, den Winter 1867/68 verbrachte dann Otilie selbst an der Schlei.

3 Erst für die Zeit nach 1945 weist die maßgebliche Rezeptionsgeschichte Richtung Schleswig-Holstein und auf den 1957 von Münster nach Kiel berufenen Literaturhistoriker Erich Trunz, der seit 1948 die „Hamburger Ausgabe“ der Werke Goethes herausgegeben und der sich „besondere Verdienste um [dessen] interpretatorische Erschließung“ erworben habe und dessen „Faust“-Kommentar mit einer Auflage von 270.000 Exemplaren (1986) zum „Erfolgsbuch par excellence der neueren Goethephilologie“ avanciert sei, nicht zuletzt deshalb, weil es den „Elementarhorizont“ der Dichtung neu abgesteckt und ihren Schwerpunkt nicht mehr im Gesellschaft-

spektive seiner Literaturgeschichte Schleswig-Holsteins lediglich ein Referat von Detlev W. Schumanns Spurensuche zu Goethes nordelbischen Kontakten bietet.⁴

Die allein sinnvolle mikrologische Durchleuchtung des vielgestaltigen Rezeptionsprozesses eröffnet dem Landeshistoriker somit eine abschreckende Terra incognita. Denn weder ist ihm eine Anlehnung an eine Bildungsgeschichte der Provinz, noch an eine solche ihres geistigen Mittelpunkts, der Stadt Kiel und ihrer Universität, möglich. Schon die Darstellung der Präsenz von Goethes Oeuvre im Deutschunterricht der höheren Schulen Schleswig-Holsteins, selbst für relativ kurze, überschaubare Zeiträume wie die beiden ersten preußischen Jahrzehnte nach 1867⁵ oder die Ära der Weimarer Republik, würde den Rahmen eines Aufsatzes sprengen. Darum ist im Folgenden allein die Goethe-Rezeption an der Kieler Landesuniversität zu behandeln. Im Mittelpunkt steht dabei der „politische Goethe“, der Minister im Herzogtum Sachsen-Weimar, der Zeitgenosse der Französischen Revolution und der Bewunderer Napoleons, der 1813/14, so die heiß umstrittene Legende, dem Befreiungskrieg der Deutschen seine publizistische Unterstützung versagte, weil er von einem gewaltsam erzwungenen Wandel äußerer Verhältnisse keine ihm vordringlich wünschenswerten Verbesserungen der geistig-kulturellen Verfassung des Volkes erwartete. Welche Funktion erfüllte der „politische Goethe“ in den sinnstiftenden öffentlichen Diskursen seiner akademischen Rezipienten, wenn sie zwischen 1890 und 1930 als Repräsentanten oder Opponenten des Zeitgeistes agierten?

Diese Untersuchung der Goethe-Rezeption, der Formen und des Wandels ihrer aktualisierenden Instrumentalisierung, ist aufgrund des von der Kieler Universitätshistoriographie bisher auffallend vernachlässigten „langen 19. Jahrhunderts“⁶ nur ein erster Versuch, um den Einfluss von Professoren der Christiana Albertina auf die öffentliche Meinung zu bestimmen, den sie während der wilhelminischen Epoche durch wissenschaftsinterne und -externe Kommunikation weltanschaulicher wie unmittelbar politischer Sinnvermittlung ausübten. Welches Ausmaß dieses Engagement erreichen konnte, mag ein Briefzitat des seit 1884 in Kiel lehrenden Philosophen Gustav Glogau illustrieren. Der Ordinarius, Bismarckianer und Goethe-Verehrer, der um 1890 ein privates „Goethe-Kränzchen“ ins Leben ge-

lich-Politischen sondern im Religiösen gefunden habe; vgl. Mandelkow, Goethe, Bd. 2, S. 172 f. u. S. 198 f.

4 Vgl. Frank, Literatur, S. 452 ff. u. S. 680 ff.

5 Zur „Borussifizierung“ des gymnasialen Geschichtsunterrichts und des Geschichtsbewusstseins von Schülern und Studenten zwischen 1866 und 1889 bisher nur die Untersuchung von Jahnke, Borussifizierung.

6 Auge/Göllnitz, Christian-Albrechts-Universität, S. 51.

rufen hatte,⁷ rühmte sich seiner Beteiligung „in städtischen und sonstigen öffentlichen Angelegenheiten“, in denen er „ununterbrochen tätig“ sei, mit dem Verweis auf das Vorbild des Dichters, er stünde dabei „so ganz in Goethe'scher Anschauung“.⁸

Eine Identifikation, die sich indes keineswegs auf jenen bedauerlichen „kosmopolitischen Zug“ in Goethes Denken erstreckte, der das „eigene Volkstum gelegentlich nur als Einzelheit unter vielen“ habe gelten lassen wollen, um alles dem Individuum und seiner persönlichen Bildung unterzuordnen. Was Glogau damit entschuldigte, dass in den deutschen „zerütteten politischen Verhältnissen“ um 1800 kein „einheitlicher Nationalgeist“ gedieh, so dass die Generation Goethes zwangsläufig in realitätsferne, „idealistische“ Vorstellungen wie den Kosmopolitismus ausgewichen sei. Trotzdem wäre es töricht, Goethe, dem ja nicht die „politische Aufgabe eines Staatsmannes“ zugefallen sei – die Tätigkeit als Weimarer Minister ignoriert Glogaus Apologie hier gänzlich – „seine praktische Zurückhaltung zum Vorwurfe zu machen“.⁹ Vielmehr erweise sich der vermeintliche Nachteil Deutschlands gegenüber Frankreich an Goethes Beispiel als Vorteil. Dort habe die revolutionäre Verwirklichung demokratischer Ideale 1789 zu einem „plötzlichen Umschwung aller Verhältnisse des Lebens“ geführt, mit der Folge „dauernde[r] Unruhe“, wie sie Frankreichs Innen- und Außenpolitik kennzeichne. In den deutschen Staaten hingegen luden die politischen und sozioökonomischen Zustände nicht zur revolutionären Umsetzung der „hehre[n] Idealwelt Goethe's“ ein. Geist und Macht blieben daher streng getrennt, und die Politik „Männern der That“ vorbehalten, die reformierten statt revolutionierten. Mit Erfolg, wie „Preußens nüchterne politisch-soziale Entwicklung“ bewiesen habe.¹⁰

Seit 1885 Mitglied der Konservativen Partei, war Glogau Vorsitzender des Bürgervereins, saß dem Komitee zum Neubau des Kieler Bahnhofs vor und trat nicht selten als Agitator seiner Partei hervor.¹¹ Über diese „praktische Tätigkeit“ berichtet er seinem Freund, dem Berliner Völkerpsychologen Hermann Steinthal, im März 1891: „Überall, wo man an mich herantritt, benutze ich die Gelegenheit, öffentlich für das Gute zu zeugen; so habe ich vorgestern in Nortorf eine Schlacht gegen die Sozialdemokraten, die jetzt auf die Dörfer gehen, mit schlagen helfen. Vor 20 und vor 2.000 Menschen habe ich in den 7 Jahren, die ich in Kiel bin, wohl 20, 30 Male öffent-

7 Glogau (Hrsg.), Gustav Glogau, S. 71; Brief an den Studienfreund und zuletzt in Gießen lehrenden Philosophen Hermann Siebeck vom 30. 9. 1893. Siebeck war der Verfasser einer sehr erfolgreichen, 1922 in vierter Auflage erschienenen Studie über: Goethe als Denker (zuerst 1902).

8 Ebd., S. 69; Brief H. Siebeck vom 4. 12. 1891.

9 Glogau, Goethe, S. 21 f.

10 Ebd., S. 21.

11 Vgl. Glogaus im Januar 1891 auf einer Versammlung der Konservativen Partei in Altona gehaltenen Vortrag über: Die Ideale der Sozialdemokratie.

lich gesprochen. Mag es der Verein deutscher Studenten sein, der mir Gelegenheit gibt, gegen den blöden Antisemitismus, der diese gutmeinenden Jünglinge verdummt, aufzutreten, mag es eine Bismarck-, eine Moltke-Feier, das Fest der Einweihung einer Kirche, ein Abend zur Volksunterhaltung, ein Kommers, eine politische Wahlversammlung sein – überall bin ich, so wie ich dazu aufgefordert wurde, bereit gewesen, das Schwert zu ziehen, und dem äußern Anschein nach stets mit gutem Erfolge. So ist auch mir die Wirksamkeit für das Volk unentbehrlich, eine notwendige Ergänzung der geringen Wirksamkeit, die man als Gelehrter und Universitätslehrer hat.“¹²

Ausschließlich auf die von Goethe offerierten ideellen Ressourcen vertraute der so rührige politische Professor Glogau während jener innenpolitischen Turbulenzen schon nicht mehr, als der „Klassenkampfgedanke alle Gemüter beherrschte“ und Sozialisten wie ihre Gegner glaubten, das 100. „Jubeljahr der großen französischen Revolution“ werde das „Signal zum Endkampf“ geben.¹³ Die „Unruhe, welche aus den untersten Ständen heraufgährt“, wie Glogau im Rückblick auf den die Grundfesten des Staates bedrohenden, mittelbar Bismarcks Sturz auslösenden Bergarbeiterstreik vom Frühjahr 1889 warnte, sei weltanschaulich nicht länger mit „Iphigenie und Tasso“, mit den humanistisch-idealistischen Botschaften der Weimarer Klassik einzudämmen, sondern bedürfe „neuer Reize“, wie sie etwa die realistische Literatur böte, die „das gesamte geistige Leben der Deutschen gründlich und wesentlich umbilden“ müsse.¹⁴

Für Glogau, der damit Goethe zwar nicht preisgeben, aber doch mit dem „mächtig drängenden Wirklichkeitssinn vermählen“ wollte,¹⁵ stand der Dichter allerdings weder wissenschaftlich noch weltanschaulich-politisch derart im Zentrum seiner Arbeit wie für seinen Kollegen, dem Germanisten Eugen Wolff. Auf diesen 1888 in Kiel für neuere deutsche Sprach- und Literaturgeschichte habilitierten Dozenten muss sich daher die Rekonstruktion der Goethe-Rezeption an der Kieler Universität bis zum Ende des Ersten Weltkrieges konzentrieren.¹⁶ Ihm, der noch bis 1928

12 M. Glogau, Glogau, S. 146 f.; Brief an Steinthal vom 10. 3. 1891. Bereits wenige Wochen nach der Berufung hatte Glogau Steinthal berichtet, dass er durch den Altphilologen Friedrich Wilhelm Blass (1843-1907), der seit 1876 in Kiel lehrte, für die Konservativen geworben worden sei und „gelegentlich der Wahlkampagne zum ersten Mal für Politik activ mitgewirkt“ habe (ebd., S. 61; Brief vom 14. 10. 1884). Von ausgeprägt „politische[n] Neigungen“, denen er als Vorstandsmitglied des Kieler Konservativen Vereins ausgiebig gefrönt habe, sprach Glogaus Fachkollege Paul Deussen noch in seinem Nachruf, Gedächtnisrede, S. 15.

13 Ziekursch, Politische Geschichte, S. 431 f.

14 M. Glogau, Glogau, S. 22.

15 Ebd., S. 24.

16 Zumindest in diesem Kontext zu vernachlässigen für die Zeit bis 1918 sind der alternde Klaus Groth (1819-1899), der neben seiner Standardvorlesung „Lessing und

in Kiel lehrte, der sich aber nach 1918 sukzessive auf Theater- und Pressegeschichte zurückzog, traten ab 1923 mit dem Historiker Friedrich Wolters (1876-1930), der 1926 in Kiel habilitierten, den gegenrevolutionären Gehalt von Goethes Werk scharf konturierenden Germanistin Melitta Gerhard (1899-1982)¹⁷ sowie dem ihr an Außenwirkung weit überlegenen Philosophen Ferdinand Weinhandl (1891-1974) in der Fakultät konkurrierende Goethe-Interpreten zur Seite.¹⁸

seine Zeit“ hin und wieder auch „Goethe und seine Zeit“ anbot, sowie der Philosoph und Indologe Paul Deussen (1845-1919), der seit 1890 Faust I und Faust II im Kolleg deklamierte, da er überzeugt davon war, dass man den vollen Genuss der Faust-Dichtung nicht im Theater erleben könne, sondern „stets nur bei einer von den nötigen Erklärungen begleiteten Rezitation des Werkes [...], wie ich sie jedes zweite Jahr an der Universität zu Kiel darzubieten pflege“; Deussen, *Leben*, S. 336. Zur Goetheverehrung Deussens, der 1904 auch erstmals „Faust“ für die Volkshilfskurse der Kieler Universität anbot, vgl. Feldhoff, *Nietzsches Freund*, S. 178 f., S. 197 f. u. S. 204 f.

- 17 Die erste einschlägige Publikation Gerhards galt 1923 dem politischen Goethe, seinem Revolutionserlebnis im Spiegel der von Eugen Wolff als gegenrevolutionäres Stück so geschätzten Tragödie „Die natürliche Tochter“ (Gerhard, *Goethes Erleben*). Sie habilitierte sich mit der Monographie über „Der deutsche Entwicklungsroman bis zu Goethes ‚Wilhelm Meister‘“, die den „letzten Sinn“ des „Wilhelm Meister“ nicht in der Persönlichkeitsbildung, sondern in der Erziehung sieht, die zu „neuer Gemeinschaftsbildung“ führen und die 1789 einsetzende „Auflösung der Einheit“, die „chaotisch gewordene Welt“, durch von Bindung und Ordnung ausgezeichnete neue Lebensformen ersetzen solle (ebd., S. 158 f. u. S. 163). Ihre Goethe-Deutung ist stark beeinflusst durch die dichotomische, „auf die völlige Umkehr alles Bisherigen“ fixierte Weltanschauung Stefan Georges, dessen „Dichtung und Kündigung“ die 1933 wegen ihrer jüdischen Herkunft in Kiel entlassene, in die USA emigrierte Literaturhistorikerin noch 1962 eine von ungebrochener Anhänglichkeit zeugende Arbeit widmete (Gerhard, *George*, besonders das Schlusskapitel: „Die Botschaft“, S. 73-111, hier zitiert S. 97). Die wichtigsten Goethe-Studien sind versammelt bei Gerhard, *Gesetz*, darin neben der wiederabgedruckten Interpretation zur ‚Natürlichen Tochter‘ vor allem ihre 1942 im Exil publizierte knappe Untersuchung zu ‚Chaos und Kosmos in Goethes ‚Hermann und Dorothea‘“ (S. 52-63). Vgl. Dane, *Germanistin* (ein Aufsatz, der einer zweiten, geistigen Ausbürgerung gleichkommt) sowie dies., *Gerhard*.
- 18 Für Wolffs 1928 berufenen Lehrstuhlnachfolger Wolfgang Liepe und den im gleichen Jahr von der TH Aachen nach Kiel umhabilitierten, literatursoziologische Methoden erprobenden Fritz Brüggemann war Goethe allerdings kein Forschungsschwerpunkt (vgl. aber Brüggemann, *Egmont*). Eine umfassende Untersuchung der Kieler Goethe-Rezeption hätte sie gleichwohl genauso zu berücksichtigen wie den von 1927 bis 1929 an der Pädagogischen Akademie lehrenden Erziehungswissenschaftler Wilhelm Flitner, der sich als Hamburger Ordinarius mit dem späten Goethe nach 1935 in die Innere Emigration verfügte (siehe Flitner, *Goethe*; dazu Przybilka, *Rezeption Goethes bei Flitner*) oder dem Philosophen Heinrich Scholz (von 1919 bis 1928 in Kiel), der in Berlin in den geistigen Kosmos Wilhelm Diltheys hineingewachsen und 1913 über Schleiermacher und Goethe promoviert worden war. Der Kreis wäre fakultätsübergreifend mühelos zu erweitern, wobei den in diesem Kontext gern vernachlässigten Naturwissenschaftlern, wie etwa dem gleicher-

Weder bei Eugen Wolff noch bei Friedrich Wolters, dem für die 20er Jahre wichtigsten Interpreten des „politischen Goethe“, dem hier für diesen Zeitabschnitt das Hauptaugenmerk gelten soll, ist ihre wissenschaftlich-publizistische Produktion isoliert zu betrachten von ihrer Laufbahn als Hochschullehrer, von ihren weiteren Amtsgeschäften als Dozenten und Betreuer von Dissertationen, von ihrem öffentlichen Engagement als Publizisten und Redner.

Goethe in der wilhelminischen Ära: Eugen Wolff

Eugen Wolff, der 1863 in Frankfurt an der Oder geborene Sohn eines jüdischen Kaufmanns, promovierte 1886 in Jena über Karl Lessing, den jüngeren Bruder Gotthold Ephraims, und er habilitierte sich 1888 in Kiel über den zuletzt an der Ritterakademie Sorø lehrenden Dramatiker und Ästhetiker Johann Elias Schlegel (1719-1749).¹⁹ Mit einer daran anschließenden, zweibändigen Gottsched-Monographie (1895/97) schien Wolff sich definitiv auf die Literaturgeschichte der Aufklärungsepoche festlegen zu wollen.²⁰ Tatsächlich untermauerte die kulturhistorisch ausgeweitete, von den Rezensenten zumeist günstig beurteilte Arbeit über den Leipziger Dichtungstheoretiker, Sprachreformer und Dramatiker Johann Christoph Gottsched (1700-1766) und dessen Stellung im deutschen Bildungsleben Wolffs Anspruch auf ein beamtetes Extraordinariat, so dass seine weitere Karriere ihn vielleicht als Fachmann für die Literatur des 18. Jahrhunderts gesehen hätte. Dazu kam es aus zwei Gründen nicht. Erstens, weil der mittellose Privatdozent den Elfenbeinturm verlassen musste, um Geld als Theaterkritiker, Feuilletonist und Vortragsredner zu verdienen.²¹ Dieser Umstand zeitigte die Hinwendung zu Goethe, dem das Lesepublikum nach 1848 zugunsten Schillers untreu geworden war, der aber seit den 1880ern eine neue Konjunktur erlebte, von der Wolff zu profitieren hoffte. Wohl für ein

maßen von Goethe und George in seiner „ganzheitlichen“ wissenschaftlichen Weltanschauung geprägten Karl Lothar Wolf, seit 1930 als Ordinarius für Physikalische Chemie in Kiel, 1933-1935 Rektor der Universität, oder dem Geologen und Paläontologen Karl Beurlen (1934-1945 in Kiel), besondere Beachtung zu schenken wäre.

19 Vgl. den bio-bibliographischen Artikel von Deupmann, Wolff, S. 2059 f., sowie die bislang einzige monographische Darstellung von Schachtsiek, Wolff als Literaturhistoriker, eine unveröffentlichte US-Dissertation von 1940. Das Manuskript umfasst 150 Blatt. Betreut wurde die Arbeit von dem 1913 in die USA ausgewanderten Leipziger Germanisten Henry Waldemar Nordmeyer (1891-1981).

20 Wolff, Gottscheds Stellung.

21 Das Metier war Wolff alles andere als fremd. Noch im Jahr vor der Habilitation hatte er, der Programmatiker des Berliner Zusammenschlusses der „jüngstdeutschen“ im literarischen Verein „Durch“ sich als Schriftsteller etablieren wollen, vgl. von Hanstein, Das jüngste Deutschland. S. 73 f., dort auch ein Portrait-Foto Wolffs.

Berliner Preisausschreiben, das dann Richard M. Meyer gewann, reichte er 1895 eine hastig verfasste Goethe-Biographie ein,²² die sich neben der sorgfältiger komponierten und kenntnisreicheren Meyer-Arbeit sowie den in rascher Taktfolge anschließenden Biographien von Karl Heinemann (1895) Georg Witkowski (1899) und dem „Marktführer“ Albert Bielschowsky (1895), dessen zweibändiger Goethe es allein im ersten Jahrzehnt bis 1905 auf sieben Auflagen brachte, nicht behaupten konnte.²³ Ähnliches widerfuhr Wolff mit seiner „Geschichte der Deutschen Literatur in der Gegenwart“ von 1896,²⁴ die Meyers von Kritik und Publikum als solider erachtete „Die deutsche Literatur des 19. Jahrhunderts“ (1894) gleichfalls ausstach.

Diese eilig geschriebenen „populären“ Produktionen beschädigten – zweitens – nachhaltig Wolffs Ruf als Wissenschaftler. Dies bekam er 1896 erstmals zu spüren, als es um die untergeordnete, weil eigentlich obligatorische Verleihung der Titularprofessur ging. Für auswärtige Gutachter wie den Berliner Goethe-Forscher Erich Schmidt und den Breslauer Neugermanisten Max Koch, die das preußische Kultusministerium eingeschaltet hatte, desavouierten Goethe-Biographie und Literaturgeschichte als Erzeugnisse des unerfreulichen „Journalismus“ die anerkannten Forschungen zu Schlegel und Gottsched. Weiteren Widerstand bauten in der Kieler Fakultät der Altgermanist Friedrich Kauffmann²⁵ und der Nordist Hugo Gering²⁶ auf. Beide Ordinarien billigten, hierin einer um 1900 verbreiteten Idiosynkrasie verhaftet, der neueren, nach Goethes Tod einsetzenden, nicht „streng philologisch“ fassbaren deutschen Literaturgeschichte keinerlei wissenschaftlichen Wert zu.²⁷ Sie hielten sie, wie ihr Kollege, der Orientalist Georg Hoffmann, für einen „Tummelplatz ästhetischer Meinungsver-

22 Wolff, Goethes Leben.

23 Zur Konjunktur der Goethe-Biographien ab 1892 zuerst Maync, Goethe-Biographie. S. 51-56 (zu R. M. Meyer), S. 56-59 (Heinemann), S. 60-65 (Bielschowsky), S. 65 f. (Witkowski). Zu Wolffs Arbeit nur kurz: „recht verdienstlos“ (ebd., S. 66). Ferner Mandelkow, Goethe 1980, S. 261-267 u. Kruckis, Abbild, S. 250-266, dort S. 263 zu Wolff, der mit seinem Werk zweifellos den Versuch wagte, sich in die Bewegung „Goethe als Erzieher“ einzuschreiben, sich damit aber, auch wegen unpräziser Formulierungen und sachlicher Fehler, den „Journalismusvorwurf“ einhandelte.

24 Wolff, Geschichte der Deutschen Literatur.

25 Zur Biographie vgl. den Beitrag seines Sohnes, des Kunsthistorikers Hans Kauffmann, S. 342 f. Ferner der IGL-Artikel von Menke, Kauffmann.

26 Der Westpreuße Hugo Gering (1847-1925) hatte sich auf ausgedehnten Studienreisen in Skandinavien zum Spezialisten für altnordische Literatur herangebildet und wurde 1889 als Nachfolger von Theodor Möbius zum ord. Prof. für Nordische Philologie nach Kiel berufen, wo er bis Emeritierung 1921 wirkte. Erst nach seinem Tod erschien sein Lebenswerk, ein zweibändiger Kommentar zu den Liedern der Edda. Vgl. das IGL-Biogramm von Fix, Gering.

27 Zur Geschichte der Institutionalisierung der neueren Literaturgeschichte: Dainat, Literaturgeschichte.

schiedenheiten“,²⁸ während Wolff solche Herabsetzungen als „Zunftdünkel der scholastischen Handwerksgelehrten“ geißelte.²⁹ Als Kauffmann und Gering 1900 faktisch dazu gezwungen wurden, das Fach zu akzeptieren, weil das Kultusministerium in Kiel wie an anderen preußischen Universitäten literaturhistorische Extraordinariate etatisierte und das Monopol der Altgermanisten angriff, wollten sie wenigstens Eugen Wolff verhindern, was ihnen bis zur schnellen Wegberufung ihres Favoriten, des Luther-Forschers Arnold Erich Berger, auch kurzzeitig glückte. Wieder sollte dabei die Goethe-Biographie, neben der Literaturgeschichte von 1896 sowie einer „Poetik“ von 1899,³⁰ dazu dienen, um Wolff als Wissenschaftler zu demontieren. Die Biographie sei „mit Befremden aufgenommen“ worden und sei „starkem Widerspruch“ begegnet. Es entsprach somit dem seit Erich Schmidts Verdikten nicht mehr zu revidierenden Zerrbild, das Kauffmann und Gering abermals abriefen, wenn sie Wolff attestierten, „ein leichtes Talent zu popularisieren“ zu bekunden und es zu verstehen, „weitere Kreise durch seinen Vortrag anzuziehen“, „aber nicht über jene Disziplin des Geistes“ zu verfügen, „die bei einem verantwortungsvollen akademischen Lehramt erste Voraussetzung sein muss“. Wolffs darstellende Werke seien „nach Stoff und Form so wenig ausgereift, dass sie binnen kurzem überholt worden sind“.³¹ Erst zum Sommersemester 1904 erhielt

28 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem (künftig: GStA), Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 270; G. Hoffmann – Preußisches Ministerium für die geistlichen, Medizinal- und Unterrichts-Angelegenheiten, kurz Kultusministerium (künftig: PrMK) vom 24. 3. 1904. Wie die Kieler Ordinarien grenzte sogar Hermann Baumgart (1843-1926), seit 1889 Extraordinarius für neuere Literaturgeschichte in Königsberg, das erst mit ihm an der Albertina installierte Fach ein. Denn nach Goethes Tod endete für ihn die deutsche Literatur. Was danach entstand, war für Baumgart wissenschaftlich irrelevant. Vgl. Tilitzki, *Albertus-Universität*, S. 108-110.

29 Wolff, *Shakespeare*, S. V u. ebd., S. 65-75 auch seine programmatische Einlassung zum Thema: „Inwieweit ist die Litteratur des 19. Jahrhunderts für wissenschaftliche Betrachtung reif?“.

30 Wolff, *Poetik*.

31 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 12 f.; Philosophische Fakultät (künftig: PhilFak) – PrMK vom 31. 5. 1900: Vorschlagsliste für das neue literaturgeschichtliche Extraordinariat, die gleich eingangs unzweideutig gegen den ungenannten Wolff gerichtet ist, wenn es heißt: „Geschichte der vaterländischen Sprache und Literatur in akademischen Vorlesungen [lasse] sich nur dann würdig und ersprießlich behandeln, wenn sie einem Manne anvertraut wird, der mit historischem Sinn begabt, philologisch-historisch geschult ist und mit umfassender Kenntnis der neueren Perioden eine gründliche Erfahrung auf dem Gebiet der älteren deutschen Sprache und der älteren literarischen Kultur unseres Volkes vereinigt. Wo diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist wiederholt eine ernste Schädigung des Faches in die Erscheinung getreten.“ Primo et unico loco stand darum nur der Bonner Privatdozent Arnold Erich Berger, seit 1897 Mit-Herausgeber der Weimarer Luther-Ausgabe, auf der Liste und wurde nach langem Zögern des Ministerium ungeachtet des Protestes von Wolff auch berufen.

Wolff, wiederum gegen die Voten Kauffmanns und Gerings, den mager dotierten Posten eines Extraordinarius, der ihn immerhin von der schlimmsten Schreibfron im Sold der „Journale“ befreite.³²

Der jüdischen Herkunft Wolffs war, wie Schachtsiek 1940 behauptete,³³ diese Blockade so wenig geschuldet wie jene Hindernisse, die ihm bis 1921 den Zugang ins Ordinariat verstellten. Was die Aktenlage im Zusammenhang mit dieser Frage zwar auch nicht bestätigt, wofür sie aber Raum lässt, ist Lothar Schneiders Vermutung, das Kultusministerium habe Wolff letztlich deswegen protegiert, um in dem erst seit 1867 als Provinz zu Preußen gehörenden Schleswig-Holstein mit dessen „literaturwissenschaftlich legitimierte Konzept eines neuen Nationalismus die partikularistischen Traditionen des Reiches zusammenzuführen und dabei die vollständige Integration von Bürgern jüdischen Glaubens zu ermöglichen“.³⁴

Gegen die übrig bleibende Hypothese, wenn nicht das preußische Kultusministerium, so hätten doch zumindest judenfeindliche Einstellungen von Kieler Fakultätsmitgliedern und des weiteren Kreises der Fachkollegen Wolffs Karriere zerstören wollen, ist zunächst auf dessen Konversion zu verweisen, die er dem Ministerium Ende 1893 mitteilte.³⁵ Ferner auf ein vom Hochschulreferenten Friedrich Althoff von Erich Schmidt, dem Berliner Nachfolger von Wolffs Lehrer Wilhelm Scherer, angefordertes Gutach-

32 Ebd., Bl. 208-210; PhilFak – PrMK vom 31. 10. 1902, Vorschlagsliste für den Nachfolger des an die TH Darmstadt berufenen A. E. Berger. Wiederum wurde Wolff ignoriert. Erstplatzierter war der Marburger Privatdozent Ernst Elster, dessen verdienstvolle Bemühungen um die Werke Heinrich Heines (Hrsg. der Sämtlichen Werke 1887 ff.) und dessen Erfahrungen als Mitarbeiter der Weimarer Goethe-Ausgabe gelobt wurden. An zweiter Stelle stand der Humboldt-Herausgeber Albert Leitzmann (Jena), der ebenfalls an der Weimarer Goethe-Ausgabe (Bd. XVII-XXI: Briefe) mitgewirkt hatte. Wieder beraten von Erich Schmidt, fiel die Wahl des über ein Jahr zaudernden Ministeriums auf Elster. Doch bevor ihn der Ruf nach Kiel erreichte, nahm er einen Ruf auf das Marburger Ordinariat an. Erst dann entschloss man sich in Berlin, Wolff zum SS. 1904 der Fakultät zu oktroyieren (ebd. Bl. 274-276; Bestallungserlass und Mitteilung an Kurator Kiel vom 30. 3. 1904).

33 Schachtsiek, Wolff als Literaturhistoriker, Bl. 24 f.

34 Schneider, Wolffs Dilemma, S. 104. Im Gegensatz dazu, wie Schneider ohne Beleg, spricht Schachtsiek, Wolff, Bl. 25, von „Wolffs Mißliebigkeit im Ministerium“. Vgl. dazu Horch, Juden und Goethe, S. 129; ohne die massiven internen altgermanistischen Widerstände gegen die Neugermanisten zu beachten, ja offenbar ohne Vertrautheit mit der Fachgeschichte oder gar mit den überlieferten Ministerial- und Universitätsakten, glaubt Horch pauschal davon sprechen zu dürfen, dass „jüdische Goethe-Philologen“ an „preußisch-wilhelminischen Universitäten“ nicht zu Ordinarien aufsteigen konnten – „dafür sorgte schon der bestens funktionierende Korps-Geist der deutschnational dominierten Akademiker-Zunft“.

35 GStA, Rep. 76Va, Titel IV, Nr. 2, Bd. II, Bl. 38, Wolff an PrMK vom 20. 11. 1893: Mitteilung, „dass ich mich vom heutigen Tage zur evangelischen Confession bekenne“. Schachtsiek, Wolff, Bl. 5, merkt an, eine Konversion habe sich zwar nicht feststellen lassen, sei aber zwischen 1886 und 1893 wahrscheinlich erfolgt. Deupmann, Wolff, S. 2059 notiert: „jüd., vermutl. zw. 1886 und 1896 Übertritt zum Protestantismus“.

ten. Darin holte der führende deutsche Neugermanist und das Haupt der Goethe-Philologie zu vermeintlich vernichtenden Schlägen gegen den Kieler Privatdozenten aus:³⁶

„Herr Wolff genießt in Fachkreisen ein recht geringes Ansehen, da er mehr und mehr von solideren Arbeiten zu einer litteratenhaften Vielschreiberei abgeschwenkt ist, sich durch ein oberflächliches und geschmackloses Buch über Goethe arg bloßgestellt hat und seine zahlreichen Aufsätze, Broschüren, Bände über Fragen der Poetik und litterarische Zustände der Gegenwart manchmal widerspruchsvoll, immer aber voreilig und unreif erscheinen. [...] Die ‚Geschichte der deutschen Litteratur [sic] in der Gegenwart‘ ist alles eher als eine Geschichte und macht einem akademischen Lehrer keine Ehre, obwohl gewisse, übrigens in ihrem tüchtigen Gehalt nicht eigenthümliche, nationale Tendenzen Anerkennung verdienen. Ich spreche ungern an solcher Stelle über einen jüngeren Fachgenossen ab, weiß mich jedoch mit meinen Collegen durchaus eins, dass dies zusammengeraffte, fahrig, saloppe, mit allerlei Unarten schlechten Feuilletons [...] behaftete Buch keine Auszeichnung werth ist.“

Aber auf Wolffs Judentum rekurriert Schmidt mit keinem Wort. In Anbetracht solcher auf das historisch-philologisch Ungenügende beschränkten Vorwürfe, so könnte man argumentieren, um am „Antisemitismus“-Verdacht trotzdem festzuhalten, erübrigte es sich für Schmidt ja, zusätzlich die antijüdische Karte auszuspielen. Er tat es aber auch sonst nicht, wie günstige Urteile über seine beiden nicht konvertierten jüdischen Schützlinge, den Wolff-Widersacher Richard M. Meyer und den Theaterwissenschaftler Max Herrmann belegen.³⁷ Auch für den von Althoff konsultierten Max Koch, der Wolffs Literaturgeschichte von 1896 als „Feuilletonbetrachtung“ verhöhnnte, die weder nationale, religiöse, philosophische Triebkräfte der Literaturproduktion noch ihre sozialen Grundlagen aufdecke und die

36 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 87, Schmidt – Althoff vom 27. 7. 1896.

37 Ebd. Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 214 f.; Erich Schmidt – PrMK vom 30. 11. 1902 zur Besetzung des neuen Kieler Extraordinariats für Literaturgeschichte: „[...] erlaube mir auch einen Hinweis auf unseren Privatdozenten Max Herrmann. Ihm ist bei Berufungen sein Judenthum im Wege; sonst könnte ich z. B. nicht begreifen, warum ihm in Freiburg [Roman] Wörner der Rang abgelaufen hat. Zugeben muss ich, dass Herrmann die Leute durch recht modern klingende Themen anzuziehen gesucht hat. Aber ich kann nach bestem Wissen und Gewissen seinen Lehrerfolg und die durch solide Dissertationen erwiesene Fruchtbarkeit seiner Übungen ebenso loben wie seine gründlichen, vom Frühneuhochdeutschen und den Neulateinern bis zu Goethe und zur Gegenwart reichenden Studien.“ – Ebenso positiv zu Meyer in einem Gutachten für Althoff vom 27. 9. 1896, in: GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 2, Bd. II, Bl. 183. Über den Meyer „sehr wohlwollenden“ Schmidt vgl. Berbig, „Poesieprofessor“, S. 29-31.

Klaus Groth als bedeutendsten Dichter nach Goethe preise,³⁸ war das Judentum ihres Verfassers überhaupt kein Kriterium.³⁹ Festzuhalten bleibt, dass ungeachtet der auch von Erich Schmidt respektierten „nationalen Tendenzen“ seines literarhistorischen Werks, dessen „nationalen Standpunkt“ Wolff selbst mit Vehemenz herausstellte,⁴⁰ ausschließlich fachliche Einwände gegen sein an nicht-akademische Kreise adressiertes Schrifttum den Aufstieg aus der Privatdozentur so stark behinderten, dass Wolff sich bereits 1895 nach beruflichen Alternativen umzusehen begann.⁴¹

Politisch trennte die Kontrahenten nicht viel. Wolff wie Schmidt, Koch, Kauffmann und Gering sind allesamt als nationalliberal-konservative Parteigänger zu klassifizieren. An einem entsprechend zeitgeistkonform zu rechtgestützten und instrumentalisierten Goethe, wie ihn gleichzeitig auch Richard M. Meyer, Albert Bielschowsky oder Karl Heinemann kreierten, hätten sie keinen Anstoß genommen. Wie erklärt sich dann die harsche Betonung wissenschaftlicher Standards, die Wolff letztlich sogar nahelegte, seine Zukunft nicht an der Universität zu suchen? Wohl primär aus der Sorge, dessen allzu penetrant aktualisierendes, deshalb wissenschaftlich leicht als unseriös anzufechtendes Goethe-Bild könnte dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit des germanistischen Beitrags zur wilhelminischen Ideologieproduktion zu erschüttern. Allen Beteiligten dürfte dabei vor Augen gestanden haben, was soeben eine von einem Außenseiter, dem sozialdemokratischen Publizisten Franz Mehring verfasste, Aufsehen erregende Analyse („Die Lessing-Legende“, 1893) freigelegt hatte: Erich Schmidts unverkennbar politisch motivierte Absicht, Friedrich den Großen und die

38 Was offenkundig der freundschaftlichen Beziehung geschuldet war, die beide Kieler Germanisten verband. Auf Drängen des Jüngeren erzählte ihm Groth seine Lebenserinnerungen, die Wolff 1891 aus Gesprächsaufzeichnungen redigierte und herausgab.

39 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 97-99; Koch – Althoff vom 22. 9. 1896. Wo Koch an anderer Stelle ausdrücklich auf die Herkunft rekurrierte, in einem Gutachten über den Leipziger Goethe-Biographen Georg Witkowski, der ihm „außerordentlich zuwider“ sei – ob als Jude, als vermuteter „Bruder oder Verwandter“ Maximilian Hardens (= M. Witkowski) oder schlicht als Person, bleibt freilich unentschieden –, machte er sich trotzdem zu dessen Fürsprecher wegen seiner „sehr tüchtig[en] Leistungen, den „sehr gut[en] Goethearbeiten“ und namentlich der Goethebiographie, „neben der Heinemannschen die beste der vorhandenen“. Ebd., Sek. 9, IV, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 216 f.; Koch – Althoff vom 30. 11. 1902.

40 So auch im Gesuch, seine ‚Literaturgeschichte der Gegenwart‘ Wilhelm II. überreichen zu dürfen. Ebd., Sek. 9, Titel XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 103, Wolff – Althoff vom 9. 6. 1896.

41 Ebd., Hinweis auf die Bewerbung der Generalintendanz der Kgl. Schauspiele in Berlin. Ende 1890er richteten sich die Hoffnungen auf eine andere Universität oder Technische Hochschule, 1902 wollte er sich mit einer Verwendung im Rahmen der im Aufbau befindlichen Akademie in Posen begnügen (Ebd., Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 175 Wolff – Althoff vom 18. 1. 1902 unter Hinweis auf zwei Aufsätze zur „Germanisierung des Ostens“).

Hohenzollernmonarchie als Hüter und Förderer deutscher Kultur zu glorifizieren. Nichts anderes als Herrschaftslegitimation wollte der scharfsinnige, ein erdrückendes Beweismaterial anhäufende Mehring, ein exzellenter Kenner der preußischen Geschichte, in der – im Vergleich mit Wolffs Goethe-Arbeiten sogar wesentlich solideren – Lessing-Biographie (1887) Schmidts sehen. Mehrings für den Berliner Großordinarius blamable Indizienlast taugte dazu, das Renommee des jungen Universitätsfaches der neueren Literaturgeschichte gerade in der „Volksbildung“ gehörig zu beschädigen, wo nicht nur Wolff hoffte, mit Lessing, Goethe und Schiller weltanschauliche Orientierung geben zu können.⁴²

Sorgen, die sich indes im Falle Wolffs als unbegründet erwiesen. Denn der Resonanz speziell des Goethe-Vermittlers, dessen Vorlesungen mit regelmäßig 50 bis 150 Hörern für Kieler Verhältnisse sagenhaften Zuspruch fanden,⁴³ und des vor Offizieren der Kieler Marine-Akademie, vor „Beamten, Lehrern und Lehrerinnen“, kaufmännischen Vereinen und nach 1900 vermehrt auf Volksbildungskursen von Flensburg bis Itzehoe über Goethe und die jüngere deutsche Literaturgeschichte referierenden Dozenten Wolff taten weder die prekäre Position in der Fakultät noch der lädierte Ruf in der Scientific Community Abbruch.⁴⁴ Den Widerhall in den gebilde-

42 Mehring, Lessing-Legende.

43 Vgl. die Schilderung seines außerakademischen Aktionsradius sowie der Hinweis auf die „ungewöhnlich große Hörerzahl“, die seine öffentlichen Universitätsvorlesungen gefunden hätten, gegenüber dem Kieler Kurator Chalybeus vom 1. 8. 1900, in: GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 75-77. Eine Angabe, die Chalybeus 1902 mit Zahlen belegte. Im SS. 1899 erreichte Wolff mit Goethes Weltanschauung 90 Hörer, im SS. 1900 mit Geschichte des Dramas im 19. Jahrhundert: 78, im WS. 1900/01 Deutsches Leben im 18. Jahrhundert 49, im SS. 1901 mit Goethes Faust: 132 [!], im WS. 1901/02 mit Literatur und Weltanschauung der Gegenwart in geschichtlicher Beleuchtung: 89. Auch die übrigen Vorlesungen seien stets gut besucht gewesen. Man werde also immerhin sagen dürfen, dass Wolff fortgesetzt eine beachtliche akademische Wirksamkeit entfalte und von den Studierenden gern gehört werde. Überdies erfülle er auch eine weitere wichtige, an einen preußischen Hochschullehrer zu stellende Anforderung: „was die politische Haltung angeht, ist mir Nachteiliges nicht bekannt geworden“. GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 2, Bd. III, Bl. 16-18; Chalybeus – PrMK vom 9. 7. 1902.

44 Sein Debüt bei der Kaiserlichen Marine gab Wolff im Frühjahr 1897 mit einem in der Akademie-Aula gehaltenen Vortrag „Die germanischen Götter- und Heldensagen mit Rücksicht auf die ihr entstammenden Schiffsnamen“. Am 15. 5. 1897 schickte er den druckfrischen Sonderabzug des Vortrags aus dem Mai-Heft der *Marine-Rundschau* ans Ministerium. GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 113. Vgl. ferner das offenbar von Wolff dem Ministerium zugesandte Presseecho auf seine Vorträge im Herbst 1904: Rendsburger Tageblatt vom 23. 11. 1904 über einen Vortrag in der Kanalstadt zu Goethes Faust; Elmshorner Tageblatt vom 2. 12. 1904: Goethevorlesung in der Aula der Realschule; Flensburger Nachrichten vom 6. 12. 1904: Vortragszyklus über moderne Literatur in der Flensburger Volkshochschule (GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 247-249). Allein diese wenigen Belege genügen, um Wolffs Vortragspensum, das er mindestens bis 1914 in der Pro-

ten wie bildungshungrigen Schichten, den dieser „populäre“ Dozent und Autor erzeugte, und die Aufmerksamkeit, die er bei seinen studentischen Hörern fand, resultierten vornehmlich aus der von Schmidt und Wolff selbst in seltenem Einklang geforderten „nationalen“ Norm literaturhistorischen Arbeitens, die mit einem bestimmenden Element der kollektiven Bewusstseinslage nach 1871 korrelierte.

Nationen, dies setzte Wolff als selbstverständlich voraus, sind politisch verfasste Völker, deren letztlich metaphysische Substanz Montesquieu „Nationalcharakter“ („esprit de la nation“), „Gemeingeist“ („esprit général“), Herder und Hegel „Geist des Volks“, „Volksgeist“, soweit dynamisch-schöpferisch vorgestellt, oder statisch „Volksseele“ nannten.⁴⁵ Die geistig-seelische Substanz objektiviert sich im historischen Prozess in vielfältigsten Formen, im religiösen Glauben, philosophischen Ideen, Poesie und Malerei, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnungen. Heymann Steinthal und Moritz Lazarus, die jüdischen Begründer der modernen Völkerpsychologie, deren Theorien Wolff aufgrund der Nähe zum Kieler Philosophen und Steinthal-Freund Gustav Glogau geläufig gewesen sein dürften,⁴⁶ definierten den Volksgeist als „geistige Einheit“, als „Volksorganismus“, der die Individuen zu einer Nation verbinde und der sie gegen ein „Übermaß des Fremden“ abschließen müsse, sei doch sonst durch die „Überwucherung“ des „Einheimischen“ ein Absterben des Volksgeistes zu befürchten.⁴⁷

Diese Idee der Nation als Entität und geistiges Kontinuum bildet Wolffs Maßstab, wenn er vom „nationalen Standpunkt“ die deutsche Literatur seit ihren frühmittelalterlichen Anfängen danach beurteilt, wie angemessen sie den „Geist“ der „germanischen“ Nation poetisch jeweils aktualisiert hat. In Goethes Werken, vor allem im historischen Schauspiel „Götz von Berlichingen“, den beiden Teilen des „Faust“, dem Versepos „Hermann und Dorothea“ sowie Wilhelm Meisters Bildungsroman von der „theatralischen Sendung“ bis zu den „Wanderjahren“, ist für Wolff der „deutsche Geist“ in künstlerisch vollkommenster Fassung in Erscheinung getreten. Der Aufrührer „Götz“ verkörpere „Deutschheit des Lebens“, die gleichbedeutend sei mit „Tüchtigkeit, markiger Thatkraft, Freiheitsdurst“.⁴⁸ Goethe kreierte in diesem Drama daher den „realistischen deutschen Nationalstil“. Überhaupt lasse sich Goethes „wahres Lebensideal“

vinz absolvierte, erahnen zu lassen. Eine Rekonstruktion seines öffentlichen Wirkens anhand der Berichterstattung in der Regionalpresse würde interessante Einblicke in das Mikroklima des bürgerlichen Zeitgeistes im wilhelminischen Schleswig-Holstein erlauben.

45 Vgl. Grossmann, Volksgeist, Sp. 1102 f.

46 Zu Glogau und Wolff s. u. Anm. 85.

47 Moritz Lazarus (1862) u. Lazarus/Heymann Steinthal (1860), zit. nach Grossmann, Volksgeist, Sp. 1104.

48 Wolff, Goethe, S. 50.

auf die Formel „Thätig-frei!“ bringen.⁴⁹ In Faust II von 1831, für Wolff „die kühnste Offenbarung des deutschen Geistes“,⁵⁰ finde sich „des Dichters letzter Scheidegruß an das deutsche Volk“ in der Mahnung: „keine Freiheit, überhaupt kein Leben ohne täglichen Kampf“. Entsprechend müsse jeder nationalpädagogisch ambitionierte Literaturhistoriker Goethes „Zukunftstraum“ als zentrale Botschaft vermitteln: „Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn“.⁵¹ Die „gebildeten Kreise des deutschen Volkes“ ignorierten indes immer noch, dass der Dichter mit diesen Worten „prophetisch sein Volk in das thätige, sozialpolitische Leben“ rufe,⁵² zur Lösung der sozialen Frage im politischen Ringen mit der seit 1890, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, expandierenden Sozialdemokratie.

Da für Wolff der Gleichklang des zwischen 1885 und 1895 den Buch- und Zeitschriftenmarkt sowie die hauptstädtischen Bühnen in Berlin und Wien beherrschenden Naturalismus mit der „socialistischen Zeitströmung“, mit der Agitation der sozialdemokratischen „Umsturzpartei“ evident war, richtete sich sein „litterarischer Kampf“ als Theaterkritiker, Rezensent und Essayist über ein Jahrzehnt lang gegen diesen „nicht dem deutschen Volksgeist“ entsprechenden „Modenaturalismus“.⁵³ Dessen Dichtungstheorie gehorche dem Grundmuster sozialdemokratischer Weltanschauung, der Auffassung der Geschichte als Klassenkampf. Demzufolge gehöre es zum Standard der frühen Stücke Hermann Sudermanns und Gerhart Hauptmanns, die vorgeblich moralisch verkommenen oberen Klassen als Unterdrücker der Unterschicht zu präsentieren. Paradigmatisch könne man dies an Hauptmanns Schauspiel „Die Weber“ oder an seiner Komödie „Der Biberpelz“ studieren, wo die preußische Bürokratie diffamiert, karikiert und lächerlich gemacht werde. Aufgabe der Poesie sei es aber nicht, den gesellschaftlichen Status quo „consequent naturalistisch“ abzubilden und damit soziale Gegensätze zu vertiefen, sondern sie zu entspannen und zu „versöhnen“ indem sie die Realität „verklärt“. Im „Zeitalter der Nerven“ müsse das literarische Kunstwerk zudem die in sozioökonomischen Spannungen wurzelnde „Disharmonie des modernen Lebens“ ausgleichen und dessen „Zerrissenheit“ kurieren.⁵⁴ Darum dürfe ein Kunstwerk nicht „ethisch und ästhetisch niederdrückend“ wirken. Mithin sei die Rezeption des französischen Theaters mit den „ungesunden Zuständen“ in Ehe und Familie zeigenden „Salonstücken“ der Publikumsmagneten Victor Sardou und Alexandre Dumas einzudämmen, da sich dort ein „Abgrund der Ent-

49 Ebd., S. 306.

50 Wolff, Geschichte Literatur, S. 123.

51 Wolff, Goethe, S. 307.

52 Wolff, Shakespeare, S. 205.

53 So der Titel seiner Theaterkritiken und Polemiken gegen den „consequenten“ oder „äußersten Naturalismus“: Wolff, Zwölf Jahre, S. VII u. S. 185-187.

54 Wolff, Geschichte, S. 103-105.

sittlichung“ auftäte.⁵⁵ Die „Dramatik des Nordens“ (Henrik Ibsen) böte dazu keine Alternative, da ihr pessimistisch getönter moralisierender Rigorismus wenig zur „social-ethischen Aufrüttelung“ des Publikums taue.⁵⁶

Um stattdessen „optimistische Lebensbejahung“ zu stimulieren und die Jugend zum „Vertrauen auf die deutsche Kraft“ und zu einem tätigen Leben im Dienst am Gemeinwohl zu erziehen, bedurfte es für Wolff einer Literatur, deren ästhetische Normen aus der Rückbesinnung auf den „künstlerisch versöhnenden Realismus“ Goethes gewonnen würden. Über Kleists „Wirklichkeitssinn“ führe dieser „national deutsche Realismus“⁵⁷ zu Friedrich Hebbel, Otto Ludwig, Gottfried Keller, Theodor Storm, Theodor Fontane, Ludwig Anzengruber, Fritz Reuter und Klaus Groth, der in seinen niederdeutschen Versepen den „volle[n] Goethe-Stil“ erreiche.⁵⁸

Keller, der „Geistesverwandte Goethes“,⁵⁹ predige in „Der grüne Heinrich“, auf der Höhe Wilhelm Meisters, die Pflicht zum „thätigen Leben im Dienste der Gesamtheit“,⁶⁰ wie überhaupt die Epik des Zürichers ein Weckruf zu „mannhafter Gesinnung, zu sittlicher und politischer Thatkraft“ sei.⁶¹ Bezeichnender Weise genießt Theodor Storm in Wolffs Kanon bürgerlicher Realisten geringeres Ansehen, weil ihm dessen Lyrik vor 1870 als gelegentlich zu melancholisch, elegisch und resignativ galt und auch die Erzählkunst bis hin zum „Schimmelreiter“ nicht frei von romantischen Schlacken sei, die des Autors „trübe Weltanschauung“ verrieten.⁶²

Wenn Wolff Goethe als Urheber des „Realismus“ derart exponierte, dass er an dieser für ihn unfehlbaren Autorität sein ästhetisches Urteil sklavisch ausrichtete, hob ihn das von den flexibleren Literaturhistorikern seiner Generation zwar ab, originell war er aber damit nicht. Vielmehr setzte die Hochschätzung des Realisten Goethe und seine Vereinnahmung in der frührealistischen Literaturtheorie in den 1850ern ein, und in dieser Deutungstradition stand Wolff. Zu seinen wichtigsten, in der Goethe-Biographie auch ausdrücklich gewürdigten Anregern zählte für ihn der baltendeutsche Gelehrte Viktor Hehn, dessen 1851 in Dorpat gehaltene Vorlesungen über „Hermann und Dorothea“ (1797) für Karl Robert Mandelkow eine der „bedeutendsten Interpretationen eines Goetheschen Werkes im 19. Jahrhundert“ und zugleich ein „überragendes literaturtheoretisches Schlüsseldokument an der Wende von der vorrevolutionären zur nachrevolutionären Epoche in Deutschland“ gewesen seien.⁶³ Hehns Exegese

55 Ebd., S. 112.

56 Ebd., S. 129.

57 Wolff, Shakespeare, S. VII.

58 Wolff, Geschichte, S. 166.

59 Ebd., S. 198.

60 Ebd., S. 193.

61 Ebd., S. 201.

62 Ebd., S. 207 u. S. 209.

63 Mandelkow, Goethe, S. 150.

konturierte die dem Versepos Goethes inhärente Verklärung nicht-entfremdeter Existenz in einer vorindustriellen Idylle und kontrastierte sie scharf mit der um 1850 sich entfaltenden arbeitsteiligen Welt, so dass ihm die Deutung von „Hermann und Dorothea“ zum „vorrangigen Exempel einer gegenrevolutionären Goetheinterpretation“ geraten sei.⁶⁴ Hehns Abhandlung erschien erst 1893 aus dem Nachlass, drückt aber den Zeitgeist der Restaurationsära nach 1848 aus, als der „beispielhafte Siegeszug“ von Goethes idyllischem Epos in Schule und Öffentlichkeit als „Paradigma deutscher Gesinnung“ begann, für die ein „gesundes Familienleben“ das „Fundament“ sei, auf dem „allein deutsches Staatsleben ruhen kann“.⁶⁵ Eine Deutung des politischen Goethe, die bei Wolff fast wörtlich wiederkehrt.⁶⁶ Richtig gelesen, formuliere „Hermann und Dorothea“ für Hehn die Absage an jedes revolutionäre, utopische Gesellschaftsmodell und erweise gerade dadurch Goethes Realismus.

Mit „Goethe als Führer“ [Sperrung im Original], wie Wolff in einem Nachruf auf seinen Leipziger Lehrer Rudolf Hildebrand emphatisch formulierte, müsse die „nationale Dichtung“ das deutsche Volk durch die „herzenzwingende Macht der Kunst bilden und läutern“, um „auf Goethes Bahnen uns ‚mehr Mensch‘ werden, uns eine ‚höhere Menschheit‘ erreichen“ zu lassen⁶⁷. Woraus die schul- und bildungspolitische Forderung resultiere, die Humaniora vom griechisch-römischen Altertum umzustellen auf deutsche Literatur und Geschichte. Ganz im Sinne der von Kaiser Wilhelm II. angestoßenen Lehrplanreform von 1892, die die Humanistischen Gymnasien den Realgymnasien anglich, indem sie den altsprachlichen Unterricht zugunsten praxisrelevanterer und gegenwartsnäherer Fächer wie Englisch und Französisch, Deutsch und deutsche Geschichte, Mathematik und Naturwissenschaften begrenzte.⁶⁸

64 Ebd., S. 151.

65 Ebd., S. 152, ein anonymes Lob von 1863 zitierend.

66 Wolff, Goethe, S. 203 f.

67 Ders., Zwölf Jahre Kampf, S. 53-64, hier zit. S. 62.

68 Zu der mit einer programmatischen, die zu einseitige Ausrichtung auf die Antike kritisierenden Ansprache des Kaisers eröffneten Schulkonferenz vom Dezember 1890 vgl. prägnant: Huber, Verfassungsgeschichte, S. 917-919. – Wolff hatte dem kaiserlichen Plädoyer für mehr Gegenwartsnähe im Geschichts- und Deutschunterricht unverzüglich mit einer Broschüre ‚Geschichte rückwärts?‘ (1892) Rechnung getragen, die ihm Max Koch noch vier Jahre später in einem von Althoff angeforderten Gutachten als Ausdruck serviler Gesinnung ankreidete: „Selbstverständliches wird künstlich aufgebauscht vorgetragen, ganz Verschiedenes wird willkürlich verbunden, um immer von Neuem das Kaiserwort [der Schulkonferenz von 1890] ertönen zu lassen. Nun kann die vielumstrittene Äußerung S[einer] M[ajestät], man solle die Jugend von Sedan rückwärts von Leuthen zu den Thermophylen führen, doch nur in drastischer Art den pädagogisch wie wissenschaftlich unanfechtbaren Grundsatz erläutern: der Jugend solle zuerst die Augen geöffnet werden für die Welt, in der sie lebt und nächstens wirken soll. Sie soll eine Ahnung bekommen da-

Auch für das Repertoire der in den 1890ern wie Pilze aus dem Boden schießenden „Freien Volksbühnen“ favorisierte Wolff in erster Linie Shakespeare, Goethe, Schiller, dazu Lessing und Kleist. Gerade die 1894 gegründete Kieler Volksbühne, deren Spielplan ihr Mitbegründer Wolff wohl einige Zeit beeinflussen konnte, zeichne sich vor anderen Bühnen, wo „Doctrinäre“ dem Publikum „demokratische“, aber keine „Volksstücke“ zumuteten, durch Aufführungen von „volksbildnerische[m] Werth“ aus, eben weil sie die „Classiker“ spiele.⁶⁹ Insofern begehe die Volksbühne an der Förde nicht dieselbe Unterlassungssünde, Goethe zu ignorieren, wie die meisten anderen Theater im Reich, wo man das Ressentiment gegen den subalternen „Fürstenknecht“ pflege, das auf die „politische Vervehmung“ [sic] durch den jüdischen Vormärz-Publizisten Ludwig Börne zurückginge und das den Dichter lange nach 1848 in den Schatten des „Freiheitssängers“ Schiller verbannt habe. Daher gelte es nun endlich den politischen Dramatiker Goethe wiederzuentdecken, der mit antirevolutionären Stücken wie „Der Bürgergeneral“, „Die Aufgeregten“ und insbesondere mit „Die natürliche Tochter“ die „dramatische Bewältigung der französischen Revolution“ angepackt habe, die, unvermindert aktuell, dem wilhelminischen Publikum eine „weitblickende geschichtliche Auffassung“ eröffneten, um den Niederungen „politischen Biedermeierthums“ und der „Bierbankpolitik“ zu entkommen.⁷⁰ Worunter Wolff nichts anderes verstand als innenpolitische Befangenheit, jenen „Kleinmut, der auf gewissen Kreisen Deutschlands betreffs transatlantischer Unternehmen lastet“, und den aus konservativer und nationalliberaler Sicht linksliberaler „Fortschritt“, Sozialdemokratie und katholisches Zentrum nicht abwerfen konnten.⁷¹ Ihnen fehle der Mut für den seit 1895 angebahnten Wechsel fort von

von, wie diese ihre vaterländische Welt geworden ist, ehe sie in die Weiten der Weltgeschichte eingeführt wird. Als wissenschaftliches Programm war das Kaiserwort sicher nicht gedacht, und Herrn Dr. Wolffs Versuch, daraus eine Methode für die Behandlung der Litt. Gesch. zu konstruieren[,] ist vollständig mißglückt.“ GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 97-99; Koch – PrMK vom 22. 9. 1896.

69 Wolff, Geschichte, S. 138.

70 Ebd., S. 124 f. – Der Appell, endlich die Revolutionsdramen volkspädagogisch zu revitalisieren, formuliert schon der Biograph, Wolff, Goethe, S. 173-176, sowie Wolff, Shakespeare, S. 205 f.

71 Der in den Kolonialdebatten des Reichstags seit Mitte der 1890er-Sessionen üblich gewordene „Kleinmut“-Vorwurf der Konservativen hier zitiert nach einer Redepassage des prominenten Abgeordneten der Freikonservativen, Traugott Hermann Graf von Arnim-Muskau, in: v. Arnim-Muskau/Boelcke, Muskau, S. 338. Um 1900 formulierte der Nationalökonom Richard Ehrenberg wesentlich direkter, dass die Flottenbewegung „die Blicke aller Deutschen“ glücklicher Weise abziehe von „den engen Verhältnissen des täglichen Getriebes, von allen den überflüssigen Reibungen, den Zänkereien, die uns nur das Leben verbittern“, darum „hinaus auf das eine [kursiv im Original] weite Weltmeer“. Vgl. Hampe, Hintergründe, S. 71.

Bismarcks kontinentaleuropäisch zentrierter Gleichgewichts-, hin zu imperialistischer „Weltpolitik“.⁷²

Was er bei den Reichstagsparteien vermisste, weltpolitischen Weitblick, darüber glaubte der Kieler Privatdozent und Publizist Wolff in reichem Maße selbst zu verfügen. War er doch, wie häufige politische Anspielungen in seinen literaturhistorischen, den theater- und literaturkritischen Publikationen und den Anmerkungen zum Zeitgeschehen im *Hamburgischen Korrespondenten* sowie in der *Frankfurter* und der *Vossischen Zeitung* dokumentieren, ein auch dank offenbar emsiger Presselektüre derart umfassend über die Tagesaktualitäten informierter Zeitgenosse, dass ihm keine Nuance des von Wilhelm II. gesteuerten „Neuen Kurses“ entging, schon gar nicht der 1895 eingeläutete Übergang zur Ausweitung deutschen Einflusses in der Welt. Die meisten von Wolffs Texten aus diesen Monaten der Zäsur und den folgenden Jahren weit über die Jahrhundertwende hinaus sind daher nur als Gewebe zu entwirren, worin sich ein vermeintlich esoterischer Fachdiskurs zu Goethe, Groth, Hauptmann u. a. verschlingt mit kommentierenden Stellungnahmen eines mit den Herrschenden des Kaiserreiches lebhaft sympathisierenden Intellektuellen und Bildungsbürgers.⁷³

Wie wetterföhliger der Pressekonsument Wolff war, als er 1895/96 an seiner „Geschichte der Deutschen Literatur in der Gegenwart“ arbeitete und der Versuchung nicht widerstand, sie als Resonanzraum seiner Zeitungslektüre zu nutzen, zeigt der Vergleich mit seinem akademisch erfolgreichen Altersgenossen Max Weber. Der auf die außenpolitisch umschlagende Zeitstimmung prompt reagierende Nationalökonom hatte sich im Mai 1895 in seiner Antrittsvorlesung über „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik“ zu einem Fürsprecher des imperialistischen Ausgriffs gemacht, mit der später vielzitierten Wendung, das Reich müsse nun „große Politik“ und „Weltmachtpolitik“ treiben, solle die Reichsgründung von 1871 nicht ein Jugendstreich bleiben, den die Nation auf ihre alten Tage besser unterlassen hätte.⁷⁴

Zur selben Zeit inspirierte die im Frühjahr 1895 rasch anschwellende Kolonial- und Flottenagitation auch Wolffs Deutung, Faust II als Religion der „That“ aufzufassen, sowie seine wiederholte dringliche Mahnung, Goethes vergessene Revolutionsdramen zu inszenieren, um das politische Be-

72 Zu dieser Zäsur in der wilhelminischen Außenpolitik: Mommsen, *Großmachtstellung*, S. 131-139.

73 Wissenschaftshistorisch ungemein anregend ist die auf ein elaboriertes Kunstwerk wie Fontanes „Der Stechlin“ (1898) konzentrierte Studie von Zuberbühler, Fontane. Der Verfasser wertet die zeitgenössische Publizistik, vornehmlich Fontanes Leiborgan, die *Vossische Zeitung*, aus, um diesen genialen Altersroman als literarischen Spiegel der „drängenden Tagesfragen und Geschehnisse“ im Preußen und im Deutschen Reich der 1890er Jahre zu rekonstruieren.

74 M. Weber, *Nationalstaat*, S. 23.

wusstsein der Deutschen über „biedermeierliches“ Niveau hinauszuhoben. Wobei Wolff, anders als Max Weber, dem intensive Studien realistische Einschätzungen der wenig ermutigenden Lage der Landarbeiter in den ökonomisch abgehängten preußischen Ostprovinzen ermöglichten,⁷⁵ zur „faustischen“ Erschließung kolonialen Neulandes zwecks „Unterhalt der infolge Übervölkerung überschüssigen Volksgenossen“ weniger afrikanische oder pazifische Übersee-Territorien als zunächst Ostelbien im Auge hatte. Er öffnete Goethes letzter Roman, „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (1829), Richtung „Amerika“ Aussichten für die „äußere Kolonisation“, so stelle der Dichter in Faust II „die innere Kolonisation für das deutsche Volk als soziale Hauptaufgabe der Zukunft“, mithin „unserer Gegenwart“, dar.⁷⁶

Der ideellen Integration und dem sozialen Ausgleich in der von Interessenkonflikten zerrissenen wilhelminischen Klassengesellschaft sollten jedenfalls beide Varianten der Kolonisation, innere und äußere, dienen.⁷⁷ Folglich stimmte Wolff Karl Bleibtreu zu, einem ehemaligen frühnaturalistischen Weggefährten aus der Berliner Zeit, der die „soziale Frage und den Gegensatz der Nationalitäten“ als „die zwei großen Themata der Zukunftspoese“ proklamierte.⁷⁸ Vermutlich umfasste das zweite Thema der „Zukunftspoese“ für Bleibtreu auch die zwischenstaatlichen Rivalitäten der „großen Mächte“, aber Wolff schien mehr daran zu denken, literarisch zunächst „des Reiches Grenzwehr in Elsaß-Lothringen, an der polnischen wie dänischen Sprach- und Culturgrenze zu stärken“.⁷⁹ Mit „patriotische[r] Dichtung“ allein wollte er es dabei nicht bewenden lassen. In einem der drei Brennpunkte, der Provinz Posen, wo Ende der 1890er „der erneute polnische Ansturm“ abzuwehren war, sah er für sich selbst ein weites Betätigungsfeld bei der „Germanisierung des Ostens“.⁸⁰ Darum bewarb sich der in der Kieler Fakultät nicht gelittene Literaturhistoriker, als die Gründung einer von ihm mit angeregten „populärwissenschaftlichen Hochschule“ in der Provinzhauptstadt Posen 1901 Gestalt annahm, um eine

75 Vgl. Torp, Weber, u. Konno, Weber.

76 Wolff, Goethe, S. 309.

77 Hampe, Hintergründe, S. 71-79, der sich zugleich scharf abgrenzt vom lange dominanten Erklärungsmuster Hans-Ulrich Wehlers, demzufolge das Konzept der „Weltpolitik“ eine Herrschaftsstrategie gewesen sei, um im Kaiserreich periodische sozioökonomische Krisen des Kapitalismus zu bewältigen. Eine Deutung, so Hampe, die weder wirtschaftshistorischen Fakten entspreche – 1895 habe im Reich eine Prosperitätsphase begonnen, die bis 1914 anhielt –, noch sozialpsychologisch die „bildungsbürgerliche Imperialbegeisterung“ verständlich mache.

78 Wolff, Shakespeare, S. 93.

79 Wolff, Geschichte, S. 320.

80 Vgl. seinen Artikel im Norddeutschen Correspondenten: „Über welche Mittel verfügt die deutsche Bildung überhaupt zur Germanisierung des Ostens?“ (undatiert, 1900), Ausriß, in: GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 176.

„feste Beschäftigung“ als Dozent zu erhalten.⁸¹ Der Wunsch blieb unerfüllt, ohne dass deswegen Wolffs Anteilnahme am eskalierenden deutsch-polnischen „Volkstumskampf“ erkaltet wäre. Denn 1908 und 1909 trat er wieder mit detaillierten kulturpolitischen Vorschlägen in die Arena, um dafür zu werben, in Posen eine Universität als „Hochburg des deutschen Geistes“ zu gründen und einen „Kranz von Bildungsstätten“ in der Provinz aufzubauen, der ihr aus den „geistig führenden Schichten“ des übrigen Reiches einen „nie versiegenden Strom deutscher Zuwanderung“ in die preußische „Ostmark“ zuleiten sollte.⁸²

Wer Goethe als Eideshelfer bei der Beschwörung innerer Einheit bemühte, musste nicht nur im „Volkstumskampf“ an der Außengrenze des Reiches konsequent auf Integration durch Assimilation setzen. Darum stand für Wolff nie ein „Totschweigen der Judenfrage“ zur Disposition.⁸³ Wie die von ihm im Kieler Verlag der Buchhandlung Lipsius & Tischer von 1891 bis 1893 herausgegebenen „Deutsche Schriften für nationales Leben“ bezeugen. Dort nahm er neben einer Kampfansage gegen die Sozialdemokratie, die eine von Glogaus zahlreichen Wahlreden für die Konservative Partei wiedergab,⁸⁴ auch einen, ganz im Sinne Wolffs, strikt assimilatorischen Vorschlag zur „Lösung der Judenfrage“ auf.⁸⁵ Der Reihentitel war

81 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I, Bl. 175; Wolff – PrMK vom 18. 1. 1902. In der *Posener Zeitung* vom 26. 11. 1901 hatte Wolff eine solche Hochschule gefordert, die 1903 als Königliche Akademie Posen gegründet wurde, Selbstzitat S. 615 in Wolff, Kulturpolitik. Zur Gründungsgeschichte ausführlich: Schutte, Akademie Posen, S. 210-212 u. S. 224 f., hier belegt Vf. auch, dass Wolff bis 1914 im Kultusministerium und 1906 sogar beim Reichskanzler Bernhard von Bülow persönlich beharrlich den Ausbau der Akademie zur Universität gefordert hatte.

82 Wolff, Kulturpolitik, S. 615 (unter Bezugnahme auf Aufsätze im nationalliberalen *Tag* Nr. 42 u. 181, 1908). Der Aufsatz richtet sich gegen eine kurz nach seinem Tod im August 1908 unter dem Titel „Eine neue deutsche Universität im Osten“ veröffentlichte kulturpolitische Intervention des Berliner Philosophen und Pädagogen Friedrich Paulsen, der gefordert hatte, die von ihm projektierte Posener Universität als Zentrum slawischer Studien zu errichten. Wogegen Wolff vehement Einspruch erhob, denn dadurch würde die Stellung Posens, ohnehin schon „Vereinigungsort des Polentums“, als „geistiger Mittelpunkt des Polentums“ gekrönt werden (ebd., S. 614). Zur Auseinandersetzung über die Vorschläge Paulsens vgl. Schutte, Akademie Posen, S. 212-214.

83 Schachtsiek, Wolff, Bl. 6.

84 Glogau, Ideale.

85 Robert Max, Lösung der Judenfrage, S. 30-32; demnach beseitige die Assimilation die „schlechten jüdischen Eigenschaften“, die sich nach Ansicht des Verfassers auf dem von Juden dominierten Geldmarkt, in „Börse, Bankwesen“ wie in „Zeitung und Presse“ auch volkswirtschaftlich negativ auswirken würden. Anstelle des unbekanntes (vielleicht pseudonymen) Max hatte Wolff zunächst Glogau gebeten, sich in der Schriftenreihe „über die Judenfrage öffentlich zu äußern“, und zwar in der Form eines Briefwechsels mit ihm oder mit dem Berliner Völkerpsychologen Moritz Lazarus. Wie Glogau dem jüdischen Freund Steinthal, mit Lazarus seit 1862 Begründer und Herausgeber der Zeitschrift für Völkerpsychologie, mitteilte, habe

als Bekenntnis zum Göttinger Orientalisten und konservativen Zeitkritiker Paul de Lagarde (1827-1891) zu verstehen, der 1878 und 1881 erstmals seine politischen Aufsätze als „Deutsche Schriften“ veröffentlichte, die bis 1945 mehrere Neuauflagen erlebten und in kaum einer Hausbibliothek des konservativen Bürgertums fehlten.⁸⁶ Ein in dieser Reihe anonym publiziertes, Wolffs Verfasserschaft aber zweifelsfrei erweisendes Heft, galt Anfang 1891 der Würdigung des im Dezember 1891 verstorbenen Lagarde. Ausführlich erörtert Wolff hier die assimilatorische Position, die der Gelehrte zur „Judenfrage“ einnahm, und stimmt ihr mit Emphase zu. Das Deutschtum, so lautete de Lagardes einprägsame Formel, läge nicht im „Geblüte sondern im Gemüte“. Daher stünde dem „Aufgehen“ des Judentums im deutschen Volk nichts im Wege.⁸⁷

Wolffs politisch-publizistischer Aktivismus klang vor 1914 ab. Im Ersten Weltkrieg erschien als einziger plakativer Beitrag zu den Ideen von 1914 die Bismarck-Würdigung zum 100. Geburtstag des Reichsgründers und – das durfte nicht unerwähnt bleiben – Goethe-Verehrers.⁸⁸

Goethes Werk blieb bis in die Kriegsjahre von 1914 bis 1918 hinein Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit wie des Unterrichts. 1907 erschien eine kommentierte Edition der Gedichte des jungen Goethe, die Wolff erstmals ein überwiegend positives Rezensenten-Echo bescherte.⁸⁹ Doch statt mit dem geplanten zweiten Band fortzufahren, ging er das Risiko ein, aus dem 1793 erschienenen Roman „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ den „Ur-Meister“, das verloren geglaubte Manuskript „Wilhelm Meisters theatralische Sendung“, textkritisch wenigstens bezüglich der zentralen Figur der „Mignon“ zu rekonstruieren. Dafür erntete er, obwohl die Schluss-

er dies aber abgelehnt, „weil meine Studien dazu nicht ausreichen“ (M. Glogau, Glogau, S. 143; Brief vom 2. 10. 1890). Der deswegen um Rat gefragte Steinthal antwortete umgehend: „Lasse Dich nicht auf die Juden-Frage ein.“ (ebd., S. 144; Brief vom 3. 10. 1890). – Die kollegialen, wenn nicht freundschaftlichen Beziehungen zu Glogau scheinen unter dessen Absage nicht gelitten zu haben. Denn die Witwe des 1895 in Griechenland tödlich Verunglückten überließ Wolff den Nachlass des Philosophen. Die Papiere lagerten dann, bis zu ihrer zu vermutenden Vernichtung im angelsächsischen Bombenhagel, der im Zweiten Weltkrieg auch das alte Kieler Universitätsviertel zerstörte, in Wolffs Literaturwissenschaftlichem Seminar, das als Archiv eigentlich nur ein „Sammelplatz niederdeutschen Geisteslebens“ sein sollte (SHLB, NL Frenssen, Cb 21.56:1190; Wolff an Frenssen vom 9. 1. 1918).

86 Zu de Lagarde neuerdings Sieg, Prophet; dort S. 131 auch der Nachweis der Kontaktaufnahme des vermeintlichen „Danziger Privatdozent[en]“ Wolff, der den Orientalisten 1890 (vergeblich) zur Mitarbeit an der Schriftenreihe aufgefordert habe. Ebd., S. 224, die Erwähnung eines früheren Annäherungsversuchs, als Wolff 1885 de Lagarde schon einmal für die Mitarbeit an einem publizistischen Unternehmen warb, das weltanschaulich an dessen „Deutsche Schriften“ anschließen wollte.

87 Anonymus, Lagarde, S. 12 f. u. S. 24-26.

88 Wolff, Bismarck.

89 Wolff, Der junge Goethe.

folgerungen nicht überzeugten, manche Anerkennung für seine von Scharfsinn, detektivischem Spürsinn und intimer Vertrautheit mit allen Facetten des goetheschen Schaffens zeugende Leistung.⁹⁰ Aber das Werk war kaum auf dem Markt, da tauchte 1910 aus Schweizer Privatbesitz die von Goethe 1783 einer Freundin in Bern überlassene Handschrift von „Wilhelm Meisters theatralischer Sendung“ auf. 1911 vom Berner Germanisten Harry Maync herausgegeben, zerriss der sensationelle Fund Wolffs Indizienketten.⁹¹ Eine verästelte Rechtfertigung, vorgetragen auf der Versammlung der deutschen Philologen und Schulmänner im November 1911, fing diesen neuerlichen herben Ansehensverlust nicht auf.⁹² So evozierte die 1912 publizierte Untersuchung zum geistesgeschichtlichen Kontext der Faust-Legende mit dem abermaligen textkritisch-stilanalytischen Versuch, eine „Urgestalt“, diesmal die des historischen Vorbildes für den Doktor Faust zu ermitteln, Zweifel an der Seriosität der kühnen, Wahrscheinlichkeit für Wirklichkeit ausgebenden Konstruktionen.⁹³

Die letzte umfangreichere Goethe-Arbeit erschien mitten im Ersten Weltkrieg und wollte die Novellen aus „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ nach einem auf die christlichen Ideen von Entsagung und Pilgerschaft zentrierten „ursprünglichen Plan“ neu anordnen, eine These, die nach Ansicht des Rezensenten Harry Maync, der 1911 schon die Spekulationen über die Urfassung der „Lehrjahre“ so grausam zerstört hatte, „auch diesmal wenig Gläubige finden“ werde.⁹⁴

Abschied von Goethe: Eugen Wolffs letztes Kieler Jahrzehnt (1918-1928)

Nach einem Vierteljahrhundert im Dienste Goethes sah sich dessen Kieler Apostel Eugen Wolff 1920 zurückgeworfen auf die Ausgangsposition seines Einsatzes für den Weimarer Klassiker. Wie 1896 war es zwar nicht mehr der 1913 verstorbene Erich Schmidt, der eine akademische Ranger-

90 Wolff, Mignon. Kritisch ablehnend nur J. Petersen, Mignon.

91 Maync, Goethe-Literatur, S. 294 f.: Auch Wolff vermöge er in seiner neuesten Goethe-Arbeit nicht zuzustimmen, weil sie „wieder auf dem von ihm mit ebenso viel Leidenschaft bebauten unsicheren Boden der pseudophilologischen Hypothese erwachsen ist“.

92 Wolff, Wilhelm Meisters theatralische Sendung, 1911/12; ausführlicher separat: Wilhelm Meisters theatralische Sendung, 1911.

93 Dazu die Rezension von Hauffen, Wolffs ‚Faust und Luther‘.

94 Wolff, Die ursprüngliche Gestalt, sowie die Edition: Wanderjahre. Novellenkranz, gegen diese Neuordnung Maync, Goethe-Literatur, S. 294 f. – Noch abschätziger die Rezension des Weimarer Goethe-Forschers Max Hecker: Wolffs Bemühungen um die „Lehrjahre“ seien schon auf „allgemeinen Widerspruch“ gestoßen. Nun versuche er sich an den „Wanderjahren“, was philologisch wie historisch ebenso unzulänglich sei; Hecker, Wolff, Sp. 558.

höhung, die Beförderung zum persönlichen Ordinarius, blockierte. Aber im preußischen Kultusministerium war, neben Erich Wende, der 1923 als Kurator an die Christiana Albertina wechselte, Schmidts Schüler und Schwiegersohn, ein Mann vom Fach, der Neugermanist Werner Richter, als Referent nun für die Personalsachen der preußischen Universitäten zuständig.⁹⁵ Richter stützte sich abermals auf Gutachter wie Max Koch, die bereits Althoff vor Wolffs „Journalismus“ gewarnt hatten. Und in der Kieler Fakultät amtierten nach wie vor die unversöhnlichen Widersacher des Goethe-Forschers – Gering und Kauffmann, mit denen er, wie er Kultusminister Carl Heinrich Becker offenbarte, seit 1902, als sie ihn als Extraordinarius hatten verhindern wollen, kein Wort mehr gewechselt habe.⁹⁶ Mithin sah sich Wolff einer allzu vertrauten Konstellation Kieler und Berliner Widersacher gegenüber, die ihm die Beförderung versagen wollten. Nur „antisemitische Regungen“, die Erich Hofmann in seinem Abriss der Kieler Universitätsgeschichte 1965 nachträglich unterstellte,⁹⁷ sind in diesem neuerlichen Konflikt in Sachen Wolff so wenig wahrzunehmen wie 1896, 1900 oder 1902.

Als im Spätherbst 1920 die Aufforderung des Ministeriums eintraf, die Fakultät möge sich äußern, ob Wolff würdig sei, ihn zum persönlichen Ordinarius zu ernennen, formierten die beiden Altgermanisten rasch die Reihen der Wolff-Gegner, deren Rückgrat aus den leicht zu werbenden, weil an den historisch-philologischen Disziplinen und ihren Streitfragen notorisch uninteressierten Naturwissenschaftlern bestand. Dazu trat das Gros der Geisteswissenschaftler. Immerhin wollten die Altphilologen Werner Jaeger und Felix Jacoby sowie der Klassische Archäologe August Fricken-

95 Zu Richter (1887-1960) vgl. IGL III, S. 1489-1491. Zur Tätigkeit im PrWKV: G. Müller, *Weltpolitische Bildung*, S. 279-281. – Auch Richter hat sich in die Geschichte der Kieler Rezeption des politischen Goethe eingeschrieben, im Frühjahr 1932, mit einem im Wissenschaftlichen Klub des Instituts für Weltwirtschaft gehaltenen Vortrag über: Goethe und der Staat.

96 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XVIII, Bl. 412-419; Wolff – Becker undat. [ca. Juni 1921]. Diese unzumutbare Arbeitsatmosphäre dürfte für Wolff zumindest seit 1912 dadurch ein wenig erträglicher geworden sein, dass sein Seminar (seit 1918: Institut) für Literaturwissenschaft im Warleberger Hof in der Dänischen Straße residierte, während das Germanische Seminar von Kauffmann und Gering im Hauptgebäude der Universität untergebracht war. Damit lag ein Sicherheitsabstand von 500 Metern zwischen den Kontrahenten.

97 Hofmann, *Die CAU in preußischer Zeit*, S. 60. Gegen diesen Verdacht ist darauf hinzuweisen, dass der in der Causa Wolff federführende Personalreferent Richter (vgl. Anm. 95) selbst jüdischer Herkunft war und dass sich unter Anhängern wie Gegnern Wolffs in der Fakultät Juden wie Nicht-Juden finden. Zur quellenkritischen Einschätzung von Hofmanns eifertig-beflissener Unterstellung „antisemitischer Regungen“ ist zu berücksichtigen, dass der Indogermanist von 1943 bis 1945 im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im einstigen Geschäftsbereich des 1939 in die USA emigrierten Werner Richter tätig war, als Personalreferent für die geisteswissenschaftlichen Fächer.

haus Wolff „einige Verdienste“ zubilligen, aber letztlich blieben dessen einzige Getreue, der Orientalist Georg Jacob und der „lutherische Botaniker“ Johannes Reinke,⁹⁸ der für die Universität bis 1918 im Preußischen Herrenhaus saß, isoliert. Mit „größter Schroffheit“ votierten Kauffmann und Gering bei der ersten ministeriellen Anfrage gegen ihn, während Jacob und Reinke für Wolff eintraten. Bei der Abstimmung in einer im Januar 1921 abgehaltenen Fakultätssitzung fand Kauffmanns Ablehnungsantrag die erwartete Mehrheit von zehn Stimmen bei vier Enthaltungen. Aber da sich der Althistoriker Hugo Prinz und der Indogermanist Ernst Fraenkel neben Jaeger, Jacoby, Frickenhaus sowie den Mathematikern Otto Toeplitz und Ernst Steinitz den Wolff-Sympathisanten anschlossen, kamen am Ende respektable, wenn auch nicht entscheidende neun Pro-Stimmen zusammen. Offenbar aufgrund des knappen Ausgangs gegen Wolff erreichten seine Unterstützer Mitte Februar 1921 eine zweite Sitzung, die durch Jacobs taktisches Ungeschick, sein „allzu temperamentvolles Eintreten“ für den Literaturhistoriker, zum Triumph für die Gegenseite geriet, da Kauffmann und Gering ad hoc einen Ausschuss konstituierten, dem Jacob und Reinke, da sie dessen Zielsetzung verkannten, fernblieben. Mit der Konsequenz der definitiven Weigerung der Fakultätsmehrheit, Wolffs Ernennung zum persönlichen Ordinarius zuzustimmen.⁹⁹

Ministerialrat Richter bat daraufhin Autoritäten wie Max Koch und den Münchner Neugermanisten Franz Muncker um Stellungnahmen, die er dann als Scherbengericht über den Goethe-Philologen Wolff verstehen musste. Koch meinte, da Wolff seit der Goethe-Biographie in „recht bedenkliche Betriebsamkeit verfallen“ sei und in seinem Bestreben, Aufsehen zu erregen, wiederholt mit „Konstruktionen“ wie denen in der „Mignon“-Monographie „mit Recht fast allgemeine Ablehnung“ erfuhr, über dessen „Gesamtstätigkeit“ sein negatives Urteil von 1896 nicht revidieren zu müssen. Er könne sich nicht denken, „dass die Einwirkung eines selber so äußerlich Effekte haschenden Lehrers seine Hörer und Schüler zu philogischer Gründlichkeit und ernster geschichtlicher Betrachtung anzuleiten vermag. Sein Beispiel dürfte eher zu Oberflächlichkeit und journalistischer Vielgeschäftigkeit verleiten“.¹⁰⁰

Muncker wertete differenzierter und würdigte die Lyrik-Edition „Der junge Goethe“ als „philologisch gründlich und feinsinnig“. Selbständige

98 Über ihn zuletzt Wissemann, Reinke, dazu Tilitzki, Wissemann.

99 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XVIII, Bl. 412-419; Wolff – Becker undat. [ca. Februar 1921]. Obwohl keine Indizien an der Darstellung des Verlaufs der beiden Fakultätssitzungen, die Wolff hier dem Ministerium übermittelte, zweifeln lassen, bleibt eine quellenkritische Unsicherheit, da die Fakultätsprotokolle leider nicht überliefert sind.

100 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XVIII, Bl. 425 f.; Koch – Richter vom 8. 4. 1921.

Forschung biete sie indes nicht. Die finde sich erst wieder in „Mignon“, einer Studie, die „in mancher Hinsicht auch heute noch wissenschaftlich fördernd“ wirke, obgleich sich ihre wichtigste Hypothese als irrig, weil durch den Fund des Ur-Meister „unmittelbar widerlegt“ erwies. Ebenso könne die Literaturwissenschaft aus „Faust und Luther“ (1912) „allerhand Gewinn“ ziehen, doch wiederum fehlten für „kühne Vermutungen“ Beweise, die „sorgfältige, wissensreiche, manchmal tüftlige Begründungen“ nicht ersetzen. Überdies müsse man sich der „schlimmen Irrpfade“ erinnern, die Wolff 1898 betrat als er zwei unbedeutende Lustspiele Ludwig Wielands für vermeintliche Frühwerke Heinrich von Kleists ausgab.¹⁰¹ Daran zeigte sich Wolffs „Grundeigenschaft“, die „Geschäftigkeit“ mit der Neigung zu „Reklame“, die zwar überall Probleme erkenne, sich aber mit deren Lösungen überstürze, so dass sie „fast niemals“ strengen Ansprüchen genügte und seine „reiche, vielseitige Arbeit“ daher nur „zu dürftigen wissenschaftlichen Ergebnissen geführt“ habe. Beim Vergleich mit dem Schaffen älterer und gleichaltriger Forscher wie August Sauer oder Albert Köster gerate Wolff folglich ins Hintertreffen, und inzwischen sei er selbst von viel jüngeren Fachgenossen wie Julius Petersen, Rudolf Unger und Fritz Strich überholt worden. Ebenso wenig habe er Dissertationen von Rang betreut und nicht einmal einen „richtigen Schüler“ herangezogen.¹⁰²

Dem als Schlichter bemühten Theologen Otto Baumgarten teilte Minister Becker im Juni 1921 mit, dass man aufgrund „außerordentlich ungünstige[r]“ Voten, die selten so zahlreich eingezogen worden seien wie in diesem Fall, von Wolffs Beförderung Abstand nehme. Was Wolff selbst an Urteilen von Fachgelehrten beigebracht habe, komme über persönliche Freundlichkeiten oder positive Bewertungen von Einzelleistungen nicht hinaus und liefere keine hinreichende Handhabe, ihn der Fakultät abermals zu oktroyieren.¹⁰³

Die lange Aufzählung eigener wissenschaftlicher Verdienste, der Verweis auf wohlwollende Besprechungen der Goethe-Studien seit 1907, auf organisatorische Leistungen für das von ihm 1912 gegründete Institut für Literatur- und Theaterwissenschaft, auf Erfolge „an der Spitze“ verschiedener Volksbildungseinrichtungen in der Provinz, auf seine Anziehungskraft als Dozent und schließlich auf die achtzehn bis 1920 bei ihm angefertigten Dissertationen – mit nichts von alledem vermochte Wolff Richter und Becker umzustimmen.¹⁰⁴ Keinen Eindruck hinterließen auch zwei Re-

101 Dazu ausführlich die vernichtende Kritik: „Zwei Jugendlustspiele?“ von Wukadinović, Kleist-Studien, S. 1-54.

102 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XVIII., Bl. 427-429; Muncker – Richter vom 5. 4. 1921.

103 Ebd., Bl. 232; C. H. Becker – Baumgarten vom 29. 6. 1921.

104 Ebd., Bl. 412-419; Wolff – C. H. Becker undat. (vermutlich Juni 1921).

solutionen seiner Schüler¹⁰⁵ und die von Wolff eingefädelt demarche der kaum unparteiisch urteilenden Kieler Wissenschaftlichen Gesellschaft für Literatur und Theater, die er selbst im September 1918 zur Förderung von Forschungen zur „Heimat-Literatur“ an seinem Institut und zur Alimentierung des dort aufgebauten Theatermuseums als Verein gegründet hatte.¹⁰⁶

Für Richter stand außer Frage, dass der Literaturhistoriker seit 1895 „von Blamage zu Blamage geschritten“ sei, die Dissertationen seiner Schüler reichten „in keinem Fall über das Mittelmaß hinaus“, niemand habe sich bei ihm habilitiert. Dass Gering und Kauffmann die neuere Literaturgeschichte zu gering einschätzten und in dieser Hinsicht veraltet dächten, sei Wolff zwar genauso zu konzedieren wie zutreffende Hinweise auf arge Fehlleistungen Kauffmanns, von dem jedoch keine annähernd so peinlichen Erzeugnisse einer „unmethodischen Pseudophilologie“ vorlägen wie Wolffs Edition vermeintlicher Kleist-Komödien oder, „als Muster der Sparte“, die Bücher über „Mignon“ und „Faust und Luther“. Auch das Engagement im Kieler Institut zeuge weniger von wissenschaftlichen Fähigkeiten als von „dankenswerter Regsamkeit“, und in seine Theatersammlung nehme er anscheinend viel Bedeutungsloses auf, weil ihm nicht das „notwendige Maß an Kritik zu Gebote“ stünde.¹⁰⁷

In den Ministerialakten ist nicht überliefert, was im Sommer 1921 Richter dazu bewog, das Verfahren erneut in Gang zu setzen und den Hamburger Ordinarius Conrad Borchling, eine Kapazität auf dem Gebiet der niederdeutschen Sprachforschung,¹⁰⁸ sowie den gerade von Königsberg nach Halle berufenen Altgermanisten Georg Baesecke¹⁰⁹ zu fragen, ob Wolffs Leistungen eine Oktroyierung rechtfertigten. Borchling, mit Wolff verbunden im Einsatz für die neuniederdeutsche Dichtung Klaus Groths, kritisierte die „große Ungerechtigkeit“ die die Kieler Fakultät ihm antue, weil sie ihm die „Aufzwingung“ als Extraordinarius nachtrage. Dabei enthielten seine umfangreicheren Arbeiten „neben manchem Verfehlten“ zweifelsohne doch „gesicherte Resultate“. Baesecke sparte sich derartige

105 Ebd., Bl. 420 f.; Gesuch der Schüler Wolffs vom 8. 3. 1921, unterzeichnet im Auftrag von Karl Pünjer und Ilse Wichmann sowie von Karl Ehlers und Erich That im Namen der ehemaligen Schüler. Ebd., Bl. 432-438; Eingabe vom 9. 6. 1921 vornehmlich von Doktoranden Wolffs unterzeichnet, u. a. von Harboe Kardel, Hermann Trog, Ilse Wichmann, Reinhold Stolze, Georg Grabenhorst. – Pünjer, Kardel und Grabenhorst zählten vor und noch nach 1945 zu den Exponenten der „Niederdeutschen Bewegung“.

106 Ebd., Bl. 233 f.; Heinrich Hunke, Buchhändler in Kiel, im Namen der Wiss. Gesellschaft an Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (so lautete die Bezeichnung für das Kultusministerium seit 1918, künftig zit.: PrMWKV) vom 20. 6. 1921.

107 Ebd., Bl. 410 f. Aktenvermerk Richters vom 25. 3. 1921.

108 Zu C. Borchling (1872-1946): IGL I, S. 239-242.

109 Zu G. Baesecke (1876-1951): IGL I, S. 73-75.

Erörterungen des Für und Wider und antwortete mit einem schlichten „Ja“ auf Richters Anfrage.¹¹⁰ Daraufhin verließ der Berufungserlass Ende Dezember 1921 das Ministerium.¹¹¹

Ansporn, unter demokratischen Vorzeichen weiterhin für Goethe volkspädagogisch zu werben, ging von dieser schwer erkämpften Rangerhöhung nicht aus. Wolff, der dies wie kein anderer hätte initiieren können, unternahm nichts, um in Kiel eine Ortsgruppe der Goethe-Gesellschaft, wie sie nach 1918 in anderen Großstädten,¹¹² vor allem im Rheinland wie Pilze aus dem Boden schossen, ins Leben zu rufen. Insofern gab ihm auch das benachbarte Hamburg kein Beispiel, wo sich unter der Stabführung des Germanisten Robert Petsch und unter reger Beteiligung von Fakultätskollegen, unter ihnen der als Goethe-Exeget ausgewiesene Philosoph Ernst Cassirer,¹¹³ die Goethefreunde seit 1919 zunächst in einem Ortsausschuss, dann 1924 in einer der kurzzeitig aktivsten unter den Ortsgruppen der Goethe-Gesellschaft zusammenfanden.¹¹⁴

Wolff hingegen beschränkte die Beschäftigung mit Goethe bis zur Emeritierung fast vollständig auf seine Lehrtätigkeit,¹¹⁵ wenngleich auch hier nach 1920 ein markanter Rückgang seiner Goethe-Veranstaltungen zu registrieren ist.¹¹⁶ Auch begeisterte er, obwohl er sich als Ordinarius seit 1921 seine Doktoranden freier heranziehen konnte als während der zwei Jahrzehnte als ein von Kauffmann und Gering abhängiger Extraordinarius, nur wenige Schüler für die Goetheforschung. Die erste einschlägige Dissertation hatte schon vor dem Ende des Kaiserreichs lange auf sich warten lassen. 1917 ging der Bulgare Konstantin Galaboff der Stellung Friedrich Schlegels

110 GSStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XVIII, B. 422-424; Borchling und Baesecke an PrMWKV vom 30. 9. bzw. 2. 10. 1921.

111 Ebd., Bl. 442; Berufungserlass vom 28. 12. 1921.

112 Wobei nicht etwa Berlin, Dresden oder München die Rangliste anführten, sondern die Industriestädte an Rhein und Ruhr, allen voran die Ortsgruppe in Mülheim mit 1921 1.000 Mitgliedern (Jahrbuch der Goethe-Gesellschaft 9, 1922, S. 326 f.).

113 Ernst Cassirer (1874-1945) war bereits als Student der Goethe-Gesellschaft beigetreten, setzte sich als Philosoph und Ideenhistoriker ein Leben lang mit dem Werk des Klassikers auseinander und legte dazu eine stattliche Reihe von Interpretationen vor. Für die Emigrationszeit sei verwiesen auf die aus dem Nachlass edierten Vorlesungen in Göteborg und Lund (1940/41), Cassirer 2003.

114 Für die Anfänge der Hamburger Ortsgruppe, deren zunächst erfreuliche Aufwärtsentwicklung, mit 278 Mitgliedern im Gründungsjahr 1924, aufgrund der schlechten Wirtschaftslage schon 1925 stockte und die bis 1933 nicht mehr über 200 Mitglieder hinaus kam, vgl. die Ortsgruppen-Berichte im Jahrbuch der Goethe-Gesellschaft 1920 bis 1932.

115 Ausweislich der Vortragsprogramme in den Jahrbüchern der SHUG.

116 Die Kieler Vorlesungsverzeichnisse weisen noch zwischen 1918 bis 1920 in jedem Semester Goethe-Vorlesungen und/oder Übungen aus, von da an bis zum SS. 1925 jedoch lediglich zwei Übungen zu den „Wanderjahren“ und zu Goethes Gedichten. Im WS. 1925/26 bot Wolff letztmalig, wie bis 1920 üblich, je eine Vorlesung und Übung zu Goethe an.

zu Goethes *Wilhelm Meister* nach.¹¹⁷ 1921 folgte eine Dissertation über Goethe und Philipp Moritz¹¹⁸ und 1927 als Nachzügler Emil Krügers eng an Wolffs „Neuordnung“ von 1916 angelehnte Untersuchung über „Die Novellen in ‚Wilhelm Meisters Wanderjahren‘“.¹¹⁹

Außerhalb der Goethe-Philologie, überhaupt jenseits der engeren Literaturgeschichte, lagen dann schon die theaterhistorischen Beiträge Heinrich Brandts „Goethes Faust auf der Hofbühne Dresden“ (1920) sowie Wilhelm Russos „Goethes Faust auf den Berliner Bühnen“ (1924) und Benno Hattesens vergleichende Arbeit über die literatur- und theatergeschichtlichen Auffassungen der Faustrolle (1929). Die Abwendung des Forschers Wolff von Goethe spiegelt sich konsequent im Themenspektrum seiner Doktoranden wider. Von den 38 zwischen 1919 und 1929 abgeschlossenen Dissertationen entfielen auf regionale Literaturgeschichte (u. a. Groth; v. Liliencron; Frenssen; Stavenhagen; Die Stadt Kiel in der Literatur; Die Heimathymnen der preußischen Provinzen; Schleswig-holsteinische Landschaft im Spiegel schleswig-holsteinischer Dichtung), auf die schon genannte Theater- und die Pressegeschichte (u. a. Das schleswig-holsteinische Zeitungswesen bis 1789; Theodor Mommsen als schleswig-holsteinischer Publizist) sowie auf die Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts (u. a. Kleist; Rahel Varnhagen und die Romantik; Eichendorff; Hebbel; Fontane; Heyse) etwa je ein Viertel der Arbeiten.

Noch schneller als der Abschied von Goethe, wie er sich sukzessive im Hörsaal und in der Forschung vollzog,¹²⁰ endete Wolffs volkspädagogisches Werben für den Dichterfürsten. An der 1919 gegründeten, von Sozialdemokraten und bürgerlich Liberalen dominierten Kieler Volkshochschule schien für Wolff, der im Frühjahr 1919 als deutschnationaler Wahlredner aufgetreten war, kein Platz.¹²¹ Auf der neuen großen Bühne, die das

117 Galaboff, Stellung Fr. Schlegels, Phil. Diss. Kiel 1917 (Rigorosum September 1915).

118 That, Goethe und Moritz.

119 Krüger, Novellen. – Dazu Wolff, Novellenkranz.

120 Allein am Fortsetzungsband der kompendiösen Erläuterungen zu Goethes Lyrik, deren erster Band unter dem Titel „Der junge Goethe“ 1907 erschienen war, soll Wolff, wie ein anonymes Nachrufer berichtete (siehe Anm. 123), bis zu seinem Tode gearbeitet haben, neben der seinen theaterhistorischen Interessen geschuldeten, ebenfalls nicht zum Druck gelangten Biographie der Wiener Hofburgschauspielerin Christine Enghaus, die seit 1846 mit Friedrich Hebbel verheiratet war.

121 Zur Gründungsversammlung des Kreisvereins Kiel der DNVP hielt Wolff einen Vortrag über „Die Fehler der Demokratie“. Hier ging es wieder gegen seine bevorzugten Feinde, die Sozialdemokraten, denen bürgerliche Demokraten nach dem Sturz der Monarchie leider „die Steigbügel gehalten“ hätten und denen er eine Mitschuld daran gab, dass die Abtrennung Nordschleswigs an das neutrale gebliebene Dänemark überhaupt zum Gegenstand der Pariser Friedensverhandlungen gemacht worden sei; Versammlungsbericht in: Kieler Neueste Nachrichten Nr. 89 vom 15. 4. 1919, 2. Beiblatt. Dies scheint der einzige Auftritt Wolffs als DNVP-Redner gewesen zu sein. Rietzler, Nordmark, S. 104 u. S. 326, meint, ohne weiteren

jede Kleinstadt erfassende Vortragswesen der 1918 gegründeten Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft seit 1921 bot, gab Wolff nur ein einziges Gastspiel, in Heiligenhafen, wo er im Winter 1927/28 über „Goethes Faust auf der Bühne“ sprach und damit seinen mutmaßlich letzten der ohnehin selten gewordenen öffentlichen Auftritte in Sachen Goethe bestritt.¹²² Seit längerem durch Krankheit eingeschränkt, beantragte Wolff zum Ende des Wintersemesters 1927/28 seine Emeritierung und verzog nach Neubabelsberg bei Potsdam, wo er am 25. Februar 1929 verstarb.¹²³

Goethes Kieler Statthalter in der Weimarer Republik: Friedrich Wolters

Nach Eugen Wolffs Abschnenken in Gefilde fern der Weimarer Klassik blieb die Stelle des Kieler Repräsentanten Goethes nicht lange vakant. Brachte der kenntnisreichste Anwärter auf diese Stelle, der von Königsberg nach Kiel gewechselte Strafrechtler und Rechtsphilosoph Gustav Radbruch, doch zum SS. 1919 ein dann bald veröffentlichtes Manuskript über „Wilhelm Meisters sozial-politische Sendung“ mit, das zu beweisen versuchte, wie Goethes Roman sozialdemokratische Gesellschaftsideale antizipiert habe.¹²⁴ Der Strafrechtsprofessor Radbruch, auf den der „Dichterjurist“ Goethe wie auf keinen anderen Rechtswissenschaftler des 20. Jahr-

Beleg, gestützt allein auf diesen Zeitungsbericht über den Vortrag, es habe nur wenige Kieler Dozenten gegeben, die ihre Abneigung gegen den neuen demokratischen Staat so „ungehemmt“ bekundet hätten wie Wolff. – In der von Demokraten dominierten VHS Kiel bot Wolff im SS. 1920 noch einen Lehrgang zu „Goethes Leben und Werk“ an, verzichtete dann aber auf kontinuierliche Mitarbeit. Bis 1926 folgten daher, außer einer Vorlesung zu „Kleist und Hebbel“ (WS. 1923/24), lediglich vier ausschließlich theaterhistorische Veranstaltungen, die letzte im SS. 1926: „Führungen durch das Theaternuseum und das Hebbel-Museum“ (Angaben nach den Verzeichnissen der Lehrgänge und Arbeitspläne der VHS Kiel e. V., in: SHLB, Signatur SHe 885).

122 SHUG, Jahrbuch 1927, S. 43. Bemerkenswerter Weise wurde der aufsteigende Stern der Kieler Goethe-Gemeinde, der Philosoph Ferdinand Weinhandl, in der SHUG-Ortsgruppe Heiligenhafen mit einem an Wolff anschließenden Vortrag über „Die Prinzipien des politischen Denkens“ angekündigt.

123 Der sonst übliche ausführliche Nachruf in der Tagespresse unterblieb. Wolffs Lehrstuhlnachfolger Wolfgang Liepe, als Direktor des Instituts für Literatur und Theaterwissenschaft und namens seiner Mitglieder, begnügte sich mit einigen Zeilen im Anzeigenteil der Kieler Neuesten Nachrichten Nr. 51 vom 1. März 1929, wo im redaktionellen Teil ein Anonymus eine falsche Darstellung des dornigen akademischen Werdegangs liefert, aber Wolffs Verdienste um die Kieler Volksbildung und die universitäre Etablierung der Theaterwissenschaft herausstreicht.

124 G. Radbruch, Wilhelm Meisters sozial-politische Sendung, wieder abgedruckt in: Ders., Schriften.

hunderts, „lebens- und gedankenbestimmenden Einfluß“ ausübte,¹²⁵ konnte indes das Werk seines Meisters naturgemäß nicht, wie der Germanist Wolff, kontinuierlich im Kolleg vermitteln. „Wege zu Goethe“ wies er daher nicht den Studenten, sondern den Hörern der von ihm und dem in Kiel 1920 habilitierten Staatsrechtler Hermann Heller – auch der ein exzellenter Kenner der Weimarer Klassik und der Philosophie des deutschen Idealismus – im Herbst 1919 begründeten Kieler Volkshochschule (VHS).¹²⁶

Goethe, für den Juristen „der größte deutsche Mensch“, lieferte mit der in der „Pädagogischen Provinz“ des „Wilhelm Meister“ entfalteten sozialen Utopie einer „transpersonalen Arbeits- und Werkgemeinschaft“ den Grundstock für Radbruchs „ideologische Betrachtungen“ zur „Kulturlehre des Sozialismus“.¹²⁷ Sein auch von anderen, nicht an die SPD gebundenen linken Intellektuellen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in ungezählten Varianten verfochtenes, sich dezidiert gegen den marxistischen „Materialismus“ wendendes Gesellschaftsmodell¹²⁸ richtete sich ebenso entschieden gegen den orthodoxen sozialdemokratisch-kommunistischen „Internationalismus“. Denn eine „nationalitätslose Menschheit“ glich für den hanseatischen Bildungsbürger Radbruch einem „Kirchhof der Kultur“.¹²⁹

125 Vgl. dazu die das Thema auf 430 Seiten mit 3.000 Fußnoten erschöpfend behandelnde Monographie von Kastner, Goethe. Dazu die hier zit. Kurzrezension von Klenner.

126 Über die Anfänge und die Geschichte der Kieler VHS bis 1933 steht eine detaillierte, die Kursangebote wie die Resonanz in der Lokal- und Parteipresse berücksichtigende Untersuchung noch aus. Radbruchs und Hellers Anteil an der Gründung nur knapp erwähnend: Otte, Radbruchs Kieler Jahre, S. 66. Ungeachtet des vielversprechenden Titels ganz unergiebig ist: VHS Kiel (Hrsg.), Radbruch und die Kieler Volkshochschule.

127 Radbruch, Kulturlehre, dort besonders das Schlusskapitel „Wege zu Goethe“, S. 57-61, sowie ebd. S. 63-68, eine die „Werke unserer Großen“ (Goethe, Schiller) und deren „inbrünstige Liebe zum Diesseits“ empfehlende „Jugendweihrede“, gehalten vor Kieler „Söhnen und Töchtern der Arbeiterklasse“, April 1920, hier zit. S. 66 f.

128 Vgl. nur Muckle, Kulturidealismus. Das Werk dieses Schülers von Karl Lamprecht und Max Weber klingt aus mit einem Hymnus auf die Goethe unterstellte Lehre vom „neuen Menschen“ und der „neuen Lebensordnung der Demokratie“ (ebd., S. 266-273). Es ist gewidmet „Dem Andenken Kurt Eisners, des edlen Freundes und Jüngers des deutschen Idealismus“. Eisner (1867-1919), 1899 Redakteur der SPD-Parteiblattes „Vorwärts“, 1905 als „Revisionist“ entlassen, dann freier Schriftsteller, 1917 USPD, 1918 Mitinitiator der „Novemberrevolution“ in München, Ministerpräsident einer SPD-USPD-Regierung, im Februar 1919 von einem politischen Gegner erschossen. Bezeichnend nicht nur für Muckles auf Goethe projizierte politische Heilserwartungen ist der Titel seines im Gedenkjahr 1932 veröffentlichten Werkes: Die Rettung des Abendlandes durch den Geist der Goethezeit (!).

129 Radbruch, Kulturlehre, S. 29-35 („Nation und Internationale“), hier zit. S. 31. Nahtlos daran anschließend Hermann Hellers Programmschrift „Sozialismus und Nation“, erschienen im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin 1925. Dem ersten Kapitel über das

Dass Radbruch 1921/22 und erneut einige Monate im Krisenjahr 1923 als Reichsjustizminister amtierte, ging bald zu Lasten des Engagements in der Kieler Volksbildung, wo aber umgehend mit Erich Franz, dem Oberstudiendirektor der Hebbel-Schule,¹³⁰ ein anderer, auf den Dichter als „religiösen Denker“ spezialisierter Goethe-Enthusiast in der Bresche sprang.¹³¹ Ab Mitte der 20er Jahre profilierte sich neben Franz überdies der

„Wesen des Sozialismus“ wird ein Goethe-Wort vorangestellt, das Sinnerfüllung durch „freiwillige Abhängigkeit“, im Dienst an der Gemeinschaft verheißt. Was nur im Rahmen einer nationalen Kulturgemeinschaft erreichbar sei. Heller beruft sich für diese These auf die Autorität des Goethe-Freundes Johann Gottfried Herder: „Unmöglich kann der Mensch als wie Meeresschleim mit allem zusammenfließen...“ (ebd., S. 12). Für den größeren Rahmen des Diskurses vgl. Werth, Sozialismus und Nation. Zu Hellers Position die Aufsatzsammlung von Llanque (Hrsg.), Souveräne Demokratie.

130 Franz, geboren 1878 als Sohn eines Pastors in Lingen/Ems, gest. nach 1953, 1896-1902 theologisches und philologisches Studium in Göttingen. Schüler Edward Schröders und des neuidealistischen Philosophie- und Literaturhistorikers Eugen Kühnemann. Bei Moriz Heyne 1904 promoviert mit einer textkritischen Studie zu Wolframs von Eschenbach Titulrel, theologisches Examen 1899, Staatsexamen (Deutsch, Religion, Hebräisch) 1902, Vorbereitungsdienst in Goslar, Clausthal, Geestemünde (Bremerhaven), 1904 Oberlehrer in Magdeburg, 1908 in Kiel (Oberrealschule II), 1922 ebd. Oberstudiendirektor Hebbel-Schule, zum 1. 12. 1933 aus politischen Gründen („Demokrat“) entlassen und degradiert, bis etwa 1938 noch als Studienrat in Harburg-Wilhelmsburg tätig, dann vermutlich vorzeitig pensioniert, 1953 wohnhaft in Hamburg-Blankenese. Angaben nach Vita der Dissertation, Archivdatenbank Bibliothek für Bildungsgeschichte Forschung Berlin, Kunzes Kalender und Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1927-1931. Vgl. auch Schedlitz, Hebbelschule, S. 41 f.

131 Franz, Goethe als religiöser Denker. Diese Thematik steht auch in Franz' letzter, 1953 veröffentlichter Monographie über Goethes Faust im Vordergrund. Ebenfalls Goethe und der Goethezeit gewidmet war die noch vor der Strafversetzung in Kiel entstandene, erst 1937 gedruckte Preisschrift über ein von der Preußischen Akademie der Wissenschaften ausgelobtes Thema: Franz, Klassik und Reformation. Von Franz Koch, an der Berliner Universität Vertreter einer prononcierten NS-Germanistik, ist die voluminöse Arbeit als Produkt eines „epigonalen Idealismus“ und einer liberalen „standpunktlosen Geisteswissenschaft“ kritisiert worden, die mit „keinem Hauche“ verrate, dass sie einer Zeit entstamme, die sich gründlich von der Weimarer Republik und dem Kaiserreich unterscheide (Koch, zu Franz, Klassik, Sp. 1599 f.). Tatsächlich schrieb Franz die Arbeit ja auch nicht in der NS-Zeit, sondern schloss sie vor 1933 ab und rang darin mit der „religiösen Krise“ und mit „Weltanschauungsfragen“, die für Koch seit der NS-Machtergreifung erledigt schienen. Kochs Verriss entsprang aber nicht nur ideologischem Dissens, sondern ist als Retourkutsche auf Franz' kritisch-negative, im Februar 1933 erschienene Besprechung von seiner Untersuchung über „Goethes Stellung zu Tod und Unsterblichkeit“ (1932) zu werten. Franz drang hier in ein Minenfeld der Goetherezeption vor, der politisch aufgeladenen Frage nach dem Einfluss, den die Weltdeutung des jüdischen Denkers Baruch Spinoza auf Goethe ausgeübt hatte. Der Nationalkonservative, ab 1933 Nationalsozialist Koch, der 1937 mit „Goethe und die Juden“ eine Summe seiner Auffassungen zu dieser viel umstrittenen Frage zog, versuchte ihn notorisch zu minimieren, während der Nationalliberale Franz auf einem „ungeheu-

Philosoph Ferdinand Weinhandl als fleißigster Goethe-Vermittler an der VHS.¹³² Ungeachtet des regen Zuspruchs auf seine Kursangebote im Haus am Fleethörn, blieb die dort residierende VHS für Weinhandl nur eine Nebenbühne im Vergleich mit Auftritten vor den Ortsgruppen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft (SHUG) und selbstverständlich im Verhältnis zu seinen Lehrveranstaltungen an der Universität. Auf die in der Lokalpresse zumeist verständig referierten Goethe-Vorträge und die aus dem Kolleg erwachsenen Publikationen, die, wie sein Opus magnum, die im 100. Todesjahr präsentierte Großstudie über „Goethes Metaphysik“ (1932), sei hier, da sie über den gesteckten Untersuchungszeitraum hinausführen, nur hingewiesen.

Wie der auf die VHS ausgewichene Radbruch, so war allerdings auch Wolffs eigentlicher Nachfolger als Goethe-Statthalter an der Universität kein Germanist, sondern Historiker: Friedrich Wolters, zum Wintersemester 1923/24 aus Marburg nach Kiel berufen. Er übernahm den Lehrstuhl des nach Berlin gewechselten Fritz Hartung, der während seiner drei kurzen Kieler Semester eine erstmals archivalisch breit fundierte Geschichte des Großherzogtums Sachsen-Weimar abschloss, die als Initialzündung der Forschung zu Goethe als Minister und Politiker wirkte,¹³³ zu der, wie es vielleicht nicht nur der Zufall wollte, ein Doktorand von Wolters, der nach 1945 als Bibliograph Thomas Manns auf den Plan getretene Hans Bürgin, mit seiner 1928 von der Fakultät angenommenen (1933 gedruckten) Dissertation über „Goethe als Minister vor der römischen Reise“ ein Pionierwerk beisteuerte.¹³⁴ Insoweit aber wie Bürgin anhand der Akten des Weimarer Staatsarchivs minutiös nur zwei der Aufgabenfelder, den Wegebau und das Soldatenwesen, untersuchte, auf denen der Dichter als Berater eines Duodezfürsten zunächst bis 1786 tätig war, grenzte er sich von der Goethe-Auffassung seines Doktorvaters deutlich, wenn auch nicht explizit ab, um sich strikt in den von Hartung trassierten engeren Bahnen zu bewegen. Denn, wie zu zeigen sein wird, brachte Wolters Goethe in Kiel als titanischen Antipoden des modernen Massenmenschen in Stellung, während Hartung sich mit der Aktualisierung des „Staatsmanns“ begnügt hat-

ren und für das ganze Leben entscheidenden Einfluß“ beharrte (Franz 1933, Sp. 410).

132 Eine Fortsetzung diese Studie wird sich Weinhandl als Zentralfigur der Kieler Goethe-Rezeption ab 1931 widmen.

133 Hartung, Großherzogtum Sachsen. Ein frühes Zwischenergebnis seiner Forschungen: Hartung, Das erste Jahrzehnt, während er die Kurzfassung des umfangreichen, Goethe gewidmeten Teils der Monographie der Goethe-Gesellschaft in seinem im Juni 1922 in Weimar gehaltenen Festvortrag präsentierte: Goethe als Staatsmann.

134 Bürgin, Minister Goethe. Das Rigorosum fand bereits im Dezember 1928 statt. Zur Biographie des während des Studiums und Referendariats bis 1932 pseudonym für das Parteiorgan der Lübecker SPD schreibenden Neuphilologen, der von 1933 bis 1968 als Gymnasiallehrer in Kappeln an der Schlei tätig war, vgl. Tilitzki, Bürgin.

te, dessen „Vermächtnis“ an die Bürger der außenpolitisch bedrohten und innenpolitisch zerklüfteten Weimarer Republik lediglich einer pragmatischen Mahnung zur inneren Einheit gleichkam. Nur „treueste Pflichterfüllung für die Gesamtheit“ werde die „großen inneren und äußeren Gefahren“ der Zukunft meistern.¹³⁵ Dafür, so ließ sich dieser auf Goethes Autorität gestützt Appell verstehen, musste der Verfassungsboden der Parteien-demokratie nicht verlassen werden.¹³⁶

Hochschulpolitik im Bann Stefan Georges: Friedrich Wolters' Berufung

Noch abhängiger von kulturpolitischen Erwägungen der Hochschulverwaltung als im Fall Wolffs, dessen volkspädagogische Verwertung Goethes ohne die – obgleich schon vor 1914 nur widerstrebend gewährte – ministerielle Unterstützung undenkbar gewesen wäre, erweist sich Wolters' Installation in Kiel, die auf Carl Heinrich Becker zurückging, den Lenker der preußischen Hochschulpolitik, der im Kultusministerium zwischen 1916 und 1930 als Personalreferent, Staatssekretär und Minister die Fäden zog.¹³⁷ Dessen maßgeblicher Einfluss auf Wolters' Kieler Berufung blieb jedoch bislang eher im Halbdunkel, weil der Majordomus, Programmatischer und Historiker des „Kreises“ von der rührigen George-Forschung eher stiefmütterlich behandelt worden ist. Entsprechend fragmentarisch fielen bislang die Auskünfte über seine siebenjährige Kieler Amtsperiode aus. So begnügt sich selbst der Personalartikel im dreibändigen Handbuch „Stefan George und sein Kreis“ (2012) damit, zu den Umständen der Kieler Berufung eine Fußnote aus der Edition des Briefwechsels zwischen George und Wolters (1999) zu kolportieren. Ihr zufolge erreichte der Ruf den Historiker 1923 als Marburger Extraordinarius, obwohl ihn die Kieler Fakultät nur an

¹³⁵ Hartung, Goethe als Staatsmann, S. 313 f.

¹³⁶ Hartungs prodemokratische Position ist umso bemerkenswerter als die ab 1918 langsam einsetzende Erschließung der Hinterlassenschaft des Ministers Goethe eher der Beglaubigung explizit antidemokratischer Ansichten diene, wie etwa der Wolff-Widersacher Harry Maync in seiner Rezension des opulenten Briefwechsels des Herzogs Carl August mit Goethe belegt: Größer noch als der persönliche, sei der allgemeine Geschichts- und Kulturwert dieser Korrespondenz. Über Staat und Politik werde hier aus tiefem Geist und von hoher Warte aus gehandelt: „Uns ergreift brennende Sehnsucht nach einer Zeit, da die Geschichte noch von Männern, von geistig bedeutenden und sittlich verantwortungsvollen Persönlichkeiten, nicht von rohen und blöden Massen und den gesinnungstüchtigen, innerlich unfreien Geschäftsführern herrschgieriger Parteien gemacht wurde“ (Maync, Briefwechsel, Sp. 147).

¹³⁷ G. Müller, Weltpolitische Bildung.

zweiter Stelle auf ihrer Liste gesetzt habe.¹³⁸ Eine Information, die wiederum der Herausgeber dieser Korrespondenz nicht aus den Akten gewann, sondern aus den Erinnerungen des Münchner Historikers Karl Alexander von Müller.¹³⁹

Tatsächlich stand Wolters zwar als Zweitplatziertes auf der Liste. Und nicht einmal allein, sondern *pari passu* neben Wilhelm Schüßler, dem Experten für die preußisch-österreichischen Rivalitäten während der Bismarckzeit, und vor dem *tertio loco* rangierenden, als Fachmann für die Geistesgeschichte im Übergang vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit gewürdigten Gerhard Ritter.¹⁴⁰ Klarer Favorit der Kieler Fakultät aber war der ursprünglich auf bayerische Landesgeschichte festgelegte Karl Alexander von Müller, weil er die Hauptanforderung an den Nachfolger des enger auf preußisch-deutsche Geschichte spezialisierten Verfassungs- und Verwaltungshistorikers Fritz Hartung am besten zu erfüllen schien: Politik- und Ideengeschichte der Neuzeit zu verbinden und dabei, mit Rücksicht auf global ambitionierte Forschungen am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, über die deutschen Grenzen hinaus blicken zu können. Vorbildlich sei Müller diesen Erwartungen mit seiner Studie über William Pitt den Älteren (1708-1778) gerecht geworden, dem Staatsmann, der Englands Aufstieg zum Weltreich begründete.¹⁴¹ Müller empfehle sich durch Beherrschung des Quellenmaterials, glückliche Mischung von methodischer Kritik und Kombinationsgabe, Weite des Politik- und Geistesgeschichte umfassenden Gesichtskreises sowie Klarheit und Kraft der Darstellung. Mit seiner gediegene Kenntnisse der englischen wie der allgemeinen Geschich-

138 Schlüter, Wolters, S. 1775.

139 Philipp (Hrsg.), *George-Wolters*, S. 59, sowie Müller, *Wandel*, S. 255. Von Müllers Biograph Matthias Berg rekonstruiert die Hintergründe der Kandidatenauswahl anhand von Gelehrten-Korrespondenz lückenhaft, weil ihm das Schleswig-Holsteinische Landesarchiv mitgeteilt habe, dass „die universitäre Überlieferung gänzlich verloren“ gegangen sei. Eine in dieser Apodiktik sicher nicht erteilte, da unzutreffende Auskunft, die Berg jedoch entmutigte, nach der ministeriellen Überlieferung der im GStA Berlin-Dahlem leidlich vollständig verwahrten Berufsakten zu fahnden. Vgl. Berg, *Karl Alexander von Müller*, S. 134-136.

140 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XIX, Bl. 414; *PhilFak – PrMWKV* vom 2. 8. 1923, *Berufungsvorschläge* Nachfolge Fritz Hartung. Diese Akte wurde nicht herangezogen von Jordan, *Geschichtswissenschaft*; zu Wolters S. 79 f., der als „eindrucksvoller Redner“ – wenngleich die „überhöhte Pathetik seines Vortrags manchem seiner Hörer fremd blieb“ – gewürdigt wird. Seit 1918 habe er „am nachhaltigsten“ unter den Jüngern Georges den nationalen Gedanken vertreten, sei indes in Kiel infolge eines schweren Kriegsleidens nicht recht zur Entfaltung gekommen. Doch nicht allein gesundheitliche Probleme hätten Wolters' Wirkung als Hochschullehrer gehemmt. Vielmehr sei dies Stefan Georges „esoterischen Idealen von einem neuen Reich des Geistes“ geschuldet gewesen, die Wolters, „zeitlebens einer seiner treuesten Jünger“, verinnerlicht habe.

141 Müller, *Pitt*.

te verratenden Abhandlung über Pitt sei er in die vorderste Reihe der jüngeren Historiker getreten.

Demgegenüber schrumpfte die Wolters-Laudatio den Zweitplatzierten auf geradezu provinzielles Format, wenn sie ihn präsentierte als einen von vielen Arbeitern im Weinberg des Großforschungsunternehmens Acta Borussica, einer monumentalen Aktenedition zur preußischen Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, mit der ihr Initiator und Leiter, der Berliner Nationalökonom Gustav von Schmoller, die Bedingungen für den Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht zu vergegenwärtigen hoffte.¹⁴² Wolters, 1903 in Berlin promoviert mit einer aus Pariser Archivalien geschöpften Arbeit zur französischen Agrargeschichte im 18. Jahrhundert,¹⁴³ hatte seit 1908 das Material zur Geschichte der Zentralverwaltung des brandenburgischen Heeres bearbeitet, eine so langwierige wie ihn langweilende Editionstätigkeit, aus der Ende 1913 auch seine von Otto Hintze betreute Habilitationsschrift über die Finanzverwaltung zur Zeit des Großen Kurfürsten hervorging.¹⁴⁴ Der Kieler Berufungsvorschlag erwähnte diese heute noch, wie ein Kenner sie bewertet, „auch nach einhundert Jahren imponierende“, „die Meisterschaft“ ihres Verfassers bezeugende Untersuchung jedoch lediglich, ohne sie zu würdigen.¹⁴⁵ Nur ein Porträt des französischen Finanzministers Colbert (1619-1683), erschienen neben dessen Pitt-Essay in von Müllers „Meister der Politik“,¹⁴⁶ entlockte der Fakultät einige dürre Sätze der Anerkennung: Die Arbeit beeindrucke durch „kraftvolle Erfassung der Persönlichkeit sowohl wie der allgemeinen Verhältnisse“, durch die souveräne Beherrschung des Materials, durch künstlerische Gestaltung. Zudem werde in Marburg Wolters' Lehrtalent gerühmt, und „als Persönlichkeit von ausgeprägter Eigenart und feinsten Kultur“ übe er auf einen bestimmten engeren Kreis seiner Hörer eine mitreißende Wirkung aus.

Derart geiziges Lob erklärt nicht einmal, warum es Wolters, dessen Bibliographie überdies, abgesehen von den akademischen Qualifikationschriften, nur zwei Aufsätze aufführte,¹⁴⁷ überhaupt auf die Liste schaffte,

142 Über dieses wissenschaftliche Großprojekt vgl. Neugebauer, „Schmoller-Connection“.

143 Wolters, Studien über Agrarzustände. Mit über 400 eng bedruckten Seiten ragte diese von Kurt Breysig, „meinem Führer und Lehrer in Leben und Wissenschaft“, geförderte Arbeit nicht nur quantitativ weit über den Durchschnitt der Doktorarbeiten in der Berliner Philosophischen Fakultät vor 1914 hinaus. Zur preußischen Prägung des Rheinländers Wolters vgl. Gretz, „Wo solche sind“.

144 Wolters, Finanzen.

145 Vgl. W. Neugebauers positives Urteil über diese, ausweislich der edierten Briefe an George und Gundolf, gegen heftige innere Widerstände sich selbst abgerungene Arbeit: Hintze, S. 266 f.

146 Wolters, Colbert.

147 Wolters, Absolutismus sowie der Colbert-Essay.

geschweige denn, dass er dem Favoriten von Müller vorgezogen und berufen wurde. Noch rätselhafter muten Auswahl und Berufung an, wenn man bedenkt, woher Wolters kam. Regelmäßig findet sich in der Literatur dafür die Angabe zu einem Marburger Extraordinariat, das er 1920 „erhielt“.¹⁴⁸ In den Ministerialakten verlautet jedoch nichts über ein Extraordinariat als planmäßige, besoldete Stelle. Sie dokumentieren nur einen zum SS. 1920 erteilten, mäßig honorierten Lehrauftrag für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, bei gleichzeitiger Ernennung zum nichtbeamteten, außerordentlichen Professor, ein Titel, auf den der 1914 Habilitierte nach sechs Jahren als Berliner Privatdozent ohnehin einen legalen Anspruch hatte.¹⁴⁹

Erst im Sommer 1921, als Wolters aus Gießen der Ruf auf einen Lehrstuhl für neuere Wirtschafts- und Sozialgeschichte erreicht hatte, meldete Kultusminister Becker umgehend für Marburg die Etatisierung eines Ordinariats an, um „eine[n] der berühmtesten Ausdeuter Stefan George'scher Kunst“, der „die Forschung nach dem Gebiete mittelalterlich-katholischer Geisteskultur mit der Behandlung der Geschichte der materiellen Wirtschaft zu verbinden“ wisse,¹⁵⁰ in Preußen zu halten und ihn nicht an die hessische Konkurrenz zu verlieren.¹⁵¹ Doch war dieses Vorpreschen angesichts der preußischen, bereits unter der Drohung der sich abzeichnenden Hyperinflation stehenden Finanzlage erfolglos, so dass Wolters, nachdem sich die Gießener Aussichten zerschlagen hatten, auf seinem ungesicherten

148 Schlüter, Wolters, S. 1775. So auch Jordan, *Geschichtswissenschaft*, S. 80.

149 GStA, Rep. 76Va, Sek. 12, Tit. IV, Nr. 2, Bd. XVIII, Bl. 153; Rektor Marburg – PrMWKV vom 29. 11. 1919 wg. Ersatz für den verstorbenen Historiker Gerwin von der Ropp (1850-1919). Ebd., Bl. 182; Dekan Phil. Fakultät Marburg – PrMWKV vom 18. 1. 1920: Mit dem vom Ministerium vorgeschlagenen Friedrich Wolters „dankbar“ einverstanden und für Übertragung eines Lehrauftrags neuere Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ebd., Bl. 183; Vereinbarung zwischen Wolters und dem Hochschulreferenten Erich Wende vom 19. 2. 1920 und ebd., Bl. 185 f., Entwurf für die Erteilung des Lehrauftrags vom 23. 2. 1920, der ausdrücklich keine Besoldung, sondern eine jährliche Vergütung von 3.000 Mark festlegt.

150 Mit den Verdiensten um die „Erforschung“ der „mittelalterlich-katholischen Geisteskultur“ war es bei Wolters nicht weit her. Becker meint hier Übertragungen lateinischer und griechisch-katholischer „Dichter der Kirche“ sowie „Minnelieder und Sprüche“ (erschieden zwischen 1914 und 1923).

151 GStA, Rep. 76Va, Sek. 12, Tit. IV, Nr. 2, Bd. XVIII, Bl. 391; PrMWKV – Preuß. Minister der Finanzen vom 26. 7. 1921 betr. Wolters' drohende Fortberufung nach Gießen. Zu der auf Wolters' Position im George-Kreis abhebenden Begründung Beckers vgl. die Beurteilung, die der Marburger Romanist Ernst Robert Curtius (1886-1956) im Juni 1921 dem wegen einer Bonner Vakanz anfragenden Staatsrechtler Rudolf Smend zukommen ließ: Wolters stehe bei Becker „in Gunst“ und dürfte wohl „große Chancen“ haben, wenn die Bonner Fakultät ihn auf eine Berufungsliste setzte. Durch ihn, eine „aussergewöhnliche Erscheinung“, sei der ursprünglich „dichterische“ George-Kreis „politisch“ geworden, da er schon vor 1914 den Akzent der Georgeschen Reichsidee vom Geistigen zum Machtpolitischen hin verschoben habe. Curtius, Briefe, S. 115.

Marburger Posten ausharren musste. Somit wurde im Herbst 1923 einem „überreifen“, weil 47jährigen faktischen Privatdozenten ein Kieler Ordinariat übertragen.

Für einen solchen Karriereweitsprung benötigte Wolters sehr einflussreiche Helfer. Karl Alexander von Müllers Auskunft, ihm, dem Kieler Erstplatzierten, sei aus Berlin bedeutet worden, er müsse zurückstecken, da man die „letzte Möglichkeit“ nutzen wolle, Wolters einen Lehrstuhl zu verschaffen,¹⁵² spielt auf Fürsorgeerwägungen des Dienstherrn an, die in der Personalpolitik des Kultusministeriums tatsächlich von jeher ins Gewicht fielen. Auch bei Wolters mögen sie von Belang gewesen sein. Entscheidender war, dass der parteilose, der linksliberalen DDP zuneigende Carl Heinrich Becker, der 1922 vom rechtsliberalen Otto Boelitz (DVP) als Minister abgelöst worden war, als Staatssekretär aber weiterhin der Hochschulpolitische Steuermann des Ministeriums blieb, dem „berühmtesten Ausdeuter Stefan George'scher Kunst“ ein auskömmliches akademisches Betätigungsfeld eröffnen wollte.

Bereits 1920 hatte Becker versucht, den Neugermanisten Friedrich Gundolf, einen George-Jünger aus dem innersten Kreis um den „Meister“, von Heidelberg nach Berlin zu ziehen, scheiterte aber am Widerstand der Fakultät. 1923 verschaffte Becker dem Universalhistoriker Kurt Breysig (1865-1940), einem Geistesverwandten Stefan Georges und Wolters' erstem Mentor,¹⁵³ gegen den Protest der Berliner Fakultät dort ein persönliches Ordinariat.¹⁵⁴ Im gleichen Jahr, nach einem Gespräch mit Becker in Heidelberg, wenige Wochen vor seiner eigenen Berufung, setzte sich Wolters für den mit ihm seit der Berliner Zeit eng befreundeten Breysig-Schüler Carl Petersen ein, der sich bei ihm in Marburg auf seine Kieler Habilitation vorbereitet hatte.¹⁵⁵ Der wissenschaftlich nicht einschlägig ausgewiesene,

152 Müller, Wandel, S. 255.

153 Zur engen, 1912 zerbrochenen Beziehung Breysig – Wolters vgl. vom Brocke, Kurt Breysig, S. 164-170.

154 Zu Breysig vgl. nur Groppe, Bildung, S. 187-198.

155 Petersen, geb. 1885 Hvidding/Nordschleswig – 1942 Berlin, Sohn des Pastors und späteren Haderslebener Superintendenten Peter Friedrich Petersen, 1911 in Berlin bei Otto Hintze mit einer Arbeit über den kurmärkischen Adel im 17. Jahrhundert promoviert, im Ersten Weltkrieg Offizier, eingesetzt an West- und Ostfront, Eisernes Kreuz Erster Klasse, nach 17 Jahren als Privatdozent und Extraordinarius in Kiel, 1939 nach Greifswald versetzt. Die Habilitationsschrift handelt über ‚Die Geschichte des Kreises Beeskow-Storkow‘ (Nachdruck hrsg. von Wolfgang de Bruyn, Neuenhagen 2002, vgl. dort zur weit vor 1914 zurückreichenden Planung dieser von Petersen 1913 übernommenen regionalhistorischen Arbeit die Vorbemerkung de Bruyns), Probevorlesung über „Karl XII. und die europäische Politik“, Antrittsvorlesung: „Fürstentum und Ständetum“. Meldung der Fakultät über die erfolgte Habilitation vom 7. 11. 1922 in: GStA, Rep. 76Va, Nr. 10206, Bl. 54. Zur Vita vgl. den bezüglich des akademischen Werdegangs und der wissenschaftlichen Veröffentlichungen sehr fragmentarischen Artikel von Breuer, Petersen. Gründlicher immer

aber, wie Wolters warb, „eifrig durch Vorträge im Lande“ an der „Bewegung zur Pflege der Heimatkunde“ beteiligte Nordschleswiger¹⁵⁶ unterlag zwar in der Konkurrenz um den neu eingerichteten Lehrstuhl für schleswig-holsteinische Landesgeschichte seinem engeren, aus Tondern stammenden Landsmann, dem Tübinger Kirchenhistoriker Otto Scheel,¹⁵⁷ aber das Gespann Wolters – Becker konnte Petersen trotzdem fester in der Fakultät und in der Universitätsgesellschaft verankern: 1923 als deren Schriftführer und Adlatus des Geschäftsführers Wolters sowie als Mitherausgeber des ‚Handbuchs zur schleswigschen Frage‘, 1924 mit einem Lehrauftrag im „prüfungsrelevanten Spezialgebiet“ der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,¹⁵⁸ 1927/28 mit der Lehrstuhlvertretung für Wolters, den er nach dessen Tod im April 1930 abermals im SS. 1930 und im WS. 1930/31 vertrat. Petersens Einleitung zu seiner 1926 veröffentlichten Studie über den Kieler Rechtshistoriker Nicolaus Falck (1784-1850)¹⁵⁹ positioniert in nahtloser Übereinstimmung mit Wolters Goethe als Verteidiger der „Totalität des Menschen“. Goethes „gestaltendes Vorbild“ stünde für die Freiheit des Menschen, sich in der „organischen Einheit“ einer Gemeinschaft zur „allseitigen Persönlichkeit“ und zur „Autonomie des sittlichen Individuums“ auszubilden. Die „Gestalt Goethes“ und damit die „deutsche Denk- und Gefühlsform“ formierte sich gegen die „westliche Glückseligkeits- und

noch Ruth, Petersens Lebenswerk, mit Porträtaufnahme, die ihn, mit ähnlichem Halsschmuck, wie ihn gewöhnlich Wolters trug, eindeutig als „Kreis“-Mitglied ausweist, während der Nachrufer es peinlich vermeidet, den Namen Stefan Georges zu nennen. Ruth dürfte damit NS-Aversionen Tribut gezollt haben, wie sie ein im Sicherheitsdienst der SS tätiger Literaturhistoriker in seiner Dissertation bündelte: Rößner, Georgekreis.

156 GStA, Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XIX, Bl. 354; Wolters – Becker v. 25. 7. 1923.

157 Zur Berufung des Kirchenhistorikers neuerdings Mish, Scheel, S. 111-125. Der Namen Fritz Hartung taucht in dieser Darstellung nur am Rande, der Friedrich Wolters gar nicht auf, wie überhaupt das intellektuelle Profil selbst der engeren Fachkollegen seltsam blass bleibt, vor allem das Otto Brandts, auch er, mit seiner Kieler Habilitationsschrift über A. W. Schlegel (1919) und der Monographie über den Emkendorfer Kreis (siehe Anm. 2), zur politischen Ideengeschichte der Goethezeit beiträgend.

158 GStA, Rep. 76Va, Nr. 10206, Bl. 86 und 113, Antrag Lehrauftrag für Petersen vom 2. 6. 1924 und Bewilligung durch PrMWKV vom 5. 12. 1924. Ebd., Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XXII, Bl. 141, 206; Kurator Kiel – PrMWKV v. 19. 4. und 28. 10. 1930 wg. Vertretungsauftrag für Petersen. Ebd., Bl. 235-242, PhilFak – PrMWKV v. 30. 7. 1930, Berufungsvorschläge zur Nachfolge von Wolters; dort das Separatvotum Scheels und des Mediävisten Fritz Rörig, das den 1927 zum nichtbeamteten Extraordinarius ernannten Petersen für Wolters' Lehrstuhl empfiehlt und seine bescheidene wissenschaftliche Produktion mit der zeitraubenden Tätigkeit als Schriftführer der SHUG entschuldigt. Berufen wird mit Otto Becker aus Halle ein Fachmann für die Geschichte des Bismarck-Reiches.

159 Petersen, Falck.

Nützlichkeitsphilosophie“, die das Individuum mit seinen nur „negativen Freiheitsrechten“ aus der Gemeinschaft „herausgebrochen“ und von „aller Bindung durch Glauben, Staat und geistig-gesellige[m] Gemeinschaftsgefühl“ losgelöst habe, um es auf Bedürfnisbefriedigung („Glück“) und ökonomischen Nutzen zu reduzieren.¹⁶⁰

Offiziell auf Betreiben von Bernhard Harms, dem Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, inoffiziell wohl wieder auf dem „kurzen Dienstweg“ zwischen Wolters und Becker, erhielt, im Einklang mit der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, der Baseler Finanzwissenschaftler Julius Landmann zum WS. 1927/28 einen Ruf nach Kiel.¹⁶¹ Wenn George zwischen 1925 und 1930 in Kiel weilte, oft und jeweils wochenlang,¹⁶² logierte er bei Wolters oder bei der Familie Landmann.¹⁶³

160 Ebd., S. 3-5; Petersen stützt sich bei dieser Deutung westeuropäischer politischer Ideen auf den von 1922 bis 1925 in Kiel lehrenden Philosophen und Soziologen Hans Freyer (1887-1969) und dessen Leipziger Habilitationsschrift: *Bewertung der Wirtschaft*. Wegen der geistigen Verwandtschaft Freyers mit der Weltanschauung des „Kreises“ hatte Gundolf bereits im Juni 1918 dessen ‚Antäus. Grundlegung einer Ethik des bewußten Lebens‘ Wolters ans Herz gelegt und wieder im Juli 1923 dessen ‚Ideen zur Philosophie der Kultur‘ (‚Prometheus‘, Jena 1923) empfohlen („Unter den jüngeren Denkern und Sägern wüßte ich kaum einen von solcher Helle, Höhe, Feuer und Flug.“), vgl. Fricker (Hrsg.), *Gundolf-Wolters*, S. 183 u. S. 242. Mit gutem Grund, wie ein Blick ins Schlusskapitel der von Petersen zitierten Geschichte der Wirtschaftsideen zeigt, dass das „große Verlangen nach einheitlichen, anschaulichen, bindungsreichen Gesamtkultur“ artikuliert, die nach der „Überwindung des kapitalistischen Menschen“ entstehen soll. Der Weg dorthin führe aber nicht über Klassenkampf und soziale Revolution. Stattdessen hofft Freyer, „erlesene Kreise“, „Meisterschaft und Jüngerschaft“, würden derzeit noch darstellen, „was in der bürgerlichen Welt keine Stätte hat“, *Bewertung der Wirtschaft*, S. 150 u. S. 159.

161 Ausführlich über Julius Landmann handelt Schönhärl, *Wissen und Visionen*, S. 83-93 u. S. 345-371.

162 Aufgrund der Erwähnungen im Briefwechsel George-Wolters verbrachte der im Norden fremdelnde „Meister“ erstmals im Herbst 1926 zwei Monate in dem für „landschaftlich unbefriedigend“ befundenen Kiel, bei Wolters in der Hohenbergstr. 17. Dorthin, gelegen in parkähnlicher Gegend zwischen Niemansweg und Fördeufer, war Wolters Ende 1924 umgezogen. Zuvor wohnte er in der verkehrsreichen Holtenuerstraße, Haus Nr. 125. Längere Kieler Aufenthalte Georges, insgesamt etwa acht Monate zwischen Herbst 1926 und Januar 1930, sind ferner belegt für September bis Anfang Oktober 1927, Dezember 1927 sowie Ende Januar bis 21. Februar 1928 (bei Landmanns in deren Villa in der Bartelsallee 6, im noblen Düsternbrook gelegen, wenige Minuten Fußweg von Wolters' Domizil entfernt), von September bis Mitte Oktober 1928 wieder bei Wolters, 3. Januar bis Mitte Februar 1929 bei Landmanns, und, wie zumeist, begleitet von Max Kommerell, für vier Wochen im September bis 5. Oktober 1929 und letztmalig vom 9. bis 23. Januar 1930 als Gast der Landmanns. Der ursprüngliche Plan, den September 1930 wieder bei Wolters in Kiel zu verbringen, war nach dessen Tod am 15. April 1930 gegenstandslos geworden. Vgl. Seewald, *George*, S. 339-371.

163 Zu Julius und Edith Landmann vgl. die Erinnerungen ihres Sohnes, des Philosophen Michael Landmann (1913-1984), der, nach dem Freitod seines Vaters (1931),

Abschließend sei verwiesen auf die letzte von Beckers personalpolitischen Wohltaten mit Kieler Bezügen: 1928, nachdem ein Veto der Altphilologen in der Berliner Fakultät dessen Habilitation verhindert hatte, setzte der Minister, beraten von Wolters, für dessen Ur-Freund Kurt Hildebrandt, ebenfalls ein zu George bekehrter Breysig-Schüler, einen Lehrauftrag durch.¹⁶⁴ Der promovierte Mediziner, Psychiater und Platon-Experte Hildebrandt, Herold Nietzsches und Georges, 1934 auf einen Kieler Lehrstuhl für Philosophie berufen,¹⁶⁵ schrieb sich 1941 mit einer dem NS-Zeitgeist Referenz erweisenden, gleichwohl ideologisch ambivalenten dickleibigen Monographie in die Kieler Kontinuität der politischen Goethe-Rezeption ein.¹⁶⁶

Beckers hartnäckiges Engagement für Gelehrte aus dem George-Kreis ist aus seinen Konzeptionen für eine Reform der preußischen Hochschulen unschwer abzuleiten. Als Staatssekretär unter dem Sozialdemokraten Konrad Haenisch, der ähnlichen kulturpolitischen Ideen anhing, entwickelte Becker bereits 1919 in Memoranden, Broschüren und Presseartikeln die Leitlinien einer Hochschulpolitik, die primär im geisteswissenschaftlichen Unterricht das Schwergewicht von der Weitergabe positiven Wissens zur sinnstiftenden Vermittlung weltanschaulichen Orientierungswissens hin verlagerte. Anstelle von Spezialisten und Fachgelehrten sollten, Wilhelm von Humboldts neuhumanistische Universitätsidee wiederbelebend, umfassend gebildete Persönlichkeiten, „geistige Menschen“ erzogen werden. Gegen das überkommene Wissenschaftsverständnis sprach für Becker nicht allein, dass es die Universität zur Fachschule degradierte, deren Absolventen Wissen ausschließlich zu dem Zweck erwarben, funktionstüchtig für den Arbeitsmarkt zu werden.¹⁶⁷ Die betriebswirtschaftlich motivierte Reduktion des Menschen auf bloße Funktionalität, wie sie in den 1920ern die Verfechter des Taylorismus und Fordismus propagierten, untergrub aus Beckers Sicht den sozialen Zusammenhalt, ohne den auch ein demokratischer Staat keinen Bestand hat. Zumal Becker die „Klassengegensät-

mit seiner Mutter bis 1933 in Kiel lebte, wo er auf der Gelehrtschule auch das Abitur machte, Landmann, Erinnerungen. Dazu Durzak, Familie Landmann.

164 Dazu Groppe, *Bildung*, S. 550-556 u. S. 557-560.

165 Tilitzki, *Philosophie*, S. 336 f. u. S. 621 ff.

166 Hildebrandt, *Goethe 1941* (1942 bereits in dritter Auflage). Dazu die Polemik des prominenten DDR-Germanisten Paul Rilla, *Goethe*, S. 50-61 („Von George zu Hitler“). Zwar dessen Drastik („im Zeichen Goethes delirierende arische Hysterie“, „Schweinerei“) vermeidend, aber ihm an „antifaschistischem“ Bekennererifer nicht nachstehend, entpuppen sich die Beiträge des Soziologen Stefan Breuer über den tendenziell „rassistischen“ Hildebrandt als „Wegbereiter und Stütze der nationalsozialistischen Herrschaft“: 1. *Eugenik*, S. 305-307, sowie 2. Hildebrandt, S. 1431.

167 Eine Wiederauflage dieser bildungspolitischen Kontroverse bringt seit den späten 1990ern die Debatte über die Europäische Hochschulreform („Bologna-Prozess“), die bis heute anhält und um die Frage kreist, wo die Grenzen der „Ökonomisierung“ von Forschung und Lehre liegen.

ze“ in Deutschland infolge parteipolitischer, konfessioneller und kulturell-regionaler Heterogenität ohnehin gefährlicher erschienen als anderswo.

Beckers Kulturpolitik reagierte auf diese Gefahr mit dem Angebot eines national-integrativen, klassenübergreifenden, sozialharmonischen Bildungsideals – dem deutschen „Menschlichkeitstyp“.¹⁶⁸ Ähnliches schwebte Wolters Anfang Januar 1919 vor, im Berlin des kommunistisch inszenierten „Spartakus-Aufstandes“, der die ungesicherte Republik erschütterte. Damals appellierte er an Becker, seine Hochschulreform an der Notwendigkeit auszurichten, „ein gleichgewachsenes und gleichfühlendes Menschentum [sic] oben und unten“ erzeugen zu müssen.¹⁶⁹ Auf den Universitäten, so folgerte der von den Gemeinschaftsidealen der Lebensreformer um 1900, der Jugendbewegung und eben solchen des George-Kreises beeinflusste Staatssekretär, sei darum eine Generation von Akademikern, Gymnasiallehrern, Pastoren, Verwaltungsjuristen heranzuziehen, die „Sinn für das Ganze“ haben sollten. Dieses vage Konzept der Erziehung einer sozial verantwortlichen Geistesaristokratie stellte die Alternative zur hergebrachten Ausbildung von „Fachmenschen“ dar, die zur Kaiserzeit lediglich die Desintegration, die Atomisierung der wilhelminischen Gesellschaft, wie sie für liberal-kapitalistisch organisierte Staaten typisch sei, beschleunigt habe. „Neuaufbau des Reiches“ durch „Festigung im Innern“ und Selbstbehauptung nach außen, so lautete demgegenüber Beckers kulturpolitisches Kontrastprogramm, das, ohne Dozenten und Studenten von der Pflicht zur „Objektivität“ zu entbinden, eine an nationalen Kulturidealen orientierte Wissenschaft als Instrument der Erziehung zur „Volksgemeinschaft“ zu institutionalisieren versuchte.¹⁷⁰

Um dieses Ziel zu erreichen, förderte Becker den Einbau von „Synthesefächern“ wie Soziologie, Politikwissenschaft, Zeitgeschichte, „Weltanschauungslehre“ statt Kathederphilosophie und trieb die schon während des Ersten Weltkrieges angeschobene „auslandskundliche“ Ergänzung des Vorlesungsangebots voran. Einerseits durch thematisch einheitlich auf einen benachbarten „Kulturraum“ – der Christiania Albertina war 1917 vom Ministerium der skandinavische Norden zugeteilt worden – zugeschnitte-

168 Groppe, *Bildung*, S. 540; die Verfasserin folgt in ihrer Darstellung der Hochschul- und Kulturpolitik Beckers weitgehend dem Standardwerk von Müller, *Weltpolitische Bildung*.

169 GStA, VI. HA, Nl. Becker, Nr. 5190; Wolters an Becker vom 3. 1. 1919.

170 Die Ideologie der „Volksgemeinschaft“, heute gemeinhin als „rechtsradikal“ etikettiert, gehörte nach 1918 genauso zum Ideenrepertoire von C. H. Beckers linksliberaler DDP wie zur SPD Friedrich Eberts. Vgl. Retterath, „Was ist das Volk?“. Diese Rekonstruktion des Diskurses zur „Volksgemeinschaft“ aus den Anfangsjahren der Weimarer Republik wertet allerdings teleologisch, da er das national-völkische Integrationsmodell wegen seines „holistischen“, angeblich tendenziell antidemokratisch-totalitären Potentials als historisch widerlegt klassifiziert, weil es geradewegs in die NS-Volksgemeinschaft transformiert worden sei.

ne Vorlesungen für „Hörer aller Fakultäten“, andererseits durch Erhöhung des neuphilologischen Lernpensums, weil künftige Englisch- oder Französisch-Lehrer nicht nur grammatische und literaturhistorische, sondern auch politische, kultur- und landeskundliche Kenntnisse erwerben sollten.

Erhoffte sich Becker von den Synthesefächern mehr Gegenwartnähe und das Aufreißen enger Fachhorizonte, bewog ihn das Wissenschaft, Dichtung und Weltanschauung verschmelzende Bildungsideal des „hohen Menschen“ zur „massiven Förderung“ von Mitgliedern des George-Kreises.¹⁷¹ Dem liberal-kapitalistischen wie dem kommunistischen Idealmenschen, der sich nach der im Kreis um den „Meister“ herrschenden Lesart mit materieller Glückserfüllung begnügte, stand Georges Ideal des „hohen“ Menschen diametral entgegen. Trotzdem votierte der Liberale Becker als Spitzenfunktionär der parlamentarischen Demokratie für ein Kulturideal, das nicht erst demokratisch-deliberierend zu ermitteln und nötigenfalls gesetzlich zu fixieren wäre, sondern für das Modell einer Kulturrotation, die ein elitärer Zirkel von Intellektuellen und Künstlern dem politischen Staat mit ministerieller Unterstützung oktroyieren wollte. Eine Skizze dieses autoritären Ganzheitsversprechens, das die Weimarer Republik auf die kulturell homogene Einheit „gleichfühlenden Menschentums“ gründete, enthielt Wolters' schon zitierter Brief an den Staatssekretär von Anfang Januar 1919, worin er, Beckers Zustimmung gewiss, vorschlug, dessen Hochschulreform in den Dienst einer weit über die im sich konstituierenden Parteiensystem hinausgehende Gesellschaftsreform zu stellen:

„Wie sehr ist auch die große Staatsbewegung unserer Tage noch von dem Gedanken jener kleinen Leute abhängig, welche die Sorge um das persönliche Glück des Menschen als die Hauptaufgabe der Staaten betrachten! Wir werden wohl nie zu einer höheren Bildung des deutschen Menschen gelangen, bevor nicht unsere Führer gelernt haben, über dieses Ideal aus einer niederen Sphäre hinweg zu blicken, und mit der Sicht auf edlere Forderungen an die Gestaltung einer neuen Gesellschaft gehen. Wenn keine herrschende Schicht entsteht, kann auch kein neuer Staat entstehen; eine solche schließt aber die Sorge um das Untere nicht aus, sondern gibt ihr erst wieder eine menschliche Beziehung in Herrschen und Dienen anstelle der rein sachlichen von heute in Vertrag und Lohn.“¹⁷²

Innerhalb des George-Kreises bestand ein Dissens in der Frage, wie „höheres Menschentum“ zu verwirklichen wäre. Indem man die Vermittlung „kosmischer“ Vorbilder, der „Seher“ Dante, Shakespeare, Goethe, George, der „Helden“ Alexander der Große, Cäsar, Napoleon, sektiererisch an elitäre Zirkel adressiert, wie von Gundolf vertreten,¹⁷³ oder, wie von Wolters

171 Groppe, *Bildung*, S. 547 u. S. 550.

172 GStA, VI. HA, Nl. Becker, Nr. 9150; Wolters an Becker v. 3. 1. 1919.

173 So der Kanon bei Gundolf, *Dichter und Helden*, S. 23-58. Zur geistigen Verwandtschaft weltanschaulicher Antipoden vgl. etwa die gleichzeitig publizierten Visionen

erstmal während seiner Marburger Zeit praktiziert,¹⁷⁴ die Dichtung Georges und die Weltanschauung des Kreises einem möglichst großen Publikum bekannt zu machen, um so das Ausmaß einer für den Kampf in der politischen Arena ertüchtigenden „Nationalerziehung“ anzustreben, so wie Fichte und Humboldt während der preußischen Reformära. Ungeachtet abwehrender Reaktionen Georges, der eher Gundolfs elitärer Genügsamkeit zuneigte, begab sich Wolters daher gleich zu Beginn seiner Kieler Zeit unter die Schulbuch-Autoren und brachte im Breslauer Hirt-Verlag eine fünfbändige Anthologie „Der Deutsche“ heraus, die mit einer Auflage von 40.000 Exemplaren in, wie Carola Groppe vermutet, alle 1591 Lehrerbüchereien höherer Schulen des Deutschen Reiches wanderte.¹⁷⁵ Gleich der erste, dem „Bild der Antike bei den Deutschen“ gewidmete Band nimmt fast zwanzig Texte Goethes auf, der darin auch, mit den Worten einer Zueignung des eigentlichen Begründers der klassischen Altertumswissenschaft in Deutschland, Friedrich August Wolf (1759-1824), als „Schöpfer der Wissenschaft von den Griechen“ gerühmt wird.¹⁷⁶

Tritt Goethe im zweiten und schmalsten Band, „Vorzeit und Mittelalter“ gewidmet, in den Hintergrund, bilden Texte von und über ihn die Mitte des Panoramas der „Neuzeit im deutschen Bereich“, die der dritte, umfangreichste Band bietet. Wolters nahm darin die zur Rechtfertigung von Goethes Haltung während des Befreiungskrieges häufig, auch von ihm, wie anhand seiner Altonaer Rede über den „vaterländischen Erzieher“ zu zeigen sein wird, verwendete Aufzeichnung eines Gesprächs auf, das der Jenaer Historiker Heinrich Luden (1778-1847) Ende 1813 mit dem Dichter führte. Dessen Zurückhaltung, sein „Schweigen bei den großen Ereignissen“, so referierte der unter seinen Studenten für den Waffengang gegen die französischen Okkupanten werbende Luden Goethes Einlassungen, verleugne zwar „schmerzvolle Resignation“ nicht, dürfe aber keinesfalls

Leo Trotzki zum vorbildlichen „Übermenschen“. 1924 sagte Trotzki voraus, der Durchschnittstyp werde sich in der klassenlosen Gesellschaft auf das Niveau von Aristoteles, Goethe und Marx erheben; Trotzki, *Literatur*, S. 215.

174 Dazu der öfter zitierte Brief an George vom 3. 12. 1920, dem Wolters vom Erfolg seines ersten öffentlichen Werbens in der Universität berichtet: „vier bis fünfhundert jungens haben über eine stunde still und gut zugehört“, wobei zu der großen Versammlung Korporierte und Nichtkorporierte geladen hatten – „ein novum bei der parteizerrissenheit hier“; Philipp (Hrsg.), *George-Wolters*, S. 159.

175 Zum Lesewerk Groppe, *Bildung*, S. 276-283, hier zit. S. 279.

176 Wolters (Hrsg.), *Der Deutsche*, Teil 1: *Das Bild der Antike bei den Deutschen*, S. 210-212. Vom Herausgeber nicht nachgewiesen, stammt der Text aus Wolfs Programmschrift ‚Darstellung der Altertumswissenschaft nach Begriff, Umfang, Zweck und Wert‘ von 1807, wieder abgedruckt in Wolfs *Kleinen Schriften*. Goethes Briefe an Wolf nebst einer ausführlichen Darlegung der Beziehungen des Dichtersfürsten zur Antike gab der Literaturhistoriker Michael Bernays (1834-1897) 1868 heraus, die Edition der Briefe Wolfs an Goethe folgte erst durch Reiter im *Goethe-Jahrbuch* 1906, S. 3-53, dazu S. 56-96 die Erläuterungen.

als Mangel an deutscher Gesinnung, an „Gefühl für Deutschlands Ehre oder Schande“ gelten. Im Gegenteil, so habe ihm Goethe versichert, ihm liege Deutschland „warm am Herzen“, er sei nicht gleichgültig gegen „die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland“, sondern glaube vielmehr fest daran: „das deutsche Volk verspricht eine Zukunft, hat eine Zukunft“. Aber es werde seine Bestimmung nur erfüllen, wenn es „uns einzelnen“, ihm selbst, Luden und der geistigen Elite Deutschlands gelinge, „die Bildung des Volkes“, der „Menge, den Millionen“, der Unter- wie der Mittel- und Oberschichten zu verbessern, damit es nicht ferner lediglich als „achtbar im einzelnen“, aber „miserabel im ganzen“ im Vergleich mit anderen Völkern „peinliche Gefühle“ wecke.¹⁷⁷

Bündiger hätte Wolters den eigenen, in Kieler Vorlesungen und Reden elaborierten Entwurf einer Nationalerziehung kaum formulieren können. Im vierten Band des Lesewerks, zur „Gestalt des Deutschen“, sind es deshalb, ganz auf der Linie der vor 1914 von ihm und Gundolf federführend fixierten bildungspolitischen Strategie des George-Kreises, „Vorbilder“, an denen die nationale Erziehung auszurichten ist. Der „Vollendung des Menschlichen“ solle die Nation durch die von „großen Menschen“, unter ihnen selbstverständlich an erster Stelle der durch Wolters Textauswahl wieder gebührend als der größte Deutsche gewürdigte Goethe, vermittelten Maßstäbe zustreben.¹⁷⁸

Dieses Lesewerk schloss an ältere, ebenfalls volkspädagogisch konzipierte Anthologien im Hirt-Verlag an, von denen der gebürtige Rheinländer Wolters im Frühjahr 1923, assistiert von seinem Schüler Walter Elze, den Band ‚Stimmen des Rheines‘ und, zusammen mit Carl Petersen, eine Sammlung ‚Die Heldensagen der germanischen Frühzeit‘ herausgegeben hatte. Wobei, wie die lange Einleitung bekräftigt, die ‚Stimmen des Rheines‘ explizit als geistiges Rüstzeug in der Auseinandersetzung mit der französischen Rheinland-Propaganda dienen sollten,¹⁷⁹ die im Zuge der

177 Goethe im Gespräch mit Luden, in: Wolters, Lesewerk, Bd. III, S. 331 f. – Zur postnationalen Lesart tendiert Seibt, Goethe und Napoleon, S. 208 f.: mindestens als „zwiespältig schwankend“ lasse dieses Dokument Goethes Haltung in der „nationalen Frage“ erscheinen. Hermand, Grüne Klassik, S. 75-84, hält auch 2016 noch am Klischee vom antinationalen „Fürstenknecht“ Goethe fest und verschweigt das Gespräch daher konsequent.

178 Vgl. Wolters, Richtlinien; ders., Gestalt, sowie Gundolf, Dichter und Helden. Dazu Band IV des Lesewerks, wo Wolters schon durch seine Überschriften wie „Gültige Maße, große Menschen“ oder, passender Weise zu einem in die Sammlung aufgenommenen eigenen programmatischen Text von 1912, „Vollendung des Menschlichen im großen Manne“, die Rezeption rigide zu steuern versucht.

179 Wolters/Elze (Hrsg.), Stimmen des Rheines, erschienen in der von Wolters initiierten und betreuten Reihe „Werke der Schau und Forschung aus dem Kreise der Blätter für die Kunst“. S. 11-80 die Einleitung unter dem Titel „Der Rhein unser Schicksal“ (wieder in: Wolters, Reden, S. 99-170). Die ausgiebig auf den „Rheinfranken“ Goethe zurückgreifende Auswahl der „Stimmen“ wird zum „Eingang“ eröffnet mit

1923 erfolgten Besetzung des Ruhrgebiets durch französisch-belgische Truppen ihren aggressiv-imperialistischen Ton weiter verschärft hatte.¹⁸⁰

Solche Erzeugnisse dokumentieren zwar die nach 1918 maßgeblich durch Wolters „geprägte Kreisausrichtung auf das Politische“.¹⁸¹ Aber sie sind genauso wenig wie die Publizistik und Vortragsaktivitäten der Kieler Jahre bequem zu reduzieren auf die „rechtskonservative, nationalistische Agitation“ eines „prototypischen Vertreter[s] des politisierenden Hochschullehrers der Weimarer Zeit“.¹⁸² Und noch weniger auf die unselbständige Funktion eines Lautsprechers des Dichters, der in Kiel den „Schlachtruf des George-Kreises gegen den ‚Popanz des positivistisch Objektiven‘“ erklingen ließ, der später dem Nationalsozialismus ein nützliches, „bedenklich stimmendes Einfallstor gebildet“ habe. Derart glaubt Christoph Cornelißen im Antipositivismus die zentrale, von Wolters seinen Kieler Studenten verkündete Botschaft des Kreises erfasst zu haben.¹⁸³ „Bedenklich“ ist dabei freilich nicht nur das misslungene Bild, das aus einem Schlachtruf ein Einfallstor formt. Bedenklich ist auch, wie unbekümmert eine Zentralgestalt des Kreises, deren Kieler Aufsätze und Vorträge Cornelißen, hierin älteren, Analyse durch Polemik ersetzenden Charakteristiken folgend,¹⁸⁴ für sein Pauschalurteil nicht einmal kursorisch zu Rate zieht,¹⁸⁵

einem Abschnitt aus „Hermann und Dorothea“, dem Versepos, in dem für Wolters, wie er seiner Rede vom Sinn des Opfers für das Vaterland bemerkt, die „Idee des Vaterlandes [...] schon in ihren tieferen Verwurzelungen mit Land und Erbe plastisch sichtbar geworden“ sei und den „Preis des Opfertodes in alle gebildeten Herzen“ getragen habe; Wolters, Reden, S. 25.

180 Auf Frankreichs Rheinland-Politik zwischen 1920 und 1930 sowie auf die Ruhrbesetzung 1923 kann hier nicht weiter eingegangen werden.

181 Grope, Bildung, S. 273.

182 Schlüter, Wolters S. 1775. Differenzierter Karlauf, George, S. 528, der den „Nationalkonservativen“ Wolters zwischen DNVP und rechtsliberaler DVP ansiedelt.

183 Cornelißen, Kieler Seminar, S. 237. Ebd. eine weitere Stillblüte: Mit der „Politisierung der Angehörigen des Kieler Historischen Seminars“ sei ein „Nährboden gelegt“ worden für die „weit reichende nationalsozialistische Durchdringung der Geschichtswissenschaft vor Ort [sic]“.

184 Mit der süffisanten Bemerkung, Wolters gehörte dem „erwählten Kreis“ um George an sowie mit der unzutreffenden Angabe, er habe sein Amt als SHUG-Schriftführer wegen eines unheilbaren Kriegsleidens nur sporadisch ausüben können – kein Wort fällt über die Vortragstätigkeit oder den Inhalt der „vaterländischen“ Reden –, begnügt sich Jessen-Klingenberg, Universität und Land, S. 24 u. S. 34 f. – Rudolf Rietzler meint indes, allein der Titel des Bandes „Vier Reden über das Vaterland“ verrate alles über das „geistig-ideologische Profil“ dieses „reaktionär und antisemitisch orientierten Historikers“. Lesen oder gar interpretieren, dies implizieren solche und unzählige weitere, zutiefst unwissenschaftliche Pauschalurteile über Kieler Professoren in den 1920ern, müsse man die Texte dann offenbar nicht mehr. Vgl. die auf denkbar schmalster Quellenbasis beruhenden Kapitel über die „Deformation des öffentlichen Bewußtseins und die Rolle der Schleswig-Holstein-Bewegung“ und „Die ‚Nordmark-Universität‘ Kiel“ in Rietzlers Dissertation: „Kampf in der Nordmark“, S. 289-324 u. S. 325-342, hier zitiert S. 303.

in die Schablone von der „Wegbereitung“ des NS-Staates durch die mehrheitlich angeblich antidemokratische, deutschnationale bis „präfaschistische“ Professorenschaft der Weimarer Republik gepresst wird.¹⁸⁶

Friedrich Wolters' Kieler Reden

In drei Reden hat Wolters für seine schleswig-holsteinische Zuhörerschaft, stellvertretend für die deutsche Nachkriegsgesellschaft, die politischen Schlussfolgerungen der Weltanschauung des George-Kreises gezogen: im Juni 1925, auf dem Altonaer Universitätstag der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft (SHUG), sprach er über „Goethe als Erzieher zum vaterländischen Denken“, am Totensonntag, dem 22. November 1925, folgte, zum Gedenken an die Gefallenen der Christiana Albertina, die Rede „Vom Sinn des Opfertodes für das Vaterland“, und schließlich bezog Wolters in größerem Rahmen Stellung zum 28. Juni 1929, dem zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Versailles Friedenstraktats, in einer in letzter Minute untersagten, aber gedruckt der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Rede über „Die Bedingungen des Versailles Vertrages und ihre Begründung“.

Goethe als Erzieher zum vaterländischen Denken (1925)

Seinen Einstand als weltanschaulich ambitionierter Festredner gab Wolters auf der zweiten, in Altona abgehaltenen Universitätswoche der SHUG. Wieder, wie bei der ersten Veranstaltung dieser Art in Kiel, im November 1924,¹⁸⁷ war es dem Vorsitzenden der Gesellschaft, dem in Berlin vorzüg-

185 Allein die generalisierende Formulierung „der“ George-Kreis verrät, im krassen Kontrast zu der von Kolk, Gruppenbildung, und Groppe, Bildung, aufgezeigten heterogenen Zusammensetzung der Anhängerschaft geringe Vertrautheit mit der Materie. Wegen der zahlreichen jüdischen Mitglieder, in Kiel etwa das Ehepaar Landmann (siehe oben Anm. 162 u. 163), befremdet überdies der Rückgriff auf die in der Forschung kaum mehr vertretene These von der „Wegbereiter“-Funktion des Kreises, der jüdische Georgeaner bedenkenlos in NS-Nähe rückt. Aber wo es schon an stilistischer Sorgfalt fehlt, ist gewöhnlich wenig Platz für historiographische Sensibilität.

186 Pars pro toto für die Klassifizierung der absoluten Mehrheit der in der Weimarer Republik aktiven Historiker als „autoritär“ bis „präfaschistisch“ vgl. eine bei dem Politologen Reinhard Kühnl in Marburg entstandene Dissertation von Schönwälder, Historiker und Politik.

187 Jessen-Klingenberg, Universität und Land, S. 33 f.; vgl. dazu die üppige Dokumentation der Reden, auch der Festrede des damals noch mehr organisatorische Fragen erörternden als ideologische Orientierung gebenden neuen ersten SHUG-Schriftführers Wolters in: Kieler Neueste Nachrichten Nr. 259 vom 4. 11. 1924.

lich vernetzten Bevollmächtigten Schleswig-Holsteins beim Reichsrat, Anton Schifferer, gelungen, dieser „Kulturkundgebung in der Nordmark“ mit viel politischer Prominenz aus der Reichshauptstadt einen auf größtmögliche nationale Resonanz berechneten Rahmen zu geben. Hauptredner waren neben Wolters dessen Förderer, Kultusminister Becker, und Reichsinnenminister Martin Schiele (DNVP). Vor 2.000 Besuchern, darunter 400 Kieler Studenten und einer starken Abordnung ihrer Professoren, stellten alle drei Redner ihre Ausführungen unter das von der Presse formulierte Motto der Universitätswoche: „Einigkeit macht stark“.¹⁸⁸ Becker beschwor wieder einmal, dass „Vollmenschenbildung“ zu den höchsten Zielen der Universitätsarbeit zähle. Sie dürfe sich jedoch nicht auf Persönlichkeitsbildung beschränken, sondern müsse darüber hinaus, wozu die SHUG-Aktivitäten erheblich beitragen, jedem Universitätsangehörigen das „Gefühl“ vermitteln, „Schleswig-Holsteiner zu sein und Teil des übergeordneten Staatsganzen“. Schiele bemühte Goethe, um diesen integralen Nationalismus zu legitimieren. Wie „Faust“ zu den „Müttern“ habe hinabsteigen wollen, so sollten sich die Deutschen in ihrer gegenwärtigen Notlage auf die „Urquellen“ ihrer „Volkskraft“ besinnen, um „das Bewußtsein der Lebens- und Leidensgemeinschaft zu stählen“. Denn nur „ohne Unterschied der Parteien“, als „ganze Bevölkerung“, ließen sich die drückenden Folgen des Versailler Vertrages meistern, der auch den Schleswig-Holsteinern mit der Abtrennung Nordschleswigs „eine Wunde geschlagen“ habe.

Im Unterschied zu Becker und Schiele stellte Wolters gleich in den ersten Sätzen sein Thema in einen welthistorischen Horizont, der seine Zuhörer über Gegenwartsfragen der Weimarer Republik hinausblicken ließ. Es ging daher nicht, zumindest nicht allein und nicht vorrangig, darum, Goethe für Beckers kulturpolitisches Ziel der ideellen Integration („Festigung im Innern“) einzuspannen und die parlamentarische Demokratie zu stabilisieren. Ebenso wenig darum, die Einheit des Kulturstaats gegen den Pluralismus des Parteienstaates auszuspielen.¹⁸⁹ Auch die von Schiele bemühte „Selbstbehauptung nach außen“ (Becker), unter den beunruhigenden Bedingungen von Versailles Frankreich, Polen und Dänemark gegenüber, vermag nicht den obsessiven Furor seiner Beschwörungen nationaler Geschlossenheit zu erklären. Vielmehr argumentiert Wolters auf der Basis eines im Kassandraton vorgetragenen Ausblicks auf eine epochale Weltkrise. Man lebe schon inmitten „der beginnenden drohenden Umwälzung aller bestehenden staatlichen und kolonialen Machtbereiche auf der Erde, die sich in äußeren Kämpfen von nieerahntem [sic] Umfang und nieerahntem

188 Vgl. den detaillierten Bericht „Der Schleswig-Holsteinische Universitätstag in Altona“, in: Kieler Neueste Nachrichten Nr. 149 vom 30. 6. 1925.

189 Diesen engeren Rahmen zieht Groppes Interpretation der Goethe-Rede, *Bildung*, S. 262 f.

Schrecken, wie ihr erstes Vorspiel im Weltkrieg zeigte, auswirken wird“.¹⁹⁰ Die erheblichen territorialen Verluste des Deutschen Reiches, die drückenden Reparationslasten und die moralische Stigmatisierung durch die Bürde vermeintlicher „Alleinschuld“ am Ausbruch des Weltkrieges, waren für Wolters folglich nur ein Vorgeschmack auf „Prüfungen“, die „uns oder den Kommenden noch aufgespart sind“. Dies „werden harte, unerbittliche Prüfungen sein, welche die unaufhaltsamen Geschehnisse bringen und für die Geschlechter, welche vielleicht nach Jahrhunderten siegreich aus den Umwälzungen hervorgehen, wird eine Bewährung gefordert, wie sie noch nie von Menschen und Völkern gefordert wurde“.¹⁹¹

Dieses rabenschwarze Zukunftsfresko leitet Wolters aus dem anthropologischen Pessimismus ab, der die apokalyptische Weltanschauung des George-Kreises von jeher grundierte und ihn in kompromisslose Opposition zum bürgerlichen wie sozialistischen Fortschrittsglauben brachte. Monate später, bei der Gefallenen-Rede in der Universität, berief sich Wolters deshalb auf „Gefahr und Kampf“ als die „gewaltigen Mächte, welche die menschlichen Geschehnisse so lange durchpulst haben“. Kampf, mit all seinen Phänotypen, Revolutionen, Krisen, Bürgerkriegen, Kriegen, würde also nie vom ewigen Frieden abgelöst werden, weil er zu den unaufhebbaren, „ewigen“ Bedingungen menschlicher Existenz gehöre.¹⁹²

Unter dem Gesetz von Gewalt und Kampf lebend, in sicherer Erwartung schreckenerregender Umwälzungen unvorstellbaren Ausmaßes, benötigen die derart herausgeforderten Deutschen eine entsprechend robuste mentale Rüstung. Die offerierte der „Umschau nach Erziehern und Bildnern, nach Führern und Rettern“ haltende Wolters im Rückgriff auf das gegen alle Fährnisse wappnende „Vorbild“ Goethe und die „Hilfe[, welche] wir aus dem unerschöpflichen Schatze seiner Menschlichkeit für unsere Not gewinnen können“.¹⁹³ Nicht nur im George-Kreis wurde der Dichterstern als „gottmenschliche Erscheinung“, als jener „Gott in einer entgötterten Welt“ religiös verehrt,¹⁹⁴ in den ihn Friedrich Gundolfs Goethe-Biographie von 1916 verwandelte. Als solchen Ausnahme- und „Übermenschen“ in der Tradition des Genie-Kults und im Sinne Nietzsches präsentierten ihn zuvor schon der Bayreuther Geschichtsdenkler Houston Stewart Chamberlain (1912) und der dem George-Kreis immerhin attachierte Berliner Philosoph Georg Simmel (1913). Gemeinsam war deren Biographien, dass sie radikal mit der Goethe-Biographik um 1900 brachen, für die in Kiel Eugen Wolff stand, den Wolters verächtlich als „unfähigen ordinarius“

190 Wolters, Reden, S. 33.

191 Ebd., S. 33 f.

192 Ebd., S. 28.

193 Ebd., S. 34.

194 So die nicht übertriebenen Charakterisierungen von Kruckis, *Abbild*, S. 318 u. S. 328.

abtat.¹⁹⁵ Waren Wolff, Bielschowsky, Heinemann, Meyer und Witkowski bemüht, den „Klassiker“ Goethe den Wertvorstellungen des wilhelminischen Bürgertums anzupassen, und scheuten dabei, wie speziell Wolff, nicht einmal davor zurück, ihn für die Kolonial-, Flotten- und Polenpolitik mittels „Faust“- und „Wilhelm Meister“-Versatzstücken zu vereinnahmen,¹⁹⁶ gestalteten Chamberlain, Simmel und Gundolf Goethe als titanischen Antipoden der „materialistischen“ Gesellschaft des kapitalistischen Zeitalters. Goethes „Leben als Kunstwerk“¹⁹⁷ diente ihnen als „kulturkritische Projektion“,¹⁹⁸ die ihre schroffe Ablehnung (Chamberlain, Gundolf) beziehungsweise ihre tiefsitzenden Vorbehalte (Simmel) gegen die zivilisatorische Moderne bündelte, die sie als desorientierenden, chaotischen, die autonome Persönlichkeit vernichtenden, den Abbau des Menschlichen in sämtlichen Lebensbereichen vorantreibenden Prozess wahrnahmen.¹⁹⁹

Dem steht Goethes Leben und Werk als Urbild „ganzheitlichen“, „gesamtmenschlichen“ Daseins gegenüber. Wolters, dessen frühe Programmatik Gundolfs „Goethe-Bibel“²⁰⁰ determinierte, entwickelte 1910 die Idee von der „anschauung einer welteinheit“, wie sie nur Darstellungen der Jahrhunderte überragenden „Seher“ und „kosmischen Menschen“ Dante, Shakespeare und Goethe gewähren.²⁰¹ Im Zerfall der „Lebensganzheit“, der für die Moderne-Kritiker des George-Kreises mit Luthers Reformation einsetzt und in der Massenzivilisation des 20. Jahrhunderts ausläuft, sei es

195 Briefwechsel George-Wolters, S. 210; Brief an George vom 14. 10. 1926.

196 Siehe oben S. 48 f.

197 „Kunstwerk des Lebens“ lautet der Untertitel von Rüdiger Safranskis Goethe-Biographie, die ganz der von Chamberlain mitbegründeten Deutungstradition verpflichtet sei – „auch wenn der Autor diesen nicht zitiert, so wie der Zeitgeist es will“, merkt tadelnd an Bermbach, Chamberlain, S. 372 f.; dort auch das überschwängliche Lob zitierend, das der Marxist Walter Benjamin dem völkischen Goethe-Kenner und dessen Schlüsselbegriff „Lebenskunstwerk“ spendet.

198 Bollenbeck, Goethe, S. 13-32.

199 Ebd., S. 20 f.; Bollenbeck gibt hier eine Abkürzung aus Breuer, Ästhetischer Fundamentalismus, sowie: Rohkrämer, Moderne.

200 Kruckis, Abbild, S. 325, eine spöttische Bezeichnung des Literaturhistorikers Adolf Grolmann zitierend.

201 Wolters, Richtlinien, u. ders., Gestalt. Ihm folgend Gundolf, Vorbilder (1912), wieder abgedruckt in: Dichter und Helden, S. 23-58. Von den Problemen wie von den zahllosen methodologischen Einwänden zeitgenössischer wie nachgeborener Germanisten gegen die darauf fußende, von „Intuition“ und „Wesensschau“ geleitete „mythopoetische Literaturwissenschaft“ im Stile Gundolfs soll hier nicht die Rede sein. Vgl. dazu Arrighetti, Mensch und Werk, S. 79-97, besonders S. 85 der Hinweis auf Edith Landmann, die 1923 „Irrationalismus“-Vorwürfe der Kritiker der „Wesensschau“ mit dem bei Platon entliehenen Argument konterte, wer Wesentliches erkennen wolle, müsse selbst wesentlich sein, denn nur Gleiches erkenne Gleiches. Der Zugang zur „Wahrheit“ bleibe somit reserviert für „gut geschaffene Seelen“. Wolters habe diese Hermeneutik für Esoteriker knapper gefasst: Urteil erfordere Rang.

Goethe gelungen, dem „Chaos“ eine neue „Einheit des Seienden“ abzugewinnen, wie sie sein Leben und Werk symbolisiert.²⁰²

Für Wolters, der 1925 diesen „Mitte-Menschen“ Goethe, die Verkörperung von „Einheit, Ordnung, Harmonie“,²⁰³ seinem Altonaer Zuhörern überzeugend als „vaterländischen Erzieher“ empfehlen wollte, ergab sich zunächst ein Problem. Würde doch die Akzeptanz des Vorbildes erheblich irritiert durch die Legende vom politisch ignoranten, „unvölkischen“, von der „Not der Deutschen“ unberührten, auf Napoleons hartes Besatzungsregime gleichgültig reagierenden, den Kaiser der Franzosen vielmehr bewundernden und den Befreiungskrieg 1813 abwiegeln kommentierenden Goethe.²⁰⁴ Wenngleich mit einigem rhetorischen Aufwand, räumte Wolters diese Vorwürfe mit Hilfe einer 50 Jahre alten, von David Friedrich Strauß stammenden Apologie geschickt beiseite. Goethe und Schiller, so Strauß 1872, hätten sich deshalb nicht in politische Zeitinteressen eingemischt, weil es ihre Aufgabe gewesen sei, ein Reich des Geistes zu errichten, in dem die Deutschen sich als Menschen ausbilden und sich als Mitglieder einer Nation bewusst werden konnten.²⁰⁵ Sie hätten damit die nationale Selbstbesinnung gefördert und mit ihrer künstlerischen Produktion bedeutenden Anteil an der ideellen Integration, ohne die das zweite deutsche Kaiserreich nicht zu denken sei. Nicht anders verteidigte Wolters seinen Dichterheros. Er habe in Weimar den Mittelpunkt eines Bildungsreiches geschaffen, ein „geistiges Deutschland“ gestiftet, den „gemeinsamen Raum des Fühlens und Schauens“, ohne den die Reichsgründung von 1871 unmöglich gewesen wäre. Und der auch in der Republik, die sich 1919 nicht von ungefähr in Weimar konstituierte, den Zusammenhalt der Deutschen verbürgte, weil „Goethe in uns weiter lebt“, wie der Altonaer Festredner mit Blick auf die in der bildungsbürgerlichen Öffentlichkeit omnipräsenten, „lebendigwirkenden Gestalten seiner Werke“, den überlieferten „unermesslichen Umfang seines persönlichen und brieflichen Handelns“ und

202 Zu Ordnungskategorie Ganzheit, wahlweise Gestalt, die das Goethebild des George-Kreise strukturiert vgl. nur Arrighetti, *Mensch und Werk*, S. 63 f., S. 68-71 u. S. 79 ff. Ausführlich zum ideengeschichtlichen Kontext: Harrington, *Ganzheit*, und Simonis, *Gestalttheorie*, dort S. 84-118, eine eindringliche Interpretation von Georg Simmels Goethe-Buch, das in den Rahmen der „Kulturtheorie der Moderne“ und des „Faszinosums der Goethe-Nachfolge“ eingebettet wird.

203 Wolters, *Reden*, S. 35 f.

204 Wolters, *Reden*, S. 34 f.; der Vortrag erschien zuerst separat als Heft 1 der SHUG und Studentenhilfe Ortsgruppe Altona, Altona 1925.

205 D. F. Strauß, *Der alte und der neue Glaube* (1872), zit. nach Mandelkow, *Goethe*, S. 209 f. In welcher über Jahrzehnte gefestigten, lange vor Strauß erprobten apologetischen Tradition sich Wolters bewegte, verriet er weder seinen Zuhörern noch seinen Lesern, denn beide Druckfassungen kommen ohne Anmerkungen aus.

natürlich auf die „vorbildliche Schöpfung seines eigenen Lebens“ mit Fug und Recht behaupten durfte.²⁰⁶

Goethe, für Gundolf die „größte Einheit[,] worin deutscher Geist sich verkörpert hat“,²⁰⁷ sei die Inkarnation des „geistigen Deutschland“, das, wie Wolters in Altona suggerierte, nunmehr vom Kreis Georges, dem „geheimen Deutschland“, bewahrt werde.²⁰⁸ Was jenseits dieses Panegyrikos indes weitgehend im Dunkeln blieb, war der originäre Gehalt der Goetheschen, der „deutschen Bildung“ und damit das in seinem Namen anzusteuernde Telos „vaterländischer Erziehung“. Wie schon gegenüber Kultusminister Becker, kam Wolters bei der Festlegung dieses „höheren Ziels“ nicht über Floskeln wie „Veredlung der Gesinnungs- und Denkweise des Volkes“ und „wahrhaft humane harmonische Bildung der Gesamtheit und Harmonie mit selbst für den strebenden Einzelmenschen“ hinaus.²⁰⁹ Wahrscheinlich schwieg er sich aber auch deshalb darüber aus, weil sich vor diesem Auditorium eine Konkretisierung des Bildungsideals erübrigte, da stillschweigende Einigkeit über dessen abzulehnende Alternative herrschte, das Menschen- und Weltbild des westlichen Liberalismus.

Der Sinn des Opfertodes für das Vaterland (1925)

Eine präzisere Definition dessen, was deutsche von westeuropäisch-angelsächsischer Bildung unterschied, gab Wolters in einer am 22. November 1925, am Totensonntag, in der Universitätsaula gehaltenen Rede zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Angehörigen der Kieler Universität.²¹⁰ Zu diesem Zweck beleuchtete er schlaglichtartig, ideenge-

206 Wolters, Reden, S. 52. Hier anknüpfend an die im Lesewerk, Bd. III, abgedruckte Aufzeichnung Heinrich Ludens über ein mit Goethe geführtes Gespräch über dessen Haltung zu Volk und Nation (siehe oben Anm. 177). Tatsächlich erkor Friedrich Ebert den deutschen Patrioten Goethe zur Stifterfigur der Republik, als er im Februar 1919 den Abgeordneten zur Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung ans Herz legte, über die Verfassung im Geist von Faust und Wilhelm Meister zu beraten. Der „olle ehrliche Ebert“, merkt dazu der Friedrich-Engels-Biograph Gustav Mayer an, habe allerdings beide Werke „sicherlich nie gelesen“; Mayer, Als deutsch-jüdischer Historiker, S. 213 f.

207 Gundolf, Goethe, S. 1.

208 Vgl. Wolters, Reden, S. 58: die Waffen, welche „der Dichter“ schmiedete, gemeint ist George, würden sich als stärker erweisen als jene, nach denen die alliierten Kommissionen im abgerüsteten Reich fahndeten, und der subversive „Kreis der Führer“, den er erziehe, sei gefährlicher als der in Versailles der Reichswehr verbotene Generalstab.

209 Ebd., S. 51.

210 Neben den Professoren in „Amtstracht“, Studenten, eingeschlossen die „Spitzenvertreter der Verbindungen, die in ihrem vollen Wuchs“ auftraten, waren „Vertreter der Behörden und viele Bürger der Stadt“ erschienen; vgl. den Bericht „Gedächtnisfeier der Universität“, in: Kieler Neueste Nachrichten Nr. 274 vom 24. 11. 1925, 3. Blatt.

schichtlich in Riesenschritten vom frühen Mittelalter zur Gegenwart eilend, das Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft in der europäischen Gesellschaftsgeschichte. Wobei Wolters die wandelbare „Grund-einstellung zum Opfer für andere“ prüft. Während der Völkerwanderungszeit für den Stamm, im Mittelalter für den Lehnsherren und in den schon „dichteren weltlichen Staatsgebilden“ der Frühen Neuzeit für „Führergeschlechter“ wie Habsburger oder Kapetinger. Die Bereitschaft, äußerstenfalls das eigene Leben für das Kollektiv zu opfern, soll bei dieser retrospektiven Musterung den Grad der „Einheitlichkeit“, der Stabilität eines Gemeinwesens anzeigen. Hohe Opferbereitschaft indiziert dichte soziale Kohäsion. Von solcher Einheitlichkeit, wie sie nach Wolters' Überzeugung nur Stadtstaaten der griechischen Antike realisiert hätten, seien noch die absolutistischen Regime des 17. und 18. Jahrhunderts „weit entfernt“ gewesen.²¹¹ Erst Vaterlandsdiskurs, Reichspatriotismus und die von den Kriegstaten Friedrichs des Großen beflügelte Nationalgeistdebatte in den 1760ern steigerten das Gemeinschaftsgefühl.²¹² Lauter tönte die Vaterlandsidee daher bereits in der patriotischen Lyrik von Uz, Kleist und Klopstock, bis 1796 Goethes „Hermann und Dorothea“ erstmals die „Verwurzelungen“ der Hauptfiguren mit „Land und Erbe plastisch sichtbar“ habe werden lassen und Hölderlin das antike mit dem germanischen Vaterlandsbild verschmolz.²¹³

Aber nicht Goethe, dessen wie politische Abstinenz anmutende Zurückhaltung während der „Franzosenzeit“ Wolters ja in Altona mit einigem rhetorischen Aufwand rechtfertigen musste, sondern Johann Gottlieb Fichte und Ernst Moritz Arndt sind ihm nun die Propheten eines Nationalismus, der beanspruchte, den Einzelnen so umfassend zu vergemeinschaften wie dies einst angeblich die „dichtgeschlossene Staatlichkeit der Antike“ vollbracht hatte.²¹⁴ Der Philosoph Fichte, als politischer Theoretiker ungleich klarer als der Historiker und nationalreligiöse Prediger Arndt – dem Wolters und Gundolf freilich seit 1918 zunehmend Beachtung schenken²¹⁵ – habe in seinen „Reden an die deutsche Nation“ (1808) nicht weni-

211 Die Opferbereitschaft der Germanen veranschlagt Wolters zwar ähnlich hoch wie die der Polis-Bürger, doch habe ihr das staatliche Moment gefehlt. Was die Germanen band, war nicht Stadt oder Staat, sondern „Blutsverband, die Sippe, das Geschlecht, die Völkerschaft und später nach der Ausbildung des Gefolgschaftswesens der Führer als der geheiligte Inbegriff des Blutsbundes“, Wolters, Reden, S. 21 u. S. 24.

212 Vgl. hierzu Blitz, Vaterland.

213 Wolters, Reden, S. 25.

214 Ebd., S. 26.

215 Gundolf entdeckte Arndt im Schatten von Kriegsniederlage und Staatsumwälzung für sich, empfahl ihn Wolters als „unerhört aktuell“, plante eine „Volksausgabe“ seiner Schriften sowie eine Neuedition, als preisgünstiges „Volksbuch“, seiner

ger gefordert als einen neuen Menschen, der in seinem „Gemüt“, zugunsten der „Liebe zum Ganzen“, zu „Staat und Vaterland“, „jede selbstische Regung vernichten“ müsse. Diese „Liebe“ zum eigenen Volk setze einen Menschentyp voraus, der sein Leben nicht als Fortsetzung des „bloßen Daseins“ begreife, sondern ihm Dauer verleihen wolle, was ihm die „selbständige Fortdauer seiner Nation“ ermögliche.²¹⁶ Das von Fichte verwendete Adjektiv „selbständig“ ist leicht zu überlesen. Gleichwohl ist es ein Passwort, das den Zugang eröffnet zum Kern auch von Wolters' Bildungsideal des „gleichgewachsene[n] und gleichfühlende[n] Menschum[s]“. Das erzieherisch anzustrebende humane Maximum ist demnach verwirklicht, wenn der Einzelne seinen egoistischen Willen dem Gesamtwillen bis hin zum Selbstopfer auf dem Schlachtfeld unterordnet. Stefan Georges „hoher Mensch“ entpuppt sich somit in Wolters' Auslegung als der sozial engagierte Staatsbürger, dessen individuelle Freiheit, primär die Freiheit, sich zur harmonischen Persönlichkeit zu bilden und „hohe Menschlichkeit“ zu entfalten, abhängt von der „Selbständigkeit“ des souveränen Machtstaats. Nur die Freiheit der Nation garantiere die Freiheit seiner Bürger.²¹⁷ Zugleich grenzte sich Wolters damit gegen die westlich-liberale, individualistische Ideologie der Freiheit ab. „Opfer ist Unsinn“, hatte Jeremy Bentham, der Vordenker des utilitaristischen bürgerlichen Besitzindividualismus, schon in der Formationsphase der kapitalistischen Industriegesellschaft dekretiert.²¹⁸ Demgegenüber erlöst das Opfer als „Kern-

„Ausblicke der Teutschen Geschichte“ (1814); Fricker (Hrsg.), Gundolf – Wolters, S. 189, S. 193, S. 200 u. S. 205 f. Daraus wurde zwar nichts, aber Gundolf befasste sich 1919 intensiv mit dem „maßgebenden“ und „vorbildlichen Deutschen“ Arndt, für den u. a. auch in einem 1920 in Kiel gehaltenen Vortrag warb, gedruckt in: Gundolf, Hutten, Klopstock, Arndt, S. 45-70; die Hutten- und die Klopstock-Rede wurden 1962 in eine Auswahl-Ausgabe der kleineren Schriften aufgenommen, nicht aber das Arndt-Porträt, vgl. Berger/Frank (Hrsg.), Gundolf. Zu Wolters' Arndt-Rezeption vgl. seinen Essay Ernst Moritz Arndt und der Norden. Wichtig ferner die Dissertation der mit Wolters von Marburg nach Kiel gewechselten Emmy Cremer, Arndt als Geschichtsschreiber, sowie die 1925 in Kiel konzipierte, erst 1937 veröffentlichte, Goethe- und Wolters-Zitate als Leitworte wählenden Monographie eines anderen Marburger Schülers, Rudolf Fahrner, Arndt. Vgl. zu Fahrner auch unten Anm. 298.

216 Wolters, Reden, S. 26.

217 Dass der Machtstaat nur ein Werkzeug zur Behauptung der Kulturnation sei, lautete ein in akademischen Festreden der 1920er oft zitiertes Credo Wilhelm von Humboldts, demzufolge Deutschland nicht stark und frei sein müsse, um sich gegen diesen oder jenen Nachbarn zu verteidigen, sondern deswegen, weil nur eine nach außen hin starke Nation den Geist in sich bewahren könne, aus dem alle Segnungen im Innern fließen, woran etwa Hermann Oncken in seiner Münchner Reichsgründungsrede vom 18. Januar 1926 zum Thema „Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft“ erinnerte, wieder abgedruckt in seiner Aufsatzsammlung: Nation und Geschichte, S. 71-90, hier zit. S. 89.

218 Bentham, Deontologie, Bd. 1, S. 40.

stück konservativen Denkens“²¹⁹ das Individuum aus dem profanen, auf die Reproduktion seiner Arbeitskraft reduzierten Dasein als Marktteilnehmer im kapitalistischen Wettbewerb. Erst durch das Opfer für die Gemeinschaft, die im Krieg auch das Selbstopfer fordere, erlebe der Mensch eine eigentlich humane, existenzielle Steigerung seiner Lebensintensität.²²⁰ Verkürzt freilich, wie es in einer heftigen protestantischen Kritik an Wolters' Opferverständnis hieß, um die religiöse Dimension nationaler Integration.²²¹

Aus Wolters' idealistischer Perspektive stachelte der Zusammenbruch vom November 1918 den Selbstbehauptungswillen der besiegten Deutschen eher an, so dass er in militärischer Niederlage und Nachkriegselend Katalysatoren weiterer „Verdichtung“ des Nationalgefühls sah, was ihn zu einer optimistisch-kühnen Lageeinschätzung verleitete: „[W]ir haben heute wieder das Bewußtsein der Einheit von Land und Volk und Erbe, von Orts-, Bluts- und Geistesgemeinschaft gewonnen und wissen, daß wir über allen Zwisten, Spaltungen und Parteiungen für ein heiliges Gesamt leben und daß der Opfertod dafür [...] uns alle angeht, alle in e i n e m [Sperrung im Original] Leibe Verbundenen: im Vaterland“.²²²

Tatsächlich zeichnete Wolters hier, am Vorabend der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, ein Wunschbild nationaler Einheit, das

219 Kolk, Gruppenbildung, S. 455 f., zur Opfer-Rede von Wolters. – Die Literatur zum politischen Opfer-Diskurs zwischen 1918 und 1945 ist seit zwanzig Jahren ins Uferlose gewachsen. Grundlegend bleibt aber die den NS-Opfer- und Totenkult sezierende Arbeit von Behrenbeck, Kult.

220 Kolk, Gruppenbildung, S. 243 ff., die Essenz des positiven Opfer-Verständnisses bei George und Wolters herausarbeitend.

221 Dazu die ausführliche, über weite Strecken sympathisierende Rezension von Wolters' gesammelten vaterländischen Reden durch den Greifswalder Theologen Hermann Wolfgang Beyer (Wolters, Vier Reden). Der Historiker sähe den nahen Untergang des Christentums heraufziehen und grenze wohl deshalb auch Martin Luther aus seiner Beschwörung des Gemeinschaftsgefühls und des Vaterlandes aus. Insofern böte die weitverbreitete Rede von Beyers geistigem Ziehvater, dem Göttinger Theologen Emanuel Hirsch, präzisere, weil die Nation mit Gott vermittelnde Bestimmungen des Vaterländischen. Vgl. die Ausführungen des wie Wolters von Fichte ausgehenden Systematikers Hirsch, Liebe, S. 14 f. u. S. 17, zur Notwendigkeit, private Existenz an ein „großes Leben“ zu binden und darin „fröhlich hinein[zuflechten“. Dies sei in der „festen irdischen Gemeinschaft“ von Staat und Nation zu finden, die jedoch, solle sie nicht nationalistisch entarten, nicht verabsolutiert und an die Stelle Gottes gesetzt werden dürfe. Zur Rezeption der Opfertod- und Kriegsapologie bei Beyer, der Luthers Kirche als nationale Verantwortungsgemeinschaft, den Staat als Gotteswillen und das Volk als Gedanken Gottes verstand und der 1933 der Führungsriege der „Deutschen Christen“ angehörte, vgl. Garbe, Theologe, bes. S. 154-168, zu Beyers „Geschichtstheologie des Krieges“, wie sie der Greifswalder Universitätsprediger in einer neutestamentlich aufgeladenen Rede „Vom Opfertod“ in einer Gefallenengedenkfeier zum Totensonntag 1931 entfaltete. Neuerdings zur völkischen Theologie Beyers: Pöpping, Der schreckliche Gott.

222 Wolters, Reden, S. 24 f.

er am Schluss selbst mit Warnungen vor der nach 1918 zunehmenden Begeisterung für die „menschheitliche“ Aufhebung von „Volksstaaten“ in „Weltbünde“ und vor der Attraktivität universalistischer Ideologien und pazifistischer, paneuropäischer, kosmopolitischer Bestrebungen desavouieren musste.²²³ Mithin war auf dem Weg „vom Ich zum Wir“ noch viel Erziehungsarbeit zu leisten, um das „Bewußtsein der Einheit“ zu wecken und das allgemeine Interesse am Gemeinwohl zu steigern. Was vornehmlich durch die „Aufzucht der Jugend“ geschehen solle, wie Wolters mit Fichtes Worten forderte.²²⁴ Offenbar näherte er sich im Rekurs auf Fichtes „Griff nach dem inneren Menschen“ und mit dessen „Absolutsetzung des Gemeinwohls“ totalitären Staatsformen des 20. Jahrhunderts, was die kritische Rede von George und seiner Gefolgschaft als ideologischen Wegbereitern der NS-Herrschaft zu bestätigen scheint.

Aber einerseits wies diese Fichte-Adaption eben nicht voraus auf den Nationalsozialismus, sondern zurück auf die Demokratie und ihr totalitäres Potential,²²⁵ das sich etwa entlud in dem „Nationalen Erziehungsplan“ des Jakobiners Michel Lepeletier, den Robespierre im Juli 1793, kurz nach dessen Ermordung, im Konvent verlas. In streng abgeschirmten Internaten sei die Jugend in eine „republikanische Gießform“ zu pressen und ihr „Gemeinschaftssinn“ zu festigen, um die Revolution in der Mentalität der Heranwachsenden zu verstetigen. Ziel der revolutionären Pädagogik war die „Umschaffung“ des Menschen, dessen neue psychische Disposition ihn befähigte, eigene Interessen um des Gemeinwohls willen zurückzustellen, oder im Idealfall sogar die eigene Identität auszulöschen und sich vollständig mit dem Allgemeinen zu identifizieren.²²⁶

Andererseits ist Fichte, bis 1793 deren deutscher Parteigänger, in seinem Nationalerziehungsplan den Jakobinern zwar sehr weitgehend gefolgt, nicht indes Wolters dem Volkspädagogen Fichte, ungeachtet der Emphase, mit der er im November 1925 aus den „Reden“ zitierte. Aber selbst bei Fichte, ungeachtet mystischer „Reden“-Passagen zur Verschmelzung des Individuums mit dem vergöttlichten Allgemeinen, die seinen Nationalismus religiös aufluden und intendierten, den Willen des Einzelnen genauso radikal auszulöschen wie es der atheistische Jakobiner Lepeletier plante, verschlingen sich emanzipatorische und autoritär-totalitäre, universalistische und partikularistische Motive in so komplizierter Weise, dass

223 Ebd., S. 28.

224 Ebd., S. 26.

225 Dazu ein Klassiker der politischen Ideengeschichte: Talmon, Ursprünge der totalitären Demokratie. Zur Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte des Werkes vgl. Hornung, Politischer Messianismus.

226 Vgl. die jüngste Exegese der „Reden an die deutsche Nation“, die die geistige Nähe der „Reden“ zum Erziehungsprogramm des Jakobiners Lepeletier überzeugend nachweist: Reiß, Fichtes Reden, S. 175-179.

die „Reden“ von 1808 exemplarisch die These von der „strukturellen Polyvalenz des Prinzips Nation“ bestätigen.²²⁷

Wolters fiel es darum nicht schwer, Fichtes individualistischen Ansprüchen gegenüber offenes Gemeinschaftskonzept mit dem Bildungsideal der ganzheitlichen, harmonischen Persönlichkeit zu verschmelzen, das sich ihm selbst, für George, Gundolf und andere Mitglieder des Kreises im „Lebenskunstwerk“ Goethe realisiert hatte. Individuelle Vervollkommnung und Unterwerfung unter die Imperative der Gemeinschaft sind bei Wolters darum kein Widerspruch. „Stärkung der Persönlichkeit“, „souveräne Individualität“ (Wilhelm Emrich) sowie „bündische Theorie und Struktur“ stehen in den „Kreisschriften“ aber nicht nur „nebeneinander“ und zeichnen deren „Ambivalenz“ aus.²²⁸ Vielmehr ist das relativ autonome Individuum nur möglich in der souveränen Gemeinschaft des nationalen Machtstaats. Wolters war hier jedoch weit davon entfernt, das „Übermenschentum aller“ (Ernst Troeltsch) zu predigen, da ihm nur eine Elite charakterlich und intellektuell zur Selbstvervollkommnung taugte, eine Aristokratie die sich durch Bildung zur „Herrschaft“ qualifizierte.²²⁹ Allein die durch solche „Führer“ geeinte nationale Gemeinschaft, so ließen sich die Altonaer „Goethe“- und die Kieler „Opfer“-Rede auf einen gemeinsamen Nenner bringen, werde den von Wolters prognostizierten weltpolitischen Umwälzungen trotzen. Nicht anders lauteten übrigens die politischen Rezepturen, die der bereits erwähnte sozialdemokratische Staatsrechtler Hermann Heller und, um nur ihn zu nennen, der Theologe Otto Baumgarten, eine linksliberale Galionsfigur der Christiana Albertina, aus ihren Erfahrungen im Revolutionswinter 1918/19 ableiteten. So forderte Heller, Hegels Machtstaatgedanke müsse zur „öffentlichen Meinung Deutschlands“ werden, wenn sich die Nation aus der „schmerzvollen Gegenwart in eine bessere Zukunft retten“ wolle.²³⁰ Und der auf Goethes

227 Ebd., S. 21 f. u. S. 163-168.

228 Insoweit die antitotalitäre Komponente in Wolters' Bestimmungen des komplizierten, nie stabil einzupendelnden Verhältnisses zwischen Individuum und Gemeinschaft präzise erfassend: Groppe, Bildung, S. 223 u. S. 239.

229 Wolters, Herrschaft und Dienst; nach Kiel brachte der Autor die frisch gedruckte dritte Auflage dieser kanonischen „Staatsschrift“ des George-Kreises mit, die er wie selbstverständlich mit einer Maxime Goethes eröffnete: „Wenn dir die Menge bedeutend scheinen mag, so tadl' ich's nicht: sie ist bedeutend: mehr noch aber sind's die wenigen, geschaffen dieser Menge durch Wirken, Bilden, Herrschen vorzustehen“. Das etwas verkürzte Zitat stammt aus dem von Eugen Wolff einst so nachdrücklich als Agitationsstück gegen die Sozialdemokratie empfohlenen antirevolutionären Trauerspiel „Die natürliche Tochter“, 1. Akt, 5. Auftritt.

230 Heller, Hegel, S. VI. Das Vorwort dieser zur Kieler Habilitation im März 1920 eingereichten Arbeit ist datiert Mai 1919. Dass der Freiburger Historiker Georg von Below, einer der prominentesten Verfechter alldeutscher Positionen während des Ersten Weltkrieges, das Werk enthusiastisch zustimmend rezensierte und ihm „weinste Verbreitung“ wünschte, verwundert nicht (Below, Heller, Sp. 91). Zu Hellers

„Persönlichkeits-“ und das dadurch bestimmte antidemokratische „Heldenideal“ des auch sozialpolitisch engagierten britischen Geschichtsdenkens Thomas Carlyle festgelegte Baumgarten,²³¹ wie Wolters und die Mehrheit der Kieler Kollegen aller politischen Richtungen, früh gegen den „Schmach- und Lügenfrieden von Versailles“ und für seine Revision agitierend, stellte die Weimarer Parteiendemokratie unter den Vorbehalt ihrer Leitung durch eine „Aristokratie des Geistes“. Ein extrem widersprüchliches Konzept ausgerechnet aus der Feder eines Linksliberalen, aber durchaus zeittypisch, wie der Vergleich mit Wolters' Geistesaristokratismus oder der „Führerdemokratie“, dem Verfassungsideal von Baumgartens Vetter Max Weber zeigt.²³²

Mit den „Werttafeln“ der Moderne im Allgemeinen und ihren politischen Transformationen in parlamentarischen Demokratien, so kommentierte der von ähnlichen Erfahrungen des Ich- und Realitätszerfalls gequälte Theologe Ernst Troeltsch (1865-1923), ein Generationsgenosse Georges (1868-1933), sei das im „Kreis“ artikulierte „Verlangen nach Bindung und Einheit“ so wenig vereinbar wie mit den sozialen Idealen der Massenzivilisation, mit Kapitalismus oder Sozialismus. Die Ordnungsmuster des George-Kreises eigneten sich allenfalls für Einsiedeleien und Konventikel, wären aber außerhalb solcher esoterischen Zirkel praktisch nicht umsetzbar und würden, wie Max Weber gespottet habe, „an dem ehernen Felsen der realen sozialen und ökonomischen Verhältnisse zerstäuben“. Deswegen riet Troeltsch dem paganen „Meister“ und seinen Jüngern sich lieber an den Christen ein Beispiel zu nehmen: die hätten in 2.000 Jahren gelernt, das Paradies nicht auf Erden zu suchen und sich mit den irdischen Realitäten zu arrangieren, was „unabänderlich zu den ökonomischen, sozialen und politischen Lebensformen einer Zeit gehört“.²³³

Wolters hat in seiner zusammen mit Stefan George in Kiel abgefassten Monographie über den „Meister“ als Mittelpunkt deutscher Geistesgeschichte seit 1890 diesen Vorhalt von Troeltsch mit dem Argument pariert: Sich „arrangieren“ hätte unter den Bedingungen des Versailler Vertrages ein „Sichfügen ins Unvermeidliche“, in „Untergangsstimmung“, „Verelen-

Staatsideal der autoritären Demokratie vgl. Albrecht, Rechtsstaat. Zu der daraus resultierenden, zeitweiligen Annäherung an Carl Schmitt, unter der das seit dem Weggang aus Kiel ohnehin gelockerte Verhältnis zu Radbruch gelitten habe, vgl. H.-P. Schneider, Positivismus, S. 180-182.

231 Vgl. die vor Kieler Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Frauenbundes im WS. 1905/06 gehaltenen Vorlesungen über Carlyle und Goethe.

232 Vgl. Baumgarten, Predigten aus der Revolutionszeit. Zum geistesaristokratischen Menschen- und Gesellschaftsbild des seit 1894 als Ordinarius für Praktische Theologie in Kiel wirkenden Baumgarten, das keinen Vergleich mit dem des George-Kreises zu scheuen braucht, siehe Bassi, Baumgarten, S. 302-308.

233 Troeltsch, Revolution, S. 654 u. S. 673.

„Eindeutigkeit und Hoffnungslosigkeit“ bedeutet.²³⁴ Um auf dieser schiefen Ebene nicht bis zur vollständigen Preisgabe selbständiger nationaler Existenz, auf den Status eines Objekts der Politik fremder Mächte abzurutschen, hoben die „Kreis“-Autoren in einigen Dutzend Büchern und Aufsätzen seit 1918, nach dem Muster von Gundolfs „Goethe“, die „Norm des großen Menschen“ und die „zeitlosen und ewigen Gesetze der heldischen Artung“ der desorientierten deutschen Öffentlichkeit zwecks mentaler Wiederaufrüstung ins Bewusstsein.²³⁵

Eine nicht gehaltene Anti-Versailles-Rede (1929)

Eine Rede, die abermals mit einem Echo weit über den akademischen Rahmen hinaus kalkulierte, wollte Wolters zum Gedenken an die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages halten, die sich 1929 zum zehnten Mal jährte. Rektor und Senat setzten daher zum 28. Juni 1929, Freitagmittag 12 Uhr, eine akademische Feier in der Universitätsaula an, die den Historiker mit dem Thema „Die Versailler Bedingungen und ihre Begründungen“ ankündigte. Zuvor beabsichtigte die Freie Kieler Studentenschaft eine „Morgenfeier“ auf der Krusenköpkel im Düsternbrook abzuhalten, auf der Heinrich Rendtorff, Baumgartens Nachfolger als Ordinarius für Praktische Theologie und als Universitätsprediger, sprechen sollte. Am Donnerstagmittag bekam der Rektor, der Physiker Walther Kossel, jedoch eine telefonische Weisung aus dem Kultusministerium, die Gedenkstunde in der Aula abzusagen und den an der „Morgenfeier“ teilnehmenden Dozenten, gemeint war Rendtorff, disziplinarische Maßnahmen anzudrohen.

Trotzdem versammelten sich einige hundert Studenten und Bürger am Freitagvormittag auf der Krusenköpkel, die Kapelle des Kieler „Stahlhelm“ intonierte die inoffizielle zweite Nationalhymne, das Niederländische Dankgebet, anstelle von Rendtorff sprach ein Pastor der Luthergemeinde gegen die „Kriegsschuldlüge“ des Versailler Vertrages, und bevor die „erhebende Feier“ mit dem „Deutschlandlied“ endete, verabschiedete man zwei Resolutionen an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und den Reichstag, das Gesetz über den im Sommer 1929 gerade verhandelten „Youngplan“, der Deutschlands Reparationszahlungen an die Siegermächte neu regelte, nicht zu unterzeichnen.²³⁶ Tatsächlich dürfte das

234 Wolters, Stefan George, S. 492.

235 Ebd., S. 490-492.

236 Vgl. die Dokumentation der Anordnungen und Beschlüsse von Rektor und Senat, den Pressespiegel zum Verlauf der „Morgenfeier“ sowie Presseberichte über die weniger friedlichen Folgen, die das für alle preußische Universitäten geltende ministerielle Verbot an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität hatte, wo Hans Delbrück, der 81jährige Doyen der Berliner Historikerschaft, als Redner angekündigt war, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 5 (1929), Nr. 8. vom 13. Juli, S. 117-132.

von der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung angestoßene, von Preußens SPD-Regierung exekutierte Verbot der akademischen Gedenkfeiern zum 28. Juni 1929 mit der Furcht zu erklären sein, nationale Protestkundgebungen könnten, wie es in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung hieß, „die Reparationsverhandlungen stören“.²³⁷

Die Gedenkfeier der Universität musste Kossel deswegen ersatzlos streichen. Ihm und dem Senat blieb nur eine geharnischte Eingabe an Kultusminister Becker, die sich gegen dessen Eingriffe in das „verfassungsmäßig anerkannte und geschützte Grundrecht der Freiheit der Wissenschaft“ sowie das ebenfalls von der Reichs- und der preußischen Verfassung geschützte „Grundrecht der freien politischen Meinungsäußerung“ verwahrte. Erst zum Jahresende entschlossen sich Rektor und Senat, den Redetext als nicht im Buchhandel erhältlichen Manuskriptdruck allen Dozenten und Studenten zugänglich zu machen.²³⁸ Wolters reagierte, indem er im Kolleg „wenigstens den Inhalt seiner Ansprache in einigen kurzen Sätzen“ darlegte und daraus die Notwendigkeit ableitete, gegen die „Sinnlosigkeit dieses Vertrages immer wieder [zu] protestieren“ – „wenn es nicht anders ginge, sogar mit Gewalt“.²³⁹

In die Druckfassung ging diese Option nicht ein. Stattdessen endet der Text mit der gerade für die tonangebenden studentischen Radikalnationalisten unter den Lesern desillusionierenden Feststellung, derzeit nicht über die Mittel zu verfügen, um sich „von den unwürdigen Fesseln dieses Vertrages zu befreien“. Was sich aber ändern solle, und darum „müssen wir versuchen, unsere Wehrhaftigkeit wieder zu erlangen“, also vor allem gegen die im Vertrag diktierte Abrüstung der deutschen Landstreitkräfte auf ein 100.000-Mann-Heer zu opponieren. Ohne militärische Macht, so lautete das von Wolters aus langjährigem Studium der europäischen Geschichte, des Aufstiegs Preußens zumal, destillierte Axiom, keine „volle staatliche Souveränität“, sondern auf unabsehbare Zeit Deklassierung als „Staat und Volk zweiter Klasse“.²⁴⁰

Anders als etwa der Theologe und deutschnationale Programmatiker Friedrich Brunstäd, der in Rostock ungehindert zum „Gedenktage von Versailles“ sprach,²⁴¹ oder der Fachkollege Hans Rothfels, den in Königberg ebenfalls in letzter Stunde das Berliner Verbot traf, der seine „ungehaltene akademische Rede“ gleichwohl drucken ließ,²⁴² verzichtete Wolters

237 Ebd., S. 129, dort der entrüstete Bericht des Kieler SPD-Blattes vom 29. 6. 1929 über eine trotz Verbots der badischen Regierung in Heidelberg durchgeführte Veranstaltung, auf der der Rechtshistoriker Heinrich Mitteis die „Servilität und Liebedienerei“ gegenüber dem Ausland geißelte, die das Verbot zum Vorschein brächte.

238 Siehe das Vorwort vom 16. 12. 1929 zu Wolters, Bedingungen.

239 Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 5 (1929), Nr. 8, S. 120.

240 Wolters, Bedingungen, S. 27.

241 Brunstäd, Versailles.

242 Rothfels, Versailles.

auf die üblichen ausführlichen Erörterungen zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, die langatmig die Schuldthese entkräfteten. Stattdessen konstatierte er, rückblickend auf den von deutschen Historikern, Völkerrechtlern, Nationalökonomern, Diplomaten und Militärs seit 1919 aufgehäuften Berg an Beiträgen zur Kriegsursachenforschung,²⁴³ nur knapp und zutreffend, kaum eines der ehemals feindlichen Völker halte heute, im Sommer 1929, noch an Deutschlands Alleinschuld am Weltkrieg fest.²⁴⁴ Ebenso wenig wie auf historische Fakten lasse sich die Anklage völkerrechtlich begründen, denn 1914 habe es kein strafrechtliches Verbrechen der Kriegsverursachung, kein völkerrechtliches Kriegsverbot gegeben.²⁴⁵ Mithin fehle es an einer historischen und sittlichen „Schuld“ Deutschlands.

Jenseits dessen, was Wolters als zwar politisch, wegen der permanenten französischen Obstruktion bei Abrüstung und Reparationen, aber nicht mehr wissenschaftlich, im deutschen Positionen zuneigenden internationalen akademischen Diskurs zur Kriegsschuldfrage, für relevant hielt, zeichnete sich die eigentlich substantielle Aussage zum Versailler Vertrag ab. Wie in der „Goethe-“ und in der „Opfer“-Rede ging es ihm um die Einheit der Nation als notwendige Voraussetzung für deren Freiheit. Das wilhelminische Deutschland habe diese Einheit nicht generieren können, da dessen Klassengesellschaft bis „in die Tiefe metaphysischer Weltgegensätze“ hinein zerfallen gewesen sei.²⁴⁶ Schlimmer noch: dieses „innerlich zerrissene“, den „unseligen Zwiespalt zwischen den großen erwerbenden Klassen“ nicht überbrückende Kaiserreich mit seiner von „tiefgehenden Spannungen durchsetzten Innenpolitik“²⁴⁷ habe leider auf einer derart porösen mentalen Basis so ambitionierte wie riskante Weltpolitik getrieben und sich

243 Vgl. Jäger, *Forschung*, S. 44-105 (mit Schwerpunkt auf die Historiker-Debatten) sowie Heinemann, *Niederlage* (mit Schwergewicht auf der Aufklärungsarbeit des Auswärtigen Amtes). Heinemanns 1983 veröffentlichte Bochumer Dissertation geht allerdings unter dem Einfluss der multimedial multiplizierten, auf „Selbstverdunkelung der deutschen Geschichte“ (Gerhard Ritter) berechneten Thesen des bis 1945 von NS-Institutionen bevorzugt geförderten Hamburger Historikers Fritz Fischer (1908-1999), die in den 1970ern einen Paradigmenwechsel gegenüber den Ergebnissen der Kriegsursachenforschung der Weimarer Zeit auslösten, von deutscher „Hauptschuld“ 1914 aus. Zur geschichtspolitischen Hintergrund vgl. Spraul, *Fischer-Komplex*. Erst Stefan Schmidts Untersuchung zu Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914, Sean McMeekin, *Russian Origins*, ferner die seit 2013 in deutscher Übersetzung zugängliche Monographie des australischen Historikers Christopher Clark, *Schlafwandler*, und neuerdings die die Akteneditionen der Zwischenkriegszeit einer kritischen Re-Lektüre unterziehende Untersuchung des Würzburger Zeithistorikers Rainer F. Schmidt, *Revanche pour Sedan*, haben in der „Schuldfrage“ eine Revision der Fischer-Revision eingeleitet.

244 Wolters, *Bedingungen*, S. 21.

245 Ebd., S. 22.

246 Ebd., S. 7.

247 Ebd., S. 7 u. S. 9.

obendrein den universalistischen Werten des Westens gegenüber geöffnet. Erst mit dem Ausbruch des Weltkrieges, den Wolters 1929 nach wie vor im Banne der „Ideen von 1914“ als Krieg der Kulturen auffasste, sei der Gegensatz der deutschen „Fühl- und Denkweise“ zur bürgerlich-demokratischen Gesellschaft“, zur „modernen Zivilisation“ des Westens, aufgebrochen.²⁴⁸ Der „Grundgegensatz des deutschen Wesens zu dem der Nachbarn“ sollte für Wolters unter den Bedingungen des Versailler Diktats²⁴⁹ keinesfalls, wie bei der auf den Ausgleich mit Frankreich bedachten Locarno-Politik des Reichsaußenministers Gustav Stresemann zu befürchten sei, planiert und harmonisiert werden. Die von Wolters geforderte Wiederherstellung der „Wehrhaftigkeit“ als *conditio sine qua non* nationaler Souveränität war für ihn daher die Voraussetzung, um im Sinne der von ihm wesentlich mitbestimmten bildungspolitischen Ziele des George-Kreises erfolgreich zu sein. Pointiert ausgedrückt, wollte Wolters die Weimarer Revisionspolitik vor den Karren georgischer Ideale vom höheren „Menschentum“ spannen. Die Wiedererlangung uneingeschränkter Souveränität, wie sie 1871 „das Werk Bismarcks“ krönte,²⁵⁰ die Befreiung von den Versailler Fesseln, war für ihn folglich kein Selbstzweck. Allein darin, den Pariastatus des Reiches abzuschütteln, um wieder im Spiel der großen Mächte mitzumischen, durfte sich Revisionspolitik nicht erschöpfen. Sie sei überhaupt nur sinnvoll in Verbindung mit einer gegenmodernen, antikapitalistischen, die „Verameisung der Erde“ (Friedrich Gundolf) stoppenden Kulturrevolution, die zur totalen inneren Wandlung des deutschen Volkes, zur „Geistwerdung der Nation“ (Wolters) führe, sofern sich die Volkserziehung auf die Vorbilder, kosmische Menschen wie Goethe, ausrichte. In einem seiner ersten öffentlichen Vorträge, gehalten im Herbst 1924 in Flensburg im Rahmen einer Universitätswoche der SHUG, verknüpfte Wolters ostentativ den Versailler Vertrag mit der Weimarer Klassik. Frankreich, so kolportierte die Lokalpresse seine Ausführungen, habe mit „bewundernswerter Zähigkeit und Ausdauer immer nur das eine Ziel verfolgt, Deutschland zu vernichten“. Während Deutschland, eigentlich „viel mächtiger“ als sein Nachbar und fähig zu „ungeheurer Kraftentfaltung“, diesen „ewigen Zwist“ nicht zu seinen Gunsten entschied, weil es an innerer Einheit gefehlt habe. Aber, so glaubt Wolters seine Flensburger Zuhörer optimistisch stimmen zu dürfen, in der „großen Zeit des klassischen Idealismus (Kant, Goethe, Fichte)“ seien die Kräfte gediehen, die ein „Weltalter des deutschen Geistes heraufführen werden“. In der Goethezeit sei das „Funda-

248 Ebd., S. 24.

249 Das meinte die 1929 immer noch andauernde militärische Besetzung von Teilen Westdeutschlands durch französische Truppen.

250 Wolters, Bedingungen, S. 6.

ment der Zukunft“ gelegt worden, „auf dem wir in der Gegenwart zu bauen haben“.²⁵¹

Absolutismus, Kapitalismus, Faschismus, Sozialismus – und Goethe

Als Historiker befasste Friedrich Wolters sich zeitlebens mit der Geschichte, speziell mit der Wirtschaftsgeschichte des neuzeitlichen Staates. Dabei stand stets der Absolutismus, vornehmlich der französische, im Vordergrund des Interesses, von der Dissertation zur französischen Agrargeschichte des 18. Jahrhunderts (1904) über die Studie zur absolutistischen Staatstheorie (1908) und die Habilitationsschrift über die brandenburgische Zentralverwaltung des Heeres und der Steuern unter der Herrschaft des Großen Kurfürsten (1915) bis zum Porträt des Finanzministers Colbert (1922). Entsprechend richtete er die Kieler Lehrtätigkeit aus.

Überblicksvorlesungen zur europäischen, primär zur west- und mitteleuropäischen Geschichte vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Wiener Kongress, dem „Zeitalter des Absolutismus und der Revolutionen“ (1640-1815), bestimmten das Angebot.²⁵² Daneben rammte er Pflöcke ein in der Wirtschaftsgeschichte sowie in der Geistes- und politischen Ideengeschichte. So behandelte Wolters im SS. 1924 in einer Seminarübung „Staatstheorien der Neuzeit“, im SS. 1926 wiederum im Seminar „Utopistische Staatstheorien“, im WS. 1924/25 in der Vorlesung über „Das Zeitalter der Aufklärung“ die „geistige, staatliche und wirtschaftliche Bewegung als Ursachen der Revolution“, ergänzt durch eine Übung über den Grafen Mirabeau, einen der feurigsten publizistischen Vorkämpfer der Revolution von 1789. Im SS. 1927 las er über Gesellschafts- und Geistesgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert, im WS. 1929/30 über deutsche Geistesgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts. Für das SS. 1930, aber nicht mehr gehalten, war ein seltener Ausflug ins 20. Jahrhundert angekündigt: „Die Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrages“, offensichtlich zur Vertiefung der in der Gedenkrede vom Juni 1929 hingeworfenen Skizze.

Unübersehbar ist in diesem Curriculum das Bemühen, Studierende hinter die Kulissen der Haupt- und Staatsaktionen, hinter die positivistischen Mosaik der Wirtschafts- und Sozialhistorie auf die für Wolters ein-

²⁵¹ Flensburger Nachrichten Nr. 247 vom 21. 10. 1924

²⁵² Wolters begann im WS. 1923/24 seine Lehrtätigkeit mit einer Vorlesung über Allgemeine Geschichte im Zeitalter der Revolution, an die sich im SS. 1924 anschloss: Europa im Zeitalter Ludwigs XIV. sowie: Die Angriffspolitik Frankreichs gegen Deutschland seit dem Mittelalter.

zig wesentlichen, geschichtsbewegenden „geistigen“ Kräfte blicken zu lassen.²⁵³

Bereits die agrargeschichtliche Dissertation widmet der kritisch sortierenden Darstellung Jahrzehnte andauernder Reformdebatten, der Exegese ökonomischer Theorien über optimal gerechte Bodenverteilung und sozialtheoretischen Erörterungen über Alternativen zur Feudalherrschaft den breitesten Raum.²⁵⁴ Wolters' negatives Urteil über die absolutistische Monarchie der Bourbonen folgte schließlich weitgehend der bürgerlich-vorrevolutionären, intellektuell eher anspruchslosen, weil materiell motivierten Gesellschaftskritik am Ancien régime, das als staatlich organisiertes System politisch-rechtlicher, ökonomischer und sozialer Ungleichheit angegriffen worden sei.²⁵⁵

In der Habilitationsschrift hebt sich der preußische Absolutismus demgegenüber vorteilhaft ab. Allerdings schildert Wolters Preußens absolutistische Aufbauphase, nicht wie in Frankreich die Epoche des Niedergangs. Und er geht kaum auf weltanschauliche Determinanten staatlich-administrativen Handels ein. Trotzdem erscheint die Entstehung des modernen, administrativ „einheitlich“ organisierten, seine partikularen, regionalen wie ständischen Widersacher entmachtenden Zentralstaates als Resultat eines Weltanschauungswandels. Wie die westeuropäischen Nationalstaaten unter außenpolitischem Druck entstanden waren, sei auch für das nicht durch natürliche Grenzen geschützte Brandenburg-Preußen infolge außen-politischer Bedrohungen, durch Schweden, Frankreich, Österreich und Polen, im 17. Jahrhundert der Staatsumbau hin zur Machtkonzentration in der Hand des souveränen, „absolut“ regierenden Fürsten eine Überlebensfrage gewesen. Wie seine Lehrer Schmoller und Hintze dachte Wolters in den von Hegel, Ranke und Treitschke gestanzten Kategorien der Berliner Tradition, die lehrten, Weltgeschichte als unaufhebbaren Kampf „großer Mächte“ zu verstehen. Aus der Interdependenz äußerer und innerer Determinanten der Politik leitete Hintze sein berühmtes „Gesetz“ ab, wonach der Grad der inneren Freiheit eines Staates abhängig sei vom äußeren Druck auf seine Grenzen. Die Wurzeln von Wolters' Geschichtsdenken, wie es sich in den Kieler Reden aussprach, liegen in Hintzes Theorie über die Genese moderner Staatlichkeit. Ihre wichtigste Erkenntnis reformulierte Wolters mit sentenziöser Prägnanz: Im absolutistischen Zentralstaat garantiere innere „Einheitlichkeit“ dessen äußere „Freiheit“. Nur so werde ein „Machtkörper“ geformt, der anderen Machtkörpern „ebenbürtig“ sei. Um ein Höchstmaß an Einheitlichkeit zu erreichen,

253 In diesem Zusammenhang genügt es, Wolters' Präferenzen anhand der Kieler Vorlesungsverzeichnisse grob zu taxieren, ohne die im Nachlass dazu vorhandenen Materialien auswerten zu müssen.

254 Wolters, Agrarzustände, S. 38-100 u. S. 146-326.

255 Ebd., S. 76-82.

würden neue Verwaltungsstrukturen allerdings nicht genügen. Dazu benötige das Staatswesen vielmehr einen neuen Beamten-, einen Menschentyp, der sich dem Ganzen verpflichtet fühle.²⁵⁶

In seinem Essay über Colbert (1922), den Finanzminister Ludwigs XIV., legt Wolters die Annahme eines fundamentalen Unterschieds zwischen französischem und deutschem Absolutismus nahe. Jener habe sich nach der Revolution von 1789 unter der Herrschaft der bürgerlichen Klasse bruchlos kapitalistisch organisiert, dieser nicht. Folglich ist für ihn der von Colbert bürokratisch perfektionierte, „das Volk zur erwerbenden Masse“ degradierende absolutistische Staat nur die erste Etappe auf dem Weg ins kapitalistische Wirtschaftssystem des 19. und 20. Jahrhunderts.²⁵⁷ Ein Vorläufer dessen, was Max Weber „stählernes Gehäuse“ taufte. Die „liberalen Manchesterleute“ hätten dem Steuereintreiber des Sonnenkönigs darum getrost ein Denkmal setzen sollen, mit der Aufschrift: „Die schrankenlos freien Kapitalisten dem unumschränkten Staatskapitalisten“.²⁵⁸

In solchen Verdikten gewann wieder seine frühere Geringschätzung des Absolutismus die Oberhand. Hatte Wolters doch in einer Studie über dessen staatsrechtliche Begründung im 17. Jahrhundert den neuzeitlichen Staat, von nationalen Unterschieden absehend, als minderwertige Daseinsform herabgestuft gegenüber dem Mittelalter, wo jedes Teilganze „zugleich Glied und Gleichnis einer höheren [Einheit] und diese zuletzt der unendlichen, alles in sich begreifenden Einheit“ Gottes gewesen sei. Der neuzeitliche Mensch, Staat und Institutionen, hätten diese Heilsordnung des göttlich durchwirkten Weltganzen hinter sich gelassen.²⁵⁹ Mit der Konsequenz der Ersetzung spiritueller durch materielle Sinnerfüllung. Die Versuche monarchischer Theoretiker des 17. Jahrhunderts, die Autorität des Herrschers religiös neu zu fundieren und unmittelbar von Gott abzuleiten, jede vertragstheoretische, Volkssouveränität reklamierende Herrschaftslegitimation zurückzuweisen und die unbeschränkte Majestät jeder Pflicht zur Sorge für das Volkswohl zu entheben, mussten daher für Wolters notwendig scheitern.²⁶⁰ Bei ihrem weiteren „Herabsinken“ wandelte sich die „absoluten Monarchie“ unaufhaltsam zum „aufgeklärten Absolutismus“, personifiziert im Atheisten Friedrich dem Großen, der als Zweck des Staates, dessen erster Diener er sein wollte, das materielle Wohl der Gemeinschaft definierte. Damit sei der Übergang zu demokratischeren Staatsformen eingeleitet worden, der 1789 im Triumph des souveränen

256 Wolters, Finanzen, S. 11.

257 Wolters, Colbert, S. 37.

258 Ebd., S. 38.

259 Vgl. zur neuplatonischen Struktur des mittelalterlichen Weltbildes und seiner Rezeption bei Wolters: W. C. Schneider, Staat und Kreis, S. 106-113.

260 Wolters, Absolutismus, S. 212-217.

Volkes und im Kultus der Vernunft mündete.²⁶¹ Wolters' Schüler Peter Klassen baute diese fortschrittsskeptische geschichtsphilosophische Abkürzung zu einer Kieler Doktorarbeit über die geistigen Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus aus, die zwar dessen „einheitsstiftende Kraft“ als Vorzug lobt, aber in der Verantwortung des Fürsten für prioritäre gesellschaftliche Zwecke den Keim ihres Untergangs erkennen will. Erfülle nämlich der Herrscher den Gesellschaftsvertrag nicht, handle er nicht im Sinne der Gemeinschaft und zur Mehrung ihres Nutzens, werde er vertragsbrüchig und könne gekündigt werden.²⁶²

Dass im Umkreis von Wolters auch konträre Auffassungen gerade des aufgeklärten Absolutismus möglich waren, die dazu beitrugen, eine affirmative Beziehung zum Status quo der Weimarer Republik zu stiften, zeigt das Beispiel von Klassens Mit-Doktoranden Hans Bürgin. Der exponierte in seiner 1928 abgeschlossenen Dissertation Goethes erstes Dezennium als Staatsbeamter und Minister in Weimar als exemplarischen Beitrag zum aufgeklärten, mittels Reformen eine Revolution verhindernden, eigentümlich deutschen staatlichen Weg in die Moderne.²⁶³ Wobei er Goethe, ihn zwischen Friedrich dem Großen und Bismarck einreihend, als ideale Verkörperung eben jener, in Wolters' Diktion zu sprechen, „Menschenartung“ porträtierte, der im Dienst am Ganzen aufgeht.²⁶⁴ Bürgin passt somit sei-

261 Ebd., S. 221.

262 Klassen, Absolutismus, S. 112-120, hier zit. S. 119. Das Rigorosum des Promotionsverfahrens Klassen fand vier Monate vor Wolters' Tod, am 16. 12. 1929 statt. Klassen (1903-1989) verharrte zeitlebens im Bannkreis Stefan Georges und publizierte noch 1985 eine auf breiter Quellenbasis fußende Napoleon-Studie, über einen der „Helden“ des Kreises, dem der Wolters-Freund Vallentin 1923 eine Monographie gewidmet hat: Der junge Napoleon. Nach der Kieler Promotion ist Klassen der Absolutismus-Forschung zunächst treu geblieben, als Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft bei Arnold Bergsträsser in Heidelberg (1930-1932), wo er über den von Goethe bewunderten, im Dienst des Osnabrücker Fürstbischofs stehenden Politiker und Publizisten Justus Möser (1720-1794), für Theodor Heuß eine „Idealfigur der menschenführenden Verwaltungskunst“, arbeitete. Daraus entstand seine, den großen Einfluss des erfahrenen Osnabrücker Verwaltungspraktikers auf Goethes Staatsdenken nachweisende Monographie: Möser, S. 182-195.

263 Bürgin, Minister Goethe.

264 Bürgin, Minister Goethe, S. 196 f. In der Goethe-Forschung dominiert das positive Absolutismus-Bild, das nach 1945 die Monographien von Willy Andreas, Hans Tümmeler und Friedrich Sengle durchsetzten. Dagegen will der US-Germanist W. Daniel Wilson seit 30 Jahren die „dunkle Seite“ der „feudalabsolutistisch“ basierten Weimarer Klassik – Soldatenhandel, Unterdrückung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, Zensur, Missachtung der Menschenrechte, soziale Ungleichheit – durchleuchten. Die weltanschaulichen Prämissen, denen seine Studien folgen, expliziert er in seinem Aufsatz über: Tabuzonen um Goethe. Dazu seine beiden wichtigsten Veröffentlichungen: Geheimräte gegen Geheimbünde und Goethe-Tabu; dort S. 307 gegen Bürgin der Vorwurf, trotz hinreichender Aktenkenntnis Goethes Anteil am Soldatenhandel vertuscht zu haben, um, so lautet Wilsons stereotype Anklage gegen die Phalanx der Forscher, die sich, von Hartung bis Tümmeler, von

nen „Minister Goethe“ und dessen dem gleichen Staatsdiener-Ethos wie sein großer Onkel in Potsdam gehorchenden weimari-schen Duodez-Fürsten in das von Schmoller und Hintze modellierte, ihm von deren Schülern Hartung und Wolters vermittelte, positive Narrativ eines Absolutismus, der in Preußen-Deutschland als Machtstaat zugleich – in der Tradition des „sozialen Königtums“ der Hohenzollern – Rechts-, Sozial- und Kulturstaat gewesen sei und der den Primat des Gemeinwohls nicht nur gegen bürgerlich-kapitalistische Klasseninteressen verteidigt habe.

Bürgins affirmative Wertung der absolutistischen deutschen Vergangenheit erlaubte den geistigen Brückenschlag von Goethe in die Gegenwart der waidwunden Weimarer Republik, der der junge Lübecker Sozialdemokrat damit frisches symbolisches Kapital zufließen lassen wollte. Nur berief er sich für diese von ihm offerierte Kontinuitätskonstruktion nicht auf Wolters, obwohl der ihm und seinen Kommilitonen in „lebendigen Seminarübungen Goethes politisches Denken“ erst nahe gebracht habe, sondern auf das von Thomas Mann, einem Antipoden des „Kreises“, kreierte Bild des Dichters, dessen „Realismus und politischer Skeptizismus“ Goethe, was „ausgesprochen deutsch“ sei, vor jedem sozialrevolutionären Utopismus bewahrt habe.²⁶⁵ Für die auf totalen Umsturz des Bestehenden, apokalyptisch motivierte „Zeitablehnungsgenialität“ Georges²⁶⁶ und seinen ihm blind folgenden, den so fanatischen wie desparaten Widerstand gegen alles Gegenwärtige predigenden Majordomus Wolters hätte dieser „durch Praxis dem Idealismus verlorengegangene“ Goethe, den Thomas Mann im März 1932 – als die offiziösen Gedenkfeiern zum 100. Todestag des Olympiers im Bürgerkriegsklima des zwischen Hindenburg und Hitler ausgetragenen Wahlkampfes um das Amt des Reichspräsidenten stattfanden – zum „Repräsentanten des bürgerlichen Zeitalters“ ausrief, also besser nie gelebt. Zumal Mann dafür warb, die Republik der vom Meister und den Seinen verhassten bürgerlichen „Widerwelt“ mit Hilfe der Arbeiterschaft gegen den andrängenden Nationalsozialismus zu verteidigen. Indem, so

1920 bis 1990 dem Politiker Goethe widmeten, die tiefe „Kluft zwischen [Goethes] humanistischen Idealen und seiner amtlichen Praxis“ aber verdeckten. Die schärfste Kritik erfuhr Wilsons Revitalisierung der „Absolutismus-Totalitarismus-Theorie“ der DDR-Historiographie durch Kemper, Ideologie, sowie Reinhardt, Ermittler.

265 Bürgin, Minister, S. VII-IX. – Von NS-Seite wurde diese Vereinnahmung des Dichters als bürgerlicher Reformier klar zurückgewiesen. So aufschlussreich Bürgins Darstellung von Goethes amtlicher Tätigkeit auch sei, so „durchaus unzulänglich“ sei seine „von Thomas Mann inspirierte Auffassung des Politischen“, rügte 1938 Willi Kunz (Goethe, S. 71 f.), ein Schüler des Heidelberger Pädagogen und Philosophen Ernst Krieck.

266 So die einprägsame Sottise des Gießener Germanisten und Hölderlin-Experten Karl Viëtor in seiner analytisch brillanten Besprechung von Wolters' Geistesgeschichte des George-Kreises, die verblüffend viele Interpretationsraster der jüngeren George-Forschung vorwegnimmt. Vgl. Viëtor, Wolters, Sp. 1274.

die von Georganern nur als horrible Dystopie einer „technischen Massennivellierung der Insektenwelt“²⁶⁷ wahrzunehmende kosmopolitische Vision des Lübecker Patriziersohnes, er dessen Aufhebung in die „nachbürgerliche“, „die organisierte Einheits- und Planwelt“, als verheißungsvolle Alternative zum Bestehenden pries.²⁶⁸

Von Wolters' Warte aus betrachtet, musste Bürgins Identifizierung des Ministers Goethe mit der „humanitären“,²⁶⁹ den Staat in den Dienst des Menschen stellenden, nicht umgekehrt den Menschen im staatlichen Herrschafts- und Machtapparat vernutzenden preußisch-weimarer Variante des Aufgeklärten Absolutismus geradezu zwangsläufig münden in jene politischen Sackgassen, in die Thomas Manns utopischer Umriss einer bürgerlich-sozialistischen Symbiose wies.²⁷⁰ Hatte der Kenner neuzeitlicher Wirtschaftstheorien doch in einem ideenhistorischen Abriss zu „Herkunft und Bedeutung des Marxismus“, erschienen im Jahr seiner Berufung nach Kiel,²⁷¹ in einer tiefeschürfenden Analyse schon begründet, warum dieser sozialistische Ausstieg aus der kapitalistischen Gesellschaftsform nicht das systemimmanente „entmenschte Elend“ modernen Daseins beseitigen würde.²⁷²

Karl Marx, dessen, im Gegensatz zum völkischen Antimarxismus, jüdische Herkunft für den vermeintlichen „Antisemiten“²⁷³ Wolters keine Rolle

267 Wolters, Stefan George, S. 500.

268 Th. Mann, Goethe, S. 40 f.

269 Zum „humanitären“ Erweiterung der absolutistischen Machtstaatsidee durch Friedrich den Großen vgl. Meinecke, Staatsräson 1924, S. 352 f.; vergleichend zum Staatsbegriff „aufgeklärter Despoten“ die so kurze wie luzide Studie von Walder, Absolutismus 1974.

270 Dass der im aufgeklärten Absolutismus eingeschlagene materialistische Weg, so wie er ihn seiner Dissertation gedeutet hatte, schon zur Mitte des 19. Jahrhunderts notwendig geradewegs auf kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaften zulief, die den „Abfall des Menschen vom Menschen“, seine „Verherdung“ organisieren würden, führt der Wolters-Schüler Peter Klassen 1931 aus, indem er die in grellsten Farben malende, bitterböse Kulturkritik Charles Baudelaires paraphrasiert, der 1864 im kapitalistisch-industriell fortgeschrittenen Belgien, als europäisches Debüt, den massierten Auftritt des „letzten Menschen“ erlebt zu haben glaubte; Klassen, Baudelaire, S. 23, 56-63. Walter Benjamin verspottete eine solche Adaption eines extremen Antimodernismus als „Baudelaire unterm Stahlhelm“.

271 Wolters, Marxismus.

272 Ebd., S. 274, eine von Marx vielfach variierte Formel aufgreifend.

273 Zu diesem hingebungsvoll polierten Wolters-Klischee vgl. nur die ahistorische Anklage des Soziologen Breuer, Zeitkritik, S. 811 u. S. 820, der wie üblich deutsch-jüdische Kontroversen und Konflikte der 1920er psychologisch verflüchtigt, indem er den jüdischen Part zum „Vorurteil“, „Stereotyp“, „Ressentiment“ des deutschen Widerparts erklärt und so als historischen Akteur eliminiert. Da die Thematik hier nicht zu vertiefen ist, muss genügen, das Kapitel „Der George-Kreis und das Judentum“ bei Schönhärl, Visionen, S. 108-121, zu empfehlen, wo die Verfasserin eingangs darauf pocht, dass „die Zusammenhänge viel komplizierter“ seien, als „stark schematisier[ende]“ Kritiker sie darstellten. Wie kompliziert, deutet sie, leider ohne

spielt, den er vielmehr ausdrücklich als „Deutschen“, als Rebellen vom Rang Martin Luthers würdigt,²⁷⁴ habe sich zwar ursprünglich das „am weitesten in die Zukunft wirkende Erbe des deutschen Geistes“, das idealistische Welt- und Menschenbild der Weimarer Klassik, „Herder, Goethe, Hölderlin“, angeeignet.²⁷⁵ Doch „bog“ er dann, bereits in den Frühschriften bis hin zur dogmatischen Fixierung im ‚Kommunistischen Manifest‘ (1848), den durch die „große Schau unserer Dichter und Denker“, die „tiefen Sichten des deutschen Idealismus“ empfangenen humanistischen Impuls „um“.²⁷⁶ Obwohl Goethes und Humboldts Bildungsideal der „vollkommenen Persönlichkeit“ im ‚Kommunistischen Manifest‘ durchaus noch Niederschlag findet, da Marx und Engels sich die „Mitglieder der kommunistisch organisierten Gesellschaft“ wünschen als Menschen, die ihre „Talente in allen Richtungen“ ausbilden, ihre Anlagen „allseitig“ entwickeln und „allseitig“ betätigen.²⁷⁷ Trotzdem müssen sie sich Wolters' Anklage gefallen lassen, diese Ideale um der „Massenwirkung“ willen einer „Verengung und Vereinfachung“ unterworfen zu haben.²⁷⁸ An die globale Zukunftsgesellschaft, die sich aus „allseitig“ gebildeten, an Goethes Vorbild Maß nehmenden Persönlichkeiten rekrutieren sollte, richte sich im 20. Jahrhundert jedenfalls weder die sozialdemokratische noch die bolschewisti-

Beleg, ebd. an, wenn sie erwähnt, Wolters habe „zwei jüdische Großeltern“ gehabt. Dem Privatgelehrten Andreas Raithel (Hürth), von dem eine Studie über Wolters und Carl Schmitt zu erwarten ist, verdanke ich den Hinweis auf Arnold Zweigs Exilschrift ‚Bilanz der deutschen Judenheit 1933‘ (1934), S. 180, wo zu lesen ist: „Friedrich Wolters, dessen Vater noch Wolfsohn hieß“. Um auch diese Komplexität noch zu steigern, genügt ein Blick in die Liste der Spender, die einen Beitrag leisteten, um die 1931 von Julius Landmann und Carl Petersen in Kiel gegründete Friedrich-Wolters-Stiftung mit einem Grundkapital von 10.000 RM auszustatten. Von den jüdischen Freunden Wolfskehl, Kantorowicz et al., die im Genre der „Selbstverdunklung der deutschen [Geistes-] Geschichte“ (Gerhard Ritter) häufig als Kronzeugen gegen den „Nationalisten“ und „Antisemiten“ Wolters figurieren, fehlt keiner! Vgl. die Spender-Liste im Nachlass des seit Marburger Tagen mit Wolters bekannten Mediävisten und Generaldirektors der preußischen Archivverwaltung Albert Brackmann, GStA, VI. HA, Nl. Brackmann, Nr. 68.

274 Wolters, *Marxismus*, S. 247.

275 Ebd., S. 273. Dass Marx und Engels die wahren Erben des bürgerlichen Neuhumanismus der Goethezeit seien, diese Überzeugung gehörte zwar zum Kernbestand der DDR-Geschichtsideologie (vgl. Träger, *Studien*). Trotzdem steht die nachhaltige Prägung der beiden Gründerväter der marxistischen Bewegung durch das Geschichts- und Menschenbild der Weimarer Klassik und des Deutschen Idealismus außer Frage, vgl. Menze, *Humboldt*, S. 119-140 u. S. 148-154 sowie E. Nolte, *Marxismus*, S. 454-456. Gleich vielen deutschen Intellektuellen habe auch Marx während der Vormärzzeit in einer „Hölderlin-Stimmung“ gelebt, wie der Althistoriker und KPD-Politiker Arthur Rosenberg schon 1932 zutreffend erfasst hat, vgl. ders., *Bolschewismus*, S. 12.

276 Wolters, *Marxismus*, S. 260.

277 Marx/Engels, *Manifest*, S. 78 f. et passim.

278 Wolters, *Marxismus*, S. 260.

sche Theorie und Praxis aus. Darin offenbare sich aber keine Abkehr von Marx und Engels, weil bereits deren „Vereinfachung“ der neuhumanistischen Sozialanthropologie darin bestanden habe, den Menschen materialistisch auf ein Ensemble elementarer Bedürfnisse zu reduzieren. Um „Vollkommenheit“ und dauerhaftes „Glück“ zu realisieren, genüge ihnen daher die gerechtere Güterverteilung in der klassenlosen Gesellschaft. Damit radikalisiere diese „Verstofflichung der Weltanschauung“ nur die vom vulgären Ökonomismus beherrschte „bürgerliche Denk- und Vorstellungsweise“, deren „Abklatsch“ sie sei.²⁷⁹ Da das kommunistische Kollektiv zudem den institutionalisierten geistigen „Überbau“ des besiegten Klassenfeindes, des „unersättlichen Bourgeois“ – Staat, Familie, Kirche, Schule – dereinst als Relikte eines „vorgeschiedlichen“ Entwicklungsstadiums der Menschheit hinter sich lasse, werde die prognostizierte „herrschaftslose Assoziation“ wohl dem „anarchischen Chaos“ ähneln.²⁸⁰ Um dem zu entgehen, habe Marx zunächst die „Ordnung“ einer genossenschaftlich organisierten Produktion als Etappe im Fortschreiten zur kommunistischen Zukunftsgesellschaft anvisiert. Auf dieser Stufe höre die „furchtbare Mechanisierung der Arbeit und Versachlichung der Gemeinschaft“ aber keineswegs auf. Im Gegenteil: um den vom „kapitalistischen Bürgertum“ übernommenen, nunmehr auf Wohlstand für alle ausgedehnten, einzig verbliebenen Lebenssinn erfüllen zu können, müsse sich die „Taumelmühle“ von Arbeit und Konsum noch hurtiger drehen, um die grenzenlosen Bedürfnisse der Massen zu stillen, bis endlich die natürlichen Ressourcen des Planeten erschöpft seien und die Erde sich „dem Ausbeuter versagt“.²⁸¹

Wolters greift hier seit Ende des 19. Jahrhunderts explizierte Topoi europäischer Kulturkritik auf und setzt die von Friedrich Nietzsche im Namen des hohen „Übermenschen“-Ideals gerittenen Attacken fort, gegen die „unvermeidlich bevorstehende Wirtschafts-Gesamtverwaltung der Erde“, gegen die „Verkleinerung und Anpassung“ des Menschen an „spezialisiertere Nützlichkeit“, die ihn mit einem „Maximum [...] der Ausbeutung“ bedrohe. Für den abendländischen „Typus Mensch“ bedeute dies perma-

279 Wolters, *Marxismus*, S. 263. Ganz unverstellt brach dieser obsessive antibürgerliche Affekt Wolters' in einem fatal siegesgewissen Brief von der Westfront durch, geschrieben während der letzten Offensive Ludendorffs, am 9. April 1918, an den neben Schmoller und Hintze dritten seiner Berliner Lehrer, Max Lenz: Die alliierte Überlegenheit an Menschen und Material, der „rohe und plumpe Stoff“ der Entente, die für eine „rein materialistische Weltanschauung“ fechte, schrecke nicht, da die Soldaten des kaiserlichen Heeres „wissen, dass Ideen über den Dingen herrschen, dass der Geist entscheidender ist als die Masse“ (Staatsbibliothek Berlin, Nl. Max Lenz).

280 Wolters, *Marxismus*, S. 261 u. S. 269.

281 Ebd., S. 271 f.

nente „Wert-Verringerung“.²⁸² Im „Abbau des Menschlichen“ (Konrad Lorenz) stoße der Fortschrittsprozess an die „Grenzen des Wachstums“ der industriellen Zivilisation.²⁸³ Wenn auch ohne ausdrückliche Bezugnahme, spitzt Wolters' Marx-Deutung Nietzsches Anti-Modernismus zu auf den fundamentalistischen Widerstand gegen die homologen, als extrem menschenfeindlich eingestuften technokratischen Sozialentwürfe des „Amerikanismus“ und des „Bolschewismus“.²⁸⁴

Um den archimedischen Punkt zu bestimmen, von dem aus der bewundernd auf die „Ganzheit und Einheit“ des christlichen Mittelalters blickende Wolters die ihm verächtliche „entgöttlichte Welt“ des Kapitalismus und Sozialismus, die den Menschen als „Uerscheinung des göttlich-beseelten Alls“²⁸⁵ liquidiere, auszuhebeln trachtete, ist es hilfreich, die zeitkritische Publizistik seines Kieler Fakultätskollegen, des Philosophen Richard Kroner zu studieren. Der führte die Anziehungskraft, die italienischer Faschismus und sowjetrussischer Bolschewismus unter den deutschen Feinden der demokratischen Republik ausübten, zurück auf den regressiven Wunsch nach einer die moderne „Entzweiung“ zwischen Zivilisation und Kultur, Politik und Religion aufhebenden, die Re-Integration des aus der „Gemeinschaft“ in die „Gesellschaft“²⁸⁶ entlassenen Individuums versprechenden „Einheitskultur“, wie sie linke und rechte Modelle des „totalen Staates“ offerierten. Endgültig mit der Auflösung der mittelalterlichen, weltliche und religiöse Herrschaft synthetisierenden Ordnung, sei aber der Pluralismus der Weltanschauungen das „geistige Schicksal“,

282 Nietzsche, Nachlaß, S. 220 f.

283 Vgl. die Summe seiner Zivilisationskritik: Lorenz, Abbau.

284 Zum zeitgenössischen Diskurs-Kontext vgl. die hierzulande kaum rezipierte, monumentale Materialsammlung von van der Pot, Bewertung; darauf nicht rekurrend, gleichwohl instruktiv, die Abbeviatur der Kontroversen um das technizistische, zum Totalitarismus tendierende Sozialideal von „Amerikanismus und Bolschewismus“: Barth, Europa, S. 250-268. Vom Verf. fruktifiziert, die Textsammlung von Groys/Hagemeister, Die neue Menschheit, über die gottähnliche „Neue Menschen“ erträumenden „biopolitischen Utopien“ sowjetrussischer Theoretiker in der Zwischenkriegszeit. An diese bizarren Visionen von Stalins „Biokosmisten“ schließen heute, wie Groys einleitend betont (ebd., S. 66 f.), die Mensch-Maschine-Grenzen schleifenden Cyborg-Phantasien nahtlos an, die US-Futorologen wie Ray Kurzweil im „posthumanen Zeitalter“ realisieren möchten; informative Einblicke ins Spektrum dieser in Denkfabriken nordamerikanischer IT-Konzerne forcierten, aus dem Science-Fiction-Stadium längst herausgetretenen technisch-sozialen Revolution vermittelt Kaku, Physik. Zur 3.000jährigen Ideengeschichte des „vollkommenen Menschen“: Passmore, Vollkommener Mensch.

285 Wolters, Marxismus, S. 272.

286 Um den Soziologen Ferdinand Tönnies zu zitieren, einen weiteren Kieler Kollegen Wolters', der mit ihm auf dessen Domäne „Modernekritik“ konkurrierte, dessen Gegenwartsdiagnosen indes sozialwissenschaftlich solider fundiert waren und aus denen der streitbare Linkliberale auch konträre politische, prodemokratische Schlüsse zog.

das die Bewusstseinsstrukturen in der Industriegesellschaft präge. Und dementsprechend sei der pluralistische Klassen- und Parteienstaat entstanden. Ihn durch eine „Parteidiktatur“ sowjetrussischen oder italienischen Musters ersetzen zu wollen, hieße, sich gegen diese Realisationen des „geistigen Schicksals“ aufzulehnen, was Kroner für aussichtslos hielt und deshalb riet, die Vielfalt der Gesinnungen und somit den nicht im „absoluten“ Staat aufhebenden Widerspruch von Sein und Sollen zu akzeptieren.²⁸⁷

Was der Herbert Marcuses resignative „Große Weigerung“²⁸⁸ vorwegnehmende Wolters jedoch gerade nicht akzeptieren wollte. Zwar ging er insoweit mit Kroners Warnungen konform, wie sich seine politische Hoffnungen weder, wie in der Marxismus-Studie dargelegt, auf Lenin noch, wie in einer plakativen Besprechung der ersten ausführlichen deutschen Faschismus-Analyse skizziert,²⁸⁹ auf den im bürgerlich-liberalen System befangenen Mussolini richteten.

Im April 1930, ein knappes halbes Jahr bevor die NSDAP bei den Reichstagswahlen mit ihrem Erdrutschsieg die erste Weiche zur „Machtergreifung“ stellte, starb Friedrich Wolters in einer Münchner Klinik. Ob denn die nationalsozialistische Verheißung eines Epochenwandels hin zur „Einheitskultur“ zumindest temporär seine politische Sehnsucht gestillt hätte, darüber ist nur zu spekulieren. Trotzdem ist die Frage mit hoher Wahrscheinlichkeit zu bejahen, berücksichtigt man den anfänglichen Enthusiasmus, mit dem viele Mitglieder des George-Kreises Adolf Hitlers Kanzlerschaft begrüßten.²⁹⁰ Unter ihnen war einer von Wolters' frühesten Schülern, der im Mai 1924 in Kiel promovierte Walter Elze, der bis zu dessen Tod engen Kontakt zu seinem Doktorvater hielt und dessen alles andere als militärhistorische Spezialforschung bietendes Oeuvre dem Welt- und Geschichtsbild des Lehrers recht weitgehend verpflichtet blieb.²⁹¹

Kaum mehr als rhapsodisch ist darum abschließend auf die von Walter Elze, 1932 Direktor der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Historischen

287 Dazu Tilitzki, Kroner, bes. S. 237-239.

288 Marcuse, Mensch, S. 268.

289 Wolters, Faschismus, bes. S. 1270: die Ablösung des liberal-individualistischen Epoche durch ein „Zeitalter der gott- und volksgebundenen Gemeinschaften“ sei nur von einem Volk zu erwarten, das sich bis in „tiefste Tiefen“ von diesem Zukunftsideal erschüttern und innerlich wandeln lasse. Davon zeige sich wenig im italienischen Faschismus, dessen Politik sich aufs „Praktisch-Nützliche“ beschränke und sich mit dem Establishment arrangiere. Was nicht erstaune, da nicht einmal bei Mussolini und in der faschistischen Funktionärsschicht eine unbürgerliche, „tragisch-heroische“ Lebensauffassung auszumachen sei.

290 Zum George-Kreis zwischen 1933 und 1945: Kolk, Gruppenbildung, S. 483-539, bes. S. 521-532: Gleichschaltung im Zeichen Georges. Die Universität Kiel 1933/34.

291 Elze, Marlenheim; nur als Typoskript überlieferte Dissertation, Referenten Wolters und Fritz Rörig. Zu Person und Werk: Vitzthum, Historiker Elze; ders., Elze; Pyta, Elze und Preußen.

Seminars der Berliner Universität, tradierte Historiographie der „Kieler Schule“ Wolters' einzugehen. Mit seinen eigenen Biographien über Friedrich den Großen, dessen „Gestalt“ in ihrer „Vorbildlichkeit“ er jenseits der „gewohnten Arten der Geschichtsschreibung“ modellieren wollte,²⁹² und über den durch „Alleinbetonung des Reichischen“ und des „deutschen Kulturheros“ (von Srbik) dem Zeitgeist angepassten Prinzen Eugen, ein „Vorbild menschlicher Gestaltung im deutschen Bereich“,²⁹³ sowie mit den Arbeiten seiner Promovenden über Goethe,²⁹⁴ Napoleon²⁹⁵ und Don Juan d'Austria, den „Retter des Abendlandes“,²⁹⁶ wollte Elze im Sinne der „Geist-Bücher“ des George-Kreises wirken und Norm setzende „kosmische Menschen“, „Seher, Täter, Gestalten“ vergegenwärtigen. Unverändert mit dem Ziel, das Wilhelm Scheidt in seiner Dissertation über Goethes Geschichtsauffassung pointierte: „überlegene und die Zeiten überragende Menschen“ zu präsentieren, zu deren „Studium wir um unserer eigenen Vollendung willen verpflichtet“ seien. Dem Historiker, als „Wegbereiter zu den höchsten Geistern“, sei deswegen ein fester Platz sicher im „Bildungsstreben und in der Selbsterziehung der Nation“.²⁹⁷

Es war daher kein Zufall, dass sich Elze mit seinen Schülern, zumeist vom Geist des „Meisters“ Ergriffene, 1941 in der Forschungsgruppe der vom George-Adoranten Oberst Walter Scherff geleiteten Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Oberkommandos der Wehrmacht einfand, um die „große Meistererzählung vom Krieg“ zu schreiben, mit dem die „Einheit von Staatsmann und Feldherr“ verkörpernden „militärischen Genius“

292 Elze, Friedrich, erste Auflage 1936, hier zit. unveränderte 2. Aufl. 1939, S. V; fast überflüssig zu erwähnen, dass Elze ausführlich Goethes Deutung des Königs als „genialer Mensch“ berücksichtigt (1939, S. 236-240). Überhaupt orientierte sich der Biograph am Beispiel des Dichturfürsten: „Ähnlich der Art, die Goethe in seinem Aufsatz über Winckelmann angewendet hat“, gelte es den „historischen Stoff“ so zu formen, dass er die „Erfassbarkeit“ durch den „Zeitgeist des Neueren“ erleichtere, um volle Vorbildwirkung entfalten zu können (ebd., S. VI).

293 Ders., Prinz Eugen, S. 89. Aus kritischer „alt-österreichischer“ Sicht dazu von Srbik, *Vergangenheit*, S. 7-42, hier zit. S. 8.

294 Scheidt, *Weisheit Goethes*. Der Verfasser bekennt sich zu Goethe als dem „Fundament unserer Kultur“. Beachtlich und für eine Berliner Dissertation im Jahr 1937 keineswegs selbstverständlich die positive Bezugnahme auf die Goethe-Arbeiten von Simmel, Gundolf und Cassirer.

295 Fischer, *Napoleon; wie Klassen 60 Jahre später* (siehe Anm. 262) brav im Fahrwasser der „Napoleon“-Biographie Vallentins segelnd. Ziel der Darstellung sei es, den jungen „Buona Parte“ nach Ursprung und Anlage als den Mann vorzustellen, der die Bestimmung gehabt habe, „den heldischen Sinn in [sic] den Europäern neu zu beleben“, S. 208.

296 Hartlaub, *Don Juan*; diese „literarisch anspruchsvolle Geschichtsdarstellung“, verfasst von einem „frühen Exponenten einer heute modernen wirkenden Kulturgeschichte“ (Pyta), ist 2017 neu erschienen, mit ausführlichen Vor- und Nachworten der Herausgeber, hier zit. S. 261 u. S. 281.

297 Scheidt, *Weisheit Goethes*, S. 40 f.

(Scherff) Adolf Hitler als Zentralfigur.²⁹⁸ Ausgehend von Walter Benjamins Verweis auf die ästhetische Dimension des Politischen hat jüngst erst Wolfram Pyta in einer Monographie über den „Künstler Hitler“ als Politiker und Feldherrn erprobt, welchen „erheblichen heuristischen Mehrwert“ der Geniebegriff für eine kulturwissenschaftliche Erschließung der NS-Herrschaft abwirft.²⁹⁹ Leider konzentriert sich Pyta dabei auf die Kriegszeit, als sich der militärische Dilettant und Hasardeur Hitler unter Berufung auf sein „Genie“ selbst dazu ermächtigte, die professionellen Regeln des Generalstabsdenkens außer Kraft zu setzen.

Dieser „Geniegläubigkeit“ diente jedoch nicht erst während des Zweiten Weltkriegs als Legitimationsressource und Stabilitätsanker des Dritten Reiches. Er half der NSDAP bereits seit 1930, sukzessive die Zustimmung breiter Wählerschichten zu gewinnen. Wenn Pyta für diese Zeit behauptet, die von den Wählern am meisten nachgefragten „Inhalte“, mit denen der charismatische „Aufführungskünstler“ Hitler warb, seien „Judenfeindschaft, Gewaltbereitschaft und Nationalismus“ gewesen,³⁰⁰ verschenkt er allerdings für die NS-Geschichte bis 1939 den „heuristischen Mehrwert“ seiner tatsächlich analytisch höchst „ergiebigsten“ Genie-Kategorie, die über die zur „ganzheitlichen“ Überforderung des Politischen disponierte Kol-

298 Zu dieser zeithistorisch bislang kaum beachteten OKW-Abteilung jetzt Pyta, Hitler, S. 313-324. Weiterhin unentbehrlich die Memoiren der Abteilungssekretärin M. Feuersänger, Vorzimmer; ebd. zur George-Atmosphäre im Kreis der „Genieforscher“ passim, u. a. S. 181, dort zu Hildegund Menzel, „die den großen Meister noch persönlich kennengelernt“ hatte. Sie war die Frau des in der Forschungsabt. tätigen, 1943 in Kiel bei Karl Jordan habilitierten Mediävisten Ottokar Menzel (Freitod mit seiner Frau im Februar 1945), dessen Vater Theodor (1876-1939), nach abenteuerlichen Jahren in Sowjetrußland, sich 1922 an der Christiana Albertina als Orientalist und Turkologe etablieren konnte. Neben der für die „Literarisierung“ des Krieges zuständigen Forschungsgruppe gab es die gleichfalls „Hitlers Eckermann“ (Pyta) Scherff unterstehende Abteilung Kriegstagebuch im Wehrmachtführungsstab, ab Februar 1943 unter „Hitlers Thukydides“ (Erwin Panofsky) Percy Ernst Schramm. Scherffs Apotheosen des „Genius“ im Führerhauptquartier erschienen 1943 gesammelt: Kriegsaufsätze. Ein ideengeschichtlich denkwürdiges Rencontre hielt eine nach dem 20. Juli 1944 entstandene Wochenschau-Aufnahme (Fotoausschnitt bei Feuersänger, Vorzimmer, S. 231) fest. Sie zeigt den schwer verwundeten (seit 1943) Generalmajor Scherff bei einer Krankenhausvisite Hitlers. Der Förderer der „Genieexperten“ aus der Wolters-Elze-Schule erscheint hier als Opfer des im inneren Kreis des „Meisters“ sozialisierten, vom Wolters-Schüler Rudolf Fahrner (siehe oben Anm. 215) kurz zuvor ideologisch „gebriefften“ und für den Erfolgsfall mit einer Rundfunk-Proklamation versehenen Grafen Stauffenberg. Zu seiner Marburger und Kieler Zeit, „im Umkreis von Wolters“ vgl. Fahrner, Werke II, S. 107-123, bes. S. 119 f., über seine Mitarbeit an Wolters' ‚Vaterländischen Reden‘, die ihm einen Weg gezeigt hätten, „sich dem öffentlichen Geschehen [...] zu stellen“. Erfahrungen, die „bei meinem späteren Mitwirken zum 20. Juli 1944 [...] ebenso in mir wirksam [waren], wie damals, als sie mir zuerst in Ohr und Seele drangen“.

299 Pyta, Hitler, S. 8 u. S. 24.

300 Ebd., S. 10.

lektivpsyche insoweit idealtypischer Intellektueller wie Wolters, Elze oder Klassen aufklärt. Denn, wie die historische Wahlforschung nachgewiesen hat, der Stellenwert des Antisemitismus bei der Entscheidung für die NSDAP ist gering zu veranschlagen.³⁰¹ Hingegen dürfte der für politisch „Sinn“ suchende und stiftende Geisteswissenschaftler, das Bildungsbürgertum und Teile der Funktionseliten weitaus attraktivere „Inhalt“ des Wahlangebots das dank dem „Genie“ Hitler der NS-Bewegung zugeschriebene revolutionäre Potential gewesen sein. Von dem erwartet wurde, den Betrieb von Wolters' „Taumelmühle“ stillzulegen, Nietzsches „Wirtschafts-Gesamtverwaltung der Erde“ zu sprengen und den Menschen zu befreien aus dem „stählernen Gehäuse“ (Max Weber), den modernen „Daseinsapparaturen“ (Karl Jaspers), dem „Gestell“ (Martin Heidegger), seiner Existenz als „warenförmig konstituiertes Subjekt“ im „System der Weltzerstörung“ (Robert Kurz) – um aus dem überquellenden Reservoir einer 200jährigen Modernekritik nur wenige „progressive“ und „konservative“ Stereotype für das „Leben im Falschen“ der „Verdinglichung“ und der „Entfremdung“ (Adorno/Horkheimer) aufzurufen.³⁰²

Ein bei Hitlers Machtübernahme noch lebender Wolters dürfte, wie der ähnlich disponierte Heidegger, der auf „irgendeinen starken Mann“ gehofft hatte, der, losgelöst von realen sozioökonomischen Zerklüftungen, von den Deutschen wie durch „Zauberhand“ den Alpdruck der „Seinsvergessenheit“ in neuzeitlicher Entzweiung nehmen würde,³⁰³ seinen Irrtum bald eingesehen haben, spätestens ab 1936, während der anlaufenden „totalen Mobilmachung“ des Vierjahresplans. Seinen Irrtum über die wahre, sich selbst als Avantgarde der Moderne begreifende Natur des Nationalsozialismus, der mit Amerikanismus und Bolschewismus um die Vorherrschaft im globalen Wettbewerb großräumlich organisierter „Machenschaften“ konkurrierte und keineswegs die im George-Kreis geschichtsphilosophisch aufgeladene, spirituelle Mission des nur mitteleuropäisch basierten, „erdteilrettenden Reiches“ (Elze) verfolgte.³⁰⁴ Wie Heidegger hätte Wolters

301 Vgl. Falter, Hitlers Wähler. – Auf die zu diffusen Inhalte „Gewaltbereitschaft, Nationalismus“ muss hier nicht eingegangen werden.

302 Einzelnachweise erübrigen sich.

303 So den Illusionismus dieser Position attackierend H. Heller (1931), zit. nach J. Schmidt, Genie-Gedankens, Bd. 2, S. 199 f. Als Kontraposition ebenfalls beachtlich, das nüchterne Fazit des in der Wiener Volksbildungsarbeit aktiv gewesenen Zinsel, Geniereligion, S. 190: Das Genie sei kein „*menschliches* Ideal“ (kursiv von mir, C. T.). Ergänzend dazu das Credo des naturalistischen, sozialreformerisch engagierten Schriftstellers Michael Georg Conrad, einem frühen Kritiker des Übermenschens-Kults: Nicht Genies erzögen die Masse zur „Genossenschaft höherer Menschen“, sondern „die richtig verstandene [sic] Demokratie“ (1895), zit. nach J. Schmidt, Genie-Gedankens, Bd. 2, S. 186.

304 Elze, Rede, S. 62. Die von Wolters übernommene geschichtsphilosophische Denkfigur von der sich gegen Ost und West behauptenden historischen Mission der Deutschen findet sich schon in Elzes Kieler Dissertation: die Siege des Großen Kurfürs-

nach 1933 erfahren, dass Hitlers „Genie“ die Deutschen nicht aus dem „stählernen Gehäuse“ heraus, sondern, als „Stoß in die Modernität“ (Ralf Dahrendorf), tiefer hinein riss ins „Gestell“ technisch-ökonomischer Verwertung des Planeten und der Degradierung des Menschen zum Rohstoff des Produktionsprozesses.³⁰⁵ Ob mit der Einsicht, dass vom Nationalsozialismus nicht die „Entzauberung der Welt“ zu erwarten sei, auch das „geistige Schicksal“ (Richard Kroner) akzeptiert worden wäre, die Spannungen und Widersprüche der modernen Gesellschaft, ihren freilich fragilen Pluralismus auszuhalten, ist für Wolters zu bezweifeln. Das legt eine Prüfung jener politischen Orientierungen nahe, denen nicht allein die Jünger im „Kreis ohne Meister“, Walter Elze etwa,³⁰⁶ sondern auch starke linke wie rechte Fraktionen der deutschen Geisteselite treu blieben, die das „Ende des utopischen Zeitalters“³⁰⁷ noch erleben mussten.

Quellen und Darstellungen

Ungedruckte Quellen

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin
Archivdatenbank, Personalblatt Franz, Erich.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem [GStA]
I. Hauptabteilung, Bestand Kultusministerium.

Christian-Albrechts-Universität Kiel, Philosophische Fakultät
Ordentliche und außerordentliche Professoren
Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 1, Bd. XII, XVIII, XIX, XXII.

ten über Franzosen und Schweden, in Marlenheim und Fehrbellin, seien ein „Vorspiel“ für „Marne und Tannenberg“, die 1914 nur teilweise gelungene Selbstbehauptung deutschen „Wesens“ gegen die Auflösung in westliche Zivilisation und ins nordöstliche Chaos als Folge „mongolenhafter Bedrohung“, die für Elze im 17. Jh. von Schweden, dann von Russland, dessen Erbe im Ostseeraum, ausging; Elze, Marlenheim, Bl. 11-21.

305 Zu Heideggers NS-Kritik im Rahmen seiner Kritik an gleichermaßen machtversessenen angelsächsischen und sowjetrussischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen vgl. Vietta, Heidegger, S. 135-188, hier zit. S. 187.

306 Wie fremd sich Elze, der als Emeritus bis 1979 in Freiburg lebte, in der Bundesrepublik fühlte, weil in diesem vom Primat der Wirtschaft beherrschten, nicht Staat zu nennenden Gemeinwesen nicht „das Sein das Wesentliche war“, dazu eingehend Vitzthum, Historiker Elze.

307 Mit der Implosion des Sowjetimperiums, so meinte Joachim C. Fest, sei zumindest der Traum des europäischen Sozialutopismus, konkrete Ordnungen in Richtung Heilsordnung transzendieren zu können, definitiv an sein Ende gekommen. Und mit ihm, wie Fest, Ende, S. 59-80, plausibel argumentiert, der politisch-religiöse Menschentyp des alten Kontinents.

Privatdozenten

Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. IV, Nr. 2, Bd. II-III.

Rep. 76Va, Nr. 10206.

Von Professoren und Privatdozenten dem Ministerium eingereichte Schriften

Rep. 76Va, Sek. 9, Tit. XIV, Nr. 5, Bd. I-III.

Philipps-Universität Marburg

Rep. 76Va, Sek. 12, Tit. IV, Nr. 2, Bd. XVIII.

VI. Hauptabteilung, Nachlässe

Nachlass Carl Heinrich Becker, Nr. 5190 (Briefe von Friedrich Wolters).

Staatsbibliothek zu Berlin

Nachlass Max Lenz.

Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel [SHLB]

Nachlass Gustav Frenssen.

Gedruckte Quellen und Darstellungen

- Albrecht, Stephan: Rechtsstaat, autoritäre Demokratie und europäischer Faschismus. Hermann Hellers Grundlegungen einer starken Demokratie. In: Totalitarismus von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, hrsg. von Mike Schmeitzner. Göttingen 2007 (Schriften des Hannah Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung; 34), S. 83-102.
- Arnim-Muskau, Hermann Graf von/Boelcke, Willi A.: Muskau. Standesherrschaft zwischen Spree und Neiße. 3. Aufl. Frankfurt/M. usw. 1979.
- Arrighetti, Anna Maria: Mensch und Werk in kritischen Publikationen des George-Kreises. Zu Friedrich Gundolfs Goethe und zu Ernst Bertrams Nietzsche – Versuch einer Mythologie. Heidelberg 2008 (Frankfurter Beiträge zur Germanistik; 48).
- Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Die Christian-Albrechts-Universität und ihre Geschichtsschreibung. In: Christiana Albertina 78 (2014), S. 38-58.
- Aurnhammer, Achim u. a. (Hrsg.): Stefan George und sein Kreis. Ein Handbuch, Bde. 1-3. Berlin 2012.
- Barth, Boris: Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918-1938. Frankfurt/New York 2016.
- Bassi, Hasko von: Otto Baumgarten. Ein „moderner Theologe“ im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Frankfurt/Bern 1988 (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXII, Bd. 345).
- Baumgarten, Otto: Carlyle und Goethe. Tübingen 1906 (Lebensfragen; 13).
- Ders.: Predigten aus der Revolutionszeit. Tübingen 1919.
- Behrenbeck, Sabine: Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Rituale, Symbole 1923-1945. 2., durchges. Aufl. Köln 2011 (Kölner Beiträge zur Nationenforschung; 2).
- Below, Georg von: Rezension zu Heller, Hegel. In: Literarisches Zentralblatt 72 (1921), Sp. 90 f.
- Bentham, Jeremy: Deontologie, oder Wissenschaft der Moral. Aus dem Manuscripte geordnet und herausgegeben von John Bowring. 2 Bde. Leipzig 1834.
- Berbig, Roland: „Poesieprofessor“ und „literarischer Ehrabschneider“. Der Berliner Literaturhistoriker Richard M. Meyer. In: Richard M. Meyer – Germanist zwischen Goe-

- the, Nietzsche und George, hrsg. von Nils Fiebig/Friederike Waldmann. Göttingen 2009, S. 21-115.
- Berg, Matthias: Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus. Göttingen 2014 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; 88).
- Bernbach, Udo: Houston Stewart Chamberlain. Wagners Schwiegersohn – Hitlers Vordenker. Stuttgart/Weimar 2015.
- Beyer, Hermann Wolfgang, Rezension zu Wolters, Vier Reden. In: Deutsche Literaturzeitung 49 (1928), Sp. 1907-1910.
- Blitz, Martin: Aus Liebe zum Vaterland. Die deutsche Nation im 18. Jahrhundert. Hamburg 2000.
- Bollenbeck, Georg: Goethe als kulturkritische Projektion bei Chamberlain, Simmel und Gundolf. In: Goethe in Gesellschaft. Zur Geschichte einer literarischen Vereinigung vom Kaiserreich bis zum geteilten Deutschland. Hrsg. von Jochen Golz / Justus H. Ulbricht. Köln/Weimar 2005, S. 13-32.
- Brandt, Otto: August Wilhelm Schlegel. Der Romantiker und die Politik. Stuttgart/Berlin 1919.
- Ders.: Geistesleben und Politik in Schleswig-Holstein um die Wende des 18. Jahrhunderts. Berlin/Leipzig 1925 (2., verbesserte Aufl. Kiel 1927).
- Breuer, Stefan: Ästhetischer Fundamentalismus. Stefan George und der deutsche Antimodernismus. Darmstadt 1995.
- Ders.: Ästhetischer Fundamentalismus und Eugenik bei Kurt Hildebrandt. In: Wissenschaftler im George-Kreis. Die Welt des Dichters und der Beruf der Wissenschaft. Hrsg. von Bernhard Böschstein u. a. Berlin/New York 2005, S. 291-309.
- Ders.: Zeitkritik und Politik. In: Aurnhammer (Hrsg.), Stefan George, S. 771-826.
- Ders.: Hildebrandt, Kurt. In: ebd., S. 1430-1434.
- Ders.: Petersen, Carl. In: ebd., S. 1578 f.
- Brocke vom, Bernhard: Kurt Breysig. Geschichtswissenschaft zwischen Historismus und Soziologie. Lübeck/Hamburg 1971 (Historische Studien; 417).
- Brüggemann, Fritz: Goethes ‚Egmont‘, die Tragödie des versagenden Bürgertums. In: Jahrbuch der Goethe-Gesellschaft 11 (1925), S. 151-172.
- Brunstäd, Friedrich: Zum zehnjährigen Gedenktage von Versailles. Rede gehalten am 28. Juni 1929 in der Aula der Universität Rostock. Rostock 1929 (Rostocker Universitätsreden; IX).
- Bürgin, Hans: Der Minister Goethe vor der römischen Reise. Seine Tätigkeit in der Wegebau- und Kriegskommission. Weimar 1933.
- Cassirer, Ernst: Goethe-Vorlesungen. Der junge Goethe – Göteborg 1940-1941. Goethes geistige Leistung – Lund 1941, hrsg. von John M. Krois. Hamburg 2003 (Ernst Cassirer. Nachgelassene Manuskripte und Texte; 11).
- Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013.
- Cornelißen, Christoph: Das Kieler Historische Seminar in den NS-Jahren. In: Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, hrsg. von dems./Carsten Mish. Essen 2009 (zeit+geschichte; 14), S. 229-252.
- Cremer, Emmy: Ernst Moritz Arndt als Geschichtsschreiber. Phil. Diss. Kiel 1927.
- Curtius, Ernst Robert: Briefe aus einem halben Jahrhundert. Eine Auswahl, hrsg. von Frank-Rutger Hausmann. Baden-Baden 2015.
- Dainat, Holger: Von der Neueren deutschen Literaturgeschichte zur Literaturwissenschaft. Die Fachentwicklung von 1890 bis 1913/14. In: Wissenschaftsgeschichte der Germanistik im 19. Jahrhundert, hrsg. von Jürgen Fohrmann / Wilhelm Voßkamp. Stuttgart/Weimar 1994, S. 494-537.

- Dane, Gesa: Melitta Gerhard (1891-1981). Die erste habilitierte Germanistin: „In bunten Farben schillernder Gast“ und „uniformes Glied der Zunft“. In: Frauen in den Kulturwissenschaften. Von Lou Andreas-Salomé bis Hannah Arendt, hrsg. von Barbara Hahn. München (Beck'sche Reihe; 1043), S. 219-234 bzw. S. 349-354.
- Dies.: Gerhard, Melitta. In: IGL, Bd. I, S. 552-553.
- Deupmann, Christoph: Wolff, Eugen. In: IGL, Bd. III, S. 2059 f.
- Deussen, Paul: Zur Erinnerung an Gustav Glogau geboren am 6. Juni 1844 zu Laukischen (Ostpreussen) gestorben als Professor der Philosophie an der Universität Kiel am 22. März 1895 zu Laurion (Attika). Gedächtnisrede gehalten an der Christian-Albrechts-Universität am 11. Mai 1895. Kiel/Leipzig 1895.
- Ders.: Mein Leben. Leipzig 1922.
- Durzak, Manfred: Stefan George und die Familie Landmann. In: „Verkannte Brüder“? Stefan George und das deutsch-jüdische Bürgertum zwischen Jahrhundertwende und Emigration, hrsg. von Gert Mattenklot, u. a. Hildesheim 2001, S. 153-161.
- Elze, Walter: Brandenburg-Preußen bei Marlenheim und Fehrbellin. Das Erscheinen eines neuen politischen Prinzips in Deutschland 1674/75. Phil. Diss. Kiel 1924.
- Ders.: Friedrich der Große. Geistige Welt – Schicksal – Taten. 2. Aufl., Berlin 1939 (1936).
- Ders.: Der Prinz Eugen. Sein Werk, sein Weg und Englands Verrat. Stuttgart 1940.
- Ders.: Rede über die Schöpfung des Reiches. Potsdam 1941.
- Fahrner, Rudolf, Arndt. Geistiges und politisches Verhalten. Stuttgart 1937.
- Ders.: Gesammelte Werke II. Erinnerungen und Dokumente, hrsg. von Stefano Bianca u. Bruno Pieger. Köln u. a. 2008.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München 1991.
- Feldhoff, Heiner: Nietzsches Freund. Die Lebensgeschichte des Paul Deussen. Köln u. a. 2008.
- Fest, Joachim C.: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters. Berlin 1991.
- Fix, Hans: Gering, Hugo. In: IGL 2002, Bd. I, S. 553-555.
- Flitner, Wilhelm: Goethe im Spätwerk. Glaube – Weltsicht – Ethos. Hamburg 1947.
- Frank, Horst Joachim: Literatur in Schleswig-Holstein, Bd. 2: 18. Jahrhundert. Neumünster 1998.
- Franz, Erich: Beiträge zur Titulforschung. Phil. Diss. Göttingen 1904.
- Ders.: Goethe als religiöser Denker. Tübingen 1932.
- Ders.: Deutsche Klassik und Reformation. Die Weiterbildung protestantischer Motive in der Philosophie und Weltanschauungsdichtung des deutschen Idealismus. Halle 1937 (Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte. Buchreihe; 22).
- Freyer, Hans: Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1921.
- Fricker, Christophe (Hrsg.): Friedrich Gundolf – Friedrich Wolters. Ein Briefwechsel aus dem Kreis Stefan Georges. Köln u. a. 2009.
- Galaboff, Konstantin S.: Die Stellung Fr. Schlegels und der anderen deutschen Romantiker zu Goethes „Wilhelm Meister“ im Lichte des Ur-Meister. Phil. Diss. Kiel 1917.
- Garbe, Irmfried: Theologe zwischen den Weltkriegen. Hermann Wolfgang Beyer 1898-1942. Frankfurt/M. 2004 (Greifswalder theologische Forschungen; 9).
- Gerhard, Melitta: Goethes Erleben der französischen Revolution im Spiegel der ‚Natürlichen Tochter‘. In: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 1 (1923), S. 281-308.
- Dies.: Der deutsche Entwicklungsroman bis zu Goethes ‚Wilhelm Meister‘. Halle 1926 (Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte. Buchreihe; 9).
- Dies.: Stefan George. Dichtung und Kündigung. Bern 1962.
- Dies.: Leben im Gesetz. Fünf Goethe-Aufsätze. Bern/München 1966.

- Glogau, Gustav: Über Goethe. In: Zeitschrift für Philosophie und philosophische Kritik 97 (1890), S. 1-24.
- Ders.: Die Ideale der Socialdemokratie und die Aufgabe des Zeitalters. Kiel/Leipzig 1891 (Deutsche Schriften für nationales Leben, 1. Reihe, Heft 5).
- Gustav Glogau. Sein Leben und sein Briefwechsel mit H[ermann] Steinthal, hrsg. von Marie Glogau. Kiel/Leipzig 1906.
- Gretz, Daniela: „Wo solche sind wie du – da ist der Sieg“. Preußentum, Katholizismus und ein „katholischer Preuße“ [F. Wolters]. In: Preußische Katholiken und katholische Preußen, hrsg. von Richard Faber u. Uwe Puschner. Würzburg 2011, S. 145-164.
- Groppe, Carola: Die Macht der Bildung. Das deutsche Bürgertum und der George-Kreis. Köln/Weimar 1997 (Bochumer Schriften zur Bildungsforschung; 3).
- Grossmann, A.: Volksgeist, Volksseele. In: Ritter, Joachim u. a. (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 11, Darmstadt 2001, Sp. 1102-1106.
- Groth, Klaus: Lebenserinnerungen, hrsg. von Eugen Wolff. Kiel/Leipzig 1891.
- Gundolf, Friedrich: Goethe. Berlin 1916.
- Ders.: Dichter und Helden. Heidelberg 1921.
- Ders.: Hutten, Klopstock, Arndt. Drei Reden. Heidelberg 1924
- Ders.: Dem lebendigen Geist. Aus Reden, Aufsätzen und Büchern, hrsg. von Dorothea Berger u. Marga Frank. Heidelberg/Darmstadt 1962 (Veröffentlichungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung; 27).
- Hampe, Peter, Sozioökonomische und psychische Hintergründe der bildungsbürgerlichen Imperialbegeisterung. In: Das wilhelminische Bürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, hrsg. von Klaus Vondung. Göttingen 1976 (Kleine Vandenhoeck-Reihe; 1420), S. 67-79.
- von Hanstein, Adalbert: Das jüngste Deutschland. Zwei Jahrzehnte miterlebter Literaturgeschichte. 3., unveränd. Abdruck. Leipzig 1905.
- Harrington, Anne: Die Suche nach Ganzheit. Die Geschichte biologisch-psychologischer Ganzheitslehren: Vom Kaiserreich bis zur New-Age-Bewegung. Reinbek 2002 (rowolts enzyklopädie; 55577).
- Hartlaub, Felix: Don Juan d' Austria und die Schlacht bei Lepanto [1940], hrsg. von Wolfgang Pyta u. Wolfgang M. Schwiedrzik. Neckargemünd/Wien 2017 („Gegen-Satz“; 8).
- Hartung, Fritz: Das erste Jahrzehnt der Regierung Carl Augusts. In: Jahrbuch der Goethe-Gesellschaft 2 (1915), S. 59-139.
- Ders.: Goethe als Staatsmann. In: ebd., 9 (1922), S. 295-314.
- Ders.: Das Großherzogtum Sachsen unter der Regierung Carl-Augusts 1775-1828 (Carl August. Darstellungen und Briefe zur Geschichte des Weimarer Fürstenhauses und Landes; II. Abteilung). Weimar 1923.
- Hauffen, Adolf: Wolffs „Faust und Luther“. In: Zeitschrift für deutsche Philologie 48 (1920), S. 454-458.
- Hecker, Max: Rezension zu Wolff, Novellenkranz. In: Deutsche Literaturzeitung 40 (1919), Sp. 557.
- Heinemann, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 59).
- Heller, Hermann: Hegel und der nationale Machtstaatgedanke in Deutschland. Ein Beitrag zur politischen Geistesgeschichte. Leipzig/Berlin 1921.
- Ders.: Sozialismus und Nation. Berlin 1925.
- Hermand, Jost: Grüne Klassik. Goethes Naturverständnis in Kunst und Wissenschaft. Köln u. a. 2016.
- Hildebrandt, Kurt: Goethe. Seine Weltweisheit im Gesamtwerk. Leipzig 1941.
- Hirsch, Emanuel: Die Liebe zum Vaterlande. 3. Aufl. Langensalza 1924 (Schriften zur politischen Bildung, hrsg. von der Gesellschaft Deutscher Staat; 12).

- Hofmann, Erich: Die Christian-Albrechts-Universität in preußischer Zeit. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665-1965. Bd. 1, Teil 2: Allgemeine Entwicklung der Universität. Neumünster 1965, S. 9-115.
- Ders.: Philologie. In: Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665-1965, Bd. 5, 2: Geschichte der Philosophischen Fakultät, Teil 2, bearb. von Karl Jordan u. Erich Hofmann. Neumünster 1969, S. 103-275.
- Horch, Hans Otto: Die Juden und Goethe. In: „Außerdem waren sie ja auch Menschen. Goethes Begegnungen mit Juden und Judentum, hrsg. von Annette Weber. Berlin/Wien 2000 (Schriftenreihe des Jüdischen Museums Frankfurt a. M.; 7), S. 117-131.
- Hornung, Klaus: Politischer Messianismus: Jacob Talmon und die Genesis der totalitären Diktaturen. In: Zeitschrift für Politik 47 (2000), S. 131-172.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs. Stuttgart usw. 1969.
- Internationales Germanistenlexikon 1800-1850 [IGL], hrsg. von Christoph König u. a. Bde. I-III. Berlin/New York 2003.
- Jäger, Wolfgang: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Göttingen 1984 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 61).
- Jahnke, Carsten: Die Borussifizierung des schleswig-holsteinischen Geschichtsbewußtseins 1866-1889. In: ZSHG 139 (2005), S. 161-190.
- Jessen-Klingenberg, Manfred: Universität und Land. Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft [SHUG] von 1918 bis 1968. Kiel 1971 (Veröffentlichungen der SHUG, N. F.; 54)
- Jordan, Karl: Geschichtswissenschaft. In: Geschichte der Philosophischen Fakultät, Tl. 2, hrsg. von dems. u. Erich Hofmann. Neumünster 1969 (Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665-1965, Bd. V/2), S. 7-101.
- Kaku, Michio: Die Physik des Bewußtseins. Über die Zukunft des Geistes. Reinbek 2014.
- Karlauf, Thomas: Stefan George. Die Entdeckung des Charisma. Biographie. München 2008.
- Kastner, Berthold: Goethe im Leben und Werk Gustav Radbruchs. Heidelberg 1999 (Freiburger Rechts- und Staatswissenschaftliche Abhandlungen; 64).
- Kauffmann, Hans: Kauffmann, Friedrich. In: NDB, Bd. 11 (1977), S. 342 f.
- Kemper, Dirk: Ideologie der Ideologiekritik: W. David Wilsons Vorwurf der Spitzelei gegenüber Goethe. In: Jahrbuch der Goethe-Gesellschaft 112 (1995), S. 383-397.
- Klassen, Peter: Die Grundlagen des aufgeklärten Absolutismus. Jena 1929 (List-Studien; 4).
- Ders.: Baudelaire. Welt und Gegenwelt. Weimar 1931.
- Ders.: Justus Möser. Frankfurt/M. 1936 (Studien zur Geschichte des Staats- und Nationalgedankens; II).
- Ders.: Der junge Napoleon. Amsterdam 1985.
- Klenner, Hermann: Rezension zu Kastner 1999. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 87 (2001), S. 443 f.
- Koch, Franz: Goethe und die Juden. Hamburg 1937 (Schriften des Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschlands).
- Ders.: Rezension zu Franz, Klassik und Reformation. In: Deutsche Literaturzeitung 59 (1938), Sp. 1598-1605.
- Konno, Hajime: Max Weber und die polnische Frage (1892-1920). Eine Betrachtung zum liberalen Nationalismus in Deutschland. Baden-Baden 2004.
- Krüger, Emil: Die Novellen in ‚Wilhelm Meisters Wanderjahren‘, Phil. Diss. Kiel 1927.
- Kruckis, Hans-Martin: „Ein potenziertes Abbild der Menschheit“. Biographischer Diskurs und Etablierung der Neugermanistik in der Goethe-Biographik bis Gundolf. Heidelberg 1995 (Probleme der Dichtung; 24).

- Kunz, Willi: Goethe und das Politische. Mit besonderer Berücksichtigung seines Verhältnisses zum friderizianischen Staat. Limburg/Lahn 1938.
- Landmann, Michael: Erinnerungen an Stefan George. Seine Freundschaft mit Julius und Edith Landmann. Amsterdam 1980 (Castrum Peregrini; 141/142).
- Llanque, Marcus (Hrsg.): Souveräne Demokratie und soziale Homogenität. Das politische Denken Hermann Hellers. Baden-Baden 2010 (Staatsverständnisse; 33).
- Lorenz, Konrad: Der Abbau des Menschlichen. München u. a. 1983.
- McMeekin, Sean: The Russian Origins of the First World War. Cambridge 2011.
- Mandelkow, Karl Robert: Goethe in Deutschland. Rezeptionsgeschichte eines Klassikers. 2 Bde. München 1980-1989.
- Mann, Thomas: Goethe als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters [1932]. In: Ders.: Leiden und Größe der Meister. Frankfurt/M. 1974 (Bibl. Suhrkamp; 389), S. 7-42.
- Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuwied/Berlin 1967.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus. Mit einem Nachwort von Iring Fetscher. Stuttgart 1983 (Reclams UB; 8323).
- Max, Robert: Nationale Pflichten zur Lösung der Judenfrage. Kiel/Leipzig 1891 (Deutsche Schriften für nationales Leben, 2. Reihe, Heft 6).
- Mayer, Gustav: Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution 1914-1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe, hrsg. von Gottfried Niedhart. München 2009 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts; 65).
- Maync, Harry: Einleitung. In: Goethe. Wilhelm Meisters theatralische Sendung. Nach der Schultheiß'schen Abschrift hrsg. von H. Maync. Stuttgart/Berlin 1911, S. VII-XXXIX.
- Ders.: Geschichte der deutschen Goethe-Biographie. Ein kritischer Abriss. Leipzig 1914.
- Ders.: Die Goethe-Literatur während des Weltkrieges. In: Goethe-Jahrbuch 4 (1917), S. 263-303.
- Ders.: Rezension zu Hans Wahl (Hrsg.), Briefwechsel des Herzog-Großherzogs Carl August mit Goethe. In: Deutsche Literaturzeitung 41 (1920), Sp. 145-147.
- Mehring, Franz: Die Lessing-Legende. Zur Geschichte und Kritik des preußischen Despotismus und der klassischen Literatur. 2., unveränd. Aufl., Stuttgart 1906.
- Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte. München/Berlin 1924.
- Menke, Hubertus: Kauffmann, Friedrich. In: IGL Bd. II (2003), S. 902-904.
- Die Neue Menschheit. Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Boris Groys u. Michael Hagemeyer. Frankfurt/M. 2005 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 1763).
- Menze, Clemens: Wilhelm von Humboldts Lehre und Bild vom Menschen. Ratingen 1965.
- Mish, Carsten: Otto Scheel (1876-1954). Eine biographische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriographie und deutsch-dänischen Beziehungen. Göttingen 2015 (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte; Reihe B, Bd. 61).
- Mommsen, Wolfgang J.: Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches. Frankfurt/Berlin 1993 (Ullstein-Buch; 33169).
- Muckle, Friedrich: Der Kulturidealismus des Sozialismus. München/Leipzig 1919.
- Ders.: Die Rettung des Abendlandes durch den Geist der Goethezeit. Leipzig 1932.
- Müller, Guido: Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908-1930. Köln/Weimar/Wien 1991 (Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik; 2).

- Müller, Karl Alexander von: William Pitt der Ältere. In: Meister der Politik. Eine weltgeschichtliche Reihe von Bildnissen, hrsg. von Erich Marcks u. d. d. Bd. 3, Stuttgart/Berlin 1923, S. 297-408.
- Ders.: Im Wandel einer Zeit. Erinnerungen 1919-1932. München 1966.
- Neugebauer, Wolfgang: Die „Schmoller-Connection“. Acta Borussica, wissenschaftlicher Großbetrieb im Kaiserreich und das Beziehungsgeflecht Gustav Schmollers. In: Archivarbeit für Preußen, hrsg. von Jürgen Kloosterhuis. Berlin 2000 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz; Arbeitsberichte 2), S. 261-301.
- Ders.: Otto Hintze. Denkräume und Sozialwelten eines Historikers in der Globalisierung 1861-1940. Paderborn 2015.
- Nietzsche, Friedrich: Werke IV. Aus dem Nachlass der Achtzigerjahre. Briefe (1861-1889), hrsg. von Karl Schlechta. Frankfurt/M. u. a. 1977 (Ullstein Buch; 2910).
- Nolte, Ernst: Marxismus und Industrielle Revolution. Stuttgart 1983.
- Oncken, Hermann: Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919-1935. Berlin 1935.
- Otte, Holger: Gustav Radbruchs Kieler Jahre 1919-1926. Frankfurt/Bern 1982 (Europäische Hochschulschriften. Rechtshistorische Reihe; 147).
- Passmore, John: Der vollkommene Mensch. Eine Idee im Wandel von drei Jahrtausenden. Stuttgart 1975.
- Petersen, Carl: Die Geschichte des Kreises Beeskow-Storkow [1922]. Neuenhagen 2002.
- Ders.: Nicolaus Falck und die Entstehung des schleswig-holsteinischen Gedankens. In: Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft 1926. Breslau 1926 (Veröffentlichungen der SHUG; 10), S. 1-111.
- Petersen, Julius: Rezension zu Wolff, Mignon. In: Deutschen Literatur-Zeitung 31 (1910), Sp. 995 f.
- Philipp, Michael (Hrsg.): Stefan George – Friedrich Wolters. Briefwechsel 1904-1930. Amsterdam 1998.
- Plath-Langheinrich, Elsa: Als Goethe nach Uetersen schrieb. Das Leben der Conventualin Augusta Louise Gräfin zu Stolberg-Stolberg. Neumünster 1989.
- Pöpping, Dagmar: Der schreckliche Gott des Hermann Wolfgang Beyer. Sinnstiftungsversuche eines Kirchenhistorikers zwischen Katheder und Massengrab. In: Für ein artgemäßes Christentum der Tat. Völkische Theologen im „Dritten Reich“, hrsg. von Manfred Gailus u. Clemens Vollnhals. Göttingen 2016 (Berichte und Studien; 71), S. 261-277.
- van der Pot, Johann: Die Bewertung des technischen Fortschritts. Eine systematische Übersicht der Theorien. 2 Bde. Assen/Maastricht 1985.
- Przybilka, Christoph: Die Rezeption Goethes bei Wilhelm Flitner. Zur Motivgeschichte der hermeneutisch-pragmatischen Pädagogik. Bern u. a. 1995 (Explorationen. Studien zur Erziehungswissenschaft; 12).
- Pyta, Wolfram: Walter Elze und Preußen – preußische Geschichte aus dem Geiste des George-Kreises. In: Das Thema „Preußen“ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik vor und nach 1945, hrsg. von Hans-Christof Kraus. Berlin 2013 (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte N. F.; Beiheft 12), S. 119-132.
- Ders.: Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. München 2015.
- Radbruch, Gustav: Wilhelm Meisters sozial-politische Sendung. In: Logos. Internationale Zeitschrift für Philosophie und Kultur 8 (1919), S. 152-162; wieder abgedruckt in: Ders.: Literatur- und kunstkritische Schriften, hrsg. von Hermann Klenner. Heidelberg 1997 (Gustav Radbruch, Gesamtausgabe, Bd. 4), S. 164-173.
- Ders.: Kulturlehre des Sozialismus. Ideologische Betrachtungen. Berlin 1922.
- Rahmeyer, Ruth: Otilie von Goethe. Das Leben einer ungewöhnlichen Frau. München 1993 (Heyne Biographie; 228).

- Reinhardt, Hartmut: Der Ermittler. Über den amerikanischen Goethe-Kritiker W. Daniel Wilson. In: Goethes Kritiker, hrsg. von Karl Eibl u. Bernd Scheffer. Paderborn 2001, S. 119-132.
- Reiß, Stefan: Fichtes ‚Reden an die deutsche Nation‘ oder: Vom Ich zum Wir. Berlin 2006 (Politische Ideen; 19).
- Reiter, Siegfried (Hrsg.): Briefe von Friedrich August Wolf an Goethe. In: Goethe-Jahrbuch 27 (1906), S. 3-53, dazu S. 56-96.
- Retterath, Jörn: „Was ist das Volk?“ Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917-1924. Berlin 2016.
- Richter, Werner: Goethe und der Staat. Jena 1932 (Kieler Vorträge; 36).
- Rietzler, Rudolf: „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928). Neumünster 1982 (SWSG; 4)
- Rilla, Paul: Goethe in der Literaturgeschichte. Zur Problematik der bürgerlichen Bildung. Berlin 1949.
- Rößner, Hans, Georgekreis und Literaturwissenschaft. Zur Würdigung und Kritik der geistigen Bewegung Stefan Georges. Frankfurt/M. 1938.
- Rohkrämer, Thomas, Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880-1933. Paderborn u. a. 1999.
- Rosenberg, Arthur: Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart. Berlin 1932.
- Rothfels, Hans: Die Universitäten und der Schuldspruch von Versailles. Zum 28. Juni 1929. Eine ungehaltene akademische Rede. Königsberg 1929 (Königsberger Universitätsreden; 5).
- Ruth, Paul Hermann: Carl Petersens Lebenswerk. In: Jomsburg 6 (1942), S. 125-131.
- Safrański, Rüdiger: Goethe. Kunstwerk des Lebens. Biographie. München 2013.
- Schachtsiek, Carl Henry: Eugen Wolff als Literaturhistoriker. Ein Beitrag zur Beurteilung der Scherer-Schule. Phil. Diss. University of Michigan, Ann Arbor 1940.
- Schedlitz, Bernd: Geschichte der Hebbelschule. In: 100 Jahre Hebbelschule in Kiel 1903 – 2003. Festschrift zum Jubiläum der Schule, hrsg. von dems., Helmut Siegmon u. Uwe Trautsch. Neumünster 2003, S. 11-143.
- Scherff, Walter: Zwölf Kriegsaufsätze. Berlin 1943.
- Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 5 (1929), Nr. 8, S. 117-132.
- Schlüter, Bastian: Wolters, Friedrich. In: Aurnhammer (Hrsg.), S. 1774-1779.
- Schmidt, Jochen: Die Geschichte des Genie-Gedankens in deutschen Literatur, Philosophie und Politik 1750-1945. 2 Bde. Darmstadt 1985.
- Schmidt, Rainer F.: „Revanche pour Sedan“ – Frankreich und der Schlieffenplan. In: HZ 303 (2016), S. 393-425.
- Schmidt, Stefan: Frankreichs Außenpolitik in der „Julikrise“ 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs. München 2009.
- Schneider, Lothar, Eugen Wolffs Dilemma. In: Jüdische Intellektuelle und die Philologen in Deutschland 1871-1933, hrsg. von Wilfried Barner u. Christoph König. Göttingen 2001 (Marbacher Wissenschaftsgeschichte; 3), S. 103-109.
- Schneider, Hans-Peter: Positivismus, Nation und Souveränität. Über die Beziehungen zwischen Heller und Radbruch. In: Staatslehre in der Weimarer Republik. Hermann Heller zu ehren, hrsg. von Christoph Müller u. Ilse Staff. Frankfurt/M. 1985 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 547), S. 176-193.
- Schneider, Wolfgang Christian: Staat und Kreis. Dienst und Glaube. Friedrich Wolters und Robert Boehringer in ihren Vorstellungen von Gesellschaft. In: Das Ideal des schönen Lebens und die Wirklichkeit der Weimarer Republik. Vorstellungen von Staat und Gemeinschaft im George-Kreis, hrsg. von Roman Köster u. a. Berlin 2009 (Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel; 33).

- Schönhärl, Korinna: Wissen und Visionen. Theorie und Politik der Ökonomen im Stefan George-Kreis. Berlin 2009 (Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel; 35).
- Schönwälder, Karen: Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Frankfurt/New York 1992 (Historische Studien; 9).
- Schubert-Riese, Brigitte: Das literarische Leben in Eutin im 18. Jahrhundert. Neumünster 1975 (Kieler Studien zur deutschen Literaturgeschichte; 11).
- Schumann, Detlev W.: Goethes Beziehungen zu Nordelbingen und Nordelbiern. 1. Klopstock und sein Bereich. In: NE 42 (1973), S. 99-123.
- Ders.: Goethes Beziehungen zu Nordelbingen und Nordelbiern. 2. Der Emkendorfer Kreis. In: NE 43 (1974), S. 246-272.
- Schutte, Christoph: Die Königliche Akademie in Posen (1903-1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zur „Hebung des Deutschtums“. Marburg 2008 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung; 19).
- Seewald, H. J. u. a.: Stefan George – Leben und Werk. Eine Zeittafel, Amsterdam 1972.
- Siebeck, Hermann: Goethe als Denker. 4. Aufl. Stuttgart 1922 (Frommanns Klassiker der Philosophie; 15).
- Sieg, Ulrich: Deutschlands Prophet. Paul de Lagarde und die Ursprünge des modernen Antisemitismus. München 2007.
- Simonis, Annette: Gestalttheorie von Goethe bis Benjamin. Diskursgeschichte einer deutschen Denkfigur. Köln usw. 2001 (Kölner Germanistische Studien. N. F. 2).
- Spraul, Gunter: Der Fischer-Komplex. Halle 2011.
- von Srbik, Heinrich Ritter: Aus Österreichs Vergangenheit. Von Prinz Eugen zu Franz Joseph. Salzburg 1949.
- Talmon, Jacob L.: Die Ursprünge der totalitären Demokratie. Köln/Opladen 1961.
- That, Erich: Goethe und Moritz. Phil. Diss. Kiel 1921.
- Tilitzki, Christian: Der politische Philosoph Richard Kroner. In: ZSHG 123 (1998), S. 233-244.
- Ders.: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Berlin 2002.
- Ders.: Bürgin, Hans. In: Biographien der Landschaft Angeln. Personallexikon, hrsg. von Berthold Hamer. Husum 2007, Bd. 1, S. 110-115.
- Ders.: Die Albertus-Universität Königsberg. Ihre Geschichte von der Reichsgründung bis zum Untergang der Provinz Ostpreußen. Bd. I: 1871-1918. Berlin 2012.
- Ders.: Rezension zu Wissemann 2012. In: ZSHG 138 (2013), S. 375-378.
- Torp, Cornelius: Max Weber und die preußischen Junker. Tübingen 1998.
- Troeltsch, Ernst: Die Revolution in der Wissenschaft (1921). In: Ders.: Aufsätze zur Geistesgeschichte und Religionssoziologie. Tübingen 1925 (Gesammelte Schriften; IV), S. 653-677.
- Träger, Claus: Studien zur Erbetheorie und zur Erbeaneignung. Leipzig 1981 (Reclams UB; 907).
- Trotzki, Leo: Literatur und Revolution [1924]. Berlin 1968.
- Vallentin, Berthold: Napoleon. Berlin 1923.
- Viëtor, Karl: Rezension Wolters, Stefan George. In: Deutsche Literaturzeitung 51 (1930), Sp. 1267-1278.
- VHS Kiel (Hrsg.): Gustav Radbruch und die Kieler Volkshochschule. Gedenkschrift zum 70jährigen Bestehen der VHS in der Landeshauptstadt Kiel. Kiel 1990.
- Vitzthum, Wolfgang Graf: „Als das Sein das Wesentliche war“ – Der Historiker Walter Elze im Gespräch. In: Stefan George. Dichtung – Ethos – Staat. Denkbilder für ein geheimes europäisches Deutschland, hrsg. von Bruno Pieger u. Bertram Schefold. Berlin 2010, S. 264-286.
- Ders.: Elze, Walter. In: Aurnhammer (Hrsg.), Stefan George, S. 1354-1357.

- Volkshochschule Kiel e. v., Lehrgänge und Arbeitspläne SS. 1920 – WS. 1932/33. Kiel 1920-1932.
- Walder, Ernst: Aufgeklärter Absolutismus und Staat. Zum Staatsbegriff der aufgeklärten Despoten. In: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, hrsg. von Karl Otmar von Aretin. Köln 1974 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek. Geschichte; 67), S. 123-136.
- Weber, Max: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. In: *Ders.: Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von Johannes Winkelmann. 5. Aufl. Tübingen 1988 (UTB für Wissenschaft; 1491).
- Weinhandl, Ferdinand: *Die Metaphysik Goethes*. Berlin 1932.
- Ders.: Goethe. In: Theodor Haering (Hrsg.): *Das Deutsche in der deutsche Philosophie*. 2. Aufl. Stuttgart/Berlin 1942, S. 295-336.
- Werth, Christoph H.: *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*. Opladen 1996.
- Wilson, W. Daniel: *Geheimräte gegen Geheimbünde. Ein unbekanntes Kapitel der klassisch-romantischen Geschichte Weimars*. Stuttgart 1991.
- Ders.: Tabuzonen um Goethe und seinen Herzog. Heutige Folgen nationalsozialistischer Absolutismuskonzeptionen. In: *Deutsche Vierteljahrschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte* 70 (1996), S. 394-442.
- Ders.: *Das Goethe-Tabu. Protest und Menschenrechte im klassischen Weimar*. München 1999 (dtv; 30710).
- Wisseemann, Volker: *Leben und Werk eines lutherischen Botanikers. Göttingen 2012 (Religion, Theologie und Naturwissenschaft/Religion, Theology and Natural Science; 26)*.
- Witkowski, Georg: *Goethe*. Leipzig u. a. 1899.
- Ders.: *Goethe*. 2., umgearbeitete Aufl. Leipzig 1912.
- Wolf, Friedrich August: *Kleine Schriften*. Bd. 2, Berlin 1869.
- Wolff, Eugen: *Johann Elias Schlegel*. Berlin 1889.
- Ders.: *Geschichte rückwärts?* Kiel 1892.
- Ders.: *Goethes Leben und Werke. Mit besonderer Rücksicht auf Goethes Bedeutung für die Gegenwart*. Kiel/Leipzig 1895.
- Ders.: *Geschichte der Deutschen Literatur in der Gegenwart*. Leipzig 1896.
- Ders.: *Gottscheds Stellung im deutschen Bildungsleben*. 2 Bde. Kiel/Leipzig 1895-1897.
- Ders.: *Zwölf Jahre im litterarischen Kampf. Studien und Kritiken der Litteratur der Gegenwart*. Oldenburg/Leipzig 1901.
- Ders.: *Von Shakespeare zu Zola. Zur Entwicklungsgeschichte des Kunststils in der deutschen Dichtung*. Berlin 1902.
- Ders.: *Der junge Goethe. Goethes Gedichte in ihrer geschichtlichen Entwicklung herausgegeben und erläutert*. Oldenburg/Leipzig 1907.
- Ders.: *Deutsche Kulturpolitik in der Ostmark*. In: *Eckart. Ein deutsches Literaturblatt* 3 (1908/09), S. 609-620.
- Ders.: *Mignon. Ein Beitrag zur Geschichte des Wilhelm Meister*. München 1909.
- Ders.: *Wilhelm Meisters theatralische Sendung*. Oldenburg/Leipzig 1911.
- Ders.: *Wilhelm Meisters theatralische Sendung*. In: *Eckart. Ein deutsches Literaturblatt* 6 (1911/12), S. 241-246.
- Ders.: *Die ursprüngliche Gestalt von Wilhelm Meisters Wanderjahren*. In: *Goethe-Jahrbuch* 24 (1913), S. 162-192.
- Ders.: *Bismarck*. In: *Eckart. Ein deutsches Literaturblatt* 9 (1914/15), S. 385-390.
- Ders. (Hrsg.): *Wilhelm Meisters Wanderjahre. Ein Novellenkranz*. Frankfurt/M. 1916.
- Wolters, Friedrich: *Studien über Agrarzustände und Agrarprobleme in Frankreich von 1700 bis 1790*. Leipzig 1905 (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen; 105).
- Ders.: *Über die theoretische Begründung des Absolutismus im siebzehnten Jahrhundert*. In: *Grundrisse und Bausteine zur Staats- und Geschichtslehre*. Zusammengetragen

- zu den Ehren Gustav Schmollers und zum Gedächtnis des 24. Juni 1908 seines siebenzigsten Geburtstages. Von Kurt Breysig, Friedrich Wolters, B. Vallentin u. Friedrich Andreae. Berlin 1908, S. 201-222.
- Ders.: Richtlinien. In: Jahrbuch für die geistige Bewegung 1 (1910), S. 128-145.
- Ders.: Gestalt. In: Jahrbuch für die geistige Bewegung 2 (1911), S. 137-158.
- Ders.: Geschichte der brandenburgischen Finanzen in der Zeit von 1640-1697. Die Zentralverwaltung des Heeres und der Steuern. Darstellung und Akten. München/Leipzig 1915 (Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Tl. 1, Bd. 2).
- Ders.: Colbert. In: Meister der Politik, hrsg. von Erich Marcks u. Karl Alexander von Müller. Bd. 2. Stuttgart/Berlin 1922, S. 1-38.
- Ders.: Herrschaft und Dienst. 3. Aufl. Berlin 1923.
- Ders.: Von der Herkunft und Bedeutung des Marxismus. In: Bilder und Studien aus drei Jahrhunderten. Eberhard Gothein zum siebzigsten Geburtstag als Festgabe dargebracht. München/Leipzig 1923, S. 243-274.
- Ders. / Elze, Walter (Hrsg.): Stimmen des Rheines. Breslau 1923 (Werke der Schau und Forschung aus dem Kreise der Blätter für die Kunst).
- Ders.: ‚Der Faschismus‘ [Besprechung des gleichnamigen Werkes von Johann Wilhelm Mannhardt]. In: Der Wirtschaftsdienst 10 (1925), S. 1269-1271.
- Ders.: Vier Reden über das Vaterland. Breslau 1927.
- Ders.: Ernst Moritz Arndt und der Norden. In: Deutsch-Nordische Zeitschrift Jg. 2, Festnummer zum Nordisch-Deutschen Universitätstag in Kiel 1929, hrsg. von der SHUG. Breslau 1929, S. 5-15.
- Ders.: Die Bedingungen des Versailler Vertrages und ihre Begründung. Rede für die von der Universität am Tage der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrages geplante Gedenkstunde. Kiel 1929.
- Ders.: Stefan George und die Blätter für die Kunst. Deutsche Geistesgeschichte seit 1890. Berlin 1930.
- Wukadinović, Spiridion: Kleist-Studien. Stuttgart/Berlin 1904.
- Ziekursch, Johannes: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Bd. II: Das Zeitalter Bismarcks (1871-1890). Frankfurt/M. 1927.
- Ziisel, Edgar: Die Geniereligion. Ein kritischer Versuch über das moderne Persönlichkeitsideal, mit einer historischen Einleitung [1918], hrsg. von Johann Dvořak. Frankfurt/M. 1990 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 791).
- Zuberbühler, Rolf: Theodor Fontane: „Der Stechlin“. Fontanes politischer Altersroman im Lichte der „Vossischen Zeitung“ und weiterer zeitgenössischer Publizistik. Berlin 2012.
- Zweig, Arnold: Bilanz der deutschen Judenheit 1933. Ein Versuch [1934]. Köln 1961.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Christian Tilitzki
Konsul-Lorentzen-Str. 12
24376 Kappeln/Schlei

Sechs Tage im November

Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstandes und seiner Verbreitung in Schleswig-Holstein

Von Christian Lübcke

Der Aufstand der Kieler Matrosen im November 1918 leitete nicht nur die größte Meuterei in der deutschen Militärgeschichte ein, sondern führte auch zur Novemberrevolution, dem Ende der Monarchie und dem Beginn der Weimarer Republik. Während sich Historiker über den späteren Verlauf der Ereignisse relativ einig sind, gibt es auch heute, nach mehr als 100 Jahren, noch viele offene Fragen, die den Beginn des Aufstandes und seine Ausbreitung in den ersten 48 Stunden betreffen. Wer waren die Urheber des Matrosenaufstandes? Wie konnte der Matrosenaufstand trotz tausender Sicherheitskräfte in Kiel gelingen? Auf welchen Wegen verbreitete sich die neue Revolution? Wie reagierte das unmittelbar betroffene stellv. IX. Armeekorps?

Eine bis heute oft publizierte Version der damaligen Ereignisse sieht so aus: Am 1. November 1918 lief das III. Geschwader der Hochseeflotte voller aufgebrachtener Matrosen in Kiel ein. Hintergrund der Unruhen war ein zuvor in Wilhelmshaven vereitelter Flottenvorstoß kurz vor Kriegsende. In Kiel führten Verhaftungen auf den Schiffen zu einer offenen Revolte. Die Matrosen meuterten und rissen die örtliche Marinegarnison mit sich mit. Während der erste große Demonstrationszug am 3. November noch durch die Gewehrsalven eines letzten Aufgebotes loyaler Marineinfanteristen (oder Offiziersanwärter) blutig gestoppt wurde, breitete sich am Folgetag die Meuterei aus. Der Kieler Gouverneur scheiterte mit der Niederschlagung des Aufstandes vor allem dadurch, dass er zu vorsichtig agierte und sich zudem nicht überwinden konnte, das Kommando über Heeresverstärkungen in der Hand erfahrener Generäle zu lassen. Bereits am 5. November hissten alle Schiffe in Kiel die rote Flagge, lediglich auf dem Kriegsschiff *SMS König* leisteten Offiziere aktiven Widerstand. Die kriegsmüden Heeressoldaten der benachbarten Garnisonen waren nur zu gerne bereit sich den Matrosen anzuschließen.

So oder so ähnlich lautet die noch immer vielerorts verbreitete Meinung über den Kieler Matrosenaufstand.¹ Und doch kann die moderne Forschung inzwischen den Großteil dieser Aussagen widerlegen: Was die Teilnahme von Matrosen des III. Geschwaders am Kieler Matrosenaufstand angeht, so waren diese zwar Auslöser für die Unruhen, aber am eigentlichen Aufstand selbst praktisch unbeteiligt. Unter den loyalen Truppen des Gouvernements, die am 3. November 1918 zum Einsatz kamen, war wiederum nicht ein einziger Marineinfanterist oder Offiziersanwärter. Vor allem handelte es sich nicht um ein letztes Aufgebot, sondern um nur einen Bruchteil von insgesamt mehreren tausend noch zur Verfügung stehenden loyalen Einsatzkräften. Gouverneur Souchon hatte dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit gar keinen persönlichen Anteil daran, dass das Kommando über die Heeresverstärkung von einem General an ihn selbst übertragen wurde. Noch viel einfacher lässt sich die Legende von dem einsamen Widerstand auf SMS *König* am 5. November widerlegen. Ähnlich steht es um die These von den kriegsmüden Heeresoldaten, die sich den Matrosen angeblich allerorts aus Überzeugung anschlossen. Grundsätzlich ist es ein Fehler, die Lage in den Ersatzbataillonen in der Heimat mit der in den Frontverbänden in Frankreich und Belgien einfach gleichzusetzen.

Solche Beispiele sollen verdeutlichen, wie notwendig ein kritischer Blick auf die bislang zum Thema Matrosenaufstand veröffentlichten Werke ist. Die bisher oftmals angewandte Praxis, Zitate und Inhalte früherer Autoren anstandslos und unkritisch zu übernehmen, hat im Falle des Kieler Matrosenaufstandes in den vergangenen 100 Jahren zu einer Legendenbildung geführt, die mitunter völlig den Bezug zu den wirklichen Ereignissen von damals verloren hat. Der folgende Beitrag kann aus Platzgründen nicht auf alle Aspekte des Kieler Matrosenaufstands eingehen, aber er stützt sich weniger auf frühere Veröffentlichungen, sondern weitgehend auf Originalquellen, die vielfach erstmalig zu einer Rekonstruktion und Analyse der damaligen Ereignisse herangezogen wurden. Neben Heeres-, Marine- und Polizeiakten wurde hierbei auch auf bislang unveröffentlichte Nachlässe und Tagebücher von damals unmittelbar betroffenen Hauptakteuren zurückgegriffen. Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Rekonstruktion und Analyse der ersten Novembertage des Jahres 1918 und die Verbreitung der Bewegung sowie die Gegenmaßnahmen von Marine und Heer in Schleswig-Holstein innerhalb der ersten 48 Stunden. Als weiterführender Literaturhinweis sei an dieser Stelle vor allem auf die jüngsten Forschungen von Martin Rackwitz verwiesen, der 2018 ein umfangreiches Werk zu den Novemberereignissen in Kiel veröffentlichte.²

1 Beispiele für diese Sichtweise sind u. a.: Kollex, „Sturm auf zur Demokratie?“, S. 64-72, u. Käppner, Aufstand für die Freiheit.

2 Rackwitz, Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik.

Darüber hinaus muss die bisherige Arbeit von Klaus Kuhl Erwähnung finden, der seit Jahren zum Thema Kieler Matrosenaufstand forscht und dazu erst kürzlich ein neues Werk veröffentlicht hat.³

Die Ausgangslage

Am Mittwoch, den 30. Oktober 1918, übernahm Wilhelm Souchon das Amt des Gouverneurs in Kiel und zugleich das Kommando über die Marinestation Ostsee. Der 54jährige Admiral konnte zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine 38jährige Dienstzeit in der kaiserlichen Marine zurückblicken. Internationale Bekanntheit hatte er als Führer weitgehend unabhängiger Kommandos im Mittelmeer und im Schwarzen Meer erlangt. Im Allgemeinen galt Souchon als zuverlässiger, eigenständig agierender Flottenführer. Mit der Übernahme des Kommandos in Kiel unterstanden ihm etwa 80.000 Marineangehörige, die auf Standorten in Schleswig-Holstein und entlang der Ostseeküste stationiert waren. Die Anzahl der ihm in Kiel unmittelbar unterstellten Marineangehörigen schwankt in der bislang veröffentlichten Literatur erheblich. Realistisch dürfte sie zwischen 30.000 und 40.000 Mann betragen haben, was vor allem dem Umstand geschuldet ist, dass sich bestimmte Seeverbände und Ausbildungseinheiten immer nur zeitweise in Kiel aufhielten. Souchon war vor dem Krieg für knapp zwei Jahre Stabschef der Marinestation Ost gewesen, doch ist diese Tätigkeit unter Friedensbedingungen nur schwer mit den Aufgaben eines Gouverneurs im Kiel des Jahres 1918 vergleichbar. Durch die lange Abwesenheit im Mittelmeer und Schwarzen Meer und den Umstand, dass er auch nach seiner Rückkehr die meiste Zeit in der Nordsee eingesetzt wurde, war Souchon kaum über die Lage in Kiel informiert. Bedenken hatte er jedoch wegen seiner Ernennung nicht. Als Vizeadmiral Behnke am 27. Oktober anfragte, ob Souchon ihm nicht seinen neuen Posten überlassen wolle – lehnte dieser rundweg ab.⁴ Admiral Gustav Bachmann, der scheidende Gouverneur, machte Souchon auf die Warnungen des Innenministeriums über mögliche Unruhen und Streiks zum Jubiläum der russischen Revolution in deutschen Industriestädten aufmerksam, versicherte seinem Nachfolger jedoch zugleich, dass auf die Marinetruppen in Kiel noch immer Verlass sei. Diese Einschätzung mag im Lichte der späteren Ereignisse nun als großer Irrtum erscheinen, doch rein äußerlich betrachtet hatte Bachmann Ende Oktober 1918 mit seiner Aussage Recht.

³ Kuhl, Kiel und die Revolution von 1918.

⁴ Archiv IMMH Karton 29a.

Kiel war während des gesamten Krieges vom militärischen Gegner unangetastet geblieben. Im Vergleich zu den Kriegshäfen an der Nordseeküste war es im Herbst 1918 tiefste Etappe und mehr ein Ausbildungs- und Rüstungszentrum, als ein Kriegshafen. Verglichen mit den U-Boot- und Torpedobootsbasen an der belgischen Küste herrschte in Kiel noch immer das Militärreglement aus den Friedenszeiten. In dieser geschützten und traditionellen Atmosphäre wurden Marinerekruten und junge Vorgesetzte auf verschiedensten Aus- und Weiterbildungslehrgängen auf ihren zukünftigen Dienst in der Flotte vorbereitet. Diese Marineangehörigen waren in der Masse gegenüber ihrer Führung loyal und dachten zum Zeitpunkt der Übergabe des Kommandos von Bachmann an Souchon keineswegs an einen Aufstand. Insgesamt dürfte sich die Anzahl der Matrosen, die aufgrund der Kriegslage, schlechter Lebensmittelversorgung, der Dienstbedingungen oder anderer persönlicher Gründen notfalls auch zum Äußersten bereit war, nur auf einige hundert Personen erstreckt haben, die zudem noch auf verschiedene kleine Gruppierungen verteilt waren. Diese kleinen Gruppen bildeten später die Keimzellen für den offenen Aufruhr in den Kieler Marineverbänden an Land. Ihr größter Vorteil war dabei das stark ausgeprägte Kameradschaftsdenken der Matrosen der kaiserlichen Marine und die hohe Kriegsmüdigkeit. Einheitsübergreifend bestand ein starkes Gemeinschaftsgefühl, das durch die starre, hierarchische Dienstgradgruppenstruktur der Marine und eine vielerorts unangemessene Form der Menschenführung noch einmal verstärkt wurde. Die Chance, dass sich im Ernstfall die Mehrheit der Mannschaftsdienstgrade in Kiel zusammenschließen würde, war hoch und stieg im Verlauf des Jahres 1918 noch einmal deutlich an.

Ende Oktober 1918 ereigneten sich die bekannten Befehlsverweigerungen in der Hochseeflotte vor Wilhelmshaven, die nicht nur die Flottenführung dazu zwangen, einen geplanten Flottenvorstoß abzusagen, sondern auch eine schrittweise Verteilung der Geschwader der Hochseeflotte auf unterschiedliche Marinehäfen einleitete. In der Forschung ist bislang die Rolle des Mannes weitgehend unberücksichtigt geblieben, der damals nachdrücklich die Verlegung des III. Geschwaders nach Kiel empfahl und der durch spätere Verhaftungen eine folgenschwere Ereigniskette in Gang setzte: Vizeadmiral Hugo Kraft, der Führer des III. Geschwaders. Insgesamt gibt es heute noch viele offene Fragen zu der Person Kraft. Zu den wichtigsten gehört wohl, warum ausgerechnet Kraft mit der so verantwortungsvollen Aufgabe des Chefs eines Hochseegeschwaders betraut wurde. Bei Kriegsausbruch bekleidete Kraft den Posten des Oberwerftdirektors der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven. Nachdem er diese Position weitere zwei Jahre innegehabt hatte, folgte seine Versetzung als Direktor des Werftdepartments im Reichsmarineamt. Dort arbeitete er bis zum Ende des Jahres 1917. Somit hatte Kraft bis zum Jahr 1918 nur auf Verwaltungs-

posten an Land gedient. Im Verlauf des Jahres 1918 erhielt er zwar mehrere Male die Möglichkeit, ein Geschwader für einige Wochen interimweise zu führen, jedoch waren seine Erfahrungen als Führer eines Flottenverbandes bei der offiziellen Übernahme des III. Geschwaders im August 1918 überaus dürftig. Sein Geschwader bestand aus den fünf Großlinienschiffen *SMS König*, *SMS Bayern*, *SMS Kronprinz Wilhelm*, *SMS Großer Kurfürst* und *SMS Markgraf* mit etwa 5.600 Mann Besatzung. Kraft alleine kann mit Sicherheit nicht für den Ausbruch der Unruhen an Bord seiner Schiffe am 22., 29. und 30. Oktober vor Wilhelmshaven verantwortlich gemacht werden. Allerdings kann ihm vorgeworfen werden, dass er daraus die falschen Schlüsse zog und Warnungen ignorierte. Vergleicht man den militärischen Werdegang der Admiräle Kraft und Souchon, wirft dies rasch Fragen zur Stellenbesetzung in der kaiserlichen Marine auf. Warum Souchon, der von Beginn des Krieges an fast ununterbrochen Seekommandos innegehabt hatte, nun mit einem Male am Vorabend befürchteter Arbeiterunruhen als Gouverneur nach Kiel versetzt wurde, ist rückblickend genauso schwer verständlich, wie die Einsetzung von Kraft als Geschwaderführer, nachdem dieser jahrelang nur im Werftwesen eingesetzt worden war.

Zumindest konnte sich Souchon bei seinem Amtsantritt auf einen Stab an Mitarbeitern stützen, die bereits unter Admiral Bachmann einige Erfahrungen mit Arbeiterunruhen in Kiel gemacht hatten. Zudem konnte er als Gouverneur im Notfall auf über 6.000 Marineinfanteristen, Marineartilleristen, Seewehrgehörige und Polizisten zurückgreifen. Auf dem Papier eine beachtliche Anzahl an Einsatzkräften, in der Realität jedoch eine zusammengewürfelte Truppe von geringem Kampfwert. Was die Marineinfanterie betraf, befand sich seit Jahren nur noch ein Ersatz-Seebataillon in der Stadt. Bei Ausbruch der Unruhen bestand es aus etwa 200 kurzfristig ausgebildeten Rekruten und ihren Ausbildern. Die in den umliegenden Forts stationierten Marineartillerieabteilungen mit etwa 2.500 Mann waren nur bedingt zuverlässig. Diese Abteilungen hatten vielfach eher den inoffiziellen Status von Strafkompagnien. Ihre Angehörigen waren oftmals für den Borddienst unbrauchbar oder wegen irgendwelcher Delikte von Bord der Schiffe weg in die Marineartillerieabteilungen strafversetzt worden. Die Forts, die größtenteils schon desarmiert waren, erfüllten daher vielmehr die Funktion von offenen Arrestanstalten. Was die zwölf Kompagnien der in und um Kiel stationierten Seewehr anging, setzten sich diese nur aus schlecht bewaffneten und kurzfristig geschulten Reservisten solcher Jahrgänge zusammen, die für den Kriegsdienst schon zu alt waren. In der Krise sollte sich zeigen, dass auf all diese Einsatzkräfte keinerlei Verlass war. Die einzige Ausnahme bildete das während des Krieges neu aufgestellte I. Marinebataillon. Die Matrosen des Bataillons waren fronterfahren und mit Heereswaffen und -uniformen ausgerüstet. Allerdings handelte es sich in der Masse um versehrte Flandernrückkehrer. Zwei der vier Kom-

panien blieben in der Krise dem Gouverneur gegenüber loyal, während sich die anderen beiden rasch für neutral erklärten. Was die Kieler Polizei anging, hatte es im Jahr 1918 auch beim Amt des Polizeipräsidenten eine Neubesetzung gegeben. Der in der Vergangenheit überaus tüchtige Polizeipräsident von Schrötter war in den Ruhestand getreten und durch Dr. Walter Brünings ersetzt worden. Brünings hatte zwar in den vergangenen zehn Jahren als Landrat in Pommern gute Arbeit geleistet, besaß aber nur wenige Kenntnisse, die ihn auf die Polizeiarbeit in einer Stadt mit zehntausenden zunehmend verzweifelten Arbeitern vorbereiteten. Die Kieler Polizei war hingegen, so wie die Polizeikräfte der meisten deutschen Großstädte, im Herbst 1918 hoffnungslos unterbesetzt. Abgesehen davon, dass bereits die reguläre Schutzleutezahl der stetig angestiegenen Einwohnerzahl Kiels überhaupt nicht mehr Rechnung trug, hatte vor allem der Krieg die Reihen der Polizeibeamten gelichtet. Viele Polizisten leisteten bei der 9. Gendarmeriebrigade Dienst als Feldgendarme an der Westfront, neue potentielle Polizisten wurden jedoch zunächst zum Kriegsdienst eingezogen. Bereits vor dem Krieg wurde das örtliche Militär in den Polizeidienst eingebunden. Alleine angesichts der Masse an Schiffsbesatzungen im Hafen wurden die Schutzmannschaften durch reguläre Marinepatrouillen unterstützt, die die Einhaltung von Sperrstunden überwachten und für Ruhe und Ordnung in den Straßen der Stadt sorgten. Zusätzlich verstärkten Unteroffiziere regelmäßig die Kieler Kriminalpolizei.⁵ An Matrosen, die man notfalls zu Patrouillen- und Sicherheitsdienst heranziehen konnte, bestand kein Mangel. Angesichts der ständigen Gefahr des Einsinkens englischer U-Boote in die Ostsee umfasste alleine die von Kiel aus gesteuerte Sundsicherung den Einsatz von etwa 130 Booten und Schiffen.⁶ Weiterhin operierten zahlreiche Schulflottillen im Auftrag verschiedener Ausbildungsverbände von Kiel aus. Die Situation verschlimmerte sich im Herbst 1918 noch dadurch, dass angesichts eines möglichen Waffenstillstandes keine Verstärkungen mehr an die Front geschickt wurden. Die ausgebildeten Marinerekruten verblieben daher in Warteposition in Kiel. Zugleich gab es kriegsbedingt kaum Entlassungen der älteren Jahrgänge. Die älteren Matrosen und Offiziere blieben als überzähliges Personal auf ihren Posten. Kiel war Ende Oktober 1918 derart von Marineangehörigen überfüllt, dass weder Kasernen noch zusätzlich eingerichtete Hilfskasernen die vielen Männer aufnehmen konnten. In der Not ging man zu der früheren Praxis über, im großen Stil ausgegliederte alte Kriegsschiffe zu Wohnschiffen herzurichten, dennoch konnte dies die Situation kaum mildern.

5 Nähere Auskünfte über den Zustand der Kieler Schutzmannschaften sowie die Kriminal- und Hafenpolizei finden sich bei Stolz, *Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein*.

6 BA MA RM 31/2097.

Der 31. Oktober 1918 war für den neuen Kieler Gouverneur ein anstrengender Tag, gefüllt mit zahlreichen Besprechungen innerhalb seines Stationskommandos. Um 20.30 Uhr erhielt die Station eine Meldung, die die sofortige Verlegung des III. Hochseegeschwaders nach Kiel ankündigte. Sowohl für Souchon, als auch für seinen Stabschef Konteradmiral Hans Küsel kam diese Nachricht völlig überraschend. Nach der erst kürzlich erfolgten Zusammenziehung der wichtigsten Geschwader in Wilhelmshaven, machte die Verlegung des III. Geschwaders nach Kiel aus taktischer Sicht überhaupt keinen Sinn. Um 21.00 Uhr traf ein Admiralstabsoffizier des III. Geschwaders mit alarmierenden Nachrichten im Stationskommando in Kiel ein. Küsel hielt seinen Bericht so fest: „Meuterei in der Flotte! Mit Mühe auf den Schiffen unterdrückt. Die Schiffe im Kanal auf dem Weg nach Kiel. Herkommen nicht mehr aufzuhalten. Beruhigung der Besatzungen von weitgehendem Urlaub erhofft. Unterstützung durch das Stationskommando bei Bekämpfung der Meutereibewegung wird erbeten.“⁷ Einem solchen Ansinnen konnte Souchon kaum etwas entgegensetzen. Zwar besaß er als Gouverneur außerordentliche Befugnisse, jedoch befanden sich die Schiffe zu diesem Zeitpunkt bereits im Kaiser-Wilhelm-Kanal und waren nicht mehr aufzuhalten.

Freitag, 1. November 1918

Bei Eintreffen des III. Geschwaders an der Holtenauer Schleuse um 1.45 Uhr, wurden mit Billigung von Vizeadmiral Kraft auf *SMS Markgraf* 48 Matrosen wegen ihrer Befehlsverweigerungen am 30. Oktober inhaftiert.⁸ Den übrigen Mannschaften wurde – ohne Absprache mit dem Stationskommando Ostsee – großzügiger Landurlaub gewährt. Um 10.00 Uhr meldete sich Vizeadmiral Kraft beim Gouverneur. Kraft schien davon überzeugt zu sein, in einem geschützten und traditionellen Umfeld wie dem Marinehafen Kiel die Situation an Bord wieder in den Griff zu bekommen. Er rechnete allerdings damit, dass dafür eine Liegezeit bis zum 4. November notwendig sei. Souchon informierte Kraft darüber, dass er zwischen dem 5. und 7. November mit Streiks unter den Arbeitern rechnen würde. Unter diesen Umständen drohte ein Zusammenschluss von Arbeitern und Matrosen.

7 BA MA RM 8/1026.

8 Es handelte sich um 23 Heizer die am 30. Oktober ihre Posten an den Kesseln aufgegeben hatten, 20 Matrosen die daraufhin ein Antreten verweigert hatten und fünf gemeldete Rädelsführer unter der Besatzung: BA MA RM 8/1022.

Dessen ungeachtet schickte Kraft sein Flaggschiff *SMS König* zu einer schon länger fälligen Routineüberholung in die Kaiserliche Werft.⁹ Im weiteren Verlauf der Besprechung forderte Kraft die Verhängung einer Nachrichtensperre über die Vorgänge in der Flotte und an Bord der Schiffe des III. Geschwaders. Zudem sollten bereits inhaftierte Meuterer und potentielle Unruhestifter von den Schiffen entfernt werden. Weitere „unsichere Elemente“ sollten auf andere Schiffe und Landeinheiten verteilt werden. Zusätzlich erbat Kraft großzügige Bewegungsfreiheit für seine Leute bis in den Raum Hamburg und Lübeck. Souchon stimmte der Zensur zu und versprach bei der Verhaftung der bereits inhaftierten Meuterer seine Unterstützung, alle anderen Forderungen lehnte er dagegen ab. Die an Bord bereits in Haft genommenen 48 Matrosen der *SMS Markgraf* wurden in den folgenden Stunden in die Marine-Arrestanstalt in der Feldstraße abtransportiert, jedoch mussten zunächst drei Matrosen wieder zurück an Bord gebracht werden, weil in den vorhandenen Zellen kein Platz mehr war.¹⁰

Bereits am Nachmittag des 1. November kamen an Bord von *SMS Markgraf* Gerüchte auf, dass Matrosen noch am gleichen Abend im Gewerkschaftshaus Verbindung zu den örtlichen Arbeitervertretern aufnehmen wollten. Der Kapitän der *SMS Markgraf* sandte daraufhin eine Warnung an die Abwehrstelle der Station, wo man allerdings nur sehr langsam reagierte. Ohne genaue Kenntnisse über die Lage an Bord der Schiffe, hatte die Stadtkommandantur bis zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Sicherheitsmaßnahmen in Kiel getroffen. Die erbetenen Kriminalbeamten kamen erst eine halbe Stunde vor Schluss der Versammlung in das Gewerkschaftshaus und registrierten dort etwa 250 Seeleute des III. Geschwaders, darunter auch Unteroffiziere. Die Matrosen verabredeten eine Befreiung der Gefangenen, nötigenfalls mit Waffengewalt, sowie weitere Meutereien und Sabotageakte. Zum Schluss wurde eine weitere, größere Versammlung für den kommenden Tag verabredet.¹¹ Vizeadmiral Kraft erhielt durch eigene Informanten weitere alarmierende Informationen, nach denen die Verschwörer der *SMS Markgraf* bereits Gewehre in ihren Besitz gebracht hätten. Kraft ordnete eine geheime Überprüfung aller Handfeuerwaffen auf seinen Schiffen an, wobei jedoch keine Fehlbestände auffielen. Zudem ließ er aus allen Gewehren die Schlösser entfernen.¹² Souchon unternahm währenddessen in der Sache des III. Geschwaders keine weiteren Schritte. Einerseits gab es für ihn zunächst keinen Grund an den beruhigenden Einschätzungen Krafts zu zweifeln, andererseits hatte Souchon im Zuge seiner Amtsübernahme einen vollen Terminplan. Als neuer Gouverneur absolvierte er verschiedene Antrittsbesuche, unter anderem beim

9 BA MA RM 8/1026.

10 BA MA RM 8/1008.

11 BA MA RM 31/2373.

12 BA MA RM 8/1008.

Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, beim Kieler Oberbürgermeister und beim Landeshauptmann. Ferner traf er sich mit dem Kieler Polizeipräsidenten und dem Präsidenten des Oberlandesgerichts.¹³

Samstag, 2. November 1918

Um 9.00 Uhr morgens fand im Stationsgebäude eine Besprechung statt, zu der neben den Admiralen Souchon, Kraft und Küsel auch der Polizeipräsident von Kiel und die wichtigsten Inspektoren und Kommandeure der Kieler Landeinheiten erschienen. Vizeadmiral Kraft informierte die Anwesenden über die Lage in seinem Geschwader, betonte dabei jedoch erneut, dass er davon ausgehe, die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Sorgen machte ihm lediglich noch die Besatzung von *SMS Markgraf*. Die erste Verhaftungswelle hatte dort nicht die erhoffte Wirkung erzeugt, sondern am Morgen des 2. Novembers zu weiteren Befehlsverweigerungen geführt. Bereit um 8.15 Uhr morgens rotteten sich auf dem Hauptdeck des Schiffes Matrosen zusammen und versuchten den Rest der Mannschaft und die Besatzungen anderer Schiffe zum Aufruhr zu bewegen. Die Schiffsleitung befahl daraufhin ein Antreten an Deck, einen Befehl, den die Masse der Matrosen schließlich ausführte. Ein Obermatrose, der lautstark versuchte die Mannschaften mit den Worten „Ihr werdet doch nicht antreten!“ weiterhin zur offenen Gehorsamsverweigerung aufzurufen, wurde festgenommen und von Bord gebracht.¹⁴ Noch schien die Disziplin an Bord wieder herstellbar, aber für Vizeadmiral Kraft stand fest, dass er sich dieser Besatzung auch in Zukunft nicht sicher sein konnte. Er schrieb einen Tag später: „Um den Herd der Aufwieglung im III. Geschwader, der auf *Markgraf* zu suchen ist, zu zerstören, beschloss ich, die unsicheren Leute von *Markgraf* an Land bringen zu lassen.“¹⁵ Während der Besprechung forderte Kraft die Entfernung der am Morgen straffällig gewordenen *Markgraf*-Matrosen vom Schiff und die Einrichtung einer eigenständigen Marine-Strafkompanie in Fort Herwarth. Dagegen hatte die Versammlung keine Einwände.¹⁶ Angesichts des ersten Treffens von Matrosen des III. Geschwaders am Vortag, wurde die Sperrung des Gewerkschaftshauses für Marineangehörige durch die Polizei beschlossen. Zudem wurden die Stadtpatrouillen verstärkt und eine Ersatzkompanie Marineinfanterie in die nahe dem Gewerkschaftshaus gelegene Maschinenbauschule verlegt.¹⁷

13 Archiv IMMH Karton 29a.

14 BA MA RM 8/1008.

15 BA MA RM 8/1008.

16 BA MA RM 8/1008.

17 BA MA RM 8/1026.

Man ging davon aus, dass die Matrosen sich angesichts des verlegten Zugangs zum Gewerkschaftshaus in kleineren Gruppen auf verschiedene Lokale verteilen würden. Kriminalbeamte standen bereit, um diese dort zu überwachen, während Marineinfanterie und Stadtpatrouillen einzelne dieser kleineren Gruppen leicht verhaften konnten.¹⁸ Kraft forderte seinerseits nach der Besprechung seine Kommandanten auf, unter ihren Mannschaften Spitzel, sogenannte Vertrauensleute, anzuwerben und durch diese dann, in enger Zusammenarbeit mit der Kieler Polizei, die Matrosen an Land überwachen zu lassen. Abgesehen von Kapitän Weniger von SMS *König*, der sich mit dem Hinweis, seine Offiziere ständen ohnehin in enger Verbindung mit den Mannschaften, weigerte diesen Befehl umzusetzen, folgten die anderen Kommandanten den Wünschen Krafts.¹⁹

Am Abend des 2. Novembers zogen mehrere hundert Matrosen zum Gewerkschaftshaus, um dort über Möglichkeiten der Freilassung der verhafteten Kameraden zu beraten. Ein größeres Polizeiaufgebot verwehrte ihnen jedoch den Zugang zum Gebäude. Bis zu diesem Zeitpunkt hielt sich die Masse der Matrosen noch an alle geltenden Regeln, weshalb das Verbot ohne Widerstand akzeptiert wurde. Allerdings zerstreute sich die Menge nun nicht wie angenommen auf verschiedene Lokale, sondern zog zum großen Exerzierplatz am Viehburger Gehölz, wo sich bis 19.00 Uhr etwa 600 Mann einfanden. Der Ort war nicht zufällig gewählt. Der Exerzierplatz lag abgelegen und ließ sich gut vor unliebsamen Beobachtern abschirmen. Zugleich war er aber auch unter allen Matrosen in Kiel unter dem Namen „Schleifstein“ gut bekannt. Noch immer waren viele Teilnehmer der Versammlung Angehörige des III. Geschwaders, doch hatten sich ihnen inzwischen auch Angehörige der Landeinheiten angeschlossen.²⁰ Während in lauten Reden vor allem Maßnahmen zur Befreiung der verhafteten Kameraden gefordert wurden, rief Oberheizer Karl Artelt zu einer großen Volksversammlung am folgenden Nachmittag auf. Artelt war ein USPD-Aktivist aus der 5. Kompanie der I. Torpedodivision in Kiel und in der Vergangenheit schon häufig für die Belange von Arbeitern und Matrosen eingetreten. Sein Einsatz hatte ihm bereits Festungshaft und Strafversetzung eingebracht, doch galt er unter Matrosen und Werftarbeitern als charismatischer Redner und Anführer. Nur durch eine Solidarisierung der Arbeiterschaft und der Matrosen der Landeinheiten sah Artelt eine Chance die Forderungen der Matrosen erfolgreich durchzusetzen – notfalls auch durch den Einsatz von Gewalt.

18 BA MA RM 8/1008.

19 BA MA RM 8/1012.

20 BA MA RM 8/1027.

Als am Abend des 2. November die Nachrichten über einen großen Matrosenaufstand eintrafen, alarmierte Kapitän zur See Heine, der Stadtkommandant von Kiel, die 2. Kompanie des Ersatz-Marinebataillons und befahl ihr, den Matrosen zu ihrem Versammlungsort zu folgen und mit Unterstützung einer nahe dem Exerzierplatzes stationierten Matrosenkompanie die Meuterer zu verhaften.²¹ Eine derartige Verhaftung so vieler Militärangehöriger hatte es bis dato in Kiel noch nicht gegeben. Es ist durch eingeschleuste Polizeibeamtete bestätigt worden, dass die Matrosen im Viehburger Gehölz sicherheitshalber Wachposten aufgestellt hatten, doch alleine dadurch ist nicht zu erklären, dass von den etwa 600 Besuchern der Versammlung nicht ein Teilnehmer verhaftet wurde. Seitens der Marineinfanterie wurde angegeben, dass die Dunkelheit eine Strafverfolgung vereitelt habe, doch Zeugen berichteten später, dass die Seesoldaten mit lauten Rufen „Lauft davon, wir sollen euch fangen!“ auf sich aufmerksam gemacht hätten.²² Deutlich zeigte sich hier bereits, dass das Ersatz-Seebataillon, die wichtigste Einsatztruppe des Kieler Gouverneurs, im Falle eines Aufstandes nicht mehr einsetzbar war. Admiral Souchon, der erst drei Tage kommissarisch im Amt war, hatte zu diesem Zeitpunkt noch immer keine Vorstellung über die wahren Verhältnisse in der Stadt. Er verließ sich bei Ausbruch der Unruhen vor allem auf das Urteil seines Stabschefs Küsel und des Stadtkommandanten Heine. Dähnhardt zufolge maß diese beiden Offiziere den bisherigen Vorgängen noch keine übergroße Bedeutung bei, Küsel selbst beschreibt dagegen eine außerordentliche Besprechung um 22.30 Uhr in seiner Wohnung, zu der neben Kapitän Heine auch der Polizeipräsident, der Abwehroffizier der Station und als Zeuge der Matrosenversammlung der Kriminalschutzmann Hager erschienen.²³ Hager verfasste am Folgetag einen siebenseitigen Bericht, indem er detailliert von den Plänen der Matrosen zur Befreiung der Inhaftierten Kameraden, den Vorbereitungen weiterer Treffen und Demonstrationen sowie der schrittweisen Unterwanderung aller größeren Marineverbände durch Aufwacher berichtete.²⁴

21 In diesem Beitrag wird bewusst von Meuterern und Meuterei gesprochen. Dies ist nicht abwertend zu verstehen, sondern lediglich der objektive Straftatbestand nach dem damaligen Militärstrafrecht. Demnach wurde bereits die am 2. November stattgefundene Verabredung zu Gehorsamsverweigerung und Angriffen auf Vorgesetzte als Meuterei angesehen (§ 103). Zugleich machten sich auch alle Zuhörer der Versammlung mehrerer Militärstraftaten schuldig, sofern sie nichts taten um die Redner von ihrem Tun abzuhalten oder zumindest deren Absicht zu melden (§ 101, Abs. 1; § 104).

22 BA MA RM 8/1008.

23 Dähnhardt, *Revolution in Kiel*, S. 58. – BA MA RM 8/1026.

24 BA MA RM 8/1027.

Auch den geplanten Einsatz von Gewalt und eine angestrebte Meuterei konnte er belegen. Hager beschrieb in seinem Bericht auch wie die eingesetzten Marineinfanteristen die versammelten Matrosen vorab vor der Festnahme warnten. Es ist nicht bekannt wie umfassend Hagers mündlicher Bericht war, doch veranlasste dieser den Stabschef noch um Mitternacht in Begleitung der übrigen Sitzungsteilnehmer Admiral Souchon in dessen Hotel aufzusuchen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt gab es für die Führung des Stationskommandos deutliche Hinweise auf mögliche Unruhen in den Kieler Marineverbänden. Küsel schrieb dazu: „Bei dieser Besprechung stand als Vorfrage im Vordergrund: Ist überhaupt noch Verlaß auf die eigenen Truppen oder müssen über das IX. Armeekorps in Altona Armeetruppen angefordert werden? Gezwungen sein, Armeetruppen anzufordern, schien einer moralischen Bankrotterklärung der Marine gleichzukommen.“²⁵ Nach längerer Besprechung kamen die Teilnehmer zu dem Schluss, dass noch so viel Vertrauen in die Disziplin der Truppen bestehe, dass dieser letzte Schritt nicht notwendig sei. Küsel hielt später fest, dass er zu diesem Zeitpunkt nicht von dem „Versagen“ der Marineinfanterie, der eingesetzten Polizei und einer nahen Kompanie der I. Matrosendivision in der Hilfskaserne Waldwiese informiert gewesen wäre.²⁶ Auch Souchon argumentierte später so.²⁷ Allerdings müssen diese Aussagen inzwischen angezweifelt werden, da einerseits der Augenzeuge Hager vom Fehlverhalten der Marineinfanterie berichtete und zudem Vizeadmiral Kraft, durch seine eigenen Informanten gewarnt, noch am gleichen Abend eine Meldung an das Stationskommando sandte.²⁸

Sonntag, 3. November 1918

Um 9.30 Uhr fand in der Marinestation eine erneute Besprechung der wichtigsten Inspektoren und Kommandeure in Kiel statt. Bislang ist es in der Geschichtsschreibung so dargestellt worden, als habe die Kieler Marineführung kaum Maßnahmen zur Sicherung der Stadt und zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung erlassen. Das größte Problem bei jeder früheren Bewertung der auf der Krisensitzung am 3. November beschlossenen Sicherheitsmaßnahmen, ist jedoch die irriige Annahme, dass diese sich vor allem gegen aufständische Matrosen richten sollten. Dies ist jedoch ein Trugschluss. Der Einsatz von Polizisten, die Abstellung von fünf leicht bewaffneten Sicherungskompanien, eine erhöhte Patrouillentätigkeit und die Alarmierung der Feuerwehr waren alles Maßnahmen, die

25 BA MA RM 8/1026.

26 BA MA RM 8/1026.

27 BA MA N 156/6. – BA MA N 156/31.

28 BA MA RM 8/1008.

sich gegen die angekündigte USPD-Versammlung am späten Nachmittag richteten. Es handelte sich dabei um bewährte Maßnahmen, die man bereits bei früheren Streiks oder Arbeiterunruhen ergriffen hatte. Um zu verhindern, dass sich Matrosen um 18.00 Uhr in großer Zahl einer Versammlung der USPD anschlossen, wurde allen Besatzungen des III. Geschwaders der Landgang strengstens untersagt. Zugleich wurde für den Nachmittag des 3. November ein allgemeiner Stadtalarm angeordnet, durch den alle Matrosen auf ihren Schiffen oder in den entsprechenden Kasernen an Land gebunden sein sollten. Alle Kommandeure erhielten den Befehl, im Zuge dieses Alarms in patriotischen Ansprachen die Mannschaften an ihre Pflichten zu erinnern. Objektiv betrachtet waren diese Maßnahmen vollkommen ausreichend – solange man davon ausging, dass der Unruheherd alleine beim III. Geschwader zu suchen war und mögliche Ausschreitungen nur von einzelnen Teilnehmern oder Teilnehmergruppen der USPD-Versammlung ausgehen würden. Sobald jedoch eine größere Anzahl Matrosen auf Seiten der Demonstranten trat, waren diese Maßnahmen absolut unzureichend. Einzig und alleine der zentrale Stadtalarm sollte diesen Zusammenschluss verhindern. Über die Zuversicht einiger Inspekture zur Wirksamkeit eines solchen Alarms gibt es in den späteren Darstellungen einige Unstimmigkeiten.

Vizeadmiral Kraft trat auf dieser Besprechung gegenüber den anderen Teilnehmern längst nicht mehr so selbstsicher auf wie am Vortag. Er musste eingestehen, dass ein verfrühtes Auslaufen des Geschwaders am 3. November ausgeschlossen sei, da dann mit Sicherheit eine umfassende Meuterei ausbrechen würde. Kraft berichtete, Hetzer würden an Bord die Gerüchte streuen, ein weiteres Unternehmen der Flotte gegen England sei geplant. Auch beklagte er das Fehlen altgedienter Kapitänleutnante auf seinen Schiffen. Zu seiner Unterstützung wurden daher augenblicklich erfahrene Kursteilnehmer der U-Bootwaffe oder der Torpedoboote aus ihren Kursen in Kiel heraus an Bord der Schiffe versetzt.²⁹ Wie sich später herausstellen sollte, war diese Sitzung die letzte Chance der Kieler Marineführung, den offenen Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Im Vergleich zu früheren Besprechungen hatte es bereits ein erstes langsames Umdenken in der Bewertung der Ereignisse in Kiel gegeben. Keiner der Anwesenden konnte übersehen, dass das III. Geschwader eine Gefahr für die Ruhe in Kiel darstellte und zu diesem Zeitpunkt durch keine Macht aus dem Hafen entfernt werden konnte. Allerdings kamen die versammelten Staboffiziere zu einer völlig falschen Einschätzung über die Stimmung unter den Landeinheiten und deren Zuverlässigkeit im Falle einer offenen Auseinandersetzung. Neben den Admiralen Langemak und Hahn äußerte lediglich Stadtkommandant Heine einige Zweifel an den Alarmmaß-

30 BA MA RM 8/1026. – BA MA RM 31/2390.

nahmen, wenngleich er Küsels Anweisungen auch nicht widersprach. Heine war am frühen Vormittag mit der Verhaftung von weiteren 57 aufrührerischen Matrosen der SMS *Markgraf* betraut worden. Dieses Mal verweigerte die 2. Kompanie des Ersatz-Seebataillons zunächst geschlossen die Umsetzung dieses Befehls. Erst nach längerem Zureden konnten 15 Soldaten für den Auftrag gewonnen werden und schlossen sich der 1. Kompanie an, die diesen Auftrag ausführte. Dähnhardt schreibt, dass Heine die mangelnde Zuverlässigkeit der Seesoldaten nicht näher erwähnt, ja, sie möglicherweise sogar bewusst vor seinen Vorgesetzten verheimlicht habe.³⁰ Der Augenzeuge Vizeadmiral Wurmbach bestätigt jedoch, dass Heine offen vor den sich anbahnenden Gefahren warnte. Einen großen Eindruck machte der Stadtkommandant auf die versammelten Kommandeure jedoch nicht. Vizeadmiral Kraft äußerte sich in einem auf die Sitzung folgenden Gespräch recht abfällig über diesen „schwarzseherischen Stadtkommandanten“.³¹ Von Souchon selbst gibt es zu dieser Sitzung nur wenige Informationen. Offenbar hoffte er, die angespannte Lage in Kiel aussitzen zu können, bis sich die Situation durch die Abfahrt des III. Geschwaders von selbst erledigen würde. Die einzige Maßnahme, die unmittelbar auf ihn zurückzuführen ist, war die Anforderung eines sozialdemokratischen Abgeordneten aus Berlin, der als Redner und Vermittler weitere Unruhen in Kiel verhindern sollte. Diese Vorsichtsmaßnahme richtete sich zu diesem Zeitpunkt allerdings gegen die erwarteten Arbeiterunruhen und nicht gegen Matrosen. Souchon vertraute auf die Aussagen der übrigen Admiräle, die ihm gegenüber die Treue ihrer eigenen Verbände betont hatten. Zudem hoffte er darauf, dass schlechtes Novemberwetter größere Demonstrationen und Versammlungen verhindern würde. Allerdings findet sich dazu in seinem Tagebuch der Eintrag: „dummer Weise gerade an diesen Tagen noch schönes Wetter.“³²

Bis zur Ausrufung des allgemeinen Stadtalarms blieb es in der Stadt und im Hafen ruhig. Der Alarm selbst hatte allerdings nicht den erhofften Effekt. Einerseits weigerten sich viele Matrosen dem Befehl zur Rückkehr auf ihre Schiffe Folge zu leisten, andererseits wussten viele Rekruten, ja selbst ein Teil der Marineoffiziere, mit dem bislang unbekanntem Signal nichts anzufangen. Es hatte bislang keinerlei Übungen für einen solchen Stadtalarm gegeben. Somit blieb ein Großteil der Mannschaften aus verschiedenen Ursachen den Einheiten fern – in der zu diesem Zeitpunkt noch grundsätzlich loyalen U-Boot-Division trafen beispielsweise von etwa

30 Dähnhardt, *Revolution in Kiel*, S. 61.

31 Schreiben von Vizeadmiral Wurmbach an Vizeadmiral Rogge vom 18. Juli 1919, Sammlung des Verfassers.

32 Archiv IMMH Karton 29a.

1.600 Unteroffizieren und Mannschaften nur 366 ein.³³ Erschwerend kam noch dazu, dass bei der Alarmierung verschiedene Stadtteile ganz ausgelassen wurden. Konteradmiral Max Hahn, der als Inspekteur der Schiffsartillerie bereits in der Besprechung die Maßnahmen Küssels kritisiert hatte, schrieb dazu später: „Auf meine persönliche Vorstellung beim Stadtkommandanten erwiderte mir dieser, dass er, um jede unnütze Aufregung zu vermeiden, besonders befohlen habe, Alarm nur auf einzelnen Straßen zu schlagen und diesen Befehl nicht weiter in Lokale und Theater hineinzuführen.“³⁴

Wenn der Alarm am Ende einen Effekt hatte, dann den, dass die bislang relativ unbeteiligte Zivilbevölkerung auf die Situation aufmerksam wurde. Da es Sonntag war, erschienen weitaus mehr Schaulustige, um zu erfahren, was genau vor sich ging. Zwischen 16.00 Uhr und 17.30 Uhr versammelten sich 5.000 bis 6.000 Menschen auf dem großen Exerzierplatz in Gaarden. Die Masse waren Matrosen, dazu kamen kleinere Gruppen von Marineinfanteristen und Zivilisten – Männer wie Frauen. Gegen 16.30 Uhr alarmierte Hauptmann Otto Bruhn, der Chef der 2. Kompanie der I. Matrosendivision, aus der nahe gelegenen Liegenschaft „Waldwiese“ die Stadtkommandantur. Auf dem Gelände des Lokals „Waldwiese“ waren neben Soldatenunterkünften für eine Kompanie auch ein kleines Lazarett und kleinere Verwaltungseinrichtungen provisorisch untergebracht, das Areal galt als Hilfskaserne. Durch seine exponierte Lage und fehlende Sicherungskräfte war die Waldwiese ein leichtes Ziel für die Matrosen. Bereits bei der Versammlung am Abend zuvor war ein Großteil der Kompanie auf die Seite der Demonstranten gewechselt, anstatt bei deren Verhaftung zu helfen. In der Menge wurde derweil die Stimmung zunehmend erhitzter. Verschiedene Redner traten auf dem Exerzierplatz auf und forderten unter dem lauten Beifall der Menge Frieden, Freiheit und Brot. Nachdem ihm die Stadtkommandantur Verstärkungen durch das I. Marinébataillon und die I. Matrosendivision zugesagt hatte, richtete Hauptmann Bruhn die Liegenschaft zu einer provisorischen Verteidigung ein. Der Großteil der eigenen Mannschaften machte jedoch schon früh deutlich, dass sie auf Seiten der Menschen draußen auf dem Exerzierplatz standen, die ein Ende des Krieges und die Einführung grundlegender demokratischer Reformen forderten.³⁵

Inzwischen hatte die Dämmerung eingesetzt. Unter lautem Beifall forderten Redner wie Karl Artelt eine gemeinsame Aktion von Matrosen und Arbeitern zur Befreiung der inhaftierten Kameraden. Ein Versuch des Kieler Gewerkschaftsführers Gustav Garbe, eine Aktion bis zur breiten Solidarisierung mit der Kieler Arbeiterschaft um ein paar Tage zu verschieben,

33 BA MA RM 31/2373.

34 BA MA RM 8/1022.

35 BA MA RM 31/2373.

blieb erfolglos.³⁶ Gegen 18.00 Uhr setzte sich die Menge nach und nach in Bewegung, wobei ein Teil der Menschen die Waldwiese, der Rest direkt die Innenstadt ansteuerte. Die unbewaffneten Matrosen drangen auf das Gelände des Lokals, wurden vor dem Eingang jedoch vorerst durch einen Offizier sowie sechs Unteroffiziere und Obermatrosen mit vorgehaltener Waffe gestoppt. Gerade einmal zehn Minuten lang gelang es dieser kleinen Gruppe, die Menge aufzuhalten, dann nahm eine größere Gruppe Matrosen ein kleines Wachhäuschen und schob mit diesem, als eine Art Rammbock die Sicherungskräfte einfach beiseite. Angesichts des Kräfteverhältnisses und der Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes, gab Hauptmann Bruhn den Widerstand auf. Die Eindringlinge forderten nun, dass sich die Mannschaften der Waldwiese ihrem Zug anschließen sollten, was ein Großteil dann auch tat. Die meuternden Matrosen brachten eine Anzahl Gewehre an sich, befreiten alle Arrestanten und zertrümmerten Fensterscheiben und Mobiliar.³⁷ Es formierte sich ein großer Demonstrationzug, der sich in Richtung Stadtkern bewegte. Ziel blieb die Arrestanstalt in der Feldstraße. Um 18.35 Uhr, knapp 20 Minuten zu spät, erschienen anderthalb Kompanien des I. Marinebataillons unter dem Kommando von Hauptmann Ahrens an der Waldwiese, die zugesagten 60 Mann der I. Matrosendivision erschienen nicht.³⁸ In der Zwischenzeit hatten Stadtkommandant und Gouverneur entsprechende Maßnahmen getroffen, um die Demonstranten aufzuhalten. Durch Polizeibeamte, die die Menge permanent observierten, war das Ziel der Meuterer bekannt. Der Gouverneur rief den Belagerungszustand aus, entzog dem überforderten Polizeipräsidenten die Aufgabe der Niederschlagung des Aufstandes und übertrug sie auf Kapitän Heine. Die stark unterbesetzte Kieler Polizei war derweil dem Ansturm der Demonstranten nicht gewachsen. Schnell zeigte sich, dass die zuvor getroffenen Sicherheitsmaßnahmen, die sich nur gegen kleinere, radikale aber unbewaffnete Demonstrantengruppen gerichtet hatten, gegen diese neue Bedrohung so gut wie wirkungslos waren. Zwar versuchten kleinere Polizeiabteilungen, die Menge auf ihrem Weg aufzuhalten, aber der mühelose Durchbruch der Demonstranten durch eine Polizeikette an der Ecke Sophienblatt-Hummelwiese zeigte, wie wirkungslos solche Maßnahmen waren. Daher wurde rasch auf die gängige Praxis zurückgegriffen, die Schutzmannschaften durch Marineangehörige zu verstärken.³⁹ Zu diesem Zweck waren bereits unmittelbar nach Ausrufung des Stadtalarmes fünf Kompanien zum Polizeidienst abgestellt und über die Stadt verteilt worden. Allerdings waren auch sie nur leicht bewaffnet und

36 Dähnhardt, *Revolution in Kiel*, S. 63.

37 BA MA RM 31/2373.

38 BA MA RM 3/11679.

39 Stolz, Heide, S. 23

rechneten zu diesem Zeitpunkt lediglich mit einem Einsatz gegen einzelne randalierende Demonstranten.⁴⁰

Bei der den Demonstranten am nächsten gelegenen Kompanie handelte es sich um die 1. Ausbildungskompanie der I. Torpedodivision unter dem Kommando von Hauptmann Langreen. Sie war in der zur Universität gehörenden Studentenunterkunft Seeburg untergebracht. Von dort aus wurden normalerweise Stadtpatrouillen durchgeführt und von dort aus sollte auch im Falle von Arbeiterunruhen das Villenviertel Düsternbrook geschützt werden. Karl Langreen stammte aus dem Raum Rendsburg und war Reserveoffizier im 85. Infanterieregiment. 1916 war er mit einer Gruppe seiner Soldaten in Kriegsgefangenschaft geraten, aber dann im Sommer 1918 im Rahmen eines Austauschs freigelassen worden. Seit seiner Rückkehr führte er zusammen mit anderen Heeresoffizieren, die verwundet oder aufgrund eines Austauschs in die Heimat zurückgekehrt waren, in Kiel bei jungen Marinerekruten eine infanteristische Grundausbildung durch. Eine Ausbildung im Kampf gegen bewaffnete Demonstranten gehörte jedoch nicht dazu. Die Matrosen von Langreens Kompanie waren zur Unterstützung der Polizei lediglich mit 04-Pistolen bewaffnet worden, dennoch wurden sie in Marsch gesetzt. Admiral Souchon wies überdies eine Einheit der Kieler Feuerwehr an, sich für den Notfall bereit zu halten, um mit ihren Wasserschläuchen die aufgebrachte Menge zu zerstreuen. Rückblickend ist es schwer nachvollziehbar, warum man von allen in Frage kommenden Einheiten und Verbänden ausgerechnet eine Ausbildungskompanie mit blutjungen Rekruten einsetzte. In den Listen des Kieler Festungslazarets ist ein Angehöriger der Kompanie aufgeführt, der während dieses Einsatzes verletzt wurde. Matrose Korb war zu diesem Zeitpunkt erst seit vier Monaten Angehöriger der kaiserlichen Marine und gehörte zum Jahrgang 1901. Auch die Bewaffnung der Rekruten wirft Fragen auf. Die Rekruten hatten bereits eine infanteristische Grundausbildung durchlaufen, doch war ihre Standardwaffe das Mausergewehr K98. Nicht nur, dass ihre Erfahrungen mit der Pistole 04 wesentlich geringer waren, die Pistole war grundsätzlich die denkbar schlechteste Waffenwahl im Einsatz gegen eine bewaffnete Menschenmenge. Es hätte theoretisch auch die Möglichkeit gegeben, eine in der nahen Muhliusstraße wartende Kompanie der I. Matrosendivision einzusetzen. Warum es nicht dazu kam, kann nur vermutet werden. Entweder konnte keine Verbindung zu dieser Kompanie hergestellt werden oder man zögerte, diese Kompanie einzusetzen, weil sich bereits Angehörige des gleichen Verbandes an die Spitze des Demonstrationszuges gesetzt hatten. In späterer Zeit wurde es oft so dargestellt, als sei die damals eingesetzte Kompanie von Langreen ein „letztes

40 BA MA RM 31/2373.

Aufgebot“ des Kieler Gouverneurs gewesen.⁴¹ Gerne wurde dabei auch nicht von Marinerekruten, sondern von Offizieranwärtern und Decksoffizieren gesprochen, um in einer schwarz-weiß-Sichtweise nicht durch das Bild von Matrosen, die auf Matrosen schießen, zu irritieren. Inzwischen kann dies jedoch leicht widerlegt werden.

Die Versammlung der Matrosen auf dem Exerzierplatz, die gewaltsame Erstürmung der Waldwiese und der bewaffnete Marsch zur Feldstraße überrumpelten die Kieler Marineführung vollkommen. Nach der erfolgreichen Isolierung der Matrosen des III. Geschwaders, war man zwar von der Möglichkeit kleinerer Ausschreitungen ausgegangen, aber nicht von einem Demonstrationzug von solch einer Größenordnung. Dagegen waren die fünf leicht bewaffneten und noch dazu über die Stadt verteilten Sicherungskompanien keine Hilfe. Wurde es bislang in der Geschichtsschreibung immer so dargestellt, als wenn die Marinestation in dieser Situation keine schnelle Hilfe hätte heranziehen können, sind inzwischen Berichte aufgetaucht, die neue Erkenntnisse bringen. Natürlich stellte sich damals angesichts eines Aufmarsches, an dem tausende Marineangehörige teilnahmen, erneut die Frage nach der Zuverlässigkeit der verbliebenen Marineverbände in Kiel. Eine Entscheidung musste nun innerhalb weniger Minuten getroffen werden. Wollte man nicht auf die Matrosen der nahegelegenen I. Matrosendivision zurückgreifen, blieben nur die Marineangehörigen aus den weiter entfernten Wiker Kasernen. Aber auch diese Kräfte mussten zunächst bewaffnet werden. In dieser Situation reagierte das Stationskommando überraschend schnell und zielstrebig. Die damals zuverlässigsten Einheiten lagen in der Ingenieur- und Deckoffizierschule. Es handelte sich dabei um höhere und bereits deutlich länger dienende Marineangehörige, die aufgrund ihres Status als zukünftige Decksoffiziere und Ingenieure wesentlich mehr an das alte Regime gebunden waren als die Matrosen auf der Straße. Die in der Schule eintreffenden Lehrgangsteilnehmer wurden nach der Alarmierung auch nicht mehr mit Pistolen, sondern mit Gewehren und jeweils 60 Patronen bewaffnet. Danach schaffte man sie mithilfe von Automobilen zügig zur Feldstraße, wo sie das erklärte Ziel der Demonstranten, die Marinearrestanstalt, besetzten.⁴² Die Verantwortung für die weitere Sicherung der Zufahrtswege zur Feldstraße lastete aber weiterhin alleine auf Hauptmann Langreen. Dieser entschied sich überraschenderweise vor Ort dafür, seine zahlenmäßig ohnehin schon deutlich unterlegene Einheit auf die verschiedenen Zufahrtswege zur Arrestanstalt zu verteilen. Was ihn dazu brachte, seine kleine Truppe aus schlecht ausgebildeten und nur leicht bewaffneten Rekruten zu teilen, darüber kann nur spekuliert werden. Entweder schätzte Hauptmann Lan-

⁴¹ Siehe Kollex, *Sturmlauf zur Demokratie*, S. 65

⁴² BA MA RM 31/2390.

green die Gefahr bei weitem nicht so hoch ein wie sie war, oder aber er rechnete bereits mit weiteren Verstärkungen. Letztendlich verblieben an der Ecke Brunswiker Straße und Karlstraße lediglich 30 Mann der 1. Ausbildungskompanie, geführt von Reserveleutnant Hans Oskar Steinhäuser, einem versehrten Infanterieoffizier des 96. Infanterieregiments. Der 26jährige stammte aus Hirschberg in Thüringen und war im Februar 1915 an der Ostfront derart verwundet worden, dass er eine Hand nicht mehr bewegen konnte. Seitdem diente er in Kiel als Ausbilder. Abgesehen von Steinhäusers Männern befand sich auch eine noch deutlich kleinere Gruppe der Kieler Polizei unter dem Kommando des Oberwachtmeisters Hermann Gittel vor Ort. Die Schutzmänner bildeten eine dünne Postenkette am Eingang zur Karlstraße, Steinhäusers Männer postierten sich in einiger Entfernung dahinter.⁴³ Der Demonstrationzug hatte sich in der Zwischenzeit seinen Weg durch die Stadt gebahnt. In dem Gedränge fiel Maria Schneider, eine 57jährige Krankenpflegerin aus Kiel, vor eine Straßenbahn und starb. Sie war das erste Todesopfer des Matrosenaufstandes und der sich daran anschließenden Novemberrevolution. Am Bahnhof passierte der Demonstrationzug eine bewaffnete Abteilung der Deckoffizierschule unter dem Kommando von Kapitänleutnant Max Wittmer. Wittmer, ein zu Kriegsbeginn reaktiviert Offizier, war 1918 als Lehroffizier an der Deckoffizierschule eingesetzt. Nach der erfolgreichen Sicherung der Arrestanstalt war er mit einer größeren Abteilung seiner Lehrgangsteilnehmer den Demonstranten entgegengeschickt worden – ohne dabei jedoch näher über das Ausmaß der Unruhen informiert worden zu sein. Am Bahnhof wurde Wittmer mit seinen Leuten von der auftauchenden Menge überrascht. Später erinnerte er sich: „Da kam uns der Zug entgegen, ein paar tausend Menschen, und wir wussten ja nicht, wie die das gemeint hatten. Die engten uns sofort mit einer großen Menschenmenge ein, wir standen vorm Bahnhof. Und an der Seite, am Sophienblatt, zog dann der Zug vorbei.“⁴⁴ Trotz lauten Zurufens schlossen sich Wittmers Leute nicht den Demonstranten an. Das Auftauchen und der Widerstand der regimetreuen Deckoffizierschüler sorgten dafür, dass sich dutzende Teilnehmer des Marsches von selbigem entfernten. Während Demonstranten Wittmers Abteilung abdrängten, schob sich die restliche Menschenmenge dagegen weiter in Richtung Feldstraße. Dabei kam es zunehmend auch zu Plünderungen in der Stadt. Demonstranten schlugen Schaufensterscheiben verschiedener Geschäfte ein und stahlen die dortige Auslage.⁴⁵ Gegen 18.50 Uhr erreichte die Menge die Kreuzung Karlstraße-Brunswiker Straße. Die dünne Posten-

43 BA MA RM 31/2373.

44 Interviewausschnitt aus dem Jahre 1975: Das komplette Interview ist nachzulesen bei Geckeler, Erinnerungen an Kiel zwischen den Weltkriegen.

45 Details zu den überfallenen Geschäften und dem entstandenen Schaden finden sich im Bericht von Hauptmann Ahrens vom 6. Dezember 1918: BA MA RM 3/11679.

kette der Schutzmänner wurde von den Demonstranten sofort durchbrochen, die meisten Polizisten flohen danach durch die Straße „Langer Segen“. Leutnant Steinhäuser stellte sich der Menge in den Weg und brachte diese zum Halten. Er forderte die Demonstranten auf sich zu zerstreuen, da er den Befehl habe, andernfalls von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Auch wenn der Demonstrationzug stoppte, gab es dort Männer und Frauen, die energisch zum Vormarsch aufriefen. Auch wurde gefordert Frauen und Kinder an die Spitze zu schicken, um so eine Schießerei zu verhindern.⁴⁶ Der Leutnant versuchte Verstärkung heranzurufen, doch der ausgesandte Polizist wurde von Demonstranten aufgehalten. Über den genauen Ablauf der anschließenden Straßenkämpfe gibt es widersprüchliche Angaben. Die meisten Zeitzeugenberichte sind erst viele Jahrzehnte nach dem Ereignis verfasst worden, Artelt, Popp und andere beteiligte Matrosen dramatisierten in der Folgezeit oft die Ereignisse. Ihre Darstellungen von Gewehrfeuer oder gar Maschinengewehrsalven in eine unbewaffnete Menschenmenge sind völlig übertrieben.⁴⁷ Der wichtigste Augenzeugenbericht stammt von Leutnant Steinhäuser selbst, jedoch wurde dieser vermutlich von einem seiner eigenen Unteroffiziere niedergeschlagen, als die ersten Schüsse fielen.⁴⁸ Somit bleiben einige Detailfragen bis heute offen. Ungeachtet des Angriffs auf Steinhäuser, stand die Mehrheit der von ihm selbst ausgebildeten Marinerekruten loyal zu ihm. Die Abteilung hatte zuerst über die Köpfe der Menge geschossen, doch dann fiel auch aus der Menge heraus mindestens ein Schuss und einzelne Demonstranten, Matrosen wie Zivilisten, drangen weiter vor. Spätestens in diesem Augenblick feuerten die Rekruten eine einzige, ungeordnete Salve in die Menge. Während sich die Masse der Demonstranten bei den ersten Schüsse in Panik zerstreute, griffen dessen ungeachtet einzelne Gruppen die Marineabteilung an. Es kam zu einem Handgemenge, in welchem die Abteilung in die Flucht geschlagen wurde, dem 17jährigen Matrosen Korb wurde dabei der Unterkiefer gebrochen. Steinhäuser selbst wäre beinahe getötet worden, wären ihm nicht Oberwachtmeister Gittel und der zufällig in der Nähe weilende Marineleutnant Karl Weiß zur Hilfe geeilt. Alle drei erlitten schwere Verletzungen und wurden letztlich nur durch das beherzte Eingreifen einer Krankenschwester gerettet. In die sich zerstreute Menge fuhr ein Zug der Feuerwehr mit seinen Fahrzeugen, zudem fiel den verbliebenen Demonstranten Wittmers Abteilung in den Rücken, wobei es weitere Verletzte gab. Die Lage blieb dennoch weiter angespannt. Nach dem Abzug der Feuerwehr und dem Abtransport der Verwundeten, sammelten sich erneut bewaffnete Demonstranten in der Muhliusstraße. Es drohte eine weitere Schießerei, doch erschien zu diesem Zeitpunkt Hauptmann Ahrens, der

46 BA MA RM 31/2373.

47 BA SAPMO SgY 30/0022.

48 BA MA RM 31/2373.

mit seinen anderthalb Kompanien dem Demonstrationzug von der Waldwiese aus gefolgt war. Angesichts der schwer bewaffneten Frontsoldaten, die bereit waren auf Provokationen mit Waffengewalt zu reagieren, zerstreuten sich die Demonstranten ohne weitere Zwischenfälle.⁴⁹ Bald darauf sperrten starke Polizei- und Marinekräfte das Areal weiträumig ab. 7 Tote und 29 Verwundete, darunter 14 Zivilisten, waren die Folgen der Schießerei in der Karl-Straße. Auf den ersten Blick schien es, als habe die örtliche Marineführung wieder die volle Kontrolle in der Stadt. Unruhen und Ausschreitungen waren nur von einigen Marineeinheiten ausgegangen, während sich ein Großteil der Verbände an Land noch abwartend verhalten und die befohlenen Patrouillen- und Sicherheitsaufgaben erfüllt hatte. Souchon vermerkte in seinem Tagebuch neben dem Hinweis, dass der Demonstrationzug erfolgreich zerschlagen worden sei: „Einzelne Marineteile haben sich sehr gut gemacht. G.s.D! (Gott sei Dank!)“⁵⁰ Nach der Sichtung der Berichte der verschiedenen Marineverbände, hatte das Gouvernement noch am Abend des 3. Novembers Eingreifreserven von über 1.000 Mann in Bereitschaft, die sofort einsatzbereit gewesen wären. Auch die später vielfach kritisierte Zurückziehung eines Hilfsgesuchs an das Heer erscheint in einem ganz anderen Lichte, wenn man beachtet, dass Souchon am Abend des 3. Novembers unvermutet beträchtliche Verstärkungen erhielt. Überraschend erschienen die IV. Aufklärungsgruppe mit vier Kreuzern und einigen Torpedobooten der II. Torpedobootflottille unter Konteradmiral Johannes von Karpf in Kiel.⁵¹

Ungeachtet dieser Verstärkungen wurde von Seiten des Gouvernements alles vermieden, um eine weitere Konfrontation heraufzubeschwören oder die Matrosen unter den Demonstranten zu verfolgen. Nachdem Ruhe und Ordnung in der Stadt scheinbar wiederhergestellt worden waren, suchte das Stationskommando die Ursache für die gewaltsamen Unruhen noch immer beim III. Geschwader. Allerdings gibt es deutliche Hinweise darauf, dass sich unter den tausenden Demonstranten nur wenige Besatzungsmitglieder des Geschwaders befanden. Vizeadmiral Kraft hatte auf Anweisung des Gouverneurs eine strikte Urlaubssperre über alle seine Schiffe verhängt – vermerkte jedoch, dass sämtliche anderen Schiffe im Hafen Urlauber an Land gebracht hätten. Für SMS *König* hielt Artillerieobermechaniker Rösch fest: „Es ist an Bord alles in großer Spannung. Unsere Besatzung ist noch ruhig. Es sind die Matrosen und Heizer der Landmarineteile, die den Aufruhr machen.“⁵² Kapitän Weniger schrieb: „Im Laufe des Nachmittags gelang es zwei Leuten, sich heimlich an Land

49 BA MA RM 3/11679.

50 Archiv IMMH Karton 29a.

51 BA MA RM 8/1026.

52 Abschrift eines Tagebuchs des Artillerieobermechanikers Paul Rösch, Sammlung des Verfassers.

zu begeben; der Eine kam nachts von selbst wieder, der Andere wurde von einer Patrouille aufgegriffen; ich bestrafte sie beide am nächsten Vormittag.“⁵³ Vizeadmiral Kraft wiederum vermerkte, dass etwa zehn Besatzungsmitglieder von *SMS Großer Kurfürst* in einem gestohlenen Ruderboot an Land gelangt seien. Insgesamt bezifferte er die Zahl der Matrosen seines Geschwaders, die während der Unruhen unerlaubt an Land weilten, auf maximal 50.⁵⁴ Auch unter den Toten und Verwundeten befand sich nicht ein einziger Angehöriger des III. Geschwaders. Im Gegenteil: die Mehrheit der toten und verwundeten Matrosen waren Angehörige der I. Matrosendivision aus Kiel. Mindestens drei stammten aus der in der Waldwiese stationierten 2. Kompanie.⁵⁵

Insgesamt gingen alle wichtigen Sicherheitsbehörden in Kiel am Abend des 3. Novembers davon aus, dass die Unruhen erfolgreich niedergeschlagen seien. Selbst Kriminalkommissar Gäbler, dessen Beamte die aufrührerischen Aktivitäten der Matrosen an Land seit dem 1. November überwachten, rief um 21.00 Uhr Kapitänleutnant Georg Stammer von der Abteilung Gegenspionage im Admiralsstab in Berlin an und teilte ihm mit, dass Ruhe und Ordnung wiederhergestellt seien. Kapitänleutnant Stammer war bereits früh über die Unruhen in der Flotte informiert gewesen, zumal man seitens der Admiralität nicht ausschloss, dass hierbei auch ausländische Provokateure am Werk waren. Die Meldung des Kriminalkommissars veranlasste Stammer, sich mit einem seiner Informanten in Kiel telefonisch in Verbindung zu setzen: „Die telefonische Verbindung wurde schnell hergestellt, das Gespräch war laut und deutlich und ergab, dass die Ruhe noch nicht wiederhergestellt sei; es sähe sehr böse aus, und die revoltierenden Matrosen zwängen auch friedliche Leute sich ihrem Zuge anzuschließen und es fielen vielfach Schüsse.“⁵⁶ Stammer machte sich entsprechende Notizen, unternahm jedoch zunächst nichts weiter. Er begründete dies später damit, dass die Abteilung für Gegenspionage in diesem Fall nicht unmittelbar zuständig gewesen sei. Offenbar nahm der Marineoffizier an, dass, ungeachtet des Berichts von seinen Informanten, die Kieler Sicherheitsorgane stark genug seien, um die Unruhen unter Kontrolle zu bekommen.

53 BA MA RM 8/1012.

54 BA MA RM 8/1008.

55 BA MA RM 30/3199. – BA MA RM 30/3211. – BA MA RM 8/1022.

56 BA MA RM 8/1012.

Montag, 4. November 1918

Grundsätzlich ist eine Rekonstruktion des genauen Verlaufs des Umsturzes in Kiel am 4. November auch heute noch sehr schwierig. Neben dem Problem, dass es kaum detaillierte Berichte der beteiligten Matrosen gibt, werfen auch die offiziellen Berichte der betroffenen Verbände in Kiel Fragen auf. Die Berichte der unterschiedlichen Divisionen und Inspektionen in Kiel klingen im Kern fast gleich: es habe am Morgen des 4. November in der Stadt Unruhen gegeben, doch seien die eigenen Mannschaften zunächst noch völlig zuverlässig gewesen.⁵⁷ Als Beleg führt jeder Verband auf, wie viele Sicherungskompanien man an diesem Tag aufgestellt und eingesetzt habe. Vergleicht man diese Aufzeichnungen miteinander, stellt sich irgendwann die Frage, wer letztlich überhaupt gemeutert habe. Praktisch alle Berichte unterstreichen für den Beginn des 4. November die Zuverlässigkeit der eigenen Leute. Auch seitens der Stadtkommandantur gibt es keinen Bericht, der den Verlauf des Umsturzes im Detail dokumentiert oder die verschiedenen Einzelmaßnahmen des Stadtkommandanten auflistet. Die Kriegstagebücher von Kommandantur und Marinestation sind zwar noch vorhanden, doch sind die dortigen Eintragungen sehr lückenhaft. Nach diesen Eintragungen begannen die Unruhen am Vormittag des 4. November bei Einheiten der I. Matrosendivision. Diesen Angaben widersprechen zunächst die Aussagen des Kommandeurs der I. Matrosendivision, Kapitän zur See Rößler, seines Adjutanten, Kapitänleutnant Leistikow, und des diensthabenden Kasernenoffiziers, Leutnant Esmarch, die in späterer Zeit unabhängig voneinander beschrieben, dass es im Bereich der I. Matrosendivision bis in den Abend hinein keine Unruhen gegeben habe.⁵⁸ Auch der Umstand, dass die umliegenden Verbände bis zum Abend des 4. November den Kasernenbereich der I. Matrosendivision als zentralen Sammelplatz für alle abgestellten Sicherungskompanien nutzten, scheint zunächst dagegen zu sprechen. Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass es sich nur um einen scheinbaren Widerspruch handelt. Tatsächlich war die in unmittelbarer Nähe des Stationskommandos und der Arrestanstalt gelegene Kaserne der I. Matrosendivision Sammelort der Sicherungstruppen und bis zum Abend nicht von Unruhen betroffen, dies galt jedoch nicht für alle ihre Einheiten. Bereits am Abend des 2. November hatte die 2. Kompanie dieser Division in der Waldwiese Befehle verweigert, am 3. November hatten sich Kompanieangehörige an die Spitze des Demonstrationszuges gesetzt. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch am 4. November Matrosen dieser Einheit in den Aufstand involviert waren. Gleiches galt auch für andere Einheiten der I. Matrosendivision, die

57 BA MA RM 31/2373.

58 BA MA RM 8/1022, BA MA RM 8/1031. Esmarch, Der Herd der Revolution.

aufgrund von Überbelegung außerhalb der Kasernen in Hilfskasernen und Notunterkünften untergebracht waren. Diese Einheiten waren über die gesamte Stadt verteilt und alleine aufgrund ihrer zum Teil sehr exponierten Lage wesentlich schlechter von ihrer übergeordneten Führung zu kontrollieren. So ist es nicht verwunderlich, dass die offiziell gemeldeten Unruhen nicht in den großen Kasernen, sondern in kleineren Hilfskasernen ausbrachen. Am 4. November, gegen 7.45 Uhr, stürmte eine Gruppe von 45 Matrosen in der Prüne-Kaserne (I. Matrosendivision) die dortige Waffenkammer. Ähnliches geschah auch in der Truppenunterkunft Fährstraße.⁵⁹ Das Stationskommando beauftragte den Stadtkommandanten daraufhin mit der Niederschlagung der Unruhen und ordnete die Verteilung sämtlicher derzeit auf Lehrgängen in Kiel weilenden Offiziere auf die verschiedenen Marineverbände an.⁶⁰ Am Vormittag forderte Gouverneur Souchon Vizeadmiral Kraft nachdrücklich auf, das III. Geschwader aus dem Hafen zu verlegen. Zwei Kommandanten hatten jedoch erneut eine Vielzahl ihrer Männer beurlaubt, und Kraft erklärte, dass keines seiner Schiffe unter Dampf stehe. Auf Souchons hartnäckiges Fordern sagte er schließlich zu, den Hafen baldmöglichst zu verlassen. Die Vorbereitungen dazu zogen sich aber in die Länge, was vor allem am Unwillen der Besatzungen lag. Konteradmiral von Karpf von der IV. Aufklärungsgruppe bat unterdessen um neue Anweisungen. Auch bot er Souchon Verstärkungen an, doch Küsel zufolge wuchs auch bei Karpf die Befürchtung, dass sich seine Leute mit der Zeit der Bewegung anschließen könnten. Sowohl Kraft als auch Souchon befürworteten ein sofortiges Auslaufen der vier Kreuzer, woraufhin diese gegen 8.30 Uhr in aller Ordnung den Hafen verließen.⁶¹ Auch der Kommandant des kleinen Kreuzers *SMS Dresden* wurde bei Souchon vorstellig und bat um die sofortige Verlegung seines Schiffes. Hierbei handelte es sich um Korvettenkapitän Prinz Adalbert von Preußen, den dritten Sohn des Deutschen Kaisers. Bereits am 3. November hatten sich Teile seiner Mannschaft dem großen Demonstrationzug angeschlossen. Der Heizer Franz Pekoch von *SMS Dresden* erhielt beim Zusammenstoß mit Steinhäusers Abteilung sogar einen Fußdurchschuss. Am Morgen des 4. November war die Masse der Matrosen der *SMS Dresden* bereit, sich den Aufrührern anzuschließen, und ein geregelter Dienstbetrieb nicht mehr möglich. Prinz Adalbert gelang es erst unter großen Zugeständnissen gegenüber der Mannschaft, das Schiff nach Eckernförde zu bringen. Vizeadmiral Kraft musste dabei persönlich intervenieren, damit ein Geschütz der *SMS Markgraf*, durch dessen Ausrichtung sich die Mannschaft der *SMS Dresden* in ihrem Auslaufmanöver bedroht sah, beiseite geschwenkt wurde.⁶²

59 BA MA RM 31/2373.

60 BA MA RM 8/1026.

61 BA MA RM 8/1026. – BA MA RM 8/1025.

62 Archiv IMMh, Karton 93.

Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich bei den Übergriffen der Aufständischen in Kiel noch um örtlich begrenzte Aktionen im Bereich der I. Matrosendivision. Die Masse der Kieler Garnison war längst noch nicht gewillt, sich dem Aufstand anzuschließen. Die Stationsführung agierte dagegen jedoch sehr vorsichtig. Ein Problem bei der Aufstellung von weiteren Sicherungskompanien war der Umstand, dass der am 3. November 1918 ausgerufene Stadtalarm in der Nacht auf den 4. November wieder aufgehoben worden war. Am 4. November dauerte es sehr lange, bis es zu einer weiteren allgemeinen Alarmierung kam. Zwar wurden bereits ab 8.00 Uhr in einigen Verbänden neue Sicherungstruppen zusammengestellt, doch dauerte es noch bis 9.15 Uhr, bis erneut ein stiller Stadtalarm ausgelöst wurde. Warum es zu der großen Verzögerung des erneuten Alarms kam, kann heute nicht mehr mit Sicherheit gesagt werden. Möglicherweise glaubte der Gouverneur noch immer daran, dass das für diesen Tag geplante Auslaufen des III. Geschwaders eine Ausbreitung des Aufstandes verhindern würde. Vielleicht zögerte man auch einen Stadtalarm hinaus, da dieser fast zwangsläufig zu einer umfassenden Bewaffnung von tausenden Matrosen geführt hätte, deren Loyalität mittlerweile zweifelhaft war. Zumindest zeigen die ersten Maßnahmen vor diesem zweiten allgemeinen Stadtalarm, dass man zunächst besonders zuverlässige Eingreiftruppen bilden wollte, ohne die Masse an Matrosen in Sicherungsaufgaben einzubeziehen. Zu diesen, als besonders zuverlässig erachteten Verbänden, gehörten zu diesem Zeitpunkt noch das I. Marinebataillon, die I. Werftdivision und die U-Bootdivision. So erhielt die U-Bootdivision bereits um 8.30 Uhr den Befehl, eine 200 Mann umfassende Kompanie nur aus Unteroffizieren und Kapitulanten (Zeitfreiwilligen) zu bilden und zur I. Matrosendivision zu entsenden. Tatsächlich konnte die Kommandantur davon ausgehen, dass eine derartige Kompanie noch verlässlich sein würde, doch es dauerte verhältnismäßig lange, eine solche Truppe zusammenzustellen. Erst um 11.00 Uhr war die betreffende Kompanie vollbewaffnet und abmarschbereit.⁶³

Unter dem Eindruck der zunehmend alarmierenden Meldungen, kam das Stationskommando zu dem Schluss, dass die Hilfe des Heeres zwingend erforderlich war. Erneut wurde das stellv. IX. Armeekorps um Hilfe gebeten, allerdings stellte dessen Stabschef lediglich die zeitnahe Unterstützung durch etwa 600 Mann in Aussicht. Zudem wurde die Internierung von 100 Aufrührern im Militärlager Lockstedt genehmigt.⁶⁴ Die geringe Truppenstellung durch das Heer ist in späterer Zeit seitens der Marine immer wieder kritisiert worden, doch war es ein unter den damaligen Verhältnissen realistisches Hilfsangebot. Letztendlich mobilisierte man in

63 BA MA RM 31/2373

64 Archiv IMMh Karton 29a.

Altona sogar etwa 1.200 Mann. Um 10 Uhr meldete sich Generalleutnant von Wright telefonisch aus Neumünster und kündigte an, das Kommando über die zur Niederschlagung der Unruhen eingesetzten Truppen übernehmen zu wollen. Wright war von General von Falk, dem Kommandeur des stellv. IX. Armeekorps in Altona, mit dieser Aufgabe betraut worden. Er war zu dieser Zeit Kommandeur der stellv. 81. Infanteriebrigade in Lübeck. Auch wenn er seit drei Jahren kein Frontkommando mehr innegehabt hatte, galt er als tatkräftiger Kommandeur, der gemäß der am 8. März 1917 herausgegebenen Richtlinien für „das Verhalten der Garnisonskommandos bei Unterdrückung innerer Unruhen“ vorgehen wollte.⁶⁵ Zu diesem Zweck hatte er bereits einen neun Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog erstellt. Kiel sollte isoliert und den Meuterern baldmöglichst ein Ultimatum gestellt werden. Wright beabsichtigte, dazu mit Unterstützung eines Nachbarkorps etwa 6.000 Soldaten mit Artillerieunterstützung in Voorde (Flintbek), acht Kilometer südlich von Kiel, zu sammeln. Im Allgemeinen wird Admiral Souchon bis in die heutige Zeit vorgeworfen, dass er durch das Bestehen auf seinem Oberkommando in Kiel den erfolgreichen Einsatz der Heeresverstärkungen deutlich erschwert oder sogar ganz vereitelt habe. Seltsamerweise finden sich aber in den privaten Aufzeichnungen Souchons keine Hinweise darauf, dass der Gouverneur den Einsatz des Heeres unter dem Kommando eines Heeres-Generals ablehnte. Im Gegenteil schrieb Souchon noch gegen Mittag des 4. November in sein Tagebuch: „Erbitte Truppen aus Rendsburg und Lübeck. Gen. v. Falk stellt Platz für 100 M in Lockstedter Lager z. Verf. Gegen 2h [nachmittags] werden Truppen aus Neumünster zur Hülfeleistung eintreffen unter einem Generalmajor.“⁶⁶ Während Souchon seinen Aufzeichnungen zufolge also am Morgen des 4. Novembers mit der Ankunft von Heerestruppen unter dem Kommando eines Generals rechnete, nimmt es sein Stabschef, Konteradmiral Küsel, in seinem späteren Bericht für sich in Anspruch, dass er dies verhindert habe. Küsel schrieb: „Gegen 10 Uhr ruft ein General aus Neumünster an, dessen Namen ich nicht verstehe, und meldet, dass er den Befehl vom stellv. IX. A.K. erhalten habe, in Kiel das Kommando zu übernehmen. Um Unklarheiten in der Kommandoführung von vornherein auszuschließen, stelle ich ihm und dem IX. A.K. gegenüber fest, dass der Oberbefehl in Kiel in der Hand des Gouverneurs ist und bleibt.“⁶⁷ Dass Generalleutnant von Wright nicht wie später angenommen mit Admiral Souchon, sondern mit Konteradmiral Küsel sprach, wird dadurch unterstrichen, dass Souchon um 10 Uhr, also zur Zeit des Telefonats, eine Besprechung mit Oberpräsidialrat Johannsen und Oberbürgermeister Lin-

65 LASH Abt. 309 8305.

66 Archiv IMMh Karton 29a.

67 BA MA RM 8/1026.

demann hatte.⁶⁸ Ob Küsel nun mit oder ohne Wissen des Gouverneurs handelte, das stellv. Armeekorps fügte sich und kündigte an, alle Truppen unter Souchons Kommando zu stellen.

Inzwischen schrumpften die Sicherheitskräfte des Stationskommandos mehr und mehr zusammen. Die Kompanien wurden in ihren Kasernen durch Demonstranten blockiert oder weigerten sich zunehmend auszumarschieren.⁶⁹ Insgesamt zeigt die Rekonstruktion der damaligen Ereignisse deutlich, dass es seitens der Stationsführung und der Stadtkommandantur an einem klaren Krisenmanagement mangelte. Neben vagen und missverständlichen Anweisungen, reagierten beide Stellen sehr sprunghaft und vorschnell auf eingehende Meldungen. So provozierte zum Beispiel eine Falschmeldung über Unruhen in einem Arbeitskommando der Marine beim Munitionsdepot Dietrichsdorf die Verlegung von mehreren noch zuverlässigen Kompanien aus Deckoffizieren und Angehörigen der I. Werftdivision, wodurch der Stadtkommandantur weitere zuverlässige Einheiten zum Einsatz in der Stadt verloren gingen.⁷⁰ Zu diesem Zeitpunkt schien Kapitän Heine noch zu glauben, die Stadt bis zum Eintreffen der Heeresverstärkung kontrollieren zu können. Konteradmiral Hahn schrieb später: „Gegen Mittag hat mir der Stadtkommandant persönlich mitgeteilt, dass er glaube, mit den an Land befindlichen treuen Truppen die Lage zu beherrschen.“⁷¹

Hier befand sich Heine jedoch im Irrtum. Mittags kündigte die I. Torpedodivision an, dass sie sich um 13.00 Uhr der neuen Bewegung anschließen werde. Der Kommandeur der Division, Kapitän zur See Bartels, befahl für 13.00 Uhr ein Antreten, um seine Leute an ihre Pflichten zu erinnern. Zugleich forderte er aber auch Unterstützung durch Kompanien der I. Werftdivision, der U-Boot-Division und der Ingenieur- und Deckoffizierschule an. Diese noch als zuverlässig geltenden Kompanien führten in der Nähe der angetretenen Division Waffenexerzieren durch, sollten aber im Notfall dazu eingesetzt werden, die Angehörigen der I. Torpedodivision an der Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen zu hindern. Bartels hielt eine längere Ansprache, die jedoch nicht das von ihm gewünschte Ergebnis brachte, sondern ihn vielmehr zur Aufnahme von Verhandlungen zwang. Um 13.45 Uhr meldete Kapitän Heine an die Station: „Die Meuterei der Truppen greift weiter um sich. Die militärischen Machtmittel zur Unterdrückung der Meuterei sind erschöpft, es stehen keine sicheren Truppen mehr zum Einsatz zur Verfügung. Die Truppen sind nicht mehr in der Hand der Offiziere.“⁷² Vor allem aufgrund dieser

68 BA MA RM 8/1025.

69 BA MA RM 3/11679.

70 BA MA RM 31/2373.

71 BA MA RM 8/1022.

72 BA MA RM 8/1026.

Meldung stimmte Souchon um 14.10 Uhr Verhandlungen mit den Matrosen zu. Ungeachtet dessen kam es unter den wartenden Matrosen der I. Torpedodivision zu immer größerer Unruhe. Schließlich stürzten sich aufgebrachte Matrosen auf die in der Nähe exerzierenden Kompanien, entwaffneten sie oder zwangen sie zum Rückzug.⁷³

Während der wachsenden Unruhen an Land, verhielten sich die meisten Schiffsbesatzungen abwartend. Die Kapitäne fürchteten im Falle eines Einsatzes eine Meuterei an Bord ihrer eigenen Schiffe oder warteten vergeblich auf weitere Befehle. Vor allem die Aufforderungen von Gouverneur und Stadtkommandanten, Blutvergießen unter allen Umständen zu vermeiden, sorgten unter den Offizieren für Unsicherheit. Angesichts der zunehmenden Unruhe an Land versuchte Konteradmiral Hahn in seinem Hafenabschnitt eine Art von Verteidigung zu organisieren. Er postierte dazu zwei Artillerieschulboote in die Nähe von Bahnhof und Post. Beide Boote wurden feuerbereit gemacht, erhielten aber durch den Stadtkommandanten den strikten Befehl „nur im äußersten Notfalle zu schießen und auch dann nur gegen aufrührerische Matrosen, keinesfalls gegen Zivilisten.“⁷⁴ Hahn schrieb später, dass er am Mittag des 4. Novembers noch die volle Verfügungsgewalt über seine Einheiten besessen habe. Dies lag einerseits an der vergleichsweise strengeren Disziplin, die unter den Artilleristen herrschte, andererseits aber auch an dem Umstand, dass ein großer Teil der Schulboote der Schiffsartillerie den Vormittag über zur Übung außerhalb des Kieler Hafens gewesen und erst mittags zurückgekehrt war. Offiziere und Matrosen in der Schiffsartillerieinspektion waren nur vage über die Situation an Land informiert, allerdings vermittelten verschiedene Meldungen von Land und sporadisches Gewehrfeuer einen Eindruck über den Ernst der Lage. Zudem gab der Hafenskapitän, Kapitän zur See Max Werner, an verschiedene Kommandanten die Warnung heraus, dass die Wohnschiffe *SMS Roon* und *SMS Fürst Bismarck* bereits von Meutern übernommen worden seien. Später wurde auch *SMS Stettin* von Matrosen besetzt.⁷⁵ Der Kapitän des Schulschiffs *SMS Kaiserin Augusta* bewaffnete daraufhin einen Teil seiner Fähnrichsklassen und plante, das Wohnschiff *SMS Nixe* im Handstreich zu besetzen und so vor einem Zugriff der Meuterer an Land zu verteidigen.⁷⁶ Fregattenkapitän Walter Mönch von *SMS Thetis* ließ wiederum die Geschütze seines Schiffes auf *SMS Roon* und *SMS Stettin* richten. Zu weiteren Maßnahmen kam es jedoch nicht. Etwa gegen 15.00 Uhr suchte Konteradmiral Hahn verschiedene Bootsbesatzungen der an der Mole liegenden Torpedoboote auf. In seinem Bericht betonte Hahn später die allgemein vorherrschende „Gleichgültigkeit“ der dortigen

73 BA MA RM 31/2373.

74 BA MA RM 8/1022.

75 BA MA RM 31/2390.

76 BA MA RM 31/2390.

Schiffsbesatzungen. Befehle der Offiziere zum Klarmachen der Geschütze wurden mit dem Hinweis, man wolle nicht auf die eigenen Landsleute schießen, verweigert. Auch als sich schließlich eine größere Gruppe bewaffneter und schreiender Meuterer den Booten näherte, verhielten sich die Mannschaften an der Mole völlig neutral.⁷⁷ In Gegenwart von Konteradmiral Hahn nahmen die Meuterer Torpedoboote der II. Flottille unter Feuer, die sich anschickten den Hafen zu verlassen.⁷⁸ Hahn selbst gab sein Vorhaben auf und ließ sich zu den auslaufenden Booten übersetzen. Zwar waren die Besatzungen dieser Boote gegenüber ihrer Schiffsführung noch grundsätzlich loyal, jedoch war man ungeachtet des Beschusses von Land nicht zum Widerstand bereit.⁷⁹ Ohne weitere Unterstützung entschied sich Hahn schließlich an Bord von *SMS Westfalen* auf weitere Anweisungen zu warten. Um 15.30 Uhr feuerten bewaffnete Meuterer der Torpedodivision erneut auf Torpedoboote der I. Schul-Halbflottille, als diese zu einer planmäßigen Übung den Hafen verlassen wollten. Eines der Boote wurde dadurch zur Umkehr gezwungen.⁸⁰

Während Konteradmiral Hahn seine Maßnahmen zur Hafensicherung zunehmend einschränkte, wurden an Land auch die Waffenkammern der I. Werftdivision durch Matrosen der I. Torpedodivision geplündert, zeitgleich ging die Masse der Werftdivision zu den Aufständischen über. Durch ihre räumliche Nähe zur angrenzenden Torpedodivision wurde die U-Boot-Division spätestens ab 14.00 Uhr praktisch lahmgelegt. Eingedenk der strikten Befehle zur Vermeidung von Blutvergießen, gaben die Führer der vier Sicherungskompanien dieser Division im Verlauf des Nachmittags ihre Positionen auf. Die Waffenkammer der U-Boot-Division wurde von Matrosen der Torpedodivision geplündert, spätestens um 16.30 Uhr war damit auch die U-Boot-Division nicht mehr einsetzbar.⁸¹

Anstelle der Marinesicherungskräfte traten an dieser Stelle die ersten Heeresverstärkungen aus den umliegenden Garnisonen. Der kommandierende Offizier, Oberstleutnant von Raven, traf gegen 16.20 Uhr am Hauptbahnhof Kiel ein, wo zwei Verbindungsoffiziere der Marine zu ihm stießen. Raven hatte bis zu diesem Zeitpunkt mit Arbeiterunruhen gerechnet und nicht mit einer ausgeweiteten Matrosenrevolte. Im Stationskommando schätzte man die Zahl der meuternden Matrosen zu diesem Zeitpunkt bereits auf etwa 12.000, Raven konnte jedoch – bei sicherer Ankunft aller Verstärkungen – lediglich auf etwa 1.000 Rekruten aus umliegenden Ersatzbataillonen hoffen. Im Grunde kamen die Heeresverstärkungen zehn Stunden zu spät in Kiel an. Der Aufstand hatte bereits die größten Marine-

77 BA MA RM 8/1022.

78 BA MA RM 31/2390. – BA MA RM 8/1022.

79 BA MA RM 8/1022.

80 BA MA RM 31/2373.

81 BA MA RM 31/2373.

formationen an Land erfasst, für die Meuterer gab es an dieser Stelle keinen Weg zurück. Raven fand am Bahnhof selbst nur ein kleines Heeres-Kommando von einem Offizier und 40 Mann vor. Die Soldaten gehörten zu einer knapp 450 Mann starken Truppe des Ersatzbataillons des 163. Regiments aus Neumünster und waren unter der Führung ihres Kommandeurs, Hauptmann Erich Trowitz, etwa 20 Minuten vor Raven in Kiel eingetroffen. Vom Bahnhof hatte man den Großteil der Truppe gleich zur Sicherung der Arrestanstalt in der Feldstraße abgezogen. Weitere Truppen aus Rendsburg sollten sich irgendwo im nördlichen Teil Kiels, bei den Wik-Kasernen aufhalten. Raven erfuhr zudem, dass seitens des Gouvernements der strikte Befehl erlassen worden war, keinesfalls irgendwelche Gewalt anzuwenden und auch den Bahnhof nicht zu sperren. Auch wurde angekündigt, dass jederzeit bewaffnete Matrosenabordnungen erscheinen könnten, um angekündigte sozialdemokratische Abgeordnete aus Berlin abzuholen. Raven, der unter diesen Umständen Gefahr für die erwarteten Verstärkungstruppen befürchtete, forderte – wie zuvor bereits verschiedene andere Offiziere – vom Stadtkommandanten vergeblich die Aufhebung der bisherigen Regelungen und eine wirksame Sicherung des Bahnhofes.⁸²

Die Ankunft der Heeresverstärkungen hatte den Kieler Gouverneur in eine schwierige Situation gebracht. Diese Truppen brachten keine Entspannung der Lage. Sie waren zu wenige, um gegenüber den meuternden Matrosen ein starkes Gegengewicht darzustellen. Dafür sorgten sie jedoch für Unruhe unter den Matrosen und verstärkten das Misstrauen, dass von Seiten des Gouvernements ein doppeltes Spiel gespielt werde. Andererseits war Souchon dem Gedanken nicht abgeneigt, die Heerestruppen als eine Art letzte Rückversicherung in seiner Nähe zu wissen. Er unterstellte Raven und seine Truppen dem Stadtkommandanten. Dieser zog gegen 18.00 Uhr die bislang eingetroffenen Kompanien aus Rendsburg und Neumünster von ihren bisherigen Sicherungspunkten in der Wik und bei der Arrestanstalt ab und sammelte sie an der Oberrealschule in der Waitzstraße. Mit Unterstützung älterer Schüler und Lehrkräfte verschanzten sich die Kompanien in der Schule. Durch Anwohner und Telefonate über das private Telefonnetz erfuhren die Offiziere in der Oberrealschule von der Übernahme des Bahnhofs durch die Matrosen und von der Überrumplung gleich mehrerer Züge mit Verstärkungen aus Schleswig und Lübeck unmittelbar nach Einfahrt in den Bahnhof Kiel. Um 21.00 Uhr detachierte Trowitz auf Anordnung des Gouverneurs 100 Mann seines Bataillons unter dem Kommando von Oberleutnant von Trotta genannt Treyden zum Schutz des Stationsgebäudes. Die Soldaten quartierten sich unter großem Unmut tausender anwesender Matrosen im Keller des Gebäudes ein. Sei-

82 BA MA RM 8/1027.

tens des Stationskommandos schätzte man die Zahl der Meuterer zu diesem Zeitpunkt bereits auf 20.000 Mann.

Um 23.00 Uhr erhielten die Offiziere in der Schule die Nachricht, dass sich der Gouverneur mit den Regierungsvertretern Noske und Haußmann und den Abordnungen des neuen Soldatenrates darauf verständigt habe, alle Heereseinheiten aus Kiel abzuziehen. Die Stadtkommandantur informierte Raven, dass die Matrosen der Infanterie freien Abzug zum Bahnhof zusichern würden, sofern diese ihre Waffen abgeben würde. Darauf ging Raven nicht ein. Nachdem ein kleines Kommando auf dem Weg zum Stationsgebäude überfallen und entwaffnet worden war, ließ er gegen Mitternacht seine Leute nach Russee abmarschieren und von dort in ihre Garnisonen bringen.⁸³ Im Stationsgebäude erhielt Oberleutnant Treyden um 23.30 Uhr den Befehl, seine Kompanie zum Bahnhof zu führen. Dazu erhielt er einen Passierschein und eine Eskorte. Am Bahnhof bestieg die Kompanie den bereitstehenden Zug, etwa 50 bis 60 entwaffnete Soldaten aus Lübeck und Schleswig sowie die entwaffnete Bahnhofswache schlossen sich ihnen an.⁸⁴ Unmittelbar nachdem die Soldaten den Zug bestiegen hatten, kam es in der Nähe des Bahnhofes zu einem schweren Feuergefecht. Angeblich war eine Schwadron des 15. Husarenregiments aus Wandsbek in die Stadt eingedrungen und wurde von Matrosen unter heftiges Feuer genommen. Der eigentliche Verlauf dieses „Gefechts“ lässt sich heute nur noch schwer rekonstruieren, jedoch stellte sich irgendwann heraus, dass die „Angreifer“ keine abgessenen Husaren, sondern eine der eigenen Patrouillen gewesen war. Durch solche Fälle von Eigenbeschuss gab es in den folgenden 24 Stunden unter den Matrosen weitaus mehr Tote und Verwundete, als bei der Schießerei am 3. November.⁸⁵

Dienstag, 5. November 1918

Bereits in der Nacht vom 4. auf den 5. November vollzog sich auf verschiedenen Schiffen im Kieler Hafen ein Machtwechsel. Gegen Mitternacht meldete der Kommandant der SMS *Elsass* an das Stationskommando, dass er die Kontrolle über sein Schiff verloren habe.⁸⁶ Der Dampfer SMH *Prinz Waldemar*, der am Mittag auf die Werft Stocks & Kolbe überführt worden war, wurde zwischen 3 und 4 Uhr nachts von bewaffneten Matrosen besetzt. Die Matrosen gaben an, im Auftrag eines Kieler Matrosenrates zu

83 BA MA RM 8/1027.

84 BA MA N 233/53.

85 BA MA RM 30/3264. – BA MA RM 31/2388.

86 Schreiben von Vizeadmiral Wurmbach an Vizeadmiral Rogge vom 18. Juli 1919, Sammlung des Verfassers.

handeln.⁸⁷ Besondere Sicherungsmaßnahmen auf den größeren Kriegsschiffen unterblieben. Die Kommandanten setzten lediglich zusätzliche Offiziere und zuverlässige Decks- und Unteroffiziere ein, um eine Kontaktaufnahme der eigenen Mannschaften mit den Aufständischen zu verhindern. Nachdem der Widerstand des alten Regimes in Kiel selbst zum Erliegen gekommen war, konzentrierten sich die Meuterer am Morgen des 5. Novembers darauf, die Kontrolle über sämtliche Kriegsschiffe im Hafen zu erlangen. Gerade die größeren Kriegsschiffe stellten in der Hand kaisertreuer Kräfte eine Bedrohung für die Stadt dar, der die Meuterer im Ernstfall nichts entgegenzusetzen hatten. Nach dem Auslaufen des III. Geschwaders und der IV. Aufklärungsgruppe befanden sich noch etwa 100 Schiffe und Boote der kaiserlichen Marine im Kieler Hafen. Dazu gehörten etwa 20 U-Boote, 15 Torpedoboote und 15 Tender der verschiedenen Marineschulen, aber auch eine ganze Reihe von Versorgungs-, Hilfs- und Transportschiffen. Die Aufständischen konnten nach verschiedenen Abstimmungsgesprächen am 3. und 4. November davon ausgehen, dass der Großteil der kleineren Schiffe, U-Boote und Torpedoboote einen Seitenwechsel unterstützen oder zumindest nicht behindern würde – anders sah es dagegen bei einigen der größten und stärksten Seeeinheiten im Kieler Hafen aus. Es handelte sich hierbei unter anderem um den kleinen Kreuzer *SMS Kolberg*, den Kreuzer *SMS Kaiserin Augusta*, die Linienschiffe *SMS Schlesien* und *SMS Zähringen* und das Großlinienschiff *SMS König*. Eine unblutige Übernahme dieser Schiffe war für die Meuterer alles andere als einfach. Der kleine Kreuzer *SMS Kolberg* war vollbewaffnet und neben *SMS Hannover* ein Führungsschiff in der Sundsicherung. *SMS Kaiserin Augusta* und *SMS Schlesien* wurden zu diesem Zeitpunkt als Schulschiffe eingesetzt und hatten daher nur eine begrenzt einsatzfähige Schiffsartillerie. Allerdings verfügten sie – im Gegensatz zu den übrigen Schiffen der Flotte – durch einen hohen Anteil an Fähnrichen und Seekadetten über einen harten Kern an regimetreuen Besatzungsmitgliedern. *SMS König* lag zwar zu diesem Zeitpunkt aufgrund der von Vizeadmiral Kraft durchgesetzten Routineüberholung im Schwimmdock, war aber grundsätzlich jederzeit einsetzbar und als Großlinienschiff und reguläres Flaggschiff des III. Geschwaders von großer Symbolkraft. Durch die Lage im Schwimmdock waren die Matrosen bislang an den meisten Aktionen an Land eher unbeteiligt geblieben, und Kapitän Weniger und seine Offiziere taten ihr Möglichstes, um die verbliebene Mannschaft weiterhin unter Kontrolle zu halten. Der Plan zur Übernahme der Kontrolle über sämtliche Schiffe und Boote im Kieler Hafen durch die Matrosen sah vor, um 7.30 Uhr auf allen Schiffen zur gleichen Zeit die rote Flagge zu hissen. Der Zeitpunkt war

87 BA MA RM 8/1009.

nicht zufällig gewählt, da man dadurch der regulären Flaggenparade um 8.00 Uhr zuvor kommen wollte.

Am 5. November um 7.30 Uhr wurde zunächst auf der Marinestation Düsternbrook, dann auf allen Wohn- und Depotschiffen und nach und nach auf allen Torpedobooten, Dampfern und U-Booten die rote Flagge gehisst. Nicht auf all diesen Schiffen geschah dies ganz freiwillig. So hisste beispielsweise auf dem Hilfsschiff *SMH Cordoba* die Besatzung die Reichskriegsflagge. Wenig später richtete das in der Nähe liegende, inzwischen von Meuturern übernommene Linienschiff *SMS Westfalen* seine Geschütze auf die *Cordoba* und erzwang per Blinkspruch das Hissen der roten Flagge.⁸⁸ Anderen Schiffen erging es ähnlich. Auf dem Hilfsschiff *SMH Prinz Adalbert* stand die Mannschaft geschlossen hinter ihrem Kommandanten, Reserveoberleutnant zur See Mundlack; allerdings hatte das Schiff 80 Minen geladen, sodass an Widerstand nicht zu denken war.⁸⁹ Auf *SMS Kolberg* gab es dagegen Widerstand: Zunächst wurde die Reichskriegsflagge gehisst, dann aber übernahmen die aufständischen Matrosen die Kontrolle und hissten die rote Flagge. Auf *SMS Kaiserin Augusta* kam es zu einer Schlägerei. Zwar war der Schiffsführung eine nächtliche Versammlung der Matrosen unter Deck nicht verborgen geblieben, doch hatte niemand mit offener Meuterei gerechnet. Die zahlenmäßig überlegenen Matrosen überwältigten eine Gruppe von Fähnrichen an der Flaggenleine und setzten sich so durch.⁹⁰ *SMS Schlesien* war dagegen bereits zum Auslaufen vorbereitet worden. Dort verweigerten zunächst die Signalgasten die Herausgabe der roten Flagge an die dortigen Verschwörer. Danach gelang es Fregatkapitän von Waldeyer-Hartz, die reguläre Flaggenparade durchzuführen und das Schiff noch rechtzeitig aus dem Hafen zu steuern. Auch wenn eine Gruppe aufgebrachter Matrosen versuchte, den Maschinenraum zu stürmen und das Schiff an der Abfahrt zu hindern, gelang es Waldeyer-Hartz durch geschickte Verhandlungen seine Mannschaft so lange zusammenzuhalten, dass die *Schlesien* die Kieler Förde verlassen konnte.⁹¹ Als eines der letzten Schiffe blieb *SMS Zähringen* übrig. Das Schulschiff für Heizer und Schiffsjungen sollte ursprünglich wie *SMS Schlesien* zu einer Übung auslaufen, doch weigerten sich hier die Heizer, die Kessel zu beheizen. Während Kapitän zur See Otto Mock noch mit den Heizern verhandelte, stiegen auf den umliegenden Schiffen die roten Flaggen auf. *SMS Zähringen* führte zu diesem Zeitpunkt bereits die Reichskriegsflagge. Von der Signalstation in Düsternbrook aus wurde die *Zähringen* aufgefordert umgehend die rote Flagge zu hissen. Der Kapitän gab daraufhin Befehl

88 Zeitzeugenbericht des Matrosen Bernard Hausmann aus der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung vom 11. 11. 1968.

89 BA MA RM 8/1009.

90 BA MA RM 31/2390.

91 BA MA RM 31/2390.

zum Schutz der Flagge zwei an Bord befindliche Maschinengewehre aufzustellen und die Offiziere zu bewaffnen. Zugleich forderte er alle Unteroffiziere und Deckoffiziere auf, die Flagge zu verteidigen. Sämtliche Unteroffiziere und die Hälfte der Deckoffiziere verkündeten daraufhin, sie ständen treu zur Schiffsführung, würden aber keine Gewalt gegen Kameraden einsetzen. Auch konnten die Waffen nicht verteilt werden, da Matrosen die Wege zur Waffenkammer blockierten. Eine zunächst von Schiffsjungen gesetzte rote Flagge wurde durch zwei Offiziere heruntergerissen, und ein Handgemenge entstand an der Flaggenleine. Gegen 8.20 Uhr stieg aber auch auf *SMS Zähringen* die rote Flagge auf, und ein Matrosenrat übernahm die Kontrolle an Bord.⁹²

Im Gegensatz zu den übrigen Schiffen waren die Offiziere auf *SMS König* bereits früh bewaffnet worden. Hintergrund dafür waren allerdings nicht die Absicht eines heroischen letzten Widerstandes, sondern die nächtlichen Unruhen auf dem Werftgelände. Zuvor hatte Kapitän Weniger versucht, sein Schiff aus dem Schwimmdock absenken zu lassen und den Hafen zu verlassen, doch weigerten sich die Werftarbeiter das Schiff freizugeben. Nachdem verschiedene Delegationen von Matrosen abgewiesen worden waren, eröffneten Aufständische zwischen 8.15 Uhr und 8.30 Uhr zunächst vom gegenüberliegenden Hafenufer, dann vom Werftgelände und später auch von einem naheliegenden Kreuzerneubau (vermutlich dem kleinen Kreuzer *SMS Frauenlob*) aus das Feuer auf die *König*.⁹³ Einer der ersten Schüsse verletzte den als Wachoffizier bei der Flagge abgestellten Leutnant zur See Wolfgang Zenker so schwer, dass er später an den Folgen starb. Kapitän Weniger wurde in der folgenden Schießerei drei Mal verwundet, sein erster Offizier, Korvettenkapitän Bruno Heinemann, wurde tödlich getroffen. Außer ihm starb noch Obermatrose Richard Mews, der vom Kapitän erschossen wurde, als er versuchte, die Reichskriegsflagge niederzuholen. Ein weiterer Offizier und zwei Matrosen wurden verletzt.⁹⁴

Neben den zahlreichen Schiffen und Booten im Hafen, schlossen sich auch die in den umliegenden Forts stationierten Marineartillerieabteilungen durch das symbolische Aufziehen der roten Flagge der Bewegung an. Die in späterer Zeit oft dargestellte Version, dass *SMS Schlesien* das einzige Schiff gewesen sei, das unter der Reichskriegsflagge den Kieler Hafen verließ, kann heute allerdings als Legende abgetan werden. Neben dem Schulschiff verließen noch verschiedene andere Boote den Hafen, darunter das Torpedoboot V71 und das U-Boot SMU 126. Weitere Boote setzten sich in der folgenden Nacht heimlich ab. Die Boote der 3. Torpedoboot-Halb-

92 BA MA RM 31/2390.

93 Fengler, Krefeld, S.1.

94 Abschrift des Tagebuchs des Artillerieobermechanikers Paul Rösch, Sammlung des Verfassers. – BA MA RM 8/1012. – BA MA RM 8/1022.

flottille liefen dagegen auf Befehl des Führers der Torpedoboote in Wilhelmshaven am Mittag des 5. Novembers aus Kiel aus. Dieser hatte von den Vorgängen in Kiel erfahren und daraufhin über Funk allen Torpedobooten im Ostseeraum befohlen, Kiel sofort zu verlassen bzw. keinesfalls anzulaufen. Die 3. Halbflottille lief wie befohlen aus, doch wurde auf der Fahrt durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal Boot für Boot von Meuterern übernommen, so dass die Halbflottille bereits wenige Stunden später unter roter Flagge in den Kieler Hafen zurückkehrte.⁹⁵ Mit der Übernahme der Kontrolle sämtlicher Über- und Unterwassereinheiten in Kiel, gab es keine bewaffnete Macht mehr auf der Seite der kaiserlichen Regierung. Folglich konnte diese unmittelbar vor Ort keinen Einfluss mehr auf die Vorgänge nehmen. Eine Gruppe loyaler U-Boot-Kommandanten, die außerhalb der Förde mit ihren Booten übte, plante zunächst eine Gegenaktion gegen die Meuterer in Kiel. Allerdings bekamen sie einen Funkspruch vom Inspektionsschiff *SMS Meteor*, in dem es hieß: „Auseinandersetzung mit Waffengewalt mit jetzigen Machthabern in Kiel vermeiden.“⁹⁶ Daraufhin wurde die Aktion abgebrochen.

Die Verbreitung der Revolution in der Provinz Schleswig-Holstein

Spätestens ab dem Morgen des 5. November 1918 lag die Aufgabe der Niederschlagung des Kieler Matrosenaufstandes nicht mehr in der Hand der Marine, sondern beim kommandierenden General des stellv. IX. Armeekorps General von Falk in Altona. Allerdings hatte der Einsatz der Ersatzbataillone am 4. November bereits die Unmöglichkeit einer gewaltsamen Eindämmung des Aufstands in Kiel aufgezeigt. Auch bei einem Einsatz von Schusswaffen standen den wenigen Heeresrekruten nun tausende bewaffnete Matrosen gegenüber, die – theoretisch – auf eine große Anzahl an Schiffgeschützen zurückgreifen konnten und zudem von Marineflugzeugen aus Kiel aktiv unterstützt wurden.⁹⁷ Erschwerend kam hinzu, dass sich der Aufstand der Matrosen auf andere Standorte ausbreitete. Noch im Verlauf des 5. Novembers erlangten Matrosen in Brunsbüttel und Cuxhaven, also bereits beiderseits der Elbe, die volle militärische Kontrolle. In Cuxhaven hatte eine Matrosenvereinigung unter der Führung von Karl Baier den Umsturz bereits vorab vorbereitet und reagierte nun auf die Ereignisse in Kiel. In Brunsbüttel lagen die Schiffe des in Unruhe befindlichen I. Geschwaders der Hochseeflotte. Aus diesem Grund führte Vizead-

95 BA MA RM 8/1007.

96 BA MA RM 8/1009.

97 BA MA RM 112/120.

miral Kraft das III. Geschwader von Kiel aus nicht nach Brunsbüttel, sondern nach Travemünde. Vier Torpedoboote der Schulflottille begleiteten die Schiffe. An Bord der vier Großlinienschiffe herrschte permanent eine spannungsgeladene Atmosphäre. Befehle und Anweisungen wurden von den Besatzungen nur mit großem Misstrauen und kaum verborgener Provokation befolgt. Um 7.10 Uhr sendete SMS *König* einen letzten Funkpruch an den Geschwaderchef, danach blieb die Verbindung nach Kiel unterbrochen. Gegen Mittag ankerten die Schiffe vor Travemünde. Ungeachtet der Gefahr für Travemünde und Lübeck und ohne Rücksprache mit den örtlichen Behörden, gewährte Kraft unter dem Druck der Matrosen erneut Urlaub. Die Torpedoboote der Schulflottille brachten die Besatzungen an Land.⁹⁸ Die Matrosen zogen von Travemünde aus in großen Trupps bis nach Kücknitz, von wo aus sie die Straßenbahn nach Lübeck nehmen konnten. Andere wiederum bemächtigten sich kleinerer Boote und gelangten so auf dem Wasserweg in die Hansestadt. In Lübeck befanden sich neben dem Stab der 81. stellv. Brigade nur die Ersatzkompanien des 162. Infanterieregiments und Teile des Ersatzbataillons des Reserveinfanterieregiments Nr. 84. Die Kompanien des 162. Infanterieregiments waren bereits am Vortag zur Unterdrückung des Aufstandes nach Kiel gefahren. Ein Teil der Kompanien hatte sich vor Ort der Bewegung angeschlossen, die 4. Kompanie war entwaffnet und in einem Zustand der Unruhe zurückgekehrt. Dennoch versuchten der Stadtkommandant Oberst von Kuenheim und Generalleutnant von Wright die Stadt militärisch zu sichern. Als eine große Matrosengruppe sich dem Lübecker Soldatenheim näherte, fanden sie dieses durch ein starkes Militär- und Polizeiaufgebot gesichert. Schnell zeigte sich, dass es für die unbewaffneten Matrosen schwierig würde, alleine die Kontrolle über die Stadt zu übernehmen. Allerdings erzeugte das Auftreten der Matrosen eine große Anziehung auf die Bevölkerung. Spontan kam es an mehreren Orten in der Stadt zu Sympathiekundgebungen. Um 18 Uhr sprach ein Matrose im Lübecker Gewerkschaftshaus und forderte die Garnison zum Anschluss an die Kieler Bewegung auf. In den folgenden Stunden kam es zum Umsturz in Lübeck. In der alten Kaserne übernahm ein Offiziersstellvertreter mit einer etwa hundertköpfigen Soldatenabteilung die Kontrolle, Matrosen und Soldaten bewaffneten sich in der örtlichen Waffenkammer. In der neuen Kaserne lag unter anderem eine Maschinengewehr-Ersatzkompanie. Als Matrosen dort den Anschluss an die Bewegung forderten, erhielten sie zunächst eine blinde Maschinengewehrsalve als Antwort. Dies war allerdings nur eine Geste. Es kam zu einem kurzen Handgemenge, dann war die neue Kaserne in der Hand der Matrosen. Ein Großteil der Garnison wechselte die Seiten.⁹⁹

98 BA MA RM 8/1008.

99 StAL L II 290-2. – StAL L II 290-4.

Generalleutnant von Wright, der angeblich zunächst mit der Pistole in der Hand versuchte die Matrosen aufzuhalten, sah sich außer Stande die Ausbreitung der Bewegung in Lübeck mit den vorhandenen Truppen zu verhindern. Er versuchte noch in der Nacht zum 6. November aus Ratzeburg Ersatzkompanien des 9. Jägerbataillons heranzuführen, doch wurden im Verlauf des 6. Novembers alle in Lübeck verbliebenen Heeresoffiziere verhaftet und im Hotel International unter Bewachung gestellt.¹⁰⁰

Neben dem Übergreifen der neuen Bewegung auf Cuxhaven, Brunsbüttel und Lübeck, drei räumlich ohnehin schon weit voneinander getrennte Orte, brachte vor allem auch die Entwicklung in Warnemünde das stellv. IX. Armeekorps in arge Bedrängnis. Durch flüchtende Torpedoboote aus Kiel, örtliche Zeitungen aber auch durch die enge Verbindung zwischen den Marinefliegereinheiten in Kiel und Warnemünde, hatte der Aufstand bereits am Mittag des 5. November Warnemünde erfasst. Es war nur eine Frage von Stunden bis Rostock und das Umland ebenfalls betroffen sein würden. Dadurch blieben alle potentiellen Verstärkungen des stellv. IX. Armeekorps aus Mecklenburg vor Ort gebunden. Eine Abriegelung der betroffenen Städte war mit den noch verfügbaren Truppen nicht mehr möglich. Sie hätten ausgereicht, um innerhalb von 48 Stunden eine Stadt wie Kiel von Land her militärisch abzuriegeln, aber das Hinzukommen all dieser neuen Unruheherde führte zu einer Zersplitterung der wenigen verfügbaren Reserven. Angesichts der raschen Ausbreitung der Unruhen, forderte General von Falk bereits am 4. November im Kriegsministerium Fronttruppen an. Diese Verstärkung wurde ihm auch zugesagt.

Nach der Zusage der Verstärkung sah Falk seine vordringlichste Aufgabe darin, so lange wie möglich die Kontrolle über den Raum Hamburg-Altona zu behalten und dort die versprochenen Fronttruppen zu erwarten. Die verbliebenen loyalen Heeresverbände außerhalb von Hamburg und Altona erfüllten die Funktion eines Puffers, durch den die Ausbreitung der Bewegung abgebremst werden sollte. Darüber hinaus wurden Telegraf-, Funk- und Telefonverbindungen unterbrochen, zudem gelang es bereits frühzeitig, einen Teil der Züge aus Kiel abzuziehen und die Bahnlinie Hamburg-Kiel bei Bordesholm zu unterbrechen.¹⁰¹ Ähnlich wurde nach dem Bekanntwerden der Unruhen in Lübeck verfahren. Die Züge verkehrten von da an nur noch nach Bad Oldesloe, wo noch ein kleines loyales Infanteriekommando stationiert war. Im Hamburger Hauptbahnhof wurden Züge in den Norden angehalten und Militärpersonen die Weiterfahrt in die aufständischen Gebiete untersagt.

100 Neue Hamburger Zeitung, Abendausgabe vom 6. November 1918, Nr. 569, S. 1.

101 BA MA RM 8/1009.

Neumünster bildete in dieser Zeit den Schwerpunkt in den Bemühungen zur Isolierung der Matrosen. Hauptmann Trowitz erhielt dort den Befehl, die aufständischen Matrosen am Vordringen nach Süden zu hindern. Dazu ordnete General von Falk die Verstärkung der Truppen in Neumünster durch Hinzuziehung des Ersatzbataillons des 31. Reserveregiments sowie eines Panzerzuges und zweier Geschütze der 9. Ersatzfeldartillerie aus Itzehoe an. Trowitz richtete sich derweil in Neumünster zur Verteidigung ein. Er ließ in Bordesholm eine Beobachtungsstelle einrichten und nördlich von Neumünster, bei Einfeld, durch zwei Kompanien Artilleriestellungen anlegen. Die Straße nach Neumünster wurde durch Patrouillen überwacht und in Neumünster Landwehr, Bürgerwehr und Polizei in Sicherheitsaufgaben miteingebunden. Trowitz' persönliche Aufzeichnungen lassen diesen im Vergleich zu den Kieler Marineoffizieren überaus reaktionär und aktiv erscheinen. Erwecken seine späteren Schilderungen zunächst den Anschein übertriebener Selbstdarstellung, werden sie jedoch durch verschiedene Augenzeugen belegt. So etwa durch den Leiter der örtlichen Marine-Nachrichtenstelle, dem Trowitz den Befehl übermittelte, seine Station bis zum letzten Mann zu verteidigen – was angesichts der kleinen Besatzung und einer Bewaffnung von gerade einmal 20 russischen Beutegewehren für den Wachdienst etwas merkwürdig klingen mochte.¹⁰² Allerdings gelang Trowitz mit seinen Maßnahmen zunächst die erfolgreiche Abriegelung von Neumünster. Mehrere Fahrzeuge mit bewaffneten Matrosen wurden angehalten, die Insassen entwapnet und ins Gefängnis von Altona gebracht. Größere Probleme bereitete dagegen die stetig anwachsende Zahl von Marineangehörigen am Bahnhof Neumünster. Einerseits handelte es sich um Urlaubsrückkehrer oder um nach Kiel kommandierte Marineangehörige aus dem Süden, andererseits waren es vielfach Flüchtlinge aus dem Norden. Die Neumünsteraner Offiziere registrierten hunderte Matrosen, die nach eigener Aussage kein Interesse gehabt hatten, sich der Revolution anzuschließen, aber auch mehrere dutzende Offiziere und Deckoffiziere, teils in ziviler Kleidung, teils in Uniformen mit abgerissenen Abzeichen und Schulterstücken. Mit den Flüchtlingen gelangten auch zahlreiche Falschmeldungen und Horrorgeschichten nach Neumünster. So gingen Gerüchte um, die Meuterer hätten in Kiel bereits zahlreiche Offiziere exekutiert, andere noch lebend in die Kesselfeuer von Kriegsschiffen geworfen. Admiral Souchon sei verwundet und eine Geisel der Rebellen. Zudem seien bewaffnete Meuterer auf dem Weg nach Neumünster.¹⁰³ Die Matrosen wurden zunächst unter Bewachung zum Exerzierhaus der Neumünsteraner Kaserne gebracht, wo ihre Zahl auf annähernd 800 Mann anstieg. Auf mehrmaliges Anfragen erschien aus Rends-

102 BA MA RM 8/1009.

103 BA MA N 233/76.

burg ein Major, der als Bahnhofskommandant die Aufgabe übernahm, in Neumünster für Ordnung zu sorgen. Während Trowitz energisch für eine Rücksendung oder Verhaftung der Matrosen eintrat, ordnete der Major die Freilassung der bislang festgehaltenen Männer und die Ausstellung von Urlaubsscheinen für alle Marineangehörigen an. Er begründete dies damit, dass so der Druck von Kiel genommen und die dortigen Meuterer geschwächt würden. Nach anfänglichem Zögern folgte das stellv. IX. Armeekorps dieser Einschätzung. Mit zwei Schreibern fertigte der Bahnhofskommandant massenhaft Urlaubsscheine aus und stellte zugleich über 1.000 Schusswaffen sicher. Die Lage in Neumünster blieb weiterhin ruhig, aber angespannt.

Mittwoch, 6. November 1918

Am Morgen des 6. November musste Hauptmann Trowitz erkennen, dass er in Neumünster zunehmend auf verlorenem Posten stand. Nachdem er am 5. November noch kurz vor Mitternacht eine Anzahl zusätzlicher Maschinengewehre aus dem ca. 25 km südwestlich gelegenen Lockstedter Lager erhalten hatte, erfuhr er, dass auch dort Unruhen ausgebrochen waren. Das Lockstedter Lager war der zentrale Truppenübungsplatz des IX. Armeekorps und ständig mit Heerestruppen belegt. Im November 1918 wurde das Lager auch als Kriegsgefangenenlager genutzt. 1.200 russische Gefangene und eine kleinere Anzahl britischer Soldaten waren dort untergebracht. Nach den Plänen der Marineführung sollten auch 350 aufrührerische Matrosen aus Wilhelmshaven und weitere 100 aus Kiel im Lockstedter Lager interniert werden. Es gibt Hinweise darauf, dass man dort auch die Aufstellung von Marine-Strafkompanien plante.¹⁰⁴ Insgesamt befanden sich etwa 3.000 Soldaten im Lager, als in Kiel die Unruhen ausbrachen. Stärkster Verband war die etwa 1.600 Mann starke MG-Ersatzabteilung Flensburg. Die Matrosen in Kiel wussten um die Bedeutung des Lagers als Heeresstandort, allerdings rechneten sie dort mit einer weitaus größeren Anzahl Soldaten, als in Wirklichkeit vor Ort waren.¹⁰⁵ Am Morgen des 6. November blockierten Matrosen aus Kiel die Bahnlinie in der Nähe des Lockstedter Lagers und zwangen so den für Neumünster angeforderten Panzerzug zur Umkehr nach Itzehoe. Bald darauf brachen Unruhen im Lockstedter Lager aus, Teile der Besatzung schlossen sich den Matrosen an. Daraufhin wurden die Einheiten des Ersatzbataillons des 31. Regiments aus Heide und die Artillerieeinheiten aus Itzehoe nicht nach Neumünster, sondern in Richtung Lockstedter Lager in Marsch gesetzt. Al-

104 Archiv IMMH Karton 29a.

105 Forstner, Berlin, S. 45.

lerdings verweigerten auch diese Soldaten zunehmend den Gehorsam, je näher sie dem Lager kamen. Während die Itzehoer Soldaten bereits nach einigen hundert Metern umkehrten, kamen die Soldaten aus Heide bis Edendorf bei Itzehoe und weigerten sich, von dort aus weiter zu marschieren. Die Soldaten im Lockstedter Lager unternahmen ihrerseits Maßnahmen, um sich vor einem Überfall zu schützen. Als sich in der Nacht zum 6. November die Gerüchte mehrten, die Wandsbeker Husaren würden zur Niederschlagung des Aufstandes anrücken, besetzten mehrere Soldatenabteilungen die Stadt Kellinghusen und richteten sich dort zur Verteidigung ein.¹⁰⁶ In Itzehoe lagen neben dem zur Umkehr gezwungenen Panzerzug des 31. Infanterieregiments die reguläre Garnison, bestehend aus Ersatzeinheiten des Feldartillerieregiments Nr. 9. Zwar hatten die Soldaten ein Vorgehen gegen die Meuterer im Lockstedter Lager verweigert, jedoch besaßen die Offiziere noch immer genug Autorität, um die Ausgänge der Stadt durch Sperrposten und Maschinengewehre zu besetzen. Dabei konzentrierten sich diese Maßnahmen vor allem auf die Vorgänge in Kiel und Lockstedt, die Orte, von denen aus ihrer Meinung nach die wahrscheinlichste Gefahr drohte. Dennoch erreichte die Bewegung Itzehoe letztlich aus einer anderen Richtung. Im westlichen Brunsbüttel hatten am 5. November gegen 20.00 Uhr Matrosen des I. Geschwaders offen gemeuert und im Laufe der Nacht sowohl die Masse der Matrosen aller dortigen Schiffe als auch die an Land stationierten Marineartilleristen auf ihre Seite gezogen. Zwar hatte man sogleich ein kleines Infanteriekommando in Richtung Brunsbüttel in Marsch gesetzt, jedoch wusste offenbar noch niemand in Itzehoe, dass die Soldaten gleich zu den Meuterern übergelaufen waren.¹⁰⁷ Nachdem die Matrosen sich der Kontrolle über Brunsbüttel und die dortigen Schiffe vergewissert hatten, machte sich ein 50köpfiges bewaffnetes Kommando in einem beschlagnahmten Regionalzug von Wilster aus auf den Weg nach Itzehoe. Der dortige Bahnhof war nicht militärisch gesichert worden. Die Matrosen besetzten vor Ort den Panzerzug und sandten eine 12köpfige Abordnung zur Artilleriekaserne. Die dortige Wache wurde ohne Widerstand entwaffnet und eine rote Flagge gehisst. Um 19.00 Uhr bildeten Soldaten des 31. Infanterieregiments und des 9. Feldartillerieregiments zusammen mit einigen Itzehoer Einwohnern einen Arbeiter- und Soldatenrat, wobei die 14 Kieler Punkte erneut als Vorlage dienten. Nach der Versammlung stoppten die anwesenden Matrosen die Regionalbahn auf der Strecke Heide-Hamburg und ließen sich nach Brunsbüttel zurückfahren.¹⁰⁸

106 Möller, Hamburg, S. 194.

107 BA MA RM 8/1007.

108 Möller, Hamburg, S. 194-196.

Die Bewegung aus Kiel hatte Schleswig-Holstein bereits am frühen Morgen des 6. November gespalten. Im Norden lagen unter anderem noch die Marinestützpunkte Flensburg und Sonderburg, die zunächst der zentrale Anlaufpunkt für flüchtende Schiffe aus Kiel und loyale Einheiten in der Ostsee gewesen waren. In Flensburg war Kapitän zur See Moritz von Egidy von der Marineschule der ranghöchste Offizier. Abgesehen von einigen Torpedobooten und Booten der Schulflottille befanden sich in Flensburg das aus Kiel geflüchtete Schulschiff *SMS Schlesien* und das ebenfalls als Schulschiff genutzte Panzerschiff *SMS Württemberg*. Im benachbarten Glücksburg lag Konteradmiral von Karpf mit *SMS Regensburg* und *SMS Bremse*, im nahen Sonderburg warteten *SMS Straßburg* und *SMS Brummer*. An weiterem Militär gab es in Flensburg noch Ersatzeinheiten des 86. Infanterieregiments, einen stellv. Brigadestab, dann die örtliche Seewehr, verschiedene Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen und einen Lehr- und Flugzeugsonderverband der I. Seefliegerabteilung.¹⁰⁹ Am Morgen des 5. November hatte es zunächst noch danach ausgesehen, als ob langsam die Niederschlagung der Kieler Bewegung eingeläutet würde. Während Meldungen in Flensburg eintrafen, die besagten, dass Einheiten des stellv. IX. Armeekorps langsam begannen, Kiel von der Landseite her zu isolieren, wurden zugleich alle noch loyalen Seeinheiten auf der Ostsee unter das Kommando von Admiral Hipper gestellt. Die Stimmung unter den Besatzungen begann sich scheinbar langsam zu beruhigen. Der Kommandant des Minenkreuzers *SMS Bremse* machte mit seiner Besatzung sogar einen Tagesausflug.¹¹⁰ Am Nachmittag des 5. November hatten sich jedoch dann die Anzeichen dafür gemehrt, dass die Bewegung in Kiel auf einem Erfolgskurs war. Die Zeitungen berichteten offen von Verhandlungserfolgen der Kieler Matrosen mit Gouvernement und Regierung, ein Abgesandter der Garnison flog von Flensburg nach Kiel, um dort weitere Informationen einzuholen. Vor allem hatten die Kieler Matrosen nun Zugriff auf diverse Funkeinrichtungen. Auch wenn die Verschlüsselungstafeln unbrauchbar gemacht worden waren, gaben die Matrosen eine Vielzahl unverschlüsselter Befehle durch, in dem sie zum Beispiel alle Schiffe in der westlichen Ostsee zur Rückkehr nach Kiel aufforderten. Vor allem die Ankündigung, dass Torpedoboote unter roter Flagge ausgesandt worden seien, um die übrigen Schiffe notfalls durch Gewalt zurückzuholen, löste Unruhe aus. Kapitän zur See Egidy spielte für einige Zeit mit dem Gedanken, mit seinen Offiziersschülern zumindest die Marineschule zu verteidigen. Zu diesem Zweck ließ er diese bewaffnen und mit Munition versorgen. Da die jüngeren Seekadetten in der Regel aber unter 18 Jahre alt waren und ein alleiniger Kampf wenig Aussicht auf Erfolg hatte, nahm er

109 BA MA RM 31/2390.

110 BA MA RM 8/1008.

im Verlauf des 6. November davon Abstand. In der Obhut der Schule befanden sich jedoch neben einigen Angehörigen bedeutender Adelsfamilien auch zwei Prinzen. Bei dem einen handelte es sich um Prinz Heinrich aus dem regierenden Fürstenhaus Reuß (jüngere Linie), der andere war Prinz Paul, ein Neffe des deutschen Kaisers und späterer König von Griechenland. Da es ungewiss war, welche Ausmaße ein Matrosenaufstand in Flensburg annehmen konnte (aus Kiel kamen fortwährend Gerüchte über die Erschießung von Offizieren), bestand ernsthafte Sorge um die Sicherheit der Prinzen. Die Nacht verlief letztlich ohne Zwischenfälle, doch wurden die Prinzen durch bewaffnete Marinepiloten bewacht und am Folgetag durch Marineoffiziere in Sicherheit gebracht.¹¹¹ Am 6. November breitete sich der Aufstand scheinbar unaufhaltsam nach Norden aus. Die Soldaten des Ersatzbataillons aus Flensburg schlossen sich auf ihrem Vormarsch nach Süden ebenfalls der Bewegung an, und auch in Eckernförde, wo sich vor allem Einrichtungen der Kieler U-Bootschule befanden, meuterte im Verlauf des Vormittags die Masse der dortigen Matrosen und Soldaten. Bis auf das Wohnschiff *Waltraute* liefen zuvor alle übrigen U-Boote und Schiffe aus, um vor der Revolution Richtung Osten zu fliehen.¹¹² Auch die Kreuzer von Konteradmiral von Karpf verließen Glücksburg und Sonderburg und fuhren in Richtung Swinemünde. Kapitän von Waldeyer-Hartz entschied sich zunächst noch dafür, mit *SMS Schlesien* in Flensburg auszuharren. Am Abend des 6. November stand ein Übergreifen der Revolution auf Flensburg unmittelbar bevor.¹¹³ Da aus Kiel die Nachricht eintraf, dass übergelaufene Torpedoboote mit dem Auftrag der Versenkung der *SMS Schlesien* vor der Förde lauerten, gab Waldeyer-Hartz seiner Mannschaft die Möglichkeit, das Schiff zu verlassen. Er verlor dadurch am Ende über die Hälfte seiner Besatzung und einen Großteil seiner Unteroffiziere, doch konnte er danach sein Schiff wieder ohne Widerspruch führen. Angesichts der scheinbar aussichtslosen Lage, einen sicheren Hafen anzulaufen, ohne dabei in ein Seegefecht verwickelt zu werden (auch die Besatzung in Sonderburg hatte sich inzwischen dem Aufstand angeschlossen), entschloss sich Waldeyer-Hartz zu einem Anlaufen der dänischen Insel Aarö. Dort nahm er Verbindung mit dem kaiserlichen Marineattaché in Kopenhagen auf. Offiziell gab Waldeyer-Hartz Wassermangel als Grund für das Anlaufen eines dänischen Hafens an, die dänischen Behörden kooperierten. Der deutsche Attaché sandte dem Fregattenkapitän kurz vor Ablauf der Frist, die das Anlaufen eines neutralen Hafens einräumte, den Befehl aus Berlin, ebenfalls nach Swinemünde zu fahren.¹¹⁴

111 Hauser, Berlin, S. 42f.

112 Archiv IMM, Karton 93.

113 Waldeyer-Hartz, Berlin, S. 23.

114 BA MA RM 31/2390.

Ausblick

Am frühen Mittag des 6. November 1918 informierte das Generalkommando Hauptmann Trowitz in Neumünster über den Erfolg der Bewegung in Lübeck, Flensburg, Schleswig, Rendsburg und Ratzeburg und befahl ihm um 11.30 Uhr, jeden Widerstand einzustellen. Trowitz, der inzwischen seine kämpferische Haltung vollständig eingebüßt hatte, entließ seine Offiziere in den Urlaub und gab sein Kommando auf, wodurch alle Verkehrswege von Kiel nach Hamburg frei wurden.¹¹⁵ Etwa eine Stunde später sah sich General von Falk selbst gezwungen, Altona zu verlassen und sich nach Lüneburg in Sicherheit zu bringen – noch immer in der irrigen Annahme, eine bald eintreffende Frontdivision würde ihm von dort aus die Rückeroberung Hamburgs und Norddeutschlands ermöglichen.¹¹⁶ Hamburg war zu diesem Zeitpunkt bereits von bewaffneten Arbeitern, Matrosen und Soldaten weitgehend besetzt worden. Altona folgte am späten Mittag des 6. November.

Nachdem sich am 6. November 1918 alle wichtigen Marinehäfen in Schleswig-Holstein der neuen Bewegung angeschlossen hatten, brach auch in rascher Folge die zuvor von Kiel aus gesteuerte Sundsicherung in sich zusammen. Nach und nach schlossen sich die Schiffe und Boote auf der Ostsee der neuen Bewegung an. Einzelne loyale Besatzungen folgten ihren Kommandanten ins Exil. Mindestens fünf U-Boote, zwei Torpedoboote und eine Reihe von Hilfsschiffen ließen sich im neutralen Schweden internieren, andere Boote wurden in deutschen Ostseehäfen von ihren Kommandanten aufgegeben und die Besatzungen beurlaubt. Verschiedene Schiffe harrten so lange auf See aus, bis ihnen Treibstoff und Verpflegung auszugehen drohten. Die kaiserliche Marine versuchte im befestigten Swinemünde noch einmal einen Teil der verbliebenen loyalen Marineverbände zu sammeln, aber allein die Gerüchte nahender rotbeflaggter Kriegsschiffe lösten unter den dortigen Besatzungen Unruhe aus und verleiteten den nunmehr Oberkommandierenden, Konteradmiral von Karpf, in einer panikartigen Aktion seine wichtigsten Schiffe alle außer Dienst zu stellen, die Munitionskammern zu fluten und die Besatzungen zu beurlauben. Auch wenn diese Anordnungen durch die Marineführung in Berlin innerhalb von 24 Stunden wieder rückgängig gemacht wurden, gab es keinen weiteren Versuch mehr, auf der Ostsee einen loyalen Flottenverband zu sammeln. Gleiches galt für die Heeresverbände in Norddeutschland. Nachdem am 7. November auch Hannover von meuternden Matrosen und Soldaten übernommen worden war, brachen alle weiteren Rückeroberungspläne für Hamburg und den Norden in sich zusammen. Bereits am 8. November

115 BA MA N 233/76.

116 LASH Abt. 399 1229-5.

ging Falks Stab auseinander, er selbst flüchtete nach Berlin. Dort wurde am 9. November die Republik ausgerufen.

Quellen und Darstellungen

Ungedruckten Quellen

- Bundesarchiv Militärarchiv Reichsmarinearchiv, Freiburg* [BA MA RM]
3/11679, 8/1007, 8/1008, 8/1009, 8/1012, 8/1022, 8/1025, 8/1026, 8/1027, 8/1031,
30/3211, 31/2097, 31/2373, 31/2388, 31/2390, 112/120.
- Bundesarchiv Militärarchiv Nachlass, Freiburg* [BA MA N]
N 233/76, N 156/31, N 156/2, N156/2.
- Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR* [BA SAPMO]
BA SAPMO SgY 30/0022.
- Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig* [LASH]
Abt. 399 1229-5, Abt. 309 8305.
- Niedersächsisches Landesarchiv, Bückeburg* [NLA BU]
Dep. 18 H Nr. 43.
- Stadtarchiv Lübeck, Lübeck* [StA L]
L II 290-2, L II 290-4.
- Archiv Internationales Maritimes Museum Hamburg, Hamburg* [Archiv IMMH]
Karton 29a, Karton 93.

Gedruckte Quellen und Darstellungen

- Dähnhardt, Dirk: *Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19*. Neumünster 1978.
- Esmarch, Kurt: *Der Herd der deutschen Revolution*. In: *Hamburger Warte* Nr. 48 vom 22. November 1919.
- Fengler, Max: *Die letzten Stunden auf SMS König*. In: *Nachrichtenblatt der Marineoffizier-Hilfe*, Heft 7, Krefeld 1958.
- Forstner, Georg-Günther von: *Novemberspuk. Erlebnisse 1918 bis 1920*. Berlin 1939.
- Geckeler, Christa: *Erinnerungen an Kiel zwischen den Weltkriegen 1918-1939*. Husum 2007.
- Hauser, Heinrich: *Kampf. Geschichte einer Jugend*. Berlin 1934.
- Käppner, Joachim: *1918 – Aufstand für die Freiheit: Die Revolution der Besonnenen*. München 2017.
- Kollex, Knut-Hinrik: „Sturm auf zur Demokratie?“ Handlungsspielräume aufständischer Matrosen zwischen Revolution und Reaktion am Beispiel der Provinz Schleswig-Holstein. Eine Projektskizze. In: *MGSHG* 92 (April 2017), S. 64-72.
- Kuhl, Klaus: *Kiel und die Revolution von 1918. Das Tagebuch eines Werftingenieurs, verfasst in den Jahren 1917-1919*. Berlin 2018.

- Lübcke, Christian: Revolution in Kiel! Das geschah im November 1918. Eltville 2017.
 Möller, Reimer: Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch (1860-1933). Hamburg 2007.
 Rackwitz, Martin: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik. Kiel 2018.
 Stölzel, Albert: Ehrenrangliste der Kaiserlich Deutschen Marine 1914-1918. Berlin 1930.
 Stolz, Gerhard: Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein. Heide 1978.
 Waldeyer-Hartz, Hugo: An Bord des Kriegsschiffs „Schlesien“ bei Ausbruch der Revolution. Berlin 1919.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Christian Lübcke
 Hagenower Str. 3
 25436 Tornesch
 E-Mail: Dr.Christian-Luebcke@gmx.de

Die „Germanischen Wettkämpfe“ in Neumünster 1937

Von Alfred Heggen & Carsten Obst

Sport und Politik

Die zunehmende politische Bedeutung des Sports auf internationaler Ebene wurde nach dem Ersten Weltkrieg deutlich: Das Olympische Komitee schloss die Mannschaft des Deutschen Reiches von den Spielen in Antwerpen 1920 und Paris 1924 aus. Dieser Beschluss und die Wahl der Austragungsorte hatten eine hohe politische Symbolkraft, denn damit sollte der nach Art. 231 des Versailler Vertrages Alleinschuldige für den Ausbruch des Krieges aus der Völkergemeinschaft ausgeschlossen werden, während Belgien und Frankreich eine Art Wiedergutmachung erhielten. Deshalb griff der „Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen“ (DRA) die schon vor dem Krieg entwickelte Idee der „Deutschen Kampfspiele“ auf und führte sie 1922 erstmalig als bewusste Gegenveranstaltung zu den Olympischen Spielen durch.¹ Die im Vierjahresrhythmus stattfindenden sportlichen Wettkämpfe wurden begleitet durch ein kulturelles Rahmenprogramm, die Teilnehmer kamen auch aus dem Elsass, dem Sudetenland und aus Österreich. Da Deutschland seit 1928 wieder an der Olympiade in Amsterdam teilnehmen durfte, entfiel der politische Charakter als Gegenveranstaltung, zumal das Reich 1931 die Austragung der Spiele in Berlin 1936 zugesprochen bekam.

Dieses Ereignis wusste das NS-Regime als sorgfältig geplante Selbstdarstellung zu inszenieren, um der Welt ein propagandistisch verfälschtes Bild von Deutschland vorzuführen. Da es wegen der Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Mitbürger – im Jahr zuvor waren die Nürnberger Rassegesetze verkündet worden – im Vorfeld der Olympischen Spiele zu Boykottandrohungen gekommen war, untersagte das Regime alle derartigen öffentlichen Verlautbarungen. Die sportlichen Erfolge der deutschen Mannschaft (Platz 1 im Medaillenspiegel vor den USA) und manch positive internationale Resonanz stärkten sowohl das Ansehen des Regimes als

1 Vgl. Diem/Borowik/Devantier, Deutsche Kampfspiele.

auch das nationale Selbstbewusstsein weiter Teile der Bevölkerung und die Bedeutung des Sports allgemein.

In diesen kurz skizzierten großen Rahmen müssen die „Germanischen Wettkämpfe“ 1937 in Neumünster eingeordnet werden, die zusammen mit den reichsweit veranstalteten Kreissportfesten nur hier stattfanden. Ziel der folgenden Ausführungen ist es, die damit verbundenen politischen, ideologischen und rassistischen Implikationen herauszuarbeiten.

Grundlage der Darstellung sind die im Bundesarchiv Berlin bzw. Koblenz überlieferten Dokumente² und die mediale Vermittlung dieses Ereignisses im „Holsteinischen Courier“, dessen Berichterstattung Rückschlüsse auf die politischen Intentionen der Veranstalter zulässt. Anschließend wird die Rolle des Organisators Karl Schlabow untersucht und sein weiterer beruflicher Werdegang vor und nach 1945 geschildert.



Abb. 1: Umzug von Arbeitersportvereinen auf dem Großflecken in Neumünster 1932 (nach Vorlage im Stadtarchiv Neumünster).

² Vgl. BArch Berlin, NS 21/2321: Akten des Ahnenerbes. – BArch Berlin, R-9361 – IX: NSDAP-Mitgliederkartei. – BArch Berlin, R 9361 – III 176432: Rasse- und Siedlungshauptamt der SS. – BArch Koblenz, Z 42 IV/3203: Entnazifizierungsakte Karl Schlabow.

Sport in Neumünster

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren in Neumünster zahlreiche Sportvereine entstanden, wobei starke Einflüsse der allgemeinen Sportentwicklung erkennbar wurden: Turnen, Leichtathletik, Radfahren, Tennis, Fußball und Motorradrennen gehörten zu den hier betriebenen und beliebten Sportarten. Um 1930 gab es in der Stadt ein florierendes Vereinsleben.

Die sog. Machtergreifung 1933 bedeutete für die Sportvereine, die zum Teil einen hohen Leistungsstand aufwiesen, einen schwerwiegenden Einschnitt.³ Im Rahmen der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik gingen viele Vereine bereits 1933 zum Führerprinzip über, das die bisher üblichen Vorstandswahlen ersetzte. Auf offenen Widerstand stieß diese Maßnahme anscheinend nicht; stattdessen gelangten jetzt im NS-Sinne zuverlässige Personen in die Vereinsvorstände.

Mehrere zum Arbeitersport gehörende Vereine, die den Gewerkschaften, der SPD und der KPD nahestanden, wurden zwangsweise aufgelöst. Allgemein gab es Schwierigkeiten in der Jugendarbeit, da die jungen Mitglieder durch den Dienst in der HJ und im BDM sowie durch die Einberufungen zum RAD, zum Landjahr und später zur Wehrmacht kaum noch Vereinssport betreiben konnten. Bereits 1933 musste die gesamte Jugendabteilung des MTSV Olympia v. 1859 e. V. Neumünster aufgrund einer entsprechenden Anordnung zur Hitlerjugend wechseln.

Gleichzeitig nutzte die NSDAP sportliche Ereignisse für ihre Propaganda. Ein Beispiel dafür ist die Einweihung der neuen Schwimmhalle in der Klosterstraße am 4. April 1937. Dazu gehörten eine sog. Führerehrung, Schwimmwettkämpfe und die Teilnahme eines Teams der Kriegsmarine.

Für die unter Nachwuchsmangel leidenden Sportvereine war es wohl nur ein schwacher Trost, dass 1936 der Neumünsteraner Willi Bandholz als Verteidiger zur deutschen Feldhandballmannschaft bei den Olympischen Spielen gehörte, die im Endspiel gegen Österreich die Goldmedaille gewann.

Die „Germanischen Wettkämpfe“ als politische Veranstaltung

„Willkommen zu Kampf und Spiel! – Neumünster grüßt seine Kreisfestgäste“ so titelte der „Holsteinische Courier“ am Freitag, dem 25. Juni 1937, auf der ersten Seite.⁴ Während sich das gemeinsame Grußwort von

³ Vgl. Kunkel/Heggen, Neumünster im Zeichen des Hakenkreuzes, S. 131-135.

⁴ Holsteinischer Courier [HC], vom 25. 6. 1937, vorhanden im Stadtarchiv Neumünster. – Der Begriff „Kreisfest“ bezieht sich nicht auf eine Verwaltungseinheit,

NSDAP-Kreisleiter Hans Christian Hingst (1895-1955) und Oberbürgermeister Max Stahmer (1900-1991) auf wenige formelhafte Worte des Willkommens beschränkte, akzentuierte der Führer der SA-Standarte 163 Friedrich-Georg Brinkmann (1898-1975) wesentlich deutlicher den politischen Charakter der Veranstaltung, wenn er die Teilnehmer als „eine große kämpferische Gemeinschaft“ charakterisierte, die nur ein Ziel kenne: „Erziehung zur körperlichen Ertüchtigung, Wehrhaftigkeit und Freiheit“. Er unterstrich dies mit einem Zitat von Adolf Hitler, wonach die „Leibesübungen im nationalsozialistischen Staat ... Dienst am Volk und Vaterland“ seien.⁵ Der Leitartikel auf der zweiten Seite führte den Gedanken der Wehrtüchtigung durch Sport auch im rasseideologischen und sozialdarwinistischen Sinne aus: „Denn nur ein in allen seinen Teilen durchaus gesundes Volk wird sich in der harten Auseinandersetzung im Kampf der Völker ums Dasein durchsetzen können.“⁶ Körperliche Ertüchtigung und politische Erziehung im nationalsozialistischen Sinne müssten dabei ganzheitlich Hand in Hand gehen, der Individualismus im Sport werde abgelöst durch den Gedanken des Dienstes an der wehrhaften „Volksgemeinschaft“.

So sollte denn auch der am folgenden Tag stattfindende Festabend in einem der größten Saalbetriebe Neumünsters, dem „Tivoli“, unter dem Motto „Wille und Wehr“ stehen. Der fahnengeschmückte Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, Hunderte von Besuchern mussten am Rand stehen, als zu Beginn verschiedene Delegationen einmarschierten und ihre Sportart kurz vorstellten, bevor Brinkmann die Anwesenden mit dem Motto begrüßte: „Jeder Deutsche muß ein Sportler sein!“⁷ Mit Nachdruck verwies er darauf, dass es im Dienste der Volksgemeinschaft keine „Kluft“ mehr gebe zwischen den Arbeitersport- und bürgerlichen Vereinen, weil der Sport der Entwicklung aller deutschen Menschen diene.

Im Anschluss an Brinkmann ergriff Oberbürgermeister Stahmer das Wort und dankte seinem Vorredner für die geleistete Organisationsarbeit. Er betonte, dass die Stadt das wehrsportliche Anliegen durch die Errichtung eines Schießstandes unterstützt habe, weil ihr dabei insbesondere die Erziehung der Jugend wichtig sei: „Ein tapferes Herz, ein gesunder Verstand und ein gestählter Körper, so laute heute der Dreiklang für unsere deutsche Jugend.“⁸ Mit diesen pathetischen Worten leitete er über zu einer

denn Neumünster war kreisfreie Stadt, sondern auf die Organisation des „Reichsbundes für Leibesübungen“ in Holstein: Die Teilnehmer kamen aus Rendsburg, Krempe, Elmshorn, Glückstadt, Pinneberg, Segeberg, Meldorf, Heide, Bramstedt und Wilster.

5 HC, vom 25. 6. 1937, S. 1

6 Ebd., S. 2.

7 HC, vom 28. 6. 1937.

8 Ebd. – Ob Stahmer mit seinem Zitat die bekannte Redewendung vom „gesunden Geist im gesunden Körper“ des antiken römischen Dichters Juvenal (Satire 10, 356:

Reihe von politischen Floskeln, die mit einem dreifachen „Sieg Heil!“ und dem Absingen des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes endeten.

Betrachtet man das gesamte Programm des Kreissportfestes, so machten die knapp zweistündigen „Kampfspiele und Tänze der Germanengruppe“ nur einen recht kleinen Teil der Veranstaltungen aus, in der medialen Vermittlung im „Holsteinischen Courier“ aber nahmen sie einen wichtigen Platz ein: So wurde in der Freitagsausgabe vom 25. Juni in der Programmvorschau einzig das Bild eines germanischen Reiters recht groß in die Mitte gerückt. Die Bilderfolge in der Montagsausgabe vom 28. Juni zeigte als sportlichen Beitrag nur einen Gewichtheber, dafür aber zwei Abbildungen der Germanengruppe und ein Wikingerboot aus dem sonntäglichen Festumzug durch die Stadt.

Eigentlicher Schwerpunkt des Kreissportfestes jedoch waren die leichtathletischen Wettkämpfe für Jungen und Mädchen sowie für Frauen und Männer; Schwimmen, Boxen, Ringen, Faustball, Kegeln, Fechten, Schießen, Gewichtheben und Tennis sowie ein Fußball- und ein Handballspiel bildeten ein umfangreiches Programm mit Hunderten von Teilnehmern und Tausenden von Zuschauern. Der Volksfestcharakter der Veranstaltung wurde durch einen Festumzug durch die Stadt, ein Luftwaffenkonzert und ein Spielefest auf dem Adolf-Hitler-Platz, ein „Riesenfeuerwerk“ und „Frohsinn in den Tanzzelten“⁹ unterstrichen.

Unter der Überschrift „Bedeutsamer Erfolg der Germanen-Kampfspiele“ wurden die vom Direktor des städtischen „Museum(s) germanischer Trachtenkunde“ Karl Schlabow (1891-1984) inszenierten Vorführungen einer „germanischen Sippe“ beschrieben: Die in nachempfundenen Trachten gekleideten Teilnehmer führten Kampfspiele und Tänze auf, wobei der Redakteur besonders unterstrich, dass es sich nicht um „Theatermacherei“, sondern um ein „außerordentlich ansprechendes Bild unserer germanischen Vorfahren“ handele, das auf „wissenschaftlich fundierter Gründlichkeit“ beruhe, wenngleich für die Tänze „stichhaltige Unterlagen wohl nicht beizubringen“ seien.¹⁰ Der Höhepunkt der Vorführungen war ein Wagenrennen, für das eine Neumünsteraner Firma zwei einachsige Rennvehikel gebaut hatte, die römischen Vorbildern nachempfunden waren und die darauf verweisen sollten, dass bereits die Germanen vor 3.000 Jahren derartige Gefährte gebaut hätten, was wissenschaftlich unhaltbar ist. Dass bei Schlabow viel Phantasie im Spiel war, zeigt auch die vorgeführte überdimensionierte Nachbildung des bekannten Sonnenwagens von Trundholm. Die politische Intention der „Germanen-Kampfspiele“ lag auf der Hand: Sie sollten verdeutlichen, dass die Wehrhaftigkeit der arischen

„Orandum est, ut sit mens sana in corpore sano.“) variieren wollte, soll hier nicht erörtert werden.

9 HC, vom 25. 6. 1937.

10 HC, vom 28. 6. 1937.

Rasse auf eine lange Tradition zurückblicken konnte, die ursprüngliche Idee des Sports sei kein individueller Leistungsvergleich, sondern funktional überlebenswichtig für die „Sippe“ beim Kampf ums Dasein.

Der weltanschauliche Charakter des Kreissportfestes wurde am Sonntag, dem 27. Juni, durch den großen Festumzug unterstrichen: An der Spitze marschierten Formationen der Wehrmacht, der Luftwaffe und Abordnungen der Partei von der SA bis zur HJ und dem BDM. Es folgten die Abordnungen der Sportvereine, die „ein farbenfreudiges, buntschillerndes Bild“ boten.¹¹ Wesentlich ausführlicher ging der Bericht dann auf den letzten Teil des Umzuges ein, der vornehmlich von historischen Trachtengruppen aus Schleswig-Holstein bestimmt wurde: Der germanischen Trachtengruppe folgten die Modelle eines Wikingerschiffes, der Neulandhalle samt Adolf-Hitler-Koog und der Thingstätte am Bad Segeberger Kalkberg; insgesamt zählte man rund 30 Gruppen aus den verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins sowie Industriebetriebe, Handwerker und Bauern als Spiegelbild der viel beschworenen „Volksgemeinschaft“.

In der anschließenden Ansprache ging Kreisleiter Hans Christian Hingst¹² auf diesen Begriff ein und umriss ihn mit den Worten der „Einigkeit, des Glaubens und der Freude“, denen er die „Zeit des Chaos, des Niederbruchs und der Zerrissenheit“ vor der Machtergreifung 1933 gegenüberstellte. Nach den obligatorischen „Sieg-Heil“-Rufen und dem Absingen des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes folgte die zweite Vorführung des „Kampfspiels der Germanen, das auch diesmal einen herrlichen Verlauf nahm.“¹³

Museumsdirektor Karl Schlabow konnte mit der medialen Resonanz seiner „Germanischen Wettkämpfe“ zufrieden sein, waren sie doch auch eine gelungene Werbung für sein 1937 neu entstandenes „Museum germanischer Trachtenkunde“ auf der Neumünsteraner Klosterinsel in der Innenstadt, wo er auf der Grundlage von textilarchäologischen Funden nachgewebte Kleidungsstücke der Bronze- und Eisenzeit ausstellte. Schlabow selbst bestätigte dies in einem Brief an das SS-Ahnenerbe vom 9. Mai 1939: „Ich sah in dieser Veranstaltung eine gute Propaganda für meine Museumsarbeit und erweiterte den Plan neben dem Zeigen der germanischen Trachten zur Eisen- und Bronzezeit im Festzug, das sportliche Können der Germanen jener Zeit vorzuführen.“¹⁴

11 Ebd.

12 Zu ihm vgl. Pingel, Von Kiel nach Riga, S. 456, u. Lehmann, Kreisleiter der NSDAP.

13 HC, vom 28. 6. 1937.

14 BArch Berlin, NS 21/2321.

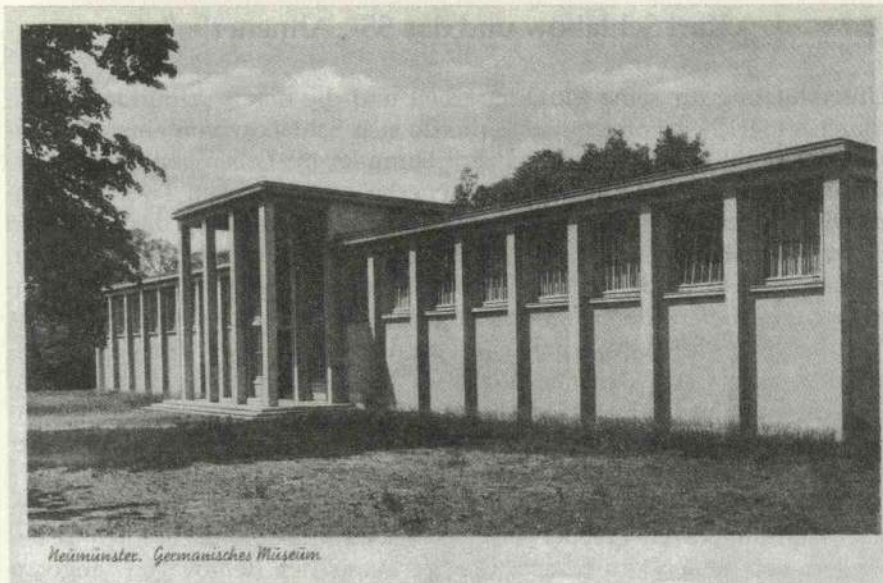


Abb. 2: „Museum germanischer Trachtenkunde“ in Neumünster 1938 (nach Vorlage im Stadtarchiv Neumünster).



Abb. 3: Einzug einer „germanischen Sippe“ mit dem Sonnenwagen (nach Vorlage im BArch Berlin).

Karl Schlabow und das SS-„Ahnenerbe“

Unterstützung für seine Museumsarbeit und die damit verbundenen textilarchäologischen Forschungen erhoffte sich Schlabow von einer Zusammenarbeit mit der 1935 von Heinrich Himmler ins Leben gerufenen „Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe“ der SS, deren Zweck die naturwissenschaftliche und kulturgeschichtliche Erforschung des „arischen Herrenmenschen“ im Sinne der nationalsozialistischen Rassenlehre war. Im Laufe der folgenden Jahre wurde eine Reihe von „Forschungs“-Einrichtungen geschaffen, deren personelle und materielle Ausstattung zumeist überdurchschnittlich gut war.¹⁵ Ein zentrales Projekt in der Provinz Schleswig-Holstein waren die Ausgrabungen in Haithabu unter Leitung von Herbert Jankuhn (1905-1990), die seit 1934 unter der besonderen Schirmherrschaft von Himmler standen. Schlabow war mit der Untersuchung der dort gefundenen Textilreste beauftragt.

Am 12. April 1939 besuchte der Reichsgeschäftsführer des „Ahnenerbes“ Wolfram Sievers (1905-1948)¹⁶ Schlabows Museum und schien insbesondere von dessen Hinweis auf die „germanischen Rennwagen“ angetan zu sein, denn er forderte ihn schriftlich auf, einen Bericht mit Fotos über die „Germanischen Wettkämpfe“ 1937 einzureichen, weil er – wie es vielversprechend hieß – „die Anregung, solche Wagen bei Rennen wieder zu verwenden, gern weitergeben möchte.“

Schlabow schickte Sievers Fotos der Wettkämpfe und erbot sich, einen ausführlichen Bericht – eventuell für eine Veröffentlichung – zu schreiben. Er hob besonders hervor, dass „die Kämpfe ... unter dem Zeichen des Sonnenwagens mit einer fast 3 m hohen Sonnenscheibe“ stattfanden und „die Wagenrennen ... der Höhepunkt der ganzen Kämpfe“ gewesen seien.¹⁷ Sievers Antwort war wiederum vielversprechend: „Ich habe die Anregung zusammen mit den Bildern an die SS-Haupttreitschule weitergegeben und hoffe sehr, dass sie zu einer Wiederaufnahme der germanischen Wagenrennen führt.“¹⁸ Am gleichen Tag schrieb er an den Leiter der Schule in München-Riem, Hermann Fegelein (1906-1945), dass er bereits Himmler „schon kurz eine Andeutung“ der germanischen Wagenrennen gemacht habe und hoffe, diese „neu zu beleben“.¹⁹ Fegelein signalisierte seine Unterstützung, da er Himmlers Germanenwahn zu gut kannte, und schlug vor, einen derartigen Wagen in der SS-Haupttreitschule auszuprobieren.

15 Vgl. Koop, Himmlers Germanenwahn.

16 Sievers wurde 1947 im Nürnberger Ärzteprozess wegen der von ihm zu verantwortenden tödlichen Menschenversuche zum Tode verurteilt und 1948 in Landsberg hingerichtet.

17 BArch Berlin, NS 21/2321.

18 Ebd.

19 Ebd.



Abb. 4: „Germanischer Rennwagen“ (nach Vorlage im BArch Berlin).

Schlabow erhielt am 15. August 1939 von Sievers den Auftrag, einen Rennwagen in Neumünster bauen zu lassen, die Kosten wollte das „Ahnenerbe“ übernehmen. Doch nach Kriegsbeginn zerschlug sich das Vorhaben. Schlabow teilte dem „Ahnenerbe“ am 26. Januar 1940 mit, dass „die in Frage kommende Werkstatt ... zur Zt. große Militäraufträge auszuführen“ habe und nicht in der Lage sei, eine derartige Sonderanfertigung durchzuführen. Damit endet die Akte über die „germanischen Wettkämpfe“ in Neumünster.

Deren Initiator Karl Schlabow war bereits am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten.²⁰ Da zu diesem Zeitpunkt eine Aufnahmesperre in die Partei in Kraft trat, musste er seinen Antrag schon Wochen vorher gestellt haben, er gehörte also wohl zu denen, die der Volksmund leicht abschätzig „Märzgefallene“ nannte. Anfang 1939 – parallel zu seinen Kontakten mit dem „Ahnenerbe“ – stellte er einen Aufnahmeantrag in die Allgemeine SS. Er legte dem Rasse- und Siedlungshauptamt einen Abstammungsnachweis für sich und seine Frau vor, der bis ins 18. Jahrhundert zurückreichte, er-

²⁰ Vgl. BArch Berlin, R 9361 – IX Kartei/37561418: NSDAP-Mitgliederkartei – Mitgliedsnummer 2 747 158.

hielt nachträglich eine Heiratsgenehmigung und wurde unter der Nummer 314.355 in die Allgemeine SS als Unterscharführer aufgenommen.²¹ In seinem handschriftlichen Lebenslauf wies er darauf hin, dass er sich vor 1933 nicht politisch betätigt habe, dann in die Partei eingetreten und 1937 aus der Kirche ausgetreten sei, zudem bekleide er seit dem 1. Juli 1936 das Amt eines Blockleiters.

1941 wurde Schlabow mit einer wichtigen Mission betraut: Am 31. Januar 1941 hatte Himmler angeordnet, den bekannten Bildteppich von Bayeux zu untersuchen, der nach seiner Überzeugung die Kampfkraft der „arischen Rasse“ darstellte und deren Überlegenheit belegte. Unter Leitung von Herbert Jankuhn wurde eine Forschungsgruppe zusammengestellt, der Schlabow als textilarchäologischer Experte angehören sollte.²² Am 29. Mai wurde ihm vom „Ahnenerbe“ mitgeteilt, dass er kurzfristig beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin seine Reisepapiere und eine graue SS-Dienstuniform in Empfang nehmen müsse, „da Sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht im Besitze einer grauen SS-Uniform sind.“²³ Die Forschungsgruppe stellte insgesamt 279 Farbdiapositive vom Bildteppich her, die Schlabow Anfang 1943 zu Untersuchungszwecken nach Neumünster übersandt bekam, über die Ergebnisse seiner Arbeit ist bislang nichts bekannt.

Entnazifizierung

Sein eigentliches Lebenswerk, das „Museum germanischer Trachtenkunde“, fiel am 25. Oktober 1944 dem ersten schweren Bombenangriff auf Neumünster zum Opfer,²⁴ wobei zahlreiche Exponate verloren gingen. Schlabow wurde kurz nach Kriegsende im „Civilian Internment Camp“ No. 1 in Neumünster-Gadeland wegen „Zugehörigkeit zu einer für verbrecherisch erklärten Organisation“²⁵ interniert²⁶ und nach Auflösung dieses Lagers im Sommer 1946 nach Eselsheide bei Paderborn (C. I. C. No. 7) verlegt. Vor der Spruchkammer im nahe gelegenen Bielefeld sollte auf Initiative des Schleswig-Holsteinischen Museums vorgeschichtlicher Altertümer im Frühjahr 1947 das Spruchgerichtsverfahren beschleunigt in Gang gesetzt werden. Dessen Direktor Karl Kersten (1909-1992), seit 1944 Nachfolger von Herbert Jankuhn, wandte sich am 21. März 1947 an die schleswig-

21 Vgl. BArch Berlin, R 9361 - III.

22 Vgl. Lemagnen, *The Bayeux Tapestry*, S. 49-64.

23 BArch Berlin, NS 21/2321.

24 Vgl. Heggen, *Kriegsende in Neumünster*, S. 259-277.

25 Vgl. BArch Koblenz, Z 42 IV/3203.

26 Vgl. Heggen, „Civilian Internment Camp“, S. 307-324.

holsteinische Landesregierung mit der Bitte, sich für die Freilassung von Schlabow aus der Internierung einzusetzen, weil seine Mitarbeit als ausgewiesener Textilarchäologe bei der Rettung bzw. Erfassung der teils schwer geschädigten vorgeschichtlichen Sammlungen dringend erforderlich sei, da „sie sich in dem Zustand allgemeiner Auflösung befinden. Wenn diese Tatsache beispielsweise in Dänemark bekannt würde, das sich stets auf das lebhafteste für diese Funde interessiert hat, wäre ein Skandal von unübersehbarem Ausmass die unabwendbare Folge.“²⁷ Geschickt wies Kersten darauf hin, dass auch die britische Militärregierung an der „Errichtung eines kulturellen Mittelpunktes in Schleswig lebhaft“²⁸ interessiert sei und die Mitarbeit von Schlabow „infolge seiner hervorragenden Qualifikationen“ und seines „international anerkannten hohen Ansehens“ erforderlich sei. Dem Schreiben waren mehrere „Gutachten“ – vulgo „Persilscheine“ – mehrerer Wissenschaftler und bekannter Persönlichkeiten aus Neumünster beigelegt.

Der Prähistoriker Gustav Schwantes (1881-1960) schilderte ihn als völlig unpolitischen Wissenschaftler und Künstler, der im guten Glauben in die SS eingetreten sei, um „seiner Forschungsarbeit und dem Museum Neumünster zu dienen“. Besonderes Gewicht kam wohl dem Gutachten des Geologen Karl Gripp (1891-1985) zu, der 1934 aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden war und seit 1945 in Kiel Direktor des Geologischen Instituts und im Entnazifizierungsausschuss der Universität vertreten war: „Ich entsinne mich, dass er in Gesprächen lebhaft und zutreffende Kritik an der NS-Partei und ihren Maassnahmen (sic) geübt hat. Ein Aktivist war Herr Schlabow auf keinen Fall!“ Ebenso äußerte sich der durch seine prähistorischen Funde in den Höhlen von Jabrud und in der Nähe von Ahrensburg bekannt gewordene Alfred Rust (1900-1983), der den unpolitischen Charakter Schlabows betonte und unterstrich, dass er selbst nie der Partei oder einer anderen Gliederung angehört habe.

Der ehemalige Direktor des Altonaer Museums Otto Lehmann (1865-1951) hob die „wissenschaftliche Arbeit“ Schlabows hervor und bezeichnete ihn als „bedeutenden Forscher ... über die vorgeschichtliche Textilkunst der Germanen“.

Auch Karl Kersten bescheinigte Schlabow ein hohes internationales Renommee als Textilarchäologe, der als „Forscher und Mensch ... in jeder Hinsicht ohne Tadel“ gewesen und dessen Freilassung im Interesse der Wissenschaft unbedingt erforderlich sei. Der Neumünsteraner Rechtsanwalt Karl Barlach (1878-1968) erklärte, dass Schlabow seine SS-Uniform nur einige Male bei einer Beerdigung getragen habe, ansonsten habe er „an den politischen Gebahren der SS keinerlei Interesse oder Anteil“ gehabt. In

27 BArch Koblenz, Z 42 IV/3203 Bl. 30r u. v.

28 Ebd., dort auch die folgenden Zitate.

einer zweiten schriftlichen Stellungnahme schrieb Barlach, dass dieser „sehr unangenehm davon berührt“ gewesen sei, „daß sein Arbeitsgebiet, die Erforschung der Anfänge der Webkunst, der Arbeitsmethoden und der Geräte in allen Ländern ... in das politische Gebiet gezogen und propagandistisch ausgebeutet werden sollte“.

Die eingereichten „Persilscheine“ wurden im Sommer 1947 durch persönliche Befragungen bzw. weitere Stellungnahmen überprüft und führten am 12. August zu einer Einstellung des Verfahrens und zur Freilassung Schlabows bei einer Einstufung in die Kategorie V (unbelastet) im Entnazifizierungsverfahren.

Epilog

Schlabows wissenschaftlicher Ehrgeiz als bedeutender Textilarchäologe und Museumsdirektor hatten dazu geführt, dass er Kontakt zur „Forschungsinstitution“ des SS-Ahnenerbes gesucht und gefunden hatte, weil er sich davon die Förderung seiner Arbeit versprach, eine opportunistische Haltung, die zahllose Wissenschaftler eingenommen hatten und die sie nach 1945 verdrängten; dass er die teilweise verbrecherische Tätigkeit des „Ahnenerbes“ gekannt hat, ist wohl auszuschließen. Seine geistige Nähe aber zum nationalsozialistischen Germanenkult wird allein schon durch die Tatsache deutlich, dass er das ursprünglich geplante stadtgeschichtliche Museum für Neumünster nach 1933 in ein Museum für germanische Trachtenkunde umwandelte. Vor diesem Hintergrund müssen die angeführten „Persilscheine“ eher kritisch gesehen werden.

Karl Schlabow wurde umgehend als Mitarbeiter des Schleswiger Museums angestellt und betreute zudem bis 1962 den Aufbau des Neumünsteraner Textilmuseums. Seine wissenschaftliche Leistung im Bereich der Konservierung und Rekonstruktion textilarchäologischer Funde²⁹ wurde schon 1951 durch die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Kieler Universität anerkannt. An einigen seiner Arbeiten an Moorleichen entzündete sich später aber auch fachliche Kritik, was jedoch seine Verdienste als international anerkannter Textilarchäologe in keiner Weise schmälert.

²⁹ Vgl. u. a. Schlabow, Thorsberger Prachtmantel, u. ders., Gewebe und Gewand zur Bronzezeit.

Quellen und Darstellungen

Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin)
 NS 21/2321: Akten des Ahnenerbes.
 R 9361 – IX: NSDAP-Mitgliederkartei.
 R 9361 – III 176432: Rasse- und Siedlungshauptamt der SS.

Bundesarchiv Koblenz (BArch Koblenz)
 Z 42 IV/3203: Entnazifizierungsakte Karl Schlabow.

Gedruckte Quellen

Holsteinischer Courier [HC], 1937.

Darstellungen

- Diem, Carl, Hans Borowik und Herbert Devantier: Deutsche Kampfspiele. Bericht des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen. Berlin 1922.
- Döhring, Ulf und Jan-Carsten Freitag: Die soziale Funktion der Turn- und Sportvereine. In: Heggen, Alfred u. Klaus Tidow (Hrsg.): Industriekultur in Neumünster. – Das „Manchester Holsteins“ im 19. Jahrhundert. Neumünster 1988, S. 165-175.
- Dwars, Marianne, Klaus Fahrner und Bärbel Nagar (Hrsg.): Neumünster Lexikon. Neumünster 2003.
- Heggen, Alfred: „Welch grausige Zeit!“ – Erinnerungen an das Kriegsende in Neumünster 1944/45. In: ZSHG 140 (2015), S. 223-241.
- Ders., Das „Civilian Internment Camp“ (C. I. C.) No. 1. – Lageralltag in Neumünster-Gadeland 1945/46. In: ZSHG 141 (2016), S. 307-324.
- Koop, Volker: Himmlers Germanenwahn. – Die SS-Organisation „Ahnenerbe“ und ihre Verbrechen. Berlin 2012.
- Kunkel, Hartmut u. Alfred Heggen (Hrsg.): Neumünster im Zeichen des Hakenkreuzes. Neumünster 1983.
- Lehmann, Sebastian: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. – Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite. Bielefeld 2007.
- Lemagnen, Sylvette: The Bayeux Tapestry under German occupation. New light on the mission led by Herbert Jankuhn during the Second World War. In: Pierre Bouet, Brian Levy, François Neveux (Hrsg.): The Bayeux Tapestry: Embroidering the Facts of History. Office universitaire d'études normandes, Presses universitaires de Caen. Caen 2004, S. 49-64.
- Pingel, Wulf: Von Kiel nach Riga. – Schleswig-Holsteiner in der Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland. In: ZSHG 122 (1997), S. 439-465.
- Schlabow, Karl: Gewebe und Gewand zur Bronzezeit. 3. Aufl. Neumünster 1983.
- Ders.: Der Thorsberger Prachtmantel. Schlüssel zum altgermanischen Webstuhl. 2. Aufl. Neumünster 1982.
- Sieck, Paul: Neumünster. – Stadt ältester Traditionen Holsteins. Aus der Geschichte Neumünsters von der Vorzeit bis zur Gegenwart. Neumünster 1966.

Anschriften der Verfasser:

Dr. Alfred Heggen
Spitzwegstr.11
24539 Neumünster

Dr. Carsten Obst
Pechsteinstr. 13
24539 Neumünster

Kaum mehr als Dienst nach Vorschrift? Handlungsspielräume von Ermittlern in Zeugen- vernehmungen im Verfahren gegen das I. Bataillon / 23. SS-Polizeiregiment

Von *Claudia Kuhn*

„Ich bin heute nicht mehr in der Lage irgendwelche Zeiten anzugeben und kann auch nicht sagen, in welchen Jahren ich wo war. [...] Zu welcher Zeit diese stattfanden, wie lange sie dauerten und in welchen Gebieten sie waren, weiß ich nicht mehr. Mir sind tatsächlich alle diese Einzelheiten entfallen.“¹

Diese Aussage machte ein Polizeiwachtmeister der Reserve in einem Ermittlungsverfahren, das in den 1960er Jahren gegen Angehörige des I. Polizeibataillons des SS-Polizeiregimentes 23 (I./23) bei der Staatsanwaltschaft Itzehoe anhängig war. Sie ist ein typisches Beispiel dafür, welchen Problemen Ermittler bei der Beweisführung über Zeugenaussagen in Verfahren wegen Nationalsozialistischer Gewaltverbrechen (NSG) gegenüberstanden.² Die Zeugen erinnerten sich oftmals gewollt oder ungewollt nicht mehr an die mehr als über 20 Jahre zurückliegenden Taten. In NSG-Verfahren wog dieser Umstand besonders schwer, da Zeugenvernehmungen nicht selten der zentrale Aspekt der Beweisführung waren.³

Neben den vergangenheits-, rechts- und personalpolitischen Rahmenbedingungen der 1960er Jahre, die Einfluss auf die Strafverfolgung von NS-Tätern hatten,⁴ behinderte insbesondere das Fehlen von Beweisen die

1 LASH, Abt. 352.2, Nr. 814, Bl. 381: Vernehmung K. G. vom 1. 11. 1963.

2 Unter dem Begriff „NS-Gewaltverbrechen“ (NSG) werden Straftaten wie Mord, Totschlag, Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Rechtsbeugung und Kriegsverbrechen gezählt (vgl. Greve, Umgang, S. 11).

3 Vgl. Dreßen, Probleme und Erfahrungen, S. 236.

4 In der Forschung werden zwei Hauptursachen für das Scheitern von Ermittlungsverfahren konstatiert: Erstens eine spezifische „Vergangenheitspolitik“ gegenüber NS-Tätern nach 1945, die hauptsächlich die Integration aller, ob belastet oder nicht, zum Ziel hatte und von einer breiten Schlussstrichmentalität getragen wurde (vgl. Frei, Dritte Reich, S. 79). Als zweite Ursache sind die personellen Kontinuitäten im Bereich der Polizei und Justiz zu sehen. Insbesondere wegen der zentralen Rolle,

Ermittlungen.⁵ Gleiches galt für das Verfahren gegen die Angehörigen des I./23. Laut des Abschlussberichts des ermittelnden Staatsanwalts erschwerte das Fehlen von Dokumenten oder Fotos, die den Einsatz des Bataillons im Rahmen der Judenverfolgung dokumentierten, die Ermittlungen sehr.⁶ Deswegen waren die schleswig-holsteinischen Ermittler ganz besonders auf Zeugenaussagen als Beweismittel angewiesen, um den Hauptbeschuldigten Bataillonskommandeur Herbert Wieczorek zu überführen.

Es stellt sich die Frage, über welche Handlungsspielräume die Ermittler in den Zeugenvernehmungen verfügten und ob diese ausgenutzt wurden. Dabei werden all jene Bereiche als Handlungsspielräume verstanden, innerhalb derer die Ermittler eigenständige Entscheidungen treffen und Einfluss auf ihr Handeln nehmen konnten. Diese werden nicht als statische, sondern als variable Gebilde gesehen. Eine Untersuchung der Möglichkeiten und Grenzen der Ermittler in Zeugenvernehmungen ermöglicht einen vertieften Einblick in die justizielle Aufarbeitung der NS-Vergangenheiten. Die Ermittlungstätigkeit hat in der Forschung bislang wenig Beachtung gefunden.⁷ Stattdessen lag der Schwerpunkt auf der Untersuchung und Darstellung von durchgeführten Gerichtsverhandlungen, obwohl der Großteil der NSG-Verfahren eingestellt wurde. Das heißt grundlegende Faktoren, die zum Scheitern von Verfahren gegen NS-Täter führten und bereits während der Ermittlungen griffen, wurden bislang von der Forschung nicht untersucht. Im Folgenden soll zunächst die Vorgeschichte des Ermittlungsverfahrens dargestellt werden, bevor die Analyse der Zeugenvernehmungen folgt.

Zur Vorgeschichte

Im September 1942 wurde in Posen das Polizeiwachbataillon I gebildet. Nach der Verlegung nach Galizien wurde es in I. Bataillon / SS-Polizeiregi-

die sowohl der Justiz- als auch der Polizeiapparat in der Gewalt- und Vernichtungspolitik des „Dritten Reiches“ gespielt hatten (vgl. Greve, Umgang, S. 25).

⁵ Vgl. Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht, S. 241.

⁶ Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 819, Bl. 1406: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966. – Interessant ist, dass das Ursprungsverfahren des oben genannten Verfahrens gegen August Beste eingeleitet worden war, nachdem ein Zeuge ausgesagt hatte, dass dieser in seinem Besitz Fotos habe, die ihn mit Pistole in Polizeiuniform neben Leichen stehend zeigten. Nach einjähriger Verzögerung bei der Durchsuchung der Wohnung des Beschuldigten, konnte ein Fotoalbum festgestellt werden. Von den von dem Zeugen erwähnten 30 Bildern fehlten zwei aus der Einsatzzeit und die Beschriftungen waren unkenntlich gemacht worden (vgl. Klemp, Nicht ermittelt, S. 327). Es existierten also wahrscheinlich tatsächlich Fotos, die die Taten des Bataillons belegten. Diese gelangten nur niemals in die Hände der Ermittler.

⁷ Es gibt Veröffentlichungen, die sich den Ermittlungen widmen. Darin stehen aber zumeist die Täter im Vordergrund, vgl. beispielsweise Stoll, Herstellung.

ment 23 umbenannt.⁸ Es bestand aus drei Kompanien, die jeweils in Stanislaus, Drohobycz und Tarnopol eingesetzt wurden. Die Kompanien wechselten im Laufe des Einsatzes ihre Standorte. Zudem fanden immer wieder Einsätze außerhalb der genannten Gebiete statt, die wenige Stunden oder höchstens einen Tag dauerten.⁹

Die Gegend, in der das Bataillon eingesetzt wurde, gehörte vor dem Krieg zu Polen, wurde aber nach der Eroberung durch die deutsche Wehrmacht im August 1941 von Hitler dem 5. Distrikt (Galizien) des Generalgouvernements zugewiesen. Die Hauptstadt war Lemberg. Vor dem Krieg sollen dort ungefähr 550.000 Menschen gelebt haben, die nach den Rassekriterien der Nationalsozialisten als Juden galten. Von ihnen überlebten zwei bis drei Prozent die Shoah. Der Distrikt Galizien war der einzige, der während des Krieges für „judenfrei“ erklärt wurde. Der Bericht des SS- und Polizeiführers (SSPF) Katzmann gab an, dass bis Ende Juni 1943 434.329 Juden „ausgesiedelt“ – also in Vernichtungslager deportiert oder anderweitig ermordet – worden seien. Die noch vereinzelt aufgegriffenen Juden würden von Angehörigen der Ordnungspolizei und der Gendarmerie „sonderbehandelt“, das heißt ermordet oder deportiert werden.¹⁰ Als das Bataillon im März 1943 nach Galizien verlegt wurde, war der Judenmord also noch im vollen Gange. Zu diesem Zeitpunkt lebten im Distrikt Galizien noch etwa 130.000 – 135.000 Juden.¹¹

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg (Zentrale Stelle) nahm 1962 die Ermittlungen gegen die Angehörigen des I./23 auf. Der zuständige Sachbearbeiter ermittelte zunächst zwei Jahre, bevor er das Verfahren 1964 an die Staatsanwaltschaft in Itzehoe abgab. Diese war zuständig, da der Hauptbeschuldigte Herbert Wiczorek dort wohnte.¹² Die Polizisten seiner Einheit wurden beschuldigt in den Jahren 1943 und 1944 in Galizien am Judenmord beteiligt gewesen zu sein. In den folgenden zwei Jahren wurden über 100 Zeugen vernommen und bundesweit umfangreiche Ermittlungen geführt. Dennoch wurde das Verfahren am 21. Dezember 1966 nach insgesamt vierjährigen Nachforschungen aus Mangel an Beweisen eingestellt.¹³

8 Am 24. Februar 1943 wurden alle Polizeiregimenter durch Erlass von Heinrich Himmler zu SS-Polizeiregimentern. (vgl. Klemp, Nicht ermittelt, S. 64 u. Lichtenstein, Himmlers grüne Helfer, S. 26).

9 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 819, Bl. 1411: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966; vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 257.

10 Vgl. Curilla, Ordnungspolizei, S. 770.

11 Vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 253.

12 Vgl. Dreßen, Probleme und Erfahrungen, S. 226.

13 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 819, Bl. 1406: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966.

Die Beteiligung des Bataillons am Judenmord steht in der Geschichtswissenschaft außer Frage.¹⁴ In der Mehrzahl der Fälle wurde das Bataillon dabei für Razzien in Ghettos, zur Transportbegleitung von Zügen in Vernichtungslager, zur Bewachung der für Erschießungen vorgesehenen Häftlinge, bei der Absperrung von Erschießungsstellen und zur „Partisanenkämpfung“ eingesetzt.¹⁵

Der Ermittlungsbeginn und die Zeugenfindung

Die Ermittlungen wurden von dem Gerichtsassessor Klaus Jans geführt, der zu Beginn des Ermittlungsverfahrens 37 Jahre alt und somit deutlich jünger als der Großteil der vernommenen Zeugen war.¹⁶ Der staatsanwalt-schaftliche Ermittler arbeitete eng mit dem Kriminalmeister Brötzmann vom Landeskriminalpolizeiamt (LKPA) in Kiel zusammen. Er war Mitglied der am 7. Dezember 1959 gegründeten NS-Sonderkommission beim LKPA, dessen Kriminalbeamte die Staatsanwaltschaft bei der Aufklärung von NSG in direkter Zusammenarbeit unterstützen sollten.¹⁷

Die Ermittlungen begannen mit der Auswertung anderer Verfahren, die Hinweise auf zu ermittelten Bataillonsangehörige liefern konnten.¹⁸ Darauf folgte die langwierige Adressermittlung von ehemaligen Angehörigen des Bataillons im gesamten Bundesgebiet.¹⁹ Obwohl im Übergabebericht der Zentralen Stelle explizit auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, über die

14 Stefan Klemp, Wolfgang Curilla und Dieter Pohl beschreiben ausführlich die Teilnahme des I./23 bei Aktionen gegen Juden und beziehen sich dabei auf Fakten aus verschiedenen Ermittlungsverfahren gegen Angehörige verschiedener Dienststellen. Curilla zählt insgesamt 33 Aktionen auf, an denen Angehörige des Bataillons beteiligt gewesen sind. Er ist der einzige, der für seine Veröffentlichung auf das Ermittlungsverfahren in Itzehoe zurückgegriffen hat (vgl. Curilla, Ordnungspolizei, S. 777-781; Klemp, Nicht ermittelt, S. 326f.; Pohl, Judenverfolgung, S. 275).

15 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 819, Bl. 1411: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966; vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 274; es war ein typischer Vorgehen, dass die Ordnungspolizei die Sicherheitspolizei durch diese Aufgaben unterstützte (vgl. Lichtenstein, Himmlers grüne Helfer, S. 58).

16 LASH, Abt. 352.2, Nr. 821, Bl. 3: Bericht des LOStA an den Justizminister 25. 5. 1964; Klaus Jans wurde am 10. März 1927 geboren und verstarb am 11. Mai 2011. Da weder im Landesarchiv Schleswig, noch im niedersächsischen Landesarchiv eine vollständige Personalakte des späteren OstAs erhalten ist, lässt sich sein Werdegang nicht rekonstruieren. Seine Lebensdaten stammen von einer Todesanzeige seiner Familie in der Hannoverschen Allgemeinen (<http://www.haz-trauer.de/traueranzeige/klaus-jans/9632418>, Abruf: 2. 1. 2018).

17 Vgl. LASH, Abt. 611, Nr. 8794, Bl. 24: Mündlicher Bericht des Innenministers zur Situation der Polizei 1967.

18 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 814, Bl. 296-300c: Namensliste der Bataillonsangehörigen vom Juli 1964.

19 Vgl. ebd., Nr. 819: Schreiben der WAST vom 6. 11. 1975.

Israelische Polizei ehemalige jüdische Insassen der Zwangsarbeitslager (ZAL) als Zeugen ausfindig zu machen, machten die Ermittler davon keinen Gebrauch. Jans begründete das damit, dass es sich bei diesem Bataillon um eine mobile Einheit gehandelt habe, die häufig nur kurz an verschiedenen Orten gewesen sei. Daher sei es für mögliche Zeugen von der Opferseite sehr schwierig, sich an die Einheit oder auch an Namen und Gesichter zu erinnern.²⁰ Diese Argumentation erscheint insbesondere mit Verweis auf den Nachweis einer individuellen Schuld nachvollziehbar, jedoch hatte es in den drei Städten, in denen das Bataillon stationiert gewesen war, verschiedene Fabriken, Dienststellen und ZAL gegeben. Das heißt, es bestand durchaus die Möglichkeit, mit etwas Bemühen an Zeugen zu gelangen, die nicht dem Bataillon angehört hatten. In einem anderen Verfahren gegen einen Angehörigen des Sicherheitsdienstes (SD) wurden beispielsweise zahlreiche Überlebende aus den ZAL in Drohobycz und Boryslaw gehört.²¹ Da der Verdacht vorlag, dass das I./23 an der Räumung dieser ZAL beteiligt gewesen sein könnte, besonders weil die Einheit im gleichen Zeitraum zur Bewachung zumindest der Lager in Drohobycz eingesetzt gewesen ist, erscheint die Durchführung einer Befragung solcher Zeugen naheliegend. Dennoch findet sich in den Ermittlungsakten kein Hinweis darauf, dass der Versuch unternommen worden ist, solche Personen aufzufinden. Stattdessen wurden verschiedene Zeugen verhört, die in Drohobycz der Gestapo angehört hatten.²² Die Befragung von Zeugen, die nicht der Täterseite angehörten, hätten für das Hinterfragen der Ausführungen der Bataillonsangehörigen nützlich sein können. Sie hätten möglicherweise dazu beigetragen das Erinnerungsvermögen der Männer aufzufrischen oder sie mit falschen Darstellungen zu konfrontieren.

So wurden jedoch ausschließlich Zeugen der Täterseite vernommen. Bei Abschluss des Verfahrens waren 97 Angehörige des Bataillons ermittelt und befragt worden. Während zwei Männer aufgrund von Vernehmungsunfähigkeit nicht vernommen worden waren, wurde bei 128 festgestellt, dass sie gefallen, verstorben, für tot erklärt oder vermisst waren. 91 ehemalige Beamte konnten nicht ermittelt werden.²³

20 Vgl. ebd., Bl. 1406: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966.

21 Vgl. Rüter/De Mildt, Justiz und NS-Verbrechen, 1973, Bd. 10, Lfd. Nr. 355, S. 681-700; in drei Verfahren gegen das Polizeibataillon 61, die in den 1950er und 1960er Jahren geführt wurden, wurden ebenfalls keinerlei Opferzeugen vernommen (vgl. Klomp, Nicht ermittelt, S. 71). Die Gründe dafür sind unklar.

22 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 818, Bl. 1170-1172: Vernehmung Friedrich Hildebrand vom 23. 3. 1966. In den Ermittlungsakten findet sich auch kein Indiz dafür, dass Bemühungen bestanden, die Akten des vorherigen Verfahrens von 1953 einzusehen.

23 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 819, Bl. 1406: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966.

Die Zeugenvernehmungen

In den Zeugenvernehmungen hatten die Ermittler verschiedene Möglichkeiten auf die Zeugen einzuwirken, die Befragungen mit ihrer eigenen Strategie zu gestalten und den Rahmen vorzugeben. Begrenzt wurden sie dabei von den Regelungen der Strafprozessordnung. Neben jeglicher Form des Einwirkens auf das körperliche Wohlbefinden der Zeugen war auch die Täuschung verboten. Die Abgrenzung zwischen der kriminalistischen „List“²⁴ und dem Belügen des Zeugen war dabei nicht immer leicht zu treffen. Zulässig war es jedoch, den Zeugen oder Beschuldigten durch verschiedene Vorhalte²⁵ in Widersprüche zu verwickeln und so zu einer Aussage zu bewegen.²⁶ Das macht deutlich, dass die Aussagebereitschaft eines Zeugen durchaus von den Fragen der Ermittler beeinflusst werden konnte. Dabei konnten die Zeugen mit Landkarten, Fotografien von Offizieren oder auch mit Zeugenaussagen von ehemaligen Kameraden konfrontiert werden.²⁷ Es gab jedoch keine Möglichkeit jemanden zu einer Aussage zu zwingen, wenn dieser nichts sagen wollte oder eindeutig log. Die Zeugen wandten für NSG-Verfahren spezifische Verteidigungsstrategien an, die als ein entscheidendes Hindernis bei der Aufklärung von NS-Verbrechen zu sehen sind. Im Folgenden soll gezeigt werden, an welchen Stellen die Ermittler aufgrund dieser Verteidigungsstrategien in ihrem Vorgehen an Grenzen stießen, die sich hinderlich auf die Aufklärung der Taten des Bataillons auswirkten. Um Rückschlüsse auf das Vorgehen und das Erkenntnisinteresse der Ermittler zu ziehen, ist es sinnvoll, deren Frageverhalten zu untersuchen. Da aber Wortprotokolle in diesem Verfahren fehlen und aus dem Fließtext nicht auf die Art und Weise der Fragestellung geschlossen werden kann, ist es notwendig, die gestellten Fragen aus den Protokollen zu rekonstruieren. Dabei lassen sich Fragen zu drei unterschiedlichen Themenbereichen vermuten, die sich durch das gesamte Verfahren ziehen und höchstwahrscheinlich der Verfolgung unterschiedlicher Erkenntnisinteressen dienen: Erstens Fragen zur Rekonstruktion der historischen Begebenheiten. Zweitens Fragen nach weiteren Bataillonsangehörigen und Angehörigen anderer Dienststellen und drittens Fragen nach konkreten Taten. Anhand der Analyse der einzelnen Themenbereiche soll untersucht werden, welche einzelnen Fragen die Ermittler stellten, welche Ziele sie damit verfolgten und wie die befragten Zeugen darauf reagierten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem dritten Themenbereich, da dieser für die

24 Vgl. § 136a StPO, in: Schulz, Strafprozessordnung, S. 244.

25 Vorhaltungen bestehen aus der Konfrontation des Befragten mit anderen Beweismitteln, verbunden mit der Aufforderung, sich dazu zu äußern.

26 Vgl. § 136a StPO, in: Schulz, Strafprozessordnung, S. 235-251.

27 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 818, Bl 1205: Vernehmung C. W. vom 19. 4. 1966 u. ebd., Bl. 1340: Vernehmung K. G. vom 7. 9. 1966.

konkrete Überführung von Tätern von größter Bedeutung war. Dabei kann nicht das gesamte Spektrum der Verteidigungsstrategien der Zeugen dargestellt werden. Es ist jedoch möglich, anhand des Aussageverhaltens, das am ehesten Einfluss auf den Ausgang des Verfahrens hatte, die Handlungsspielräume der Ermittler aufzuzeigen.²⁸

Die Tatumstände

Zum ersten Themenbereich werden Fragen gezählt, die darauf abzielten, Informationen über die Bedingungen vor Ort zu bekommen. Diese Fragen lassen sich rekonstruieren, da ihre Antworten in allen Erstvernehmungen in dem Anfangsbericht des jeweiligen Zeugen enthalten sind. Das lässt darauf schließen, dass die Ermittler den Zeugen in der Vorbesprechung gesagt haben, worauf diese in ihrer folgenden Schilderung eingehen sollten. Es lassen sich daraus Fragen nach der Bezeichnung der Einheit, nach dem Zeitpunkt von Versetzungen, nach den Ortschaften, in denen das Bataillon stationiert war, nach den Aufgaben der Polizisten, nach Befehlswegen, nach vor Ort bestehenden Ghettos sowie ZAL und danach, ob der jeweilige Zeuge mit jüdischen Arbeitern in Berührung gekommen ist, identifizieren. Mit diesen Fragen verfolgten die Ermittler unterschiedliche Ziele. Während es in der Anfangszeit des Verfahrens hauptsächlich darum ging, eigene Wissenslücken hinsichtlich der damals herrschenden Gegebenheiten zu füllen, wurden sie im weiteren Verlauf auch genutzt, um die Glaubwürdigkeit und das Erinnerungsvermögen der Zeugen einzuschätzen. Ebenfalls wurde geprüft ob es sich bei den befragten Zeugen wirklich um ehemalige Bataillonsangehörige handelte, da sich viele nicht mehr an die Bezeichnung I./23 erinnern konnten.²⁹

Die Zeugen reagierten unterschiedlich auf diese Fragen. Einige brachten eigene Unterlagen mit, wie beispielsweise Soldbücher oder Nachweise über den Erhalt von Verwundetenabzeichen, um Daten oder Bezeichnungen zu rekonstruieren.³⁰ Der Zeuge W. M. gab beispielsweise an:

„Nach meinem Polizeidienstpaß wurde das Batl. vom 20. 3. 1943 ab unter der Bezeichnung I./SS-Polizeiregiment 23 in Galizien eingesetzt. Wir müssen also zu diesem Zeitpunkt nach Galizien gekommen sein.“³¹

28 Es ist zu beachten, dass die gestellten Fragen aus den Vernehmungsprotokollen rekonstruiert wurden und nicht immer eindeutig einem Themenbereich zuzuordnen sind.

29 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 816, Bl. 899-900: Bericht der Kriminalpolizei Kassel von der Vernehmung F. W. vom 9. 7. 1965.

30 Vgl. ebd., Nr. 815, Bl. 531-533: Vernehmung W. W. vom 21. 1. 1965 und ebd. Nr. 812, Bl. 33f: Vernehmung H. W. vom 17. 1. 1963.

31 Ebd., Nr. 817, Bl. 940: Vernehmung W. M. vom 30. 9. 1965.

Diese Aussage ist zum einen ein Beispiel für die Informationsgewinnung der Ermittler. Nach über einem Jahr Ermittlungen erfuhren sie erstmals das genaue Datum der Verlegung des Bataillons nach Galizien. Das war wichtig, um zu bestimmen, an welchen Aktionen, wie beispielsweise Erschießungen, das Bataillon beteiligt gewesen sein könnte. Zum anderen zeigt sich an dieser Aussage, dass Zeugen durchaus bereit waren die Ermittlungen zu unterstützen. Eine weitere Strategie war es, bereits im Vorfeld der folgenden, unangenehmeren Fragen explizit auf ein fehlendes Erinnerungsvermögen hinzuweisen. Der Zeuge H. P. – damals noch aktiver Polizeiobermeister – gab beispielsweise an:

„Ich lege ein Schreiben des Regierungspräsidenten in Detmold [...] vor, wonach bei mir Polizei-Dienstunfähigkeit besteht. Nach einem Gutachten des Oberregierungs-Medizinalrates [...] leide ich an einem Zustand nach Hirnverletzung mit sekundärer Leistungsschwäche sowie psychischen Veränderungen. Ich bin deshalb auch nicht in der Lage, zusammenhängend meine Erinnerungen während unseres Einsatzes in Galizien in den Jahren 1943/44 wiederzugeben.“³²

Natürlich existierten auch aufgrund der verstrichenen Zeit durchaus ungewollte Erinnerungsschwierigkeiten. Die Ermittler versuchten, den Erinnerungslücken mit Vorhalten aus anderen Vernehmungen, dem Nennen von Namen und Orten sowie dem Vorlegen von Karten der Einsatzgebiete zu begegnen.³³ Teilweise führten diese Interventionen dazu, dass sich Zeugen an zusätzliche Angaben erinnerten. Jedoch entsprachen die oben genannten beiden Aussagen den größtenteils von Zeugen unternommenen Versuchen, die Sicht der Ermittler auf sie zu beeinflussen und sich so einer Strafverfolgung zu entziehen. Möglicherweise hofften sie, dadurch sogar unangenehmen Fragen zu entgehen. Das trifft insbesondere auf den erstgenannten Zeugen zu, der im weiteren Verlauf des Verfahrens als Beschuldigter vernommen wurde, da andere ehemaligen Kameraden ihn schwer belastet hatten.³⁴

Erinnerungslücken, die eher als bewusste oder unbewusste Abwehr der Zeugen gegen die Vernehmung zu deuten sind, zeigten sich auch bei der Frage nach dem Vorhandensein von Ghettos oder ZAL vor Ort. Als das Bataillon im März 1943 nach Galizien verlegt wurde, befanden sich dort noch Ghettos. Während in Drohobycz noch 7.078 Juden im Ghetto lebten, waren

32 Ebd., Nr. 815, Bl. 634: Vernehmung H. P. vom 27. 2. 1965.

33 Vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 1013: Vernehmung S. D. vom 1. 11. 1965, vgl. ebd., Nr. 818, Bl. 1206: Vernehmung C. W. vom 19. 4. 1966.

34 Vgl. ebd., Nr. 818, Bl. 1118: Vernehmung A. K. vom 17. 2. 1966. K. gab an, dass G. in einem Dorf ohne Befehl einen jüdischen Mann und eine jüdische Frau erschossen habe. Bei einer Gegenüberstellung mit G. erklärte K. allerdings, dass es sich nicht um den Täter handle. Dieser sei doch 1945 gefallen; vgl. ebd. Nr. 819, Bl. 1341: Vernehmung K. G. vom 7. 9. 1966.

in Tarnopol noch 9.854 Menschen darin inhaftiert.³⁵ Diese Zahlen machen deutlich, dass es sich in den Ortschaften um Bereiche gehandelt haben muss, die im Stadtbild deutlich sichtbar gewesen sind. Dennoch gaben Zeugen an, dass sie sich nicht erinnern könnten, ob noch ein Ghetto vorhanden gewesen sei, oder sie erinnerten sich nur teilweise. Der Zeuge M. G. antwortete beispielsweise auf die Frage nach einem Ghetto in Tarnopol:

„Ob in Tarnopol ein Getto war, weiß ich nicht. Ich erinnere mich aber, daß in der Stadt ein größeres Gelände war, das mit Stacheldraht eingezäunt wurde. Ob in diesem Gelände Juden gefangen gehalten wurden, weiß ich nicht. Ich habe überhaupt keine Menschen in diesem Gelände gesehen. Ich kann auch nichts über Gettoräumung und Judenerschießungen in Tarnopol sagen. Wenn andere Kameraden meiner Kompanie von einer Gettoräumung in Tarnopol berichten, an der sie teilgenommen haben, so mag das richtig sein, ich weiß aber nichts davon. Über irgendwelche Einsätze hat keiner gesprochen.“³⁶

In dieser Aussage wird deutlich, dass der Zeuge von den Ermittlern mit Aussagen anderer Kompanieangehöriger konfrontiert worden ist. Da es im weiteren Verlauf der Vernehmung um die Aufgaben der Kompanie ging, scheinen zu den unglaublichen Aussagen des Zeugen keinerlei Rückfragen gestellt worden zu sein. Das erscheint insbesondere deswegen überraschend, da viele Zeugen in Vernehmungen davon berichteten, dass sie vom Hörensagen etwas von Einsätzen anderer Kameraden erfahren hätten.³⁷ In anderen Vernehmungen lassen sich zudem auch Hinweise auf deutliche Rückfragen finden, weswegen davon auszugehen ist, dass diese protokolliert worden wären.³⁸

Täter und Zeugen

Der zweite Themenbereich beinhaltete Fragen, die die Ermittler stellten, um Informationen über andere Bataillonsangehörige zu erhalten. Dabei ist zwischen drei verschiedenen Fragen, die jeweils ein unterschiedliches Erkenntnisinteresse verfolgten, zu unterscheiden. Erstens fragten die Ermittler, ob sich die Zeugen noch an andere Bataillonsangehörige erinnern

35 Vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 253.

36 LASH, Abt. 352.2, Nr. 818, Bl. 114: Vernehmung M. G. vom 16. 2. 1966.

37 Vgl. ebd., Nr. 812, Bl. 56: Vernehmung S. S. vom 20. 2. 1963. vgl. ebd., Nr. 815, Bl. 512: Vernehmung A. J. vom 18. 1. 1965, vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 945: Vernehmung W. M. vom 30. 9. 1965.

38 Vgl. ebd., Nr. 815, Bl. 512-514: Vernehmung A J vom 18. 1. 1965.

konnten und ob sie noch mit jemandem in Kontakt ständen.³⁹ Diese Fragen dienten in erster Linie dazu weitere ehemalige Bataillonsangehörige zu ermitteln, um diese als Zeugen zu befragen.⁴⁰ Mögliche Absprachen zwischen den Zeugen wurden nicht hinterfragt. Des Weiteren wurden die Zeugen nach Namen von Offizieren, also Kompanie- oder Zugführern, gefragt, insbesondere danach, ob diese mit zu den jeweiligen Standorten in Galizien versetzt worden waren.⁴¹ Danach fragten Jans und Brötzmann so explizit, da aufgrund der Interpretation der Verbrechen als „Organisationsverbrechen“ neben Exzesstätern nur Offiziere verurteilt wurden. Demnach waren Hitler, Himmler, Göring und Heydrich die „Haupttäter“, die die Ermordung der Juden befohlen hatten. Durch dieses Vorgehen wurden die Mannschaftsdienstgrade ihrer Verantwortung enthoben, während die Offiziere, die in der Befehlskette eben auch Befehlsgeber waren, zur Verantwortung gezogen werden konnten.⁴² Das erklärt auch, weswegen Herbert Wieczorek als oberster Befehlsgeber der Einheit als Hauptbeschuldiger geführt wurde, obwohl gegen ihn keine konkreten Tatvorwürfe vorlagen.⁴³ Daher fragten die Ermittler – und das ist die dritte Frage dieses Themenbereichs – jeden Zeugen nach Wieczorek und seiner Anwesenheit bei Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung. Dabei fällt auf, dass bis auf einen Zeugen alle Befragten angaben, sich entweder nicht an den Bataillonskommandeur erinnern zu können oder nicht mehr zu wissen, dass dieser bei Einsätzen dabei gewesen sei.⁴⁴ Auch die Aussage des Zeugen F. D. schien nicht von der Intention geleitet gewesen zu sein, den ehemaligen Vorgesetzten zu beschuldigen. Er gab zur Ghetto-Räumung in Rohatyn an:

„M. E. wurden wir zunächst von Drohobycz mit LKW's nach Stanislaw transportiert, wo wir etwa 2 bis 3 Tage blieben. Dort wurde uns mitgeteilt, daß die Kompanie das Getto in Rohatyn ausräumen sollte. Diese Einsatzbesprechung, die am Vorabend der Aktion stattfand, wurde von Hauptmann Wieczorek geleitet.“⁴⁵

39 Vgl. ebd., Nr. 815, Bl. 639: Vernehmung S. F. vom 5. 3. 1965, vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 1023: Vernehmung W. R. vom 3. 11. 1965, vgl. ebd., Nr. 819, Bl. 1339: Vernehmung U. S. vom 6. 9. 1966.

40 Bei der strafrechtlichen Ahndung von NS-Verbrechen wurden die unteren Dienstgrade zwar prinzipiell im Zeugenstatus vernommen, das bedeutete jedoch nicht, dass sie als unverdächtig galten (vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 85).

41 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 818, Bl. 1123: Vernehmung W. O. vom 17. 2. 1966, vgl. ebd., Bl. 1133: Vernehmung E. H. vom 22. 2. 1966, vgl. ebd., Nr. 816, Bl. 752: Vernehmung E. G. vom 29. 4. 1965.

42 Vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 61.

43 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 819, Bl. 1413: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966.

44 Vgl. ebd., Nr. 818, Bl. 1137: Vernehmung A. L. vom 23. 2. 1966, vgl. ebd., Nr. 814, Bl. 319: Vernehmung H. M. vom 29. 5. 1964.

45 Ebd., Nr. 815, Bl. 611: Vernehmung F. D. vom 24. 2. 1965.

Diese Aussage belegt zwar zumindest das Wissen Wieczoreks um die Beteiligung seines Bataillons an Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung, jedoch ging F. D. im Folgenden auf die Befehlswege bei dieser Aktion ein und schien unmittelbar zur Entlastung des Kommandeurs beitragen zu wollen:

„Von wem der Kommandeur den Befehl zur Räumung erhalten hatte, weiß ich nicht. Mir ist zwar bekannt, daß dem KDO [Kommandeur der Ordnungspolizei] Lemberg [...] das Pol-Reg. 23 unterstand, dem auch unser Btl. angehörte. Ob der Befehl aber vom KDO oder vom SS- und Polizeiführer in Lemberg gekommen war, kann ich nicht sagen. Ich nehme nicht an, daß Hauptmann Wieczorek auf eigene Faust die Aktion befohlen hat. [...] Die Gesamtleitung der Aktion lag bei einem SS- oder SD-Führer; Hauptmann Wieczorek führte nur die Schutzpolizeikräfte.“⁴⁶

Weiter berichtete er über den Ablauf der Ghettoräumung und erklärte, dass einige Schutzpolizisten am Abtransport der zusammengetriebenen Juden beteiligt waren:

„Die begleitenden Schutzpolizisten kehrten nach etwa 30 Minuten zum Marktplatz zurück. Etwa zur selben Zeit hörten wir aus der Richtung, in der die Juden geführt worden waren, zahlreiche Schüsse. Wir schlossen daraus, daß die Juden erschossen wurden. Auf Vorhalt: [...] Während die Schüsse fielen, befanden sich u. a. Hauptmann Wieczorek und auch Hauptmann Freitag, gemeinsam mit mir auf dem Marktplatz. Wir unterhielten uns über die Schießerei. Dabei äußerte Wieczorek sinngemäß, daß es wieder ‚rund gehe‘. Ich weiß mit Bestimmtheit, daß ich vor dem Abtransport der Juden von ihrem Schicksal nichts erfahren hatte. Aus dem Gespräch mit Hauptmann Wieczorek glaube ich entnehmen zu können, daß auch er vor diesem Zeitpunkt nicht wußte, was den Juden bevorstand. Ich möchte annehmen, daß er andernfalls darüber eine Bemerkung hätte fallen lassen. Ich erwähnte aber bereits, daß ganz allgemein davon gesprochen wurde, daß die Juden entweder zur Arbeitsleistung herangezogen oder im Falle ihrer Arbeitsunfähigkeit umgebracht wurden. Dies war offenes Gespräch während unseres Einsatzes in Galizien.“⁴⁷

Die Aussagebereitschaft des Zeugen F. D. scheint im Allgemeinen recht hoch gewesen zu sein. Er schilderte detailreich die Beteiligung des Bataillons an Aktionen und gab sogar zu, dass bekannt war, was mit den Juden geschehen würde. Jedoch fällt auf, dass er nur Taten schilderte, bei denen die Kompanie nicht für den Tod von Menschen verantwortlich zu machen war. Darin eingepasst stellte er seinen vorgesetzten Offizier, den er bereits seit 1939 kannte, als reinen Befehlsempfänger dar und entlastete damit

46 Ebd., Bl. 612.

47 Ebd.

gleichzeitig sich selber. Er war Zugführer in der 1. Kompanie gewesen, also ebenfalls Befehlsgeber, und somit potenziell verdächtig.⁴⁸ Seine Aussage erweckt den Eindruck, dass ihm sehr genau bekannt gewesen ist, was er ohne Nachteil für sich zugeben konnte und was nicht.

Die „Kameradenhilfe“

Es war bei Verfahren gegen Angehörige von Polizeibataillonen nicht unüblich, dass die Zeugen und Beschuldigten sehr gut darüber informiert waren, welche Aussagestrategien sie am besten vor einer Strafverfolgung schützen würden. Dafür waren zum einen Absprachen unter den ehemaligen Kameraden verantwortlich.⁴⁹ An vielen Stellen wird in den Ermittlungsakten deutlich, dass die Zeugen in Kontakt zueinander standen und sich auch nach dem Krieg getroffen haben.⁵⁰ Durch diese anhaltenden Solidarbeziehungen und Schweigekartelle ‚alter Kameraden‘ wurden die Ermittlungen in NSG-Verfahren enorm erschwert.⁵¹ Zum anderen gab es aber auch die „Kameradenhilfe“, die als ein Unterstützernetzwerk bezeichnet werden kann, das gezielt darauf hin arbeitete, Ermittlungsverfahren zu behindern.⁵² Ein Beispiel dafür ist die seit Mitte bis Ende der 1960er Jahre von dem ehemaligen Polizeimajor Willy Papenkort organisierte, gezielte „Rechtsberatung“ für beschuldigte oder angeklagte Ordnungspolizisten. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit waren: Die Beobachtung von Prozessen, die Sammlung von Material – beispielsweise Befehle, die die Verantwortung von SS und SD hervorhoben – sowie die Erfassung aller durchgeführten Ermittlungen mit den jeweiligen Beschuldigten. Zusätzlich sollten für laufende Verfahren Entlastungszeugen koordiniert und benannt werden. Die Beratung der ehemaligen Polizeioffiziere beinhaltete fünf konkrete Hinweise, wie einer Verurteilung zu entgehen sei.⁵³ Beim Vergleich der Ver-

48 Vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 59.

49 Vgl. Linck, Stammtisch-Geschichte, S. 114.

50 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 815, Bl. 639: Vernehmung S. F. vom 5. 3. 1965, vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 1005: Vernehmung G. M. vom 28. 10. 1965.

51 Vgl. Matthäus, Alte Kameraden, S. 187.

52 Dabei kann nicht von der einen Kameradenhilfe gesprochen werden. Stattdessen existierten verschiedene Netzwerke zur Unterstützung der in Ermittlungsverfahren verwickelten Beamten. Das bekannteste ist wohl die „Nebenzkanzlei“, die von Dr. Werner Best aufgebaut wurde und der Unterstützung hoher Offiziere diente (vgl. ausführlich dazu Herbert, Best, S. 491-510).

53 Willy Papenkort war der ehemalige Kompanieführer und Adjutant des Reserve-Polizeibataillons 11. Der pensionierte Polizeimajor hatte es in der Bundesrepublik zum Hauptkommissar gebracht und war Anfang der 1960er Jahre selbst wegen seiner Teilnahme von Massenerschießungen von Juden in der Nähe von Minsk angeklagt, aber freigesprochen worden. Für die „Rechtsberatung“ seiner ehemaligen Kameraden erhielt er eine Ordnungsstrafe und wurde vom Vorwurf der Begünsti-

nehmungsempfehlungen der „Kameradenhilfe“ mit der Aussage des Bataillonskommandeurs Wieczorek entsteht der Eindruck, dass dieser sein Aussageverhalten daran angepasst hat.

Die erste Empfehlung bestand in der Anleitung zu bestimmten (Falsch-) Aussagen oder konkreten Lügen.⁵⁴ In Anbetracht der umfangreichen Tatschilderungen seiner Untergebenen kann bei den folgenden Ausführungen nur davon ausgegangen werden, dass sie gelogen sind:

„Auf die nochmalige Frage, ob Angehörige meines Btl. im Rahmen der Judenverfolgung zu Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung in Galizien eingesetzt worden sind, kann ich nur wiederholen, daß mir von solchen Aktionen nichts bekannt ist. Ich habe weder Befehle erhalten und weitergeleitet, die ausdrücklich solche Aktionen betrafen, noch jemals selbst an solchen Aktionen teilgenommen. [...] Abschließend kann ich nochmals mit gutem Gewissen versichern, daß Angehörige meines Btl. auf meine Veranlassung oder unter meiner Mitwirkung sich nie an den Vernichtungsmaßnahmen gegen die Juden in Galizien beteiligt haben. Dabei bleibe ich auch nach nochmaligem, eindringlichem Hinweis auf die mir vorgehaltenen Zeugenaussagen.“⁵⁵

An dieser Stelle wird eine Grenze der Handlungsspielräume der Ermittler sichtbar. Wieczorek wurde mehrmals nach seinem Wissen über die Beteiligung seines Bataillons gefragt. Trotz gegenteiliger Erkenntnisse, war der Beschuldigte nicht bereit etwas zuzugeben. Die Ermittler hatten keine anderen Möglichkeiten als ihm Vorhaltungen aus anderen Zeugenvernehmungen zu machen und ihm zu erklären, dass seine Ausführungen „nach den allgemeinen Erkenntnissen zumindest ungewöhnlich“⁵⁶ seien. Gleichzeitig hatten sie sich bemüht die Befehlswege zu rekonstruieren, um Wieczorek nachzuweisen, von den Einsätzen gegen Juden gewusst zu haben.⁵⁷ Doch auch das leugnete der ehemalige Kommandeur und gab an, dass die Befehle direkt vom KDO in Lemberg an die einzelnen Kompanieführer gegangen seien. Er als Bataillonskommandeur konnte also gar kein Wissen darüber haben, zu welchen Einsätzen die einzelnen Kompanien herangezogen worden seien. Besonders, da die Vollzugsmeldungen keine Informationen über die Aufgabe des abgestellten Einheitsteils beinhaltete hätten. Diese Aussage wurde unterstützt durch die Ausführungen des ehemaligen Adjutanten von Wieczorek, der angab, dass Befehle, die die

ung freigesprochen, weil die Begünstigung seiner Kameraden seiner Aussage nach nicht sein Ziel gewesen sei (vgl. Klemp, Nicht ermittelt, S. 390).

54 Vgl. ebd. 393.

55 LASH, Abt. 352.2, Nr. 819, Bl. 1378-1380: Vernehmung Herbert Wieczorek vom 15. 9. 1966.

56 Ebd. Bl. 1372.

57 Vgl. ebd., Nr. 816, Bl. 786: Vernehmung F. R. vom 20. 5. 1965, vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 994: Vernehmung F. F. vom 26. 10. 1965; vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 122.

Abstellung von Bataillonsteilen zum Inhalt gehabt hätten, nicht beim Bataillonsstab angekommen seien.⁵⁸ Zum Hinterfragen solcher Aussagen vernahmen die Ermittler auch Angehörige anderer Dienststellen. Dazu gehörte der ehemalige Befehlshaber der Ordnungspolizei (BdO) in Krakau Herbert Becker. Dieser wurde zur Befehlsorganisation der Schutzpolizei im Generalgouvernement und zu deren Einsatz gegen die jüdische Bevölkerung befragt. Dabei berichtete Becker von dem sogenannten Daluege⁵⁹-Befehl, der es Schutzpolizisten verboten haben soll, sich an Erschießungen von Juden zu beteiligen:

„Auf die Frage, ob er in irgendeiner Form von seinem Vorgesetzten, dem Chef der Ordnungspolizei Daluege, aufgefordert worden sei, die Kräfte der Ordnungspolizei zur Liquidierung der Juden im Generalgouvernement einzusetzen, erklärte Becker folgendes: Es habe ein Befehl von Daluege bestanden, daß die Ordnungspolizei bei Judenaktionen gleich welcher Art nur zum Absperrdienst herangezogen werden dürfe. Die Beteiligung an Erschießungen sei ausdrücklich untersagt worden unter Hinweis darauf, daß hierfür die Sicherheitspolizei zuständig sei. Der Daluege-Befehl habe nicht schriftlich vorgelegen; er – Becker – habe diesen Befehl jedoch stets auf den etwa halbjährlich stattfindenden [sic] Besprechungen mit den Kommandeuren der Ordnungspolizei, der Schutzpolizei und der Gendarmerie bekannt gemacht. Ihm sei auch kein Fall bekannt, in dem die ihm unterstellten Kommandeure abweichend von diesem Befehl gehandelt hätten.“⁶⁰

Die Existenz dieses Befehls gilt in der Forschung noch heute als umstritten. Ungeachtet dessen ob es ihn gegeben hat, wurde er jedoch in Verfahren gegen Polizeibataillone immer wieder als generelles Entlastungsargument angeführt und in die apologetische Darstellung des Kriegseinsatzes der Polizei integriert. Beschuldigte Polizisten wurden also von einer übergeordneten Entlastungsstrategie hoher ehemaliger Polizeioffiziere geschützt. Im vorliegenden Verfahren berichtete der Zeuge K. S., der Schreiber der 2. Kompanie gewesen sei, ebenfalls von dem Eingang eines solchen Befehls.⁶¹ An dieser Stelle war der Handlungsspielraum der Ermittelnden damit erschöpft, da ihnen aus verschiedenen Quellen ähnliche Aussagen

58 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 821, Bl. 30-32: Bericht des Generalstaatsanwalt Nehm an Justizminister Leverenz vom 2. 6. 1966.

59 Kurt Daluege war ab 1936 Führer der Ordnungspolizei. Er wurde nach dem Krieg unter anderen wegen des Massakers in Lidice in Prag hingerichtet (vgl. Klee, Personenlexikon, S. 100).

60 LASH, Abt. 352.2, Nr. 816, Bl. 832f: Vernehmung Herbert Becker vom 30. 6. 1965.

61 Vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 962: Vernehmung K. S. vom 7. 10. 1965. Ein (schriftlicher) Befehlseingang widerspricht der Aussage von Herbert Becker.

vorlagen und sie dem Beschuldigten keine gegenteiligen Beweismittel entgegenzusetzen hatten.⁶²

Wenn Taten nicht geleugnet werden konnten, sollte angegeben werden, dass der Betreffende unter dem sogenannten Befehlsnotstand gestanden hätte, auf den im Folgenden noch eingegangen werden wird.⁶³ Auch diese Empfehlung beherzigte Wiczorek und lieferte gleichzeitig – nach dem Hinweis, dass sich die Aussagen von Offizieren und Mannschaften auffällig unterscheiden würden –, zusätzlich eine weitere Entlastung für sich und seine Untergebenen:

„Hierauf kann ich nur erwidern, daß für denjenigen, der die damaligen Verhältnisse nicht gekannt hat, auch nur schwer zu begreifen ist, in welcher psychologischen Situation sich die Angehörigen der Schutzpolizei damals befunden haben. Die Sicherheitspolizei stand wie ein Schreckgespenst hinter allen. Es war allgemein bekannt, daß dort, wo die Sipo eingesetzt wurde, sich meistens unangenehme Dinge ereigneten. Für uns hiess [sic] daher die Devise: ‚Nur nicht mehr hören, als notwendig ist‘. Das galt insbesondere für uns Offiziere, wenn wir von Abstellungen von Angehörigen der Schutzpolizei zur Sipo erfuhren. Über solche Dinge wurde eben aus den dargelegten Gründen nicht gern gesprochen.“⁶⁴

Hier zeigt sich eine weitere Begrenzung der Handlungsspielräume der Ermittler in NSG-Verfahren. Wiczoreks Schilderung des Verhältnisses von Sicherheits- und Ordnungspolizei entspricht den Darstellungen dieser beiden Institutionen seit 1945. Das Bild der „sauber gebliebenen Polizei“ wurde in den 1960er Jahren besonders vehement vertreten, da die aufgebaute Legende seit Beginn der systematischen Ermittlungen gegen Polizeiangehörige gegen „den Einbruch der Realität verteidigt werden“⁶⁵ musste. Es stellt sich die Frage, inwieweit es den Ermittlern möglich war, diese beschönigende Darstellung über die Rolle der Polizei zu hinterfragen. Zumal auch ansonsten vor allem Informationsquellen zur Verfügung standen, die die historischen Begebenheiten verfälscht darstellten. So erhielt Jans Auszüge aus dem Buch „Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936 – 1945“, das unter anderem von Georg Tessin herausgegeben wurde.⁶⁶ Dieser reihte

62 Vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 84. Auch im Verfahren gegen das Reservepolizeibataillon 101 konnten die Ermittler nichts dagegen tun, wenn ein Zeuge trotz verschiedener Vorhalte bei seiner unwahrscheinlichen Aussage blieb.

63 Vgl. Klemp, Nicht ermittelt, S. 393.

64 LASH, Abt. 352.2, Nr. 819, Bl. 1381: Vernehmung Herbert Wiczorek vom 15. 9. 1966.

65 Vgl. Hölzl, Polizeigeschichtsschreibung, S. 146.

66 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 814, Bl. 312: Verfügung Jans vom 25. 5. 1964; Neufeldt/Huck/Tessin, Ordnungspolizei. Als Berater bei diesem Buch wird im Vorwort explizit Adolf von Bomhard gedankt. Dieser war seit Juni 1933 Mitglied der SS und ab 1936 „Chef des Kommandoamtes im Hauptamt Ordnungspolizei“. Er war Zeit seines Lebens darum bemüht den Mythos der „sauberen Ordnungspolizei“ zu schaf-

seine Veröffentlichung, trotz vorliegender gegenteiliger Quellen, in die oben erwähnte, apologetische Geschichtsschreibung über die Rolle der Polizei im Zweiten Weltkrieg ein. Seiner Darstellung nach kamen die Beamten in den besetzten Gebieten Osteuropas nur ihren alltäglichen Polizeiaufgaben nach oder unterstützen die Wehrmacht an der Front. Die Beteiligung von Polizeieinheiten am Judenmord erwähnte er nicht.⁶⁷ Ermittlende Beamte konnten durch dieses Buch völlig falsche Vorstellungen von der tatsächlichen Rolle der Polizeibataillone bekommen, zumal diese Veröffentlichung aus einer vertrauenswürdigen Quelle stammte. Tessin war von 1954 bis 1964 Archivar im Bundesarchiv in Koblenz. Diese Institution besuchten Ermittler in NSG-Verfahren, um Informationen über die Einheit zu erhalten, gegen die sich das jeweilige Verfahren richtete.⁶⁸

Eine zweite empfohlene Strategie war es, Krankheiten zu simulieren, um so auf Verhandlungsunfähigkeit zu plädieren. Sollte dies nicht funktionieren, wurde drittens eine genaue Anleitung gegeben, wie fehlende Erinnerungen am glaubwürdigsten präsentiert werden könnten. Die Idee war es, dass die Ermittler niemanden etwas nachweisen könnten, wenn keiner in der Lage war, sich zu erinnern. Während Wiczorek hauptsächlich leugnete, etwas gewusst zu haben, zog sich diese Strategie im vorliegenden Verfahren durch die Aussagen aller Dienstgradgruppen und kann als grundlegend für das Scheitern des Verfahrens angesehen werden. Denn ohne den Nachweis von genauen Tatorten und -zeiten war es schwierig jemandem eine konkrete Tat nachzuweisen. Als viertes wurde an das Gemeinschaftsgefühl der ehemaligen Kameraden appelliert. Ein Aussagen gegen Kameraden gehörte sich nicht. Zudem wurde Druck auf aussagewillige Zeugen ausgeübt. Die fünfte und letzte Strategie war es aussagewillige Zeugen so weit zu diskreditieren, dass ihre Glaubwürdigkeit von den Ermittlungsbehörden infrage gestellt wurde.⁶⁹

fen und aufrecht zu erhalten (vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 25). Zudem war er an der „Kameradenhilfe“ von Willy Papenkort beteiligt (vgl. Klemp, Nicht ermittelt, S. 392f.).

67 Vgl. Lichtenstein, Himmlers grüne Helfer, S. 23.

68 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 817, Bl. 967: Dienstreise zum Bundesarchiv Koblenz, Verfügung Jans vom 15. 10. 1965.

69 Vgl. Klemp, Nicht ermittelt, S. 393; die Verfahrensunterlagen gegen Papenkort sind vernichtet worden, daher lässt sich nicht mehr rekonstruieren welche Beschuldigten von Papenkort beraten worden sind. Dass die „Kameradenhilfe“ in Schleswig-Holstein aktiv gewesen ist, zeigt jedoch ihr Eingreifen im Verfahren gegen Angehörige des Polizeibataillons 307, das parallel zu dem Verfahren gegen Wiczorek stattgefunden hat. Das heißt es gibt zwar keinen Beleg dafür, dass es im vorliegenden Verfahren einen direkten Einfluss gegeben hat. Klemp geht jedoch davon aus, dass Papenkort mindestens 21 Ermittlungs- bzw. Gerichtsverfahren direkt beeinflusste. Darunter war nachweislich auch das Verfahren gegen das Polizeibataillon 133, das vor dem I./23 in Galizien stationiert gewesen ist. Ausgehend davon, dass die „Kameradenhilfe“ einheitsübergreifend war und auch Polizeioffiziere sich

Das Netzwerk der Ermittler

Diesem Netzwerk der Täterseite stand ein Netzwerk der Ermittler gegenüber, das sich in den 1960er Jahren jedoch noch im Aufbau befand. Die Sachbearbeiter verschiedener Staatsanwaltschaften trafen auf den „Arbeits-tagungen der mit einschlägigen Strafsachen befassten Staatsanwälte“ zusammen. Diese Tagungen waren auf Initiative des nordrhein-westfälischen Justizministers initiiert worden und sollten „insbesondere auch dazu dienen, eine möglichst einheitliche Praxis der Strafverfolgungsbehörden hinsichtlich der mit dem Befehlsnotstand zusammenhängenden Fragen zu erreichen.“⁷⁰ Zwar hatte Jans an dieser ersten Arbeitstagung nicht teilgenommen, da er erst Mitte April 1964 sein erstes NSG-Verfahren übernommen hatte, jedoch partizipierte er ab der zweiten Arbeitstagung, die Anfang Juni 1965 stattfand, daran.⁷¹ Daneben besprach sich Jans auf Dienstreisen mit den Staatsanwälten anderer Dienststellen und erhielt von diesen Hinweise, in welchen Verfahren sich möglicherweise noch hilfreiche Informationen für sein Ermittlungsverfahren finden ließen.⁷² Jans bat außerdem auswärtige Staatsanwaltschaften, ihm sachdienliche Informationen und Anklageschriften über dort anhängige Ermittlungs- und Strafverfahren wegen NS-Verbrechen zukommen zu lassen.⁷³ Zudem informierten monatliche Rundschreiben der Zentralen Stelle über Entscheidungen in anderen Verfahren, Möglichkeiten der Beweismittelbeschaffung und historische Hintergründe von Taten.⁷⁴ Inwieweit diese Form der Vernetzung jedoch dazu beitrug, die Netzwerke der „alten Kameraden“ gezielt aufzulösen, ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt der hohen Arbeitsauslastung der NSG-Sondersachbearbeiter fraglich.⁷⁵

Die konkreten Taten

Für den dritten großen Themenbereich lassen sich Fragen nach konkreten Taten rekonstruieren. Dabei fragten die Ermittler zu Beginn offen, ob der Zeuge von „irgendwelchen Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung“

durch gemeinsame Lehrgänge oder Stationierungen untereinander gekannt haben werden, erscheint es plausibel, dass Wieczorek als Hauptbeschuldigter von empfohlenen Aussagestrategien erfahren haben kann (vgl. ebd. S. 397f.).

70 LASH, Abt. 352.2, Nr. 4062, Bl. 28: Schreiben des Justizministers des Landes Nordrhein-Westfalen an die Justizminister/Justizsenatoren der Länder vom 31. 10. 1963.

71 Vgl. ebd., Bl. 23: Teilnehmerliste; vgl. Greve, Umgang, S. 420.

72 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 816, Bl. 735f: Verfügung Jans vom 21. 4. 1965.

73 Vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 65.

74 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 814, Bl. 450f: Weiterleitung eines Rundschreiben der Zentralen Stelle durch den Leiter des LKPA.

75 Vgl. LASH, Abt. 786, Nr. 2556, Bl. 20.

wüsste.⁷⁶ Erst danach schlossen sich Fragen nach konkreten Taten an, die teilweise durch den Vorhalt anderer Zeugenaussagen unterstützt wurden. Bei diesem Themenbereich zeigt sich deutlich das unterschiedliche Aussageverhalten auch der anderen ehemaligen Offiziere im Gegensatz zu den unteren Dienstgraden.

Die Offiziere leugneten die Teilnahme ihrer Kompanien an irgendwelchen Einsätzen, bei denen Juden beteiligt gewesen waren. Oftmals gaben sie sogar an, dass sie niemals etwas von Einsätzen gegen die jüdische Bevölkerung gehört hatten. C. W., der Führer der 2. Kompanie sagte in seiner Vernehmung in den Vorermittlungen aus:

„Weder in Posen noch in Galizien bin ich mit meiner Einheit bzw. Einheiten je zu Sondereinsätzen, d. h. zu Aktionen gegen Juden, bei denen Tötungen vorgekommen sind, eingesetzt worden. Über die anderen Komp. kann ich hierzu nichts sagen.“⁷⁷

Als Grund dafür auch gerüchteweise nichts von der Beteiligung anderer Bataillonsteile gehört zu haben, gibt der Zeuge an:

„Ich bitte dabei auch zu berücksichtigen, daß die Entfernung zwischen den einzelnen Standorten so groß war, daß eine unmittelbare laufende Verbindung nicht bestand.“⁷⁸

Nachdem ihm Aussagen von anderen Kompanieangehörigen vorgelesen wurden, die Tatschilderungen beinhalten:

„Ich kann mit gutem Gewissen sagen, daß ich an keiner der von den Zeugen geschilderten Aktionen in irgendeiner Form beteiligt gewesen bin. Auch nicht von dritter Seite habe ich hierüber etwas erfahren. Ich habe keine Erklärungen dafür, daß die Zeugen, die angeblich der von mir geführten 2. Kompanie angehört haben, die 2. Kompanie mit solchen Maßnahmen gegen Juden in Verbindung bringen, solange ich Führer der Kompanie war.“⁷⁹

C. W. wurde von einem anderen Offizier dahingehend belastet, dass er bei Einsätzen gegen Juden das Kommando geführt habe. Neben dem vehementen Zurückweisen dieser Vorwürfe, die auch von anderen Zeugen erhoben wurden, nannte er den Ermittlern andere Gründe für solche gegen ihn gerichtete Aussagen. Zum einen verwies er immer wieder auf Abkommandierungen zu verschiedenen Lehrgängen, zum anderen führte er aus:

„Ob sich solche von den Zeugen geschilderte Aktionen gegen die Juden während meiner Abwesenheit abgespielt haben, vermag ich nicht zu sa-

76 Ebd., Nr. 817, Bl. 1028: Vernehmung H. S. vom 4. 11. 1965.

77 Ebd., Nr. 812, Bl. 47: Vernehmung C. W. vom 22. 11. 1962.

78 Ebd.

79 Ebd., Nr. 818, Bl. 1206: Vernehmung C. W. vom 19. 4. 1966.

gen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß ich schon wegen der ähnlich klingenden Namen öfters mit Oberltn. W[...] verwechselt worden bin, der auch zeitweilig die 2. Kompanie geführt hat. Er war mir auch der Statur nach sehr ähnlich.“⁸⁰

Ein anderer Offizier wandte die Strategie an, die Beteiligung an Einsätzen mit Gewaltmaßnahmen gegen Menschen zuzugeben, aber bestand darauf, dass er nicht gewusst hatte, dass diese unrechtmäßig seien und sich gegen Juden richteten:

„Ich hatte seinerzeit keine Veranlassung, mir über die Rechtmäßigkeit dieser Erschießungen Gedanken zu machen. Es hieß ja, daß es sich um Partisanen oder Geiseln handelte, die öffentlich erschossen werden sollten. Mir kam daher auch nicht der Gedanke, ob es sich etwa um Juden handeln könnte, die lediglich auf Grund ihrer Rasse umgebracht werden sollten. Im Übrigen war mir damals nicht bekannt, daß auch in Galizien im Rahmen der sogenannten Endlösung der Judenfrage die Liquidierung aller Juden beschlossen worden war.“⁸¹

Die unteren Dienstgrade waren eher bereit konkrete Einsätze gegen Juden zu schildern. Das stand damit in Zusammenhang, dass den unteren Dienstgraden wahrscheinlich bekannt war, dass ihnen, so lange sie nicht als Exzesstäter identifiziert wurden, durch die Justiz keine Gefahr drohte. Denn in vielen NSG-Verfahren beriefen sich die Angeklagten auf den sogenannten Putativnotstand und meinten damit, dass sie die ihnen vorgeworfenen Verbrechen nur unter einem enormen Befehlsdruck begangen hätten. Bei einer Befehlsverweigerung hätten sie sich selbst in Lebensgefahr gebracht.⁸² Die Rechtspraxis der 1960er Jahre sah vor, dass Angehörigen von unteren Dienstgraden, die nicht über eigene Befehlsgewalt verfüg-

80 LASH, Abt. 352.2, Nr. 818, Bl. 1206: Vernehmung C. W. vom 19. 4. 1966; der Verweis auf Abkommandierungen zur Lehrgängen oder Urlaubszeiten stellt ebenfalls eine gängige Strategie in NSG-Verfahren dar (vgl. Kwiet, Legendenbildung, S. 125).

81 LASH, Abt. 352.2, Nr. 818, Bl. 1206: Vernehmung C. W. vom 19. 4. 1966; der Bundesgerichtshof hatte in einem Urteil festgelegt, dass nur der zu bestrafen sei, der den verbrecherischen Zweck eines Urteils erkannt habe. Von daher war es eine gängige Strategie anzugeben, dass man einen Befehl für rechtmäßig gehalten habe (vgl. Kwiet, Legendenbildung, S. 121).

82 Vgl. Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht, S. 81f. Es ist zu unterscheiden zwischen dem sogenannten Befehlsnotstand und dem Putativnotstand. Die genaue Bedingung für die Anerkennung eines Befehlsnotstands war, dass sich der Befehlsempfänger in einer gegenwärtigen Gefahr befinden musste, bei der es sicher oder höchstwahrscheinlich war, dass in naher Zukunft eine Schädigung eintreten werde. Die einfache Möglichkeit einer Schädigung reichte nicht aus. Der Täter musste außerdem beweisen, dass er versucht hatte, der Situation anders zu entgehen als durch die Begehung des Verbrechens. Zusätzlich war es notwendig, dass der Beschuldigte sich der Gefahr bewusst war und ein innerer Konflikt ihm keine Wahl ließ, anders zu handeln.

ten, direkt der Putativnotstand zugestanden wurde, es sei denn „wenn sie aus eigenem Entschluss heraus Exzesse begangen haben, wenn sie also weit über den Befehl hinausgegangen und hier exzessiv tätig geworden sind.“⁸³ So wurde den betroffenen Beamten auch im vorliegenden Fall pauschal der Putativnotstand zugebilligt. In dem Einstellungsvermerk heißt es:

„Überzeugte Anhänger der national-sozialistischen Weltanschauung, insbesondere zur Rassenfrage, konnten unter ihnen nicht festgestellt werden. Sie führten die ihnen bei der Heranziehung des Bataillons zu den Maßnahmen der Judenverfolgung erteilten Befehle aus, [...] weil sie der Meinung waren, sich diesen Befehlen ohne Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit nicht widersetzen zu können.“⁸⁴

Allerdings sah der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler eine Befehlsverweigerung nicht als Disziplinlosigkeit an, sondern als menschliche Schwäche, der mit Nachsicht begegnet werden könne. Die Teilnahme an befohlenen Erschießungen wertete er als große Anstrengung und Bewährungsprobe für die Männer, der nicht jeder gewachsen war. Dazu passt auch, dass von der Zentralen Stelle nicht ein Fall nachgewiesen werden konnte, bei dem eine Befehlsverweigerung zu drastischen Folgen für den betreffenden Mann geführt hätte. Stattdessen ist eher davon auszugehen, dass Befehlstätter meist versuchten sich umweltkonform zu verhalten, um nicht aufzufallen. Durch ein angepasstes Verhalten sollten Unannehmlichkeiten vermieden werden. Die Angst, vor Vorgesetzten oder Kameraden als feige zu gelten, spielte dabei auch eine Rolle. Ebenso gab es Befürchtungen, durch eine Befehlsverweigerung der eigenen Karriere zu schaden.⁸⁵ In Ermittlungsverfahren reichte es für einen Zeugen jedoch aus, den Ermittlern überzeugend zu berichten, dass seiner subjektiven Einschätzung nach eine Gefahr für Leib und Leben gedroht hätte, wenn er einen Befehl verweigert hätte. So führte der Zeuge G. M. nach seiner ausführlichen Schilderung über die Teilnahme an Absperrmaßnahmen bei einer von der SS durchgeführten Erschießung an:

„Ich habe diese Erschießungen keinesfalls gebilligt, sah aber keine Möglichkeit, mich dem Absperrungsdienst zu entziehen. Ich habe in diesem Zusammenhang erfahren, daß sich ein Kamerad Otto Riegel, der Berliner war und zu den Bibelforschern gehörte, bei einer ähnlichen Aktion in Tarnopol geweigert haben soll, mitzumachen. [...] Riegel war jedenfalls eines Tages verschwunden; wir haben nie wieder etwas von ihm gehört.“⁸⁶

83 Vgl. LASH, Abt. 605 Nr. 2632, Bl. 9f: Bericht von Oberstaatsanwalt Schüle [Leiter der Zentralen Stelle Ludwigsburg] auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Stuttgart am 6./7. Oktober 1960.

84 Vgl. ebd., Nr. 819, Bl. 1414f: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966.

85 Vgl. Schenk, BKA, S. 251f.

86 LASH, Abt. 352.2, Nr. 817, Bl. 1005: Vernehmung G. M. vom 28. 10. 1965.

Es ist zu vermuten, dass die Ermittler keine Möglichkeit sahen, gegen die Behauptung der Lebensgefahr bei der Nicht-Ausführung von Befehlen vorzugehen oder diese anzuzweifeln. Auch wenn ihnen durchaus Beispiele für Befehlsverweigerungen ohne Folgen bekannt gewesen sein werden. Jans besuchte Anfang Oktober 1964 die Staatsanwaltschaft Hamburg, die zu dieser Zeit unter anderem in einem Verfahren gegen das Reservepolizeibataillon 101 ermittelte.⁸⁷ Darin fand sich mindestens ein Fall von Befehlsverweigerung, der keine Konsequenzen für den betreffenden Polizeibeamten gehabt hatte. Im Gegensatz dazu standen jedoch Entscheidungen wie in dem Verfahren gegen Angehörige des Polizeibataillons 322. In diesem wurde zwei der Hauptangeklagten der Befehlsnotstand zugebilligt.⁸⁸ Dieses Urteil wurde nach der beantragten Revision der zuständigen Staatsanwaltschaft im Januar 1964 durch den Bundesgerichtshof bestätigt, der betonte, dass an der Auslegung und Zubilligung des Befehlsnotstands nichts zu beanstanden sei. „Nach dieser Entscheidung war uns klar, daß es kaum noch möglich sein würde, die Führer anderer Polizeibataillone strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.“⁸⁹ Diese Aussage des Kriminalhauptkommissars Alfred Aedtner, die dieser im Rahmen eines SPIEGEL-Interviews 1986 tätigte, macht deutlich, wie dieses Urteil bei den ermittelnden Beamten angekommen ist. Dies wird auch in anderen Teilen der Bundesrepublik so gewesen sein, da Urteile des Bundesgerichtshofs als höchste Instanz der Judikative als richtungsweisend anzusehen waren.⁹⁰

Dennoch bemühten sich die Ermittler, an aussagekräftige Beweise zu gelangen, indem sie bei der Schilderung von Taten die Zeugen danach fragten, von wem die Befehle gekommen seien, ob ihnen im Vorfeld der Zweck eines Einsatzes bekannt gewesen sei und ob sie allgemein mit dem Vorhaben, sämtliche Juden zu liquidieren, vertraut gewesen seien. Diese Fragen hingen unmittelbar mit dem Umstand zusammen, dass die Ermittler sich bemühten, den Zeugen unter anderem Beihilfe zum Mord nachzuweisen. Dafür war es notwendig, zu belegen, dass ihnen im Vorfeld bekannt war, wozu sie beitrugen. Ebenso musste ihnen der subjektive Wille zur Tat nachgewiesen werden.⁹¹ Trotz eingeräumten Putativnotstandes verneinten die Zeugen diese Fragen meist. Da sich die Aussagen der Zeugen zu diesem Themenfeld nicht unterschieden, hatten die Ermittler keine Handhabe, um das Gegenteil zu beweisen, und stießen somit an die Grenze ihrer Möglichkeiten.

87 Vgl. ebd., Nr. 814, Bl. 52: Verfügung Jans vom 13. 10. 1964.

88 Vgl. Lichtenstein, Himmlers grüne Helfer, S. 57-58.

89 Vgl. „An Ort und Stelle erschossen“, in: Der Spiegel Nr. 44 vom 27. 10. 1986, S. 76-99, hier: S. 88.

90 Dabei ist zu beachten, dass die gesamte Justiz, auch am Bundesgerichtshof, mit ehemaligen NS-Juristen besetzt war (vgl. Schenk, BKA, S. 252).

91 Vgl. Fuchs, Strafgesetzbuch, S. 210-217.

Die Strategien, um der Strafverfolgung zu entgehen

Dies war auch der Fall, wenn es darum ging, gegen die Strategien vorzugehen, die Täter verfolgten, um sich einer Strafverfolgung beziehungsweise Befragung zu entziehen. Im Folgenden sollen vier davon dargestellt werden, die sich im vorliegenden Verfahren wiederfinden lassen.

Der erste Weg stellte das Untertauchen im Inland dar. Wie bereits erwähnt, konnte eine große Zahl von Bataillonsangehörigen nicht ermittelt werden. Dazu gehörte der Führer der 3. Kompanie. Der Offizier, der einen Juden eigenhändig erschossen haben soll, wurde im Januar 1960 für tot erklärt. Der Zeitpunkt seines Todes wurde auf den Dezember 1945 datiert, da ein ehemaliger Kamerad vom Hörensagen erfahren hatte, dass M. 1945 in der Nähe von Prag von Partisanen erschossen worden sei. Gleichzeitig behauptete jedoch ein Zeuge in diesem Verfahren, dass er M. Ende 1945/Anfang 1946 getroffen und mit ihm gesprochen habe. Dieser habe angegeben, dass er nun mit einer Frau, mit der er bereits in Galizien ein Verhältnis gehabt habe, zurückgezogen auf dem Land lebe.⁹² Gleiches behauptete ein weiterer Zeuge, der dieses von einem bereits verstorbenen Bataillonskameraden gehört hatte.⁹³ Diese Hinweise der Zeugen reichten den Ermittlern aus, um bundesweit nach dem Beschuldigten fahnden zu lassen, da angenommen wurde, dass dieser unter falschem Namen in der Bundesrepublik untergetaucht war. Verschiedene Zeugen, die nach ihm befragt wurden, sagten ebenfalls aus, davon gehört zu haben, dass M. noch am Leben sei. Letztlich blieb die Suche nach ihm jedoch erfolglos.⁹⁴ In Nachkriegsvernehmungen gaben viele Täter zu Protokoll, dass ihnen schon während des Krieges bewusst geworden sei, dass sie im Falle der militärischen Niederlage juristisch zur Verantwortung gezogen werden würden. Daher gingen schätzungsweise weit über 100.000 Nationalsozialisten in die Illegalität und nahmen einen neuen Namen an.⁹⁵

Der zweite Weg, einer Strafverfolgung zu entgehen, führte in den Suizid. Diese Vorgehensweise, von hohen Nationalsozialisten oft gewählt und auch propagiert, wurde von Tatverdächtigen nicht nur direkt zu Kriegsende gewählt, sondern auch dann, wenn die Justiz auf sie aufmerksam wurde.⁹⁶ Der ehemalige Bataillonsangehörige M. war der Vorladung zur Vernehmung bei der Kriminalpolizei nicht gefolgt und wurde am gleichen Tag erhängt in seiner Wohnung aufgefunden.⁹⁷ Die Gründe dafür können na-

92 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 815, Bl. 611: Vernehmung F. D. vom 24. 2. 1965.

93 Vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 1023: Vernehmung W. R. vom 3. 11. 1965.

94 Vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 1068: Bericht an Zentrale Stelle vom 2. 12. 1965 u. ebd., Nr. 819, Bl. 1464: Entwurf Einstellungsverfügung vom 21. 9. 1966.

95 Vgl. Kwiet, Legendenbildung, S. 117f.

96 Vgl. Ebd.

97 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 814, Bl. 414: Bericht des LKPA vom 12. 3. 1964.

türlich vielfältig gewesen sein. Jedoch erscheint es möglich, dass die anstehende Vernehmung zu dieser Entscheidung beigetragen hat. Dabei können sowohl Angst vor der Strafverfolgung als auch vor unangenehmen Erinnerungen eine Rolle gespielt haben.⁹⁸

Die Ursache für die direkten Nachforschungen nach dem nicht erschienenen Mann, leitet über zur dritten Strategie der Zeugen, sich einer Vernehmung zu entziehen. M. sei aufgrund von Hirnverletzungen „schweremütig“ gewesen.⁹⁹ Besonders ältere Zeugen oder solche mit Kriegsverletzungen führten oftmals mit dem Verweis darauf, dass sie sich in ärztlicher Behandlung befänden, eine angeblich vorhandene Vernehmungsunfähigkeit an. Auch in diesem Verfahren erklärten Zeugen vorhandene Erinnerungslücken häufig mit erlittenen Kopfverletzungen oder wiesen auf ihren schlechten Gesundheitszustand hin. So gab W. K. an, dass er „schwer Herzkrank“ sei und daher „jegliche Aufregung vermeiden“ müsse. Als Beleg dafür brachte der Zeuge direkt ein ärztliches Attest zur Vernehmung mit und bat darum, man möge in Zukunft von weiteren Vernehmungen absehen.¹⁰⁰ Sechzehn Monate vorher war er von Staatsanwalt Tegge aus Hamburg zu seiner Tätigkeit im SK 1005 vernommen worden. Dabei machte er sehr ausführliche Angaben und bemühte sich insbesondere den kommandierenden Offizier gut darzustellen. Obwohl er in dieser Vernehmung als „Invalide“ vermerkt wurde, finden sich darin keine Hinweise auf entsprechende gesundheitliche Probleme, die eine Aussage erschwerten.¹⁰¹ Diese hätten möglicherweise auch der intendierten Entlastung des Offiziers entgegengestanden. Den Ermittlern fehlte es an Handlungsmöglichkeiten, gegen solche Behauptungen vorzugehen. Wurden diese vorgebracht, wurden sie als Indiz gewertet, dass der Betreffende sich bei einer Anklageerhebung in die Verhandlungsunfähigkeit „flüchten“ könnte.¹⁰² Dieses Vorgehen findet sich in fast allen bekannten Ermittlungsverfahren und ist eine Praktik, die laut Dieter Schenk auch der Intention bestimmter Kreise der Justiz entsprach. Ermittlungen wurden in Erwartung der Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Zeugen und Beschuldigten erst verzögert eingeleitet. Der damals allgemein übliche Begriff für diesen Umstand soll der der „biologischen Verjährung“ gewesen sein.¹⁰³

98 Auch im Verfahren gegen das Reservepolizeibataillon 101 gab ein Zeuge an, dass er nach der Schilderung von belastenden Erinnerungen versucht habe, sich das Leben zu nehmen (vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 84).

99 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 814, Bl. 414: Bericht des LKPA vom 12. 3. 1964.

100 Vgl. ebd., Nr. 817, Bl. 907: Vernehmung W. K. vom 26. 8. 1965.

101 Vgl. ebd., Nr. 813, Bl. 19-31: Vernehmung W. K. vom 21. 1. 1964.

102 Vgl. Schenk, BKA, S. 252; vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 816, Bl. 848: Vermerk zur Vernehmung K. K. vom 4. 12. 1963, vgl. ebd. Nr. 815, Bl. 634: Vernehmung H. P. vom 27. 2. 1965.

103 Schenk, BKA, S. 252.

Der vierte Weg, sich den Belastungen einer Vernehmung nicht auszusetzen, war es, zum angedachten Termin alkoholisiert zu erscheinen. Nachdem der Zeuge R. H. bereits drei Mal durch andere Stellen vernommen worden war, erschien er bei Vorladungen durch die Itzehoer Ermittler nur noch in alkoholisiertem Zustand.¹⁰⁴ Dies fiel insbesondere deswegen auf, da seine Angaben im direkten Widerspruch zu seinen Aussagen in den vorherigen Vernehmungen standen. Nachdem eine Befragung im April 1965 daraufhin abgebrochen worden war, führte ein zweiter Versuch im Februar 1966 zu dem gleichen Ergebnis. R. H., der in vorherigen Vernehmungen durch die Kriminalpolizei Berlin und die Staatsanwaltschaft Hamburg überaus detaillierte Angaben zu seinem Einsatz beim SK 1005 gemacht hatte, war einer der wenigen ehemaligen Bataillonsangehörigen, die Emotionen bei der Schilderung der Vorgänge gezeigt hatten.¹⁰⁵ Von seiner erneuten Vorladung wurde abgesehen. Da gegen den Zeugen nichts vorlag, hatten die Ermittler keinerlei Handhabe, gegen dessen Alkoholkonsum vorzugehen. Das ist insbesondere deswegen bedauerlich, da in NSG-Verfahren oftmals ein wirklich aussagewilliger Mann ausreichte, um auch andere Zeugen zu Geständnissen zu bewegen.¹⁰⁶

Zusammenfassung

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass eine Beweisführung rein über die Aussagen der vernommenen Bataillonsangehörigen und anderer Täterzeugen sich in diesem Verfahren als sehr schwierig gestaltete. Dennoch verfügten die Ermittler über Handlungsspielräume, um Einfluss auf die Aussagebereitschaft von Zeugen zu nehmen. Bei deren Ausnutzung stießen sie jedoch immer wieder auf für NSG-Verfahren spezifische Grenzen, die eine Aufklärung der Taten der Polizeieinheit erschwerten. Während einige Angehörige unterer Dienstgradgruppen durchaus Bereitschaft zeigten, konkrete Taten zu schildern, konnten sich die Offiziere durchgehend angeblich nicht daran erinnern, dass die ihnen unterstellte Einheit zu Einsätzen im Bereich der Judenverfolgung eingesetzt gewesen sind.¹⁰⁷ Da jedoch oftmals auch aussagewillige Männer nicht in der Lage waren, genaue Tatzeiten und -orte anzugeben, war es schwierig, den befragten Offizieren anhand dieser bruchstückhaften Informationen Vorhaltungen zu machen.

104 Vgl. LASH, Abt. 352.2, Nr. 816, Bl. 749: Vernehmung R. H. 28. 4. 1965 u. ebd. Nr. 818, Bl. 1143: Verfügung Jans vom 28. 2. 1966.

105 Vgl. ebd., Nr. 814, Bl. 361-366: Vernehmung R. H. vom 22.10.1963, vgl. ebd., Bl. 367-371: Fortsetzung der Vernehmung R. H. vom 28. 10. 1963 u. vgl. ebd., Nr. 813, Bl. 32-41: Vernehmung R. H. vom 5. 2. 1964.

106 Vgl. Kiepe, Reservebataillon 101, S. 60.

107 Zeugen, Beschuldigte und Angeklagte waren in den Verfahren nur sehr selten zu einem Schuldeingeständnis bereit (vgl. Dreßen, Probleme und Erfahrungen, S. 304).

Insgesamt erwecken die Protokolle der Vernehmungen daher den Eindruck, als seien die Befragungen zwar durchweg ordnungsgemäß durchgeführt worden, jedoch ohne übermäßiges Engagement.¹⁰⁸ Es finden sich keine Hinweise darauf, dass detailliert auch kleinste Gegensätze aufgenommen wurden, um Befragte in Widersprüche zu verwickeln. Ebenso wurde es unterlassen, Zeugen der Opferseite hinzuzuziehen. Auch das Gelten des Putativnotstands wurde nicht hinterfragt. Den Zeugen wurden keine Erkenntnisse über „geglückte“ Befehlsverweigerungen vorgehalten. Ursächlich dafür könnte auch fehlendes Wissen über historische Begebenheiten sein, insbesondere auch deswegen, da die Ermittler keinerlei Einweisung oder Schulung für diese speziellen Verfahren erhielten.¹⁰⁹

Das Ergebnis war, dass trotz der Schilderung von Beteiligungen an Einsätzen, auch von Offizieren, der Ertrag der Vernehmungen nicht ausreichte, um gegen einen Bataillonsangehörigen Anklage zu erheben. Die Gründe dafür lassen sich nur vermuten und können vielfältig sein. Die Unerfahrenheit oder Überforderung der Ermittler kann genauso eine Rolle gespielt haben, wie der Umstand, dass sie gegen aktive und ehemalige Polizisten ermittelten und diesen bestimmte Taten möglicherweise nicht zutrauten. Zudem teilten viele Ermittler das damals in der Öffentlichkeit vorherrschende Bild der Ordnungspolizei und sahen in den Angehörigen von SS, SD, Gestapo oder Sipo die Hauptverantwortlichen für die NS-Verbrechen. Diese Vorannahme hatte Einfluss darauf, wie die Ermittler die Aussagen der ehemaligen oder aktiven Ordnungspolizisten in Vernehmungen wahrnahmen.¹¹⁰

Die Analyse der Handlungsspielräume der Ermittler hat gezeigt, dass die Auswirkungen der Nutzung oder eben Nichtnutzung von Handlungsspielräumen durch die Ermittler auf die Verfahren nicht zu unterschätzen ist. Eine vergleichende Studie, die eine größere Anzahl von Ermittlungsverfahren untersucht, könnte dazu neue Erkenntnisse liefern und einen Beitrag dazu leisten, die justizielle Aufarbeitung der NS-Vergangenheit umfassender zu erklären. Das käme der Forderung Norbert Freis nach, die Ermittlungsakten von NSG-Verfahren auszuwerten und aus ihnen „Ahnungsbemühungen beziehungsweise Ahnungsverhinderungen“ herauszulesen.¹¹¹ Nur durch die Einordnung auch dieser gescheiterten Verfahren in den gesellschaftlichen und rechtspolitischen Rahmen, ist es möglich, einen vollständigen Einblick in die Strafverfolgung von NS-Tätern zu bekommen.

108 Die These bestätigte auch Karl-Georg Schulz, ehemaliger Leiter der Sonderkommission NS (1962-1967), in einem Zeitzeugengespräch am 14. 1. 2017.

109 Vgl. Schenk, BKA, S. 250; vgl. „NS-Verfahren. Seift und seift“, in: Der Spiegel Nr. 8 vom 5. 2. 1971, S. 80.

110 Vgl. Matthäus, Alte Kameraden, S. 196.

111 Vgl. Frei, Dritte Reich, S. 80.

Quellen und Darstellungen

Ungedruckte Quellen

Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH)

- Abt. 352.2. Staatsanwaltschaft beim Landgericht Itzehoe
 Nr. 812-831: Bände des Ermittlungsverfahrens gegen das I./23.
 Nr. 4062, Bd. 1.6: Sammelakten, Betreff: Schutz des Staates (Politische Sachen / NSG-Sachen).
- Abt. 605 Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Nr. 2631, Bd. 1: Nationalsozialisten im Landesdienst 1958-1969.
 Nr. 2632, Bd. 2: Nationalsozialisten im Landesdienst 1962-1967.
- Abt. 611 Innenministerium
 Nr. 8794: Situation der Polizei 1946-1982.

Gedruckte Quellen

- Der Spiegel, 1971, Nr. 8, vom 5. 2. 1971, S. 80 („NS-Verfahren. Seift und seift“) u. 1986, Nr. 44, vom 27. 10. 1986, S. 76-99 („An Ort und Stelle erschossen“).
- Fuchs, Thomas (Hrsg.): Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871. Historisch-synoptische Edition 1871-2012. Mannheim 2012.
- Rüter, Christiaan F. / De Mildt, Dick W. (Hrsg.): Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung (west-)deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, 1945-2012, 49 Bde., Amsterdam/München 1968-2012.
- Schulz, Georg (Hrsg.): Strafprozeßordnung mit Erläuterungen für Polizei- und Kriminalbeamte. Hamburg 1963.

Darstellungen

- Curilla, Wolfgang: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944. Paderborn 2005.
- Dreßen, Willi: Probleme und Erfahrungen der Ermittler bei der Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen. Vortrag am 4. September 1999 in der Hebbelschule Kiel. In: Förderverein „Freundeskreis zur Unterstützung der Polizei Schleswig-Holstein e. V.“ (Hrsg.): Täter und Opfer unter dem Hakenkreuz. Eine Landespolizei stellt sich der Geschichte. Eine Dokumentation der gemeinsamen Veranstaltungsreihe des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein und der Verwaltungsfachhochschule Altenholz „Staatsgewalt ohne Moral – Täter und Opfer unter dem Hakenkreuz“. Kiel 2001, S. 225-238.
- Frei, Norbert: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen. München 2009.
- Greve, Michael: Der justitielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren (Europäische Hochschulschriften. Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 911). Frankfurt a. M. 2001.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989. Bonn 2011.

- Hermanutz, Max / Litzke, Sven / Kroll, Ottmar: Polizeiliche Vernehmungen und Glaubhaftigkeit. Ein Trainingsleitfaden. Stuttgart 2011.
- Hölzl, Martin: Polizeigeschichtsschreibung zwischen Nürnberg und Ludwigsburg. Ehemalige Ordnungspolizisten als Historiker in eigener Sache. In: Mecking, Sabine / Schröder, Stefan (Hrsg.): Kontrapunkt. Vergangenheitsdiskurse und Gegenwartsverständnis. Festschrift für Wolfgang Jacobmeyer zum 65. Geburtstag. Essen 2005, S. 139-149.
- Kiepe, Jan: Das Reservepolizeibataillon 101 vor Gericht: NS-Täter in Selbst- und Fremddarstellungen (Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte Bd. 25). Hamburg 2007.
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt a. M. 2011.
- Klemp, Stefan: „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz. Ein Handbuch, 2. Aufl., Essen 2011 ('2005).
- Kwiet, Konrad: Von Tätern zu Befehlsempfängern. Legendenbildung und Strafverfolgung nach 1945. In: Matthäus, Jürgen u. a. (Hrsg.): Ausbildungsziel Judenmord? „Weltanschauliche Erziehung“ von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der „Endlösung“. Frankfurt a. M. 2003, S. 114-140.
- Lichtenstein, Heiner: Himmlers grüne Helfer. Köln 1990.
- Linck, Stephan: Die Stammtisch-Geschichte der „Alten Charlottenburger“. Ein Netzwerk in Westdeutschland. In: Mallmann, Klaus-Michael / Angrick, Andrej (Hrsg.): Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart Bd. 14). Darmstadt 2009, S. 105-121.
- Matthäus, Jürgen: Alte Kameraden und neue Polizeimethoden. Die Sonderkommissionen zur Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen. In: Mallmann, Klaus-Michael / Angrick, Andrej (Hrsg.): Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart Bd. 14). Darmstadt 2009. S. 183-199.
- Neufeldt, Hans-Joachim / Huck, Jürgen / Tessin, Georg (Hrsg.): Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936-1945. Koblenz 1957.
- Pohl, Dieter: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens (Studien zur Zeitgeschichte Bd. 50). München 1996.
- Rückerl, Adalbert: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung. Heidelberg 1982.
- Schenk, Dieter: Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA. Köln 2001.
- Stoll, Katrin: Die Herstellung der Wahrheit. Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige der Sicherheitspolizei für den Bezirk Bialystok. Berlin/Boston 2012.

Anschrift der Verfasserin:

Claudia Kuhn
Jüdisches Museum in Rendsburg
Prinzessinstr. 7-8
24768 Rendsburg
E-Mail: claudia.kuhn@landesmuseen.sh

(1) Die Kommunikation in der Wirtschaft ist ein Prozess, bei dem Informationen zwischen verschiedenen Akteuren im Wirtschaftssystem ausgetauscht werden. Dieser Prozess ist entscheidend für die Effizienz und den Erfolg von Unternehmen und Organisationen.

(2) Die Kommunikation in der Wirtschaft kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden, von der individuellen Ebene bis hin zur globalen Ebene. In der individuellen Ebene geht es um die Kommunikation zwischen einzelnen Personen, während in der globalen Ebene die Kommunikation zwischen Unternehmen und Organisationen in verschiedenen Ländern und Kontinenten gemeint ist.

(3) Die Kommunikation in der Wirtschaft ist ein komplexer Prozess, der von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird. Dazu gehören die Technologie, die Organisationsstruktur, die Kultur und die soziale Normen. Die Entwicklung der Kommunikationstechnologien hat die Kommunikation in der Wirtschaft erheblich erleichtert und ermöglicht es nun, Informationen schneller und leichter zu übertragen.

(4) Die Kommunikation in der Wirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftstätigkeit. Ohne Kommunikation wäre es für Unternehmen und Organisationen unmöglich, ihre Ziele zu verfolgen und ihren Erfolg zu sichern. Die Kommunikation ermöglicht es den Akteuren im Wirtschaftssystem, ihre Ressourcen zu koordinieren, ihre Entscheidungen zu treffen und ihre Beziehungen zu anderen Akteuren zu pflegen.

(5) Die Kommunikation in der Wirtschaft ist ein dynamischer Prozess, der sich ständig weiterentwickelt. Die Technologie und die Organisationsstruktur ändern sich ständig, was zu neuen Kommunikationsformen und -kanälen führt. Die Kommunikation in der Wirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftstätigkeit und wird in Zukunft eine noch größere Rolle spielen.

Uwe Barschel und Uwe Jens Lornsen

Der doppelte Suizid am „schönen Ufer“ des Genfer Sees:

„Bellerive“ 1838 und „Beau-Rivage“ 1987

Von Reimer Hansen

I. Einführende Aspekte

Der Komplex intriganter Machenschaften um das aufsehenerregende Ende der Regierung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel ist zunächst – in wörtlicher Anlehnung und assoziativer Analogie zum „Watergate“-Skandal der Regierung des 37. Präsidenten der USA Richard M. Nixon – „Waterkantgate“¹ genannt worden. Der umfassende politische Skandal sollte sich indes zur weitgehend personalisierten „Barschel-Affäre“ verdichten und das öffentliche Interesse über mehr als zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Insbesondere Barschels spektakulärer Tod in einem Genfer Hotel hat – über das gleichsam selbstevidente unmittelbare Interesse der Medien hinaus – eine Welle von Publikationen sehr unterschiedlicher Qualität und Provenienz ausgelöst, bislang aber noch keine – wenngleich naturgemäß zunächst noch vorläufige – solide Gesamtdarstellung der „Barschel-Affäre“ gefunden, die alle erheblichen politischen, zeitgeschichtlichen, juristischen und rechtsmedizinischen Aspekte erfasst und abgehandelt sowie die daraus resultierenden aktuellen und grundsätzlichen Fragen, namentlich nach der politischen Kultur und Moral, erörtert hätte.²

1 Erstmals wohl in: Der Spiegel, Nr. 37, vom 7. 9. 1987. „Waterkantgate“ ist eine aktuelle wortspielerische Neubildung, die den aus der Nixon-Affäre bekannten amerikanischen Hotelnamen „Watergate“ (engl. in der wörtl. Bedeutung von Schleuse, Flutor) mit dem mittlerweile auch im Hochdeutschen geläufigen niederdeutschen Substantiv „Waterkant“ (Wasserkante, in der – dem Duden zufolge „scherzh.“ – Bedeutung „für nordd. Küstengebiet“) verbindet und nicht nur allgemein, sondern gern auch für die spezielle, partielle oder auch pars-pro-toto-Kennzeichnung des – wie es im Schleswig-Holstein-Lied heisst –, „meerumschlungenen“ nördlichen Bundeslandes zwischen Nord- und Ostseeküste benutzt wird.

2 Hierzu nunmehr auf dem erreichten Stand der zeitgeschichtlichen Forschung: Danker/Kellmann/Schwabe, Die „Barschel-Affäre“, u. Kraack, Begegnungen, S. 274-275

Barschel selbst hat alles andere als konstruktiv und objektiv dazu beigetragen, die mit seinem Namen bezeichnete politische Affäre aufzuklären. Angesichts der Anzahl von Zeugen sowie der erhaltenen Zeugnisse und Spuren des Geschehens dürfte aber gerade er sich auch darüber im Klaren gewesen sein, dass eine gründliche Untersuchung zu weitgehender sachlicher Aufklärung führen würde. Hierbei kamen zunächst sein eigenes Verhalten gegenüber den erhobenen Vorwürfen und das Faktum, die Umstände und die Ursache seines Todes sowie dessen Deutung, Verständnis und Erklärung in Betracht. Und zwar speziell als Suizid. Diese Mutmaßung war umso wahrscheinlicher, als Mordmotive sich aufgrund der vorgefundenen Situation und ihrer Untersuchung schwerlich hinreichend nachweisen ließen und – insbesondere aufgrund der rechtsmedizinischen Befunde – schließlich als nicht triftig oder unvereinbar verworfen worden sind. Dieser Beitrag will entsprechenden Andeutungen und Hinweisen nachgehen, zumal auch Barschel selbst unter den am Ort hinterlassenen, beseitigten oder verwischten, aber auch von dort aus noch gelegten Spuren die mögliche und nach vernünftigem Ermessen weit eher in Betracht kommende Deutung seines Todes als Suizid anscheinend gar nicht von vornherein ausgeschlossen wissen wollte, dabei aber offenbar bewusst darauf bedacht war, ihre Beurteilung möglichst noch zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

II. Ein Hinweis am Ort?

Die starke Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Obduktion der Leiche und die rechtsmedizinische Auswertung und Würdigung ihrer Ergebnisse hat dazu geführt, dass – mit Ausnahme der Anwendung

u. S. 284. – Es hat einiger Zeit bedurft, bis diese Bezeichnung sich aufgrund der gesicherten historisch-politischen Befunde schließlich durchsetzen konnte. Anfänglich wurde – je nach vorrangiger persönlicher Gewichtung – eine Kombination der Namen des Ministerpräsidenten und seines Anfang Dezember 1986 eigens für den Wahlkampf des Jahres 1987 eingestellten „Medienreferenten“ Reiner Pfeiffer, eines Journalisten aus dem Verlagshaus Springer, als „Barschel/Pfeiffer-“ oder „Pfeiffer/Barschel-Affäre“ bezeichnet. Siehe hierzu: Untersuchungsausschuss, S. 1. Der Ausschuss selbst konnte sich nicht auf eine einheitliche namentliche Bezeichnung der Affäre einigen und verzichtete dann darauf. Die Evangelische Akademie Nordelbien wick in einer gleichzeitigen einschlägigen Veröffentlichung auf die offenbar neutral gemeinte Bezeichnung „Kieler Affäre“ aus, vgl. Wiebe (Hrsg.), Politische Kultur – Politische Moral. Die Beiträge gehen denn auch größtenteils weniger auf die eigentliche „Barschel-Affäre“ als auf ihre Aspekte in hauptsächlich allgemeiner Erörterung ein, während „kirchliches Handeln“ vor allem in den primär seelsorglichen oder praktisch-theologischen Beiträgen des Landesbischofs Ulrich Wilckens, einschließlich seiner „Predigt zur Trauerfeier für Uwe Barschel“ am 27. 10. 1987, zum Ausdruck kommt.

und Erörterung allgemein üblicher, aber auch größtenteils spekulativer, individual- und sozialpsychologisch affiner Erklärungsmuster, speziell der Deutung Barschels als „narzisstischer Persönlichkeit“³ – eine gezielte Recherche nach konkreten aufschlussfähigen Anhaltspunkten oder Hinweisen Barschels selbst bislang vernachlässigt worden ist. Hierzu gehört zweifellos ein von Anfang an erwähnter Band mit Erzählungen Jean-Paul Sartres, der im Genfer Hotelzimmer aufgeschlagen auf dem Bett lag und somit den Eindruck erwecken konnte, wenn nicht gar sollte, hier sei die Lektüre – aus welchem Grund auch immer – unterbrochen worden. Aus dem aufgeschlagenen Text des augenscheinlich nur vorübergehend, jedenfalls noch nicht nach beendeter Lektüre aus der Hand gelegten Buches gelangte alsbald folgendes Zitat in die Presse: „In diesem Moment hatte ich den Eindruck, als läge mein ganzes Leben ausgebreitet vor mir, und ich dachte: 'Das ist eine verdammte Lüge.' Es war nichts mehr wert, denn es war zu Ende.“ Es schien geradezu geeignet, einen Suizid nahezu legen, war aber aus einem erzählerischen Zusammenhang gerissen worden, ohne dessen Kenntnis sich sein eigentliches, spezifisches Verständnis schwerlich hinreichend erschließen ließ. Folgt man den mit seiner Veröffentlichung verbundenen Hinweisen, so stößt man auf die deutsche Übersetzung der Erzählung Jean-Paul Sartres „Le mur“, die zunächst den Titel „Die Mauer“ und später „Die Wand“ erhielt.⁴ In diesem Prosatext aus dem Jahre 1939 sehen

3 Hierzu insbesondere mit Bezug auf die psychologische Spezialliteratur: Schnibben/Skierka, Macht und Machenschaften, S. 62 ff.

4 Schnibben/Skierka, Macht und Machenschaften, S. 67, geben ausschließlich das Zitat wieder und erwähnen lediglich das „Sartre-Buch 'Die Wand'“. Nähere Angaben über die offensichtliche Übersetzung werden hier nicht gemacht. Die Illustrierte Stern, deren Reporter das Hotelzimmer am 11. 10. 1987 als erste betreten und das Buch auf dem unbenutzten Bett wahrnahmen, beschreibt es Stern, Nr. 38, vom 13. 9. 2007, S. 180, unter dem Titel „Tod in der Badewanne“ in der Erläuterung des abgebildeten Zimmers als „ein Buch mit Texten von Jean-Paul Sartre. Aufgeschlagen sind die Seiten 82/83 mit der Erzählung 'Das Zimmer'“. Hiernach dürfte es sich um die deutsche Übersetzung der Sammlung von fünf Erzählungen Jean-Paul Sartres, *Le mur*, Paris 1939, in der Ausgabe: *Die Mauer*. Übers. von Hans Reisinger und Heinrich Wallfisch, Stuttgart 1950, handeln. „Die Mauer“ ist zugleich die erste Erzählung der Sammlung. Eine weitere Übersetzung ins Deutsche trägt den Titel der letzten Erzählung: *Die Kindheit eines Chefs*. Erzählungen. Deutsch von Uli Aumüller (Jean-Paul Sartre, *Gesammelte Werke in Einzelausgaben*. In Zusammenarbeit mit dem Autor und Arlette El Kaim-Sartre hrsg. von Traugott König, Romane und Erzählungen 2), Reinbek 1982, übersetzt „Le mur“ aber sinngemäß treffender mit „Die Wand“. Die Angabe in Stern, ebd., bedarf der Korrektur, denn das Zitat findet sich in der Titelerzählung „Die Mauer“ bzw. „Die Wand“. Da die vermutete Ausgabe 1950 nicht erreichbar war, wird die Erzählung „Die Wand“ hier in einer späteren Ausgabe der weitgehend gleichen Übersetzung von Heinrich Wallfisch erörtert: Jean Paul Sartre, *Der Ekel*. Roman, *Die Wand*. Fünf Erzählungen. Mit einem Nachwort von Vincent von Wroblewsky, o. O. o. J. Das Zitat findet sich auf S. 323 und weicht nur unwesentlich von dem in Stern, ebd., ab: „In diesem Moment hatte ich

der Ich-Erzähler und seine beiden Schicksalsgefährten als verurteilte Gefangene der Falangisten im Spanischen Bürgerkrieg ihrer unmittelbar bevorstehenden Hinrichtung entgegen. Durch einen völlig absurden – aller subjektiven Absicht, möglichen Voraussicht und objektiven Wahrscheinlichkeit zuwiderlaufenden – Zufall wird ihm jedoch ihre spontane Aussetzung zuteil.

Bedenkt man rückblickend – allein aufgrund der durch den Untersuchungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags von Oktober 1987 bis Januar 1988 ermittelten Befunde und Ergebnisse – die tatsächlich aussichtslose persönliche und politische Situation, in der Barschel sich zu diesem Zeitpunkt befand, dann erhalten die beiden zitierten Sätze nur durch ihre isolierte Mitteilung entgegen ihrer erzählerischen Funktion ein Gewicht und eine Bedeutung, die einen Suizid in der Tat nahelegen mögen. Es ist übrigens nicht auszuschließen, dass dieses Missverständnis aufgrund unzulänglicher, selektiver oder flüchtiger Lektüre nur der aufgeschlagenen Seiten nicht einmal bewusst gewesen sein oder aber auch bewusst in Kauf genommen worden, wenn nicht vielleicht sogar intendiert gewesen sein könnte. Weil das geöffnete Buch aber nicht erkennbar auf das später von publizistischer Hand herausgepickte Zitat, sondern auf die aufgeschlagenen beiden Seiten im Zusammenhang der gesamten Erzählung aufmerksam macht, wird man sich zunächst nicht zu einer entsprechend verengten Assoziation verleiten lassen dürfen. Nimmt man die beiden Sätze indes in ihrer kontextuellen erzählerischen Bedeutung, dann lassen sie sich weit eher mit der illusionären Absicht vereinbaren, von den schuldhaften Machenschaften ablenken und in offensichtlich aussichtsloser Situation eine zwar äußerst unwahrscheinliche, nichtsdestoweniger jedoch offenbar noch mögliche, zufällige Wendung suggerieren zu wollen. Dass Barschel ganz und gar darum bemüht war, noch unmittelbar vor seinem Tod einen entsprechenden Eindruck zu erwecken, belegen im Hotelzimmer hinterlassene Notizen und Mitteilungen in letzten Telefongesprächen mit Familienangehörigen über die angebliche Begegnung mit einem obskuren Entlastungszeugen.⁵

Die Realität sah indes entschieden anders aus und ließ keinerlei Spielraum für derartige Illusionen mehr zu. Die Ermittlungen des Ausschusses, heisst es in seinem abschließenden Bericht, hätten aufgrund von Zeugnisaussagen und Beweisführungen ergeben, dass die aufgedeckten Aktionen auf den Ministerpräsidenten „als Initiator“ zurückgingen und er „sowohl an den Planungen als auch an den Durchführungen“ in unterschiedlicher Weise mitgewirkt habe. Sie hätten weiterhin ergeben, dass er „nahezu vollständig über die ganzen Aktionen informiert“ gewesen sei. Dies stehe „in

den Eindruck, als läge mein ganzes Leben ausgebreitet vor mir, und ich dachte: Das ist eine verdammte Lüge. Es war nichts mehr wert, denn es war beendet.“

5 Schnibben/Skierka, Macht und Machenschaften, S. 58f.

einem krassen Widerspruch“ zu seinen Äußerungen auf der Pressekonferenz am 18. September 1987 und den dazu abgegebenen eidesstattlichen Erklärungen, die er mit seinem „Ehrenwort“ verband. Weiterhin heißt es im Bericht des Untersuchungsausschusses: „Das Bekanntwerden dieser unglaublichen Aktionen und die 'Entlarvung' des damaligen Ministerpräsidenten hinsichtlich seiner Beteiligung haben ganz sicherlich nicht nur in der Öffentlichkeit einen Schock ausgelöst. Es mußte einfach bis dahin für unglaublich erachtet werden, daß eine Person in dieser Position, in dieser Umgebung und mit diesen Voraussetzungen fähig sein konnte, solche Machenschaften zu planen, durchzuführen und mitzutragen.“ Die Tatsache, dass Barschel seine Beteiligungen daran in der Öffentlichkeit „auch mit dem Einsatz seines Ehrenwortes“ habe abstreiten wollen, müsse „zu einer moralischen und charakterlichen Qualifizierung“ seiner Person führen, die hier jedoch „wegen seines tragischen und einsamen Todes“ nicht vollzogen werden solle.⁶

Auch wenn Barschel die vom Untersuchungsausschuss ermittelten Machenschaften nur allzu bewusst gewesen sein dürften und er sich – allein schon aufgrund der ersten Reaktionen auf ihr sukzessives „Bekanntwerden“ – schwerlich noch Illusionen über ihre öffentliche Wirkung machen konnte, darf sein derart umschriebener Tod gleichwohl nicht dahin missverstanden werden, dass er damit – wenn auch nur stillschweigend – zugleich die ans Licht gekommenen Machenschaften hätte einräumen oder gar eingestehen wollen. Sein gesamtes öffentliches Auftreten und Verhalten lief ausnahmslos darauf hinaus, alle entsprechenden, auch nur andeutungs- oder ansatzweise erhobenen Vorwürfe abzustreiten und zurückzuweisen. Dass hierfür neben eidlichen Falschaussagen und einem darauf gestützten sinnwidrigen „Ehrenwort“ u. a. auch ein Text von Jean-Paul Sartre in Betracht kommen konnte, muss nicht unbedingt widersinnig erscheinen, weil die existentialistische Grundorientierung von dessen schriftstellerischem, essayistischem und philosophischem Werk sich prinzipiell von der tradierten Bindung an Moral und Recht unterschied. Sie bedeutete jedoch keine absolute Trennung freier Entscheidung in existentieller Situation von verbindlichen Werten, denn Sartre wollte letztere auch weiterhin als erforderliche Orientierung menschlichen Handelns und Verhaltens verstanden wissen, freilich nicht mehr als transzendente Vorgaben, sondern als Ergebnis freier gemeinsamer Vereinbarung, die eine optimale oder maximale Realisierung möglicher Freiheit garantieren und willkürlichen oder beliebigen Egoismus ausschließen sollte.

⁶ Untersuchungsausschuss, S. 270f.

Es bleibt indes fraglich, ob und in wie weit Barschel dieser abstrakte existentialphilosophische Zusammenhang bewusst gewesen ist und ob er ihn überhaupt mitgemeint haben könnte.⁷

Ihm dürfte vielmehr in erster Hinsicht daran gelegen gewesen sein, Perspektiven, Prämissen und Kriterien für eine Deutung vorzugeben, die hinsichtlich des Sach-, vor allem aber des Werturteils nicht von vornherein als Schuldeingeständnis erscheinen musste. So gesehen, entsprach der Verlauf der Erzählung Sartres dem Bild, das der in wachsende Bedrängnis geratene Barschel seit der „Ehrenwort“-Erklärung von sich zu vermitteln und zu propagieren suchte: von offensichtlich übermächtigen, feindselig gesonnenen Widersachern zu Unrecht in die Enge und schließlich in eine offenbar aussichtslose Situation getrieben und bereits vorverurteilt, aber – wie seine letzten Telefonate aus dem Hotelzimmer und die dort hinterlassenen Notizen wohl suggerieren sollten – mit einer analogen Perspektive auf wunderbare Rettung. Gleichwohl blieb die unüberbrückbare Differenz zwischen Sartres Erzählung und seiner realen Situation bestehen. Der philosophisch orientierte Schriftsteller verfügte frei über die literarisch konstruierte Darstellung und damit über alle denkbaren Möglichkeiten ihres Geschehens, Barschels tatsächliche Lage aber bot – angesichts der erdrückenden Last der bereits ans Licht gelangten Machenschaften – keinerlei Spielraum mehr für analoge reale Möglichkeiten oder auch nur denkbare Möglichkeitsbedingungen. Alle Täuschung und wohl auch Selbsttäuschung, zumindest hinsichtlich der öffentlichen Wirkung des „Ehrenworts“, hatte endgültig ihre vorübergehend illusionäre Wirkung eingebüßt.

In der klaren Erkenntnis dieser Situation erhalten die beiden isoliert zitierten Sätze aus Sartres Erzählung eine Bedeutung, die einen Suizid als folgerichtigen Ausgang der „Barschel-Affäre“ als geradezu naheliegend erscheinen lässt. Dabei hat Barschel selbst die – nach gründlicher Untersuchung aller relevanten Sachverhalte und Umstände letztlich wohl kaum vermeidbare – Qualifizierung „seines tragischen und einsamen Todes“ als Suizid wohl auch nicht unbedingt ausschließen wollen, allem Anschein nach aber durch gezielte Hinweise noch auf dessen Beurteilung und Deu-

⁷ Dabei scheint es sich angesichts der öffentlichen Biographie, der weltanschaulichen Grundhaltung und der politischen Karriere Barschels wohl eher um ein – wegen der auf den ersten Blick geradezu verblüffenden, generellen Übereinstimmungen – in Kauf genommenes Missverständnis gehandelt zu haben. Auch mögen Sartre und sein notorisches öffentliches Verhalten, sein selbstbezogener Lebensstil, sein nicht selten aufsehenerregendes eigensinniges politisches Engagement, in Sonderheit seine zeitweilige Sympathie gegenüber dem Sowjetkommunismus oder sein demonstrativer Besuch der inhaftierten Mitglieder der RAF im Gefängnis Stuttgart-Stammheim hinsichtlich der philosophischen Begründung seiner existentialistischen Orientierung insgesamt eher Verwirrung als evidenten Verständnis geweckt haben. Allgemein hierzu: Biemel, Jean-Paul Sartre, u. Cohen-Solal, Sartre 1905-1980 (mit weiterführenden Literaturhinweisen).

tung einzuwirken versucht. Hierzu konnte und sollte wohl offenbar auch – mehr noch und deutlicher als Sartres Erzählung – als weiterer Hinweis der Ort seines Todes dienen: das Hotel „Beau-Rivage“ am Genfer See. Dieser war allem Anschein nach ganz bewusst von Barschel selbst ausgewählt worden, und er hat ihn, auch wenn er sich beim investigativen Eifer öffentlicher Medien und ihrer aufdringlichen Präsenz schwerlich geheim halten ließ, selbst privat – hinsichtlich des bekannten Ausgangs zweifellos aus nur allzu verständlichen Gründen – anscheinend niemandem mitgeteilt. Er ist nämlich und zwar aufgrund seiner namentlichen Bezeichnung besonders geeignet – jedenfalls bei eingeweihten Kennern der einschlägigen Geschichte Schleswig-Holsteins – die Assoziation eines sicherlich auch nicht gänzlich schuldfreien, vor allem aber tragischen und einsamen Suizids wachzurufen, den eine patriotische Geschichts- und Gedächtnispolitik in pathetischer Sakralisierung sogar als Märtyrertod verklärt hat. Doch zunächst zur Sache und der Reihe nach.

III. Der Suizid im „Beau-Rivage“ 1987

Am 11. Oktober 1987 wurde der neun Tage zuvor unter starkem politischen Druck von seinem Amt als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein zurückgetretene CDU-Politiker und -Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags Uwe Barschel um 12.30 Uhr im Zimmer 317 des Hotels „Beau-Rivage“ in Genf tot aufgefunden. Er lag bekleidet in einer mit Wasser gefüllten Badewanne, den über der Wasseroberfläche nach vorn geneigten und seitlich in die rechte Ecke der Wanne gelegten Kopf mit der rechten Hand abgestützt, die von einem Handtuch umwickelt war. Barschel hatte Genf, nachdem zunächst auch Zürich in Betracht gekommen war, als Zwischenstation einer Flugreise gewählt, die ihn aus dem kurz zuvor begonnenen Urlaub auf Gran Canaria von Las Palmas über Frankfurt nach Kiel führen sollte, um Tags darauf dem Untersuchungsausschuss des Landtags Rede und Antwort zu stehen, der zur Aufklärung der aufsehenerregenden Vorgänge eingesetzt worden war, die schließlich in die politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und ihres Bundeslandes Schleswig-Holstein als „Barschel-Affäre“ eingegangen sind.⁸ Nun war es dort im „Beau-Rivage“ – drei Stockwerke hoch über dem „Quai de Mont Blanc“ am südlichen Ufer des „Lac Léman“ oder Genfer Sees – zur Endstation seines Lebens geworden.

Die die daraufhin am Ort unternommenen kriminalpolizeilichen Ermittlungen, rechtsmedizinischen und toxikologischen Untersuchungen er-

⁸ Vgl. weiter oben, Anm. 2 u. Anm. 3. Der Bericht des Untersuchungsausschusses ist eigens veröffentlicht, vgl. Anm. 2. Dazu: Schnibben/Skierka, Macht und Mächenschaften, S. 53-68 (4. Tod und Legende).

gaben den Befund: „Tod infolge von Vergiftung“, und zwar erheblicher Mengen verschiedener Medikamente, die bereits in deutlich geringerer Dosierung von tödlicher Wirkung gewesen wären. Da das Zimmer sich in ordentlichem Zustand befand und auch keine Spuren äußerer Gewalteinwirkung wahrgenommen wurden, stand rasch das Fazit „Verdacht auf Selbstmord“ fest, das sich angesichts der zunehmend aufgedeckten Machenschaften, Intrigen und Rechtsverstöße alsbald zum allgemein vorherrschenden Gesamteindruck verdichtete: Suizid in aussichts- oder auswegloser Situation.⁹ Daneben existierte von Anfang an die vor allem von der Familie vertretene Mord-Version. Sie wirkte freilich angesichts der ermittelten Befunde weit weniger plausibel, schien jedoch zwei Jahrzehnte später vor dem Hintergrund beanstandeter Unzulänglichkeiten der Genfer Untersuchung und Aufklärung des Sachverhalts und seiner Umstände, aber auch der zunehmend in den Medien verbreiteten, nicht selten phantastischen Mutmaßungen und daran geknüpfter vager Verschwörungstheorien, namentlich im Zusammenhang undurchsichtiger Waffengeschäfte, vorübergehend an Boden zu gewinnen.¹⁰

Sie konnte sich indes de facto nicht behaupten und schon gar nicht de iure durchsetzen. Von maßgeblicher Bedeutung war und blieb das Ergeb-

9 Danker/Kellmann/Schwabe, Die „Barschel-Affäre“, dort, S. 386, weiterführende Literaturhinweise, die wiederum vorzüglich geeignet sind, die einschlägige Literatur zu erfassen. Hier können und sollen im Folgenden nicht mehr als die nötigen Belege angeführt werden. Den Anstoß zur breiten öffentlichen Wahrnehmung und Erörterung der „Barschel-Affäre“ gab das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, Nr. 38, vom 14. 9. 1987, unter dem Titel „Barschels schmutzige Tricks“. Es folgten die Nrn. 39, 40 u. 42 (1987) mit einschlägigen Titeln.

10 *Der Spiegel*, Nr. 41, vom 8. 10. 2007, mit dem Titel „Anatomie eines Todes. Der unwahrscheinliche Selbstmord Uwe Barschels“, S. 46-66; Markus Dettmer, Sven Röbel, Britta Sandberg, Der Tote von Zimmer 317. Es war eine politische Affäre, die das Land vor 20 Jahren erschütterte wie keine andere zuvor: Uwe Barschel belog die Nation und starb in einem Hotel in Genf. War es Selbstmord oder Mord? Antworten müssen in seinem Leben zu finden sein – in seinem Doppelleben; Nr. 42, vom 15. 10. 2007, S. 52-63; dies., „Was macht so einer hier?“. Das seltsame Doppelleben und der merkwürdige Tod des Dr. Uwe Barschel (Teil II); Peter Sandmeyer, Deal mit Todesfolge. In: *Stern*, Nr. 38, vom 13. 9. 2007, S. 178-186; Volker Skierka, Der Untote. Vor 20 Jahren starb Ministerpräsident Uwe Barschel in einem Genfer Hotelzimmer. Selbstmord. Doch die Verschwörungstheorien nehmen kein Ende. In: *Der Tagesspiegel*, Nr. 19 688, vom 6. 10. 2007, S. 31. Zwischenzeitlich hatte ein zweiter Untersuchungsausschuss (vor allem zur sogenannten „Schubladenffäre“) u. a. auch die bislang weniger beachtete aktive Rolle und Haltung der SPD und der von ihr unter dem Ministerpräsidenten Björn Engholm geführten Landesregierung sowie namentlich ihres ehemaligen Landesvorsitzenden und nunmehrigen Sozialministers Günther Janssen in der Angelegenheit geklärt, wobei insbesondere die Mord- und Verschwörungstheorien Auftrieb erhielten. Jochen Buchsteiner, Dunkelmann in neuem Licht. In: *Die Zeit*, Nr. 1 vom 31. 12. 1994, S. 9f.; Karsten Ploog, Dokument der Umwertung oder Voreingenommenheit. In: *Der Tagesspiegel*, Nr. 15 436, vom 2. 11. 1995, S. 6.

nis des nach den Genfer Ermittlungen und Untersuchungen von der Familie in Auftrag gegebenen Gutachtens des international renommierten Pathologen und Rechtsmediziners Werner Janssen, das dieser in seiner Eigenschaft und Stellung als Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Hamburg unter Mitarbeit der Oberärzte Klaus Püschel und Achim Schmoldt unter dem Datum des 4. Dezember 1987 als 55-seitiges „Sektionsprotokoll zum Todesfall Dr. Dr. Uwe Barschel“ angefertigt hatte. Die Sektion des Leichnams nahm sechs bis acht Stunden in Anspruch und dauerte damit dreimal so lange wie üblich. Sie wurde von Janssen und Püschel ausgeführt, während Schmoldt die toxikologische Untersuchung oblag. Alle drei gelangten zu dem gleichen Resultat: Tod – und das hieß Suizid – durch Medikamentenmissbrauch.¹¹ Das Gutachten ist neben Janssen von Püschel und Schmoldt mit unterzeichnet worden.¹² Die Familie Barschel hat das Gutachten unter Verschluss genommen, und Janssen, Püschel und Schmoldt haben es nicht aus der Hand gegeben, so dass es der Forschung als Quelle bislang nicht zur Verfügung steht.

Püschel und Janssen haben sich jedoch zu Wort gemeldet und entscheidende Klarstellungen daraus mitgeteilt, als es von Vertretern der Mordversion und Zweiflern an der Selbsttötung unzutreffend und entgegen seinen Teilergebnissen wie seinem Gesamtergebnis in der Tendenz geltend gemacht worden war, den empirisch-konkludenten Suizid in Frage zu stellen: Püschel 1994 als Nachfolger Janssens in der Funktion des Direktors des Hamburger Instituts für Rechtsmedizin, weil aus dem Gutachten Photos veröffentlicht und Ausführungen zitiert worden waren, die es offensichtlich sinn- und zweckwidrig zu instrumentalisieren oder umzudeuten suchten,¹³ und Janssen 2016 in analoger Intention, um erneuten Spekulationen entgegenzutreten, die wiederum Mord als reale Möglichkeit in Erwägung zogen.¹⁴ Beide haben sich dabei ausdrücklich auf das Gutachten bezogen und partiell daraus zitiert. Konkret ging es insbesondere um ein Hämatom an der oberen linken Seite der Stirn, das in der Genfer Untersuchung nicht erwähnt worden war, sowie um die Behauptung einer Ermordung Barschels durch tödliche Vergiftung von unbekannter oder anonymen Seite, die ihm möglicherweise gewaltsam, unbemerkt oder in bewusstlosem Zustand zugefügt worden wäre.

11 Endgültig ruhen lassen. Ein Hamburger Gutachter bestätigt: Uwe Barschel hat sich umgebracht. Doch die Witwe will „weiterhin nach der Wahrheit forschen“. In: *Der Spiegel*, Nr. 12, vom 21. 3. 1994, S. 51-54; Martin Klingst, „Das Zeug ist bitter“. Wurde Uwe Barschel ermordet? Erstmals spricht der Pathologe Werner Janssen, der den Leichnam damals untersuchte. In: *Die Zeit*, Nr. 9, vom 18. 2. 2016, S. 5.

12 *Der Spiegel*, Nr. 12, vom 21. 3. 1994 (wie Anm. 11), S. 51.

13 *Der Spiegel*, Nr. 12, vom 21. 3. 1994 (wie Anm. 11), S. 51-54.

14 *Die Zeit*, Nr. 9, vom 18. 2. 2016 (wie Anm. 11), S. 5.

Da beide sich auf das Gutachten in seinen entscheidenden Passagen berufen und entsprechend hinreichend paraphrasieren oder zitieren, wird man – bis zu seiner endgültigen und vollständigen Veröffentlichung – vorerst pars pro toto auf ihre eindeutigen Mitteilungen, Stellungnahmen und Urteile als medizinisches Zeugnis des Suizids durch Medikamentenmissbrauch angewiesen bleiben. Klaus Püschel führte 1994 gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* aus, seine Genfer Kollegen hätten den als scheinbaren Nachweis der Mord-Behauptung erwähnten Bluterguss gar nicht feststellen können, denn aus „unserem Gutachten“ gehe „ganz klar hervor, daß diese Verletzungen erst nach dem Tod entstanden“ seien, und zwar „durch die Präparation bei der ersten Obduktion in Genf sowie bei der anschließenden Lagerung und beim Transport des Leichnams.“ Ohne Zweifel seien das Schlafmittel Cyclobarbitol und die Beruhigungstabletten Pyrrithyldion „todesursächlich“ gewesen. Der Brechreizhemmer Diphenhydramin und das Neuroleptikum Perazin hätten „die Wirkung verstärkt“. Dabei gebe es „nicht die geringsten Hinweise für eine Tötung von fremder Hand“. Unfall oder Mord schließt das Gutachten aus: „Eine versehentliche Überdosierung bei einem bewußtseinsklaren Menschen ist angesichts dieser Substanzmengen nicht denkbar; ebenso unwahrscheinlich ist die Möglichkeit einer unbemerkten Beibringung.“ Resümierend stellt das Gutachten fest: „Nach den vorliegenden Erkenntnissen gibt es keinen Anhalt für eine Beibringung der zum Tode führenden Substanzen unter äußerem Zwang.“¹⁵

1994 äußerte Püschel überdies explizit: „Der Fall Barschel steht für einen klassischen Suizid.“¹⁶ Gut zwei Jahrzehnte später urteilte Werner Janssen aus gegebenem Anlass mit „großer Bestimmtheit“ gegenüber der Wochenzeitung *Die Zeit*: „Es war Suizid, für eine andere Annahme gab es keine Anhaltspunkte.“ Dabei fügte auch er die entsprechenden, bereits von Püschel zitierten Ausführungen des Gutachtens noch einmal ausdrücklich hinzu. Ein halbes Dutzend Schlaf- und Beruhigungsmittel sei „in Barschels Körper, in seinem Magen, im Dünndarm, im Blut, in der Lunge, der Muskulatur, der Rückenmarkflüssigkeit und in der Niere“ gefunden worden. Der starke Wirkstoff Cyclobarbitol sei in so hoher Konzentration vorhanden gewesen, dass Barschel davon mindestens 20 Tabletten geschluckt haben müsse. „Diese Menge allein“, stellte er fest, „wäre tödlich gewesen.“

¹⁵ *Der Spiegel*, Nr. 12, vom 21. 3. 1994 (wie Anm. 11), S. 55. Abweichend von Püschel meint Janssen, jedoch nicht unter direktem Verweis auf das Gutachten, in: *Die Zeit*, Nr. 9, vom 18. 2. 2016 (wie Anm. 11), gut zwei Jahrzehnte später, das Hämatom hätte Barschel sich womöglich auch „selbst zugezogen“ haben können, „etwa am Türrahmen oder durch Aufstoß am Badewannenrand“. Dann wäre es allerdings bei der Genfer Untersuchung des Leichnams übersehen worden. Eine Fremdeinwirkung bleibt aber auch bei dieser Deutung ausdrücklich ausgeschlossen.

¹⁶ *Der Spiegel*, Nr. 12, vom 21. 3. 1994 (wie Anm. 11), S. 51.

Wie Püschel 1994 unterstrich, schließlich auch er 2016: „Ich sage noch einmal, es war Suizid.“ Und analog dem im „Spiegel“ zitierten wohlmeinenden Rat Püschels, den „toten Barschel sollte man endgültig ruhen lassen“¹⁷, fügte auch Janssen gegenüber der „Zeit“ abschließend die menschliche Erwartung hinzu: „Ich hoffe, man lässt Uwe Barschel jetzt endlich ruhen.“¹⁸

Der Suizid im „Beau-Rivage“ musste hier etwas ausführlicher aufgrund der letztlich entscheidenden oder ausschlaggebenden rechtsmedizinischen Sicht und Beurteilung dargestellt werden, da er als solcher immer wieder – wenn auch zumeist in unschwer erkennbarer Absicht – bestritten und als vermeintlicher Mord ausgegeben worden ist, die Untersuchungsergebnisse des Gutachtens von Janssen, Püschel und Schmoltdt und ihr konkludentes Resümee sich dadurch aber nicht haben erschüttern und schon gar nicht widerlegen lassen. Püschel betonte in diesem Zusammenhang, mit seiner Klarstellung die abweichenden „bisherigen Interpretationen zurechtgerückt“, mithin entsprechend korrigiert zu haben.¹⁹ Seine und Janssens jeweils erneute Intervention aus gegebenem Anlass dürfen deshalb – hier insbesondere auch hinsichtlich der zeitgeschichtlichen Darstellung und Beurteilung – für sich in Anspruch nehmen, den erreichten Stand der gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnis geltend gemacht und damit die nötige sachliche Klarheit geschaffen zu haben.

IV. „Beau-Rivage“ und „Bellerive“

Bei ausgewiesenen Kennern der einschlägigen neueren Geschichte der Herzogtümer Schleswig und Holstein dürfte sich bei „Beau-Rivage“ alsbald die Assoziation der Ortsbezeichnung „Bellerive“ für den seewärts gelegenen westlichen Ortsteil der Gemeinde „Collonge-Bellerive“ am Ostufer des Genfer Sees einstellen.²⁰ Die allgemeinen Ortsbezeichnungen „Beau-

17 Ebd., S. 55.

18 Die Zeit, Nr. 9, vom 18. 2. 2016 (wie Anm. 11), S. 55.

19 Der Spiegel, Nr. 12, vom 21. 3. 1994 (wie Anm. 11), S. 51.

20 Dies gilt allgemein für die „commune Collonge-Bellerive“ am Ostufer des „Lac Léman“ und speziell für verschiedene lokale Teilbezeichnungen in ihrem Bereich, namentlich das historische „Château Bellerive“ sowie das einst nördlich davon gelegene mittelalterliche Kloster, die Abtei („l'abbay“, im Volksmund „la Baye“) „Bellerive“, die beide diese Ortsbezeichnung in ihren historischen Namen bewahrt haben. Scharff, Uwe Jens Lornsens Lebensende, S. 170 (historische Karte von Genf und Umgebung 1837/38), 180. Die „commune Collonge-Bellerive“ wird auf dem heutigen Stadtplan von „Le Grand Genève“ landeinwärts „Collonge-“ und vor dem Ufer des „Lac Léman“ an der Anlegebrücke der Fähren „-Bellerive“ bezeichnet. Zur Fährstation selbst führt die „Chaussée du Port de Bellerive“. Und die nördliche Uferstrecke von „Collonge-Bellerive“, an der die historischen Zentralgebäude des Schlosses und des Klosters lagen, trägt vor ihrer rechtwinkligen Biegung nach Os-

Rivage“ und „Bellerive“ haben die gleiche wörtliche Bedeutung: schönes Ufer oder Gestade. Wie „Beau-Rivage“ für Uwe Barschel am 11. Oktober 1987 war „Bellerive“ am 12. Februar 1838 für Uwe Jens Lornsen zum selbstbestimmten Endpunkt seines Lebens geworden. Lornsen ist in Schleswig-Holstein bis auf den heutigen Tag durch Denkmäler, Straßen- und Schulnamen und – weit mehr noch – durch kontinuierliche Erinnerungs-, Vergangenheits- und Geschichtspolitik seit seinem unglücklichen Ende bei „Bellerive“, vor allem aber vom kleindeutsch-preußischen Kaiserreich bis in die Gegenwart der vereinigten Bundesrepublik als vermeintlicher „Märtyrer“ und „Held“, ja als sogenannter „Mythos“ im öffentlichen Gedächtnis, speziell im Lornsen-Kult der zweiten Hälfte des 19. und des 20. Jahrhunderts, präsent geblieben.

Uwe Jens Lornsen war Uwe Barschel in seiner ideologischen Hypostasierung nachweislich bekannt,²¹ und er hat ihn – ganz in seiner politischen Vereinnahmung durch die Ideologie des „Schleswig-Holsteinismus“ und seiner vermeintlich aus der Handfeste, dem Privileg oder Vertrag von Rippen 1460 abgeleiteten, tatsächlich aber erst aus der deutsch-schleswig-holsteinischen Bewegung nach Lornsens Tod geborenen Devise „up ewig ungedeelt“²² – im Lichte der teleologischen Deutung verstanden, eingeordnet und beurteilt, dass beide seither „miteinander verbunden bleiben“ und sich damit schließlich als bleibendes, sinn- und zweckerfülltes „Ergebnis der Geschichte“ in Gestalt des Landes Schleswig-Holstein erweisen sollten.²³ 1986 hat er dessen 40jähriges Jubiläum als Land der Britischen Besatzungszone und der westdeutschen Bundesrepublik Deutschland sowie das 600jährige der erstmaligen Belehnung der Grafen von Holstein mit dem Herzogtum Schleswig durch den König von Dänemark zum Anlass genommen, diese konstruierte Linie über 1460 hinaus bis 1386 rückwärtig zu verlängern. „Vor 600 Jahren“, führte er aus, „wurden Schleswig und Holstein mit der erblichen Belehnung des Schauenburger Grafen Gerhard VI. durch die dänische Königin erstmals vereint.“²⁴ Und er fuhr in bemerkenswert willkürlich-unhistorischem Umgang mit der Landesgeschichte Schles-

ten den Namen „La Pointe de Bellerive“. Maxi Plan sur Le Grand Genève, O/P 3/4. „Bellerive“ gegenüber am Westufer des „Lac Léman“ liegt die „commune Bellevue“. Ebd., M 4.

21 Barschel, Schleswig-Holstein, S. 8.

22 Hansen, Das Privileg von 1460.

23 Barschel, Schleswig-Holstein, S. 8-11 u. S. 15f., u. Barschel, Schleswig-Holstein – Provisorium oder Ergebnis, S. 72f.

24 Barschel, Schleswig-Holstein, S. 8. Gemeint ist Königin Margrethe I., die de facto regierte. Die königliche Regierungsgewalt einschließlich der Belehnung lag 1386 indes de iure bei ihrem – 1376 minderjährig vom Reichsrat gewählten und 1385 für mündig erklärten – Sohn Oluf II. (1370-1387). Eine Belehnungsurkunde ist nicht erhalten. Der lehnrechtliche Vorgang ist chronikalisch überliefert. Vgl. Sammlung der wichtigsten Urkunden, Nr. V, S. 7f.

wig-Holsteins, aber getreu seiner ideologischen, gegenwartsbezogen-geschichtspolitischen Linie fort: „Spätestens seit dieser Zeit ist der Wille der Holsteiner und Schleswiger, einen gemeinsamen geschichtlichen Weg zu gehen, ungebrochen.“²⁵

Daraufhin kam er auf die Unteilbarkeitsformel der Ripener Urkunde²⁶ zu sprechen und zitierte sie fragmentarisch anstelle der geläufigen Devise aus dem 19. Jahrhundert, aber weiterhin in deren zeitgenössisch-propagandistischer Bedeutung: „Dabei denke ich an 1460, den Ripener Freiheitsbrief mit dem unvergessenen 'tosamende ungedelt', der dieses Zusammengehörigkeitsgefühl und den daraus resultierenden politischen Willen eindrucksvoll belegt.“ Lornsen schrieb er auf diesem unterstellten zielgerichteten Weg die Bedeutung zu, mit seiner Flugschrift aus dem Jahre 1830 „Ueber das Verfassungswerk in Schleswigholstein“²⁷ den Impuls für die „schleswig-holsteinische Erhebung von 1848“ ausgelöst zu haben: „Ich denke“, fuhr er fort, „in Fortsetzung dessen an das Jahr 1830 mit Uwe Jens Lornsen. Seine Streitschrift setzte eine Schleswig-Holstein-Bewegung in Gang, die schließlich in die schleswig-holsteinische Erhebung von 1848 einmündete.“²⁸ Aus ihr sei erstmals „in der Verfassungsgeschichte unseres Landes ein einheitliches schleswig-holsteinisches Staatsgebilde“ hervorgegangen. „An diese kräftige historische Linie“ hätten die Briten 1946 angeknüpft, „als sie Schleswig-Holstein als Land kreierten.“ Barschel bezeichnete diese grobe linear-teleologische Konstruktion schließlich alles in allem „als meine These von der historischen Konsequenz, die Schleswig-Holstein als Land hervorgebracht hat.“²⁹ Dabei grenzte er sie gegenüber allen Plänen für eine Neugliederung des Bundesgebietes gemäß Artikel 29 des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“, namentlich denen seiner beiden Vorgänger Theodor Steltzer und Hermann Lüdemann und der „Nordstaat-Idee“ ab, die er allesamt verwarf.³⁰ Abschließend konstatierte er apodiktisch: „Die Schaffung des Landes Schleswig-Holstein war nicht nur im historischen Kontext ein Akt der Kontinuität, sie war auch politisch richtig.“³¹

Lornsen war 1830 nach achtjähriger Tätigkeit in der Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgischen Kanzlei der gesamtstaatlichen Regierung und Ad-

25 Barschel, Schleswig-Holstein, S. 8.

26 Sie findet sich im 9. der insgesamt 17 Abschnitte der Edition des Ripener Privilegs von Gottfried Ernst Hoffmann in den Regelungen zur Landfriedensordnung und bestimmt für die „vorben(omeden) land“ (die Grafschaft Holstein und das Herzogtum Schleswig), „dat se biven ewich tosamende ungedelt.“ Hoffmann, Das Ripener Privileg vom 5. März 1460, S. 20. Dazu Hansen, Bestimmung und Bedeutung.

27 Lornsen, Ueber das Verfassungswerk in Schleswigholstein.

28 Barschel, Schleswig-Holstein, S. 8.

29 Ebd., S. 9.

30 Ebd., S. 10f.

31 Ebd., S. 15.

ministration des Königreichs Dänemark durch königliche Resolution zum Landvogt seiner Heimat, der landschaftlich verfassten Insel Sylt, ernannt worden. Auf dem Weg von Kopenhagen nach Sylt entstand in der politischen Atmosphäre der europäischen Auswirkungen der französischen Julirevolution nach Beratungen im engen Kreise burschenschaftlich-liberal gesonnenener Freunde und Anhänger die von Barschel als Initiative einer „Schleswig-Holstein-Bewegung“ bewertete Flugschrift, mit der im Wege öffentlicher Agitation eine Petitionswelle der Selbstverwaltungskollegien der Städte, Landschaften und Gemeinden, allen voran „in zwei Hauptstädten“³², nämlich Kiel und Flensburg, für „das Verfassungswerk“ oder „eine repräsentative Verfassung für Schleswigholstein“³³ intendiert war, die den König massiv unter Druck setzen und zum Einlenken zwingen sollte. Sie enthielt die üblichen zeitgemäßen Forderungen nach repräsentativer, gewaltenteiliger Konstitutionalisierung der Herzogtümer, erstrebte aber zugleich entgegen ihrer unterschiedlichen staats- und völkerrechtlichen Stellung die umfassende staatliche und das hieß: legislative, judikative, finanzielle und administrative Separation vom Königreich Dänemark in Gestalt eines einheitlichen – demonstrativ ohne Konjunktion in einem Wort geschriebenen – Staates „Schleswigholstein“. Der überkommene Gesamtstaat sollte auf eine Personalunion mit Beistandsverpflichtung reduziert werden: „Nur der König und der Feind“, heißt es wörtlich, „sey uns gemeinschaftlich.“³⁴

Dabei waren „revolutionäre Untertöne“³⁵ unüberhörbar. Und an der nationalen Orientierung gab es keinen Zweifel, wenn Lornsen Deutschland als „die mächtigste und edelste Nation Europas“³⁶ bezeichnete und zugleich in Aussicht stellte, dass „Schleswigholstein“ durch sein Projekt, „zu der blühendsten Provinz Deutschlands“ werden könne.³⁷ Dabei waren die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein in der aufgeklärt-absolutistischen Gesamtstaatsverfassung des Königreichs Dänemark zu „Helstatens 'tyske provinser“³⁸, mithin zu den deutschen Provinzen des Gesamtstaats, geworden. Lornsens „Verfassungswerk“ war mithin separatistischer Natur und lief tendenziell über die verbleibende Personalunion „Schleswigholsteins“ mit Dänemark auf eine völlige Trennung beider und schließlich die Integration der Herzogtümer in einen künftigen deutschen Nationalstaat hinaus. Vorerst aber waren sie es auch weiterhin und sollten es noch bis zu

32 Lornsen, Ueber das Verfassungswerk in Schleswigholstein, S. 12.

33 Ebd., S. 13.

34 Ebd., S. 11. Dazu: Scharff, Schleswig-Holstein, S. 17-38, u. Schultz-Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 428f.

35 Scharff, Nachwort, S. 17.

36 Ebd., S. 10.

37 Ebd., S. 12.

38 Henningsen, Mönsterregion, S. 393-401.

ihrer gewaltsamen Trennung durch den preußisch-österreichischen Angriffs- und Eroberungskrieg 1864 bleiben.

Barschels Beurteilung Lornsens stand durchaus in der Tradition der älteren kleindeutsch-nationalen landesgeschichtlichen Literatur. Tatsächlich handelte es sich 1830 jedoch bei weitem noch nicht um die Ingangsetzung einer „Schleswig-Holstein-Bewegung“, sondern um eine eng begrenzte Initiative, hinter der – wenn es ernst wurde und wirklich darauf ankam, entschieden für sie einzutreten – letztlich, wie Hans Schultz-Hansen treffend formuliert, nur „Lornsen und seine wenigen Anhänger“ standen.³⁹ Dies wurde alsbald überdeutlich, als ihr dem Magistrat der Stadt Kiel eingereichtes Petitionsgesuch von beiden Kollegien der Deputierten Bürgerschaft einstimmig abgelehnt wurde. Da Lornsens Adressaten in Flensburg, aber auch andernorts, sich an der Entscheidung in Kiel orientieren wollten, war seine Initiative, geschweige denn eine von ihm initiierte „Bewegung“, bereits in ihrer Geburtsstunde gescheitert.⁴⁰

Lornsen wurde kurz nach seinem Amtsantritt als Landvogt von Sylt festgenommen und zu strengem Arrest nach Rendsburg gebracht. Er musste sich wegen der „von ihm an verschiedenen Orten der Herzogthümer Schleswig und Holstein verübten, die öffentliche Ruhe gefährdenden Handlungen“ verantworten. Nach königlicher Resolution aufgrund der Ergebnisse einer kommissarischen Untersuchung und Vorstellung der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Kanzlei wurde 1831 im „Urtheilspruch“ des Schleswigschen Obercriminalgerichts „für Recht erkannt“, ihn „wegen des, unter Verletzung der ihm als Beamten obliegenden Pflichten bewiesenen, die öffentliche Ruhe gefährdenden Verhaltens seines Amtes als Landvogt der Insel Sylt zu entsetzen und mit einjährigem Festungsarrest des ersten Grades zu belegen“.⁴¹ Lornsen hat diesen mildesten Grad der Strafe als Festungshaft bei freier Bewegung und privater Wohnung am Ort in Friedrichsort und Rendsburg verbüßt, danach aber nicht wieder ins öffentliche wie ins geordnete Berufs- und Privatleben zurückgefunden. Dabei litt er in wachsendem Maße unter einer nie hinreichend aufgeklärten psychophysischen Erkrankung, deretwegen er sich zunächst nach Brasilien begab, um dort Heilung zu suchen, danach in die Schweiz, von wo aus er nach Sylt zurückzukehren gedachte, aber nach Abschluss seines politisch-publizistischen Lebenswerks über „Die Unions-Verfassung Dänemarks und Schleswigholsteins“⁴² in auswegloser Verzweiflung bei „Bellerive“ im Genfer See den Freitod wählte. Anders als bei Barschel ist der Suizid Uwe Jens Lornsens als historisches Faktum nie umstritten gewesen. Sein Leichnam wurde am Morgen des 12. Februar 1838 zwischen 8 und 9 Uhr einen

39 Schultz-Hansen, *Demokratie oder Nationalismus*, S. 428.

40 Scharff, *Schleswig-Holstein*, S. 55f.

41 Jansen, *Uwe Jens Lornsen*, S. 314-316. Dazu Scharff, *Schleswig-Holstein*, S. 107-111.

42 *Unionsverfassung*.

Fuß vor dem Ufer des Genfer Sees bei „Bellerive“ völlig bekleidet im Wasser aufgefunden. Die gerichtlich veranlasste Autopsie im Genfer Hospital ergab selbst beigebrachte Verletzungen leichter Natur in der Armbeuge und einen tödlichen Pistolenschuss unmittelbar ins Herz. Anzeichen eines Verbrechens konnten nicht festgestellt werden.⁴³

V. Vom Suizid bei „Bellerive“ 1838 zum personalisierten „Schleswig-Holsteinismus“

Weit wirksamer als Lornsens kurzer historischer Auftritt war seine Verklärung und Ideologisierung zum Mythos, zum säkularen Märtyrer und nationalen Helden, die sich faktisch als eine erstaunlich wandlungsreiche politische Vereinnahmung, Indienstnahme und Instrumentalisierung vom vormärzlichen 19. über das 20. Jahrhundert bis ins erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu wechselnden politischen Zwecken erweist. Sie setzte bereits unmittelbar nach seinem Tod im Kreis seiner Freunde ein, wurde gleichsam nahtlos von der deutsch-schleswig-holsteinischen Bewegung fortgeführt und im Norddeutschen Bund wie im Deutschen Kaiserreich, im deutsch-nationalen „Grenzkampf“ nach dem Ersten Weltkrieg, im Dritten Reich und schließlich in der westdeutschen wie in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland fortgeführt.⁴⁴ So wurde Lornsen zum nahezu beliebig beanspruchbaren anpassungsfähigen Mittel politisch-ideologischer Argumentation, Propaganda und Indoktrination. Solange er noch der Zeitgeschichte angehörte blieb die Kluft zur Realität unübersehbar und zudem unüberwindbar. So scheiterte sein Freund Franz Hermann Hegewisch Ende 1835 kläglich mit einer Petition an die holsteinische Ständeversammlung in Itzehoe, „einen passenden Schritt zu thun, um einen solchen Helden dem Vaterlande zu retten“. Er erhielt sie zurück, da niemand bereit war, sie sich zueigen zu machen oder sie auch nur zu unterstützen. Ebenso erging es 1836 einem Antrag an die schleswigsche Ständeversammlung, der sich einer von Sylt ausgegangenen Petition anschloss, ihn „in die Heimat zurück zu rufen und wieder in sein Amt zu bringen“.⁴⁵

Erfolgreicher war Hegewisch indes mit seinem pathetischen Nachruf im Kieler „Correspondenz-Blatt“, demzufolge Lornsen Anfang März „gebrochenen Herzens / auf einem Landhause am Genfer See nahe bei Genf“ gestorben sei. Er verklärte ihn zum geschichtsmächtigen Helden: „Dein Name kann nimmer verlöschen / in Schleswig-Holstein / Dein Wort nimmer verhallen.“ Und: „so ist Deine Tat / unscheinbar nach außen, innerlich

43 Scharff, Lebensende, S. 181.

44 Hierzu: Hansen, Uwe Jens Lornsen, S. 77f. u. S. 82-85.

45 Weinhold, Ueber Franz Hegewisch, S. 146f.

groß / eingegraben in dieses Volkes lebendiges Gedächtnis / und verwebt in die wachsende Geschichte / dieses Landes".⁴⁶ Hieran konnte der Lornsen-Kult mit seiner öffentlichen Verehrung Lornsens als vaterländischen Helden und Märtyrer im Rahmen der kleindeutsch-nationalen Geschichtspolitik anknüpfen. Bezeichnenderweise jedoch erst, nachdem der dänische Gesamtstaat von den deutschen Großmächten Preußen und Österreich militärisch besiegt worden war und die Herzogtümer im Wiener Frieden 1864 an diese hatte abtreten müssen. Im deutschen Bruderkrieg 1866 erreichte Preußen schließlich die von seinem Ministerpräsidenten Otto von Bismarck von Anbeginn erstrebte alleinige Herrschaft über die Herzogtümer, die dann im Jahr darauf als neue Provinz Schleswig-Holstein in das Königreich Preußen integriert wurden.

Mit der Trennung der Herzogtümer vom Königreich Dänemark und ihrer Integration in das Königreich Preußen, das 1867 zum dominierenden Gliedstaat des Norddeutschen Bundes und 1871 des Deutschen Reiches wurde, war eine umfassende Borussifizierung⁴⁷ und kleindeutsche Nationalisierung des offiziellen Geschichtsbildes in Schleswig-Holstein wie in Preußen und im Deutschen Reich verbunden, in deren Verlauf die geschichtspolitische Vereinnahmung und Hypostasierung Lornsens zu einem konstitutiven Element werden sollte. Sie beginnt mit der Biographie Lornsens von Karl Jansen 1872, die den bezeichnenden Untertitel „Ein Beitrag zur Geschichte der Wiedergeburt des Deutschen Volkes“ trägt. Wie Minerva aus Jupiters Haupt, heißt es dort, stehe in Lornsens Flugschrift „der 'Schleswig-Holsteinismus' vor uns da, voll und fertig, klar und muthig, gewappnet und bewehrt“. Lornsen sei „der erste Schleswig-Holsteiner in dem neuen und welthistorischen Sinne dieses Wortes“. Er habe „den ersten Riß“ zwischen den Herzogtümern und Dänemark „gemacht, der unheilbar, sowie er da war, mit Nothwendigkeit den letzten nach sich“ gezogen habe. Er habe „in die Zwingburg der Fremdherrschaft die erste Bresche gelegt; zögernd und langsam“ sei „sein Volk ihm nachgerückt, geführt von seines ersten Märtyrers unversöhnten Manen.“ Und er schließt in noch stärkerer pathetischer, irrealer Überhöhung: „Lornsen ist der Befreier Schleswig-Holsteins.“⁴⁸

Die mit Waffengewalt erzwungene Abtretung der Herzogtümer an Österreich und Preußen wird von Jansen zur „Unabhängigkeitserklärung Schleswig-Holsteins“ verfälscht. Sie habe „die Mündigkeits-Erklärung Deutschlands“ nach sich gezogen. Mit der „Errichtung des ersten Deut-

46 Correspondenz-Blatt, Nr. 27, vom 24. 3. 1838, Titelseite mit Trauerrand, verkleinertes Faksimile: Jensen, Uwe Jens Lornsen, S. 110.

47 Jahnke, Borussifizierung, S. 161-190, u. ders., 1864 und der Verlust der eigenen Geschichte, S. 279-304.

48 Jansen, Uwe Jens Lornsen (1872), S. 228f. Die kursiven Worte sind im Original gesperrt gesetzt. Dies gilt auch für die nachfolgenden Zitate Jansens.

schen Reiches“ oder „des Deutschen Reiches Preussischer Nation“ sei „die Grundlage und der Ausgangspunkt einer neuen Ordnung geschichtlicher Entwicklungen gegeben“ worden. An ihr habe „der Schleswig-Holsteiner seinen bescheidenen Antheil gehabt: Uwe Jens Lornsen gehört der Deutschen Geschichte an.“⁴⁹ Ein Jahr später führte er in einer kleinen Zusammenfassung der Biographie Lornsens aus, dessen Werk über die *Unions-Verfassung* habe den „Staat 'Schleswigholstein' nachgewiesen“, und zwar: „als ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung“ mit der unabweisbaren Aufgabe „für den einzigen Eintritt in die 'föderative Union' des neuen Deutschlands“. Und er schloss wiederum, Lornsen sei der „Befreier Schleswig-Holsteins.“⁵⁰ In diesem Verständnis hat ihn Karl Alnor erneut im Zentenarioium seiner Flugschrift 1930 auf der Erhebungsfeier des Schleswig-Holsteiner-Bundes aktualisiert: „Die Politisierung der heimatlichen Kräfte im Dienste der Nation, das ist letzten Endes, ganz kurz gesagt, das unsterbliche Verdienst Uwe Jens Lornsens.“⁵¹ Im Dritten Reich kam seine massive Vereinnahmung für die totalitäre Ideologie des Nationalsozialismus, ihre rassistische und antidemokratische Doktrin von der Volksgemeinschaft und ihren Führerkult, hinzu.⁵²

Mit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft setzten sich in der Nachkriegszeit anstelle der Nation „Recht und Freiheit als neue Leitideen der Landesgeschichte“ durch.⁵³ Im Verlauf dieses grundlegenden Paradigmenwechsels wurde Lornsen nunmehr zum „Vorkämpfer des schleswig-holsteinischen Verfassungsgedankens“⁵⁴ mit dem Superlativ „des bedeutendsten politischen Denkers, den Schleswig-Holstein vor der Erhebung von 1848“ besessen habe⁵⁵ und schließlich zum unverjäherten, epochenübergreifenden und wegweisenden politischen Vordenker für eine „friedliche Lösung des herausziehenden“ deutsch-dänischen Nationalkonflikts,⁵⁶ in dem „universalen Menschheitsideal“ wir „auch am Anfang des 21. Jahrhunderts noch die grundlegenden Prinzipien der allgemeinen Menschenrechte und einer universalen Friedensordnung in unserer Zeit“ wiedererkennen könnten⁵⁷. Sieht man von den allzu zeitgebundenen aktuellen Varianten und damit vor allem auch von den eklatanten Widersprüchen und Unvereinbarkeiten seiner Inanspruchnahme und Instrumentali-

49 Ebd., S. 528f.

50 Jansen, Uwe Jens Lornsen (1873), S. 24.

51 Alnor, Uwe Jens Lornsen, S. 149.

52 Alexander Scharff, Einleitung: Uwe Jens Lornsen als politischer Schriftsteller und Charakter. In: Lornsen, Politische Briefe, insbes. S. VII, S. XI u. S. XV f.

53 Auge/Göllnitz, Grenzkampf, S. 117.

54 Scharff, Schleswig-Holstein in der europäischen und nordischen Geschichte, S. 30. – S. auch: Scharff, Nachwort, S. 17.

55 Scharff, Uwe Jens Lornsens „Vermächtnis“, S. 123.

56 Jensen, Uwe Jens Lornsen, S. 112.

57 Ebd., S. 129.

sierung ab, dann bleibt von Jansen bis Barschel eine durchweg positive, den allgemeinen Zeitgeist grundierende und prägende geschichtspolitische Konstante, die Lornsen jeweils als aktuelle Identifikationsfigur und Gewährsmann für den vermeintlichen Nachweis einer durch ihn oder in ihm personalisierten Entwicklung in Dienst nimmt, sei es als „Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung“ (Jansen) oder „Ergebnis der Geschichte“ (Barschel). Beide unterstellen einen zweck- und zielgerichteten, mithin teleologischen Verlauf der geschichtlichen Entwicklung zu einem staatlichen Schleswig-Holstein.

VI. „Bellerive“ und „Beau-Rivage“

Uwe Barschel war kein Historiker, aber er legte Wert darauf, seine Landespolitik in der Kontinuität einer von ihm als historisch konsequent und „politisch richtig“ qualifizierten, zielgerichteten historischen Entwicklung der Territorien Schleswig und Holstein zum eigen- und bundesstaatlichen Land Schleswig-Holstein zu sehen und zu verstehen. In der „historischen Konsequenz“ stand die lineare Konstruktion seines knapp und grob skizzierten Rückblicks bis 1386 in der Perspektive eines zeitgemäßen „Schleswig-Holsteinismus“. Uwe Jens Lornsen nahm dabei die Übergangsposition einer historischen Weichenstellung von den vormodernen, noch aufgeklärt-absolutistisch regierten Herzogtümern zum modernen verfassungsstaatlichen Land ein. Dass seine historische Gestalt sich allenfalls partiell und damit – wenn überhaupt – nur einseitig, verzerrt und insgesamt unzutreffend mit den diversen und kontroversen Charakteristika seiner ideologischen Indienstnahme und politischen Instrumentalisierung vereinbaren ließ, scheint Barschel wie auch den meisten Gewährsleuten seiner ahistorischen Vereinnahmung nicht recht bewusst gewesen zu sein. Der historische Lornsen ist bis heute erstaunlicherweise nur unzureichend erforscht, historisch-kritisch rekonstruiert und durch methodische Traditionskritik und Selbstreflexion von allem Beiwerk befreit worden, das so gut wie nichts über ihn, aber sehr viel über die jeweiligen Autoren auszusagen vermag. Lornsen zeichnete sich – wie seine Schriften⁵⁸ und darüber hinaus seine Korrespondenzen mit Franz Hermann Hegewisch und dem Vater⁵⁹ belegen – schwerlich als politischer Denker aus. Als politische Persönlichkeit war er zunächst und vor allem – wie schon Jansen erkannte – durch und durch von „seiner ganzen aufs Handeln gerichteten Natur“⁶⁰ geprägt.

58 Lornsen, Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein, u. Unionsverfassung.

59 Lornsen, Lornsen an Hegewisch, ders., Lornsens an seinen Vater, u. Ders., Politische Briefe.

60 Jansen, Uwe Jens Lornsen (1872), S. 201. Hierzu: Hansen, Uwe Jens Lornsen, S. 115.

Und diese war wiederum von den nationalen und revolutionären Idealen der radikalen deutschen Burschenschaft beseelt, die er sich als Student in Kiel und vor allem in Jena mit bleibender Wirkung angeeignet hatte. Seine ungebrochene begeisterte Sympathie galt den vormärzlichen „Demagogen“. Die spektakuläre Ermordung August von Kotzebues durch seinen Jenaer Kommilitonen und burschenschaftlichen Gesinnungsgenossen Karl Ludwig Sand 1819 hat Lornsen noch 1832 in pathetischer Heroisierung des Verbrechens als „Beispiel einer reinen und unbedingten Selbstaufopferung“ charakterisiert, deren Intention es gewesen sei, „alle Thatkraft der Jugend für die Sache der nationalen Freiheit und Einheit aufzurufen und der Nation zu zeigen, was sie von den jungen Generationen zu gewärtigen habe.“ Sie sei, fügte er mit gleicher dekuvierender Offenheit hinzu, „aus den heiligsten Motiven mit kalter männlicher Besonnenheit“ unternommen worden.⁶¹ Statt von einem „universalen Menschheitsideal“ oder einer „universalen Friedensordnung“⁶² ist in seinem politischen Raisonement, namentlich der Korrespondenz mit Hegewisch, vielmehr fortwährend von partikularem Nationalismus in – ansatzweise bereits rassenideologisch gefärbter – Parteilichkeit, ja Überheblichkeit zu Gunsten des Deutschen und der Deutschen sowie immer wieder von Blut, Revolution und Krieg, mithin illegaler und illegitimer physischer Gewalt als erforderlichem Mittel zur Erreichung von Ziel und Zweck die Rede, die in der geltenden Rechtsordnung seiner Gegenwart ausgeschlossen und strafrechtlich verboten, aber auch mit der des von ihm propagierten Verfassungswerks für „Schleswigholstein“ prinzipiell nicht vereinbar war.⁶³

Dass er Preußen hierbei wiederholt heftig attackiert und kritisiert hatte und in einem seiner nationalistischen Raisonements sogar zusammen mit der anderen deutschen Großmacht, Österreich, von einem neuen nationalen Bundesstaat anstelle des Deutschen Bundes ausgeschlossen wissen wollte, weil ihm nur „rein deutsche Länder ohne slavische Beimischung“ angehören sollten,⁶⁴ bildete letztlich kein unüberwindliches Hindernis für seine kleindeutsch-borussische Vereinnahmung, zumal sich sein nationaler Separatismus gegen den übernationalen dänischen Gesamtstaat richtete und nach Preußens Annexion und Inkorporation der Herzogtümer im Nationalkonflikt um das zweisprachige Herzogtum Schleswig auch weiterhin gegen Dänemark wirksam instrumentalisieren ließ. Sein konstitutioneller Separatismus konnte hingegen mit der zentralen Forderung nach territorialer Konstitutionalisierung „Schleswigholsteins“ ebenfalls gegen Preußen geltend gemacht werden und ist auch vonseiten des Augustenburgers und seines Anhangs sowie nach der Inkorporation Schleswig-Holsteins in das

61 Lornsen, Lornsen an Hegewisch, S. 141f.

62 Jensen, Uwe Jens Lornsen, S. 129.

63 Hansen, Uwe Jens Lornsen, insbes. S. 108-116.

64 Lornsen, Lornsen an Hegewisch, S. 147.

Königreich Preußen zunächst noch weiterhin von der augustinburgischen „Liberalen Partei Schleswig-Holsteins“, der sogenannten „Landespartei“, erhoben worden. Sie besaß indes nur kurze, vorübergehende politische Bedeutung und Einfluss auf die öffentliche Meinung zugunsten des Projekts eines souveränen Mittelstaates Schleswig-Holstein unter der Landesherrschaft des augustinburgischen Fürstenhauses im Übergang von den Herzogtümern als „deutschen Provinzen“ des dänischen Gesamtstaats zu Schleswig-Holstein als preußischer Provinz des kleindeutschen Kaiserreichs. Obwohl sie Lornsens „Schleswig-Holsteinismus“ weit näher stand, vermochte sie dessen Vereinnahmung und Indienstnahme für die Borussifizierung des offiziellen Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein nicht aufzuhalten. Bereits ein Jahrzehnt nach der militärischen Eroberung der Herzogtümer durch die deutschen Großmächte und ihrer Abtretung an sie war die „Landespartei“ weitgehend bedeutungslos geworden.

In diesen übergreifenden Zusammenhängen treten indes auch die Grenzen und Möglichkeiten der spezifischen geschichtspolitischen Aneignung, Indienstnahme und Instrumentalisierung Lornsens in Erscheinung. Und es wird deutlich, dass sie ihre identitätsstiftende ideologische Integrationskraft und damit auch ihre mobilisierende politische Wirkung einbüßen mussten, sobald die territoriale Konstitutionalisierung Schleswig-Holsteins und die Überwindung des nationalen Gegensatzes zu Dänemark erreicht sein würden. Die Separation der Herzogtümer vom Königreich Dänemark und ihre nationale Zugehörigkeit zu Deutschland war bereits – und zwar weit über Lornsens ursprüngliches Konzept der „Unionsverfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins“ und „Schleswig-Holsteins“ als „Provinz Deutschlands“ hinaus – von 1864 bis 1866/67 erfolgt, wenn auch schließlich in der kleindeutschen Variante als Provinz des Königreichs Preußen.

Die territoriale Konstitutionalisierung Schleswig-Holsteins als Land der Bundesrepublik Deutschland und die Überwindung des nationalen Gegensatzes in Gestalt der Forderung nach Wiedervereinigung der nationalen Minderheiten mit ihrem Mutterland waren zur Amtszeit des Ministerpräsidenten Uwe Barschel *de iure* längst und *de facto* weitgehend erreicht. Das Land Schleswig-Holstein besaß seit dem 13. Dezember 1949 eine „Landessatzung“, die in der Fassung des Gesetzes zu ihrer Änderung vom 13. Juni 1990 am 13. Dezember 1990 zur „Verfassung des Landes Schleswig-Holstein“ wurde. Die noch unter dem maßgeblichen Einfluss der britischen Besatzungsmacht entstandene „Kieler Erklärung“ der schleswig-holsteinischen Landesregierung unter Ministerpräsident Bruno Diekmann vom 26. September 1949 bestimmte in der Tradition des in der Zwischenkriegszeit entstandenen internationalen Minderheitenrechts: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“ Sie äu-

berte zugleich die Erwartung, dass „der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten“ eingeräumt würden.⁶⁵ Dies wurde offiziell in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 bekräftigt.⁶⁶ Damit war dem feindseligen deutsch-dänischen „Grenzkampf“ die politische Legitimation entzogen und die Ideologie des „Schleswig-Holsteinismus“ obsolet geworden.

Die von Lornsen erstrebten konstitutionellen und nationalen Ziele waren mithin – wenn auch nicht in der ursprünglichen Form ihrer Verklammerung durch eine Personalunion „Schleswig-Holsteins“ mit Dänemark, so doch in ihren beiden wesentlichen Elementen – nicht nur erreicht, sondern deutlich überschritten worden, freilich jeweils für sich und schon gar nicht in einem gleichzeitigen linear-teleologischen, sondern in einem offenen diachronen historischen Prozess auf jeweils eigenen, unterschiedlichen Wegen. Barschel war – wie gesagt – kein Historiker, aber er kannte sich in der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte, wie sie von der zeitgenössischen regionalen Historiographie tradiert, dargestellt und präsentiert wurde, zweifellos aus.⁶⁷ Diese hatte selbst nach dem fundamentalen Paradigmenwechsel in der Nachkriegszeit, insbesondere in der Beurteilung der fragmentarisch von ihm zitierten Passage aus dem „Ripener Freiheitsbrief“ 1460, Lornsens „Streitschrift“ von 1830 und der – auch von ihm weiterhin – so genannten „schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848“ durchaus noch nicht alle seit der Borussifizierung mitgeführten nationalen Wert- und Vorurteile abgelegt.⁶⁸ Es sollte daher nicht verwundern, dass er Uwe Jens Lornsens historische Bedeutung noch ganz in diesem älteren geschichtspolitischen Verständnis sah und dabei nolens volens maßlos überschätzte, ebenso sehr aber auch, dass er seine schleswig-holsteinische Landespolitik ganz bewusst in die durch „diese kräftige historische Linie“ gezogene ideologische Tradition des „Schleswig-Holsteinismus“ stellte und beurteilt wissen wollte.

65 Jäckel (Hrsg.), Die Schleswig-Frage seit 1945, S. 51, u. Hansen, Die historischen Wurzeln.

66 Ebd., S. 75f. Eine Zusammenstellung der wesentlichen normativen Texte zur Überwindung des nationalen Gegensatzes nach dem Zweiten Weltkrieg bietet der „Anhang. Dokumente in Auswahl“ von: Hansen/Johannsen/Runge/Steensen, Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet, S. 220-244.

67 Auch standen ihm fachliche Auskunft und professioneller Rat zur Verfügung. An der von ihm herausgegebenen Festschrift für seinen Vorgänger Helmut Lemke (Barschel, Schleswig-Holstein – Provisorium oder Ergebnis) waren die Historiker Oswald Hauser und Kurt Jürgensen mit eigenen Beiträgen beteiligt. Und die Festveranstaltung zum Landesjubiläum 1986 bestritt er zusammen mit dem Inhaber des Lehrstuhls für Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität Kiel Erich Hoffmann (Barschel, Schleswig-Holstein).

68 Auge/Göllnitz, Grenzkampf, S. 113-119.

Uwe Barschel hat keine explizite Auskunft darüber hinterlassen, weshalb er sein Leben in „Beau-Rivage“ beendete. Aber warum sollte er es auch, zumal er doch die gegen ihn erhobenen Vorwürfe strikt abgestritten hatte, zu keinerlei Schuldeingeständnis bereit war und bis zuletzt den Eindruck zu erwecken suchte, zu Unrecht beschuldigt und verfolgt zu werden. Auch schienen die offensichtlich bewusst gelegten andeutungsweisen Spuren vor allem dazu bestimmt zu sein, von der eigentlichen, nach ihm benannten Affäre abzulenken, aber wohl auch dazu, die letztlich unvermeidliche moralische und rechtliche Be- und Verurteilung der von ihm veranlassten Machenschaften mit der Bilanz seiner politischen Wirksamkeit als Ministerpräsident Schleswig-Holsteins zu konfrontieren, die er in der linearen historischen Kontinuität mit dem festen Ziel der „Schaffung des Landes Schleswig-Holstein“ und – ganz im Sinne Lornsens – der daraus folgenden politischen Verpflichtung zu dessen umfassender optimaler Entfaltung und Gestaltung sah.⁶⁹ Der stillschweigende, aber selbstredende Hinweis auf die zunächst nur verbale Parallele von „Bellerive“ und „Beau-Rivage“ dürfte – wie die aufgeschlagene Erzählung Jean-Paul Sartres „Le mur“ – deutlich genug sein, um ihrer bloßen Qualifizierung als belangloser und daher irrelevanter Zufälligkeit von vornherein vorzubeugen. Beide offenbar absichtlich gelegten Spuren lassen sich somit nicht nur – angesichts erdrückender Nachweise sträflicher Machenschaften – als mögliche Ablenkungsmanöver, sondern ebenso sehr und wohl mehr noch als bewussten Versuch erklären, Empathie, zumindest aber Verständnis, für einen erwiesenen Suizid in aussichtsloser persönlicher und politischer Situation zu wecken. Die durch die Wahl des Ortes nahegelegte Analogie zu Lornsens Suizid dürfte im einschlägigen Kontext der verdeutlichten geschichtlichen und geschichtspolitischen Zusammenhänge unübersehbar, wenn nicht geradezu selbstevident sein.

Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Diese Plausibilisierungen können, sollen und wollen nicht mehr bewirken, als dazu beizutragen und zu verhelfen, Barschels Entscheidung für „Beau-Rivage“ als letzter Station seines Lebens in ihren assoziierten historisch-biographischen Zusammenhängen verständlich zu erläutern, zu erschließen und zu erklären, zugleich aber auch ihrer Deutung als bloßem Zufall geringere Wahrscheinlichkeit einzuräumen. Wer gleichwohl daran festhalten sollte, bleibt nunmehr aufgefordert, die Triftigkeit der Analogie von „Beau-Rivage“ und „Bellerive“ in ihren ausführlich abgehandelten weiteren und übergeordneten Zusammenhängen hinreichend zu entkräften. Dass sie offenbar bislang nicht bewusst wahrgenommen worden ist, mag vielleicht an dem verblasenden oder bereits verblassten Nimbus Lornsens und seiner historisch-

⁶⁹ Barschel, Schleswig-Holstein, S. 15. Konkret und detailliert ausgeführt: ebd., S. 12-19.

kritischen Reduktion vom „Sylter Riesen“⁷⁰ zu einem – vor allem an seinen unrealistischen Anmaßungen und persönlichen Unzulänglichkeiten gescheiterten⁷¹ – Parteigänger der vormärzlichen „Demagogen“, aber wohl auch, vermutlich jedoch weit mehr, wenn nicht zur Hauptsache daran liegen, dass der Suizid in „Beau-Rivage“ von Anbeginn mit den sukzessive ans Licht gelangten „unglaublichen“ Machenschaften der „Barschel-Affäre“ assoziiert worden ist und bei realistischer Betrachtung – auch des jeweils „tragischen und einsamen Todes“⁷² – wohl kaum mehr als die äußerlich-formale Übereinstimmung der Ortsbezeichnung und des Suizids als tertium comparationis mit dem ansonsten völlig andersartig motivierten selbstgesetzten Lebensende bei „Bellerive“ erkennen lässt. Sollte Uwe Barschel mit der Ortswahl von „Beau-Rivage“ und ihrer Assoziation des Suizids von Uwe Jens Lornsen bei „Bellerive“ tatsächlich für möglich gehalten haben, eine tragende Parallele zu dessen mythischer Gestalt stiften und sie zu seinen Gunsten für die öffentliche Meinungs- und Urteilsbildung instrumentalisieren zu können, wäre er damit – angesichts der öffentlichen Reaktionen auf seinen Tod – von Anbeginn einer Illusion erlegen gewesen. Ausgeschlossen erscheint eine solche Insinuation indes nicht, entspräche sie doch den vehementen Reaktionen Barschels auf die öffentlichen Vorwürfe der aufgedeckten Machenschaften.

Das alles ändert freilich nichts an der subjektiven Intention Barschels, seine Landespolitik substantiell auch weiterhin – und unabhängig von diesen machenschaftlichen Umständen – in der Tradition der geschichtspolitischen Inszenierung Lornsens und des ihm zugeschriebenen ideo- und teleologischen „Schleswig-Holsteinismus“ auszugeben. Barschels Ortswahl von „Beau-Rivage“ erscheint somit im kontinuierlichen Zusammenhang des politischen Selbstverständnisses und der ideologischen Selbstdarstellung seiner Landespolitik als demonstrative Inanspruchnahme Lornsens für eigene Zwecke. Und das hieß in seiner faktisch ausweg- und aussichtslosen Situation: zur Selbstrechtfertigung über den Tod hinaus. Er unterstellte sich damit gleichsam symbolisch der ideologischen Tradition des Lornsen-Bildes, -Mythos oder -Kults. Dabei sollte es sich von selbst verstehen, dass hiermit nicht der historische, sondern der durch die Borussifizierung und kleindeutsche Nationalisierung des öffentlichen schleswig-holsteinischen Geschichtsbildes ideologisierte und hypostasierte Uwe Jens

70 Jensen, „Zwei Sylter Riesen“.

71 Hierzu insbes. Runge, Uwe Jens Lornsen. Runge betont im Unterschied zur vorherrschenden Darstellung des Auftritts Lornsens in Flensburg dessen „Mißerfolg“ und führt ihn einleuchtend auf ungeschicktes Verhalten, „wirklichkeitsfernes Denken“ und unvorbereitete Planung zurück (S. 134). – Scharff, Schleswig-Holstein, S. 50, verweist ebenfalls auf entsprechende Defizite Lornsens, will sie aber nur als eine Seite seines vielschichtigen und widersprüchlichen Wesens verstanden wissen.

72 Untersuchungsausschuss, S. 270f.

Lornsen gemeint war. Doch das mag Uwe Barschel wohl kaum bewusst gewesen sein. Mit seinem linear-teleologischen Verständnis der Geschichte Schleswig-Holsteins dürften die geschichtspolitische Indienstnahme Lornsens und die untrennbar damit verbundene Ideologie des „Schleswig-Holsteinismus“ die letzten Reste ihrer einst so starken Vitalität verloren und an das Ende ihrer historisch-politischen Wirksamkeit gelangt sein, da sie mit der Gründung und Konstitutionalisierung des Landes Schleswig-Holstein und der Überwindung des nationalen „Grenzkampfes“ ihre mobilisierende Kraft in der aktuellen politischen Auseinandersetzung eingebüßt haben. Lornsens Indienstnahme als bedeutenden oder gar „bedeutendsten“ politischen Denker der vormärzlichen Herzogtümer, namentlich für die Lösung des deutsch-dänischen Nationalitätenkonflikts, oder auch als Gewährsmann für die „grundlegenden Prinzipien der allgemeinen Menschenrechte und einer universalen Friedensordnung in unserer Zeit“⁷³ hat sich dagegen aufgrund der eindeutigen Qualität der einschlägigen Quellenbefunde und ihrer politischen Tendenz von vornherein als unzutreffend, ja neomythisch und damit als untauglich erwiesen.⁷⁴

Quellen und Darstellungen

Gedruckte Quellen

- Correspondenz-Blatt. Redigiert und hrsg. von Theodor Olshausen, Kiel, Nr. 27, vom 24. 3. 1838.
- Hoffmann, Gottfried Ernst: Das Ripener Privileg vom 5. März 1460 und die „Tapfere Verbesserung“ vom 4. April 1460. In: Rumohr, Henning von (Hrsg.): *Dat se bliven ewich tosamende ungedelt*. Festschrift der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft zur 500. Wiederkehr des Tages von Ripen am 5. März 1960. Neumünster 1960, S. 21-44.
- Lornsen, Uwe Jens: Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Von Uwe Jens Lornsen, Landvogt auf der Insel Sylt in Nordfriesland, Kanzleirath, bisher Comtoirchef in der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Kanzlei in Kopenhagen. Kiel 1830 [Nachdruck im Faksimile, hrsg. von der GSHG, Schleswig 1980, mit einem vierseitigen Nachwort von Alexander Scharff „Zum Verständnis dieser Schrift“, S. (15)-(18)].
- Ders., Uwe Jens Lornsens Briefe an Franz Hermann Hegewisch. Hrsg. von Volquard Pauls. Schleswig 1925.
- Ders., Uwe Jens Lornsens Briefe an seinen Vater. In Verbindung mit Gottfried Ernst Hoffmann hrsg. von Wilhelm Jessen (Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft 29). Breslau 1930.
- Ders., Uwe Jens Lornsen. Politische Briefe. Bearbeitet von Alexander Scharff (Politische Schriften Schleswig-Holsteins). Heide 1938.
- Maxi Plan sur Le Grand Genève. Fribourg o. J.

⁷³ S. o. Anm. 55-57.

⁷⁴ Hierzu: Hansen, Uwe Jens Lornsen, insbes. S. 111-116.

- Sammlung der wichtigsten Urkunden welche auf das Staatsrecht der Herzogthümer Schleswig und Holstein Bezug haben. Hrsg. und mit Einleitung versehen von Niels Nicolaus Falck. Kiel 1847.
- Sartre, Jean-Paul: *Le mur*, Paris 1939, in der Ausgabe: *Die Mauer*. Übers. von Hans Reisinger und Heinrich Wallfisch, Stuttgart 1950. – Eine weitere Übersetzung ins Deutsche in: *Die Kindheit eines Chefs. Erzählungen*. Deutsch von Uli Aumüller (Jean-Paul Sartre, *Gesammelte Werke in Einzelausgaben*. In Zusammenarbeit mit dem Autor und Arlette El Kaim-Sartre hrsg. von Traugott König, *Romane und Erzählungen 2*), Reinbek 1982.
- Ders.: *Der Ekel*. Roman, *Die Wand*. Fünf Erzählungen. Mit einem Nachwort von Vincent von Wroblewsky, o. O. o. J.
- Der Spiegel*, Nr. 37 vom 7. 9. 1987, Nr. 38 vom 14. 9. 1987, Nr. 41 vom 8. 10. 2007, S. 46-66, Nr. 42 vom 15. 10. 2007, S. 52-63.
- Stern*, Nr. 38 vom 13. 9. 2007, S. 178-186.
- Der Tagesspiegel*, Nr. 15 436, vom 2. 11. 1995, S. 6 (Karsten Ploog, *Dokument der Umwertung oder Voreingenommenheit*), Nr. 19 688 vom 6. 10. 2007, S. 31 (Volker Skierka, *Der Untote*. Vor 20 Jahren starb Ministerpräsident Uwe Barschel in einem Genfer Hotelzimmer. Selbstmord. Doch die Verschwörungstheorien nehmen kein Ende).
- [Unionsverfassung:] *Die Unions-Verfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins; eine geschichtlich staatsrechtliche und politische Erörterung von Uwe Lornsen. Nach des Verfassers Tode hrsg. von Georg Beseler*. Jena 1841.
- [Untersuchungsausschuss:] *Der Kieler Untersuchungsausschuß. Die Fragen und die Antworten Oktober 1987-Januar 1988*. Kiel 1988.
- Die Zeit*, Nr. 1, vom 31. 12. 1994, S. 9f. (Jochen Buchsteiner, *Dunkelmann in neuem Licht*), Nr. 9, vom 18. 2. 2016, S. 5.

Darstellungen

- Alnor, Karl: *Uwe Jens Lornsen, der Lebendige*. In: *Der Schleswig-Holsteiner 11* (1930), H. 7, S. 149.
- Oliver Auge / Martin Göllnitz: *Zwischen Grenzkampf, Völkerverständigung und der Suche nach demokratischer Identität. Die Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zwischen 1945 und 1965*. In: Christoph Cornelißen (Hrsg.) unter Mitarbeit von Arvid von Bassi und Birte Meinschien: *Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiedergeburt der Kieler Universität nach 1945* (MKStG 88). Kiel 2014, S. 101-129.
- Barschel, Uwe: *Schleswig-Holstein – ein Land mit Vergangenheit gestaltet seine Zukunft*. In: *40 Jahre Land Schleswig-Holstein über 600 Jahre verbunden*. Reden von Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel und Prof. Dr. Erich Hoffmann anlässlich der Festveranstaltung zum Landesjubiläum am 30. August 1986 in Rendsburg. Eckernförde 1986, S. 7-19.
- Ders.: *Schleswig-Holstein – Provisorium oder Ergebnis der Geschichte?* In: *Festschrift für Helmut Lemke zum 70. Geburtstag*. Hrsg. von Uwe Barschel. Neumünster 1977, S. 72-81.
- Biemel, Walter: *Jean-Paul Sartre in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten* (rowohlts monographien 87). Reinbek 1964.
- Cohen-Solal, Annie: *Sartre 1905-1980*. Aus dem Französischen von Eva Groepler. Reinbek 1988.
- Danker, Uwe / Kellmann, Klaus / Schwabe, Astrid: *Die „Barschel-Affäre“ 1987 und Fragen nach der politischen Kultur*. In: Danker, Uwe / Schliesky Utz (Hrsg.): *Schleswig-Holstein 1800 bis heute. Eine historische Landeskunde*. Husum 2014, S. 328-337.

- Hansen, Reimer / Peter Iver Johannsen / Johann Runge / Thomas Steensen: *Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzbereich (Gegenwartsfragen 69)*. Kiel 1993.
- Hansen, Reimer: *Die historischen Wurzeln und die europäische Bedeutung der Kieler Erklärung vom 26. 9. 1949*. In: *Die Kontinentverdung Europas. Festschrift für Helmut Wagner zum 65. Geburtstag*, Hrsg. von Heiner Timmermann (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 75). Berlin 1995, S. 119-130 [wieder abgedruckt in: Hansen, *Aus einem Jahrtausend*, S. 263-276].
- Ders.: *Das Privileg von 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts*. In: *Krieg und Frieden in der historischen Gedächtniskultur. Studien zur friedenspolitischen Bedeutung historischer Argumente und Jubiläen von der Antike bis in die Gegenwart*. Hrsg. von Johannes Burkhardt (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg 62). München 2000, S. 71-89 [wieder abgedruckt unter dem präzisierten Titel: *Das Ripener Privileg von 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts*. In: Hansen, *Aus einem Jahrtausend*, S. 221-242].
- Ders.: *Aus einem Jahrtausend historischer Nachbarschaft. Studien zur Geschichte Schleswigs, Holsteins und Dithmarschens*. Hrsg. von Uwe Danker, Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien (Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V., Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte 22). Malente 2005.
- Ders.: *Die Bestimmung und die Bedeutung der Unteilbarkeitsformel des Ripener Privilegs 1460*. In: Auge, Oliver / Büsing, Burkhard (Hrsg.): *Der Vertrag von Ripen 1460 und die Anfänge der politischen Partizipation in Schleswig-Holstein, im Reich und in Nordeuropa. Ergebnisse einer internationalen Tagung der Abteilung Regionalgeschichte der CAU zu Kiel vom 5. bis 7. März 2010* (Kieler Historische Studien 43, zeit + geschichte 24). Ostfildern 2012, S. 73-100.
- Ders.: *Uwe Jens Lornsen diesseits der historischen Realität*. In: ZSHG 139 (2014), S. 77-121.
- Henningsen, Lars N.: *Mønsterregion i det danske monarki 1721-1814*. In: *Sønderjyllands Historie 1: indtil 1815*. Aabenraa 2008, S. 393-401.
- Jäckel, Eberhard (Hrsg.): *Die Schleswig-Frage seit 1945. Dokumente zur Rechtsstellung der Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze (Dokumente 29)*. Frankfurt a. M./Berlin 1959.
- Jahnke, Carsten: *Die Borussifizierung des schleswig-holsteinischen Geschichtsbewusstseins, 1866-1889*. In: ZSHG 130 (2005), S. 161-190.
- Ders.: *1864 und der Verlust der eigenen Geschichte. Die Borussifizierung des schleswig-holsteinischen Geschichtsbewusstseins in den Volksschulen*. In: *1864 – og historiens lange skygger. 1984 – und der lange Schatten der Geschichte. Den dansk-østrigsk-preussiske krig i 1864 og dens betydning i dag. Der østerreichisch-preußisch-dänische Krieg von 1864 und seine Gegenwartsbedeutung*, udgivet af, hrsg. von Carsten Jahnke u. Jes Fabricius Møller. Husum 2011, S. 279-304.
- Jansen, Karl: *Uwe Jens Lornsen. Ein Beitrag zur Geschichte der Wiedergeburt des Deutschen Volkes*. Kiel 1872.
- Ders.: *Uwe Jens Lornsen. Garding 1873*
- Jensen, Johannes: *„Zwei Sylter Riesen“ im 19. Jahrhundert. Uwe Jens Lornsen und Schwenn Hans Jensen (Nordfriesische Lebensläufe 6)*. Bräist/Bredstedt 1998.
- Ders.: *Uwe Jens Lornsen (1793-1838) diesseits von Mythos und Verklärung. Annäherungen an den Menschen und Politiker*. In: ZSHG 132 (2007), S. 107-132.
- Kraack, Detlev: *Begegnungen. Schleswig-Holsteinische Geschichte in Lebensbildern*. Kiel/Hamburg 2016.
- Runge, Johann: *Uwe Jens Lornsen in Flensburg*. In: ZSHG 93 (1968), S. 107-146.
- Scharff, Alexander: *Uwe Jens Lornsens „Vermächtnis“*. Studien zu Lornsen und seinem Freundeskreis. In: ZSHG 74/75 (1951), S. 320-362.

- Ders.: Uwe Jens Lornsens Lebensende. In: ZSHG 76 (1952), S. 158-186.
- Ders.: Schleswig-Holstein in der europäischen und nordischen Geschichte. In: ders.: Schleswig-Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. Gesammelte Aufsätze. Hrsg. von Manfred Jessen-Klingenberg (Kieler Historische Studien 6), S. 9-42.
- Ders.: Schleswig-Holstein und die Auflösung des dänischen Gesamtstaates 1830-1864/67. In: Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 7, Lieferung 1. Neumünster 1975
- Ders.: Nachwort (1980), siehe Lornsen, Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein.
- Schultz-Hansen, Hans: Demokratie oder Nationalismus. Politische Geschichte Schleswig-Holsteins 1830-1918. In: Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. von Ulrich Lange. Neumünster 2003, S. 428f.
- Schnibben, Cordt / Skierka, Volker: Macht und Machenschaften. Die Wahrheitsfindung in der Barschel-Affäre. Ein Lehrstück. Hamburg 1988.
- Weinhold, Karl: Ueber Franz Hegewisch. In: Archiv der Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte 20, Jahrbücher für die Landeskunde der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 9 (1867), S. 146f.
- Wiebe, Hans-Hermann (Hrsg.): Politische Kultur – Politische Moral. Die Kieler Affäre und kirchliches Handeln (Zeitkritische Beiträge der Evangelischen Akademie Nordelbien 1). Bad Segeberg 1988.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Reimer Hansen
Rhodeländerweg 40b
12355 Berlin

Kiel im November 1918 – Meuterei auf dem Weg zur Demokratie?

Anmerkungen zu fünf neueren Publikationen
und einer alten Kontroverse

Von Rainer S. Elkar

Wie soll man das gewaltsame Geschehen benennen, das in Wilhelmshaven in der Kaiserlichen Marine am Donnerstag, dem 30. Oktober 1918, ausbrach und das in Kiel tags darauf bis zum Sonntag, dem 10. November 1918, kulminierte? War es eine Meuterei, ein Matrosenaufstand, eine Revolution oder der Beginn der deutschen Demokratie als Republik? Die Zeitzeugen und nachfolgende Generationen kannten und nutzten solche Bezeichnungen je nach Standpunkt und Wortwahl würdigend oder herabwürdigend. Alle diese Begriffe begegnen ebenso in der Forschungsgeschichte. Diese verlief in Schüben und erreichte im Jubiläumsjahr 2018 – nicht zuletzt ausgehend von fünf neueren Publikationen, die im Folgenden kritisch gewürdigt werden – wieder eine lebendige Aktualität.

Eine weitreichende Neubetrachtung der Novemberereignisse 1918 begann 1966 mit einem längeren Aufsatz von Wilhelm Deist,¹ der die Gründe für die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Kaiserlichen Marine klar benannte: Die deutsche Seekriegsleitung hatte sich gegen die Waffenstillstandspolitik der Reichsregierung gewandt und suchte eine „ehrenvolle“ Entscheidung in einer großen Seeschlacht. Hingegen waren weite Teile der von ihren militärischen Führern schlecht behandelten Mannschaften kriegsverdrossen und friedensorientiert. Sie leisteten – zunächst in Wilhelmshaven und dann auch in Kiel – massiven Widerstand gegen einen hochriskanten, letztlich selbstmörderischen Flotteneinsatz. Schon 1926 hatte das Gründungsmitglied der USPD Wilhelm Dittmann – in Umkehrung der den Matrosen entgegengebrachten Vorwürfe – von einer „Admirals-Rebellion“ gesprochen.² Deists Urteil fiel ähnlich aus: Grundsätzlich sah er

1 Deist, Politik der Seekriegsleitung.

2 Dittmann, Marine-Justizmorde.

kein Problem, das Handeln der Matrosen als „Meuterei“ oder „Rebellion“, das der Seekriegsleitung aber als „Revolution von oben“ zu bezeichnen.³

Es dauerte dann über ein Jahrzehnt, bis sich Dirk Dähnhardt als erster vornehmlich den Kieler revolutionären Ereignissen zuwandte. Seine 1977 erschienene Doktorarbeit folgte durchaus wesentlichen Einsichten Deists.⁴ Zugleich erschloss er erheblich umfassender als dieser eine archivalische Überlieferung, die es ihm ermöglichte, die lokale Geschichte in all ihren Phasen nachzuzeichnen und – mit Blick auf größere Zusammenhänge und damals noch innovative Theorien⁵ – als „Aufstand mit revolutionärem Charakter und revolutionärer Tendenz“⁶ zu erklären. Die Erkenntnisse der beiden Historiker erwiesen sich im Folgenden als forschungsprägend, was insbesondere die weiterführenden Studien von Leonidas Hill 1988⁷ und Wolfram Wette 1987/2010⁸ zeigten, was aber – wie angedeutet – auch die fünf Veröffentlichungen belegen, die hier näher zu betrachten sind: 2016 publizierte der Ire Mark Jones seine Dissertation über die gewaltsamen Anfänge der Weimarer Republik. 2017 legte Christian Lübcke eine Abhandlung zum November 1918 vor. 2018 erschienen dann die umfangreiche Monographie von Martin Rackwitz, die Broschüre von Robert Bohn und Uwe Danker sowie der von Sonja Kinzler und Doris Tillmann herausgegebene, ausstellungsbegleitende Sammelband zur „Stunde der Matrosen“. Welcher Erkenntnisgewinn gegenüber der älteren Forschung lässt sich nun in diesen Beiträgen bemerken und wodurch ist dieser bedingt?

Erstens ist eine beträchtliche Erweiterung der Quellengrundlage zu beobachten, die inzwischen eine breitere und vertiefte Sicht auf das historische Geschehen ermöglicht. Vor allem handelt es sich dabei um die schriftliche Überlieferung, aber auch um eine umfassendere Bilddokumentation. Zweitens wird auf dieser Grundlage das Geschehen komplexer als bisher erfasst. Zugleich lassen sich die Erkenntnisse auf anregende Weise präsentieren. Die Eingangsfrage nach der angemessenen Beurteilung führt zum dritten und abschließenden Punkt der folgenden Ausführungen.

1.

Der 2007 verstorbene Dähnhardt hatte bereits einen erheblichen Fundus schriftlicher Quellen ausgewertet, den auch die jüngsten Forschungen als bekannt voraussetzten und nur ausnahmsweise wiederholt erkundeten.

3 Deist, Politik der Seekriegsleitung, S. 341 u. S. 362-363.

4 Dähnhardt, Revolution in Kiel, S. 51-53.

5 V. a. Johnsson, Revolutionstheorie.

6 Dähnhardt, Revolution in Kiel, S. 166.

7 Hill, Signal zur Konterrevolution?

8 Wette, Gustav Noske.

Letzteres betrifft insbesondere jene Akten im Freiburger Bundesarchiv-Militärarchiv (BAMA), die „Meldungen über Bildung von Soldatenräten in Schleswig-Holstein“ und die „Umwälzung Herbst 1918“ enthalten.⁹ Jones zeigte daran nochmals Interesse, ansonsten konzentrierte er seine umfassenden Archiverkundungen – wenigstens ausgenommen – auf die Zeit nach dem Kieler November.

Die über Dähnhardt hinausreichende Quellenerschließung begann mit dem Noske-Biografen Wolfram Wette, der in Freiburg auf Küsel's „Beitrag zur Geschichte des revolutionären Umsturzes in der Kaiserlichen Marine und in Kiel“ stieß.¹⁰ Konteradmiral Hans Küsel hatte sich während des Umsturzes Aufzeichnungen gemacht, sie aber erst nach 1933 zu einem Papier zusammengefasst, das Rackwitz zwar als „herausragend“, aber keineswegs als „frei von Tendenzen“ bezeichnet.¹¹ Dies sollte nicht die einzige, allerdings besonders häufig genutzte Quellen-Neuentdeckung aus dem Kreis der Kaiserlichen Admiralität bleiben. Zum Küsel-Beitrag gehören wichtige Anlagen, die ebenfalls im BAMA zugänglich sind. Der Inspekteur der Schiffsartillerie, Konteradmiral Max Hahn, verfasste ebenfalls einen Bericht.¹² Über die „Revolution“ und die „socialistische Bewegung“ legte die Central-Abtheilung der Admiralität Akten an. Die Tagesbefehle der Marinestation Ostsee sind einschließlich geheimer Anlagen erhalten. Chef der Marinestation war Admiral Wilhelm Souchon, Küsel sein Stabschef. Am 3. November ersuchte Souchon in einem Telegramm das Reichsmarineneamt zwecks Vermeidung von „revolution und revolte“ um die Entsendung eines „hervorragenden sozialdemokratischen abgeordneten“. Eine Wiedergabe dieses „Schlüsseldokument[s] der Revolution“ findet sich bei Bohn und Danker.¹³ Souchon's Nachlass liegt in Freiburg, sein Tagebuch, das Lübcke einsah, im Internationalen Maritimen Museum Hamburg.¹⁴ Die Erinnerungen von Zeitgenossen (Max von Baden, Hermann Müller-Franken, Gustav Noske, Lothar Popp/Karl Artelt, Bernhard Rausch) nutzte bereits Dähnhardt. Erfreulicherweise sind inzwischen vermehrt Augenzeugenberichte von Militärangehörigen entdeckt worden, die nicht der obersten Ebene der Marine angehörten, darunter der „Bericht über die Tätigkeit des Fl.Ob.Mt. [Flugobermaats] Gossrau“, der vollständig bei Bohn und Danker (S. 66-78) wiedergegeben ist.

9 BAMA RM 31/2373 (Umwälzung) wird von Jones, Lübcke, Rackwitz u. Bohn/Danker genutzt, RM 31/2384 (Meldungen) nur von den drei letztgenannten.

10 BAMA RM 8/1026 u. 1027. Vgl. Wette, Gustav Noske, S. 15 u. S. 105.

11 Rackwitz, Kiel 1918, S. 41. Küsel's „Bericht“ (BAMA RM 8/1026) wird auch von Bohn/Danker u. Lübcke herangezogen.

12 BAMA RM 8/1022. Berücksichtigt bei Rackwitz u. Lübcke.

13 BAMA RM 8/1010, abgebildet bei Bohn/Danker, Vom Matrosenaufstand in Kiel zur Deutschen Revolution, S. 33-34.

14 Lübcke, Revolution in Kiel, S. 34.

Lübcke erklärt, dass er in jahrelangen Forschungen umfangreiches Archivmaterial erkundet habe (S. 5). Vollständig nachprüfbar ist dies jedoch nicht. Seine insgesamt 25 Fußnoten geben nur dürftige Hinweise. Eigens hervorgehobene Quellenzitate, darunter der interessante „Tagebucheintrag einer Dreizehnjährigen“ (S. 69) und das „bittere Resumée“ des Vizeadmirals Albert Hopmann über Marineführer, „die nicht die geringste Verehrung bei der Mannschaft genossen haben“ (S. 121), sind unbelegt. Ein Literatur- und Quellenverzeichnis fehlt. Damit behindert Lübcke eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit seinen Ausführungen, zumal er kaum Referenzliteratur erwähnt.

Rackwitz kennt nicht nur umfänglich die bisher bekannten historischen Grundlagen, sondern erschließt bei weitem die meisten bisher unerforschten Quellen. Doch auch die Leistung von Bohn und Danker ist beachtlich. Deren didaktischer Ansatz, die eigenen Ausführungen auf 14 großformatigen Seiten eng mit 32 abgebildeten Dokumenten zu verbinden, ist geglückt und bewirkt überdies erfreuliche Konvergenzen mit Rackwitz: Einige Quellen, die dieser inhaltlich auswertete, finden sich bei Bohn/Danker in gut lesbarer, farbiger Abbildung der Originalvorlage.

Was die Bild- und Sachquellen anbelangt, so gibt es von den prominenten Anführern und Gegnern der Revolution, von Mannschaften, Schiffen und öffentlichen Versammlungen und sogar von der Kieler Telefonüberwachung durch bewaffnete Matrosen zahlreiche Fotografien, die oft eigens zur Erinnerung arrangiert wurden. Zeitungen, Postkarten, Plakate, Flugblätter sind ebenfalls erhalten. Im Band von Rackwitz wurde diesbezüglich eine gute Bildauswahl getroffen.¹⁵ Freilich hat, so bemerken Kinzler und Tillmann zurecht, „ein politischer Aufstand kaum materielle Zeugnisse“ (S. 11) hinterlassen, was im besonderen Maße die Fotodokumentation von Aktionen betrifft. Dies musste bereits 2014 das Wilhelmshavener Deutsche Marinemuseum feststellen, als es sich im Rahmen einer Ausstellung auch mit den Marineunruhen und der Revolution befasste.¹⁶ Den Vergleich mit dieser Vorgängerausstellung brauchen die beiden Kieler Ausstellungsmacherinnen keineswegs zu scheuen. Tatsächlich ist in ihrem Ausstellungsband die „Revolution im Reichskriegshafen Wilhelmshaven“ sogar fotografisch besser wiedergegeben.¹⁷ Insgesamt bietet die großformatige Veröffentlichung mit ihren 43 Beiträgen von 31 Verfassern, ausgestattet mit 215, oft mehrfarbigen Abbildungen eine eindrucksvolle Präsentation der Revolution von 1918 in größeren kulturellen, politischen und historischen Zusammenhängen.

15 Hier auch das Bild der Telefonüberwachung: Rackwitz, Kiel 1918, S. 104.

16 Abbildungen einer spärlichen Sachüberlieferung und zur Marineausrüstung finden sich bei: Huck/Pieken/Rogg (Hrsg.), Die Flotte schläft im Hafen ein, S. 180-183, S. 186 u. S. 191-211.

17 Kinzler/Tillmann, Die Stunde der Matrosen, S. 150-151.

Lübckes Publikation bietet hübsche Städtebilder, aber keine authentischen Bildquellen der Revolution, vielmehr werden einzelne Szenen von Künstlerhand frei in Farbe gestaltet. Allerdings ist dies just auf dem Titelblatt misslungen: Für die hier entworfene klischeehafte Brandszene mit Revolutionären gibt es keinen lokalgeschichtlichen Beleg. Ebenso merkwürdig ist die Wiedergabe des Schallplattenlabels „Fantom-Brigade [!] – Ein Traumbild von W[illiam] H. Myddleton – I. Matrosen-Division, Kiel“. Bei der „Phantom Brigade [!]“ handelt es sich um ein munter-fröhliches Stück, das der britische Komponist während des Krieges wohl kaum für eine deutsche Marineeinheit komponierte.¹⁸ Wann und wie es aber zu dem deutschen Titel kam, hätte einer Erklärung bedurft.

Wer nicht mit dem Kieler Straßennetz vertraut ist, dem dürfte es schwerfallen, das revolutionäre Tagesgeschehen zu verorten. Bei Rackwitz findet sich eine Grafik des Demonstrationsverlaufs am 3. November. Für eine Erfassung der meisten übrigen Ortsangaben reicht sie nicht aus. Bei Bohn und Danker fehlt wie leider auch bei Kinzler und Tillmann überhaupt eine Karte, wie man sie vor allem in einer ausstellungsbegleitenden Veröffentlichung hätte erwarten können. Was die Verlage hätten leisten können und hätten leisten müssen, lässt sich bestens bei Lübcke (S. 56) finden: ein Stadtplan mit Eintragungen, was zwischen dem 2. und dem 5. November Tag für Tag geschah.

2.

Jones erkennt in den Kieler Ereignissen den Auftakt der „Revolution von 1918/19“, die zur Weimarer Republik führte. Deren Anfänge bis zum Frühjahr 1919 untersucht er unter dem speziellen Blickwinkel zunehmender Gewalt. Für entscheidend verantwortlich sieht er dabei die Sozialdemokratie. Deren „rigorose[s] Eintreten für staatliche Gewalt“ habe „die Paradigmen der deutschen politischen Kultur“ verschoben mit einem „bitteren Vermächtnis“.¹⁹ Der Revolution in Kiel aber bescheinigt er, dass sie „ohne eine einzige Gräueltat als Begleitmusik zur Geburt einer neuen Ära auskam“.²⁰ Was unter einer Gräueltat zu verstehen sei, ist allerdings interpretationsbedürftig: Am Sonntag, dem 3. November, wurden in Kiel sieben

18 Bei dem Komponistennamen handelt es sich um ein Pseudonym für George Arnold Haynes Safroni-Middleton (1873-1950). Das erwähnte Stück diente wahrscheinlich der musikalischen Unterhaltung für britische Einheiten. Vgl.: https://en.wikipedia.org/wiki/Arnold_Safroni-Middleton u. <https://www.sheetmusicplus.com/title/the-phantom-brigade-sheet-music/18254600> (Zugriff 10.05.2018). Von der Komposition gibt es mehrere Fassungen auf YouTube.

19 Jones, Am Anfang war Gewalt, S. 10-13.

20 Jones, Am Anfang war Gewalt, S. 56.

Menschen erschossen und 29 weitere verletzt, von denen wiederum zwei später verstarben. Die Gewalt ging dabei von einer Ausbildungskompanie unter einem überforderten Reserveleutnant aus. Zwei Tage darauf, als unter den Matrosen die Atmosphäre über die Maßen aufgeheizt war, starben zehn Menschen, 21 wurden schwer verletzt als Opfer hektischer Schießereien. Am selben Dienstag wurden auf dem Flaggschiff „König“ im Kampf um das Hissen der roten Fahne zwei Offiziere und ein Matrose getötet.²¹ Jones etwas ausgenommen beschreiben alle übrigen Publikationen mehr oder weniger ausführlich die Kieler Revolution im strikten Tagesablauf.

Lübcke lieferte nach Jahrzehnten als erster wieder eine kompakte, kenntnisreiche und gut lesbare Beschreibung der Kieler Novemberereignisse in Form eines Diariums (S. 25-69), die er um eine gleichermaßen gelungene Betrachtung der „Ausweitung der Bewegung“ im Schleswiger Landesteil der Provinz, in den Ostseestädten und in Hamburg erweitert (S. 70-118). Nur in Neumünster bildete sich zeitweilig eine „Abwehrlinie gegen die neue Bewegung“ (S. 99-102). Vorangestellt sind eine Beschreibung der Ausgangslage im Frühherbst 1918 (S. 6-9), Kurzbiografien der bekanntesten militärischen und zivilen „Protagonisten“ (S. 10-21) sowie ein „Kräftevergleich“, der zeigt, wie überlegen das Handlungspotenzial der Revolutionäre gegenüber ihren Gegnern war (S. 21-24). Besonders versiert zeigt sich der Verfasser bei der Beurteilung des Geschehens aus einer militärischen Perspektive. Ihm ist der „psychologische Faktor“ (S. 120) besonders wichtig. Sorgfältig wägt er daher ab, was die Führenden wie die Ausführenden unter Zwang und unter schwierigen Bedingungen überhaupt erreichen konnten. Lübcke ist sehr behutsam in seinen Urteilen. In der Bezeichnung des Geschehens legt er sich nicht fest. Für ihn ist der „Matrosenaufstand“, den er einleitend auch mit dem Begriff der „Meuterei“ verbindet „ein in der deutschen Geschichte einmaliges Ereignis“, dessen Folgen im „beschleunigten Kriegsende“, im „Sturz der Monarchie“ und im „Weg in die Weimarer Republik“ lagen (S. 5). Die Überlegung aber, die in der internationalen Forschung wie in allen anderen hier besprochenen Publikationen erörtert wird, ob denn dem Geschehen ein zukunftsweisendes und zukunftsfähiges demokratisches Moment innewohnte, findet in den Ausführungen und schließlich im Fazit keinen hinreichenden Platz. Lübcke belässt es bei der Bemerkung, dass die „von den politischen Führern der Matrosen formulierten Forderungen nach Reformen und einem radikalen politischen wie gesellschaftlichen Wandel [...] zu einem gewissen Teil umgesetzt“ wurden oder „oft in Ansätzen stecken“ blieben (S. 119). Eine richtige Aussage ist dies schon, eine hinreichende historische Beurteilung jedoch nicht.

²¹ Rackwitz, Kiel 1918, S. 66 u. S. 153. Bohn/Danker, Vom Matrosenaufstand in Kiel zur Deutschen Revolution, S. 15 u. S. 18, Lübcke, Revolution in Kiel, S. 40-41 u. S. 68.

Angesichts des vergleichsweise größten Rechercheaufwandes verwundert es nicht, dass Rackwitz in seiner „Chronologie der Kieler Ereignisse“ (5. Kap., S. 45-148) das revolutionäre Geschehen in Kiel umfassender behandelt als jeder vor ihm. Sie verändert nicht die Grundlinien, die Dähnhardt einst vorgab, sie fügt aber zahlreiche Details hinzu und setzt den neuen Kenntnisstandard, hinter den künftig nicht mehr zurückgegangen werden kann. Rackwitz geht es nicht zuletzt um „die wichtige Rolle der Kieler Arbeiter [...], die sich mit den Matrosen verbündeten.“ Standen sie doch in „der öffentlichen Wahrnehmung [...] immer hinter den Matrosen zurück, obwohl sie deren Aufstand erst zu einer wesentlich breiteren revolutionären Volksbewegung machten.“ (S. 11) Es ist konsequent und angemessen, dass Rackwitz durchgängig vom „Matrosen- und Arbeiteraufstand“ spricht.

Erfasst Lübcke die Revolution in einem größeren norddeutschen Raum, so weitet Rackwitz die politisch-zeithistorische Perspektive bis 1920. Seiner akribischen Chronologie (Kap. 5) schickt Rackwitz einleitend voraus, wie sehr Deutschland „militärisch und wirtschaftlich am Boden“ lag, wie es zu den Befehlsverweigerungen in Wilhelmshaven kam und wie die Ausgangslage in Kiel war (Kap. 2-4, S. 12-44). In seiner „Bilanz der Kieler Ereignisse“ (Kap. 6, S. 149-154) hebt er das Zitat des Kieler Gewerkschafters Gustav Garbe hervor: „Es wird immer gefaselt davon, wer die Revolution in Kiel gemacht hat. Da will ich nur sagen, wenn die Arbeiter nicht hinter den Matrosen gestanden hätten, dann wäre die Revolution in ein oder zwei Tagen zu Ende gewesen.“ (S. 152) In weiteren vier Kapiteln behandelt Rackwitz die politische Entwicklung in Berlin, dann das Handeln Noskes, des Soldaten- und des Arbeiterrates sowie die Wahlen in Kiel 1919 (Kap. 7-10, S. 155-218). Die folgenden zwei Kapitel wenden sich dem Spartakistenauflauf und dem Kapp-Lüttwitz-Putsch zu (Kap. 11-12, S. 219-258). Durchwegs wird deutlich, dass nicht die USPD, wohl aber die MSPD in Kiel längerfristig die politische Führung behauptete. Wie schwer sich Kiel mit dem „Erbe des Matrosenaufstandes“ tat, belegt ein weiteres Kapitel (Kap. 13, S. 259-269), eine Thematik, die früher schon Michael Salewski, Harald Schmid, Oliver Auge und Uwe Danker auf unterschiedliche Weise behandelten.²²

In all seinen Ausführungen verfolgt Rackwitz eine Leitidee, die er früh als Kommentar in eine Fußnote setzt (Anm. 8, S. 14) und die er in seiner Schlussbetrachtung (Kap. 14, S. 270-272) der „deutsche[n] Revolution von 1918“ nochmals hervorkehrt. Es geht ihm um die Entkräftung einer Propaganda, die Ludendorff und andere führende Militärs sowie konservative Politiker im Nachkriegs-Deutschland verbreiteten: „Meuternde“ Matrosen,

²² Salewski, Feuer aus Kesseln, Schmid, „Vergesst nicht, das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht!“, Danker, Revolutionsstadt Kiel, Auge, Problemfall Matrosenaufstand, u. d. ers., Aufstand oder Meuterei?

angetrieben von den sozialdemokratischen Parteien, wären den an der Front kämpfenden Kameraden mit einem „Dolchstoß“ in der Rücken gefallen und hätten so die Niederlage herbeigeführt. „Meuterei“ aber, so sein Kommentar, „bezeichnet in der Rechtsnomenklatur ein strafbares Verhalten. Weil sich die Matrosen im Oktober 1918 aber gegen einen illegalen Befehl der Seekriegsleitung (SKL) auflehnten, der den Friedenszielen der legal zustande gekommenen und von der Obersten Heeresleitung mit Waffenstillstandsverhandlungen beauftragten Reichsregierung eindeutig widersprach, ist es falsch, von einer »Meuterei« zu sprechen. Die Befehlsverweigerung der Matrosen war ein berechtigter Akt rechtlichen und faktischen Widerstands und diente der Wiederherstellung der Majestät des Rechts.“ (S. 274) Auf diese Weise erkennt Rackwitz das demokratische Potenzial, das von Kiel ausging. Für ihn sind „die Matrosen, Arbeiter und Frauen, die sich erhoben hatten, um einen verlorenen Krieg zu beenden und eine bessere Gesellschaft zu schaffen, die wahren Helden – im Gegensatz zu denjenigen Admiralen, die der legalen Regierung in den Rücken fielen, ihre Friedenspläne durchkreuzten und dabei von ihren Untergebenen Kadavergehorsam bis zum bitteren Ende verlangten.“ (S. 272) Damit ist Rackwitz in seinem historischen Urteil sehr viel entschiedener als Lübcke, der zwar den Begriff der Meuterei verwendet, zu deren demokratischem Antrieb und möglicher innerer Berechtigung er aber keine eindeutige Stellung bezieht.

Bohn und Danker konnten die Monografie von Rackwitz noch nicht kennen. Was ihre Ausführungen auszeichnet, ist ein sehr kompakter, auf das Wesentliche ausgerichteter Bericht der revolutionären Tagesereignisse, der immer auch ein Stück problemorientierter Reflektion enthält. Da die Broschüre in Schulen verteilt wird, ist eine solche verdichtete Orientierungshilfe mit durchaus erschöpfenden Quellen- und Literaturhinweisen überaus nützlich. Den beiden Autoren geht es um die „Perspektiven und Handlungsspielräume“ der Beteiligten, sie fragen „nach Versäumnissen, Irrtümern und Fehlentwicklungen“ und erklären die Revolutionäre zutreffend als „Meuternde“, deren Weg zur Revolution sie beschreiben (S. 11-13). Nicht jede Detailfrage wird konkret beantwortet, was aber nicht unbedingt notwendig ist, ergeben sich doch so Denkanstöße für den historischen Unterricht und die politische Bildung. Dass die Kieler Revolution ein demokratisches Potenzial (S.11) in sich trug, ist für Bohn und Danker ebenso offenkundig wie für Rackwitz. In Deutschland war es „an der Zeit für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“. Eine „evolutionäre Entwicklung“ in diese Richtung ließ „die Bewegungslosigkeit der traditionellen Eliten“ nicht zu. „Zahlreiche ‚kleine‘ Leute, einfache Soldaten und Arbeiter, Menschen, die Frieden, Freiheit und Demokratie suchten und schufen“ brachten die Entwicklung voran – „für alle Deutschen“. (S. 25) Auch dieses Urteil lässt an Klarheit nicht zu wünschen übrig.

In ihrer Einleitung zur „Stunde der Matrosen“ erklären Kinzler und Tillmann (Kap. 1, S. 9-17), worum es bei „Buch und Ausstellung zum hundertsten Jahrestag“ gehe, nämlich um die Harmonie des „maritime[n] Ambientes des Ausstellungsortes“ im Kieler Schifffahrtsmuseum „mit dem Ausstellungsnarrativ, in dem die Matrosenfigur als Leitelement im Fokus steht.“ Ohne „die Rolle und Bedeutung anderer Protagonisten, etwa der Arbeiterinnen und Arbeiter [...] schmälern oder verdrängen“ zu wollen, trage die „intendierte Konzeptentscheidung“ doch „einem weiterführenden mentalitätsgeschichtlichen und kulturwissenschaftlichen Interesse an dieser fast ikonenhaft populären Figur Rechnung“. Hier mischen sich volltönend aktueller Fachjargon und publikumswirksame Vermarktung. Doch setzten die beiden Ausstellungsmacherinnen bereits im „Vorfeld des Ausstellungsprojektes“ noch das zweite Ziel, „Desiderate und Lücken der Revolutionsforschung“ zu schließen (S. 10-11).

Beide Absichten fügen sich jedoch nicht ganz zusammen. Aus historischen Gründen ist es unangemessen, die Kieler Ereignisse auf den meistverbreiteten, aber zugleich klischeebehafteten Begriff des „Matrosenaufstandes“ zu reduzieren, der durchgängig den Begleitband der Ausstellung durchzieht. In der Forschung besteht kein Zweifel an einer Revolution, die bis zum 3. November von Matrosen ausging, die aber tags darauf und in weiterer Folge ihre entscheidende Qualität aus der Vereinigung mit den Arbeitern erreichte und so ein wesentlicher Impulsgeber für die deutsche Revolution war. Mithin wäre es angemessener von der „Revolution in Kiel“ oder vom „Matrosen- und Arbeiteraufstand“ zu sprechen, wie dies Rackwitz tut. In ihrem Schlussbeitrag gelingt es Tillmann bestens, die „Blauen Jungs unter Roten Fahnen“ als „Ikonen der Revolution“ zu erklären (S. 286-293), doch ist es ein ebenso dringendes „Desiderat“, dieses „Narrativ“ – um im kulturwissenschaftlichen Jargon zu bleiben – wissenschaftlich zu dekonstruieren. Dies unterblieb. Die Macht der vorzüglich ausgewählten Bilder verstärkt die eingrenzende Sicht auf den „Matrosenaufstand“, ist doch die Marine in einer eindrucksvollen Fülle an Personen- und Flottendarstellungen sehr viel stärker vertreten als die Alltagswelt der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstungsindustrie. Selbst das für das Novembargeschehen so wichtige Gewerkschaftshaus taucht erst im Zusammenhang des Kapp-Putsches 1920 auf (S. 204).

In acht Kapiteln wird die Entstehungs-, Entwicklungs- und Rezeptionsgeschichte des „Matrosenaufstandes“ entfaltet. Zur einleitenden „Standortbestimmung“ (Kap. 1, S. 8-23) gehört der wichtige Beitrag von Alexander Gallus über die „Historisierung und Aktualisierung der Umbrüche von 1918/19“ (S. 18-23). Er regt an, sich von einer alten „Revolutionsdiagnostik“, von „diatomischen Mustern“ und „Erfolg-Scheitern-Geschichten“ zu verabschieden und die Revolution von 1918/19 als Teil einer „umfassende[n] Orientierungskrise“ zu verstehen (S. 21). Die beiden

anschließenden Kapitel zeigen den Weg in die Revolution (Kap. 2, S. 24-95) und lenken den Blick auf die Kieler Ereignisse (Kap. 3, S. 96-131). Es folgen eine Ausweitung des Horizontes auf andere Schauplätze (Kap. 4, S. 132-159), eine Analyse der Hintergründe (Kap. 5, S. 161-181) und Untersuchungen des bis 1923 währenden Kampfes „um eine neue Ordnung“ (Kap. 6, S. 182-219). Ein weiterer Abschnitt ist dem Thema des revolutionären Menschen- und Gesellschaftsbildes in Kunst und Kultur gewidmet (Kap. 7, S. 220-249). Der Band schließt mit sieben Studien, die sich der Rezeptionsgeschichte zwischen „Heldenkult und Vergessen“ zuwenden (Kap. 8, S. 250-293).

Alle Beiträge zeichnen sich durch ein hohes Maß an Fachkompetenz, Konzentration auf das Wesentliche und gute Lesbarkeit aus. Kurze englische Zusammenfassungen bringen die Inhalte nochmals auf den Punkt. Dies alles zu referieren, ist hier nicht möglich. Zwar soll – insbesondere um die Vergleichbarkeit mit den anderen Publikationen herzustellen – zunächst auf die Berichterstattung des Revolutionsablaufs eingegangen werden. Dann aber sollen drei Forschungsperspektiven hervorgehoben werden: erstens die Dimensionen der revolutionären Kommunikation, zweitens die Erinnerungsgeschichte und drittens die Frage nach der Rolle der Frauen.

Drei Beiträge berichten die revolutionären Tagesabläufe: Lübcke beschreibt sogar das stündliche Geschehen vom Freitag, dem 1., bis zum Sonntag, dem 10. November (Kap. 3, S. 97-103). Am 4. November sei die „Zahl der Meuterer“ unter Einschluss der Soldaten am Ort auf 20.000 Mann angewachsen. Unter dem Datum Dienstag, 5. November, fällt das Wort: „In Kiel ist Revolution.“ Lübcke fügt hoch dramatische, bislang unveröffentlichte Tagebuchauszüge eines Konstrukteurs auf der Germania- werft hinzu. Leider fehlt hier jedoch ein Hinweis darauf, wo die Quelle archiviert ist. Jones wendet sich der „Panik und Gewalt“ am 4. und 5. November zu (Kap. 3, S. 110-115). Knut-Hinrik Kollex behandelt die „Kieler 14 Punkte“ unter Berücksichtigung vorausgegangener Forderungen als „Blaupause für die Revolution“ (Kap. 3, S. 122-127). Sie wurden günstig aufgenommen und waren, so Kollex, keineswegs ein „Sammelsurium“, wie Dähnhardt meinte. Alle drei Autoren beziehen sich auf Dähnhardt, obwohl Rackwitz zum Autorenkreis gehörte.²³ Waren seine Forschungen im „Vorfeld“ der Ausstellung unbekannt, so dass man sie deswegen hätte übergehen können? Obwohl seine Monografie deutlich vor dem Sammelband erschien, fehlt sie in den Literaturhinweisen.²⁴ Ebenso fällt auf, dass

23 Er verfasste u. a. die lesenswerte Mikrogeschichte einer „typisch deutsche[n] Familie“ im Ersten Weltkrieg (Kap. 2, S. 25-32).

24 Lediglich in einer biografischen Notiz zu Rackwitz wird auf S. 302 dessen Buch erwähnt.

die einschlägigen Kapitel in der Kieler Stadtgeschichte und wichtige ältere Titel (Deist, Hill, Rahn, Wette) nicht aufgeführt sind.²⁵

Nun zu den Forschungsperspektiven: Für Klaus Weinbauer ist physische Gewalt in einer Revolution „weniger eine Fehlfunktion als auch ein Kommunikationsakt“ (Kap. 1, S. 22). So besehen gibt es drei Formen: die Kommunikation in der Revolution, über die Revolution und nach der Revolution. Schon am Vorabend zeichnete sich trotz der Militärzensur der Zeitungen eine aktuell „informierte Revolution“ ab (K.-H. Kollex, Kap. 2, S. 51). Aufständische wurden zu „Sturmvögeln“, die in Schleswig-Holstein und darüber hinaus den Ruf der Revolution verbreiteten (K.-H. Kollex, Sonja Kinzler u. Jens Buttgerit, Kap. 4, S. 133-149). Die Revolution schuf sich neue Handlungsräume (S. 145). Die Eisenbahn spielte eine große Rolle. Um eine Fahrkarte zu erhalten, bedurfte es eines Ausweises des Obersten Soldatenrates (Abb. 101, S. 145). Auch ein Wasserflugzeug (Abb. 96, S. 140) trat in den Dienst der Revolution. Persönliche Netzwerke, spontane Zusammenkünfte, Aufrufe, Kundgebungen, selbstverständlich auch Streiks, Aufmärsche und Demonstrationen waren voller agitatorischen Potenzials. Kleine Handzettel, Plakate, Fahnen, Zeitungen und – nicht zu vergessen – die Telegraphie (S. 97) trugen zur medialen Verbreitung bei. In Berlin suchte das Militär Nachrichten über die Ereignisse in Kiel zu verhindern. Zugkontrollen und -sperrungen sowie eine zeitweilige Unterbrechung der privaten Telefonie und Telegraphie behinderten die Kommunikation massiv. Die Zensur wurde reichsweit sehr unterschiedlich gehandhabt, so dass Zeitungen ebenso verschieden informierten (Florian Altenhöner, Kap. 4, S. 152-159). Überdies war die Berichterstattung in Lager gebunden und sah sich konfrontiert mit einer gegensätzlichen Wahrnehmung der Russischen Revolution 1917 (Julia Franke, Kap. 5, S. 176-181). In der Novemberrevolution blühte die Plakatkunst auf (Kap. 7, Katrin Seiler-Kroll, S. 221-231), auch gab es eine expressionistische Arbeitsgemeinschaft in Kiel, die sich für eine politische Verantwortung der Kunst einsetzte, jedoch nicht unmittelbar revolutionsbeteiligt war (Kap. 7, Peter Kruska, S. 232-239). Nach der Revolution gab es durchaus Ansätze zu einer positiven Rezeption sogar in der Tradition zu 1848 (S. 258), bald aber, d. h. Anfang der 1920er Jahre, begann die Dolchstoßlegende die junge Demokratie zu destabilisieren (Boris Barth, Kap. 8, S. 251-259). All dies dokumentiert der Sammelband in eindrucksvoller Fülle, durchwegs auf aktuellem Forschungsstand.

²⁵ Rahn (Hrsg.), *Deutsche Marinen im Wandel* (darin Groß, *Eine Frage der Ehre?*, S. 287-304), Rahn, *Von Gehorsamsverweigerung zur Revolution*. – Jensen (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Kiel* (darin Salewski, *Kiel und die Marine*, S. 272-286, u. Wette, *Die Revolution in Kiel 1918*, S. 287-294). Auch die in Anm. 8 erwähnte Arbeit Wettes fehlt.

Die Nachkriegs-Erinnerungsgeschichte an den November 1918 war gespalten zwischen zwei deutschen Staaten: In der DDR gehörte die Erinnerung an die hingerichteten Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch sowie an die Novemberrevolution seit 1948 regelmäßig zum feierlichen Staatsprogramm. 1958 produzierte die DEFA den Historienfilm „Das Lied der Matrosen“.²⁶ Nahe dem Ende der Ära Ulbricht erreichte 1968 das Gedenken mit großer Kundgebung und Flottenparade nochmals einen Höhepunkt. Während der 70er-Jahre im „real existierenden Sozialismus“ Honeckers hatte der „Gründungsmythos seine Schuldigkeit getan“. (Kap. 8, Arne Segelke, S. 266-275). In der Bundesrepublik hingegen gehörte der „Matrosenaufstand“ zu keiner Zeit zum traditionsbildenden Reservoir der West-Demokratie. In Kiel war er „nie Sache der ganzen Bevölkerung“ (Auge, Kap. 8, S. 277).

1978 lebte die Dolchstoßlegende allen voran beim Deutschen Soldatenbund Kyffhäuser immer noch weiter. Der „schroffe Erinnerungsdissens blieb über 1978 hinaus bestehen“ (Auge, Kap. 8, S. 282). Um die 1982 errichtete Erinnerungsskulptur „Feuer aus den Kesseln“ von Hans-Jürgen Breuste im Ratsdienergarten entbrannte eine heftige Kontroverse (Rackwitz, Kiel 1918, S. 264-266; Auge, Kap. 8, S. 281). „Frischer Wind in das Gedenken an den Matrosen- und Arbeiteraufstand“ kam am 90. Jahrestag der Revolution maßgeblich durch den SPD-Politiker und Politikwissenschaftler Rolf Fischer (Rackwitz, S. 266), der auch im Ausstellungsbegleitband einen lesenswerten Beitrag über die politische Linke im Krieg verfasst hat (Fischer, Kap. 2, S. 40-46).²⁷

In einem Werk, das sich derartig stark auf die Matrosen konzentriert, steht eine ausführlichere Befassung mit der Rezeptionsgeschichte des Aufstandes in der Marine zu erwarten. Jene 25 Zeilen aber, die der „Meuterei als Trauma“ gewidmet sind (Jann M. Witt, Kap. 8, S. 255), sind doch zu wenig, selbst wenn sich an anderer Stelle weitere fünf kritische Zeilen finden (Auge, Kap. 8, S. 281). Anders als die Marine der DDR sah die 1956 aufgestellte Bundesmarine ebenso wie der Deutsche Marinebund keinen Anlass, eine „Meuterei“ in den Bestand „positiver besetzter Erinnerung“ (Rackwitz, S. 262) aufzunehmen. Vor allem Vizeadmiral Friedrich Ruge fühlte sich als Inspekteur der Marine ganz national-konservativen und keineswegs freiheitlich-demokratischen Gedanken verbunden. Die Bundeswehr und die Marine insbesondere brauchten lange Zeit, solche Vor-

²⁶ <https://www.filmportal.de/node/40825/video/1219083> (Zugriff 10.05.2018). Ausschnitte finden sich auch auf der DVD „In Kiel ist Revolution! Ein Film von Kay Gerdes und Klaus Kuhl“ (Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Historische Filmdokumente 9), 2018.

²⁷ 1998 leisteten dann Norbert Gansel, Jürgen Jensen, Markus Meckel, Werner Rahn und Michael Salewski als Teilnehmer an einem Kolloquium der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte einen wichtigen Beitrag für die Erinnerungskultur.

stellungen im Sinne einer demokratischen Traditionspflege zu überwinden.²⁸

Der Begriff des „Matrosenaufstandes“ assoziiert – zumindest vordergründig – ein männlich geprägtes Geschichtsbild. Es genügt nicht, Frauen als mentale Unterstützerinnen, als Parteigängerinnen oder irgendwie Dienstleistende hinzuzudenken. Es geht um mehr Konkretheit. Im Ausstellungsbegleitband berührt Dorothee Linnemann den Forschungsgegenstand, indem sie sich dem Imperativ „100 Jahre Frauenwahlrecht – Kiele-rinnen in die Politik!“ zuwendet (Kap. 5, S. 161-169). Versiert behandelt sie das Thema im Rahmen der deutschen Frauenbewegung, der verschiedenen sozialen und politischen Frauenvereinigungen am Ort, um dann vor allem auf die Verwirklichung des Frauenwahlrechts einzugehen, das zu den revolutionären sozialdemokratischen Forderungen auch in Kiel gehörte. Tatsächlich ist das wichtige Thema der Frauen in der Revolution hinsichtlich 1848/49 einigermaßen erforscht, teilweise ebenso für Berlin und München 1918/19, nicht aber für Kiel 1918. Bisher ist im Kreis der oft erwähnten und abgebildeten Protagonisten der Kieler Revolution keine Frau zu finden (Julian Freche, Kap. 3, S. 128-131). Allerdings wird denn doch ein Name genannt: die Kieler Genossin Auguste Habegger, die sowohl Rackwitz in seiner Monografie (S. 67 u. S. 277) als auch Dorothee Linnemann erwähnen (Kap. 5, S. 166). Sie wird nur in einer Quelle kurz erwähnt. Ein Foto von ihr ist bislang noch nicht aufgetaucht. Es kann gut sein, dass jene Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie, die 1916 für ein Erinnerungsfoto (Abb. 116, S. 163) posierten, später die Revolution ebenso unterstützten wie jene wenigen Frauen, die in den Demonstrationen und Versammlungen zu finden sind (Abb. 80 u. 81, S. 112 u. S. 113; Abb. 110 u. 111, S. 153 u. S. 154). Um mehr erkennen zu können, ist es geboten, über die Marineangehörigen hinaus in die Kieler Bevölkerung, insbesondere in die Schar der Arbeiterinnen zu blicken. Rackwitz reiht auch „die Frauen“ neben Matrosen und Arbeitern unter die „wahren Helden“ der Revolution ein. (S. 272) Es bleibt aber weiter ein nicht leicht zu erfüllendes Desiderat, die mögliche Anzahl und tatsächliche Mitwirkung dieser Heldinnen in der historischen Überlieferung aufzuspüren, zu belegen und zu würdigen.

3.

Damit wendet sich der Blick zurück auf die Eingangsfrage, die sich auf zwei Überlegungen, eine längere und eine etwas kürzere, konzentrieren lässt.

²⁸ Hartwig, Meuterei 1917 sowie Gehorsamsverweigerungen und Revolution 1918 im Urteil der Marine von 1918 bis 2018.

Die erste richtet sich auf den Begriff der „Meuterei“. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass eine rechtshistorische Beurteilung fehlt. Sie müsste von dem Militär-Strafgesetzbuch (MStGB) für das Deutsche Reich ausgehen. Darin sind die Kriegsgesetze für strafbare Handlungen im Felde enthalten.²⁹ Deren Wirksamkeit wird in § 9 (3) für diejenigen „Truppen“ bestimmt, „denen bei einem Aufruhr, einer Meuterei, oder einem kriegerischen Unternehmen der befehlige Offizier dienstlich bekannt gemacht hat, daß die Kriegsgesetze für sie in Kraft treten, für die Dauer dieser Zustände.“ Die Geltung der Kriegsgesetze war allgemein gegeben. „Strafbare Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung“ regelte der 6. Abschnitt des MStGB in den §§ 92-110, die sich mit Ungehorsam bzw. Gehorsamsverweigerung, Meuterei und militärischem Aufruhr befassen. Der Aufstand in Wilhelmshaven, dessen Fortsetzung in Kiel, die Gefangenenbefreiung, die gewaltsamen Auseinandersetzungen am 5. November auf den Schiffen – all dies wäre nach dem MStGB strafbar gewesen. (Lübcke spricht im Ausstellungsbegleitband auf S. 100 auch von „Meuterern“.)

Das heutige Wehrstrafrecht kennt in § 11 Soldatengesetz sowie in den §§ 5 und 22 Wehrstrafgesetz die Unverbindlichkeit von Befehlen. Auch das MStGB enthielt in § 47 eine diesbezügliche Regelung, die jedoch weit enger bemessen war als die für die Bundeswehr gültigen Bestimmungen. Sie lautete: „Wird durch die Ausführung eines Befehls in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt, so ist dafür der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich. Es trifft jedoch den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers: [...]“. Bezogen auf den „Matrosenaufstand“ ist besonders eine Maßgabe im zweiten Absatz des § 47 einschlägig: „[...] wenn ihm [d. h. dem Soldaten] bekannt gewesen ist, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein allgemeines oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte.“ Damit richtet sich der prüfende Blick auf das Handeln der Seekriegsleitung. Verübten die Admiräle im Sinne des Absatz 2 gemeinsam eine strafbare Handlung?

Wer den Begriff einer Rebellion der Admiräle gegen die Reichsregierung verwandte oder verwendet, unterstellt eben dies. Doch auch diesbezüglich ist ein Fragezeichen angebracht: Der Reichskanzler Max von Baden teilte dem Reichstag in seiner Programmrede am 5. Oktober 1918 Absicht und Inhalt der deutschen Friedensnote an Präsident Wilson mit. Zugleich aber erklärte er die Bereitschaft des Reiches „zu dem Endkampf auf Leben

²⁹ Deutsches Reichsgesetzblatt, Bd. 1872, Nr. 18, S. 174-204. – Vgl. Elsner von Gronow, Militärstrafgesetzbuch, hier zitiert nach http://www.documentarchiv.de/ksr/1872/militaerstrafgesetzbuch_deutsches-reich.html (Zugriff: 06.07.2018) – § 47 MStGB wurde erst durch das Internationale Militärtribunal in Nürnberg in Richtung der heute geltenden gesetzlichen Bestimmungen erweitert. Vgl. Rostek, Der rechtlich unverbindliche Befehl, S. 18-21.

und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte.“ Der Reichstag reagierte mit Bravo-Rufen.³⁰ Mark Jones erkannte in solchen Worten eine Einladung für „die deutschen Gegner des Friedens à la Wilson“, „gegen die eigene Regierung mobilzumachen und Pläne für eine Fortführung des Krieges zu schmieden.“ (Jones, Am Anfang, S. 27)

Angesichts der beschriebenen militärstrafrechtlichen Bestimmungen fällt es nicht leicht, die Behauptung, dass es sich um keine Meuterei, Befehls- oder Gehorsamsverweigerung gehandelt habe, aufrecht zu erhalten, zumal der Reichskanzler selbst der Admiralität eine bedenkliche Rechtfertigung für weitere Kriegshandlungen bot und die deutsche Note an die USA nicht das gewünschte Ergebnis brachte. Dies genauer zu untersuchen, wäre eine nützliche rechtsgeschichtliche Aufgabe.

Der Gedanke, dass es beim Aufstand der Matrosen um „einen rechtlichen und faktischen Widerstand“ und „Wiederherstellung der Majestät des Rechts“, handelte, ist spannend. Das soldatische Widerstandsrecht, so wie es Rackwitz vorträgt, ist dem Soldatenrecht der Bundesrepublik Deutschland innewohnend, war aber so nicht im MStGB angelegt. 1882 hatte sich der Philosoph Adolf Lasson (1832-1917) mit der Vorstellung einer „Wiederherstellung des Rechtes aus Unrecht“ befasst.³¹ Dies deckt sich nicht völlig mit dem, was Rackwitz bemerkt, steht dem aber doch nahe und regt an, nach der Legitimität des Handelns zu fragen.

Aus der Sicht des MStGB ist es keineswegs falsch, von Meuterei zu sprechen, auch waren Rechtswissenschaft und Rechtsphilosophie 1918 noch nicht so weit gediehen, ein Widerstandsrecht der Soldaten vorauszu-denken oder gar zu formulieren.

Doch – warum erregt der Begriff der Meuterei überhaupt Anstoß? Ein wesentlicher Grund ist in seiner demagogischen Verbindung mit der Dolchstoßlegende zu sehen. Mag das Handeln der Matrosen militärstrafrechtlich nicht legal gewesen sein, in einem zukunftsweisenden, demokratischen Sinne jedoch war es legitim.

Die Meuterei mündete in eine Revolution. In Kiel wurden Forderungen laut, die zum demokratischen Grundkanon einer deutschen Republik wurden, Forderungen, die auch andernorts propagiert wurden und die insgesamt die Novemberrevolution durchdrangen. Eine der wichtigsten Forderungen, darunter die nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für Frauen und Männer, waren schon länger erhoben worden. Nun war das kritische Potenzial so weit angewachsen, dass es in eine Revoluti-

30 Reichstag, 192. Sitzung, Sonnabend den 5. Oktober 1918, S. 6153, hier zitiert nach: http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003418_00000.html (Zugriff: 06.07.2018).

31 Lasson, System der Rechtsphilosophie, § 46, S. 518-519.

on mündete. Weder die Revolution von 1848/49 noch jene von 1989 in der DDR, so friedlich diese auch war, konnte sich frei in den rechtlichen Bahnen ihrer Staaten entfalten. Nicht die am Bestehenden orientierte Legalität, wohl aber die voranschreitende Legitimität des demokratischen Handelns bewegte die Revolutionen.

Der zweite in Frage stehende Begriff, der des „Matrosenaufstandes“, verdient eine deutliche Entgegnung, ist er doch nicht in der Lage, das gesamte Geschehen in Kiel zu erfassen. Garbe brachte dies auf den Punkt. Gewiss bezog er als Gewerkschafter Partei für „seine“ Arbeiter, doch die Forschungen von Dähnhardt bis zu Rackwitz, Bohn und Danker erhärten die Tatsache, dass von den Matrosen der Impuls ausging, den die Arbeiter aufgriffen, woraus rasch das gemeinsame revolutionäre Potenzial erwuchs. Aus zwingenden Gründen bedarf das Klischee des „Matrosenaufstandes“ einer Dekonstruktion, nicht zuletzt um erkenntnisoffen zu bleiben für jene „Arbeiterinnen“ und jene „heldenhaften“ Frauen. Am Anfang stand die legitime Meuterei der Matrosen, die in den Aufstand der Matrosen, Arbeiter und wahrscheinlich beteiligter Frauen in Kiel mündete. Meuterei, Aufstand und Revolution führten zu Republik und Demokratie. So gehört die Revolution in Kiel als Voraussetzung und wesentlicher Bestandteil der deutschen Revolution von 1918 zur demokratischen Erinnerungskultur der Stadt, des Landes, der Bundesrepublik und ihrer Marine.

Darstellungen

- Auge, Oliver: Problemfall Matrosenaufstand. Kiels Schwierigkeiten im Umgang mit einem Schlüsseldatum seiner und der deutschen Geschichte. In: DG 25 (2014), S. 307-328.
- Ders.: Aufstand oder Meuterei? Kiels Probleme im Umgang mit den Ereignissen vom November 1918. In: Kinzler/Tillmann, Stunde der Matrosen, S. 276-283.
- Bohn, Robert/Danker, Uwe: Vom Matrosenaufstand in Kiel zur Deutschen Revolution. Quellen, Perspektiven und Handlungsspielräume. Malente 2018. 94 S.
- Dähnhardt, Dirk: Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19. (MKStG, Bd. 64). Neumünster 1978. 184 S.
- Danker, Uwe: Revolutionsstadt Kiel. Ausgangsort für die erste deutsche Demokratie. In: DG 25 (2014), S. 285-306.
- Deist, Wilhelm: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), H. 4, S. 341-368.
- Dittmann, Wilhelm: Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918. Berlin 1926.
- Elsner von Gronow, Kurt: Militärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1872. Leipzig 1916.
- Groß, Gerhard P.: Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoß 1918. In: Rahn (Hrsg.), Deutsche Marinen im Wandel, S. 287-304.
- Hartwig, Dieter: Meuterei 1917 sowie Gehorsamsverweigerungen und Revolution 1918 im Urteil der Marine von 1918 bis 2018. Ein Vortrag zum Gedenkjahr 1918-2018. Kiel im Mai 2018. In: MKStG 89 (2018), H. 4, S. 161-176.

- Hill, Leonidas E.: Signal zur Konterrevolution? Der Plan zum letzten Vorstoß der deutschen Hochseeflotte am 30. Oktober 1918. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), H. 1, S. 113-129.
- Huck, Stephan/Pieken, Gorch/Rogg, Matthias (Hrsg.): Die Flotte schläft im Hafen ein. Kriegsalltag 1914-1918 in Matrosen-Tagebüchern. [Ausstellung Deutsches Marine-museum Wilhelmshaven, 11. Mai bis 31. Oktober 2014]. Dresden 2014.
- Jensen, Jürgen (Hrsg.): Geschichte der Stadt Kiel. Neumünster 1991.
- Johnsson, Chalmers: Revolutionstheorie. Köln 1971.
- Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Aus dem Englischen von Karl Heinz Sieber. Berlin 2017. 431 S. (engl. Originalausg.: *Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918-19*. Cambridge 2016).
- Kinzler, Sonja/Tillmann, Doris (Hrsg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918. Darmstadt 2018 [304 S.].
- Lasson, Adolf: System der Rechtsphilosophie. Berlin/Leipzig 1882.
- Lübcke, Christian: Revolution in Kiel. Das geschah im November 1918. Eltville/Vilshofen 2017 [123 S.].
- Rackwitz, Martin: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik. (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 87). Kiel/Hamburg 2018 [302 S.].
- Rahn, Werner (Hrsg.): Deutsche Marinen im Wandel – Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit. Berlin/Boston 2005.
- Ders.: Von Gehorsamsverweigerung zur Revolution. Der Zusammenbruch der Kaiserlichen Marine 1918. In: Militärgeschichte 3/2008, S. 8-13.
- Rostek, Holger: Der rechtlich unverbindliche Befehl. Ein Beitrag zur Effektivitätskontrolle des Rechts (Schriften zur Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung, Bd. 25). Berlin 1971.
- Salewski, Michael: Kiel und die Marine. In: Jensen (Hrsg.), Geschichte der Stadt Kiel, S. 272-286
- Ders.: Feuer aus Kesseln. Das ungeliebte Revolutions-Denkmal am Kleinen Kiel. In: Werner Paravicini (Hrsg.): Begegnungen mit Kiel. Gabe der Christian-Albrechts-Universität zur 750-Jahr-Feier der Stadt. Neumünster 1992, S. 103-105.
- Schmid, Harald: „Vergesst nicht, das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht!“ Revolution und Erinnerung. Zur Nachgeschichte des 9. November 1918. In: Rolf Fischer (Hrsg.): Revolution und Revolutionsforschung. Kiel 2011, S. 43-61.
- Wette, Wolfram: Die Revolution in Kiel 1918. In: Jensen (Hrsg.), Geschichte der Stadt Kiel, S. 287-294.
- Ders.: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1987 (daraus der überarbeitete und erweiterte Abschnitt II: Wette, Wolfram: Gustav Noske und die Revolution in Kiel 1918 [Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 64]. Heide 2010).

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Rainer S. Elkar

Eichwiese 5

57234 Wilnsdorf

E-Mail: rainer.elkar@t-online.de

Die erste Aufgabe der Kritik ist es, die...
 In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts...
 Die dritte Aufgabe der Kritik ist es, die...
 In der vierten Hälfte des 19. Jahrhunderts...
 Die fünfte Aufgabe der Kritik ist es, die...
 In der sechsten Hälfte des 19. Jahrhunderts...
 Die siebte Aufgabe der Kritik ist es, die...
 In der achten Hälfte des 19. Jahrhunderts...
 Die neunte Aufgabe der Kritik ist es, die...
 In der zehnten Hälfte des 19. Jahrhunderts...

R
 A
 C
 L
 L
 ft
 n
 n
 fi
 L
 a
 L
 te
 s
 h
 x
 d
 n
 u
 in
 d
 M
 H
 s
 F
 a
 E
 c
 s
 v
 L
 k
 v
 r
 F

Besprechungen und Hinweise

1. Allgemeines

Rudolf Meisterjahn, Der historische Luftbildatlas Dithmarschen. Hrsg.: Verein für Dithmarscher Landeskunde. Heide: Boyens, 2017. 200 S.

Als der Verlag Boyens in Heide 2017 dieses Buch veröffentlichte, wurde es von der Öffentlichkeit mit Überraschung aufgenommen. Überraschend war der Buchinhalt: Luftbilder, die achtzig Jahre alt sind. Noch überraschender ist das Schicksal der Luftbilder. Das Amt für Land- und Wasserwirtschaft in Heide hatte die Bilder fünfzig Jahre nach ihrer Entstehung in den Altpapiercontainer geworfen, weil es sie nicht mehr brauchte. Aus dieser Lage rettete die Luftbilder der Buchautor, der nicht nur als Verwaltungsbeamter, sondern auch heimatkundlich dachte. Heute befinden sich die insgesamt 367 Luftbilder in der Obhut des Vereins für Dithmarscher Landeskunde.

Die Luftbilder wurden 1935 bis 1937 durch die Firma Hansa Luftbild (Münster) aufgenommen. Die Bilder sind Senkrechtfotografien. Sie bilden die überflogene Landfläche lückenlos ab. Der Autor beschreibt ausführlich, wie die Bilder bearbeitet wurden, um sogenannte Orthophotos zu erzeugen. Die Abzüge der Luftbilder sind an den Maßstab und den Blattschnitt der Deutschen Grundkarte angepasst, haben also den Maßstab 1: 5000, sind 40 x 40 cm groß und zeigen eine Fläche von 2 x 2 km.

Die Luftbilder stellen nicht das ganze damalige Norder- und Süderdithmarschen dar, sondern nur die Hälfte der beiden Landkreise. Das muss gesagt werden, damit der Buchtitel nicht missverstanden wird. Ziele der Befliegung waren offenbar die niedrig gelegenen und auf Entwässerung angewiesenen Landesteile: im Norden und Osten das Einzugsgebiet der Eider, in der Mitte die Niederung der Miele und im Süden das Tal der Holsten-Au und Burger Au. Dagegen gibt es keine Luftbilder der hohen Geest um Albersdorf und bei St. Michaelisdonn und gar keine Bilder der Marsch. Dieser Schwerpunkt der Luftbilder, nämlich die Grenzflüsse Eider und Holsten-Au, hat zur Folge, dass die Hälfte der erhaltenen Luftbilder nicht Dithmarschen, sondern die angrenzenden Teile der benachbarten Altkreise Schleswig, Rendsburg und Steinburg betrifft.

Wäre der Autor der Frage nachgegangen, was die Behörde, die die Luftbilder aussonderte, in den 1930er Jahren mit ihnen getan hat, hätte er gefunden, welche Bedeutung Landwirtschaft und Wasserwirtschaft damals hatten. Dann wäre er auf das große Vorhaben der Eiderregulierung gestoßen, mit dem man den Fluss zwischen Friedrichstadt und Rendsburg dem Gezeitenstrom der Nordsee entziehen wollte, um sein Niederungsgebiet landwirtschaftlich intensiver nutzen zu können. Die Hauptbaustelle dieses Vorhabens ist auf dem Luftbild „Nordfeld“ (1935) zu erkennen: das im Bau befindliche Eidersperrwerk. Wenn der Autor so vorgegangen wäre, hätte er auch die anderen Wasserbauvorhaben der Jahre 1933 bis 1939 kennengelernt. Alle ausgeführten Bauten sind im „Historischen Atlas Schleswig-Holstein 1867-1945“ des Verlages Wachholtz (2001) zu finden.

Zum Glück hat der Autor die Stempelabdrucke abgebildet, die sich auf der Rückseite der Luftbilder befinden. Mit ihrer Hilfe kann der Leser sich selbst ein Bild machen. Die Abdrucke nennen als Empfänger der Luftbilder die Kultur- und Wasserbauämter und -forschungsstellen in Heide, Büsum und Husum und das Oberpräsidium in Kiel. Das Kulturamt in Heide war eine Behörde aus preußischer Zeit, die Forschungsstellen in Büsum und Husum waren neue Einrichtungen der NS-Zeit, dem Oberpräsidenten Hinrich Lohse in Kiel unterstand die Landeskulturabteilung. Dieser höchste Beamte Schleswig-Holsteins war die treibende Kraft hinter den Wasserbauprojekten der 1930er Jahre in Dithmarschen und Nordfriesland (Lohse-Plan). Deshalb kann man vermuten, dass er auch der Auftraggeber der Luftbilder war.

Der Autor hat nicht alle 176 Dithmarscher Luftbilder, die erhalten sind, in das Buch aufgenommen, sondern 80 Bilder ausgewählt, auf einer ganzen Buchseite abgebildet und auf der gegenüberliegenden Seite mit Worten beschrieben. Der Text hebt die Veränderungen der Siedlungen und Verkehrswege, der Flureinteilung und Landnutzung hervor, die zwischen 1935/37 und der Gegenwart eingetreten sind. Um die Veränderungen zu verdeutlichen, hat er neben einige der alten Luftbilder ein Luftbild aus jüngster Zeit (2014) gestellt. Zu einzelnen Luftbildern aus jüngerer Zeit hat der Autor auch gegriffen, um das Fehlen alter Luftbilder der Marsch und der Küste Dithmarschens abzumildern. Die Wiedergabe aller Luftbilder leidet allerdings darunter, dass die Bilder im Buch auf ein Viertel ihrer ursprünglichen Größe verkleinert sind. Wer ein Luftbild in der Originalgröße sehen oder in digitaler Form benutzen möchte, muss sich an den Verein für Dithmarscher Landeskunde wenden.

Um dem Leser die Suche nach einem bestimmten Gebiet oder Ort in Dithmarschen zu erleichtern, hat der Autor drei Hilfsmittel geschaffen: eine grafische Übersicht aller Luftbilder, ein alphabetisches Verzeichnis der Dithmarscher Luftbilder und am Schluss des Buchs ein Ortsregister.

Ingwer E. Momsen

Regesten Kaiser Friedrichs III. (1440-1493) nach Archiven und Bibliotheken geordnet. Heft 31: Die Urkunden und Briefe aus den Archiven und Bibliotheken der deutschen Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie der skandinavischen Länder. Barb. von *Eberhard Holtz*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2016. 310 S.

Mit dem 2016 veröffentlichten 31. Heft der Regesten Kaiser Friedrichs III. wird eine große räumliche Lücke in der Erschließung der Urkunden und Briefe des römisch-deutschen Kaisers geschlossen, die den königsfernen Norden des mittelalterlichen Reiches sowie die sich an diesen Reichsnorden anschließende und mit ihm eng verzahnte skandinavische Region betrifft. Gerade die seinerzeit vielfältigen politischen und ökonomischen, auch sozialen Verzahnungen der genannten Gebiete lassen in der Tat eine solche länderübergreifende Quellenerschließung sinnvoll erscheinen. Auf der deutschen Seite handelt es sich dabei im Wesentlichen um die Archive der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck sowie das Schleswig-Holsteinische Landesarchiv in Schleswig, wohingegen die an Zahl weitaus geringeren skandina-

vischen Quellenstücke schwerpunktmäßig aus dem Reichsarchiv in Kopenhagen und demjenigen in Stockholm stammen. Hinzu kommen sodann noch einzelne Funde in den Handschriftensammlungen der Bibliotheken in Linköping, Stockholm, Uppsala sowie - und an Zahl umfänglicher - der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen. Der Hauptteil der Urkunden ist mit 235 Stücken dem Archiv der Hansestadt Lübeck entnommen. Insgesamt handelt es sich um 408 Einzelnachweise aus dem Zeitraum vom 17. Mai 1440 bis zum 27. April 1493.

Auf Geleitwort (S. 7 f.), Abkürzungsverzeichnis (S. 9-13) und flüssig zu lesende Einleitung (S. 15-26) folgt zunächst ein übersichtlich gestaltetes, durchnummeriertes und schon mit Kurzregesten versehenes Verzeichnis der Urkunden (S. 27-43). Daran schließt sich als Hauptteil, entsprechend geordnet, der ausführlich ausgearbeitete Regestenteil an (S. 45-266). Dem gewohnten hohen Standard der Publikationsreihe gemäß weist jedes Einzelregest zunächst fett gedruckt das Ausstellungsdatum und den Ausstellungsort sowie die ihm im Band zugewiesene Einzelnummer aus. Danach wird ein verständliches, umfängliches und gegebenenfalls kommentiertes Regest samt Nachweis etwaiger Kanzleivermerke abgedruckt, gefolgt von Auflistungen zur Original-, Kopial- oder Regestüberlieferung. Am Schluss jedes Eintrags wird gegebenenfalls ein Kurzvermerk zur Kontextualisierung des betreffenden Belegs geliefert. Ein umfängliches Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 267-286) und ein in sich stimmiges und wiederum erfreulich übersichtlich gestaltetes Register der vorkommenden Personen und Orte (S. 287-310) beschließen den lobenswert gründlich redigierten Band.

Für die Erforschung der Beziehungen des Nordens zum Süden, zu Kaiser und Reich ist dieser neue Band von unschätzbarem Wert, was allein schon die Zahlenverhältnisse veranschaulichen: Von den 408 registrierten Urkunden handelt es sich bei 108, also bei rund einem Viertel um eine Originalüberlieferung, davon wiederum 71 auf Pergament und 38 auf Papier. Die Mehrzahl der hier erfassten Urkunden wird zudem überhaupt erstmalig in den Regesten Friedrichs III. aufgeführt. Und die Funde sind insgesamt zum Teil sehr bemerkenswert. So konnte die Reformatio von 1442 und der Reichsfrieden von 1467 und 1471 urkundlich in Lübeck nachgewiesen werden, was den Stellenwert Lübecks als Stadt des Reiches im Norden unterstreicht. Für Holstein ist mit der Urkunde zur kaiserlichen Erhebung der Grafschaft zum Herzogtum aus dem Jahr 1474 - übrigens im März ausgestellt und auf Februar zurückdatiert - ein Prunkstück erfasst. Das ist allein schon an dem eigenhändigen Vermerk Kaiser Friedrichs III. „Nos Fridericus [...] recognosci(mus)“ und an der daran befestigten, seltenen kaiserlichen Goldbulle ersichtlich. Mit dem Original eines Lehnbriefs für die Herzöge von Braunschweig aus dem Jahr 1487, den Lübeck den Welfen nur nach einer Zahlung von 6.000 Gulden aushändigen sollte, wozu es aber offenbar nicht gekommen ist, liegt ein ähnlich spannendes Stück vor. Summa summarum handelt es sich bei mehr als einem Drittel der aufgeführten Stücke um allgemeine Mandate und Inhibitionen; rund ein Viertel hat Rechtsstreitigkeiten zum Inhalt. Je ein Sechstel bezieht sich auf Reichssachen: Ladungen zu Reichsversammlungen, Hilfsgebote zum Krieg, Lehnsangelegenheiten usw.

Bei der Durchsicht der Regesten werden die vor dem Hintergrund der Beziehungen des Kaisers zu Oberdeutschland stark ausgedünnten Kontakte des Reichsoberhauptes zum Norden offensichtlich. Seine Politik gegenüber dem Norden war

diskontinuierlich und im Regelfall reagierend. Der Norden war königsfern. Immer dann war hier ein Interesse am Reichsoberhaupt spürbar, wenn man sich am meisten von ihm versprach oder wenn man in irgendeiner Form auf seine Hilfe angewiesen war. Das galt insbesondere für Lübeck und den dänischen König Christian I. Insofern kann man dem Fazit des Bandbearbeiters Eberhard Holtz am Schluss seiner Einleitung nur zustimmen: „Das auf die Peripherie des Reiches gerichtete Heft bietet daher qualitativ wie quantitativ eine außerordentliche Bereicherung der Reihe wie der historischen Erkenntnismöglichkeiten“ (S. 25). Leider kann der um das Gesamtunternehmen der Regesten-Edition Kaiser Friedrichs III. hoch verdiente Eberhard Holtz aufgrund seines vorzeitigen Todes am 3. März 2016 die verdiente Anerkennung der Wissenschaft für seine jüngste Regestenedition nicht mehr miterleben.

Oliver Auge

Hans Wilhelm Schwarz, Adel – Bauern – Bürger. Lokalgeschichte und Landesgeschichte. Bd. 2: Aufsätze und Vorträge 1988-2015. Als Festgabe zum 80. Geburtstag des Verfassers hrsg. vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund sowie Hans Braunschweig, Reimer Pohl, Dieter Lange. Husum: Husum Druck- und Verlagsges., 2017. 366 S.

Der zweite Band der Aufsatzsammlung erscheint sieben Jahre nach dem ersten Band und ist dem Verfasser Hans Wilhelm Schwarz zum 80. Geburtstag gewidmet. Erneut erweist sich, dass Schwarz eine große Bandbreite von Themen in seinem langen Wissenschaftlerleben bearbeitet hat. Die geschickte Zusammenstellung der bereits gedruckt vorliegenden Aufsätze durch die Herausgeber Hans Braunschweig, Reimer Pohl und Dieter Lange erlaubt den Blick auf Schwarz' systematische Behandlung historischer Zusammenhänge und Abläufe. Der erste Band kann thematisch vielfach zum Vergleich und zur Erweiterung der Datenbasis herangezogen werden. Dieser Band beginnt mit dem übergreifenden Kapitel Schleswig-Holstein, es folgen die Kapitel Holstein, Stadt Schleswig, Edition (Hademarschen), Der Western; der Band schließt mit dem Schriftenverzeichnis.

Den gelungenen Auftakt bildet eine Reihe von sechs Aufsätzen über die „Gliederung der Verwaltung und Rechtspflege in Schleswig-Holstein vor 1867“ und über die Ereignisse von 1848 bis 1851. Es gelingt Schwarz, mit der ihm eigenen Art des Zitierens, Berichtens und Erzählens in diesen Artikeln ein anschauliches, genaues und lebendiges Bild von Abgeordneten, Wohnungen, Arbeitsweisen, von den Stimmungen und politischen Entwicklungen auf der Grundlage von Quellen zu zeichnen und damit die Entstehung und das Scheitern der schleswig-holsteinischen Landesversammlung durchsichtig zu machen. Ein Aufsatz über den mächtigen und reichen Reichsgrafen Christian Rantzau und ein Vortrag über Wappen und Siegel des älteren holsteinischen Adels beschließen den Schleswig-Holstein-Teil.

In dem Themenkreis „Holstein“ bringt Schwarz dem Leser in eigener Übersetzung aus dem Lateinischen das Testament des Ritters Pogwisch zur Kenntnis. Kurze Skizzen zu Gerhard dem Großen und zu einer unbekanntenen Quelle über den Nachlass von Clement von der Wisch auf dem Gut Hanerau in mittelniederdeut-

scher Sprache und in vom Verfasser gefertigter Übersetzung schließen sich an. Dies erleichtert dem Forscher und Laien den Zugang zu den Texten. Einige Jahrgänge der Hanerauer Amtsrechnungen aus den Jahren des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) geben Aufschluss über die Wirkung der militärischen Niederlage des dänischen Königs Christians IV., auf die Bevölkerung Haneraus. Die Alltagsorgen, Krankheiten und Schadensfälle, die Strafen (Brüche) für zahllose Vergehen erstehen aus den Akten in unserer Vorstellung durch Quellen und Kommentare. Kurze Artikel und Vorträge über die Akten Steinburgs im Landesarchiv, über die Namensgebung des Hademarscher Sportvereins S.V. Merkur, über die Hundertjahrfeier der Hademarscher Spar- und Leihkasse und zahlreiche Beiträge zum „Schleswig-Holstein Lexikon“ schließen diesen Schwerpunkt mit der Heimat des Autors, Hademarschen, ab.

Seiner jetzigen Heimat, Schleswig, widmet Schwarz einige beachtenswerte Aufsätze. In seinem Artikel über den herausragenden Schleswiger Maler Asmus Jakob Carstens (1754-1798), stellt er eine gründliche Quellensammlung zusammen, die einerseits deutlich macht, wie bedauerlich das gegenwärtige Desinteresse an dem in Rom und Weimar geschätzten und von Goethe gepriesenen Maler ist, andererseits viele Anlässe zur Forschung bietet. Er hält auch mit seiner Kritik an der Vaterstadt Carstens' nicht zurück; am schärfsten trifft der Vorwurf, dass die Asmus-Jakob-Carstens-Schule, die in der räumlichen Nähe zu dessen Geburtsort liegt, im Jahr seines 250. Geburtstags den Namen ablegte und sich hinfort Gallbergsschule nennt. Er findet zum Glück auch einige rezente Belege, die das Interesse an Carstens (z. B. eine Ausstellung auf Gottorf 1992) in Schleswig bezeugen. Das Kapitel wird mit dem Hinweis auf die Nennung Schleswigs in den fränkischen Reichsanalen beendet.

Großen Raum nimmt die Edition des Hademarscher Kirchenrechnungsbuchs mit Personenverzeichnis von 1621-1699 ein. Neben den vielen Einsichten in den Alltag und die Ereignisse während des Dreißigjährigen Kriegs und der Zeit danach bietet der Quellenabdruck für den Sprachwissenschaftler ein hervorragendes Textkorpus; kann darin doch unmittelbar abgelesen werden, auf welchem Wege, in welchem Zeitraum und mit welchen Wirkungen auf die Struktur der Sprachen die allmähliche Ablösung des Niederdeutschen durch das Hochdeutsche erfolgt.

Und auch diesem Band ist ein Kapitel angefügt, in dem der Blick auf den amerikanischen Westen und Westen gerichtet ist und in dem Schwarz dem Regisseur John Ford huldigt.

Die Anthologie der Aufsätze und Vorträge schließt mit dem umfangreichen Schriftenverzeichnis des Autors ab, das von 1962 bis 2015 reicht und seine großen Verdienste um die Fundamente der Geschichtsschreibung unseres Landes belegt.

Willy Diercks

Jann M. Witt, 125 Jahre Deutscher Marinebund. Vom Marine-Ehemaligenverband zur größten maritimen Interessenvertretung Deutschlands. Berlin: Palmedia, 2016, 221 S.

Der Deutschen Marinebund (DMB) ist der Dachverband der bundes- früher reichsweit verteilten Marinekameradschaften und -vereine. Dessen wechselhafte

Geschichte beschreibt der Beratende Historiker des DMB in neun Kapiteln, dazu, in eingefügten eigenen Abschnitten, das Sozialwerk des DMB, die Jugendarbeit und Shanty-Chöre im DMB, das DMB-Verbandsmagazin, den Marine-Regatta-Verein und internationale Kontakte. Ein „Ausblick“ sowie eine „Chronologie“, dazu ein Quellen- und Literaturverzeichnis runden die mit vielen Schwarz-weiß- und Farbbildern versehene Publikation ab. Bei den Kapitelbezeichnungen lassen die Formulierungen „Von den „68ern“ zur deutschen Wiedervereinigung“ sowie (vor allem) „Die Ära Karl Heid“ aufmerken, denn auch andere DMB-Präsidenten waren so prägend, dass ihre Namen Zeitabschnitte hätte bezeichnen können (Kretschmer, Rohlfing, Christmann). Bemerkenswert ist allerdings, dass mit dem Oberstabsbootsmann a. D. Karl Heid erstmals ein ehemaliger Unteroffizier Präsident einer Vereinigung ist, deren Mitglieder ganz überwiegend Unteroffiziere waren bzw. sind.

Der Verfasser benennt ein Problem seiner Arbeit im Vorwort – das Archiv der Zeit bis 1945 wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört, weshalb sich die Darstellung für die erste Hälfte der DMB-Existenz vornehmlich an nachträglichen zusammenfassenden Berichten orientieren musste. Ebenso fehlen, im Vorwort allerdings nicht erwähnt, wesentliche Teile der Dokumente aus der Präsidentschaft Friedrich Rohlfings (1969-1983), dessen Archiv auf ungeklärte Weise verloren ging.

Die Darstellung der DMB-Geschichte soll die „Entwicklung von einem reinen Marine-Ehemaligenverband mit 1000 Mitgliedern zur größten maritimen Interessenvertretung Deutschland mit bundesweit 10 000 Mitgliedern“ (S. 7) zeigen. Gleich soll eine „kritische Bilanz“ gezogen werden. Wenn der derzeitige DMB-Präsident feststellt, der DMB habe sich „immer wieder erfolgreich den veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst“ (S. 7), benennt der Verfasser diesen Vorgang im Kapitel „Der Marinebund in der Zeit des Nationalsozialismus“ sehr viel deutlicher mit dem Begriff „(Selbst)Gleichschaltung“. Damals wuchs die Mitgliederschaft von 40.000 (1934), über 60.000 (1936) auf 69.000 (1937) in 915 Kameradschaften an. Dabei wird angenommen, dass manche so der Mitgliedschaft in einer anderen NS-Organisation ausweichen wollten. In diesem Zusammenhang wird auch klar die Vereinnahmung des Nationalsozialistischen Deutschen Marinebundes (NS DMB) für die Wiederaufrüstung und Vorbereitung des nächsten Krieges angesprochen. Damit allerdings reiht sich diese „DMB-Geschichte“ in die historische Aufarbeitung anderer staatlicher oder privatwirtschaftlicher Institutionen ein. Gleichzeitig ist aber auch zu bedenken: Vor etwa 20 Jahren hätte eine solche Formulierung im Deutschen Marinebund scharfen Protest von Kriegsteilnehmern ausgelöst. Einige „Sturmböen“, die den damaligen DMB-Präsident Christmann (1991-1999) erreichten, beschreibt Witt (S. 157). Um Verständnis für die Neugestaltung des Marine-Ehrenmals in Laboe (MEM) zu gewinnen, musste der damalige Beratende Historiker auf Landesverbandstagen und bei Marinekameradschaften viel Überzeugungsarbeit leisten. Zu ergänzen ist auch, dass die 1996 im Eingang des Ehrenmal-Turmes gut sichtbar eingefügte Bestimmung damals nicht neu entwickelt wurde, sondern seit 1956 gewachsen und auch in DMB-Organen publiziert worden war. Außerdem wurde damals die revisionistische Ursprungswidmung („Für deutsche Seemannswehr, für Deutschlands schwimmende Wehr, für beider Wiederkehr“) erstmals öffentlich bekannt gemacht – womit sich der DMB auch zum belastenden Teil seiner Geschichte bekannte.

Der Start des Deutschen Marinebundes als Deutscher Marine-Bund war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, was Witt anschaulich beschreibt. In diesen Schwierigkeiten spiegelt sich die anfänglich geringe Wertschätzung der Kaiserlichen Marine, die in den sog. Deutschen Einigungskriegen (fast) keine Rolle spielte. Der Einvernahmeanspruch des „Deutschen Kriegerbundes“ auch in Bezug auf Marine-Ehemalige entsprach der richtigen Feststellung Witts (S. 17): „Lange Zeit stand die Kaiserliche Marine im Schatten des Heeres“. Außerdem spürten die Marinekameradschaften als Vereine (vornehmlich) der ehemaligen Unteroffiziere die Konkurrenz des sehr schnell große Mitgliederzahlen erreichenden Flottenvereins mit vornehmlich großbürgerlicher Mitgliedschaft. Eine ähnliche (gemilderte) Konkurrenz bzw. ein Nebeneinander besteht zwischen Marine-Offizier-Vereinigung und Marinekameradschaften bzw. DMB als deren Dachverband bis heute. Die Zweifel des Reichsmarineamtes der Kaiserlichen Marine (S. 28) an der Einflussmöglichkeit der DMB-Mitglieder (als ehemalige Unteroffiziere!) auf die Flottenbegeisterung der Bevölkerung und die Finanzierungsbereitschaft des Reichstages für die Flotte könnten auch heute ihre Berechtigung haben.

Nicht nur wegen des fehlenden Originalmaterials aus der DMB-Geschichte, sondern wohl auch, um einem zu Recht vermuteten Mangel an marinegeschichtlichen Kenntnissen sowohl bei den eigenen Mitgliedern als auch (mehr noch) in der Bevölkerung abzuhelpen, widmet sich der Verfasser über weite Strecken der Darstellung deutscher Marinegeschichte, durchaus auch hier mit kritischen Anmerkungen zum schwierigen Umgang mit der Geschichte – so z. B. zum Umgang mit den als verurteilte Kriegsverbrecher in Spandau einsitzenden Großadmiralen, zur Flaggenfrage oder zur Gedenkstätte ALBATROS in Damp 2000.

Über lange Strecken werden die Abgeordnetentage – wie in der Chronologie – nur erwähnt, ohne inhaltliche Ergebnisse zu nennen. Manche Bemerkungen z. B. zur Historischen Halle oder zu „Rettung über die Ostsee“ gerieten etwas zu knapp: Für die Neugestaltung der Historischen Halle war schon vor 2006 ein Konzept verabschiedet worden; der Raum „Rettung über die Ostsee“ wurde nach 2000 mit den besser erhaltenen Tafeln aus Damp neu ausgestattet.

Das Kapitel „Auf dem Weg in ein neues Jahrtausend“ (ab S. 161) wird das besondere Interesse der Leser finden, geht es doch um die Fortexistenz des DMB. Nach einem „Höhenflug“ bei Mitglieder- und MEM-Besucherzahlen infolge der deutschen Wiedervereinigung nahmen diese nun ab – und die DMB-Gremien waren aufgerufen, sich mit der Zukunft sowohl der Dachorganisation als auch ihrer Mitgliedsvereine intensiv zu befassen. Immer wieder wurden Möglichkeiten diskutiert und Ideenfindungsgremien eingesetzt, um den Mitgliederschwund zu bremsen und neue Mitglieder zu gewinnen. Auch ahnte die DMB-Führung offensichtlich, dass der Anspruch, „größte maritime Interessenvertretung Deutschland(s)“ zu sein, inhaltlich nachdrücklicher umgesetzt werden müsste, was durch die Mitgliedervereine vor Ort nicht zu leisten war. Dafür wurden die Deutsche Marineakademie gegründet sowie „Maritime Expertengespräche“ in Laboe und „Parlamentarische Frühstücke“ in Berlin durchgeführt. Deren Effekt lässt sich nicht ermesen, frühere Zweifel an der Wirksamkeit des (Unteroffizier)Verbandes wurden schon erwähnt.

Für den Beobachter entscheidend ist der hiermit eingeschlagene völlig neue Charakter der Aktivitäten des DMB, wie er auch durch die Umwidmung seines

Stammhauses in Laboe von einem Urlaubshaus für Mitglieder zum Hotel deutlich wird. Dies alles wie auch seine umfänglichen Aktivitäten als DMB-Historiker auch im Ausland beschreibt der Verfasser anschaulich. Das DMB-Geschichtsbuch endet (sprachlich etwas widersprüchlich) mit einem „Ausblick: Der Deutsche Marinebund heute“, worin der Anspruch formuliert wird, der DMB sei „Ansprechpartner für die maritimen Entscheidungsträger in unserer Gesellschaft.“ (S. 203) Ob der DMB wirklich so wahrgenommen wird, scheint selbst dem Verfasser fraglich, kommt es mit seinen Worten doch darauf an, dass die (verbliebenen) aktiven Mitgliedsvereine „ein engagiertes und abwechslungsreiches Vereinsleben pflegen und eine nachhaltige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben.“ (S. 204) – Was ja heißt: Nur Basis und DMB-Führung gemeinsam, jede Ebene mit ihren Möglichkeiten, können (oder müssen) an der eigenen und gemeinsamen Zukunft arbeiten. Die 10.000 Mitglieder in den nur noch 272 Mitgliedsvereinen müssen sich die Zielsetzung oder selbstgestellte Aufgabe ihres Dachverbandes zu eigen machen, um nicht nur der größte, sondern der wirksamste maritime Interessenverband zu sein. Dafür kann die gründliche Lektüre dieser Jubiläumsschrift durch Mitglieder und Außenstehende hilfreich sein.

Dieter Hartwig

2. Allgemeine Geschichte

Schleswig Holstein - contested region(s) through history. Edited by *Michael Bregnsbo & Kurt Villads Jensen*. Odense: University Press of Southern Denmark, 2016. 339 S. (University of Southern Denmark studies in history and social sciences; 520).

Bei der vorliegenden Veröffentlichung handelt es sich um einen Sammelband mit 15 englischen Beiträgen, die auf einer Tagung am 5.-6. November 2012 an der Süd-dänischen Universität in Odense als Referate gehalten und für den Druck überarbeitet wurden. In diesen Beiträgen werden zentrale Aspekte der deutsch-dänischen Verflechtungs- und Konfliktgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert aus ganz unterschiedlichen Perspektiven reflektiert. In der Summe möchte der Band dazu anregen, weiter darüber nachzudenken, warum es um Holstein, vor allem aber um Schleswig in den unterschiedlichsten Bereichen immer wieder zum Ringen zwischen Deutschland und Dänemark und zu Konflikten um die Deutungshoheit über die Geschichte der Region im Spannungsfeld zwischen Skandinavien und Mitteleuropa kam. Dabei geht es um die im Titel ganz bewusst ohne Bindestrich und unverbunden nebeneinander gestellten Herzogtümer vor dem Hintergrund zweier seit Beginn des 19. Jahrhunderts ablaufender Nationalstaatsbildungsprozesse.

Zwar hat vor allem Schleswig selbst kein nationales Bewusstsein hervorgebracht; ob hier aber nicht zeitweise doch ein gewisses Eigenbewusstsein entstand, wie es im Beitrag von *Hans Schultz Hansen* thematisiert wird, wäre noch weiter zu untersuchen. Dabei wären die in dem Band gegebenen Anregungen aufzunehmen: Wie steht es etwa um die Argumentation mit historischen Bezügen, wie um die Legitimation eigenen politischen Handelns durch Bezüge auf die Geschichte? Dass

sich die Geschichtswissenschaft und ihre Nachbardisziplinen, insbesondere die Ur- und Frühgeschichte und die Archäologie, aber etwa auch die Volkskunde, während der letzten zwei Jahrhunderte in diesem Sinne sowohl nördlich als auch südlich der deutsch-dänischen Grenze immer wieder vor den Karren einer nationalen Politik haben spannen lassen, liegt dabei nur allzu offen zutage. Instrumentalisierbarkeit und Instrumentalisierung werden im vorliegenden Zusammenhang selbst zum Gegenstand der historischen Betrachtung. Insgesamt geht es – jenseits einer allzu starken Fixierung auf das Nationale – immer wieder um die Frage nach dem Raum, nach historischen und kulturellen Regionen und Regionalismen, nach Natur- und Kulturraum, nach dynastischen, territorialen und kulturellen Bezügen. In der Summe entsteht dadurch eine historisch geerdete, mentale Vermessung der Herzogtümer, insbesondere Schlesiens; und bei genauerem Hinsehen erweisen sich dabei sowohl die Territorien und Räume als auch die Begrifflichkeiten als strittig.

Nachdem die Herausgeber *Michael Bregnsbo* und *Kurt Villads Jensen* den Gegenstand in diesem Sinne in unterschiedliche Richtungen ausgeleuchtet haben, erschließt *Steen Bo Frandsen* das weite Problemfeld um die umstrittenen Territorien Schleswig und Holstein in einem zweiten Anlauf, indem er etwa auch zwischen Holstein und Schleswig zu differenzieren weiß. Bereits hier finden sich zahlreiche bemerkenswerte Gedanken, die weit über den engeren Zusammenhang des vorliegenden Bandes hinaus Beachtung verdient haben. Das gilt in ganz ähnlicher Weise für die folgenden Ausführungen von *Inge Adriansen* († 2017) zum Ringen um die vor- und frühgeschichtliche Vergangenheit in Schleswig während des 19. und 20. Jahrhunderts. Dabei gilt es zu betonen, dass die Geburtsstunde der archäologischen und der historischen Wissenschaft genau in die Epoche des nationalen Aufbegehrens fällt, wodurch sich vielfache Überschneidungen und Wechselwirkungen zwischen beiden Bereichen ergeben. Zweifellos haben die Wissenschaftspioniere der ersten Stunde jeweils von der nationalen Begeisterung immer breiterer Kreise der Bevölkerung profitiert; sie haben aber auch einer Politik, die die Nation und das nationale Erwachen ins Zentrum ihrer Betätigung rückte, Argumente und historische bzw. vermeintlich historische Legitimation verliehen. An entsprechende Gedanken schließt *Jelena Steigerwald* mit ihrem Beitrag über Erinnerungsorte in der deutsch-dänischen Grenzregion während des 19. und 20. Jahrhunderts an, wobei sich hier bei der Formulierung des Titels ein kleines Versehen eingeschlichen zu haben scheint.

Dass der Streit um Deutungen und das Bemühen um die Stärkung der eigenen Position gegenüber konkurrierenden Kräften zu den Grundzügen der Geschichte des Landes zwischen den Meeren gehört, wird auch in einer Reihe weiterer Beiträge immer wieder deutlich. So beschäftigt sich *Oliver Auge* mit der dynastischen Heiratspolitik der Herzöge von Schleswig zwischen Abel und Adolf VIII., das heißt vom 13. Jahrhundert bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts. Entsprechend behandelt *Mikkel Venborg Pedersen* die Augustenburger im Spannungsfeld von dynastischen Interessen und nationalen Verwerfungen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert.

In seinem theoretisch anspruchsvollen, aber durchaus quellennah gearbeiteten Aufsatz beschäftigt sich *Hans Schultz Hansen* mit dem Einfluss von ökonomischen Faktoren und sozialen Interessen auf die Wahl des nationalen Bekenntnisses im historischen Herzogtum Schleswig in den Jahren zwischen 1840 und 1848 und

kommt dabei zu durchaus uneindeutigen Ergebnissen. Die hier verfolgten Ansätze böten vielfache Möglichkeiten, die Perspektiven der Betrachtung räumlich und zeitlich zu erweitern und auf diese Weise auch in der Gesamtsicht zu neuen Ergebnissen zu gelangen.

Des Weiteren stellt *Carsten Jahnke* die nur vordergründig anachronistische Frage nach „nationalen“ Konflikten im mittelalterlichen Schleswig-Holstein. Gerade in diesem Bereich kommt es auf methodische Strenge und auf den kritischen Umgang mit der zeitgenössischen Quellenüberlieferung und mit Begrifflichkeiten an. Das gilt entsprechend für die Geschichte des 19. Jahrhunderts. Hier beschäftigt sich *Michael Bregnsbo* mit den Entwicklungen um das konfliktreiche Geschehen von 1848, indem er nach den Bruchlinien zwischen dem Bemühen um Legitimität, nationalen und nationalistischen Tendenzen, Verfassungsfragen und regionalen Kräften fragt.

Wiederum um kulturelles Erbe und Erinnerungsorte geht es im Beitrag von *Andres Minos Dobat*, der sich mit dem Danewerk im Spiegel der militärischen und der politischen Geschichte beschäftigt. Im Anschluss daran präsentieren *Jesper L. Boldsen*, *Kaare Lund Rasmussen* und *Lilian Skytte* die Ergebnisse moderner archäologischer und anthropologischer Untersuchungen an Skelettfunden im historischen Herzogtum Schleswig. Hier geht es um Gesundheit und um Mobilität, die sich auf diese Weise erschließen lassen und die den Gegenstand auf die Ebene der Sozialgeschichte des Alltags und der Medizin herunterbrechen.

Allein schon durch die Quellenüberlieferung perspektivisch zugespitzt ist der Beitrag von *Kirsi Salonen* über die vatikanischen Aktenüberlieferungen zur Geschichte des am römisch-deutschen Reich ausgerichteten Bistums Schleswig. Entsprechend beleuchtet *Per Seesko* die Beziehungen zwischen dem Bistum Schleswig und dem Bistum Odense vor dem Hintergrund der Reformation.

Im Anschluss daran nimmt *Martin Krieger* die Geschichte Helgolands im internationalen Spannungsfeld zwischen Großbritannien, Deutschland und Dänemark in den Blick. Außerdem beleuchtet *Rasmus Glenthøj* die für Dänemark gleichsam traumatische Niederlage von Düppel 1864 im Spiegel der dänischen Geschichtsschreibung. Abschließend beschäftigt sich *Jes Fabricius Møller* vor dem Hintergrund der Schleswigschen Frage und der Geschichte des Hauses Glücksburg mit den Spannungen zwischen dynastischen und nationalen Betrachtungsweisen und Deutungen.

Wie die Herausgeber selbst bereits in ihrer Einleitung andeuten, behandelt der vorliegende Band den Gegenstand weder umfassend noch abschließend, aber das wäre angesichts dessen Weite und Relevanz auch gar nicht möglich. Es handelt sich bei der Veröffentlichung vielmehr um einen ebenso belastbaren wie anregenden Baustein für die weitere Beschäftigung mit der deutsch-dänischen Verflechtungs- und Konfliktgeschichte. Schön übrigens, dass man entsprechende Herausforderungen in Odense und Kiel inzwischen gemeinsam angeht und den Gegenstand als komplexes Problemfeld der historischen Forschung im deutsch-dänischen Grenzgebiet durch die Einbindung von Nachwuchskräften auch in deren Wahrnehmung fest verankert.

Detlev Kraack

Berhard Mager, *Der Zar aus Schleswig-Holstein. Zar Peter III. als Landesherr von Holstein im Spiegel historischer Dokumente*. Husum, Ihleo Verlag, 2018. 271 S.

Bernhard Mager beschäftigt sich in seinem Buch vor allem mit dem Wirken des russischen Zaren Peter III. als Landesherr von Holstein. Dafür berichtet er zunächst über Carl Peter Ulrichs Kindheit und Erziehung sowie die Zeit der Vormundschaft nach dem Tod seines Vaters im Juni 1739. Im Folgenden geht er darauf ein, wie und warum Carl Peter Ulrich nach Russland kam und dort im November 1742 unter seinem neuen Namen Petr Fedorovič (Peter Fjodorowitsch) zum Großfürsten und Thronfolger ernannt wurde. Im Mai 1745 wurde Peter für volljährig erklärt und übernahm die Regierungsgeschäfte in seinem Herzogtum von Russland aus, worüber Mager ausführlich berichtet und dabei Themen wie Finanzpolitik, Militärregularien, Universitätspolitik, Verwaltungsstrukturreformen, Justiz und Ämterbesetzungen anspricht und zahlreiche Verordnungen Peters schildert. Insgesamt habe dieser 45 Verordnungen in seiner Regierungszeit erlassen (S. 140). Außerdem geht er auf die Außenpolitik ein, dabei unter anderem auf Aspekte, die das Herzogtum Schleswig und – damit verbunden – das Verhältnis zu Dänemark betreffen („Gottorfische Frage“), sowie diplomatische Angelegenheiten, Reichstagsangelegenheiten und weitere außenpolitische Themen. Im letzten Abschnitt beschäftigt er sich ausführlich mit der kurzen Regierungszeit Peters III. als russischer Kaiser im Jahr 1762. Hierbei geht er auf den Ausstieg Russlands aus dem Siebenjährigen Krieg, die Beziehungen zu Dänemark sowie Reformen und Gesetzgebungsprozesse ein. Zum Abschluss schreibt er dann über den Putsch gegen Peter III. sowie dessen Tod.

Gleich im Vorwort wird Magers Absicht deutlich. Er möchte negativen Darstellungen Peters in zahlreichen bekannten Publikationen widersprechen. Da diese aber bereits im Allgemeinen „unstreitig dokumentarisch widerlegt“ (S. 7) seien, beschränkt er sich spezifisch auf die Regierung des Herzogtums Holstein durch Peter. Mager stützt sich bei seiner Darstellung auf zahlreiche Dokumente des Geheimen Regierungs-Conseils in Kiel, die er im Landesarchiv eingesehen hat und aus denen er vielfach zitiert.

Man muss Mager zugestehen, dass er im Landesarchiv offensichtlich gründlich und umfassend mit den Quellen gearbeitet hat, was auch interessante Erkenntnisse mit sich bringt, zum Beispiel über die Haushaltslage des Herzogtums, Anweisungen die Universität Kiel betreffend, die Vielfalt der erlassenen Verordnungen sowie die angeordneten Feierlichkeiten zur Geburt von Peters Sohn Paul. Allerdings sind die Quellen aus dem Landesarchiv die einzigen, die er konsultiert hat, und das führt zum Teil zu Fehleinschätzungen. So behauptet er z. B., dass Peter 1762 keinen Feldzug gegen Dänemark geplant habe, weil dafür bisher keine Befehle und Pläne veröffentlicht worden seien. Es gibt allerdings, z. B. in diplomatischen Quellen, zahlreiche dieser Ansicht widersprechende Hinweise.¹ Magers Aussage, dass Peter selbst zur Feder griff und in Französisch schrieb, „wenn er sicher gehen wollte, dass nur der Empfänger den Brief lesen konnte“ (S. 160), zeugt nicht von guten

¹ Vgl. zum Beispiel Breteuil an Choiseul, 5.6.1762, Archives des Affaires étrangères, Correspondance Politique Russie, Vol. 69, Bl. 245-248; Keith an Grenville, 6.7.1762, Public Record Office, SP 91/69, fol. 33r.

Kenntnissen des 18. Jahrhunderts, denn zu dieser Zeit war Französisch die am weitesten verbreitete Sprache in Europa. Wie Mager schreibt, habe Peter seinen Adjutanten Gudowitz bereits am Abend des Todestages Elisabeths zum preußischen König Friedrich II. abgeschickt (S. 204). Er belegt dies mit einem Verweis auf Sekundärliteratur. Es gibt allerdings zahlreiche Quellen, die diesen Vorgang erst auf einige Tage später festsetzen.¹

Das Buch genügt zudem keinesfalls den Ansprüchen wissenschaftlicher Korrektheit. Während die verwendeten Dokumente aus dem Landesarchiv noch einigermaßen nachvollziehbar sind, fehlen die Belege für fast alle anderen Zitate und auch indirekten Verweise vollständig [z. B. S. 87, 114, 117, 140, 146, 147, 148, 165, 167, 189, 192, 211, 216, 221 f. (hier fehlen u. a. Belege für die Zahlen), 226 f., 230, 232], was die Nachvollziehbarkeit erheblich erschwert. Häufig spricht er nur von „Darstellungen in der Literatur“ (S. 211) oder „gelegentlich zu lesenden Aussagen“ (S. 87). Auch die Literaturangaben im Text und im Anhang sind fehlerhaft, so macht er z. B. aus einem Aufsatz von Marc Raeff² eine Monografie. Auf S. 118 verweist er für Angaben zur Mannschaftsstärke auf „Mai, Großfürst Peter“, eine vollständige bibliografische Angabe ist nirgendwo im Buch zu finden. Auf Seite 160 findet sich ein Lese-/Übersetzungsfehler in Bezug auf das Originaldokument. Dort steht „naturelles“ und im Zitat Magers steht dann „Pasturelles“.

Auch folgt seine Argumentation weitgehend dem anfangs postulierten Ziel, was sich in einer teilweise sehr subjektiven, wertenden Interpretation niederschlägt. Marc Raeff nimmt er als Beispiel für jemanden, der die negativen Persönlichkeitsdarstellungen Peters widerlege (S. 7), lässt dabei allerdings die durchaus nicht unkritische Haltung des amerikanischen Historikers völlig unter den Tisch fallen.³ Einen kurzen Befehl zur Auslösung des Gutes Rohlshagen stellt er in den Kontext, dass Peters Vater sich dort oft aufgehalten habe und Peter es deshalb „in ehrendem Andenken halten“ (S. 154) wollte. In dem zitierten Auszug findet sich für diese Interpretation kein Hinweis. Aus einem Beispiel heraus kommt Mager zu dem Gesamturteil, dass „Peter gegen Gewalt und Tod war“ (S. 162). Eine Bitte des noch minderjährigen Peter um eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Herzogtümer Schleswig und Holstein vor seiner Regierungsübernahme findet Mager sehr bemerkenswert (er kennzeichnet das Datum mit einem Ausrufezeichen) und sieht darin einen Beleg für Peters frühes Interesse an Außenpolitik. Dabei waren solche Darstellungen nicht unüblich zur Vorbereitung von Regierungsübernahmen, um sich ein möglichst umfassendes Wissen anzueignen. Auf S. 197 schreibt Mager von einem „inakzeptablen“ Angebot Dänemarks.

¹ Vgl. zum Beispiel Keith an Bute, 8.1.1762, Public Record Office, SP 91/69, fol. 21Av; Mercy-Argenteau an Kaunitz, 18.1.1762, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Russland II, 45, fol. 82v.

² Raeff, Marc, Peter III., in: Die russischen Zaren. 1547-1917, hrsg. von Hans-Joachim Torke, 3. Aufl., München 2005, S. 218-231.

³ Raeff wägt gründlich ab, er schreibt zum Beispiel, dass die meisten Geschichten und Anekdoten wohl „Übertreibungen oder glatte Erfindungen“ waren, sie aber den Verdacht hinterlassen, dass Peter „die Qualitäten, die für einen Herrscher wichtig sind, nicht entwickelte“ und spricht von seinem „häufig unangebrachte[n] und spöttische[n] Verhalten“ (Raeff, S. 222).

Auf Kritik an Peters Vorgehen als Zar geht Mager nur sehr am Rande ein, er spricht auf S. 206 zum Beispiel von einem geteilten Echo in Bezug auf die Rückgabe russischer Eroberungen an Preußen. In Russland wurde dieser Vorgang größtenteils negativ aufgenommen. Bei der Behandlung der Reformen Peters als Zar bleibt Mager vielfach etwas knapp und oberflächlich, er geht vor allem auf die positiven Auswirkungen ein. Vor allem in Bezug auf seine Ehefrau Katharina und ihr Verhältnis zu Peter schreibt Mager sehr subjektiv: So habe Peter mit ihr „in gutem Ansehen“ leben wollen und sei ihr gegenüber höflich und achtungsvoll gewesen (S. 226, ohne Belege). Dieser Darstellung widersprechen einige Quellen.¹ Hingegen mit Bezug auf Katharina spricht er von einem „weiblich diplomatisch geschickt[en]“ Handeln (S. 228) und von „hinterhältig[en]“ Wünschen (S. 232) sowie davon, dass sie Peter eine Falle gestellt (S. 232) und diesen vor allem gestürzt habe, um ungestört ihrem Liebesverhältnis zu Orlov nachgehen zu können (S. 229, ohne Beleg). Hier verlässt Mager eindeutig den Boden wissenschaftlicher Objektivität. Auch Magers Interpretation, dass Peters Passivität beim Putsch vor allem daraus herrührte, dass er Blutvergießen vermeiden und die Angehörigen seiner Entourage schützen wollte, bleibt ohne Quellenbelege und somit spekulativ.

Was die von Mager verwendete Forschungsliteratur laut Anhang angeht (wobei aufgrund der fehlenden Referenzen schwer zu beurteilen ist, was er davon wie intensiv verwendet hat), ist zu konstatieren, dass von ihm nur deutschsprachige Titel konsultiert wurden, sodass zum Beispiel die grundlegende englischsprachige Studie von Carol Scott Leonard² völlig unberücksichtigt geblieben ist. Einige Werke, auf die sich Mager stützt, genügen selbst nicht seriösen wissenschaftlichen Ansprüchen, so z. B. das Buch von Elena Palmer. Sicherlich hätte eine breitere Literaturbasis zu mehr Multiperspektivität in der Darstellung führen können, die aber meiner Ansicht nach vom Autor leider überhaupt nicht beabsichtigt war.

Außerdem fehlen der Arbeit inhaltlich teilweise der rote Faden und die Unterscheidung zwischen Wichtigem und Unwichtigem. Mager scheint möglichst alles wiedergeben zu wollen, was er im Landesarchiv gefunden und gelesen hat. So berichtet er auf S. 97 zum Beispiel über Details und Preise für den Kieler Umschlagtaler 1779, was außer dem Vorbild einer Münze Peters keine Relevanz für die Darstellung der Ereignisse im 18. Jahrhundert hat. Auch ist die Frage, ob ein Brief Katharinas an ihre Mutter ohne inhaltlichen Bezug zum Thema des Buches so interessant ist, dass er abgedruckt und zitiert werden muss, nur als ein zweites Beispiel für eigenhändige Schriften des Großfürsten-Paares neben einem Brief Peters (S. 160 f.). Des Weiteren ist die Frage, wie wichtig es ist, dass die Treppe in Oranienbaum mit Holz aus dem Herzogtum Holstein erneuert wurde und wie sie heutzutage aussieht (S. 170 f.) und warum dies ausgerechnet im Abschnitt über Außenpolitik besprochen wird. Ebenso ist fraglich, ob der Katalog der Bücher aus Peters Bibliothek oder ein Register seiner Gold- und Silbermedaillen (S. 215 f.) für Peters Tätigkeit als Landesherr von Holstein relevant sind.

¹ Vgl. zum Beispiel: Breteuil an Choiseul, 14.4.1762, Archives des Affaires étrangères, Correspondance Politique Russie, Vol. 69, Bl. 48-52.

² Leonard, Carol S.: Reform and Regicide. The Reign of Peter III of Russia, Bloomington/Indianapolis 1993.

Manchmal wird ein Thema auch mehrfach an unterschiedlichen Stellen erwähnt, anstatt es einmal zusammenhängend zu präsentieren. Die Ernennung Georg Ludwigs von Holstein-Gottorf zum General-Feldmarschall reißt er in Kapitel VIII an, behandelt sie abschließend aber erst in Kapitel XII. Häufig reihen sich verschiedene, kaum zusammenhängende Themen kurz behandelt einfach aneinander, so zum Beispiel auf S. 151-154 auf drei beschriebenen Seiten: Katharinas Beteiligung an den Regierungsgeschäften, Caspar von Saldern als Amtmann in Neumünster, Privilegien für das Maurer-Handwerk, Ablehnung des Rückzugs mecklenburgischer Truppen ins Herzogtum, Auslösung des Gutes Rohlshagen und Zustand des Kieler Schlosses.

Trotz aller Schwächen und vor allem der apologetischen Prädisposition hat sich Mager doch bemüht, die Herrschaft Peters III. in Holstein umfassend darzustellen und zahlreiche interessante Einzelheiten herausgearbeitet, die unser Wissen über diese Ära erweitern.

Tatjana Trautmann

Wolfgang Niess, Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie. Berlin: Europa Verlag, 2017. 463 S.

Historische Gedenktage geben Anlass innezuhalten, Ereignisse in den geschichtlichen Ablauf einzuordnen und zu einer Beurteilung zu gelangen. Im Jahr 2018 gibt es zwei Daten, die einen Anlass zu einem solchen Gedenken geben. Die fünfzigjährige Wiederkehr der Ereignisse von 1968, die nicht auf ihre Schlussphase der RAF-Morde verkürzt werden dürfen, und das hundertjährige Gedenken an die deutsche Revolution des Jahres 1918. Wie immer bei solchen Gedenkjahren wandelt sich das Urteil über die Ereignisse im historischen Bewusstsein, aber über den Stellenwert gibt es keinen Zweifel.

Über die Revolution von 1918/19 hat Wolfgang Niess jetzt eine umfangreiche Darstellung vorgelegt, die den Untertitel trägt: „Der wahre Beginn unserer Demokratie“. In 30 Kapiteln schildert Niess den Ablauf der Monate der eigentlich revolutionären Bewegung vom November 1918 bis zum Januar 1919. Mit den Wahlen zur Nationalversammlung war eine erste politisch-verfassungsrechtliche Grundlage geschaffen, auf der die neue Republik aufbauen konnte – wie unsicher und gefährdet diese Grundlage zunächst auch sein mochte.

Niess beginnt im November 1918, greift dann etwas zurück auf die Oktoberreformgesetze des Jahres 1918, durch die das staatliche System zunächst in eine parlamentarische Monarchie umgewandelt wurde, und setzt dann mit den Vorgängen bei der Marine in Wilhelmshaven und Kiel zu einer breiten Darstellung der weiteren sehr konfliktreichen Entwicklung an. Eingeschoben sind zu Beginn der Darstellung zwei Kapitel über die Entwicklung der Sozialdemokratie im Kaiserreich (Kap. 2) und die Haltung der Partei zum Ersten Weltkrieg (Kap. 3), um gleichsam die Voraussetzungen, aber auch die inneren Konflikte in der Partei als eines Hauptträgers der weiteren Entwicklung darzustellen. Den Abschluss bildet ein Kapitel, das sich mit der tiefen Prägung Adolf Hitlers durch die Ereignisse der Revolution von 1918 beschäftigt und seinem Willen, die Ergebnisse dieser Revolution „politisch“

zu bekämpfen. Hilfreich sind im Anhang eine Karte von Berlin-Mitte in den Jahren 1918/19, eine Zeittafel, eine knappe Literaturliste und ein Personenregister.

Mit dem Kapitel 4 („Der große Bluff - Reformen in letzter Minute“) beginnt dann die eigentlich chronologische Darstellung in einer sehr ausführlichen und dichten Form. Die Ereignisse werden in ihrer Abfolge, in dem stetigen Hin und Her der Kräfte, in ihren Bedingtheiten, ihre Möglichkeiten und auch ihren Folgen manchmal täglich, in wichtigen Phasen sogar tageszeitlich dargestellt. Niess verzichtet auf lange theoretische Abhandlungen, sondern charakterisiert die handelnden Kräfte mit kurzen Erläuterungen ihrer Positionen.

Niess ist von Hause aus Historiker und Journalist, und das merkt man seiner Darstellung an. Es ist nicht eine historische Fachdarstellung, sondern eher das Eintauchen des Autors in den historischen Ablauf. Das Buch ist gut lesbar, flüssig geschrieben und zeigt die wesentlichen politisch handelnden Kräfte in ihren Absichten, in ihren Aktivitäten, ihren Erfolgen und ihren Misserfolgen. Dabei lässt er sich nicht von den Kontroversen der Historiker in den früheren Jahrzehnten beeinflussen - die er kennt -, sondern bezieht durchaus eigene Standpunkte.

Längere Zeit hat es in der Forschung die Alternative „Rätestaats oder parlamentarische Demokratie“ gegeben. Der „Rätestaat“ war das politische Modell des bolschewistischen Russland, die „parlamentarische Demokratie“ das Lösungsmodell der westlichen Staaten. Auf dem Hintergrund der politischen Weltlage in den Jahren nach dem Zeiten Weltkrieg mit der starken Konfrontation zwischen Ost und West mag eine solche Alternative verständlich sein.

Inzwischen haben sich die Auffassungen aber geändert. So scheint es an manchen Punkten der revolutionären Entwicklung vom November 1918 bis zum Januar 1919 durchaus andere Möglichkeiten gegeben zu haben, um die politischen und vor allem wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse umzugestalten. Das bezieht sich auf die Ausgestaltung der politischen Verhältnisse nach 1918, das Bündnis mit der Obersten Heeresleitung, die uneingeschränkte Fortführung der kapitalistischen Privatwirtschaft und schließlich den Auftrag an die Freikorps zur Sicherung der inneren Ordnung. Solche Überlegungen stellt auch Niess an und kennzeichnet mögliche Alternativen.

Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass in allen Versammlungen der Jahre 1918/19 die Mitglieder der Mehrheitssozialisten vorherrschten und diese den Vorstellungen des Parteivorstandes auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie gefolgt sind. Räte waren zwar ein Modell, das aber für die Mehrheit nicht zustimmungsfähig war. Niess urteilt in diesen Fragen, doch - wie das bei Urteilen so ist - lässt sich darüber diskutieren. Die spätere Geschichtsdarstellung urteilt ex post und übersieht vielfach die Handlungsbedingtheiten und Handlungsmöglichkeiten der Beteiligten.

Der Untertitel des Buches: „Der wahre Beginn unserer Demokratie“ gibt zu Überlegungen Anlass. Es ist ohne Zweifel so, dass in der Weimarer Reichsverfassung eine ganze Reihe von wichtigen Grundentscheidungen enthalten sind, die auch für das Grundgesetz gelten (Parlamentarismus, Grundrechte, Begrenzung der Arbeitszeit, demokratischer und sozialer Rechtsstaat), aber die Errungenschaften der Revolution und der Weimarer Reichsverfassung sind doch zu sehen auf dem Hintergrund der deutschen politischen und verfassungsmäßigen Entwicklung seit 1848. Verfassungen sind „lernende“ Systeme.

Insgesamt ist das Buch von Niess eine interessante, gut lesbare und zum Nachdenken anregende Darstellung.

Peter Wulf

Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918. Hrsg. von *Sonja Kinzler* u. *Doris Tillmann*. Kiel: Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum und Darmstadt: Theiss Verlag, 2018. 304 S.

Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit konnte der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann im Juni 1974 die von ihm initiierte „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ in Rastatt einweihen. Hier und im Hambacher Schloss stehen die demokratischen Anfänge im 19. Jahrhundert – 1832 und 1848 – im Fokus der Dokumentation. Es hat lange gedauert, bis auch der Matrosenaufstand und die Novemberrevolution 1918 als Wegmarken in dieser Traditionslinie erkannt und anerkannt wurden. Auch und gerade in Kiel hat man sich damit schwergetan. Erst seit Juni 2011 trägt ein Bereich am Hauptbahnhof den Namen „Platz der Kieler Matrosen“. Noch 1982 war es bei der Einweihung des von Hans-Jürgen Breuste geschaffenen Revolutionsdenkmals „WIK / Feuer aus den Kesseln“ im Ratsdienergarten zum Eklat gekommen: Zwar hatte der von der CDU-Ratsmehrheit gestellte Stadtpräsident qua Amt an der Feier teilgenommen, „seine“ Fraktion aber hatte sich dem komplett verweigert.

Die schwierige und noch immer kontroverse Rezeptionsgeschichte zeichnet ein Beitrag des Kieler Professors für Regionalgeschichte *Oliver Auge* im Begleitband zu der verdienstvollen Ausstellung „Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918“ im Kieler Schifffahrtsmuseum (6.5.2018 –17.3.2019) nach. Er erinnert daran, dass die Kieler Ratsversammlung bereits 1968 einen Auftrag zur Erforschung der historischen Rolle der Landeshauptstadt in der Revolution von 1918 erteilt hatte, der mangels Beteiligung jedoch ergebnislos geblieben war. Restümierend stellt er fest, der Matrosenaufstand werde mittlerweile aber doch parteiübergreifend als „demokratiegeschichtliches Alleinstellungsmerkmal“ der Stadt gewertet. Dieser Konsens findet auch darin seinen Ausdruck, dass die Landeshauptstadt bereits seit Beginn des Jubiläumsjahres unter dem Motto „Kiel steht auf für Demokratie“ in Zusammenarbeit mit diversen Partnern ein umfangreiches und vielseitiges Programm in verschiedenen Formaten und Medien anbietet (Stadtrundgänge, Ausstellungen, Konzerte, Buchvorstellungen und Lesungen). Es begann am Neujahrstag mit der Revolutionsrevue „November 1918. Ein Abend in der Deutschen Wacht“ im Kulturforum, gemeinsam veranstaltet von der Stadt und dem Theater Kiel.

Der Begleitband zur Ausstellung versammelt auf 304 Seiten mit zahlreichen, z.T. ganzseitigen und farbigen Abbildungen 30 Aufsätze und 13 kleinere Beiträge von insgesamt 31 Autorinnen und Autoren, wobei das Übergewicht bei männlichen (22 : 9) Verfassern historischer Profession (25 gegenüber 6 Ausstellungsmacher*innen) liegt. Beteiligt sind auch drei Marinehistoriker, jedoch kein Offizier der Bundesmarine. Ursachen, Verlauf und Folgen des Matrosenaufstands werden unter verschiedenen Aspekten auf dem gegenwärtigen Forschungsstand behandelt – wissenschaftlich seriös, ohne deshalb an Anschaulichkeit und Lesbarkeit einzubüßen. Der

Besuch der Ausstellung und die Lektüre des Aufsatzbandes vermitteln zusammen ein umfassendes und differenziertes Bild der Geschehnisse, ihrer objektiven historischen Bedeutung und ihrer je nach Standpunkt und Zeitperspektive unterschiedlichen Bewertung.

Während die Ausstellung als Parcours mit 62 Stationen angelegt ist, die in einem kostenlos zur Verfügung gestellten Heftchen in Text und Bild knapp vorgestellt werden (von 1: „Vorkriegsgesellschaft im Kaiserreich“ bis 62: „Erinnerung an die Revolution“), gliedern sich die Aufsätze des Begleitbandes in acht Themenkomplexe. Nach einer „Standortbestimmung“ folgen eine Analyse der Vorgeschichte und der tiefer liegenden Ursachen („Der Weg in die Revolution“), dann der „Blick auf die Ereignisse“ in Kiel, die Einbeziehung weiterer Schauplätze („Die Revolution weitet sich aus“), die Fokussierung auf zentrale politische Positionen, die im Verlauf der Revolution eine Rolle gespielt haben und die Einordnung der Novemberereignisse in den größeren Zusammenhang der „Umbruchphase“ von 1916 bis 1923 („Kampf um eine neue Ordnung“). Ein Exkurs „Die Revolution als Aufgabe von Kunst und Kultur“ befasst sich mit der Resonanz, die die Geschehnisse in der zeitgenössischen bildenden Kunst gefunden haben. Im abschließenden 8. Kapitel wird dann die kontroverse Rezeptions- und Erinnerungsgeschichte des Matrosenaufstands unter die Lupe genommen („Zwischen Heldenkult und Vergessen“).

Der einleitende Essay der beiden Herausgeberinnen *Doris Tillmann* und *Sonja Kinzler* gibt den Tenor des gesamten Bandes vor: Nach den „ideologischen Grabenkämpfen“ der Vergangenheit sei es jetzt an der Zeit für eine „multiperspektivische Darstellung“ mit dem Fokus auf die Matrosenfigur als „Leitelement“. Nicht mehr strittig sei, dass dem Matrosenaufstand als „Schlüsselereignis der deutschen Geschichte“ nationalhistorische Bedeutung zukomme, dass er als „Meilenstein auf dem Weg zur Demokratie“ zu werten sei. Bereits im März 2016 hatten Stadtarchiv und Schifffahrtsmuseum gemeinsam mit dem Historischen Seminar der Universität zu einem dreitägigen Symposium eingeladen, an dem etwa 50 Historiker*innen und Ausstellungsmacher*innen aus dem In- und Ausland teilgenommen haben, um den Forschungsstand abzugleichen, Desiderate zu definieren und neue Fragestellungen zu formulieren. Ausstellung und Publikation seien, wie die Autorinnen betonen, das Ergebnis des daraus entstandenen wissenschaftlichen Netzwerks.

Im zweiten Beitrag der „Standortbestimmung“ wirft *Alexander Gallus* die Frage auf, warum die „vergessene Revolution“ so lange „im Schatten der Erinnerung wie der Geschichtsschreibung“ gestanden habe und welche Gründe zur „Wiederbelebung des Interesses“ an ihr führten. Seine Argumentation zum ersten Aspekt der Frage bleibt ziemlich allgemein („Bonn ist nicht Weimar“), interessant – wenn gleich nicht evident belegbar – ist seine These zum zweiten Aspekt: Das „Zeitklima unserer Gegenwart“ komme einer „Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19 in jedem Fall zugute“. In Zeiten „neuer Verunsicherung“ wachse eben auch das Interesse an früheren revolutionären Umbruchzeiten.

Die Beiträge zum zweiten Themenkomplex setzen ein mit einer chronologischen Stimmungsanalyse von *Martin Rackwitz* anhand der Tagebuchaufzeichnungen und Feldpostbriefe eines zu Kriegsbeginn 15-Jährigen von der anfänglichen Kriegsbegeisterung – bis hin zu der Befürchtung, nicht mehr „rechtzeitig“ vor dem großen Sieg zum Einsatz zu kommen – bis zur Friedenssehnsucht in der Erkenntnis der Sinnlosigkeit des Krieges und zum Überlebenskampf angesichts der zunehmenden

Versorgungsengpässe und der daraus resultierenden Hungerunruhen ab 1916. *Rolf Fischer* zeichnet dann – sachlich und emotionslos – die programmatische Entwicklung der politischen Linken vom „Burgfrieden“ 1914 über interne Parteikämpfe bis zur Friedenspetition der SPD vom Sommer 1916 und zur Gründung der USPD im April 1917 nach. Die Positionen der beiden linken Parteien gingen ab Oktober 1918 stark und schließlich diametral auseinander. Strebten die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschaften Frieden und Demokratie durch den Übergang zur parlamentarischen Monarchie an, so setzten USPD und Spartakus auf eine Räterepublik nach sowjetischem Muster. Fischer zitiert das Kieler Stimmenergebnis für MSPD und USPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 (50,2 zu 8 %), ohne es zu bewerten.

Wie sich das politische Bewusstsein speziell in Kiel entwickelt hat, untersucht *Knut-Hinrik Kollex*, ebenfalls anhand von Wahlergebnissen. Bei Wahlen auf kommunaler Ebene galt – im Unterschied zum Reichstag – das Zensuswahlrecht, mit der Folge, dass Rat und Magistrat bis zum Kriegsende „bürgerlich dominiert“ waren. In der politisch organisierten Arbeiterschaft gärte es gleichwohl auch hier. Die Unzufriedenheit insbesondere mit der Versorgungslage wuchs aber nicht nur dort, sondern auch im bürgerlichen Lager. Insofern sei die Novemberrevolution in Kiel zwar grundsätzlich nicht überraschend gekommen, allerdings insofern doch, als sie eben nicht von streikenden Arbeitern, sondern von meuternden Matrosen ausging. Deren Sieg – so die überzeugende These von Kollex – habe erst die „Solidarisierung der Kieler Arbeiterschaft“ und das „Stillhalten des bürgerlichen Lagers“ ermöglicht.

Auch *Martin Rackwitz* sieht in der Zwangsbewirtschaftung und den Versorgungsengpässen die Hauptursachen für die zunehmenden Streiks und Hungerkrawalle seit dem Frühsommer 1916. Die politische Lage habe sich seitdem immer weiter zugespitzt. Wie ernst die Situation war, zeigen die zu seinem Beitrag reproduzierten – graphisch anspruchsvoll gestalteten – Werbeplakate, einerseits für Kriegsanleihen („Je gewaltiger das Ergebnis, desto früher ein guter Frieden“ – 8. Anleihe, 1918), andererseits für Sammelaktionen (für Öl, Tran, Kaninfelle und sogar Obstkerne). Schon ab 1915 fanden an Kieler Schulen immer wieder Woll-, Gummi-, Altmetall- und Ledersammelwochen statt, für die dann auch mal der Unterricht ausfallen konnte. Das wiederum trug mit dazu bei, dass Kinder und Jugendliche – Väter im Krieg, Mütter ganztätig arbeitend – unbeaufsichtigt blieben und verwahrlosten oder straffällig wurden. Zu den bei Rackwitz wiedergegebenen Zeitdokumenten gehören auch sog. Durchhaltepostkarten und oft sarkastisch oder galgenhumorig verfasste Spar- und Verzichtsempfehlungen.

Jann Markus Witt geht zunächst auf das latent stets angespannte Verhältnis zwischen der Kieler Stadtregierung und der Marine ein und nimmt dann die Verhältnisse innerhalb der Kriegsmarine in den Blick. Vor allem die schlechte Menschenführung und die streng hierarchische Sozialstruktur mit ausgeprägtem Standesdünkel auf Seiten der Offiziere, dann aber auch den eintönigen Dienst an Bord nach dem einzigen großen Einsatz in der Skagerrakschlacht 1916 und die unzureichende und dazu ungerecht verteilte Verpflegung macht Witt für die ab dem Sommer 1917 zunehmenden Fälle von Gehorsamsverweigerung verantwortlich. Politische Motive hätten dabei anfangs keineswegs im Vordergrund gestanden. Erst der Auslaufbefehl Ende Oktober habe die Meuterei in Wilhelmshaven und in

ihrer Folge die sich rasch politisierenden Forderungen ausgelöst. Ganz ähnlich argumentiert *Stephan Huck*, der eine direkte Linie von den Unruhen und durch das Kriegsgericht drakonisch bestrafte Disziplinlosigkeiten im August 1917 zu dem Aufstand im Oktober 1918 zieht. Noch im Herbst dieses Jahres sei es primär um die „Beseitigung unmittelbarer dienstalltäglicher Missstände“ und nicht um die Durchsetzung eines politischen Programms gegangen.

Unter der Überschrift „Erschöpfung und Zerfall“ greift *Jörn Leonhard* in seiner Ursachenanalyse zeitlich noch weiter zurück und stellt eine sich im Lauf des Krieges entscheidend wandelnde „Einstellung vieler Matrosen zum Krieg und zur militärischen Hierarchie“ fest. Die Vorgeschichte des Kriegsendes beginne bereits im Jahr 1915 und die eigentliche Ursache der Revolution sei nicht die absehbare militärische Niederlage gewesen, sondern der allmähliche „Verlust der politischen Legitimation im Lauf des Krieges“. Seine These von einer zunehmenden „Legitimationskrise“ ist überzeugend und bietet auch eine Erklärung für den „weitgehend lautlosen Machtwechsel“: „Der Staat musste nicht revolutionär erobert werden, er schien sich zu ergeben“.

Zwei Beiträge (*Christian Lübcke* und *Mark Jones*) befassen sich mit dem Ablauf der Ereignisse in Kiel vom 1. bis zum 10. November 1918. Mangels genauerer Themenabsprache kommt es dabei zu vermeidbaren Wiederholungen. Anders als Lübcke geht Jones allerdings auch auf das Gerücht von einer „Offiziersverschwörung“ ein, das in Kiel und auch in Hamburg, München und Berlin immer wieder aufflammte und wahrscheinlich mit dafür verantwortlich war, dass es zu Todesopfern kam. Die Rekonstruktion der Fakten wird ergänzt durch Auszüge aus den Tagebuchaufzeichnungen eines unmittelbaren Zeitzeugen, der das Geschehen als Konstrukteur auf der Germaniawerft zwar auch als „Klamauk“ erlebt, für sich aber jedenfalls als „Revolution in Kiel“ eingestuft hat. Die Rolle Prinz Heinrichs in den Revolutionstagen beleuchtet *Christina Schmidt*. Entgegen der bisher gängigen Annahme, er sei vor seiner Flucht auf sein Gut Hemmelmark am 5. November von den Unruhen so gut wie unbehelligt geblieben, kann sie anhand von Tagebuchnotizen und zeitgenössischen Berichten belegen, er und seine Familie seien sehr wohl unmittelbar betroffen und bedroht gewesen. Für das – nicht unwesentliche – Detail, Heinrich sei genötigt worden, eigenhändig seine Standarte am Kieler Schloss einzuholen, führt sie allerdings keine Quelle an.

Die Entwicklung der Forderungen der revolutionären Matrosen verfolgt *Knut-Hinrik Kollex* – von den 6 Punkten, die der Maschinenbauer und USPD-Betriebsobmann Karl Artelt am 4. November dem Gouverneur Wilhelm Souchon präsentierte, bis zu den „Kieler 14 Punkten“, die der Soldatenrat unter Mitwirkung von Gustav Noske in der Nacht zum 6. November formulierte und als Flugblatt in Umlauf brachte. Auffällig daran ist die Reduzierung der im eigentlichen Sinn politischen Forderungen gegenüber dem Vortag. Kollex erklärt das damit, dass es jetzt primär um die „Sicherung der revolutionär erlangten politischen Macht“, noch nicht um deren künftige Ausgestaltung gegangen sei. Ergänzend liefert *Julian Freche* Kurzbiografien der hauptbeteiligten Protagonisten Souchon, Artelt und Noske sowie Lothar Popp (zeitweilig Vorsitzender des Obersten Soldatenrats) und Gustav Garbe (Vorsitzender des Gewerkschaftskartells und der Kieler SPD). Er beschränkt sich dabei auf die bloßen Fakten ihrer Lebensläufe. Das ist schade. Ausführlichere

Charakterporträts zumindest der drei Erstgenannten hätten der Publikation gut zu Gesicht gestanden.

In drei Beiträgen zum vierten Themenkomplex „Andere Schauplätze“ weitet sich die Perspektive: *Kollex* schildert die Verbreitung der Revolution in ganz Schleswig-Holstein, *Sonja Kinzler* und *Jens Buttgerit* nehmen das Reichsgebiet insgesamt in den Blick. Wie die Verbreitung durch entsandte „Revolutionsbeauftragte“ oder selbsternannte „Sturmvögel der Revolution“ im einzelnen vor sich ging, lässt sich im nachhinein nicht mehr vollständig klären. Der Ablauf des Geschehens war hingegen im wesentlichen immer gleich: Entwaffnung von Offizieren, Gefangenenbefreiung, Demonstrationen und die Besetzung von Schlüsselpositionen. Die Chronologie des Geschehens in Berlin am 9. November („Ein Tag sich überstürzender Ereignisse“) zeichnet *Florian Altenhöner* nach. Seine These, es habe sich da nicht um eine „geplante und gelenkte Revolution“, sondern um eine „Abfolge spontaner Unruhen“ gehandelt und der 9. November habe daher zwar das Ende der Monarchie markiert, aber „noch keine dauerhaften Weichenstellungen über die Zukunft“ getroffen, kann heute wohl als gesicherte allgemeine Erkenntnis gelten.

Weitere drei Artikel beschäftigen sich mit politischen Positionen im Fokus der Revolution, davon eine mit dauerhaften – positiven – Auswirkungen, die andere nur als zeitlich begrenzte Initialzündung. *Dorothee Linnemann* stellt das Frauenwahlrecht heraus, das bereits zu den ersten zentralen Forderungen am 4. November gehörte, geht auf die Vorläuferbewegungen im 19. Jahrhundert, aber auch auf den massiven Widerstand konservativer und antifeministischer Verbände („Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“) ein und nimmt für Kiel in Anspruch, 1918/19 „nicht nur die Stadt der Matrosen, sondern auch der Frauenrechtlerinnen“ gewesen zu sein. *Axel Weipert* analysiert „Ziele und Praxis der Räte in der Novemberrevolution“ und betont ebenfalls, die Revolution sei nicht zentral geplant oder gelenkt, sondern basisdemokratisch, spontan und mit viel Improvisation verlaufen. Insgesamt habe sich trotz der Revolution und durch die kurzlebigen Räterepubliken (namentlich in München und Bremen) „oft erstaunlich wenig geändert“. Für die sozialdemokratisch geführte neue Regierung seien die Räte eher ein „lästiger Störfaktor“ auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie gewesen. Als einzig bleibendes Ergebnis sei das Betriebsrätegesetz von 1920 zu werten. Der ergänzende Beitrag von *Julia Franke* über den Einfluss der russischen Revolution 1917 auf den Kieler Matrosenaufstand konstatiert zwar die Übernahme von Parolen („Friede, Freiheit, Brot!“), Symbolen (rote Fahnen und Bänder) und Organisationsformen (Arbeiter- und Soldatenräte), definiert die Rolle der russischen Revolution im übrigen aber eher als „Katalysator“ bzw. „Impulsgeberin“, nicht als unmittelbare Vorläuferin des Aufstands.

Indem er die vor- und nachrevolutionäre Entwicklung in den Jahren 1916-1923 insgesamt betrachtet, fasst *Klaus Weinhauer* diesen ganzen Zeitraum – von den Lebensmittelprotesten 1916 bis zum Kapp-Putsch und dessen Nachwirkungen – als eine Abfolge von sozialen Bewegungen auf. Auch die Revolte in Wilhelmshaven und Kiel will er deshalb nicht als Meuterei qualifiziert sehen, sondern als bloßen Abschnitt innerhalb eines größeren gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses. Ob diese Relativierung allerdings auch für die heiße revolutionäre Phase vom November 1918 bis zum April 1919 zu halten ist, dürfte doch wohl strittig bleiben.

Die Jahre von 1919 bis 1922 stehen auch bei *Martin Göllnitz* im Fokus des Interesses. Er sieht sie gekennzeichnet von „Revolutionsangst“ auf der einen und tatsächlichen konterrevolutionären Gewaltakten auf der anderen Seite. Für die Region Kiel kommt er zu dem Ergebnis, die „Ablehnung der neuen Staatsform“ sei nicht nur bei der extremen Rechten, sondern auch im Bürgertum weit verbreitet gewesen. Kiel sei jedoch „weder besonders resistent gegen noch außergewöhnlich empfänglich für rechten Militarismus, republikfeindlichen Terrorismus und konterrevolutionären Aktionismus“ gewesen.

Johannes Rosenplänter, Kieler Archivar, analysiert die Ergebnisse der Kommunalwahl vom 30. Oktober 1918 und der Wahl zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 und hebt die krass unterschiedliche Wahlbeteiligung (4% zu 80%!) hervor, die primär dem ungleichen Wahlrecht geschuldet war. Im Unterschied zur Reichsebene (50,2%) erhielt die MSPD 1919 in Kiel nur 37,9%, während die USPD annähernd gleich abschnitt. Für die These von Göllnitz kann dieses Ergebnis wohl als Bestätigung angesehen werden.

Drei Beiträge befassen sich mit der „Revolution als Aufgabe von Kunst und Kultur“. Sie führen vor Augen, wie stark auch die bildende Kunst von den politischen Ereignissen affiziert war. *Katrin Seiler-Kroll* nimmt sich die Funktion des politischen Plakats vor, das hier nicht – wie in der Warenwelt – für ein Produkt, sondern für eine Idee werben wolle, und zwar bewusst pathetisch. Renommiertere Künstler wie Max Pechstein, Alexander Cay, César Klein und Heinz Fuchs arbeiteten zeitweilig quasi in staatlichem Auftrag für den vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten „Werbedienst der deutschen sozialistischen Republik“. Für kurze Zeit sei der Expressionismus so praktisch zur „Staatskunst“ geworden. *Peter Kruska*, Direktor der Stadtgalerie Kiel, weitet die Untersuchung mit einem Blick auf die „Expressionistische Arbeitsgemeinschaft Kiel“ und deren künstlerisches Werk aus. Ihr Ziel war es, kulturelle Antworten „auf die revolutionären Ideen in Folge des Matrosenaufstandes“ zu geben. *Eva-Maria Karpf* schließlich schildert die bereits vor dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Reformbestrebungen in Architektur, Stadtplanung, Kunst und Theater, charakterisiert insbesondere die „Heimatschutzarchitektur“ und hebt die Rolle der „Kieler Herbstwochen für Kunst und Wissenschaft“ hervor, die dem ehemaligen Reichskriegshafen ein neues – kulturelles – Image verschaffen sollten.

Gleich fünf Aufsätze nehmen sich die Rezeptions- und Erinnerungsgeschichte des Matrosenaufstands vor; sie gehören damit zu den wichtigsten und aktuellsten des ganzen Bandes. *Boris Barth* geht von der Frage aus, wie Millionen an die Wahrheit der Dolchstoßlegende glauben konnten. Er legt die Gründe dafür einleuchtend dar. Innerhalb der in sich zerstrittenen antidemokratischen Rechten sei sie so etwas wie der „Minimalkonsens“ gewesen, auf den man sich verständigen und den man gegen die demokratische Regierung der „Novemberebrecher“ ins Feld führen konnte. Eine „schwere Niederlage für die demokratischen Kräfte“ sei der ohne eine klare Position des Gerichts zu Ende gegangene Münchner Dolchstoßprozess vom Herbst 1925 gewesen. Zu Recht erinnert *Jann Markus Witt* in seinem ergänzenden Beitrag daran, dass der Matrosenaufstand auch in der Bundesmarine noch lange wie ein „Trauma“ gewirkt und negativ betrachtet worden sei. Auch deswegen ist es sehr bedauerlich, dass in diesem Kapitel nicht auch ein Vertreter der Marine – oder besser noch zwei: ein Admiral und ein Mannschaftsdienstgrad – zu Wort gekommen ist. Auf der zentralen Gedenkfeier am 3. November 2018 im Kieler Ge-

werkschaftshaus war die Rede des Flottenadmirals Christian Bock nicht zufällig die am meisten beachtete!

Die immer wieder diskutierte Frage, ob sich der 9. November als deutscher Nationalfeiertag eigne, beantwortet *Gerhard Engel* differenziert: „Kein Feiertag, ein Gedenktag!“ Unter den verschiedenen Jahrestagen und den mit ihnen verbundenen Ereignissen und Assoziationen (1918 - 1923 - 1938 - 1989) werde der 9.11.1918 noch immer nicht gebührend beachtet. Der Matrosenaufstand sei zwar weder gescheitert noch vergessen, die Revolution sei aber „steckengeblieben“. Ihre bleibenden Resultate – das Frauenwahlrecht und die verfassungsrechtliche Fixierung der Grund- und Menschenrechte – seien dennoch beachtlich und einen „Tag des Nachdenkens“ allemal wert. *Arne Segelke* referiert im Anschluss daran, wie unterschiedlich des 9. Novembers in der BRD und in der DDR seit 1948 gedacht bzw. nicht gedacht worden sei („Eine Revolution, zwei Sichtweisen“). Während die Revolutionsfeiern in Ostdeutschland nach 1970 an Bedeutung deutlich verloren, begann im Westen eine intensivere Beschäftigung mit diesem Gedenktag im Grunde erst anlässlich seiner 50. Wiederkehr 1968. Die bereits zitierte Studie von *Oliver Auge* äußert Zweifel daran, dass Kiel und seine Bevölkerung im Blick auf den Matrosenaufstand wirklich schon so ganz „mit sich im Reinen“ seien. Trotz einiger Indizien dafür gebe es nach wie vor „Risse in der einheitlich wirkenden Memorialfassade“. Die langjährigen Dissonanzen seien durchaus noch nicht völlig überwunden, zumindest gebe es erst seit etwa 2011/12 so etwas wie eine parteiübergreifende Erinnerung an dieses Geschehen.

Der abschließende Aufsatz von *Doris Tillmann*, der Direktorin des Schifffahrtsmuseums, widmet sich der symbolischen Dimension des Matrosenaufstands, seiner Vorgeschichte und seiner Nachwirkung. Als populärste Bildmotive stellt sie einerseits die rote Fahne und andererseits die – anonymisierte – Matrosenfigur selbst heraus, die zunächst und schon weit vor dem Ersten Weltkrieg durchweg positiv besetzt war (die „blauen Jungs“! der Kieler Matrosenanzug als das Erfolgsmodell der Kindermode quer durch (fast) alle gesellschaftlichen Schichten!). Dieses Image habe sich im Krieg zu einem „militärischen Männlichkeitsideal“ („der einsame Held auf See“, „(kaiser)treu bis in den Tod“) verschoben bzw. verengt, bis dann gegen Ende des Krieges der Matrose als Motiv ganz verschwunden sei. Auf der anderen Seite seien rote Fahnen und Abzeichen schon seit 1830 „Identifikationssymbol linker politischer Bewegungen“ bzw. Symbole der Revolution gewesen. Die Figur des „roten Matrosen“ sei dann von zwei gegensätzlichen Lagern für sich beansprucht worden: Als revolutionäres Vorbild habe sie noch von ihrem früheren positiven Image profitieren können, für die Gegenseite verkörperte sie dagegen die „bolschewistische Gefahr“. Diese Polarität bestimmte auch für Jahrzehnte die Rezeptionsgeschichte in den beiden deutschen Staaten: hier der Meuterer, dort der mutige Held.

Die Publikation des Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseums bietet die „multiperspektivische Darstellung, die die Herausgeberinnen postuliert haben. Sie markiert sicher keinen Schlusspunkt der wissenschaftlichen Diskussion um die deutsche Revolution vom November 1918, fasst aber deren gegenwärtigen Stand zuverlässig und bündig zusammen.

Rolf-Peter Carl

Martin Göllnitz, Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927-1945). Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, 2018. 670 S. (Kieler Historische Studien; 44).

Seit den 1990er Jahren wird die Geschichte der Universität Kiel während des Nationalsozialismus zunehmend gründlicher untersucht. Vorwiegend ging es dabei um die Rektoren, die Fakultäten und die Professoren. Die Studierenden spielten – bis auf wenige Ausnahmen – eine nebengeordnete Rolle. Dies ändert Martin Göllnitz mit seiner Kieler Doktorarbeit gründlich, indem er den Weg einer jungakademischen Elite von den nationalsozialistischen Anfängen bis zum Kriegsende verfolgt. Einschlägige vorausgehende Darstellungen haben sich entweder monografisch mit einem kürzeren Zeitabschnitt befasst (M. Wieben, 1994) oder haben den Nationalsozialismus im Gesamtverlauf der Kieler Studierendengeschichte vom 17. bis 21. Jahrhundert als Teilaspekt behandelt (R. S. Elkar, 2015). Göllnitz kritisiert dies im Hinblick auf die Ausschöpfung der Quellen, die aber in Überblicksdarstellungen naturgemäß nicht in die Tiefe gehen kann wie in einer thematisch begrenzten Monographie, und freilich wäre es in der Tat erstaunlich, wenn ihm angesichts des beachtlichen Volumens seiner Arbeit nicht Umfänglicheres und Genaueres als seinen Vorgängern gelungen wäre. Dies aber steht erfreulicherweise außer Frage.

Wenn bisher verschiedentlich auf die schwierige Quellenlage verwiesen wurde, so ist das, was Göllnitz in großer Fülle zu Tage fördert, beeindruckend. Wie zu erwarten, liegt ein Großteil der universitätsgeschichtlichen Überlieferung im Landesarchiv in Schleswig. Darüber hinaus hat Göllnitz Erkundungen in 18 weiteren deutschen sowie internationalen Archiven und Bibliotheken mit besonders umfangreichen Funden im Bundes- und im Geheimen Staatsarchiv Berlin betrieben. Der Rechercheaufwand belegt, dass sich die Verwicklung in den Nationalsozialismus nicht allein aus den Quellen des jeweils eigenen Universitätsarchivs erschließt.

Methodisch, erkenntnis- und analyseorientiert folgt Göllnitz der Feld- und Habitus-theorie von Pierre Bourdieu (S. 40-49). Das ist so neu nicht. Die lange deutsche Rezeptionsgeschichte begann 1981 mit A. Grieflinger („Das symbolische Kapital der Ehre“) und führte 2014 zu dem innovativen Beitrag von F. Link, der die Karrieren dreier prominenter Wissenschaftler im Nationalsozialismus paradigmatisch untersuchte („Burgen und Burgenforschung im Nationalsozialismus - Wissenschaft und Weltanschauung 1933-1945“). Göllnitz betrachtet eine weit größere Gruppe. In engem Bezug zur Gesamtheit aller Kieler Studierenden interessiert ihn deren Führungskorps. Bourdieu folgend, werden so Individuum und Handlungsfeld in ihrer wechselseitigen Beeinflussung untersucht. Dabei kommt der Verf. zu dem Schluss, dass auf „empirisch-historischer Basis“ die „analytische Aussagekraft von Bourdieus Feld- und Habitus-theorie begrenzt“ sei. „Emotionale und irrationale Entscheidungen oder abweichende Verhaltensmuster“ ließen „sich damit nur unzureichend fassen“ (S. 497). Göllnitz bezieht sich dabei auch auf Link (S. 45, 497). Der Befund mag im Rahmen der vorliegenden Studie zutreffen, zu verallgemeinern ist er jedoch, wenn man auf Grieflingers Erkenntnisse auf einem thematischen anderen Feld zurückblickt, nicht unbedingt.

Weitere wichtige methodische und analytische Gesichtspunkte verbindet der Verf. mit J. Reuleckes Begriff der „Generationalität“ und U. Herberts Erklärungen zum „generationellen Stil“ (S. 43, 562). Die daraus folgende Einteilung nach Gene-

rationen, die jeweils ihre eigenen Handlungs- und Verhaltensweisen entwickelten, durchzieht die fünf ausführenden Kapitel, selbst wenn er nicht durchgängig chronologisch voranschreitet.

Göllnitz beginnt mit jenen studentischen Jahrgängen, die zu Zeiten des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik sozialisiert wurden (Kap. 2, S. 51-170). In dieser, insbesondere die 1920er Jahre umfassenden Phase radikalisierten sich, angetrieben von studentischen Funktionären, Kieler Studierende. Sie handelten mit unverkennbarer sozialer Kompetenz und Durchsetzungskraft. In gewaltsamen Auseinandersetzungen der Studenten war die Risikobereitschaft hoch. Sanktionen der Hochschulleitung erwiesen sich als unzureichend oder unwirksam. Die nationalsozialistische Avantgarde trat als „Motor der Gleichschaltung“ (S. 125) hervor. Die NSDAP gewährte auf dem „Marsch zum Sieg“ den studentischen Führern zunächst großzügigen Handlungsspielraum, nach der Machtübernahme im Reich aber war Unterordnung geboten, zumal wenn die Jungakademiker auf stärkere Konkurrenten wie etwa Baldur von Schirach stießen (S. 167).

Das anschließende Kapitel fährt in der Generationenfolge nicht fort, sondern wendet sich einer allgemeinen Strukturanalyse der Studierenden zu (Kap. 3, S. 171-242). Demnach stieg die Studienfrequenz zwischen 1928 bis zum Höchststand im Sommersemester 1931 (3.547 Stud.), fiel durchgängig bis 1941, um dann bis 1944 wieder anzusteigen (S. 172). Seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre expandierte entgegen den eigentlichen Zielen des Nationalsozialismus das Frauenstudium (S. 196-199, 461, 638-641), während der Ausländeranteil erheblich zurückging (S. 202). Die soziale, konfessionelle und regionale Zusammensetzung der Studierenden (S. 214-225) war überwiegend mittelständisch, evangelisch, preußisch und insbesondere schleswig-holsteinisch geprägt. Dasselbe Bild zeigte sich vor wie nach 1933. Die Mehrzahl studierte Medizin und die Fächer der Philosophischen Fakultät, wozu noch die Naturwissenschaften gehörten. Rückgänge zeichneten sich bei Jura und Theologie ab. Die Studienförderung kam im Nationalsozialismus weiterhin vor allem dem Mittelstand zugute. Durchweg präsentiert Göllnitz sorgfältig erarbeitete und präzise analysierte Daten.

Das vierte Kapitel ist das ausführlichste mit der größten Tiefenstruktur (S. 243-457). Es umfasst überwiegend den Zeitraum von 1933 bis 1939. Gemeinsam mit dem kürzeren fünften Kapitel (S. 459-498), das die weitere Entwicklung bis zum Kriegsende behandelt, entfaltet sich hier breit und detailliert der thematische und inhaltliche Schwerpunkt der gesamten Studie. Gewiss richtete schon M. Grüttner in seiner nach wie vor wichtigen, auf ganz Deutschland bezogenen Untersuchung („Studenten im Dritten Reich“, 1995) seinen Blick auch auf Kiel, doch erweitert und vertieft Göllnitz den bisherigen Kenntnisstand erheblich.

Er beginnt mit einer Konturierung des neuen Studententypus, der durch eine doppelte Auslese gebildet werden sollte: eine negative, die politische Gegner und jüdische Studierende ausschloss, und eine positive, die letztlich die Bildung einer politischen Elite anstrebte. Deren Auswahl hatte zwangsläufig eine quantitative Seite, die sich im nationalsozialistischen Organisationsgrad der Studierenden abzeichnete. In einer einleitenden Bemerkung bezieht sich der Verf. noch auf eine ältere Forschung von N. Kampe („Studenten zwischen Aktionismus und Apathie“, 1987), wonach der geschätzte Anteil der politisch Gleichgültigen im Verhältnis zu den „Aktivisten oder Dissidenten“ mehr als die Hälfte ausgemacht habe (S. 36). Im

Zusammenhang des vierten Kapitels jedoch bemerkt er, dass angesichts einer sehr fragmentarischen Überlieferung die Entwicklung zwischen 1933 und 1939 nur „grob wiedergegeben werden“ könne (S. 272). Für das Wintersemester 1935/36 ermittelt Göllnitz freilich die deutlich höhere Mitgliedschaft von knapp 90 Prozent unter den in Kiel neuimmatrikulierten reichsdeutschen Studenten. Ein Vergleich mit anderen deutschen Universitäten im WS 1937/38 zeigt schließlich an, dass der Organisationsgrad mit 74,4 zu 61,3 Prozent an der Förde höher war (S. 274-275). Grundsätzlich aber bewahrt sich der Verf. eine kritische Distanz gegenüber Quantifizierungen, wenn er betont, dass Parteigenossen der NS-Ideologie möglicherweise „ablehnend gegenüberstanden“, während „überzeugte Anhänger des Nationalsozialismus einen Beitritt in die NS-Organisationen verweigerten“ (S. 273).

Sollte die „alte“ Hochschule (S. 332) überwunden werden, so musste die „neue“ Universität mit ihren Studierenden anders und neu eingerichtet sein. Göllnitz betrachtet dies unter der Überschrift der nationalsozialistischen „Bejahung und Anpassung“. Das Führungskorps handelte dabei mit Engagement und erlebte gleichzeitig auch eine Desillusion. Rassenkunde und nordische Kulturwissenschaft stiegen zu neuen Themen auf. Wehrwissenschaften wurden unregelmäßig angeboten und stießen keineswegs auf allgemeines studentisches Gefallen. Mit ihrer Absicht, einen neuen, nationalsozialistisch geprägten Fachbereich einzurichten, blieben die Kieler Studentenfürher erfolglos. Weder die Hochschulleitung noch die Ministerialbürokratie war sonderlich geneigt, einen Lehrstuhl für politische Erziehung einzurichten. (S. 294, 319)

Die neue studentische Identität sollte nicht im alten, aufzulösenden Verbindungswesen, sondern in neuen, aufzubauenden Kameradschaften und Wohngemeinschaften verankert sein. Sie sollte besonders gebildet und einsatzfreudig sein. (S. 320-419) Doch die zahlreichen Schulungen und Wehrübungen sowie die Sondereinsätze in Landwirtschaft und Fabriken führten zu einer zeitlichen Überlastung. Die politische Überforderung führte sogar dazu, dass politisch ungebundene Studierende zunehmend fachlich überlegen wurden. Rektor Wolf, der stets willens war, die nationalsozialistische Umformung der Universität zu fördern, erkannte in der aufwendigen politischen Nachwuchsausbildung durchaus ein Problem für das Regime (S. 420-421).

Vor 1933 bildete die begrenzte Schar der nationalsozialistischen Studierenden noch eine radikale, avantgardistische Elite mit einem revolutionären Impetus, der die eigenen Handlungsmöglichkeiten auf dem universitären Feld auszuweiten suchte und letztlich auf eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung zielte (S. 499). Nach 1933 konnte angesichts von Masseneintritten davon keine Rede mehr sein. Ende 1936 beruhigte und entradikalisierte sich die studentische Hochschulpolitik in Kiel deutlich. Gaustudentenfürher Peter Mäckelmann bedurfte keiner Profilierung auf dem Gebiet der studentischen Politik. Rigoros setzte er das Führerprinzip durch. Entscheidungen fielen kaum ohne sein Wissen. Trotz Beanstandungen der Kassenführung verfügte er über festen Rückhalt bei der regionalen Parteileitung. In Loyalitätskonflikten entschied er sich nicht für die Anliegen der Studierenden, sondern für die Belange übergeordneter Stellen. Damit verfolgte er konsequent eigene Laufbahninteressen im Staats- und Parteiapparat.

Das sechste Kapitel (S. 499-552) wendet sich unter der Frage nach dem Studenten „als Führer“ den Karrierewegen der jungakademischen Elite zu. Wie sorgfältig

und detailgenau Göllnitz seine Recherchen angelegt hat, zeigt sich im biographischen Anhang (S. 643-656), der die Informationen der bisher zur Verfügung stehenden Standardnachschlagewerke erheblich übertrifft.

Das nationalsozialistische Führungskorps setzte sich aus unterschiedlichen Studienrichtungen zusammen und war keineswegs wissenschaftlich uninteressiert. Studienabbrecher bildeten die Ausnahme. Bis zum Studienabschluss benötigten die studentischen Führerinnen und Führer eine kaum längere Zeit als ihre politisch weniger engagierten Kommilitoninnen und Kommilitonen. Die erste, besonders radikale und dezidiert antisemitische Generation rückte seit dem Frühjahr 1933 „von der politischen Peripherie ins neue Zentrum der Macht“ (S. 551). Sie nutzte dabei ihre erworbenen sozialen Ressourcen entschlossen wie erfolgreich und erreichte oft Positionen als politische Berater und in politischen und staatlichen Verwendungen auf mittlerer Ebene. Göllnitz erwähnt aber auch Beispiele von gescheiterten Lebensläufen, darunter nennt er Joachim Haupt, der nach dem Krieg immerhin Dozent bei der Bundeswehr und Lehrer an verschiedenen niedersächsischen Schulen wurde (S. 552, 646-647). In seinem Schlussfazit verwirft Göllnitz den „Topos des übermächtigen Funktionärs“, auch wegen der „indifferenten Haltung einer großen Mehrheit unter den Studierenden“ (S. 562). Nach seinen detaillierten und differenzierten Ausführungen überrascht sein Befund nicht, dass „die Funktionäre [...] institutionsformende auf der einen und institutionsgeformte Figuren auf der anderen Seite“ gewesen seien (S. 563).

Die Lektüre des umfangreichen Werkes ist zweifellos eine Herausforderung an die Kondition der Lesenden. Zugleich bietet die Studie – und dies ist von hohem Wert – eine Dokumentation der nationalsozialistischen Studierendengeschichte in einem Umfang und einer derart fundierten Detailgenauigkeit in Zeiten, in denen es auf Gründlichkeit bei Analysen des Nationalsozialismus und der Verwicklungen in eine Diktatur wieder sehr ankommt.

Rainer S. Elkar

3. Rechts, Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte

Sarah Bongermينو, „Sette ik min Testamentum“. Kiels spätmittelalterliche Testamente als Quellen zur Erforschung einer Kleinstadt. Münster: MV-Wissenschaft, 2016. 290 S. (Contributiones. Mittelalterforschung an der Helmut-Schmidt-Universität; 3).

Bei der vorliegenden Veröffentlichung handelt es sich um eine bereits 2011 an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg entstandene Masterarbeit. Erschienen ist sie in der von Stephan Selzer, dem Betreuer der Masterarbeit, herausgegebenen Reihe der „Contributiones“, von der inzwischen schon weitere Bände erschienen sind, darunter die noch von Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt († 2015) verantworteten Editionen zu den Hamburger Reitendienern und Hausdienern sowie zu den

Rechnungen eines Hamburger Beginnenkonventes.¹ Dass die nachgelassenen Werke Lorenzen-Schmidts dem rührigen Hamburger Mediävisten Stephan Selzer anvertraut wurden, kann nur als eine glückliche Fügung bezeichnet werden, da am Mittelalterlehrstuhl der Helmut-Schmidt-Universität aus den Quellen heraus geforscht, durchaus auch noch ediert, auf jeden Fall aber auf der Basis von wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen solide gearbeitet wird. Das belegt nicht zuletzt die vorliegende Veröffentlichung.

Diese wendet sich speziell den mittelalterlichen Kieler Testamenten zu. Von diesen sind für die Jahre 1300 bis 1519 immerhin 42 erhalten, von denen 39 beschrieben, ausgewertet und im Volltext ediert vorgelegt werden. Drei weitere Dokumente – ein Stück aus den Beständen des Stadtarchivs Kiel (Testament des Marquard Colowen, 1408; Urkundenarchiv Nr. 60 dd) sowie zwei Stücke aus den Beständen des Landesarchivs Schleswig-Holstein (Testamente des Hermann Wonsfleth und des Gossyck Lunstede, beide 1485; LASH Urkundenabteilung 136, Nr. 78 u. 79) –, die der Bearbeiterin erst im Laufe der Drucklegung bekannt wurden, werden zumindest erwähnt. Man wird sehen, was das sehnlichst erwartete, von Henning Unverhau erarbeitete Kieler Urkundenbuch demnächst noch an weiteren Stücken zutage fördern wird, doch dürften die Forschungsergebnisse von Sarah Bongermano dadurch in ihrer Substanz nicht überholt werden.

Die für eine Masterarbeit mit einem bemerkenswerten Anspruch aufwartende Arbeit bietet neben der Edition der Dokumente im Volltext und ihrer Erschließung über das Register eine Einleitung, die den Forschungsstand umreißt und Fragestellung und Vorgehensweise erläutert. Im Anschluss daran werden die Überlieferung der Kieler Testamente, ihre äußere Form und ihr Gehalt erläutert. Hier geht es um den Wechsel vom zunächst verwendeten Latein zum Mittelniederdeutschen, der sich im ersten Drittel des 15. Jahrhunderts, konkret zwischen 1408 und 1433, vollzogen zu haben scheint, außerdem um die männlichen und um die weiblichen Testatoren, um deren jeweilige Einbettung in familiäre Netzwerke und ins Sozialgefüge der Stadt Kiel, dann vor allem um die Legate „ad pias causas“, das heißt um mildtätige Legate an Arme und Bedürftige sowie an die geistlichen Einrichtungen der Stadt und ihres Umlandes. Dieses erstreckte sich auf ein Gebiet im Umkreis von ca. 25 km. Einrichtungen in Preetz, Eckernförde und Schönberg werden hier ebenso bedacht wie solche in Schönkirchen, Krusendorf und Flintbek, außerdem die Augustinerchorherren von Bordesholm und noch einige weitere Empfänger. Einziger „Ausreißer“ in dieser Sammlung ist St. Georg „in palude dicta Krempermarsch“, das von Emeke Tornore im Jahre 1361 mit einem Legat von 2 M lübsch bedacht wurde. Insgesamt wird hier der Charakter Kiels als einer holsteinischen Landstadt von ca. 2.000 Einwohnern deutlich, die nur einmal im Jahr, nämlich zum Umschlag Anfang Januar in der Oktave nach den Heiligen Drei Königen, als überregional bedeutender Kredit- und Rentenmarkt sowie als Austauschbörse für In-

¹ Erschienen als *Contribuciones* 4 u. 5: Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt (Bearb.): *Reitendiener und Hausdiener. Die spätmittelalterliche Überlieferung zweier Hamburger Bruderschaften*, Münster 2015 (268 S.); und ders. (Bearb.): *Rechnungen des Konvents der Blauen Schwestern (Beginen) in Hamburg. Die Mittelalterlichen Rechnungen 1481-1515*, Münster 2017 (250 S.).

formationen, Klatsch und Tratsch in den Mittelpunkt der Interessen von Adligen und Großen aus nah und fern rückte.

Während sich in den Lübecker Testamenten Hinweise auf mindestens 704 „Stellvertreter-Wallfahrten“ zu 42 unterschiedlichen Orten finden, fällt die diesbezügliche Ausbeute in den sehr viel überschaubareren Kieler Beständen bedeutend magerer aus: So verfügte Johan Vetel 1368, man sollte um seines Seelenheils willen von seiner Hinterlassenschaft einen Mann nach Rom, einen zum Heiligen Theobald nach Thann im Elsass, einen zum Heiligen Severin nach Nordjütland, einen zur Heiligen Jungfrau Maria nach Aachen und einen zu den Heiligen Drei Königen nach Köln schicken; außerdem werden einige weitere Legate für Wallfahrten nach Wilsnack (Bluthostien), nach Thann im Elsaß (St. Enwald), nach Königslutter („Lutten“) und nach Aachen erwähnt.

In weiteren Abschnitten geht es um die Bedeutung von Familienangehörigen (Ehepartnern, Kindern, Enkeln) und um die von Dienstleuten, es geht um Zeugen und um die in den Legaten aufscheinenden geschäftlichen Dinge, schließlich auch um den in den Testamentstexten fassbaren Mobilienbesitz, um Schmuck, Kleidung und Haushaltsgegenstände, Arbeitsgeräte und Handelswaren.

Wertvoll für die weitere Beschäftigung mit dem Gegenstand dürfte insbesondere eine Tabelle sein, die einen Überblick über den Testamentsbestand von (Klein-) Städten Lübisches Rechts vermittelt (S. 20-22). Mit großem Interesse liest man dort von 79 Testamenten zu Burg auf Fehmarn („Eine Edition wird an der Helmut-Schmidt-Universität [...] vorbereitet“), 150 Testamenten (1315-1515) zu Elbing, „eine(r) Reihe von Testaten“ zu Eutin, Beständen in Greifswald („... ohne aufwändige Recherche [ist] ... eine Aussage über den quantitativen Umfang der hier vorhandenen Testamente kaum möglich“), 42 Testamenten zu Kiel, mindestens drei Testamenten zu Krempe, 17 Testamenten zu Rendsburg, 193 Testamenten zu Tallinn/Reval, 1088 Testamenten zu Stralsund und 182 Testamenten (bis 1650) zu Wismar. Nur zum Vergleich: In Lübeck sind 6.400 mittelalterliche Testamente überliefert. Insgesamt macht die Arbeit neugierig auf weitere Arbeiten der Mediävisten von der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg.

Detlev Kraack

Gwendolyn Peters, Kriminalität und Strafrecht in Kiel im ausgehenden Mittelalter.

Das Varbuch als Quelle zur Rechts- und Sozialgeschichte. Frankfurt am Main: Peter Lang Edition, 2017. XV, 161 S. (Kieler Werkstücke, Reihe A; 45) (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte; 82).

Bei der vorliegenden Veröffentlichung handelt es sich um eine an der Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel entstandene Masterarbeit. Sie verknüpft die Bearbeitung und Neuedition des bereits 1899 von Hermann Luppe in einer gedruckten Edition zugänglich gemachten Kieler „Varbuches“ mit Überlegungen zur Interpretation der in diesem Stadtbuch für die Jahre 1465-1546 dokumentierten 66 Gerichtsverfahren und Urteile in Strafrechtsangelegenheiten. Dabei werden für die Beschäftigung mit den hier fassbaren Informationen zur spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechtspraxis in Kiel insbesondere Methoden und Erkenntnisse der modernen, sozial- und mentalitätsgeschicht-

lich verankerten Rechtsgeschichte sowie der historischen Kriminalitätsforschung herangezogen. Ausgehend von einer kodikologischen Beschreibung des in seinem heutigen Zustand vier Lagen umfassenden „Varbuches“, das für die Jahre 1489-1514 eine Überlieferungslücke von aller Wahrscheinlichkeit nach einer kompletten Lage aufweist, und Reflexionen über Form und Gehalt der jeweiligen Einträge sowie Überlegungen zur Nutzungsgeschichte und zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Quelle, leuchtet die Verfasserin zunächst den historischen und rechtlichen Hintergrund der Entstehungszeit des „Varbuches“ aus.

Hier treten das spätmittelalterliche Kiel und seine Bewohner, Rechtspflege und Gerichtswesen in der Stadt und in ihrem Umfeld in den Mittelpunkt der Betrachtung. Dabei geht es meist nicht so sehr um die normative Seite des Problemfeldes als vielmehr um die Gerichtspraxis und um die Rechtswirklichkeit in ihren vielfältigen Schattierungen, außerdem um die in die Verfahren eingebundenen Menschen, ob als Geschädigte, als Gerichtshalter oder als Delinquenten. Dabei wird deutlich, dass es eben durchaus verschiedene Gerichtsinstanzen und jeweils unterschiedliche Arten von Verfahren gab. Auch lassen sich aus den jeweils konkreten Gerichtsfällen sehr unterschiedliche Arten von Urteilen ablesen: Von Freisprüchen bis zu Todesurteilen erstreckt sich hier ein weites Spektrum; bisweilen wurden auch Landesverweise ausgesprochen und Sühneleistungen eingefordert. Strafmildernd konnte sich die Intervention eines Fürsprechers auswirken, so dass auf ein und dasselbe Delikt sehr unterschiedliche Urteile folgen konnten. Sowohl die im „Varbuch“ als auch die in parallelen Überlieferungen fassbaren Angaben lassen erahnen, dass Rechtsnorm und Gerichtswirklichkeit bisweilen doch nicht unwesentlich voneinander abwichen.

Im Anschluss an die aus den konkreten Gerichtsfällen gewonnene Analyse der Rechtswirklichkeit folgt gleichsam die Zusammenführung der Ergebnisse auf einer höheren Ebene. Hier werden in Anlehnung an das Instrumentarium der jüngeren historischen Kriminalitätsforschung noch einmal die Delinquenten sowie die Orte, an denen Verbrechen vielfach verübt wurden, sowie die Zeiten, zu denen dies geschah, in den Fokus der Betrachtung gerückt. Auf diese Weise entsteht eine Art Kriminalitätstopographie der Stadt Kiel, treten kirchliche Feste und Markttage als Orte erhöhter Verbrechensdichte in den Blick.

Ein Ausblick auf mögliche Anschlussforschungen und eine Zusammenfassung der Ergebnisse runden die Darstellung ab, an die sich ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis anschließt. Ein Anhang umfasst eine vollständige Edition der 66 im Kieler „Varbuch“ dokumentierten Einträge sowie 18 entsprechender Fälle aus der Chronik des Asmus Bremer, der sich in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bei der Abfassung seines „Chronicon Kiliense tragicum-curiosum“ auf eine noch weit umfangreichere Dokumentation zu den Kieler Strafgerichtsverfahren aus der Zeit um 1500 stützen konnte.

Angesichts unserer gegenüber dem 19. Jahrhundert doch erheblich modifizierten Vorstellungen von der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechtsprechungs- und Verwaltungspraxis wäre zu überlegen, ob man nicht auch für vergleichbare andere Quellenzeugnisse der Zeit die Mühe einer Neubearbeitung ins Auge fassen sollte. Die Veröffentlichung von Gwendolyn Peters zeigt, mit welchem Gewinn das verbunden sein kann.

Detlev Kraack

4. Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Carsten Porskrog Rasmussen, Hertuggodser. Storgodssamfund på Als og Sundeved fra 1500-tallet til 1800-tallet. Varde. PE Offset; 2016. 315 S. (Fra Als og Sundeved; 93) (Skrifter fra Museum Sønderjylland; 14).

Die historische Wahrnehmung der Inseln Alsen mit der vorgelagerten Halbinsel Sundewitt wird vor allem von den noch heute markanten frühneuzeitlichen Schlossanlagen in Nordburg, Augustenburg, Sonderburg oder Gravenstein (Gråsten) dominiert. Schließlich bieten sie nicht nur malerische Motive, sondern waren über mehrere Jahrhunderte ebenso wie das südlich der Flensburger Förde gelegene Glücksburg Herrschaftssitze der verschiedenen Fürstenlinien derer von Schleswig-Holstein-Sonderburg und somit mal mehr, mal weniger im Zentrum der (über-)regionalen Geschichte.

In seinem neuesten, auf dänisch verfassten Werk zu dieser Region möchte Carsten Porskrog Rasmussen – seit 2013 Leiter des historischen Zweiges am Museum Sønderjylland in Sonderburg – jedoch gerade nicht diese repräsentativen Residenzbauten in den Blick nehmen. Vielmehr stellt er dem Aspekt der Repräsentation von fürstlicher Macht nun eine sich gewissermaßen als komplementär verstehende Arbeit zur Seite, die sich mit den Grundlagen derselben beschäftigt: das System herzoglicher Großgüter. Ganz im Gegensatz zu den auch überregional bekannten Schlossbauten sei von diesen nämlich, so stellt der Autor einleitend fest, jenseits von einzelnen Wallgrabenanlagen, noch erhaltenen Wirtschaftsgebäuden oder auch den wieder freigelegten Ruinen von Østerholm heute kaum noch etwas zu sehen.

So steht zu vermuten, dass es Carsten Porskrog Rasmussen, der spätestens seit seiner 2003 vorgelegten Dissertation über die Gutswirtschaft im frühneuzeitlichen Herzogtum Schleswig ein ausgewiesener Experte für die frühneuzeitliche Adels- und Hofgeschichte dieser Region ist, neben der Erforschung auch um die Schaffung eines Bewusstseins für die Bewahrung der nur noch wenigen heute noch vorhandenen Spuren dieser Zeit geht. Denn noch in der jüngeren Vergangenheit gingen, so beklagt der Autor am Ende seines Werkes, mit den historischen Hauptgebäuden von Vertemine, Gammelgård und Majbølgård weitere Relikte dieser fürstlichen Epoche verloren (S. 264).

Auf rund 260 Seiten schildert der Autor die Geschichte der herzoglichen Großgüter auf der Insel Alsen und der Halbinsel Sundewitt und spannt dabei einen weiten historischen Bogen von deren Einrichtung über die Konsolidierung bis zur Abwicklung des Systems im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Das Werk gliedert sich in drei Hauptkapitel, die sich in chronologischer Reihenfolge jeweils den einzelnen Phasen widmen. An diese schließt sich ein kurzes und durchaus persönlich gefasstes Nachwort des Autors an (S. 255–264). Ergänzt werden die inhaltlichen Kapitel von zwei kurzen Jahresberichten des Historisk Samfund for Als og Sundeved (S. 307–310) sowie des Museums im Schloss Sonderburg (S. 311–315), in deren Schriftenreihen das Werk herausgegeben wurde. Mit 142 zumeist farblichen Abbildungen und zahlreichen tabellarischen Darstellungen ist das Werk zudem auch optisch überzeugend.

Im einführenden ersten Kapitel (S. 9-48) widmet sich der Autor der Etablierung des herzoglichen Gutssystems dieser Region, das im Wesentlichen auf die Regentschaft Herzog Hans des Jüngeren zurückzuführen ist (S. 25-48). Der Autor skizziert überzeugend die weitgehende und äußerst konsequente Arrondierungs- und Erwerbspolitik des Herzogs. Die durch ihn geschaffenen und ausgebauten Großgüter bildeten fortan die Zentren von gleich 13 Bezirken und wurden im Fall von Gammelgård oder Østerholm sogar mit repräsentativen Herrenhäusern ausgestattet. Schnell wird verständlich, dass der jüngste Sohn König Christians III. seine fehlende politische Macht durch ökonomische Leistungsfähigkeit kompensierte, was ihn zum "vielleicht größten Lebensmittelproduzenten" der Herzogtümer machte (S. 34).

Das Hauptaugenmerk des Werkes liegt jedoch nicht auf der Regentschaft des 1622 verstorbenen Herzogs, sondern auf der daraufhin folgenden Kernzeit der herzoglichen Großgüter, denen sich der Autor im zweiten und weit umfangreicheren Hauptkapitel widmet (S. 49-180). In mehreren Unterkapiteln wird die durch verschiedene Erbteilungen bedingte komplexe Herrschaftsgeschichte dieses vergleichsweise kleinen Raumes dargestellt. Doch liegt die Stärke der Abhandlung weniger in der Skizze dieses herrschaftlichen Rahmens, sondern vielmehr in den Ausführungen zu den ganz praktischen Fragen der landwirtschaftlichen Produktion (S. 62-116) und dem Verhältnis zu den bäuerlichen Untertanen (S. 128-180). Hier kann der Autor merklich auf seiner großen Detail- und Quellenkenntnis aufbauen.

Die äußerst detailreichen Ausführungen zu Aspekten wie der Jagd, dem Forstwesen, landwirtschaftlicher Produktion, sozialen Gruppen, den Fragen von Recht und Strafe oder kirchlichen Moralvorstellungen verschaffen einen vitalen Einblick in die Gesellschaftsstruktur der frühen Neuzeit, der auch für Untersuchung anderer Regionen bedeutsam sein dürfte. Dabei mögen einzig die knappen Ausführungen zu den Amtsträgern nicht ganz überzeugen, da sie kaum über die Aneinanderreihung von Kurzbiographien hinauskommt (S. 117-127). Dies ist besonders schade, da gerade diese Funktionsträger für das moderne Forschungsverständnis von Herrschaft eine so zentrale Rolle einnehmen, und umso bedauernswerter, da er die Grenzen der bäuerlichen Fremd- und Möglichkeiten der Selbstbestimmung gleich mehrfach so überzeugend wie gewinnbringend darstellt. Gerade bei der Untersuchung der Funktionsträger bieten sich also noch spannende Anschlussmöglichkeiten für Untersuchungen.

Abgerundet wird das Werk durch die im dritten Kapitel behandelte Abwicklung der Großgüter (S. 181-254), wobei er nuanciert auf die Auswirkungen der Reformgedanken des späten 18. Jahrhunderts in den jeweiligen königlichen, Glücksburger und Augustenburger Herrschaftsbereichen eingeht. Im besonderen Fokus steht dabei der Augustenburger Bezirk unter Christian August II., dessen Gutsherrschaft er gleich drei ganze Unterkapitel widmet (S. 208-254). Mit seinem mehr oder weniger aufgezwungenen Besitzverzicht im Jahr 1852 endet dann auch die Geschichte der herzoglichen Großgüter, die unter dänischer und preußisch-deutscher Herrschaft an regionale Familien oder private Unternehmer verkauft und in der Folge nahezu vollständig aufgelöst wurden.

Carsten Porskrog Rasmussen ist mit dem Werk über die Herzogsgüter eine kenntnis- und somit lehrreiche Regionalstudie über einen Kleinraum gelungen, die auch, aber möglicherweise nicht nur vom Aufstieg, Zerfall und nahezu vollständi-

gen Verschwinden eines fürstlichen Systems von Großgütern erzählt, dessen Erbe heute jedoch bestenfalls noch indirekt wahrnehmbar und vor allem ein Produkt des Zerfalls ist. Einerseits sind es die heute noch sichtbaren Ansammlungen einzelner kleiner Hofstellen um die ehemaligen Gutshöfe, die von deren einstiger Bedeutung zeugen. Andererseits gibt der Autor aber auch zu bedenken, dass das noch zu späteren Zeiten beobachtbare ausgeprägte kollektive Selbstbewusstsein der Region auf die Zeit der teils intensiven Auseinandersetzungen mit den herzoglichen Gutsherren über die Hofdienste und Abgaben zurückzuführen sein könnte. So fügt der Autor der Geschichte von fürstlicher Macht und deren Zerfall auch eine etwas andere (und gewiss leicht pathosgeschwängerte) Lesart bei, da er sie zugleich als Erzählung vom "Traum einer Gesellschaft von freien, gleichen und selbständigen Menschen" deutet (S. 263). Auf diesem Wege stellt er der oft bemühten fürstenorientierten Perspektive diejenige der Untertanen entgegen, die letztere von simplen Objekten zu heterogenen Akteuren innerhalb fürstlicher Herrschaft erhebt.

Stefan Magnussen

Thomas Riis, Die großen Agrarreformen in Schleswig-Holstein. Folge oder Anlass der Gesetzgebung? Kiel: Ludwig, 2016. 145 S. (Geist & Wissen: GWL; 27).

Der dänische Historiker Thorkild Kjaergaard hat in einer Untersuchung der dänischen Agrargeschichte darauf hingewiesen, dass die Gesetzgebung mit Bezug auf die Agrarreformen in Dänemark diese nicht in die Wege leiteten, sondern dass solche Reformen lange vorher eingeleitet worden sind. Kjaergaard hat seine Untersuchung auf Dänemark begrenzt, aber bei der Verwandtschaft oder gar Gleichheit aller Verhältnisse lag es nahe, eine solche Untersuchung auch für Schleswig-Holstein anzustellen.

Dieser Fragestellung mit Bezug auf Schleswig-Holstein widmet sich Thomas Riis in der vorliegenden Schrift. Es beginnt mit einem Kapitel über langandauernde ökologische Probleme der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft: Holzmangel, Sandtreiben, Grundwasser (S. 13-28). Dann folgt – gleichsam als Antwort – ein längeres Kapitel über die Bewältigung dieser Probleme: Düngung, Pflanzenanbau, Verkoppelung, Brennstoffe und ein relativ kurzes Kapitel über die Abschaffung der Leibeigenschaft, der „offiziellen“ Agrarreformen (S. 29-71). Das dritte Kapitel befasst sich mit den Auswirkungen der Reformen, allerdings in sehr kurzer und wenig angemessener Form (S. 72-83). Den Schluss bildet ein großes Kapitel über die Instenfrage – jene soziale Schicht, die besonders von den Reformen und deren Folgen betroffen waren (S. 84-126). Schließlich fasst Riis seine Ergebnisse zusammen.

Auf den ersten Blick ist das eine auf Umweltprobleme des 18. Jahrhunderts gerichtete Agrargeschichte und eine auf die Unterschichten gerichtete Sozialgeschichte. Quellengrundlage vor allem der umweltgeschichtlichen Darstellung sind vor allem „Dorfordnungen“, die für Schleswig in großer Zahl vorliegen und die in ihren Regelungen deutlich werden lassen, wie man diese Probleme zu lösen versuchte. Für Holstein gibt es solche Dorfordnung nur in geringerem Maße, so dass hier nur punktuell untersucht werden kann. Vor allem aber bleiben die großen Bezirke des Gutsbesitzes in Schwansen, im Dänischen Wohld und in Ostholstein außer Betracht. Die Entwicklung in den Gutsbezirken lief aber ganz anders, denn die staatli-

chen Gesetze über die Verkoppelung sowie über die Parzellierung und die Bauernbefreiung auf den Domänen galten nicht für die adligen Güter im Osten des Landes. Auch der Flurzwang in der dörflichen Gemengelage fand auf den Gütern nicht statt. Für die Gutsbezirke, die doch einen großen Teil des Landes mit ihrer wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Ordnung bestimmten, müssten wohl andere Überlegungen gelten. Es ist zwar ohne Zweifel so, dass es eine „Reform“ vor der Reform gab, aber nicht in dem Sinne, wie Riis es zur Grundlage seiner Untersuchung macht.

Für die Agrarreformen in den Gutsbezirken kommt ein ganzes Bündeln von Voraussetzungen zur Geltung. Wichtig sind Gedanken der Aufklärung und des aufklärerischen Menschenbildes, die eine Veränderung der sozialen Verhältnisse verlangten. Wichtig sind auch die Gedanken der neuen englischen Wirtschaftslehre, die dem Markt und dem selbständigen Individuum eine neue Rolle zuwies. Neben diesen Gedanken der „neuen Zeit“ sind es in Schleswig-Holstein die Obrigkeit, die auf Reformen drängte, und aufgeklärt ständische Gruppen, die vorangehen wollten. Schließlich waren es doch die „Nicht-Rezipierten“ Mitglieder der Gutsbesitzer, die die anderen widerstrebenden Mitglieder unter Druck setzten. Die ausführlichen Diskussionen und Verhandlungen, die innerhalb der Ritterschaft und der staatlichen Stellen über die Reformen stattfanden, zeigen doch, wie in dieser Hinsicht die Reformen zu beurteilen sind. Christian Degn hat in seinen Arbeiten dies ausführlicher dargestellt. Degns Beitrag zum 6. Band der Landesgeschichte wird zwar im Literaturverzeichnis genannt, hinterlässt aber in der Darstellung von Riis keine Spuren.

So bleibt: Eine interessante Fragestellung, die die Gleichheiten und Unterschiede der Entwicklung in Dänemark und Schleswig-Holstein hätte aufweisen können, doch wird dieser Anspruch von Riis nicht eingelöst. Die Fragestellung von Kjaergaard und Riis mag für den Landesteil Schleswig noch eine gewisse Berechtigung haben. Für Holstein, vor allem für die Gutsbezirke ist die Entwicklung der Reformen ganz anders.

Peter Wulf

Hansischer Handel im Strukturwandel vom 15. zum 16. Jahrhundert. Hrsg. von Rolf Hammel-Kiesow und Stefan Selzer. Trier: Porta Alba Verl., 2016. VI, 227 S. (Hansische Studien; 25).

In der Hansegeschichte haben im Gegensatz zur allgemeinen Geschichte Fragen des (Fern-)Handels und des wirtschaftlichen Austauschs stets, d. h. noch vor Gründung des Hansischen Geschichtsvereins, eine Rolle gespielt (man denke beispielsweise an Theodor Hirschs Handels- und Gewerbsgeschichte Danzigs, 1858), auch über die bis heute anhaltende sozial-/kulturgeschichtliche Wende der 1980/90er Jahre hinweg. Die aktuelle, stark von der jüngeren Kulturwissenschaft beeinflusste Geschichtsforschung entdeckt hingegen jetzt erst (wieder) dieses Thema, so dass Handelsgeschichte im engeren Sinn momentan eine gewisse Konjunktur erfährt, wie sie sich im vorliegenden Band niederschlägt, in dem die Vorträge der 130. Pflingsttagung vom 9.-12. Juni 2014 in Lübeck publiziert werden. Sachlich sind die Beiträge sehr eng aufeinander bezogen, es geht durchweg um den spekta-

kulären Fernhandel, der seit eh und je das vorrangige Interesse auf sich zog. Als Einleitung fungieren die historiographiegeschichtlichen Überlegungen von *Stefan Selzer* (S. 1-9), beschlossen werden sie durch eine weitere Untersuchungen anregende Zusammenfassung von *Gerhard Fouquet* (S. 209-221).

Fernhandelsgeschichte hat viele Facetten, die dank der Umsicht der Herausgeber zur Sprache gebracht werden. An erster Stelle sind die Währungsverhältnisse zu nennen mit der Besonderheit, dass sich von den ausgesprochen vielen lokalen und regionalen Münzen (meist Pfennigen) nur wenige im überregionalen Verkehr durchsetzten, nämlich als Goldwährungen das englische Pfund und der Rheinische Gulden, ansonsten dienten Silberwährungen der Marktintegration, wie *Oliver Volckart* in seiner volkswirtschaftsgeschichtlich-statistischen Untersuchung hervorhebt (S. 11-29). Einer der Gewinner der Verschiebungen der Austauschströme im Laufe des 15. Jahrhunderts war Danzig, wie *Christina Link* genauer zeigen kann, indem sie die Waren und deren Werte aufschlüsselt, die aus Danzig exportiert wurden (S. 31-47). Wiederum historiographiegeschichtlich ausgerichtet ist *Mark Häberleins* Aufsatz, in dem er den im Ostseeraum tätigen Fuggern als Konkurrenten der Hanse nachgeht und die (für das heutige Verständnis schiefen) Urteile der älteren Forschung als äußerst zeitgebunden kennzeichnet (S. 49-65).

Gegen die früher gelegentlich vertretene These von der Rückständigkeit der Hansekaufleute im Vergleich zu denen Oberdeutschlands oder gar Italiens wendet sich *Markus A. Denzel*, der in seinem bis ins 17. Jahrhundert ausgreifenden Beitrag eine Innovationsfähigkeit der hansischen Kaufleute erkennt, die sich den Erfordernissen der Zeit angepasst hätten (S. 67-99). Einen genaueren Blick auf die Organisation der Handelsgesellschaften um 1500 wirft *Carsten Jahnke*, indem er den Partnerschaften des Revaler Ratsherrn Hans Selhorst nachgeht und dessen Netzwerk herausarbeitet. Im Laufe des 16. Jahrhunderts werden die Handelsgesellschaften älteren Typs, die man als Haushaltsgemeinschaften verstehen kann, die der künstlichen Verwandtschaft an die Seite zu stellen sind, durch Einzelkaufleute ersetzt, die sich in der Fremde durch Handelsdiener bzw. Faktoren vertreten ließen. Im Anhang dieses Aufsatzes findet sich eine Abrechnung des Jasper van Lennep mit Hans Selhorst aus dem Jahr 1533 (S. 101-135).

Bei der Hanse denkt man an Norddeutschland und Nord- bzw. Nordwesteuropa. Im Allgemeinen ist dieses auch richtig, doch gab es auch direkte Beziehungen nach Italien, wobei zunächst Venedig mit dem Fondaco dei Tedeschi, sodann Rom mit der Kurie und nicht zuletzt Florenz mit der Medici-Bank im Mittelpunkt der hansischen Geschichtsforschung stehen. Es handelt sich allerdings um Spuren, um Nadeln, die man im Heu suchen muss – aber man wird fündig. Vereinzelt waren Norddeutsche auch in Italien aktiv, und umgekehrt verfolgte man im Norden die wechselnden Lagen der italienischen Politik, wie die Lübecker Chronistik ausweist, so *Tobias Daniels* (S. 137-159). Dem Wegzug der europäischen Fernhändler von Brügge nach Antwerpen geht *Ulla Kypta* nach, wobei sie die Verlagerung des Fernhandelszentrums mit dem begrifflichen Instrumentarium der volkswirtschaftlichen Neuen Institutionenökonomik zu erklären versucht, bei dem zwischen Institutionen und Organisationen unterschieden wird (S. 161-181). Den wirtschaftlichen Kompetenzen der Hansetage geht *Rolf Hammel-Kiesow* nach, was insofern wichtig ist, als dass die Hansetage bekanntermaßen selbst kein Recht setzten (das geschah erst in den Städten), sondern einen kommunikativen Rahmen abgaben und eine

überregionale Verabredungsgemeinschaft darstellten, die es den Kaufleuten erleichterte, ihren Fernhandel mithilfe der Familien- bzw. Haushaltsgesellschaften über große Distanzen hinweg abzuwickeln; thematisch wird die Islandfahrt des 15. Jahrhunderts behandelt (S. 183-208).

Der Rezensent bekennt, dass er viel gelernt hat und er den Band nicht missen möchte. Die weitere Handelsgeschichte wird an ihm nicht vorbei gehen können.

Harm von Seggern

Wolfgang Kiebert, Der neue Weg. Zur Geschichte des Hindenburgdamms, Berlin: VBN, 2017. 104 S.

Bereits 2017 erschien im Berliner „Verlag Bernd Neddermeyer“ (VBN) – ausschließlich mit Büchern zum Thema Eisenbahn auf dem Markt – ein Band, dessen Titel nicht nur Eisenbahnfreunde neugierig macht: Nichts Geringeres als die „Geschichte des Hindenburgdamms“ wird angekündigt. Im verlagstypischen Großformat und reichhaltig bebildert richtet der Autor, Wolfgang Kiebert, seinen Blick hierin von seinem sonstigen Steckenpferd, der Berliner S-Bahn, herüber auf die schleswig-holsteinische Bahnverbindung durch das nordfriesische Wattenmeer nach Sylt. Wie im Vorwort bekundet, war dem häufigen Sylt-Besucher Kiebert das 90jährige Betriebsjubiläum des Eisenbahndamms Anlass genug für eine Würdigung. Dafür wertete er Quellen aus etlichen Archiven, so des Bundesarchivs, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, des Kreisarchivs Nordfriesland, des Historischen Archivs der Deutschen Bahn AG, des Landesarchivs Schleswig-Holstein und des Sylter Archivs aus und zog darüber hinaus etliche weitere themenbezogene Quellen hinzu.

Derart quellengestützt, blättert der Autor auf über einhundert Seiten eine Chronologie auf, die den Bogen spannt von den ersten Überlegungen zu einem Verbindungsdamm zwischen dem Festland und der Insel Sylt von Christian Peter Hansen aus dem Jahre 1861 (die Autoren Florian Ahmer und Sebastian Lehmann nennen hier die Jahreszahl 1856) zu den „beobachteten Zugarnituren“ im Pendelverkehr über den „Hindenburgdamm“ im Jahre 2016.

Mit einem einleitenden „Blick in die Sylter Verkehrsgeschichte“ werden die früh erkannte Notwendigkeit einer Verkehrsanbindung der Insel (Gründung des Bades Westerland: 1855) und die vielfachen Schwierigkeiten beim Ausbau der Bahnlinien und der Schiffspassagen geschildert, die insbesondere nach Abtretung der Fähr-Anlegestelle Hoyer Schleuse an Dänemark nach der Volksabstimmung 1920 auftraten und Überlegungen zum Bau eines Verbindungsdammes aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg neu belebten. Ausführlich und detailreich geht der Band in der langen Vorgeschichte bis zum Bau des Damms auf die entstandenen Denkschriften, angefertigten Kostenüberschläge und grundsätzlichen Überlegungen zum Sinn einer Inselanbindung auch für die abgehängte Sylter Inselbevölkerung ein und stellt ebenso die zeitgenössischen Alternativpläne zu einem Wattenmeerdamm vor. Ergänzt durch etliche Fotos, zeitgenössische Karten, Planskizzen und Presseauschnitte schreitet der Autor mit den Voraussetzungen, den erwarteten mannigfaltigen Auswirkungen und den Planungen zur Linienführung des Wattenmeerdammes in seiner Darstellung weiter voran, bis er anschließend auf den im November

1919 einsetzenden Bau der Bahnstrecke bis Klanxbüll samt Empfangsgebäude und Haltepunkte auf dem Vorlanddamm zu sprechen kommt. Folgerichtig nimmt der im Frühjahr 1923 begonnene Bau des eigentlichen Verbindungsdamms im Folgenden mit nicht minder zahlreichen Illustrationen, Fotos und historischen Bauskizzen dann einen breiteren Raum ein.

Neben der Vorstellung der technischen und planerischen Schwierigkeiten, die sich oftmals und nicht erst durch die Sturmflutschäden im August 1923 einstellten, geht die Schilderung auf so zahlreiche bauliche Details (Sohlenbreite, Kronenbreite, Dammkronenhöhe, Böschungsneigungen, Materialienverwendung, Spülverfahren u. a.) ein, dass dem Leser hier erstmals der Überblick über das Bauvorhaben im Ganzen zu entgleiten droht. Diese Detailversessenheit setzt sich in der Schilderung der Baujahre bis 1926 fort. Eine historische Einordnung des Baugeschehens hätte hierbei, ebenso wie bei der Aufführung der Baukosten, eine Bewertung des komplexen Verfahrens mit seinen vielfachen Lernprozessen und Zuständigkeiten erleichtert.

Der Eindruck, dass die „Geschichte des Hindenburgdamms“ in dem vorliegenden Band ohne Quellenkritik, ohne historische Zuordnungen und ohne abschließende Bewertungen, weitgehend orientiert an der schlichten Chronologie der vorliegenden Quellen nachgezeichnet wird, wo es vielmehr darauf angekommen wäre, die Fülle der Quellen für die Ausarbeitung eines historischen Gesamtbildes zu nutzen, verstärkt sich in den folgenden Kapiteln noch. Insbesondere im Kapitel zur „Eröffnung des Eisenbahndamms“ wird dann deutlich, wie bei einer simplen Beschreibung entlang des komplexen, aber einschlägigen Quellenmaterials wesentliche Aspekte unberücksichtigt bleiben: Einerseits wird hierin die Anreise des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg über den „Wattenmeerdamm“ nach Sylt und sein nur wenige Stunden andauernder Inselaufenthalt am 1. Juni 1927 in allen Einzelheiten und akribisch bis auf die letzte Minute seines Sonderzug-Fahrplans nacherzählt, andererseits bleibt es bei dem Benennungsakt des Damms nach dem Reichspräsidenten durch den Generaldirektor der Reichsbahn, Julius Dorpmüller, im Westerländer Kurhaus bei einer simplen Erwähnung. Hintergründe und Motivationen, etwa diejenigen Dorpmüllers, sich mit seiner unabgesprochenen Spontan-Benennung Reichspräsident Hindenburg anzudienen, da dieser seine Bestätigung als Generaldirektor 1926 aus politischen Eitelkeiten ganze vier Monate hinausgezögert hatte, finden dagegen keine Erwähnung.

Auch weitere Informationen zu den beteiligten Protagonisten – allen voran zu Hindenburg, aber auch zum „Hindenburg der Reichsbahn“ und späteren NS-Verkehrsminister Dorpmüller – werden schlichtweg ausgelassen. Ebenso wenig wird die nur offiziöse, aber offensichtlich niemals offiziell vollzogene Benennung des Damms nach Hindenburg problematisiert – ein Manko mit Folgen für die weiteren Kapitel der „Geschichte des Hindenburgdamms“. So werden beispielsweise die vielfachen Umbenennungsbemühungen, die nicht erst seit den jüngsten kritischen Auseinandersetzungen mit der Figur Hindenburgs in der aufgeklärten bundesdeutschen Öffentlichkeit stattfinden, mit keiner Silbe gewürdigt. Ebenso wäre hier die Haltung der Deutschen Bundesbahn (seit 1994 Deutsche Bahn AG) zu den Umbenennungsinitiativen von Interesse gewesen.

Auch in der Fortsetzung in den nachfolgenden Kapiteln, etwa zu Aspekten der Nutzung des Damms, zu Fahrplänen, Besitz- und Rechtsverhältnissen u. ä., ver-

harrt die Darstellung weiterhin nahezu in ihrer schlichten Aneinanderreihung von Details aus den jeweils herangezogenen Quellen. Die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges hingegen werden auf knapp zwei Textseiten abgehandelt – neben der redundanten Auflistung von Zugnummern und dem Abdruck von Fahrplänen durchaus mit interessanten Informationen, etwa zu Ausbauplänen und Aufrüstungsprojekten. Die Schilderung des Kriegsgeschehens wiederum beschränkt sich auf eine Aufzählung der sieben Luftangriffe auf den Damm.

Noch einmal das Interesse weckt Kiebert mit der Schilderung der Herausforderungen, die der aufkommende Autoverkehr der Nachkriegszeit für den Bahndamm durchs Wattenmeer darstellte. Pläne und Skizzen von Autobahnbrücken und Ferienanlagen entlang des „Hindenburgdamms“ illustrieren anschaulich den ungebremsten Fortschrittsglauben der Nachkriegszeit, der er auch im nordfriesischen Wattenmeer nicht Halt machen sollte. Anstelle von Autostraßen wurde dann jedoch der Bahnverkehr mit Wagenübersetzwaggonen und Verladerrampen weiter ausgebaut – leider verliert sich der Autor hier nun vollends in seiner Faszination für Fachausdrücke, Abkürzungen, Typenbezeichnungen von Baureihen und anderen Details, so dass die Lektüre streckenweise in eine ungewollte Komik wenn nicht gar Missverständlichkeit abzurufen droht, wenn z. B. von „Doppelstockwagen der Gattung Offs 60“ die Rede ist, die „mit zwei SS-Wagen zu einer Wagengruppe gekoppelt“ wurden oder von „verstellbaren Rampen der SS-Wagen“. Eine erklärende Einordnung dieser wohl bahntechnischen Fachbegriffe wäre an dieser Stelle mehr als hilfreich gewesen. Dagegen nimmt die ausufernde Auflistung ähnlicher technischer Details zum Ende des Bandes immer größeren Raum in Anspruch; da ist die Rede von „Rungenwagen der Gattung Rlmms 58“, von „auf Jakobs-Gestellen ruhenden Mittelgliedern“ und „Flachwagen der Gattung DD“ oder der „Gattung Bomd“ und dergleichen vieles mehr. Für wen außer den eingefleischten Eisenbahnfan sollen diese Informationen von Wert sein?

Mit ähnlicher Detailversessenheit bis in die letzte „Beta“-Nummer (Betriebs- und Bauanweisung) wird der Ausbau der Stecke Niebüll-Westerland in den 1960er und 1970er Jahren nachgezeichnet, bis der bekennende Bahnfan Kiebert sich zuletzt mit ermüdenden Zahlenkolonnen in Listen von Auslieferungs- und Untersuchungsdaten bis hin zu durch den Autor vor Ort „beobachteten“ Loktypen, Baureihen und Streckenplänen ergeht – alles sicherlich erwähnenswert, aber in einer „Geschichte des Hindenburgdamms“ doch eher Nebenaspekte.

Gänzlich unübersichtlich gerät dem Autor dann in den abschließenden Kapiteln die Schilderung des Wettbewerbes um die Bahnkonzessionen, die nach dem Verlust der Monopolstellung ab 2016 im Shuttle-Verkehr nach Sylt neu zu vergeben waren; auch hier wieder mit der verwirrenden Aufzählung von Lok- und Waggonbezeichnungen, Zugnummern und Fahrplänen bis hin zu Lackfarbenbezeichnungen samt unzähliger Abkürzungen und Nummern, die den Text kaum verständlicher machen. Ein Beispiel (S. 90): „Der Präsentationszug bestand aus einer Diesellok vom Typ Di 6/ME 26, zwei Flachwagen der Gattung Sps bzw. Snps und einem zweiachsigen ehemaligen Hilfszug-Gerätewagen Gbs der DR, der zum Generator- und Begleitwagen der Gattung Uks umgebaut wurde [...]“ Dabei werden die (technischen!) Schwierigkeiten, die noch 2016 einen regulären Shuttle-Betrieb nach und von Sylt behinderten, in einem abschließenden Ausblick durchaus angesprochen. Doch von den Folgen für Inselbewohner, Feriengäste und vor allem für die

fast 5000 täglichen Pendler, die auf der Insel zwar arbeiten, sich aber eine Wohnung dort nicht mehr leisten können und auf einen reibungslosen Bahnbetrieb über den Damm angewiesen sind, kein Wort. Dabei wären diese sozialen Auswirkungen des „Hindenburgdamms“ für die Insel Sylt mindestens ein eigenes Kapitel wert gewesen; etwa beginnend mit der Einführung des „Schöne-Wochenend-Ticket“ im Jahre 1995, das der Insel Massen von ungewollten „Billig-Touristen“ bis hin zu Aufrufen zum „Punk-Picknick in Westerland“ von Punks aus Hamburg beschert hat, oder etwa zu den völlig überfüllten und beständig verspäteten Zügen über den „Hindenburgdamm“ und seinen gravierenden Auswirkungen sogar für die Sylter Geschäftswelt und ähnlichen Auswirkungen des Bahnanschlusses für das Inselleben. Stattdessen beschließen den Band bunte Fotos von Loks und Zügen auf neun angefügten Seiten, die der bahnbegeisterte Autor Wolfgang Kiebert eigenhändig auf der Strecke aufgenommen (wie von ihm wiederholt vermerkt „beobachtet“) hat.

Leider kann diese „Geschichte des Hindenburgdamms“, die sich durchaus durch etliche akribisch ermittelte Details zu Planung, Bau und Betrieb des Bahndamms hervortut, lediglich als ergänzende Lektüre zum Thema herangezogen werden. Für eine umfassende Darstellung hingegen fehlen nicht nur wesentliche weiterführende Themenkomplexe, sondern auch jegliche Einbindung in historische Kontexte und Bezüge, um dem selbst gesteckten Anspruch einer Gesamtdarstellung, wie im Titel angekündigt, gerecht zu werden.

Nils Hinrichsen

Nationale Minderheiten. Beiträge zum 9. Internationalen Ferdinand-Tönnies-Symposium. Hrsg.: *Thomas Steensen*. Bredstedt: Nordfriisk Instituut, 2017. 215 S. (Nordfriisk Instituut; Nr. 249).

„Die Vielfalt der Erscheinungsformen von Minderheiten in Deutschland und Europa war für mich das Überraschendste“ – so fasst ein Teilnehmer eines Seminars zu „Minderheiten in Deutschland im europäischen Zusammenhang“ seinen Erkenntnisgewinn zusammen, nachdem er im Rahmen dieses Hochschulseminars das 9. Internationale Ferdinand-Tönnies-Symposium am 13. und 14. November im NordseeCongressCentrum Husum besucht hatte. Diesen Erkenntnisgewinn vermittelt der von *Thomas Steensen* herausgegebene Tagungsband nunmehr in schriftlicher Form.

Die Darstellung dieser Vielfalt Europas wurde im Symposium mit einem Exkurs über Sprachen und Minderheiten in Afrika ergänzt. Die exemplarische Darstellung von Minderheiten in Europa und der vier in Deutschland anerkannten Minderheiten wird in diesem Tagungsband eingebettet in eine Reihe von Beiträgen, die sich übergeordnet mit der Frage der Existenz von Minderheiten in einer globalisierten Welt beschäftigen (*Jørgen Kühl*). Die europäischen Instrumente zu den Rechten von Minderheiten beschreibt *Stefan Oeter* und die Herausforderungen, die sich für sie in sprachlicher Hinsicht ergeben, nimmt *Georg Gombos* in den Blick. Außerdem wird der Namensgeber des Kolloquiums Ferdinand Tönnies gewürdigt und die Frage nach seinem Soziologen-Blick auf Volk – Staat – Demokratie – Minderheit gestellt (*Alexander Deichsel* und *Carsten Schlüter-Knauer*).

Kühl weist in seinen Beitrag auf die Gefährdung der Minderheiten durch die fortschreitende Globalisierung hin: Sprachverlust und Abwanderung erfordern, dass sich die Minderheiten kontinuierlich damit beschäftigen müssen, „was Minderheit, was Mehrheit in der globalisierten Welt bedeutet“ (S. 47).

Neben der Vorstellung ethnischer Minderheiten des Baltikums, das eine enorme Vielzahl von Minderheiten beheimatet (*Mindaugas Kuklys*), und der Geschichte und Kultur der Basken (*Mabel del Val Nuñez*) ist im Zusammenhang dieses Buches der außereuropäische Blickwinkel neu und interessant. *H. Ekkehard Wolff* stellt sogar die Frage „Sprachen und Minderheiten in Afrika – Kann Europa daraus etwas lernen?“

Thomas Steensen richtet den Blick dann nach Deutschland und auf die anerkannten nationalen Minderheiten: die dänische Minderheit, die friesische Volksgruppe, die deutschen Sinti und Roma sowie das sorbische Volk. Die Perspektive des Tagungsbandes wird dann in zwei Schritten auf die Situation in Schleswig-Holstein (*Renate Schnack*) und auf die Sinti und Roma in Kiel nach 1945 (*Uwe Carstens*) verengt.

Die Dokumentation der Podiumsdiskussion, die das 9. Tönnies-Symposium abschloss, beschließt diesen Tagungsband. Am Ende finden sich die Stellungnahmen der Studierenden, die dieses Symposium besucht haben: Daraus geht hervor, dass die Studierenden durch dieses Symposium erstmals ein Bewusstsein für Minderheiten und deren Probleme bei der Wahrung ihrer Identität gewonnen und Kenntnis von den Organisationen, die sich mit Minderheitenschutz beschäftigen, erhalten haben. Ein Student schreibt, „Ich fand es erstaunlich, wie viele unterschiedliche Minderheiten es in Europa gibt. Vor diesem Seminar war mir nicht bewusst, dass Flensburg eine zentrale Rolle im Minderheitenschutz spielt“.

Frank Lubowitz

5. Kirchen-, Geistes- und Kulturgeschichte

Oliver Auge/Katja Hillebrand, Klöster in Schleswig-Holstein. Von den Anfängen bis zur Reformation. Kiel, Hamburg: Wachholtz, Murmann Publishers, 2017. 136 S.

Dass die Initiative zur Einführung eines neuen Feiertags in Schleswig-Holstein eine sehr breite Zustimmung der Öffentlichkeit gefunden hat, ist sicher nicht allein auf die Erwartung eines weiteren arbeitsfreien Tages zurückzuführen, sondern auch auf das kollektive Gedächtnis, einmal zur Speerspitze der Reformation gehört zu haben. Die Städte Holsteins schlossen sich bereits in den 1520er Jahren der neuen Lehre an, im Herzogtum Schleswig setzte Kronprinz Christian, glühender Lutheraner und später König Christian III., diese teilweise mit recht rabiaten Mitteln durch. Die Erinnerung an das Vorreformatorsche, d. h. in heutigem Sprachgebrauch das Katholische, geriet nahezu in Vergessenheit.

Dass die meisten Kirchen im Lande von den Lutheranern übernommen wurden, versteht sich von selbst. Erfreulicherweise blieb ein Bildersturm aus, so dass nicht wenige, auch sehr kleine Landkirchen noch heute über eine reiche mittelalterliche

Ausstattung verfügen. Anders war es bei den Klöstern. Die Feldklöster, auf deren Landbesitz das Auge der Landesherren und des Adels gleichermaßen gerichtet war, wie das Rudekloster nahe Flensburg oder das Birgittenkloster Marienwohld bei Mölln und das Kloster der Antoniter in Mohrkirchen verschwanden fast gänzlich von der Landkarte, das eine versank buchstäblich im Wasser, die anderen wurden restlos abgebrochen; das Benediktinerkloster Cismar fand eine neue Nutzung. Die Stadtklöster der Bettelorden blieben dagegen zumeist zunächst erhalten und fanden neue Nutzungen als Fürsorgeeinrichtungen für ältere und gebrechliche Menschen oder als Schulen, gerieten aber auch zusehends aus dem Blickfeld. Allein vier von fünf Frauenklöster – Itzehoe, Preetz, Schleswig und Uetersen – blieben, nunmehr als evangelische Damenstifte – institutionell und zunächst baulich erhalten. Der Auflösung klösterlichen Lebens entsprach aber auch dort die zunehmende Aufgabe mittelalterlicher Bausubstanz. Auch wenn das Schleswiger Kloster St. Johannis den Eindruck einer komplett erhaltenen Klausur vermittelt, sind doch große Teile der den Kreuzhof umstehenden Klausurflügel neuzeitlich. Die Klausurgebäude des Klosters Preetz sind noch im 19. Jahrhundert größtenteils abgebrochen worden, als die Begeisterung für alles Mittelalterliche längst um sich gegriffen hatte.

Die Klöster waren aber nicht ganz vergessen. In der Literatur finden sich immer wieder mehr oder weniger ausführliche quellengestützte Beschreibungen einzelner Klöster und deren Geschichte bereits im 18. Jahrhundert und vermehrt mit der wachsenden Wertschätzung des Mittelalters im 19. Jahrhundert. Überschaut man die Literatur bis weit ins 20. Jahrhundert, zeichnet sich ein jedoch recht heterogenes Bild ab. Es handelt sich dabei vor allem um zahlreiche lokal- und kirchengeschichtliche Monografien und Aufsätze in für die Allgemeinheit nicht ohne weiteres zugänglichen Schriftenreihen. Beachtenswert vor allem sind die Schriften von Deert Lafrenz über die Klöster in Schleswig (1985) oder – allerdings schon stärker auf die Neuzeit bezogen – die Bemühungen von Elsa Plath-Langheinrich, die Erinnerung an das Kloster Uetersen und eine der Stiftsdamen, Augusta Louise Gräfin von Stolberg-Stolberg, wachzuhalten. 2004 und 2007 versuchte der Rezensent nicht ganz fehlerfrei das Wissen über die Klöster in Schleswig-Holstein mit zwei Publikationen zusammenzufassen sowie auch den „Laien“ das Wissen über die Zusammenhänge zu vermitteln und das Interesse am Thema zu stärken oder wachzuhalten („Klöster in Schleswig-Holstein. Itzehoe – Preetz – Schleswig – Uetersen“ und „Klöster in Schleswig-Holstein. 1200 Jahre Geschichte, Architektur und Kunst“).

Um 2007 setzten gemeinsame Bemühungen von Wissenschaftlern der Kieler Universität und des Landesamtes für Denkmalpflege zur Erarbeitung eines Klosterbuches ein, wie es für Baden-Württemberg, Brandenburg und das Rheinland bereits vorliegt oder unter anderem auch für Thüringen nach einheitlichen Kriterien in Bearbeitung ist. Die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse wird nun schon seit vielen Jahren angekündigt. Für die Verzögerung sind sicher mehrere Ursachen zugleich zu vermuten. Die gründlichen Recherchen des weit verstreuten, unvollständigen Schriftgutes dürften die wichtigsten sein. Insofern spricht es für die gründliche Arbeit, Genauigkeit über voreiligen Abschluss zu stellen.

Als Zwischenergebnisse der mühsamen und hoffentlich ertragreichen Arbeit sind seitdem der Begleitband zur Ausstellung „Glauben – Wissen – Leben: Klöster in Schleswig-Holstein“ herausgegeben von Jens Ahlers, Oliver Auge und Katja Hil-

lebrand (2011) und „Klöster, Stifte und Konvente nördlich der Elbe. Zum gegenwärtigen Stand der Klosterforschung in Schleswig-Holstein, Nordschleswig sowie den Hansestädten Hamburg und Lübeck“, herausgegeben von Oliver Auge und Katja Hillebrand (2013), erschienen. In diesen Zusammenhang ist auch das hier besprochene Buch „Klöster in Schleswig-Holstein. Von den Anfängen bis zur Reformation“ einzuordnen.

Das Buch umfasst acht Kapitel beginnend mit der grundsätzlichen Frage, woher angesichts der vielen Verluste seit der Reformation und der Zeit danach sowie der daraus resultierenden teilweise lückenhaften oder gar mangelnden Quellenlage das notwendige Wissen stammt. Etwas irritiert die Kapitelüberschrift, wonach Schleswig-Holstein keine „Klosterlandschaft“ sei (S. 19). Sicher ist die Dichte der Klosterstandorte und deren Einfluss nicht mit der von Alt-Württemberg mit etwa 300 Standorten und dem damit verbundenen Landbesitz zu vergleichen. Aber sind nicht gerade auch das Fehlen einiger Orden oder die Eigenheiten in Dithmarschen, das auf Seite 31 als „Klosterlandschaft“ bezeichnet wird, Kennzeichen einer regional-spezifischen Ausprägung, also doch einer „Klosterlandschaft“?

Breiter Raum wird den Bauwerken und der künstlerischen Ausstattung als den wichtigsten Sachgütern gewidmet. Dass die Klöster noch heute eine große Faszination auf die Besucher ausüben, ist sicher auch dem Umstand geschuldet, dass hier in einzigartiger Weise „das Prinzip der Einheit und Gemeinschaft“ in Baukunst umgesetzt wurde. Diese Übereinstimmung von Form und Funktion gilt auch heute als Kennzeichen „guter Architektur“. An den erhaltenen baulichen Resten ist nicht nur sehr gut das einst nicht nur von geistlicher Spiritualität geprägte klösterliche Leben nachvollziehbar, sondern das nicht immer freudvolle der Klosterinsassen und die klösterliche Wirtschaft vorstellbar. Man denke nur an die Klagen der Anna von Buchwaldt über die zwischenmenschlichen Verhältnisse innerhalb des von ihr geführten Klosters Preetz. In den Alltag des Klosters waren auch die zahlreichen Retabel, liturgisches Gerät und Kunstobjekte einbezogen, die sich heute noch teilweise vor Ort, mehr noch in Museen oder anderen Kirchen erhalten haben. Die inhaltliche Bedeutung von Lettnern oder dem Krummstab wird in knappen Sätzen skizziert, so dass sich der Leser eine Vorstellung über deren ursprüngliche Funktion machen kann.

In zwei Kapiteln gehen die Autoren auf die Reformation und deren Wirkung ein. Besonderes Interesse verdient das Kapitel über die Reformbestrebungen vor der Reformation. Dabei wird deutlich, dass der Thesenanschlag Luthers 1517 sicher ein wichtiges Datum der Reformationsgeschichte war, die „Devotia Moderna“ aber als Reformbewegung von innen bereits schon lange vorher auch Schleswig-Holstein erreicht hatte. Das letzte Kapitel enthält Reisehinweise zu einzelnen noch vorhandenen und zu besichtigenden Klöstern und Stätten, wo einmal klösterliches Leben stattfand.

Alles in allem ist das Buch eine ausgezeichnete im besten Sinne populärwissenschaftliche Abhandlung, die gebührende Beachtung verdient: umfassend, wissenschaftlich gestützt und gut lesbar zugleich. Sollte es eine Neuauflage geben, gestattet sich der Rezensent die Anregung, einige Ausführungen zu überprüfen, z. B. hinsichtlich der Funktion des Kapitelsaales („morgendliche Konventsmesse“, S. 62). Es fehlen auch Hinweise darauf, dass das Paradies des Lübecker Domes, das mit dem Domkloster eigentlich nichts zu tun hatte, eine zweifache, recht kreative Rekonstruktion ist und

dass die Segeberger Kirche nach außen nur das Bild einer romanischen Kirche vermittelt. Irritierend ist an mehreren Stellen die Nummerierung der Abbildungen (z. B. Abb. 96 und 97 auf S. 92, Abb. 95 auf S. 93). „Luft nach oben“ hat die Qualität der Abbildungen (abgeschnittene Turmspitzen, fehlende Pfeilerbasen, schlecht ausgeleuchtete Motive wie bei dem wunderbaren Triumphkreuz in Munkbrarup aus dem Rudekloster oder der Außenansicht des Grauklosters in Schleswig). Das verwundert auch deshalb, weil der Verlag ansonsten Bildbände mit hervorragender Qualität im Programm hat.

Nicht ohne weiteres verständlich ist die Auswahl der zu besuchenden Orte im Kapitel „Reisehinweise“ (S. 117 ff.). Die Autoren beschränken sich offenbar vorwiegend auf die Orte mit den am besten erhaltenen Resten. Aber warum dann Lunden, wo es wirklich nichts Klösterliches zu sehen gibt als eine ältere, nur kurzzeitig als Klosterkirche genutzte Pfarrkirche? Es entspräche sicher dem Anliegen der Autoren, den Lesern Kultur und Kunst der ehemaligen Klöster nahezubringen, auch Hinweise auf weniger bekannte Orte zu geben wie die Heimatmuseen in Mohrkirchen und Reinfeld, wo einige archäologische Fundstücke ausgestellt werden und die Geschichte der Klöster vermittelt wird. Dazu gehören sicher auch aus aufgegebenen Klöstern in andere Kirchen verbrachte Kunstwerke wie das Retabel des ehemaligen Franziskanerklosters in der St. Nicolaikirche in Kiel oder der siebenarmige Leuchter des ehemaligen Klosters Marienwohlde in der St. Nicolaikirche in Mölln.

Diese Einschränkungen mindern keinesfalls den Wert des vorliegenden Buches „Klöster in Schleswig-Holstein“. Es ist ein außerordentlich interessantes und zugleich preiswertes Buch, das man allen Interessierten ans Herz legen kann, mit diesem den Einstieg in eines der weniger bekannten Kapitel schleswig-holsteinischer Geschichte und Kultur zu wagen. Den Autoren und den Lesern sei die baldige Fertigstellung des sicher größeren Klosterbuches gewünscht.

Dieter-J. Mehlhorn

Niels T. Sterum, Løgum-kloster, slot og by. „Pionerer i ødemarken“. Del 1 og 2. Haderslev: Museum Sønderjylland, 2010. 532 S. (Skrifter fra Museum Sønderjylland; Vol. 3).

Die große Ausstellung „Die Zisterzienser – Das Europa der Klöster“ des Landschaftsverbandes Rheinland, die vom 29. Juni 2017 bis zum 28. Januar 2018 im Landesmuseum Bonn zu sehen war und in der das berühmte hölzerne Antependium aus dem Kloster in Løgum ausgestellt wurde, soll Anlass sein, eine von Niels T. Sterum 2010 herausgegebene zweibändige Veröffentlichung zum Zisterzienserkloster Løgum vorzustellen, die auch und gerade für die Regionalforschung von großem Wert ist. Das in der Schriftenreihe des Museums Sønderjylland publizierte Werk vereint erstmals alle bisherigen Forschungsergebnisse aus den unterschiedlichen historischen Disziplinen, insbesondere die bereits seit 1913 systematisch ausgeführten archäologischen Untersuchungen.

Anhand der gewonnenen Erkenntnisse gibt diese Veröffentlichung einen detailreichen Einblick in die Entwicklung Løgums. Der Hauptteil beschäftigt sich mit den umfangreichen Bauvorhaben der Zisterziensermönche. Es folgten eine Studie

zum Jagdschloss, das unter Herzog Hans dem Älteren nach der Auflösung der Mönchsgemeinschaft 1548 im Bereich des nördlichen und westlichen Klausurflügels errichtet wurde, und schließlich ein Abriss zur Fortentwicklung der Ortschaft Løgumkloster im 16. bis 18. Jahrhundert.

Die 1171 aus dem Männerzweig des Benediktiner-Doppelklosters in Seem hervorgegangene Zisterzienserabtei in Løgum war immer wieder Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Klosterkirche und der bewahrte Bereich des östlichen Klausurflügels zu den besterhaltenen Denkmälern des Ordens in Dänemark gehören. Dieser besaß mit den Niederlassungen in Esum, Vitskøl, Sorø, Tvis, Holm (heute Schloss Brahetrolleborg) und Knardrup ein festes Filiationsnetz im Land. Baulich überdauert haben von diesen Klöstern nur Teile des südlichen Klausurflügels in Esum, die Klosterkirche von Sorø und Bereiche der Klausur in Vitskøl. Die übrigen Klöster sind einzig archäologisch nachweisbar. Aufgrund dieser architektonischen Überlieferungslage bieten die heute in Gänze erhaltene Klosterkirche und die überdauerten Räumlichkeiten des östlichen Klausurflügels in Løgum einen vielgestaltigen Einblick in Bauform und Bauweise eines Zisterzienserklosters im Backsteingebiet am Übergang von der Romanik zur Gotik. Die durch archäologische Untersuchungen nachgewiesenen südlichen und westlichen Klausurflügel und schließlich die archäologischen Zeugnisse zu den Wirtschaftsbauten geben zudem einen umfassenden Einblick in den ökonomischen und strukturellen Aufbau einer der größten monastischen Niederlassungen nördlich der Elbe. Diese systematische Erforschung der Gesamtanlage bietet die Möglichkeit, auch Vergleiche mit den Baustrukturen einer weiteren ehemaligen großen Klosteranlage der Zisterzienser in Rude zu ziehen. Die nach der Reformation 1582 von Hans dem Jüngeren abgetragene Klosteranlage, aus deren Ziegeln das Schloss Glücksburg errichtet wurde, ist heute durch eine geophysikalische Kartierung näher belegt. Die hier gewonnenen Ergebnisse, insbesondere zum Grundriss der Klosterkirche, lassen sich mit den Befunden zu Løgum abgleichen, aus denen dann Parallelen beziehungsweise Unterschiede ermittelt werden können. Hierin bietet das vorliegende Werk eine gute und äußerst hilfreiche Handreichung.

Die bereits über hundert Jahre währende archäologische Forschung in Løgum wird dem Leser systematisch in einer Übersicht vorgestellt. Auch die Erkenntnisse der einzelnen Kampagnen werden detailliert dargestellt. Darauf aufbauend erfolgt eine dezidierte Befundanalyse, in der die schriftlichen Quellen einfließen. Vergleiche mit weiteren dänischen Zisterzienserniederlassungen zeigen die Vernetzung aller damaligen Konvente untereinander. Ein umfangreiches Kapitel widmet sich schließlich eingehend den baulichen Befunden zur Klosterkirche und den einzelnen Klausurbauten. Dabei wird die Anlage in Løgum in den Kontext zu ordensinternen Bauvorgaben und -lösungen gestellt, wobei ein breiter Betrachtungsraum sich mit der ordenseigenen Entwicklung in der architektonischen Ausformung des Kirchenbaus und der Raumdisposition von Chor, Langhaus und Kapellenanbauten beschäftigt. Hier spannt der Autor einen weiten Bogen auch über die direkte Filiallinie Herrevad-Løgum hinaus und analysiert anhand des sogenannten Idealplans die Raumanordnung von Chor, dem Standort des Hochaltars und den östlichen Nebenkappen, dem Ort, an dem die von der Ordensregel vorgeschriebenen stillen Gebete stattfanden. So war die von den Ideen Bernhard von Clairvaux maßgeblich beeinflusste Bauform der Zisterzienserabtei Clairvaux Vorbild für die im

Norden sich etablierenden Mönche. Auch Herrevad, eine Tochtergründung von Cîteaux, folgte in der architektonischen Ausformung Clairvaux und war maßgebend für deren Tochtergründungen.

Vergleichende Analysen, in denen die Befunde aus Grabungskampagnen anderer Klöster mit denen in Løgum gegenübergestellt werden, ermöglichen es schließlich, Fragen zum einen zur Datierung und zum anderen zur Raumlage und Raumteilung zu beantworten. Løgum, so erläutert Sterum ausführlich, partizierte an einem im Orden erprobten und immer weiter entwickelten Architektursystem, das zum einen der vom Orden streng vorgegebenen Abgeschiedenheit und Kontemplation des Einzelnen, zum anderen den ökonomischen Bedürfnissen der Gemeinschaft nachkommen musste. Grundlage dieser architektonischen Ordnung waren die erstmals in dieser Form entwickelten gemeinsamen *consuetudines*/Gewohnheiten, die der benediktinischen Regel folgten und eine strenge Regelobservanz beinhalteten. Alle Äbte waren gleichberechtigte Repräsentanten des Ordens, die sich jährlich auf dem Generalkapitel versammelten und hier gemeinschaftlich über Anpassungen und Änderungen abstimmten.

Das in dieser Weise erstmalige Zusammenwirken aller Abteien eines Ordensverbandes unter der Prämisse der strikten Einheitlichkeit in Liturgie, Rechtsangelegenheiten, Gewohnheiten bildete die besondere Basis des Ordenswirkens, in der auch Løgum fest eingebunden war. Diesem Umstand geht Sterum im zweiten Teil seines Werks nach. Die Aussage, die Zisterzienser seien Pioniere in der Wildnis gewesen, haben Neuland besiedelt und schließlich die agrarökonomischen Grundlagen auch über die jeweiligen Abteigrenzen hinaus gelegt, wird von Sterum anhand der ordenseigenen Überlieferung, aber auch auf der Grundlage allgemeiner Quellen überprüft. Sein besonderes Augenmerk richtet er auf die zwei ordensinternen Texte zur Vorgeschichte des Zisterzienserordens, dem „*Exordium parvum*“ und dem „*Exordium cistercii*“, die er in die Zeit zwischen 1145 und 1152 datiert. Beide Texte, im Anhang abgedruckt, erzählen von den Gründen eines Neuanfangs der ersten Gemeinschaft, die in einem unwegsamen Waldgebiet südlich von Dijon an einem „Ort des Schreckens“, der „wüsten Einöde“ das *novum monasterium* gründeten. Diese Geschichte wurde in der ordensinternen Überlieferung zu einem *Topos*, dem folgend, rekapitulierten die Neugründungen den überlieferten Gründungshergang, wobei jede Niederlassung dem Ordensanspruch nach Abgeschiedenheit und Rückzug aus der Welt nachkam.

Der Autor analysiert die ordensinterne Überlieferung im Hinblick auf das Argument der Weltabgeschiedenheit und führt aus, dass nicht nur bei den Zisterziensern dieses eine grundlegende Formel war. Wie andere Gemeinschaften folgten die Zisterzienser somit einem reformorientierten Ansatz in einer Zeit der klösterlichen Erneuerungsbestrebungen. Sterum beschreibt, dass jedoch viele der Zisterzienserklöster auf bereits besiedelten Stellen, zum Teil mit bestehenden Pfarrkirchen, gegründet wurden. Dieser Fakt steht konträr zum Argument, dass grundsätzlich die Einsamkeit gesucht wurde. In sehr detaillierter Weise wird dargelegt, dass dieses Ideal des Siedelns in der Ödnis eher einem Leitbild folgte, das jedoch in einer Zeit der Konsolidierung großer Siedlungszusammenhänge und einer immer stärker ausdifferenzierten Kirchspielunterteilung kaum konsequent durchsetzbar war. Auch in Løgum, so zeigen die Grabungen, wurde 1171 bereits besiedeltes Land für die Anlage der Abtei genutzt. „Pioniere in der Wildnis“ waren die Mönche in

Løgum nicht, setzten hier aber mit dem ordensinternen Wissen und den Erfahrungen ein agrarökonomisch durchdachtes und sich bewährtes System mustergültig um, womit ihre Pionierleistung in der Etablierung einer neuen agrarwirtschaftlichen Organisation innerhalb einer bis dahin kleinteilig ausgebauten Landwirtschaftsform lag.

Die sehr ausführliche Quellenanalyse der ordensinternen Überlieferung ist informativ und wird vom Autor in sehr differenzierter Form durchgeführt. So beleuchtet er eine Vielzahl an Aspekten, die für die Forschung neue Perspektiven in der Frage der ordenseigenen Rechtfertigung zur regelbezogenen Einsamkeit eröffnen. Sterum macht deutlich, dass die von den Zisterziensern so strikt geforderte Armut, Demut und vor allem die Zurückgezogenheit von der Welt in einem theoretischen Kontext standen, der sich aus der religiösen Reformbewegung seit der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts speiste. Die Praxis hingegen ermöglichte selten die konsequente Umsetzung einer eremitischen Erstbesiedlung, wie die archäologischen Ergebnisse belegen. Hierbei sei angemerkt, dass zu prüfen ist, inwieweit eine solche strikte Praxisbezogenheit wirklich beabsichtigt war oder ob nicht die Vorbildhaftigkeit eremitischen Lebens, wie sie Robert von Molesme und seine Mitbrüder umsetzten, in einer Zeit, in der symbolische Zeichen durchaus verstanden wurden, in einem übertragenden Sinn als Maßstab fungierte.

Die vorliegende Veröffentlichung bietet neue Ansätze in der Forschung zum Zisterzienserorden und ist damit auch für die regionale Ordensforschung von besonderem Wert. Anhand dieser Studie können auch in der Beschäftigung mit den Klöstern in Rude und Reinfeld durchaus neue und wichtige Faktoren in die Forschung einfließen.

Äußerst hilfreich wie immer bei dänischen Publikationen ist die Zusammenfassung, die grundsätzlich auch in englischer Übersetzung vorliegt und dem Leser nochmals einen genauen inhaltlichen Überblick beziehungsweise Einblick gibt. Eine umfangreiche Bibliografie ermöglicht weitere Studien zum Thema. Mit dem zweibändigen Werk liegt eine wichtige, auch über den Betrachtungsrahmen Løgum hinausreichende Publikation vor, die mit zahlreichen Grafiken, Plänen und Fotografien eine überaus informative Lektüre bietet.

Katja Hillebrand

Luthers Norden. Hrsg. im Auftrag der Nordkirche, des Pommerschen Landesmuseums Greifswald und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf, Schleswig von *Kirsten Baumann*, *Joachim Krüger* und *Uta Kuhl*. Petersberg: Michael Imhof Verlag, 2017. 320 S.

Bei der vorliegenden Veröffentlichung handelt es sich um einen aufwändig gestalteten, großzügig bebilderten Ausstellungsbegleitband in Anlehnung an die gleichnamige Ausstellung, die anlässlich des 500. Reformationsjubiläums zunächst im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald (14. Mai - 3. September 2017) und dann im Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum auf Schloss Gottorf unter Trägerschaft beider Häuser und der Nordkirche gezeigt wurde. Die Konzeption für Ausstellung und Veröffentlichung wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beider Museen gemeinsam erarbeitet. Hochkarätige Grußworte von politischer und

kirchenadministrativer Seite sowie der prominent besetzte wissenschaftliche Beirat und die beeindruckende Liste der Leihgeber streichen den hohen Stellenwert des Projektes heraus.

Insgesamt ist der Band in acht übergeordnete Abschnitte eingeteilt, die jeweils von ausgewiesenen Fachleuten verfasste Beiträge zu historischen, kunst-, kirchen- und alltagshistorischen Themenfeldern enthalten und die übergeordnete Thematik damit ebenso interdisziplinär wie überregional erfassen. Natürlich richtet sich der Blick dabei nach Wittenberg, auf die politische Welt im Umfeld der Reformation, auf die enge Verbindung von Herrschaft und Glaubenswelt und schließlich auf die konkreten Wege, auf denen der neue Glaube seinen Weg in den Norden fand. Außerdem sind – im Zentrum der Veröffentlichung und optisch durch blaue Seitenfarbe herausgehoben – 22 Porträts wichtiger Protagonisten der Zeit („Köpfe der Reformation“) abgedruckt. Dass unter letzteren neben zentralen geistlichen und weltlichen Leitfiguren wie Martin Luther selbst, Katharina von Bora, Philipp Melancthon und Johannes Bugenhagen sowie einigen Fürsten des Nordens auch ein entschiedener Gegner (Kardinal Albrecht von Mainz), ein Märtyrer (Heinrich von Zütphen) und ein von Luther abgestrafter „Querdenker“ der Reformation (Melchior Hoffmann) sowie weitere Männer und Frauen der zweiten Reihe mit Kurzbiographien bedacht worden sind, spricht für die Breite und Ausgewogenheit des Gesamtprojektes.

Hinzu kommen weitere Abschnitte zum Blick auf den Norden vor der Reformation, zu den Verlierern und Gewinnern, zur multimedialen Vermittlung der reformatorischen Inhalte und zur Reformation im Alltag. Ein abschließendes Glossar mit 95 Schlagworten zur Reformation vermittelt darüber hinaus Informationen über theologische, kirchliche und politische Begrifflichkeiten, die nicht einschlägig vorgebildete Besucherinnen und Besucher der Ausstellung sicher dankbar zur Hand nehmen werden.

Zwar ist Martin Luther niemals selbst im Norden gewesen, doch sind seine Ideen hier relativ rasch auf fruchtbaren Boden gefallen, haben sich ausgehend von den städtischen Zentren auch auf dem platten Land verbreitet und prägen in weiten Teilen Norddeutschlands und Skandinaviens bis heute die Alltagskultur, die Mentalität und das Selbstverständnis der Menschen. In einigen Bereichen spielt der Norden für die Reformation sogar eine gewisse Vorreiterrolle, etwa mit der ältesten erhaltenen evangelischen Kirchenordnung überhaupt, die 1525 durch Johannes Aepinus für Stralsund verfasst wurde. Darüber hinaus wurden in engem Kontakt mit Luther in Wittenberg durch den gebürtigen Pommer Johannes Bugenhagen zwischen 1527 und 1544 mehr als ein Dutzend weitere Kirchenordnungen entworfen, wurden zum Teil wegweisende Entwicklungen der Reformation weiter vorangetrieben, aber eben durchaus auch Exempel statuiert, indem man etwa einen unliebsamen Querdenker wie Melchior Hoffmann 1529 in der Flensburger Disputation aburteilen und des Landes verweisen ließ.

Nach einer kurzen Einführung von *Uta Kuhl* und *Joachim Krüger* („Luthers Norden – 1517 und die Folgen“) folgen in den acht übergeordneten Abschnitten zahlreiche interessante Beiträge zu den unterschiedlichsten Aspekten der weiten Thematik. So berichtet *Uta Kuhl* über die Kirche im Norden und über private Frömmigkeit in der Zeit vor der Reformation, behandelt *Olaf Mörke* mit einem Blick auf Fürsten, Städte und den Kaiser das Reich um 1520 und beschreibt *Jens E. Olesen* die

Verhältnisse im Norden und den Weg zur Reformation in Dänemark. Im Anschluss daran beleuchtet *Joachim Krüger* Wittenberg und den Norden im Jahre 1517, und *Michael North* beschäftigt sich mit „Reformation und Krieg“; außerdem fragt *Joachim Krüger* danach, wie sich der Wandel hin zum Luthertum vor Ort konkret vollzog („Bildersturm und friedlicher Wandel“), und behandelt die Grafenfehde (1534-1536) und ihren Einfluss auf die Reformation im Norden.

In dem für das Ausstellungsprojekt zentralen Abschnitt über „Die Reformation im Norden“ behandeln *Joachim Krüger* und *Uta Kuhl* zunächst „Herzogtümer und Städte“, bevor *Irmfried Garbe* die zentrale Bedeutung von Johannes Bugenhagen als Luthers „Verbindungsmann zum Norden“ herausstreicht. Bei der im folgenden Abschnitt aufgeworfenen Frage nach „Verlierern und Gewinnern“ widmet *Oliver Auge* sich zunächst der Aufhebung der Klöster in Schleswig und Holstein, während *Constanze Köster* im Anschluss daran die „Entsakralisierung der Landschaft“ behandelt. Hier lassen etwa die gedruckte Rom-Weg-Karte von Erhard Etzlaub aus der Zeit um 1500 und die reichen Pilgerzeichenfunde aus Schleswig deutlich werden, wie der sakrale Alltag der Menschen die zeitgenössische Landschaft vor der Reformation konkret prägte. Bei der Frage nach den von der Reformation ausgehenden Impulsen rückt *Irmfried Garbe* sodann „Neue Ordnungen“ in den Fokus der Betrachtung, und *Gerhard Weilandt* behandelt den Kirchenbau und den mit der Reformation einhergehenden Wandel in der Kirchengestaltung.

Im Abschnitt „Reformation multimedial“ beeindrucken in den Beiträgen von *Daniel Bellingradt*, *Constanze Köster* und *Walter Werbeck* Vielfalt und Intensität bei der Vermittlung der reformatorischen Inhalte in den unterschiedlichsten Medien, von der Predigt über den Buchdruck bis zu aufwändigen Bilderwelten. Im abschließenden Abschnitt über den Niederschlag der „Reformation im Alltag“ beschäftigen sich *Constanze Köster* und *Uta Kuhl* ausgehend von der Frage, ob Luther als ein neuer Heiliger gedeutet werden könne, mit der Luther-Rezeption von 1517 bis 2017. Außerdem lässt *Uta Kuhl* den Blick „in Kirche und Stube“ schweifen und beleuchtet dabei die Frömmigkeit im Alltag. Entsprechend beschäftigt sich *Thomas K. Kuhn* mit der kaum zu überschätzenden Bedeutung von „Haus“ und „Pfarrhaus“ in der lutherischen Reformation.

Die von den Ausstellungsmachern aus der Doppelperspektive Pommerns und Schleswig-Holsteins aufgeworfene Frage nach der Reformation im Norden zielt keineswegs ins Leere. Wohl nicht zuletzt durch das unermüdliche Wirken des zwischen Wittenberg und Kopenhagen nahezu omnipräsenten Johannes Bugenhagen scheint hier eine kulturhistorische Großregion auf, die durch die Reformation überformt wurde und dieser ihrerseits wichtige Impulse verlieh.

Ob man die in den jeweiligen Abschnitten fassbaren Ausführungen nicht noch ein wenig stärker in den jeweiligen Regionen hätte verankern können und so zu differenzierteren Aussagen gekommen wäre, sei dahingestellt. So hätte es sich etwa angeboten, der Blankoversion eines gedruckten Ablassformulars des St.-Peter-Ablasses von 1517 aus den Beständen des Landesarchivs Schleswig-Holstein (S. 64) die mit den Namen des überregional tätigen Großkaufmanns Namen Janssen, seiner Ehefrau Follich und seines Sohnes Ludolph am 5. Mai 1516 in Flensburg ausgefüllte Version, die im Stadtarchiv in Flensburg verwahrt wird, zur Seite zu stellen oder sie statt ihrer zu verwenden. Darüber hinaus hätten die reformationszeitliche Ausmalung der Kirche von Bröns unweit südlich von Ribe im äußersten Norden

des historischen Herzogtums Schleswig sehr konkret vor Augen führen können, wie man in Luthers Norden die Kritik an den angestammten Praktiken der katholischen Kirche in beeindruckende Bilder fasste.

Unabhängig davon handelt es sich bei der vorliegenden Veröffentlichung um einen in der Breite wie in der Tiefe beeindruckenden Band, der auf den aktuellen Stand der Forschung führt und der weiteren Beschäftigung mit dem Gegenstand den Weg weisen wird.

Detlev Kraack

Nazismen, universiteterne og videnskaben i Danmark. Red.: *Niklas Olsen, Karl Christian Lammers, Palle Roslyng-Jensen*. Kopenhagen: Museum Tusulanums Forlag, 2015. 358 S. (Danish humanist texts and studies; 51).

Die gegenwärtige Zeitgeschichtsforschung schenkt der Entwicklung und Bedeutung des dänischen Hochschulwesens bisher eher wenig Beachtung. Nicht nur in den einschlägigen Gesamtdarstellungen, sondern auch in Spezialstudien – beispielsweise zur Besetzung Dänemarks durch Deutschland von 1940 bis 1945 – wird das Thema oft nur in einigen wenigen Absätzen behandelt. Die Wissenschaftsgeschichte wiederum legt zwar immer wieder profunde Untersuchungen zu einzelnen „großen Köpfen“ wie Nils Bohr vor, doch sind diese allgemeinesgeschichtlich meist nicht ausreichend kontextualisiert. Der Sammelband „Nazismen, universiteterne og videnskaben i Danmark“, der auf eine gleichnamige Konferenz des Jahres 2011 zurückgeht, nimmt nun erstmals die Geschichte des dänischen Universitätswesens in den 1930/40er Jahren in den Blick und bedient sich dabei moderner Ansätze der gegenwärtigen Zeit- und Wissenschaftsgeschichte. In elf Fallstudien loten die Autorinnen und Autoren die „Resonanzräume“ zwischen Hochschule und Wissenschaft auf der einen und der NS-Ideologie auf der anderen Seite aus. Dass es den Herausgebern dabei gelingt, soviel darf vorab verraten werden, ein bislang weitgehend unbeackertes Feld für neue historische Fragestellungen und Forschungsvorhaben im Bereich der skandinavischen Hochschulhistoriographie fruchtbar zu machen, liegt auch am gewählten Zugang, mit dem sich die Beitragerrinnen und Beiträger ihrem jeweiligen Thema nähern: In fast allen Aufsätzen werden biographische und institutionelle Perspektiven mit genuin wissenschaftshistorischen Fragestellungen verknüpft, wobei auch die deutsch-dänischen Wissenschaftsbeziehungen nach 1945 nicht unberücksichtigt bleiben.

Seinen wissenschaftlichen Reiz gewinnt der Band aber nicht nur aus der Zusammenstellung aktueller Forschungsergebnisse, sondern auch aus dem breiten Spektrum an Einzeldisziplinen. Auf diese Weise machen die versammelten Beiträge die unterschiedlichen Reaktionsmuster der dänischen Wissenschaftsgemeinde und Hochschulen auf den vom NS-Regime propagierten hegemonialen Anspruch in den Bereichen Wissenschaft und Forschung sichtbar. Die Herausgeber verweisen in ihrer Einleitung (S. 9-32) jedoch darauf, dass das Gros der dänischen Universitäten und Hochschullehrenden sich von der Ideologie des Deutschen Reiches distanzierte und weiterhin ein offenes und den internationalen Standards folgendes Konzept von Wissenschaft bevorzugte; obgleich die dänische Forschung zumindest in der Besatzungszeit zuweilen Beeinträchtigungen erfuhr. So versuchte zum einen

das Auswärtige Amt mit der Etablierung eines „Deutschen Wissenschaftlichen Instituts“ in Kopenhagen 1941 Druck auf die Wissenschaftsgemeinde wenigstens der Hauptstadt auszuüben; zum anderen wurden langjährige akademische Netzwerke durch die Verfolgung und Diskreditierung deutsch-jüdischer Kollegen schwer belastet, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Einen Überblick zur Wissenschaft im Dritten Reich liefert dazu passend *Christoph Cornelissen* (S. 33-58), der aufzeigt, in welchem Umfang die deutschen Hochschulen zur Herrschaftssicherung und den Zielen des NS-Regimes beigetragen haben. An ausgewählten Beispielen macht er deutlich, dass vor allem in der Grundlagenforschung ethische Grenzen keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellen, sondern zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit stets aufs Neue ausgehandelt werden müssen.

An diesen Aushandlungsprozessen hatten auch die Studierenden einen gewissen Anteil, immerhin bilden sie die kopfstärkste Gruppe an den Hochschulen. In älteren wie neueren universitätsgeschichtlichen Studien werden die Jungakademiker aber oft nur am Rande betrachtet – ohne eigene Ziele und Interessen. Dass dies zu falschen Schlussfolgerungen führen kann, belegt *Palle Roslyng-Jensen* (S. 59-93) anhand einer Analyse studentischer Protokolle, die im Anschluss an politische Vorträge verfasst worden sind. Offenbar waren in erster Linie die nationalkonservativen Studierenden Dänemarks vom Nationalsozialismus und den antiparlamentarischen Positionen zu Beginn der 1930er Jahre fasziniert, lehnten aber den Antisemitismus in Gänze ab. Mit dem Beginn der Besetzung Dänemarks durch das NS-Herrschaftssystem positionierte sich dann die überwiegende Mehrheit – unabhängig der eigenen politischen Position – offen gegen die NS-Ideologie und ihre Repräsentanten. Die wenigen NS-Sympathisanten wurden in der Folgezeit gemobbt und ausgeschlossen.

Differenzierter, da an prominenten Wissenschaftlerbiographien beispielhaft nachgezeichnet, stellt sich die Situation in den dänischen Hochschullehrkörpern dar. So gelangen *Karl Christian Lammers* (S. 95-119) und *Niklas Olsen* (S. 121-151) in ihren Beiträgen über den Sprachwissenschaftler Carl Roos und den Historiker Aage Friis zu dem Schluss, dass die dänischen Geistes- und Sozialwissenschaftler sich weitgehend von den Ideen des Nationalsozialismus distanzieren und nur wenige Exponenten wie der Kopenhagener Stadtarchivar Flemming Dahl ihre akademische Karriere für ein NS-Engagement zu riskieren bereit waren. Dass eine strikte Ablehnung der NS-Weltanschauung und eine Tätigkeit als Vorsitzender des Hilfskomitees für akademische Opfer des Nationalsozialismus allerdings durchaus mit einer großdeutschen Gesinnung vereinbar waren, wird ebenfalls am Fall des Historikers Aage Friis augenscheinlich.

Auch die Theologen der Universitäten Aarhus und Kopenhagen nahmen mehrheitlich Abstand von den Zielen und politischen wie religiösen Vorstellungen des NS-Regimes, wie *Jens Holger Schjørring* (S. 153-181) in seiner Studie konstatiert. Er führt diese Entwicklung auf den Kirchenkampf in Deutschland 1934/35 zurück, der in weiten Teilen Skandinaviens mit Sorge betrachtet wurde – leider gelangt der Autor aber zu keiner weiteren Bewertung dieser Entwicklung. Im Mittelpunkt des Beitrages von *Finn Aaserud* (S. 183-212), seines Zeichens Direktor des Niels-Bohr-Archivs, steht der gleichnamige Physiker, der eine enge Beziehung zu Werner Heisenberg unterhielt und trotz seiner pazifistischen Einstellung den Alliierten beim Bau der Atombombe half. In diesem Prozess fungierte der dänische Wissenschaft-

ler geradezu als Vaterfigur für seine jüngeren Kollegen, was der Autor mit bislang unbekanntem Archivmaterial spannend zu unterfüttern versteht. Auch Bohrs jüngerer Bruder, Harold, gerät zunehmend in das Blickfeld der Forschung, da sich der Mathematiker wiederholt für deutsch-jüdische Emigranten einsetzte und öffentlich den Nationalsozialismus verurteilte. Eine gewichtige Rolle in diesem Kontext muss zudem, so das Fazit von *Henrik Kragh Sørensen* (S. 213-242), der 1919 etablierten und vom dänischen Staat finanzierten Rask-Ørsted-Stiftung zugesprochen werden, die in Zusammenarbeit mit Harold Bohr die Forschungen von emigrierten Wissenschaftlern unterstützte.

Der zweite Abschnitt des Bandes widmet sich speziell dem Wissenschaftsfeld, wobei hier Gemeinsamkeiten und Unterschiede einzelner Disziplinen im deutsch-dänischen Vergleich in den Fokus gerückt werden. *Lene Koch* (S. 243-260), die bereits mehrere einschlägige Studien zur Erbbiologie und Eugenik in Dänemark in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorgelegt hat, widmet sich in ihrem Aufsatz noch einmal den Problemen, Themen und Konzepten dieses Fachbereiches, wobei sie in einem ersten Schritt die dänischen und deutschen Sterilisationsgesetze vergleicht, um daran anschließend die dänischen „Zigeuner-Studien“, die auf den methodischen und theoretischen Ansätzen Robert Ritters aufbauten, in den Blick zu nehmen. Wie die Autorin herausarbeitet, existierten deutliche Unterschiede zwischen beiden Nationen: So ging zwar das dänische Sterilisationsgesetz weit über das deutsche hinaus, doch befürworteten dänische Ärzte wie Gudrun Brun und Erik Bartels eine Integration der Roma und Sinti, Ritter dagegen eine umfassende Sterilisation. Auch der Beitrag von *Henrik Tjørnelund* (S. 261-287), der sich mit der internationalen Penicillin-Entwicklung befasst, ist im Umfeld der medizinischen Forschung zu verorten. Dem Ansatz des von Mitchell G. Ash entwickelten Ressourcenkonzeptes folgend, zeichnet Tjørnelund überzeugend die spannungsreiche und interessengesteuerte Wechselbeziehung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nach, die erst die Voraussetzung für eine erfolgreiche Produktion von dänischem Penicillin ermöglichte.

Ein Fachbereich, der schon seit einigen Jahren – spätestens seit den ersten kontroversen Studien um den Kieler respektive Göttinger Archäologen Herbert Jankuhn – wiederholt das Interesse der Wissenschafts- und Universitätsgeschichte auf sich zieht, ist die Prähistorische Archäologie, die sich in Deutschland und Dänemark nach 1933 in zwei entgegengesetzte politische Richtungen orientierte. Während *Lars Schreiber Pedersen* (S. 289-320) auf der dänischen Seite ein deutliches Bestreben zu Beginn der 1930er Jahre erkennt, das Fach international breiter aufzustellen und eine ausschließlich nationale oder skandinavische Perspektive zu vermeiden – sich letztlich also von der deutschen Sichtweise abzugrenzen –, konstatiert er für die Mehrheit der deutschen Fachvertreter eine bewusste Zusammenarbeit mit dem Regime, da diese Heinrich Himmlers „Germanenwahn“ und „Schwarmgeisterei“ mit vermeintlich wissenschaftlichen Erkenntnissen zu untermauern versuchte.

Der letzte Artikel des Bandes von *Lasse Olufson* (S. 321-348) fällt inhaltlich aus dem Gesamtrahmen, was dem Umstand geschuldet ist, dass es zu keinen – nachweisbaren – Kooperationen zwischen deutschen und dänischen Musikwissenschaftlern nach 1933 kam. Olufson dokumentiert daher am Beispiel der Komponisten Ebbe Hamerik und Niels Otto die Zusammenarbeit der außeruniversitären Mu-

sikszene mit deutschen Institutionen, vornehmlich mit der Nordischen Gesellschaft. Derlei musikalische Kooperationen besaßen nach Einschätzung des Autors in erster Linie eine Signalwirkung und propagandistische Vorteile für das NS-Regime, waren als Formen des kulturellen Austausches aber letztlich unbrauchbar.

Alles in allem muss es einem Rezensenten mehr als schwerfallen, wirklich überzeugende Monita an diesem sehr gut redigierten und mit vielen neuen Forschungsergebnissen aufwartenden Band zu benennen. Um diesen festen Bestandteil des Genres Rezension aber dennoch zu bedienen, kann zum einen auf das Fehlen eines Personen- oder Sachregisters verwiesen werden, wodurch eine Arbeit mit dem Band unnötigerweise erschwert wird. Zum anderen scheint ein noch stärkerer Einbezug aktueller deutschsprachiger Literatur zu diesem Thema unabdingbar, sind doch gerade in den letzten Jahren zahlreiche neue Erkenntnisse zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik des NS-Herrschaftssystems erarbeitet worden. Aber selbst eine derart facettenreiche Zusammenstellung von Aufsätzen kann nicht alle Defizite auf dem Forschungsgebiet der dänischen Wissenschafts- und Universitätsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollständig beseitigen. Das von den Herausgebern formulierte Ziel, mit dem vorliegenden Band neue Anstöße auf einem weitgehend unbeackerten Forschungsfeld bieten zu wollen, wurde aber unzweifelhaft erreicht.

Martin Göllnitz

Karen Bruhn, Das Kieler Kunsthistorische Institut im Nationalsozialismus. Lehre und Forschung im Kontext der deutschen Kunst“. Frankfurt am Main: Peter Lang Edition, 2017. 137 S. (Kieler Werkstücke, Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte; 47). – Zugl.: Kiel, Universität, Masterarbeit, 2016).

Wie bekannt, spielte die bildende Kunst eine zentrale Rolle in der Ideologie des Nationalsozialismus. Sie galt als Symptom der geistigen Verfassung der Gesellschaft und wurde nach ihrer Kompatibilität mit der nationalsozialistischen Ideologie beurteilt. Das erklärt die Verfolgung solcher Kunst, die als „artfremd“ oder „entartet“ angesehen wurde (im Prinzip fast alle Kunst der Moderne). Spektakuläre Projekte, wie die Ausstellung „Entartete Kunst“, der in allen deutschen Museen Säuberungen vorangingen, waren die öffentlichkeitswirksamsten Beispiele dafür. Welche zeitgenössische Kunst nun aber den positiven Kriterien entsprach, darüber herrschte in der Anfangszeit große Unsicherheit. Die Auseinandersetzung um Künstler wie Emil Nolde (ein Parteimitglied der frühen Stunde) oder Ernst Barlach sind Beispiele dafür. Beide betrachteten ihre Kunst als genuin „deutsch“, und so wurde sie von vielen gesehen, z. B. auch von Joseph Goebbels. Von dieser Entwicklung waren neben den Künstlern selbst vor allem Museumsleute betroffen, von denen einige sich in den 1920-er Jahren für moderne Kunst, z. B. für die deutschen Expressionisten, eingesetzt hatten. Sie konnten jetzt zusehen, wie diese Werke aus ihren Sammlungen entfernt wurden, und sie mussten sich für ihre Einkaufspolitik rechtfertigen. Einige haben dies freilich mit erstaunlicher Wendigkeit geschafft. Andere, und das waren vielleicht die Mehrzahl, standen der modernen Kunst aber eh skeptisch gegenüber und hatten vermutlich keine größeren Probleme mit der

neuen Ideologie. Von dieser Entwicklung waren die Universitätskunsthistoriker unmittelbar weniger betroffen, es sei denn, sie hatten neben ihrer Lehrtätigkeit auch die Verantwortung für eine Kunstsammlung, wie dies z. B. in Kiel der Fall war. Da die Kunst der Moderne aber fast gar keine Rolle in der universitären Lehre spielte, hatte ihre ideologisch bedingte Verfemung für den Lehrbetrieb keine unmittelbaren Folgen. Umso folgenschwerer war die Entlassung der jüdischen Wissenschaftler. Man darf behaupten, dass die deutsche Kunstgeschichte durch diese Maßnahme die Mehrzahl ihrer besten Köpfe verloren hat. Umso wichtiger ist es daher zu fragen, wie sich die Verbliebenen unter dem Totalitätsanspruch des Regimes verhalten haben. Das macht Einzeluntersuchungen, wie diese über das Kieler Kunsthistorische Institut, sehr willkommen.

Karen Bruhns Arbeit ist im Rahmen des Kieler Gelehrtenverzeichnisses und der aktuellen Projekte zur Kieler Universitäts- und Professorengegeschichte im Nationalsozialismus entstanden. Damit ist auch gesagt, dass sie auf der Höhe der aktuellen Forschung steht. Sie ist allerdings nicht die erste Studie zum Thema. Zu nennen ist vor allem die Darstellung von Ulrich Kuder in dem Sammelband „Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus“ (hrsg. von Christoph Cornelissen und Carsten Mish. Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 86, 2009). Bruhns Arbeit ist aber naturgemäß breiter angelegt als diese und bietet in vielen Punkten wichtige Ergänzungen. Im Zentrum der Untersuchung stehen die beiden Professoren Haseloff und Sedlmaier; kurz erörtert werden zudem Aenne Liebreich, Lilli Martius, Annemarie Güdesen, Ellen Redlesen, Ernst Schlee und Kurt Gerstenberg, die für kürzere oder längere Zeit am Institut tätig waren. Es handelt sich aber in erster Linie um eine Institutionsgeschichte und nicht um eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Protagonisten.

Haseloff und Sedlmaier gehörten beide Generationen an, die schon vor 1933 beruflich etabliert waren, und für die die Machtergreifung der Nationalsozialisten diesbezüglich keine neuen Perspektiven eröffnete. Haseloff war schon 60 Jahre alt und hatte seine produktiven Jahre als Wissenschaftler bereits hinter sich. Sedlmaier war 18 Jahre jünger als Haseloff, hatte aber schon seit 1927 ein Ordinariat in Rostock inne. Keiner von ihnen wurde Parteimitglied. Haseloffs Haltung ist im Rückblick schwer zu beurteilen. Man hätte aus heutiger Sicht eine deutlichere Reaktion auf die Entlassung seiner jüdischen Assistentin Aenne Liebreich gewünscht, und seine Zusammenarbeit mit dem Kollegen Ferdinand Weinhandl im Kunstverein ist befremdlich, wenn man weiß, welche Rolle dieser z. B. bei der Bücherverbrennung spielte. Haseloff engagierte sich aber allenfalls halbherzig in den ideologisch motivierten Projekten der Universität, und seine eigenen Publikationen mögen zwar gelegentlich deutsch-national anmuten, zeigen aber keine Spuren von nationalsozialistischer Ideologie. Bei Sedlmaier sieht es etwas anders aus. Er gehörte beigeordneten Organisationen der NSDAP an, und seine frühere Mitgliedschaft in der ultrakonservativen Deutschen Vaterlandspartei lässt keine prinzipielle Distanz zu den neuen Machthabern vermuten. Im Rahmen der „Aktion Ritterbusch“ stellte er sich in den Dienst der ideologischen Kriegführung.

Inhalte der universitären Lehre im Nachhinein beurteilen zu wollen, ist natürlich schwer, wenn keine Vorlesungsmanuskripte und/oder Mitschriften bekannt sind. Die Angaben im Vorlesungsverzeichnis sind oft wenig aussagekräftig, und es ist ja nicht einmal sicher, dass eine Lehrveranstaltung tatsächlich wie angekündigt

durchgeführt worden ist. Dieses methodische Problem ist der Verfasserin natürlich bewusst. Angesichts der nationalistischen Prägung der gesamten Kulturpolitik liegt es aber nahe, nach der Dominanz deutscher Themen in den Lehrveranstaltungen zu fragen. Wenig überraschend kann Bruhn zeigen, dass ihr Anteil im Dritten Reich stark zunahm. Das kann als vielleicht unreflektierte Anpassung an die vorherrschende Stimmung gewertet werden, bleibt aber trotzdem natürlich aussagekräftig. Das Kriterium darf aber nicht überbewertet werden. Das Fach Kunstgeschichte war damals europaweit national fokussiert.

Wenn Bruhn die Kunstgeschichte als ein per se international orientiertes Fach bezeichnet, stimmt es für heute, aber kaum für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Neben der eigenen Kunst interessierte man sich hauptsächlich für die italienische Kunstgeschichte, die ja die Normen für die allgemein praktizierte Stilgeschichte lieferte. Die Beschäftigung mit nicht-deutschen Themen konnte übrigens auch nationalistisch begründet sein. Wenn zum Beispiel Haseloff im Auftrag des Preußischen Historischen Instituts in Rom die hohenstaufischen Burgen in Italien erforschte, ist es schwer, darin keinen Zusammenhang mit der Kulturpolitik des Deutschen Kaiserreiches zu sehen. Entscheidend bleibt natürlich immer, welche Fragestellungen leitend sind, unabhängig davon, ob der Stoff national ist oder nicht. Um das zu beurteilen, reichen die Angaben der Vorlesungsverzeichnisse, von berechneten Ausnahmen abgesehen, selten aus. Eine solche Ausnahme ist die Vorlesung, die Richard Sedlmaier im WS 39/40 zum Thema „Der Anteil der Ostmark am Kunstschaffen der Deutschen“ hielt – sozusagen parallel zum Polenfeldzug.

Gerade zu Richard Sedlmaier, dessen Rolle im Dritten Reich auf Grund seiner wenigen Publikationen und seiner verdienstvollen Arbeit für die Wiederherstellung der Kunsthalle nach dem Krieg bisher wenig Beachtung gefunden hat, steuert Bruhn, wie vor ihr Ulrich Kuder, wichtige Informationen bei. Leider sind keine Dokumente bekannt, die beleuchten, welche Argumente seine Berufung nach Kiel begründeten. Vielleicht wurde er, wie Bruhn vermutet, auf Grund seiner Publikationen zur Backsteinarchitektur in Mecklenburg als „Regionalforscher“ angesehen, was damals sicher als Empfehlung galt. Angesichts seiner wissenschaftlichen Hauptwerke, die der Ornamentikgeschichte und der Würzburger Residenz gewidmet sind, wäre das aber eine zu enge Sicht auf seine Qualifikationen. Sedlmaiers methodische und wohl auch persönliche Nähe zu Wilhelm Pinder, einem der Koryphäen der deutschen Kunstgeschichte im Dritten Reich, lässt aber vermuten, dass die Universität mit ihm einen Kunsthistoriker berufen hat, der in seiner Lehre das Fach im Einklang mit der herrschenden Ideologie vertrat. Mit seinem Engagement für den Kriegseinsatz der Deutschen Geisteswissenschaften, die „Aktion Ritterbusch“, bezog er offen dafür Stellung. Er leitete zusammen mit Pinder die Kunstgeschichtliche Arbeitsgemeinschaft; geplant waren unter ihrer Herausgeberschaft zwei Publikationsreihen: „Ausstrahlungen der deutschen Kunst“ und „Sonderleistungen deutscher Kunst“. Nur wenige Bände sind erschienen, Pinders Band zur Einführung der Reihe „Sonderleistungen“ von 1944 lässt aber keine Zweifel am ideologischen Eifer aufkommen.

Lars Olof Larsson

In Druck und auf Sendung. Schleswig-Holsteins Medienlandschaft 1955–2000. Hrsg.: Ulrich Erdmann und Michael Legband. Kiel: Ludwig, 2018. 384 S.

Es ist ein abwechslungsreicher Streifzug durch die Mediengeschichte Schleswig-Holsteins in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, den der Kieler Presse-Klub mit diesem Buch anbietet. Mehr als 70 Beiträge von 50 Autoren wurden zusammengetragen. Sie ermöglichen eine Reise zu den Redaktionen der großen und kleinen Zeitungen Schleswig-Holsteins, der öffentlich-rechtlichen und privaten Radio- und Fernsehsender. Das Buch erlaubt Einblicke in die Arbeit der Journalisten, Fotografen, Verleger und Drucker, und es zeigt, wie große Ereignisse sich in den Medien widerspiegeln, Waterkantgate etwa oder das Atomkraftwerk Brokdorf.

Damit liegt bereits der dritte Band zur Pressegeschichte Schleswig-Holsteins vor, den der Kieler Presse-Klub herausgibt, und dies kann als großes Verdienst dieser Vereinigung von Journalisten gewertet werden. 1994 erschien „Dem Leser ein Halt in schwerer Zeit. Schleswig-holsteinische Pressegeschichte 1945–1955“ von Ute Haese und Torsten Prawitt-Haese, 2006 sodann „Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ von Markus Oddey über den Zeitraum 1930 bis 1945. Reinhardt Hassenstein, Vorsitzender des Kieler Presse-Klubs, kündigt im Nachwort einen vierten Band an, und zwar über die Jahre 2000 bis heute, in dem insbesondere die Folgen der Digitalisierung und die fortschreitende Pressekonzentration thematisiert werden sollen. Ein Wunsch sei geäußert: ein ähnlich gut lesbarer Sammelband über die Pressegeschichte Schleswig-Holsteins bis 1930.

Das Buch ist sehr sinnvoll in sechs Abschnitte gegliedert: „Entwicklungslinien“; „Die Printmedien“; „Rundfunk und Fernsehen“; „ULR und Einzelprojekte“; „Besonderheiten“; „Anhang“. Das Buch enthält sachliche Darstellungen, aber auch sehr subjektive Beiträge mit Erinnerungen zum Beispiel an eine Zeit, als die Zeitungen noch mit Bleisatz hergestellt wurden und in den Redaktionen der Alkohol noch reichlich floss. „Mit der Bierfahne durch die Bleizeit“ überschreibt Christoph Munk seinen Beitrag.

Aus der Vielzahl der Aufsätze können nur einige genannt werden. Ulrich Erdmann schildert einleitend das Entstehen der pluralistischen Zeitungslandschaft nach der NS-Diktatur. Jens Ahlers stellt die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek als Pressearchiv des Landes Schleswig-Holstein vor. Holger Malterer berichtet über den technischen Wandel im Zeitungsdruck, Michael Legband über Itzehoe als einstiges „Mekka“ des Tiefdrucks. Wiederum Holger Malterer skizziert Konzentrationsprozesse und die Geschichte der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Reinhardt Hassenstein erläutert unter der Überschrift „Zwischen Schwarzbunten und Hightech“ Besonderheiten in der Berichterstattung über die Wirtschaft.

Sodann werden einzelne Zeitungen, Persönlichkeiten des Pressewesens und besondere Vorkommnisse behandelt. Es geht zum Beispiel um die „Kieler Nachrichten“ und deren Verleger Christian Heinrich (Gerhard Müller, Wolf von Lojewski, Jürgen Heinemann), den Rendsburger Verleger Heinz Möller (Erich Maletzke), die „Schleswig-Holstein-Topographie“ (Günther Jesumann), die „Norddeutsche Rundschau“ in Itzehoe und die Sturmflut 1962 (Heinz Longerich, Otto Köhler), den Pressefotografen Hans-Peter Kruse (Michael Legband, Manfred Wedemeyer), die „Glückstäd-

ter Fortuna“ (*Delf Gravert, Jürgen Rohweder*), die Zeitungen in Uetersen, Pinneberg und Elmshorn (*Frank Binder, Gerrit B. Matthiesen, Ulrich Lhotzky-Knebusch*), die „Lübecker Nachrichten“ (*Can Özren, Hans-Jochen Arndt*), die „Dithmarscher Landeszeitung“ (*Birger Bahlo*), die deutsch-dänische Zeitungskoooperation und die Minderheitenzeitungen (*Frank Jung*). *Rainer Burchardt* thematisiert das „gestörte Verhältnis“ des Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg zur Pressefreiheit. Bemerkenswert selbstkritisch äußert sich *Peter Höver* zur Barschel-Affäre und zieht die Bilanz: „Sicher aber ist, dass es wohl zu viele Journalisten gab, die sich als Schoßhunde der Mächtigen statt als ‚Wachhunde der Demokratie‘ sahen.“

Was Rundfunk und Fernsehen angeht, so gibt *Werner Junge* einen knappen Überblick „Radio in Schleswig-Holstein“. Im umfangreichsten Beitrag des ganzen Buchs beschreibt *Heiko Vosgerau* die Geschichte von NWDR und NDR bis 1980; in diesem profunden Aufsatz fehlen leider die Quellenangaben. Mehrere kürzere Aufsätze, darunter gleich vier von *Carsten Kock*, betreffen den privaten Rundfunk. Im abschließenden Abschnitt stellt *Michael Legband* „Medienpersönlichkeiten aus dem Norden“ und die Landespressekonferenz vor, während *Reinhardt Hassenstein* die Frage beantwortet, warum es in Kiel keine Pressebälle mehr gibt. Zeitleiste, Autorenverzeichnis und Personenregister beschließen den Band.

In vielen Beiträgen berichten direkt Beteiligte über ihre Arbeit, und diese Aufgabe lösen sie sehr unterschiedlich. Da finden sich sehr sachliche Darstellungen wie etwa von *Volker Sindt* über die „Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung“, *Werner Knobbe* über die „Kieler Rundschau“, *Heiner Spönemann* über das Kieler Stadtmagazin „ultimo“ oder *Wolfgang Bauchrowitz* über den privaten Rundfunk. Andere loben sich selbst ausgiebig, etwa *Uwe Danker*, der die von ihm maßgeblich mitgestaltete „Jahrhundert-Story“ als „Medienprojekt der Superlative“ feiert, oder der Verlagsmanager *Klaus May*. Ohne ihn, so „beweist“ er emphatisch, hätte der in Flensburg ansässige Zeitungsverlag niemals überleben können, erst durch ihn sei daraus „der modernste, profitabel aufgestellte Verlag in Schleswig-Holstein“ geworden (der dann allerdings, dies sei hinzugefügt, 2016 aus heiterem Himmel nach Osnabrück verkauft wurde). May „vergisst“ zu erwähnen, dass die bis dahin gewährte redaktionelle Eigenständigkeit der „Husumer Nachrichten“ durch ihn aufgehoben wurde. Dabei war es weithin ein Sonderfall, dass in einem Verlag Zeitungen mit ganz unterschiedlicher politischer Ausrichtung erschienen.

Illustriert ist das Buch mit ganzseitigen Faksimiles von Zeitungsseiten, zumeist mit Schlagzeilen zu großen Ereignissen, etwa zur Barschel-Pfeiffer-Affäre, zum U-Boot-Verkauf nach Südafrika, zum Heyde/Sawade-Skandal oder zur Schneekatastrophe. Die Lesbarkeit wird durch den Knick am Rand teils beeinträchtigt.

Fast alle Regionen Schleswig-Holsteins werden berücksichtigt, nicht jedoch das Herzogtum Lauenburg und der Kreis Nordfriesland, der durchaus Themen hätte bieten können, etwa die Inselfresse und ihre Bedeutung für den Tourismus, den „Vertrieb“ der Zeitungen auf den Halligen und manches mehr. Der weithin bekannte Chefredakteur der „Husumer Nachrichten“, *Helmut Sethe*, zeitweise der jüngste in Deutschland, hätte in einem solchen Sammelband sicher ein Porträt verdient gehabt.

Das Buch malt ein farbiges Bild der Pressegeschichte Schleswig-Holsteins, nur an einigen Stellen erscheint es etwas schwarz-weiß. Es bietet gewinnbringende Lektüre für alle, die sich für die Mediengeschichte in Schleswig-Holstein interessie-

ren, und liefert einen gewichtigen Beitrag zur schleswig-holsteinischen Geschichte der jüngsten Zeit.

Thomas Steensen

6. Geschichte einzelner Orte und Regionen

Mythos Hammaburg. Archäologische Entdeckungen zu den Anfängen Hamburgs. Hrsg. von *Rainer-Maria Weiss* und *Anne Klammt*. Kiel, Hamburg: Wachholtz, 2014. 508 S. (Veröffentlichungen des Helms-Museums, Archäologisches Museum Hamburg, Stadtmuseum Harburg, Nr. 107).

Bei der vorliegenden Veröffentlichung handelt es sich um den großformatigen Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung, die vom 31. Oktober 2014 bis 26. April 2015 im archäologischen Museum Hamburg in Hamburg-Harburg gezeigt wurde. Beigetragen zu der ebenso voluminösen wie großzügig ausgestatteten Publikation, die Leserinnen und Leser auf sehr anschauliche Weise an die aktuelle archäologische Forschung zur Frühgeschichte der heutigen Elbmetropole heranführt, wie sie sich im Spiegel der jüngsten stadttarchäologischen Grabungen am Domplatz darbietet, haben insgesamt knapp 40 Autorinnen und Autoren aus den unterschiedlichsten Disziplinen, darunter vor allem Mittelalterarchäologen, Siedlungs- und Landschaftsarchäologen sowie Historiker aus Deutschland und Skandinavien.

Die Beiträge gehen vielfach auf die Vorträge einer Tagung zurück, die man in Vorbereitung auf die Ausstellung 2013 veranstaltet hatte. Im Zentrum stehen die Ergebnisse der archäologischen Grabungen zur Geschichte Hamburgs seit dem Frühmittelalter. All dies ist interdisziplinär und vergleichend angelegt; neben im engeren Sinne archäologischen Befunden werden auch neuere Erkenntnisse aus dem Bereich der Geschichtswissenschaft und Siedlungsgeschichte vorgestellt. Vergleichende Blicke richten sich dabei auf andere Handelsorte und Bischofsburgen. Neben Orten des Nordsee- und des Ostseeraumes, darunter insbesondere solchen Skandinaviens wie Ripen und Birka werden auch solche im südelbischen Raum behandelt, und zwar sowohl solche in den sächsischen Altsiedelgebieten als auch solche in den unterschiedlichsten Teilen der sächsisch-slawischen Durchdringungssphäre der *Germania Slavica*. Dabei geht es dann etwa um Magdeburg im Mittelberaum, vor allem aber um Hamburg im Kontext des Niederelberaumes und unter enger Einbeziehung der nördlich und südlich angrenzenden Regionen. So entsteht ein sehr konkreter, quellen- und befundnah beschriebener Eindruck von Missions-, Handels- und Siedlungsgeschichte des gesamten Raumes, der das Mit- und Gegeneinander in der multiethnisch geprägten Sphäre links und rechts der unteren Elbe, vom Elbmündungstrichter bis weit über das Stromspaltungsgebiet hinaus beleuchtet. Der Band bietet eine Bestandsaufnahme, die ältere Erkenntnisse relativiert, Neuinterpretationen vornimmt und bislang blinde Flecken beleuchtet, dabei aber durchaus auch Platz für zukünftige Forschungen lässt und solche einfordert.

In der Summe scheint die gerade in den vergangenen Jahren beeindruckende Entwicklung des archäologischen Kenntnisstandes zur Geschichte des Hamburger

Siedlungsraumes auf, die Mythen dekonstruiert bzw. auf der Basis von Grabungsbefunden erdet. So lassen sich im Bereich der heutigen Hamburger Innenstadt unterschiedliche, aufeinander folgende Burgwälle und ein Abschnittswall, der sogenannte Heidenwall, zur Befestigung eines Geestsporns an der Alster klar ausmachen, während eine vermeintliche Bischofsburg sich als Torturm erwies. Dass hier in rascher Folge neue Erkenntnisse erzielt werden konnten, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Mittelalterarchäologie durch moderne naturwissenschaftliche Datierungs- und Analysemethoden in den vergangenen Jahrzehnten die Tür in ein neues Zeitalter aufgestoßen hat und dadurch auch ältere Befunde sicher (um-)datiert und in neue Deutungshorizonte rückt. So können manch liebgewonnene Paradigmen über Bord geworfen und durch neue ersetzt oder, wo solche nicht in Sicht sind, durch behutsame Hypothesenbildung unterfüttert werden.

Aus historischer Perspektive wäre etwa für die fränkische Epoche neu über die Bedeutung Ansgars nachzudenken, für die folgenden Jahrhunderte über die Rolle der Billunger und Schauenburger sowie über Siedlungskammern, Handelssysteme und Herrschaftszentren und über die engen Wechselbeziehungen zwischen Bremen und Hamburg bzw. Hamburg und seinem Umland. Auch die Bedeutung der unterschiedlichen Fließgewässer im Stromspaltungsgebiet, aber auch darüber hinaus wäre neu zu beschreiben, hierbei insbesondere die Sukzession von Esselfleth an der Stör nach dem am Alsterübergang gelegenen Hamburg noch stärker in die Betrachtung einzubeziehen. Was die Bedeutung Ansgars und seinen Rang in der kirchlichen Hierarchie zwischen Kurie und lokaler Sphäre angeht, ist in der jüngeren Vergangenheit manches in Frage gestellt worden, was man in Anlehnung an Rimberts *Vita Ansgarii* und die zeitgenössische, zum Teil nicht unwesentlich verfälschte Urkundenüberlieferung als sichere Erkenntnis verbucht hatte. Dabei geht es vor allem um die Bewertung von zentralen Zeugnissen aus dem Bereich der Schriftquellenüberlieferung. Entsprechend sind auch die hochmittelalterlichen Chronisten Adam von Bremen und Helmold von Bosau neu zu lesen und ihre Aussagen vielfach kritisch zu hinterfragen. Ganz in diesem Sinne werden der von Adam in die Welt gesetzte „*Limes Saxoniae*“ sowie die bei Helmold fassbare Fokussierung des Blickes auf die Schauenburger kritisch beleuchtet und als unter einer bestimmten Mitteilungsabsicht erzeugte Konstrukte entlarvt. In der Tat müssen hier jeweils einzelne Nachricht kritisch geprüft und auf ihren Quellenwert hin untersucht werden. Diese Mühe lohnt jedoch durchaus, denn auf diese Weise lässt sich unter Einbeziehung anderer Quellenbestände etwa aus dem Bereich der urkundlichen Überlieferung ein umso vielschichtigeres Bild der hochmittelalterlichen Wirklichkeit zeichnen. Das komplexe Mit- und Gegeneinander innerhalb der sächsisch-slawischen Durchdringungssphäre sowie die zum Teil sicher bedeutende Rolle anderer Edelfreien- und Dynastengeschlechter, etwa der Herren von Barmstede, wären hier zukünftig noch weit stärker zu betonen. Zu alledem kann die archäologische Wissenschaft aus der von ihr geborgenen Überlieferung beeindruckende neue Erkenntnisse beisteuern. Spektakuläre Verteidigungsanlagen werden dabei ebenso zum Sprechen gebracht wie vermeintlich unbedeutende, da unscheinbare Keramikfunde. Dass die archäologische Wissenschaft es gerade im Falle Hamburgs mit einem ebenso zähen wie interessanten Gegenstand zu tun hat, belegt die vorliegende Veröffentlichung auf eindrucksvolle Weise. Man wird gespannt sein dür-

fen, welche neuen Funde und darauf aufbauenden Erkenntnisse und Rekonstruktionen die Wissenschaft in Zukunft noch zutage fördern wird.

Detlev Kraack

Eva-Maria Karpf, Der Warleberger Hof. Die Geschichte eines Kieler Baudenkmals. Kiel: Ludwig, 2016. 95 S.

Der Warleberger Hof an der Dänischen Straße in Kiel, seit 1970 Kieler Stadtmuseum, hat eine bewegte Geschichte hinter sich: Teilweise über mittelalterlichen Kellern möglicherweise noch des 13. Jahrhunderts wurde er 1616 vom Kieler Amtschreiber Christoph Martens erbaut, der dafür das zur Burgfreiheit gehörende Grundstück von Herzog Friedrich III. (amt. 1616–1659) für seine bei Herzog Johann Adolf geleistete Dienste erhalten hatte. Nach ersten Umbauten unter Henning von Thienen um 1690 wurde der Bau 1765 unter Henning Bendix von Rumohr erweitert, wovon bis heute nicht nur das Rokokoportal mit der Jahreszahl zeugt, durch das das Gebäude damals erstmals von der Straße aus direkt erschlossen wurde. In diesem Zustand kam der Warleberger Hof 1839 an die Kieler Universität, bevor 1909 zur Erweiterung des Straßenraumes, auf dem seit 1881 nicht nur die Kieler Straßenbahn verkehrte, die Straßenfront um mehrere Meter zurückversetzt wurde. Das Portal übertrug man in die neue, aus modernen Ziegeln aufgesetzte Abschlusswand – nicht ohne die flankierenden Reliefs der Urnenvasen deutlich zu tief anzusetzen. Als der Bau seit den 1960er Jahren zur Nutzung als Stadtmuseum vorgesehen wurde – das Thaulow-Museum am Sophienblatt sollte jetzt dem Kaufhausbau von Hertie weichen – erfolgten umfassende Renovierungen, da zwei historische Rauminterieurs aus dem Museum hierhin übertragen wurden. Zuletzt wurde von 2009 bis 2011 umfangreich saniert, um beispielsweise einen Aufzug einbauen zu können (für den der mittelalterliche Treppenzugang in den Keller geopfert wurde). Aus Anlass der Fertigstellung legt Eva-Maria Karpf jetzt das zu besprechende Heft mit einer Geschichte des Warleberger Hofes von seinen Anfängen bis heute vor.

Das Anliegen ist verdienstvoll, denn eine solche Zusammenstellung fehlte bisher. Hatte Friedrich Volbehre 1877 den Hof im Rahmen seiner Untersuchung der adeligen Freihäuser in Kiel behandelt, so war bisher die gründliche Baugeschichte des Bauwerks aus der Feder von Adolf Hoff von 1934 die Referenzgrundlage. Karpf geht von der Schenkung an Christoph Martens 1616 aus und steigt von dort in die Vorgeschichte ein. Dabei referiert sie gut informiert sowohl die jüngeren bauhistorischen Befunde auf der Grundlage der Restaurierungen und benachbarten archäologischen Untersuchungen der letzten Jahre als auch der historischen Rahmenbedingungen. In den folgenden Kapiteln geht sie dann personenorientiert die jeweiligen Besitzer durch, wodurch sie nach Martens und seinen Erben die Nutzung des Hauses als Adelsbesitz, Universitätsbesitz und städtischem Besitz mit musealer Nutzung zu Kapiteleinheiten formiert. Dieser Gang durch die Geschichte ist unterhaltsam, mit vielen Nebeninformationen und einer guten Prise Stadt- und Landesgeschichte gewürzt. Hierfür werden neben der nicht sehr umfangreichen Literatur zum Gebäude selbst immer wieder Forschungen zum zeitlichen Umfeld und der Kieler Stadtentwicklung einbezogen. Der größte Neuwert liegt jedoch si-

cher in der dezenten Auswertung der relevanten Akten im Landesarchiv Schleswig und dem Stadtarchiv Kiel sowie der Darstellung der jüngeren Geschichte. Insgesamt gelingt der Autorin ein gut zu lesender, informierter Spaziergang durch die Geschichte, der sich im Sprachduktus und Gegenstand an alle Interessierten richtet. Die Ausführungen sind jedoch wissenschaftlich abgesichert, wovon nicht zuletzt die zurückhaltend an das Ende des Bandes geschobenen 224 Anmerkungen Zeugnis ablegen.

Wer jedoch an diesem durchaus repräsentativen Stadtbauwerk entsprechend der Standards der Hausforschung ein genaueres Interesse hat, der wird nicht auf seine Kosten kommen. Weder enthält der schmale Band aktuelle Grundrisse oder Schnitte (die angesichts der kürzlichen Restaurierung sicher leicht zu erstellen gewesen wären) noch eine Baualtersdifferenzierung. Letztlich bleiben die historischen Raumanlagen in den verschiedenen Bauphasen des Gründungsbaus von 1661, der Umbauten mit Versetzung der Ostwand um 1690 oder der Erweiterung zur Straßenseite 1765 genauso unklar wie die Relation zu dem heutigen Bau mit seinen teilweise für die historischen Einbauten veränderten Raummaßen. Die knappen textlichen Hinweise können dies nicht auffangen. Damit ist jedoch eine Einordnung in zeitgleiche Hausbauten unmöglich. Als einziger Grundriss wird die schematisierte Rekonstruktion des Kellers und des Erdgeschosses aus dem Beitrag von Hoff von 1934 abgedruckt. Statt differenziertem Planmaterial erscheint als Cover und vor jedem Kapitel der aussagelose, zudem unangenehm groß gezogene und so banalisierte Ausschnitt einer Straßenansicht von 1880, der in seiner Gesamtheit sonst im Band noch nicht einmal eines Abdrucks wert war und keinerlei Genauigkeit aufweist. Das ist eine vertane Chance, die vor allem aus Sicht der architekturhistorischen Forschung sehr bedauerlich ist.

Auf die kunsthistorische Forschung zielt jedoch der Band nicht. Er möchte dem Besucher des Museums ein informatives, populäres Heft über das geschichtsträchtige Gebäude an die Hand geben. Diese Erwartung erfüllt er uneingeschränkt und bietet mit einer schönen Mischung aus historischen Ansichten, Gemälden zu den Personen und Urkundenausschnitten sowie Bildern zur Ausstattung des Hauses mit den historischen Räumen aus dem Thaulow-Museum einen gut gedruckten, angenehmen Einblick in einen Bereich der Kieler Stadtgeschichte.

Der Warleberger Hof ist der älteste in seiner Gesamterscheinung in Kiel erhalten gebliebene Wohnbau und insofern jeder Beachtung wert. Seine Alleinstellung resultiert schon aus der rasanten Kieler Stadtentwicklung um 1900, bei der weite Teile der Altstadt durch Neubauten ersetzt wurden, weil Straßenräume verbreitert werden sollten und eine höhere Bebauung finanziell lukrativer geworden war. Die Erhaltung des Warleberger Hofes, der „nur“ seine vordere Gebäudeebene einbüßte, ist für die heutige Identität der Dänischen Straße und damit der gesamten Kieler Altstadt ein großer Glücksfall. Die Betrachtung seiner Baugeschichte sollte für solche Bauentwicklungen sensibilisieren, zumal das Kieler Stadtbild gerade in den letzten Jahren erneut erhebliche Verluste seiner historischen Bausubstanz, die heute aus dem 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, teilweise aber auch aus dem Wiederaufbau der 1950er Jahre stammt, zu beklagen hat. Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und den Abrissen im Vorfeld der Olympischen Spiele 1972 erleben wir gerade ein drittes einschneidendes Kapitel der Verluste. Die ausführliche Bau- und Besitzgeschichte des ältesten Wohnhauses Kiels, die das

Heft von Eva-Maria Karpf bietet, mag dafür auch etwas den Blick öffnen. Seine Lektüre sei jedem Kielliebhaber empfohlen.

Klaus Gereon Beuckers

Jürgen Jensen, Kiel im Zeitalter der Weltkriege. Fotografierte Stadt- und Zeitgeschichte 1914 bis 1955. Husum: Husum Verlag, 2017. 568 S. (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte; 85).

Nach dem Neudruck des Bildbandes „Alt-Kiel in Wort und Bild“ von Johann Heinrich Eckhardt, den Jürgen Jensen 1975 mit einer Einleitung neu herausgeben hat, sind von ihm selbst mehrere Bildbände zur Stadtgeschichte Kiels zusammengestellt und ediert worden. Diese Werke gründeten sich weitgehend auf den Fotosammlungen des Kieler Stadtarchivs, das Jensen bis 2004 geleitet hat, und der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, dessen Vorstandsvorsitzender Jensen bis 2017 war. In kurzer Folge erschienen neben seinen Abhandlungen zur Stadtgeschichte mehrere kommentierte Bilderchroniken: „Seestadt Kiel“ (1975), „Kiel im Kaiserreich. Das Erscheinungsbild der Marinestation der Ostsee 1871-1918“ (1978), „Kiel. Ansichten einer Stadt“ (1979), „Schleswig-Holstein zur Kaiserzeit. Stadt und Land um 1900 auf Fotos von Wilhelm Dreesen“ (1982), „Kieler Zeitgeschichte im Pressefoto. Die 40er/50er Jahre auf Bildern von Friedrich Magnussen“ (1985), „Kiel im Wirtschaftswunder auf Pressefotos von Friedrich Magnussen“ (1987), „Kriegsschauplatz Kiel. Luftbilder der Stadtzerstörung 1944/45“ (1989), „Alt-Kiel und die Kieler Altstadt“ (1998), „Kiel in alter Schönheit. Historische Aufnahmen von Ferdinand Urbahns“ (2002), „Kieler Stadtporträt 1870/1920. Der Einzug der Moderne im Spiegel der Bildpostkarte“ (2002), „Kiel und die See in der Kunst und Bildreportage. 25 Jahre Sammeln und Ausstellen im Kieler Stadt- und Schiffahrtsmuseum 1978/2003“ (2004), „Kieler Kanalbrücken“ (2010) sowie der Band „Kieler Bilderschatz. Wirklichkeit und Wahrnehmung der Stadt auf alten Photographien“ (2012).

Für Jensen waren Bilder stets mehr als illustratives Beiwerk. Als Stadtarchivar und Museumsleiter hat er früher als andere den Wert von Bildquellen für seine lokal- und regionalhistorischen Arbeiten erkannt und diese als beweis- und aussagekräftige Dokumente eingesetzt. Damit brach er einer Entwicklung Bahn, die heute allgemein unumkehrbar erscheint. „Im Journalismus hat das Bild gegenüber dem Wortbeitrag längst eine ebenbürtige Stellung erreicht“, stellt Jensen in seinem Vorwort fest (S. 7). Auch Ausstellungen zur Zeitgeschichte sind heute kaum noch ohne Bild- und Tondokumente vorstellbar. In den Köpfen der Menschen werden geschichtliche Ereignisse wie persönliche Erlebnisse häufig in Bildern abgespeichert. Da sich die Lese- und Sehgewohnheiten des Publikums geändert haben, hat sich auch die Geschichtsschreibung den Anforderungen eines visuellen Zeitalters zu stellen.

Vom Historiker verlangt diese zusätzliche Quellengattung allerdings doppelte Wachsamkeit, wie Jensen eingangs ausführte: „Dass persönliche Erinnerungen trügen können, steht außer Zweifel, aber auch Bildquellen sind nicht ohne Weiteres ‚objektiv‘ und ein Spiegelbild der Realität, sondern hängen von den Aufnahmemodalitäten ab und müssen quellenkritisch bewertet werden“ (S. 8). Was Historikern aus dem Umgang mit schriftlichen Quellen bekannt ist, gilt natürlich auch für Bild-

quellen. Ereignisse können bewusst manipuliert werden oder sind einfach nicht dokumentiert, denn was abgelichtet wird und wie das geschieht, unterliegt dem Fotografen und den Umständen der Zeit. So suchen wir heute vergeblich nach Zeugnissen von Bücherverbrennungen oder Gestapo-Aktivitäten. Da auch das Fotografieren von Bombenschäden im Zweiten Weltkrieg verboten war, lässt sich auch hier nur auf wenige heimlich gemachte Aufnahmen und Nachkriegsbilder sowie geheim gehaltene Aufnahmen zurückgreifen.

Heute steht im Kieler Stadtarchiv eine große Bildsammlung zur Verfügung. Das Stadtarchiv besitzt über 2.000.000 Fotos, Negative und Dias, 7.000 Postkarten und über 450 Fotoalben aus den 1860er Jahren bis heute. 70.000 Fotos sind bereits digitalisiert und online recherchierbar. Dieser Fundus ist eine wahre Fundgrube für die historische Forschung, gleichzeitig aber ohne kritische Auswertung nicht geeignet, den Verlauf der Geschichte Kiels im Zeitalter der Weltkriege zu vermitteln. Für eine zusammenhängende Darstellung zur Stadtgeschichte müssen geeignete Bilder aus dem Riesenpool ausgewählt, kritisch bewertet, kommentiert und in den Zusammenhang der Ereignisse gestellt werden. Eben dies hat Jürgen Jensen mit seiner neuen Bilderchronik geleistet.

Jensen teilt seinen Band in drei Teile: „Erster Weltkrieg und Weimarer Republik“ (S. 18-175 mit 199 Fotos), „Kiel im Nationalsozialismus“ (S. 176-355 mit 220 Fotos) und „Britische Besatzung und Anfänge der Bundesrepublik“ (S. 365-560 mit 250 Fotos). Durch die Gliederung in 30 Unterkapitel entsteht ein facettenreiches Bild der Stadt. Die 669 Fotos werden durch einige kleinformatige Abbildungen von Plakaten, Dokumenten, Grafiken, Gemälden und Objekten sinnvoll ergänzt. Kurze Zwischentexte führen in die Geschichte der einzelnen Themenkomplexe ein und beschreiben die besonderen Bedingungen für die fotografische Arbeit. Alle Bilder werden durch Kurztitel und Entstehungszeit beschrieben, Name des Fotografen und Herkunft des Fotos sind beigefügt. Zusätzlich erscheint zu jedem Bild eine zumeist kurze Darstellung zum historischen Kontext, der durch das Bild visualisiert wird. Alle Bilder der einzelnen Unterkapitel sind chronologisch angeordnet, so dass die Bilderfolgen zusammen mit den Bildtexten und den Zwischentexten mehrere in sich geschlossene thematische Abhandlungen bilden.

Nach einem kurzen Abschnitt „Kiel im Ersten Weltkrieg“ (S. 18-32; 15 Fotos) folgt die ausführlichere Dokumentation „Von Kiel bis Kapp“ (S. 33-61; 42 Fotos), die den Matrosenaufstand und den Kapp-Putsch beschreibt. Im Abschnitt „Unruhige 20er Jahre“ (S. 62-75) verweisen 18 Fotos auf die Abrüstung, Demonstrationen gegen den Versailler Vertrag, den Hindenburgbesuch 1927 und Ereignisse in der Reichsmarine. Die Entwicklung der Kieler SPD erscheint „Im ‚roten‘ Kiel“ (S. 76-85) und die Bereiche „Kultur und Gesellschaft“ (S. 86-105; 25 Fotos) werden durch Bilder aus dem Kunstleben, Museen, Theater, Kino, Mode, Badewesen, Sport und großbürgerliches Wohnen in Düsternbrook repräsentiert – von den eher ärmlichen Wohnungen der Arbeiterschaft lagen wohl keine Bilder vor. Etwas vielseitiger ist dagegen der Bereich „Handel und Wandel“ (S. 106-135; 41 Fotos) dokumentiert. Es erscheinen anschauliche Bilder aus Einzelhandel, Markt, Handwerk, Fischerei, Großhandel, Fabriken, Werften, Hafens, Behörden und Messewesen. 34 Luftaufnahmen vermitteln anschließend gleichsam in einem „Flug über Kiel“ (S. 136-165) ein beeindruckendes Bild vom Großraum Kiel. „Neues Bauen“ (S. 166-175) wird in

zwölf Beispielen gezeigt und beschließt gleichzeitig den Teil „Erster Weltkrieg und Weimarer Republik“.

Im zweiten Teil „Kiel im Nationalsozialismus“ wird der Wandel durch das sich direkt anschließende Unterkapitel „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ (S. 176-187) in 13 Fotos nahegebracht. Sie zeigen die Marine-Sperrschule, die Marine-Intendantur, das Luftkreiskommando VI, den Flugplatz Holtenau und andere Militärbauwerke sowie den Bau der Schwimmhalle Lessingplatz, Baumaßnahmen in Elmschenhagen und Barackenlager für Angehörige von NS-Organisationen und ausgebombte Kieler. Es folgen kurze Abschnitte über „Denkmäler, Kunst und Kultur“ (S. 186-193; 9 Fotos) und die „Anfänge der NSDAP“ (S. 194-197; 5 Fotos). Ausführlich wird sodann im Abschnitt „Machtübernahme, öffentliche Auftritte, Propaganda“ (S. 198-225) durch 33 Fotos das Wirken des Nationalsozialistischen Propagandaapparates verdeutlicht. Zeugnisse vom Führermythos und der NS-Indoktrination schließen sich in den Kapiteln „Alte Kameraden“ (S. 226-236; 14 Fotos) und „Jugend“ (S. 237-249; 14 Fotos) an. Die propagandistische Ausschlichtung erfasste sodann auch die „Kieler Wochen und Segelolympiade 1936“ (S. 250-262; 14 Fotos). Rar sind indes Bilder über „Opfer und Täter der NS-Gewaltherrschaft“ (S. 263-280). Hier sind immerhin 27 Fotos, darunter seltene Bilder von der Auflösung jüdischer Geschäfte, Ostarbeitern und Kriegsgefangenen bei Arbeitseinsätzen in Kiel. Nach einem kurzen Abschnitt „Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk“ (S. 281-287; 9 Fotos) folgen Bildzeugnisse über die Wiederaufrüstung in der „Stadt der Kriegsmarine“ (S. 288-311; 28 Fotos) und den „Luftkrieg“ (S. 312-331, 21 Fotos). Das Ausmaß der Zerstörung wird bereits aus den Luftbildern und im anschließenden Abschnitt „Die Not der Bevölkerung“ (S. 332-355; 32 Fotos) erschreckend deutlich.

Der dritte Teil „Britische Besatzung und Anfänge der Bundesrepublik“ beginnt mit 45 Aufnahmen zum Leben „Unter britischer Besatzung“ (S. 356-390) und zeigt neben Aufnahmen von den Besatzungstruppen auch erschütternde Bilder vom Arbeitserziehungslager Nordmark am Stadtrand von Kiel, von Entnazifizierungsverfahren und vom Alltag in der Britischen Zone. Dem beginnenden Wiederaufbau ist zunächst das Kapitel „Demokratischer Neubeginn“ (S. 391-400; 13 Fotos) gewidmet. Als Einzelaspekte werden zum einen die Aufnahme Heimatvertriebener unter „Schwere Zeiten“ (S. 401-417; 21 Fotos) behandelt und zum anderen das Leben der „Kinder und Jugendlichen“ (S. 418-431; 16 Fotos), die in den ersten Nachkriegsjahren eine entbehrungsreiche Zeit erlebten. Die allgemeine Not der Nachkriegsjahre und den beginnenden Aufschwung dokumentieren eindrucksvoll die Kapitel „Alltagsleben“ (S. 432-453; 30 Fotos) und „Wiederaufbau“ (S. 454-492; 46 Fotos). Die Auswahl der Bilder scheint hier wiederum sehr gelungen. Unter dem Abschnitt „Wirtschaft“ (S. 493-522; 37 Fotos) finden wir neben Aufnahmen von der Demonstration in Werftanlagen vor allem Bilder vom Lokbau auf der MaK, von neuer Werftindustrie, Fähren und Handwerksbetrieben. Den Schluss bilden Aufnahmen aus „Kultur und Gesellschaft“ (S. 523-545; 27 Fotos), der „Neugründung der Universität“ (S. 546-552; 7 Fotos) und über die „Neue Kieler Woche“ (S. 553-560; 8 Fotos).

Am Ende verzeichnet ein Personenregister (S. 566-568) sowohl die dargestellten Personen als auch die Fotografen, über die uns außerdem das Kapitel „Zu den Fotografen und Bildbeständen“ (S. 561 f.) weitere nützliche Informationen liefert. Dort wird auch über die Herkunft, Überlieferung und Standort der Bilddokumente berichtet. Jensen hat demzufolge nicht nur auf Bilder aus dem Stadtarchiv Kiel zu-

rückgegriffen, sondern auch die Bestände im Landesarchiv, in der Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek und in privater Hand herangezogen.

Mit diesem Bildband krönt Jensen gleichsam seine jahrzehntelange publizistische Tätigkeit. Unter den über 660 Abbildungen finden sich viele bisher unbekannte Fotos. Jensen hat es geschafft, mit seiner Bildauswahl ein facettenreiches, anschauliches Bild von den Umbruchs- und Krisenjahren von 1914 bis 1955 zu zeichnen. Seine Bilderläuterungen und Beschreibungstexte lassen den erfahrenen Historiker und Bildchronisten erkennen. Jensen kommentiert die Bilder kurz und nüchtern und entwickelt mit den ausgewählten Fotos ein anschauliches, breites Spektrum des öffentlichen Lebens und der privaten Lebensführung. Der Betrachter taucht mit dem Buch gleichsam in die Stadt- und Zeitgeschichte ein. Der Bilderkanon erweist sich als eindrucksvolle Dokumentation des Lebens in der Stadt Kiel und seiner Geschichte in der Zeit vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis in die Wirtschaftswunderzeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Dem Autor sei dafür gedankt, dass er es geschafft hat, aus der unüberschaubar großen Menge von über 70.000 Fotografien eben die knapp 700 Motive auszuwählen, die sozusagen als Schlüsselbilder die Geschichte lebendig widerspiegeln. Auch die Ausstattung des Bandes ist dem Verlag „Husum Druck“ vorzüglich gelungen, die Qualität der Abbildungen gut. Das Buch ist als Quelle für einzelne Ereignisse nutzbar, gewinnt seine größte Bedeutung aber als geschlossene Abhandlung zur Kieler Stadtgeschichte.

Jens Ahlers

Kiel und die Marine 1865-2015. 150 Jahre gemeinsame Geschichte. Hrsg.: *Oliver Auge, Doris Tillmann*. Kiel: Ludwig, 2017. 190 S.

So viel vorweg: Wer sich von dieser Jubiläumsschrift einen vollständigen Forschungsbericht oder gar neue Erkenntnisse zu Kiels Marinegeschichte erhofft, wird nur bedingt auf seine Kosten kommen. Das liegt nicht nur an der sehr unausgewogenen Retrospektive, in der manche Zeiträume, so etwa die Jahrzehnte zwischen 1914 und 1945, fast komplett ausgespart sind, sondern ist bereits in der Konzeption des Buches angelegt. Eher am Rande gibt es sich im zweiten Untertitel als Tagungsband zu erkennen, der wohl bestimmte Themenfelder näher ausleuchtet, aber keine grundlegende Zusammenschau der hundertfünfzigjährigen Garnionsgeschichte auf Höhe des aktuellen Forschungsstandes bietet. Die beiden Herausgeber, Doris Tillmann, Museumsdirektorin in Kiel, und Oliver Auge, Professor für Regionalgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität, hatten im März 2015 zu einem mehrtägigen Symposium mit internationaler Ausrichtung in die Fördestadt eingeladen. Dieser offene Ansatz hat zur Folge, dass fünf der zehn jetzt hier publizierten Beiträge nicht vom Kieler Kriegshafen, sondern dessen über die ganze Welt verstreuten Pendanten in Wilhelmshaven, Plymouth, Norfolk, Sevastopol' und Pola handeln. Überdies haben fünf der seinerzeit 15 ReferentInnen aus nicht näher genannten Gründen auf eine Publikation ihres Beitrages verzichtet. Da sie allesamt über Kieler Themen sprachen, ist ihr Rückzug unter lokalgeschichtlicher Perspektive um so bedauerlicher. Warum der Rezensent ansonsten hier und da eine gewisse Erkenntnisgenügsamkeit attestieren muss, wird die Einzelkritik näher begründen.

Der erste Beitrag des Buches „Kiel und die Marine - Höhen und Tiefen einer langen Partnerschaft“ (S. 11-25) stammt von *Michael Epkenhans*, Primus inter pares am Potsdamer Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und nicht zuletzt einer der führenden deutschen Marinehistoriker. Sein eingängiger Text wurde weitgehend in der Vortragsform belassen, was die Lektüre sicher beflügelt, den damit begründeten Verzicht auf weiterführende Fußnoten aber nicht wirklich rechtfertigt. In seiner Tour d'Horizon lässt Epkenhans ausgesuchte Stationen von 150 Jahren gemeinsamer Geschichte passieren, geht auf das Werden und Wachsen der Marinestation im Stadtentwicklungsprozess ein und spart im Kapitel „Unterdrückung, Mord und Tod“ (S. 21 f.) auch die weniger angenehmen Ereignisse, namentlich die eliminatorische Marinejustiz während des Zweiten Weltkrieges, nicht aus. Zur Illustration sind dem Text einige interessante Fotos beigegeben, die wie sämtliche Abbildungen des Bandes, insgesamt 67, aus dem Fundus von Kieler Stadtarchiv und Schifffahrtsmuseum stammen. In seiner Schlussbetrachtung beantwortet Epkenhans die einst von Michael Salewski aufgeworfene Frage, ob man das Verhältnis der Stadt Kiel zu „ihrer“ Marine als partnerschaftliche „Alliance“ oder doch eher als konfliktreiche „Mesalliance“ charakterisieren müsse, mit einem entschiedenen „Sowohl als auch“.

Um Beziehungen, genauer „Die Kontaktfelder zwischen den Militärangehörigen und den Einwohnern der Stadt Kiel“ (S. 27-45) geht es auch *Julian Freche* in seinem Aufsatz, den er ausdrücklich als „Vorarbeit“ zu einer künftig umfassenderen sozialgeschichtlichen Darstellung verstanden wissen will. Die Untersuchung, beschränkt auf den Zeitraum von 1865 bis 1914, wird exemplarisch an den Themenblöcken Politik, Wohnen, Freizeit und Arbeit ausgerichtet. In diesen Bereichen treibt er die Forschung en détail voran; insbesondere seine Ausführungen zu den „Kneipen- und Bordellbesuchen“ der Soldaten (S. 35) sind aufschlussreich, eine Thematik, die von Marinehistorikern in Uniform eher gemieden wird. Im Zusammenhang mit dem Freizeitverhalten taucht auch die einzig quantifizierende Zahl auf, die auf die allgegenwärtige Präsenz des Militärs im damaligen Stadtbild schließen lässt. So schreibt Freche, dass sich am Vorabend des Ersten Weltkrieges „30.000 Marineangehörige“ (S. 35) in Kiel aufgehalten hätten, bleibt aber weitere Angaben über die Personalentwicklung der Marinestation schuldig. Ebenso wie die stetig wachsende Belegungsstärke von Offizieren und Mannschaften - in den Mobilisierungstagen 1914 schwoll ihre Zahl auf wenigstens 70.000, vielleicht sogar 100.000 Mann an, was zu klären wäre - sind auch die Unterbringungsfragen erst ansatzweise erforscht. Vor diesem Hintergrund ist es schade, dass Freche zeitlich nicht weiter ausgegriffen und auch die Kriegsjahre bis 1918 berücksichtigt hat. Denn gerade die von langer Hand geplante viel tausendfache Einweisung von Soldaten in Privatquartiere - die Kasernen und beschlagnahmten öffentlichen Gebäude konnten den Augustansturm allein nicht fassen - scheint doch ein Untersuchungsfeld par excellence zu sein, das interessante Ergebnisse zur Koexistenz von Militär und Zivilbevölkerung erwarten lässt. Freches sachliche Begründung, den chronologischen Rahmen ganz bewusst nicht weiter aufgezo-gen zu haben, weil sich „durch die Auswirkungen des Krieges die gesellschaftliche Dynamik im gesamten Deutschen Reich veränderte“ (S. 27), kann nicht überzeugen. Man mag da schon eher glauben, dass schlichtweg die Möglichkeiten fehlten, die einschlägigen Aktenbestände im Freiburger Militärarchiv durchzuarbeiten.

Das Quantifizierungsproblem leitet zum Aufsatz von *Christian Jentzsch* über, der „Das Seeoffizierkorps der Kaiserlichen Marine und Kiel“ (S. 47-59) in den Blick nimmt. Jentzsch hat 2014 über diese Thematik promoviert, man darf also eine tiefere Kenntnis voraussetzen und hier auf neue Einsichten hoffen, zumal seine Dissertation nicht veröffentlicht ist (Stand Dezember 2017) und selbst über die Fernleihmöglichkeiten der Universitätsbibliotheken nicht beschafft werden kann. Einleitend stellt Jentzsch das Kaiserliche Seeoffizierkorps für den untersuchten Zeitraum von 1871 bis 1914 als standesbewusste Elite vor, der alle Dienstränge vom Admiral abwärts bis zum Leutnant zur See einschließlich der Kadetten angehörten. Zum exklusiven Selbstverständnis dieser Klasse, die sich aus den „höchsten Ebenen“ des deutschen Bürgertums und des Adels rekrutierte, gehörte nicht nur die Abgrenzung gegenüber anderen Marineoffizieren, wie etwa den Ingenieuren, sondern selbst der Umgang mit den ebenfalls in Kiel stationierten Heeresoffizieren oder den zivilen Funktionseliten war trotz mitunter nachbarschaftlicher Wohnverhältnisse, so Jentzsch, nicht opportun. Erfährt man in diesem Zusammenhang, dass der Adel „nie mehr als 20 % des Personalkörpers ausmachte“ (S. 48), geizt der Verfasser ansonsten mit absoluten Zahlen. Offenbar möchte er seine Leserschaft zur eigenständigen Recherche motivieren, wenn er schreibt, dass „sich der quantitative Anteil“ des Seeoffizierkorps an der Stadtbevölkerung „anhand der Ranglisten der Kaiserlichen Marine recht gut nachvollziehen“ lässt (S. 48), selbst aber keine Größenordnungen nennt. Wer es also genauer wissen möchte, kann in der Kieler Universitätsbibliothek die gut 1.900 Seiten starke „Ehrenrangliste der Kaiserlich-Deutschen Marine“ ansehen und eine Auszählung vornehmen.

In methodischer Hinsicht ist noch bemerkenswert, dass Jentzsch als Quellengattung allein die Memoirenliteratur auswertet und dabei vorwiegend auf die posthum veröffentlichten Selbstzeugnisse der Admirale Hunold von Ahlefeld, William Michaelis und Carl von Osten-Fabeck zurückgreift. Seine Begründung, dass dergleichen „Egozeugnisse“ weit mehr den „Zeitgeist atmen“ als „Besatzungslisten, Befehle oder Bordtagebücher“ dies vermöchten, weil das behördliche Schriftgut zumeist „nur ernste Konflikte“ widerspiegeln (S. 48), ist nachvollziehbar, muss aber nicht zwangsläufig mit einem Totalverzicht auf die archivalische Überlieferung einhergehen.

Auf Basis der oben genannten Selbstzeugnisse und einiger Sekundärliteraturtitel entwirft der Verfasser nun ein facettenreiches Panorama der Lebenswelt der Offiziere, schildert deren – in Einzelfällen pubertäres – Freizeitverhalten in Café und Oper, begleitet sie bei Leibesübungen, auf der Jagd, beim Segeln, im Reitverein und auf Tanzzirkeln, berichtet von Kaiser-Paraden und glanzvollen Besuchen gekrönter Häupter. Selbst der Fauxpas eines neu berufenen Kommandeurs, der in seiner Aufregung Prinz Heinrich als „Gnädige Frau“ anspricht, bleibt nicht unerwähnt. Muss der allzu nervöse Befehlshaber fortan nur mit seiner persönlichen Scham und dem Spott des Prinzen leben, kennt die Ehrengerichtbarkeit der Marine bei gesellschaftlichen oder moralischen Verfehlungen ansonsten kein Pardon.

Während also die Taten der Seeoffiziere an der heimischen Kultur- und Kuchenfront gut ausgeleuchtet werden, verlautet kaum etwas über deren Dienstalltag, beispielsweise jene Kommandos zur kolonialen Erschließung der Welt, die von Kiel aus ihren Anfang nahmen. Auch was auf den Schiffen im Hafen oder innerhalb der zahlreichen Befestigungswerke in über 40 Jahren passierte, scheint offenbar nicht

weiter bemerkenswert – lediglich auf einem Foto sind posierende Offiziere im Eingangsbereich von Fort Herwarth zu sehen.

Einzuhaken wäre abschließend bei Jentzsch' Aussage, den Ersten Weltkrieg als „Ausnahmeerscheinung“ bewusst aus seinen Betrachtungen ausgeschlossen zu haben (S. 48). Da ließe sich doch trefflich streiten, ob angesichts von grassierendem Bellizismus und Schwertglauben die wilhelminischen Militäreliten den Krieg oder den Frieden als Ausnahmesituation empfunden haben – und ist nicht der Kampf von jeher das eigentliche Handwerk des Soldaten? So oder so, über die Kieler Seeoffiziere bliebe wohl noch einiges mitzuteilen.

Auch der sich anschließende Aufsatz, eine Studie von Kiels umtriebigen Stadtarchivar *Johannes Rosenplänter*, bleibt zeitlich der wilhelminischen Epoche verhaftet. Ihr Titel: „Kaiserzeitliche Marinegebäude in Kiel: Fünf Thesen zur architektonischen und städtebaulichen Entwicklung“ (S. 62-79). Dieser Beitrag ist ebenfalls in seiner Vortragsform belassen und war als „Impulsreferat“ für vier weitere Vorträge zum Themenfeld Marinearchitektur und Stadtgestaltung gedacht, die jedoch keine Aufnahme in diesen Band gefunden haben. Rosenplänters Ausführungen verstehen sich als Überblick und können diesen Anspruch auch visuell recht gut einlösen, da zahlreiche Fotos und Pläne den Text illustrieren. Auf den Kartenausschnitten sind die Gebäude, von denen die meisten ebenso wenig wie einige Straßenführungen heute noch existieren, durch entsprechende Hinweise lokalisiert. Für den vorgegebenen Zeitrahmen stellt der Verfasser drei Bauschübe fest: eine erste „Phase der Provisorien“, die mit Einrichtung der Marinestation im März 1865 einsetzte, gefolgt von einer seit den 1870er Jahren stürmisch vorangetriebenen „Aufbauphase“, die mit Verabschiedung der beiden Flottengesetze in den Jahren 1898 und 1900 in eine noch intensivere „Ausbauphase“ mündete (S. 62). So entstanden auf beiden Fördeseiten neben gewaltigen Kasernenkomplexen auch Befestigungs- und Hafenanlagen, technische Bauwerke, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude, Lager und Magazine, Schulen, Kirchen und Kapellen, Gerichte, Gefängnisse, Lazarette, aber auch Wohnhäuser und Villen sowie Denkmäler und Friedhöfe. Auf seine im weiteren Textverlauf thesenhafte Zuspitzung auf fünf Sachverhalte muss hier nicht weiter eingegangen werden, da die Behauptungen kein allzu großes Diskussionspotential bergen, sondern mehrheitlich als Tatsachenbeschreibungen gebilligt werden dürften.

Gerade weil Rosenplänter das Ausmaß der Marinebautätigkeit bis 1918 so plastisch vor Augen führen kann, wünschte man sich einen weiteren Beitrag mit einem ähnlich genauen Blick auf das Geschehen in Zeiten der NS-Diktatur, zumal die Verbunkerung vor und während des Zweiten Weltkrieges nicht minder gravierende Auswirkungen auf das Stadtbild hatte. Für die Marine-Station der Nordsee in Wilhelmshaven ist die gewaltige Zahl von 1.112 Bunkeranlagen ermittelt (s. u.), und auch der Kieler Reichskriegshafen dürfte mit ähnlichen Dimensionen aufwarten können. An Förde und Jade sind es bislang fast ausschließlich im Internet tätige Laienforscher, die historische Bild- und andere Dokumente online stellen und damit nicht nur den „architektonischen“ Gigantismus des NS-Systems sinnlich erfahrbar(er) werden lassen. Ihre Sammelergebnisse wissenschaftlich zu unterfüttern und zu kontextualisieren bliebe eine gleichermaßen wünschenswerte wie lohnende Aufgabe.

Den größten Zeitraum durchmisst *Jann Markus Witt*, der in seinem Aufsatz „Friedrichsort: Von der Festung zum Industriegebiet – ein Überblick“ (S. 80-99) knapp vier Jahrhunderte Revue passieren lässt. Seine Darstellung beginnt im Dreißigjährigen Krieg, als der dänische König Christian IV. am nördlichen Westufer der Förde eine Befestigungsanlage errichten ließ. Dieser Ort ist die Keimzelle aller fortifikatorischen Bauten im Kieler Umland und sollte bis zur schleswig-holsteinischen „Erhebungszeit“ auch die einzige Verteidigungsstellung bleiben. Klar gegliedert und griffig formuliert spult Witt seinen Text herunter, der den Extrakt einer 2012 zum selben Gegenstand veröffentlichten Monographie bietet (Die Festung Friedrichsort. Ostseegeschichte an der Kieler Förde). Doch damals und mehr noch heute gilt, dass er die aktuelle Forschungsliteratur nur eingeschränkt zur Kenntnis nimmt. Beispielsweise vermisst man in dem ausführlichen Kapitel über „Die Kaiserliche Torpedowerkstatt Friedrichsort“ (S. 86 ff.) eine Auseinandersetzung mit Oliver Krauss' materialreicher Dissertation von 2006, „Rüstung und Rüstungserprobung in der deutschen Marinegeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Torpedoversuchsanstalt (TVA)“ – das Standardwerk zum Thema. Nicht zuletzt wären die von Krauss zum Teil abweichend bezifferten Produktions- und Beschäftigtenzahlen in der TVA zu diskutieren.

Ein ähnlicher Tunnelblick leitet auch Witts Ausführungen zum Thema Luftkrieg. Seine Aussagen „Nach Kriegsbeginn 1939 wurde Kiel erneut befestigt, doch diesmal nicht zur Verteidigung gegen eine feindliche Landung von See aus, sondern gegen die alliierten Angriffe aus der Luft. Auch die Festung Friedrichsort diente als Flak-Stellung.“ (S. 93) sind in allen Punkten irreführend oder schlichtweg falsch. So sind Bombenabwürfe auf Kiel zwar ein Phänomen des Zweiten Weltkrieges gewesen, aber schon seit 1913 wappnete sich die Kaiserliche Marine für einen Luftkrieg, so dass die Festung Kiel im Herbst 1918 über ein ausgeklügeltes Luftabwehrsystem mit zahlreichen mobilen wie festen Flak-Batterien, Scheinwerferstellungen, Horcheinrichtungen und Drachensperren verfügte. Flankierend standen auf dem Nordmarksportfeld, der Festungs-Landflugstation, und in den Hangars der Holtener Seeflugstation Abfangjäger in ständiger Alarmbereitschaft, weil das Stationskommando noch mehr als seeseitige Attacken Angriffe aus der Luft fürchtete. Auf dieser Grundlage wurde seit 1933 – und beileibe nicht erst nach Kriegsbeginn 1939 – erneut hochgerüstet und eine äußerst schlagkräftige Marine-Flak etabliert, allerdings ohne eine Geschütz-Batterie in der Festung Friedrichsort. Dementsprechend liegt auch Epkenhans in seinem Einführungsreferat daneben, wenn er die „Ausdehnung kriegerischer Ereignisse in die dritte Dimension“ (S. 23) erst für den Zweiten Weltkrieg reklamiert – als hätte es seit Herbst 1914 keine alliierten Bomberangriffe auf die grenznahen deutschen Städte bis in den Frankfurter Raum hinein gegeben. Die Gesamttrefferbilder von Saarbrücken und Freiburg 1914/18 könnte man bei flüchtiger Betrachtung auch den Jahren 1940/41 zuschreiben.

Mit dem Beitrag von *Stephan Huck* „Wilhelmshaven und die Marine“ (S. 100-112) beginnt gewissermaßen der zweite Teil des Buches, der sich dem Geschehen in anderen Hafen- und Garnisonsstädten widmet. Obwohl Huck einen der kürzesten Beiträge des Bandes verfasst hat, gelingt ihm eine äußerst präzise und faktenreiche Darstellung. Sein Abriss setzt im Jahre 1853 mit dem sogenannten Jadevertrag ein, in dem das Großherzogtum Oldenburg dem Königreich Preußen eine zunächst 160

ha große Fläche zum Bau eines Kriegshafens überließ. Von hier aus arbeitet sich der Verfasser bis in die jüngste Gegenwart vor, liefert Basisfakten, nennt gut erforschte Themenfelder, zeigt aber ebenso Blindstellen auf und formuliert Desiderate. Trotz zahlreicher Vorarbeiten, auch aus seiner Feder, macht er letztlich keinen Hehl daraus, dass eine „wissenschaftlichen Standards genügende Garnisons- oder Standortgeschichte der Stadt“ (S. 102) noch zu schreiben wäre. Abschließend gibt er diesem künftigen Projekt noch sechs Thesen zur „Anregung“ mit auf den Weg. Positiv sei noch vermerkt, dass Huck die Ergebnisse der Wilhelmshavener „Bunkerfreunde“ – aus welchen Beweggründen heraus solche Interessengruppen auch immer ihre Web-Seiten betreiben mögen – ohne akademische Scheuklappen einzu- binden weiß.

Dass es nun international weitergeht, ist bereits mit dem Sprachwechsel unverkennbar. So sind die Aufsätze des britischen Referenten *G. H. Bennett* – von Herausgeberseite als „Harry Bennet“ eingeführt (S. 8) – und des US-Amerikaners *Lee Duckworth* nicht ins Deutsche übersetzt worden. Bennett berichtet über den Marinestützpunkt Devonport im Westen der Stadt Plymouth (Dockyard, Naval Base and Town: The Social and Political Dynamics of Plymouth 1800-1950, S. 113-135), und Duckworth zeichnet die Entwicklung von Norfolk im US-Bundesstaat Virginia zur größten Marinebasis der Welt nach (The Naval base and the city of Norfolk, S. 137-160). In Unkenntnis der jeweiligen Forschungsstände sei hier nur vermerkt, dass beide Autoren einen weiten Zeitrahmen abstecken, den Weltkriegen größere Aufmerksamkeit schenken und die besonderen Faktoren im Verhältnis von Stützpunkt und Stadt herauszuarbeiten suchen.

Fluch oder Segen? – diese Kernfrage umkreist *Kerstin S. Jobst* in ihrem philosophisch angehauchten Aufsatz, den sie unter den Titel „Einnahme unmöglich? – Sevastopol' als Geschichte eines (Miss-)Erfolgs“ (S. 161-182) gefasst hat. Blickt man allein auf die ungeheuren Zerstörungen und menschlichen Opfer, die die mörderischen Kriege um den nach 1783 gegründeten russischen Flottenstützpunkt auf der Halbinsel Krim immer wieder gefordert haben, scheint die Frage schnell beantwortet. Doch so einfach ist es nicht, wie Jobst nach Aufstellung einiger Determinanten zur Objektivierung von Erfolg beziehungsweise Misserfolg und deren Anwendung auf die stattgehabten Zeitläufe feststellt. Warum neben militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bewertungskategorien letztlich ein emotionaler Faktor, nichts anderes als die „russische Seele“, das Pendel doch eher in Richtung Erfolgsstory ausschwingen lässt, steht am Ende ihrer sehr differenziert und durchdacht formulierten Ideenskizze, die im Übrigen als Grundlage ihrer Antrittsvorlesung an der Wiener Universität gedient hat.

Im letzten Beitrag „Pola: Vom k.u.k. Kriegshafen zum italienischen Flottenstützpunkt“ (S. 183-190) führt *Frank Wiggermann* ins Adriatische Meer zu einer uralten Hafenstadt auf der istrischen Halbinsel, die nach wechselvoller Geschichte heute, Pula genannt, zur Republik Kroatien gehört. Wiggermann konzentriert sich auf jenes Jahrhundert, das 1852 mit dem Ausbau des für militärische Zwecke geradezu prädestinierten Naturhafens zum zentralen Flottenstützpunkt der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie begann und 1947 mit einem Massenexodus endete. Nunmehr zogen jedoch die Italiener ab, denen mit den Friedensverträgen von 1919 einst ganz Istrien zugesprochen worden war. Mag mancher Streitpunkt zwischen Garnison und Kommune an die Kieler Verhältnisse erinnern, so ist doch die adria-

tische Gemengelage ungleich komplexer. Hier sind die Konfliktlinien nicht nur entlang der militärisch-zivilen Interessenssphären zu verorten, sondern berühren auch ethnische und ideologische Fragen, darunter die Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Kommunisten, wie Wiggermann pointiert auszuführen weiß. Im Vergleich zu Kiel oder gar Sevastopol' blieb Pola von gegnerischen Angriffen im Zweiten Weltkrieg lange Zeit verschont, geriet zuletzt aber doch noch in den Fokus anglo-amerikanischer Bomberangriffe. Mit einem Anflug von Bitterkeit schreibt Wiggermann, dass die Luftkriegsopfer unter großer Anteilnahme der Bevölkerung bestattet wurden, während die zur selben Zeit von Triest nach Auschwitz deportierten jüdischen Einwohner Norditaliens offenbar unbeachtet ihren Todesmarsch antreten mussten.

Was bliebe nun in einem Gesamtfazit über die eingangs getroffene Einschätzung hinaus zu sagen? Gewiss kann man dem Herausgeberwort zustimmen, dass mit diesem Tagungsband eine „internationale Vergleichsebene“ zu anderen Marinestädten geschaffen wurde, mit deren Hilfe sich das Trennende wie das Verbindende „herausfiletieren“ ließe. Doch auf sicheren Beinen stünde ein solcher Vergleich erst, wenn die Kieler Faktenbasis für alle Epochen und Themenfelder in gleicher Dichte erhoben wäre. Doch dazu müssten vorab noch zahlreiche Akten im Freiburger Militärarchiv gewälzt werden.

Stefan Wendt

Peter Hartmann, Die Lübecker Landwehren im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. Lübeck: Schmidt-Römhild, 2016. 141 S. (Jahresschrift der Archäologischen Gesellschaft der Hansestadt Lübeck e.V.; Sonderband 1).

Die von Peter Hartmann vorgelegte Arbeit ist der erste Sonderband der Jahresschrift der Archäologischen Gesellschaft der Hansestadt Lübeck e.V. Das Werk ist sowohl in der Städteforschung als auch in den Forschungen zum mittelalterlichen Befestigungswesen zu verorten und basiert sowohl auf geschichtswissenschaftlichen als auch archäologischen Erkenntnissen. In diesem Zusammenhang sind etwa die Untersuchungen Hermann Hofmeisters zu den Wehranlagen Nordalbingiens zu nennen.

Auf eine allgemeine Einführung mit Informationen zur Bedeutung der Landwehr, zur Begriffsdefinition, zum Forschungsstand sowie zu den verschiedenen Formen folgt ein Kapitel zu den natürlichen Grundlagen der Lübecker Landwehren. Dabei wird etwa auf den Verlauf der verschiedenen Abschnitte eingegangen und mit beigegebenen Karten ein guter Überblick vermittelt. In einem weiteren Schritt skizziert Hartmann knapp die Entwicklung des lübischen Territoriums von der Mitte des 12. bis zum Ende des 13. Jahrhunderts und geht dabei unter anderem auf die rechtlichen Grundlagen wie den durch Friedrich II. ausgestellten Reichsfreiheitsbrief von 1226 und den Grenzvertrag der Stadt mit dem Lübecker Bischof von 1230 ein. Durch den städtischen Zukauf von Land wurde das Stadtgebiet ebenfalls erheblich erweitert.

Im Kapitel zur Entstehung der Landwehren nennt Hartmann die Turmhügelburgen als frühe Befestigungsanlagen – interessanterweise gesteht er dabei den von Carl Heinrich Dreyer erstellten Regesten zur Existenz einer Burg in Padelügge zu

Beginn des 13. Jahrhunderts durchaus Aussagekraft zu, da diese aus dem historischen Kontext heraus plausibel seien (S. 59). Im Unterkapitel „Raubritter und Fehden“ (4.2.1) wird aufbauend auf der Detmar-Chronik sowie auf Lübecker Sagen – gearbeitet wird mit der Edition von Ernst Deecke – eine städtische Perspektive auf die Konflikte Lübecks mit dem umwohnenden Adel geboten. Gleichwohl weist der Autor auf die Legitimität der Fehden des Adels – bei weitem nicht alle Adligen waren Ritter – hin (S. 63 f.). Lübeck wird wie auch im folgenden Kapitel zum Reichslandfrieden und zu den Landfriedensbündnissen (4.2.2) als Ordnungsmacht beschrieben. Dies ist sicherlich zutreffend, beruhte wie von Stefanie Rütter überzeugend herausgestellt aber nicht zuletzt auf Partikularinteressen innerhalb der Stadt. Zwei weitere Unterkapitel zur Vollendung der Lübecker sowie zur Entstehung der Möllner Landwehr beschließen diesen Abschnitt.

Im Folgenden wird die „Form und Funktion der Lübecker Landwehren von 1300 bis 1650“ in den Blick genommen und dabei zunächst auf deren Wirksamkeit und Unterhaltskosten sowie auf die Bedeutung für das Straßennetz eingegangen. Den anschließend behandelten Grenzpassen und Grenzbäumen wie auch den Landwehrtürmen und Bäumehäusern kam einige Bedeutung zu, wie Hartmann etwa anhand des Berichtes über den Besuch Christians I. in der Stadt 1462 darlegt – die Verteidigungsanlagen wurden in diesem Zuge zusätzlich bemannt (S. 80 f.). Darüber hinaus waren Wälle und auch Gewässer wichtige Bestandteile der städtischen Verteidigungsanlagen. Ein weiteres Unterkapitel thematisiert die praktische Anwendung solcher Verteidigungsstellungen: Die Zerstörungen durch mehrere benachbarte Landesherren werden dabei nur kurz angeführt, so etwa jene des Schlutuper Turmes im Zuge der Grafenfehde 1534 (S. 98). An dieser Stelle wären Hinweise auf die dem Text zugrundeliegenden Quellen und Darstellungen hilfreich gewesen, auch um sich weitere Details zu den vom Autor nur kurz erwähnten Konflikten beschaffen zu können.

Das sechste Kapitel widmet sich der Entwicklung der innerhalb der Landwehr gelegenen Dörfer. Auf die vor dem Burgtor – also westlich der Stadt – verorteten Dörfer Israelsdorf, Lauerhof, Schlutup, Brandenbaum und Wesloe wird ebenso eingegangen wie auf das vor dem Mühlentor – südlich Lübecks – gelegene Stecknitz. Eine Besonderheit stellen in diesem Bereich die zum Lübecker Domkapitel zählenden Dörfer Genin, Büssau und Vorrade dar. Auch vorm Holstentor im Westen der Stadt lagen innerhalb der Landwehr mit Padelügge, Roggenhorst, Schönböcken, Klein-Steinrade, Krempelsdorf und Vorwerk mehrere Dörfer. Im zusammenfassenden Unterkapitel zu den verschiedenen Funktionen dieser Siedlungen und zum Strukturwandel wird auf die allgemeine Bedeutung bei der Versorgung der Stadtbevölkerung wie auch bei der Sicherung der Landwehr eingegangen. Darüber hinaus waren die Dörfer eine Kapitalanlage: Augenfällig ist der zu beobachtende Übergang aus städtischem in bürgerlichen Besitz (S. 113 f.).

Im siebten Kapitel wird – anders als der Titel „Das Ende der Landwehr nach dem Dreißigjährigen Krieg“ es vermuten lässt – ein darüber hinausgehender historischer Ausblick bis in die Gegenwart geliefert. Die für den Bedeutungsverlust und Verfall der Landwehr ursächlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse werden dabei ebenso angesprochen wie spätere Beschädigungen, die etwa vor wenigen Jahren aus dem Bau des Autobahnkreuzes A1/A20 folgten.

Ein die Gesamtdarstellung abrundendes Fazit ist nicht vorhanden – stattdessen folgen auf das letzte Kapitel einige Abbildungen mit Erläuterungen etwa zum Bewuchs der Landwehr, auf der bewusst eine „dornige Buschvegetation“ angepflanzt wurde (S. 123). In dieser Weise wird nochmals ein Eindruck vom gegenwärtigen Zustand der Landwehr vermittelt. Die angehängte Bibliographie bietet einen Überblick über die genutzten Darstellungen und Quellen und damit die Möglichkeit zu einer weiteren Beschäftigung mit dem Thema. Der Anmerkungsapparat des Werkes ist jedoch insgesamt lückenhaft: Zwar wird meist auf die den Ausführungen des Autors zugrundeliegenden Quellen oder auf die entsprechende Literatur hingewiesen, jedoch geschieht dies bei weitem nicht immer. In der Gesamtschau ist Peter Hartmann ein gut lesbares wie informatives Buch über die Lübecker Landwehren gelungen. Dazu tragen nicht zuletzt zahlreiche Fotografien und Karten bei, die eine Orientierung im beschriebenen Raum ermöglichen.

Frederic Zangel

Anne Birgitte Sørensen, Østergård – vikingetid & middelalder. Haderslev: Museum Sønderjylland, 2011. 644 S. (Skrifter fra Museum Sønderjylland, 5).

Zu den spannendsten Phänomenen vergangener Epochen gehören die Wüstungen – also aufgegebene und verschwundene Siedlungen und Kulturlflächen. Wenngleich mit Rungholt und Haithabu gleich zwei der markantesten und mythisch aufgeladendsten historischen Stätten des Landes (mehr oder weniger) zu dieser Gruppe gehören, ist heute noch relativ wenig über die Mehrzahl der Wüstungen und die ihnen zugrunde liegenden Prozesse bekannt. Das liegt zum einen daran, dass sie nur schwer in der schriftlichen Überlieferung zu fassen sind, aber auch daran, dass seitens der Archäologie bislang nur wenige Plätze untersucht werden konnten. Das seit Sommer 2017 wieder untersuchte Haithabu stellt dabei eine prominente Ausnahme dar.

Ein wichtiger Schritt zu einem besseren Verständnis sowohl von Wüstungen, aber auch der regionalen Siedlungsgenese ist der von 1994 bis 2001 durch das Museum Haderslev untersuchte Fundplatz Østergård, bei dem es sich vermutlich um eine Vorgängersiedlung des heutigen Hyrup in der Gemeinde Bevtøft (südwestlich von Vojens) handelt. Vor dem Hintergrund einer geplanten Aufforstung wurde eine Fläche von 110.000 m² freigelegt, in der nicht nur Siedlungsspuren aus der Prähistorie, sondern auch aus dem Zeitraum vom 8. bis ins 13. Jahrhundert identifiziert werden konnten. Die Untersuchung war die bislang größte Kampagne des Museums Haderslev, und darüber hinaus ist sie eine der wenigen vollständig erfassten Wüstungen und generell eine der größten und umfassendsten Siedlungsgrabungen in Dänemark. Durch ihre Lage in der heutigen Gemeinde Haderslev ist sie als Teil des historischen Sønderjylland/Schleswig aber auch für die schleswig-holsteinische Regionalgeschichte von großer Bedeutung.

Der vorliegende Band ist Teil eines angestrebten mehrbändigen Werkes, das auch die bislang nicht thematisierten prähistorischen Siedlungsspuren abdecken soll. Seit 2011 liegen so zumindest die Ergebnisse der umfassenden Aufarbeitung der wikingerzeitlichen und mittelalterlichen Befunde in gedruckter Form vor, mit Unterstützung einzelner Gastautoren. Ziel des Werkes war dabei nicht die histori-

sche Kontextualisierung des Gesamtbefundes, sondern die archäologische Dokumentation und Vorlage der Funde und Befunde als geschlossenes Fallbeispiel, welches Ausgangspunkt für weiterführende übergreifende oder vergleichende Untersuchungen sein kann (S. 15).

Das Werk ist in drei Abschnitte gegliedert: Einem Hauptteil (S. 37-320), in dem die einzelnen Siedlungsphasen mit ihren Funden und Befunden dargestellt werden, folgen Berichte zu den naturwissenschaftlichen Analysen durch *Per Ethelberg* (Phosphatanalyse), *Kåre Lund Rasmussen* (Provenienzbestimmung der Keramik) und *Anne Birgitte Gotfredsen* (Osteologie) (S. 349-398) sowie ein umfangreicher Katalog (S. 410-644). Dem Hauptteil vorangestellt ist eine Darstellung der Forschungsgeschichte (S. 17-28) sowie der Untersuchungsmethode (S. 29-36).

Das Werk ist sorgfältig redigiert und fast vollständig auf Dänisch verfasst, wird dem deutschsprachigen Leser jedoch durch eine umfassende Übersetzung der zwölf Hauptkapitel durch *Frauke Witte* erschlossen (S. 321-348). Zwei der drei naturwissenschaftlichen Beiträge verfügen über eigene Übersetzungen, während der Beitrag von *A. B. Gotfredsen* auf Englisch abgefasst wurde und somit eine dänische Zusammenfassung hat. Eine Stärke des Bandes ist die üppige Bebilderung mit zahlreichen Photographien und Grabungsplänen. Besonders hervorzuheben sind die graphischen Rekonstruktionen von *Jørgen Andersen*, die einen plastischen Eindruck zentraler Gebäudestrukturen vermitteln.

Die dem Anspruch der Dokumentation geschuldete gelegentlich sehr kleinteilige Darstellung der Befunde macht das Studium des Werkes ebenso wie das große Format und das damit verbundene Gewicht nicht unbedingt zu einer leichten Lektüre für zwischendurch. Die praktischen Probleme werden jedoch durch einen sinnvollen Aufbau der einzelnen Kapitel kompensiert: Stets werden typologische Einführungen und Erklärungen geliefert, einzelne Begriffe werden definiert, erklärt und anhand vergleichbarer Fallbeispiele aus Dänemark, Deutschland oder den Niederlanden eingeordnet. Diese Vorgehensweise verleiht der Zusammenstellung einen äußerst reflektierten Charakter, der durch den offenen Umgang der Autorin mit Problemen und dem hypothetischen Charakter der Interpretationen unterstrichen wird. Ein solches Problem sind die relativ wenigen naturwissenschaftlichen Datierungen, weshalb die innere Chronologie vor allem auf Basis von Typologie, stratigraphischer Verhältnisse und einiger weniger Referenzdatierungen erstellt wurde. Die Autorin untermauert ihre Interpretationen aber stets durch Bezüge zu anderen Untersuchungen und debattiert in vorbildlicher Weise mögliche Alternativen. Dies kann für fachfremde Leser aufgrund der Detailfülle und Menge an Daten durchaus ein wenig zäh sein, ist aber aus wissenschaftlicher Sicht äußerst sinnvoll. Für ein Grundverständnis ist ein umfassendes Studium jedoch nicht notwendig, da der Band durch zwei zusammenfassende und einordnende Beiträge aus der Feder der Autorin abgerundet wird (S. 287-320), wobei sie für die historische Einbettung (Kapitel 12) durch *Lennart S. Madsen* vom Museum Haderslev unterstützt wurde.

Und spätestens in diesen Kapiteln wird auch die historische Bedeutung der Untersuchung deutlich. Denn es war möglich, die komplette Entwicklung einer Siedlung von der Entstehung bis zur Aufgabe und Verlagerung über sieben Siedlungs- und Bauphasen hinweg nachzuvollziehen. Die Ursprünge vermutet die Autorin im späten 10. Jahrhundert, wobei eine Kontinuität zu einem älteren Einzelhof des 8.

Jahrhunderts (Kapitel 3) nicht auszuschließen, jedoch auch nicht nachzuweisen sei, da für einen Zeitraum von rund 200 Jahren jegliche Befunde fehlen. Aus dem Einzelgehöft des späten 10. Jahrhunderts, das sich durch Anwesenheit von gleich zwei Häusern des Typs Trelleborg als Sitz einer Person höheren Status' zu erkennen gebe, lasse sich über mehrere Siedlungsphasen die Entwicklung zu einem Dorf mit bis zu 10 Hofflächen nachvollziehen, das um 1200 n. Chr. wieder aufgegeben und an den heutigen Standort des Dorfes Hyrup verlegt worden sei. Dies passe auch zu den (leider nur wenigen) Funden und Befunden von dort, die nicht vor das 13. Jahrhundert datiert werden können.

Alleine schon diese gelungene und wohlbegründete Rekonstruktion von Entstehung und Aufgabe einer Siedlung verdient Beachtung. Besonders interessant sind aber die Implikationen für übergeordnete Themen der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsgeschichte. Die Befunde erlauben wertvolle Einblicke in die Entstehung und Entwicklung des damals geltenden Erbrechts, das sich offensichtlich erst im 12. Jahrhundert in der bekannten Form herausgebildet habe. Führt man die Regelmäßigkeit der zunehmend kleiner werdenden Parzellen auf eben jenes Erbrecht zurück, dann ließe sich in einer der letzten Phasen möglicherweise ein Erbrecht für Töchter in eben jener Zeit erstmals nachweisen, in der es auch erstmals schriftlich zu fassen ist (1169/70). Auch darüber hinaus leisten zahlreiche Befunde einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis bislang unzureichend geklärter Fragen, wie beispielsweise den Phänomenen unbebauter oder temporär bebauter Hofstellen oder Dorffelderweiterungen.

Somit zeigt der vorliegende Band eindrucksvoll, wie wenig oftmals zu wesentlichen Fragen des Mittelalters dieser Region bekannt ist, und welch gewichtigen Beitrag die nähere Untersuchung von Wüstungen zum besseren Verständnis des Mittelalters leisten kann. Dies ist natürlich immer ein enorm aufwendiges Unterfangen, wie alleine der Umfang des ersten Teilbandes der Hyrup-Østergård-Grabung bezeugt, aber es wäre zu wünschen, dass auch in Schleswig-Holstein den zahlreichen Wüstungen größere Aufmerksamkeit gewidmet wird!

Stefan Magnussen

Garnisonsgeschichte der Stadt Rendsburg. Hrsg. von *Robert Bohn* und *Martin Westphal*. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, 2017. 355 S. (IZRG-Schriftenreihe; Bd. 17).

Ein Buch als Fahrplan, so könnte man die von Robert Bohn vom IZRG und Martin Westphal von den Museen Rendsburg herausgegebene „Garnisonsgeschichte der Stadt Rendsburg“ nennen. Robert Bohn veröffentlichte zuletzt 2015 zusammen mit Michael Epkenhans vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr einen Band zur Garnisonsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Martin Westphal konnte in der Vergangenheit bereits mehrere erfolgreiche militärgeschichtliche Ausstellungen in seinem Museum präsentieren. Beide Herausgeber sind also mit der Materie gut vertraut. – Zurück aber zum „Buch als Fahrplan“. *Martin Westphal* äußerte sich anlässlich der Buchvorstellung über die Zielsetzung der Arbeit, er verstehe sie als „die Architektur der Garnisonsgeschichte“ und die Kieler Nachrichten ergänzten: „Sollte das von ihm geleitete Historische Museum

tatsächlich irgendwann einmal eine Abteilung über die Militärgeschichte der Stadt bekommen, wäre dieses Buch die Aufbauanleitung dafür". Dieser Hintergrund ist wichtig für eine Gesamtwürdigung der „Garnisonsgeschichte“, für die insgesamt neun Autorinnen und Autoren gewonnen werden konnten.

Den eigentlichen Kern bilden vier Überblickskapitel, in denen sich *Jörg Rathjen* „Rendsburg als Festung und Garnison bis 1864“ widmet, *Sven Bracke* „Rendsburg als Garnisonsstadt in preußischer Zeit“ sowie die Zeit „vom Waffenstillstand 1918 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs“ vorstellt und *Klaas Hartmann-Moritzen* „Rendsburg als Militärstandort nach dem Zweiten Weltkrieg“ untersucht. Die übrigen Beiträge behandeln speziellere Themen, darunter etwas zu „Einquartierungen in Rendsburg im 18. und 19. Jahrhundert“ (*Birthe Herbst-Gehrking*), zum „Dienst von Juden im Rendsburger Bürgermilitär“ (*Frauke Dettmer*), über „Die Festung Rendsburg und die schleswig-holsteinische Erhebung 1848-1851“ (*Jonas Müller*) sowie über „Ein Kanonenboot namens ‚Frauenverein‘“ (*Marion Bejchowetz-Iserhoht*). Die beiden Kapitel „Preußische Militärbauten in Rendsburg von 1867 bis 1918“ (*Alfred Gudd*) und „Rendsburger Militärbäude nach dem Zweiten Weltkrieg“ (*Dorothee Katrin Driessen*) bilden mit ihrem architekturgeschichtlichen Schwerpunkt eine eigene kleine Einheit der Garnisonsgeschichte. Soweit der Inhalt im Überblick.

Die Qualität der dargebrachten Beiträge ist durchweg hervorragend und alle sind sehr lesenswert. Mit Blick auf die Idee der Herausgeber, eine Aufbauanleitung für eine künftige garnisonsgeschichtliche Ausstellung des Museums zu schaffen, sind auch die auf den ersten Blick etwas exotischeren Themen wie die Geschichte des Kanonenbootes „Frauenverein“ oder aber die Rolle der Rendsburger Juden in der Bürgerwehr sinnvolle Exkurse. Ein entscheidender Kritikpunkt aber bleibt aus Sicht des Rezensenten: Für eine als Gesamtwerk wirklich lesbare und unter dem Gesichtspunkt der Vergleichbarkeit der Epochendarstellungen fruchtbare „Garnisonsgeschichte“ sind die Überblickskapitel viel zu ungleich strukturiert und ausgearbeitet worden. Hinzu kommt eine Lücke für die Zeit der Erhebung von 1848-1851, denn der Beitrag von *Jonas Müller* widmet sich, anders als der Titel vermuten ließe, mehr der Rezeptionsgeschichte als der tatsächlichen militärischen Rolle Rendsburgs während des Krieges.

Trotzdem überwiegt ein sehr positiver Eindruck, denn das Museum Rendsburg unter der Leitung von *Martin Westphal* hat die enorme Bedeutung der militärischen Vergangenheit für die Geschichte der Stadt erkannt und macht Nägel mit Köpfen: durch Ausstellungen, durch ein neues Dauerausstellungskonzept und nicht zuletzt eben durch die vorliegenden wissenschaftlichen Beiträge zu diesem Thema.

Jan Schlürmann

Günter Klatt, Süderoog. Hallig im Wattenmeer. Mit einem Beitrag von *Martin Stock*. Bredstedt: Nordfriisk Instituut, 2016. 319 S. (Nordfriisk Instituut; 242).

Der rückseitige Klappentext kündigt den Autor *Günter Klatt* als „Historiker“ an, der „im Kampf mit der ungebändigten Natur“ die „Geschichte dieser Auseinandersetzung detailreich“ von den Anfängen bis zur Gegenwart nachzeichnen will.

Auf den Mitautor Martin Stock, Biologe am Nationalparkamt, wird auf dem rückseitigen Text des Buches nicht verwiesen. Dieser lieferte auch viele Bilder für das Buch, darunter auch das schöne Umschlagbild.

Lobenswert ist der Abdruck der Küstenkarten der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, nur die blauen Balken stören. Anstelle eines persönlichen Prologes wäre eine Einleitung in das, was einen auf immerhin 320 Seiten Lesestoff erwartet, besser gewesen. Wichtiger schienen dem Autor seine romantisch-schwärmerische Wattwanderung zur Hallig und seine Mutmaßungen über den tragischen Tod des ihm bekannten Jens Wandt, von 1909 bis 1950 Vogelwart auf Süderoog. Man denke auch an Heinrich Klindword, 2. Lehrer in Kronprinzenkoog-Mitte, der Anfang der 1920er Jahre im Dithmarscher Watt ums Leben kam. Mein Großvater, Eduard Meier, 1. Lehrer in Kronprinzenkoog-Mitte hatte ihn gekannt! Solche Unglücksfälle im Watt passieren immer wieder.

Die Kapitel des Buches über Süderoog umfassen „Spuren der Geschichte“, „Leben auf der Hallig“, „Die Hallig und die Außenwelt“ sowie den Beitrag von Stock über „Hallig Süderoog – Herzstück im Wattenmeer.“ Ein Nachwort und ein Anhang mit Verzeichnissen schließen dieses Werk über Süderoog ab.

Im viel zu kurzen „Abriss der Besiedelung Nordfrieslands“ versucht Klatt, einen Überblick zur Landschaftsentwicklung und Siedlungsgeschichte zu geben. Seine ungenügende Kenntnis des Forschungsstandes zeigt u. a. seine Bemerkung, dass „diese Gegend doch damals“ (wann ist damals?) ein „unbewohntes Sumpf- und Moorgebiet“ gewesen sei. Hier wäre dem Autor zu raten, sich mit dem Standardwerk „Der Küstenatlas. Das schleswig-holsteinische Wattenmeer in Vergangenheit und Gegenwart“ vertraut zu machen, das nicht einmal im Literaturverzeichnis auftaucht. So ist dann auch die von Albert Bantelmann auf S. 14 abgescannte Karte nicht mehr aktuell. Etwas mehr Aufmerksamkeit widmet der Autor Bonifatius, ohne dazu die maßgebliche Literatur zu zitieren (u. a. Ad Maas et al. Redactie, Willibrord en Bonifatius, Breda, Gent 2004, mehrere Aufsätze von Becht Jördens). Auf weitere Anmerkungen müssen wir hier verzichten. Der Einstieg in das Buch ist nicht optimal. Hier hätte man auf der Basis des Forschungsstandes eine Erläuterung der Topographie und Landschaftsentwicklung des südwestlichen nordfriesischen Wattenmeeres erwarten dürfen. So befand sich hier noch um 1000 n. Chr. im Schutz der von Prielen durchbrochenen Nehrungsküste ein Moorgebiet, das infolge zunehmenden Meeresinflusses flächenhaft Sedimente überdeckten. Auf diesen landeten im Gebiet der späteren westlichen Pellwormharde Seemarschen auf, während weiter im Osten im Gebiet der Edomsharde Moore bis zu ihrer Urbarmachung im Rahmen des hoch- und spätmittelalterlichen Landesausbaus bestehen blieben.

Im folgenden Unterkapitel „Süderoog – Norderoog – Flerdebüll“ verweist Klatt darauf, dass das Alter der Hallig nicht bekannt sei. Zwar fehlen bislang in diesem Teil des Wattenmeeres Bohrungen zur Dokumentation der Landschaftsgeschichte, doch ist gesichert, dass Süderoog oberhalb des im 14. Jahrhundert untergegangenen und mit Sedimenten überdeckten Kulturlandes aufwuchs. Somit dürfte die Hallig frühestens im 15. Jahrhundert entstanden sein. Ihre schriftliche Ersterwähnung ist für 1552 verbürgt. Die Höhenkarte im Vorsatz des Buches zeigt nicht nur die vorgestoßenen Priele sondern auch die Höhe der Sedimentablagerungen ober-

halb der mittelalterlichen Landoberfläche. Hier wäre ein Hinweis angebracht gewesen.

Im Folgenden erläutert Klatt dann die frühneuzeitlichen Karten und Quellen, auch wenn gerade die Chronisten dieser Zeit oft für mehr Verwirrung als Klarheit sorgen. Warum sich auf S. 19 schwarze Balken auf den Karten von Johannes Mejer befinden, ist unverständlich. In den Bereich der Wattenmeer-Legenden ist die Ziegelmauer einer angeblichen mittelalterlichen Kirche im Watt bei Süderoog zu verweisen. Zum „alten Schrifttum“ wäre für den mit der Materie nicht so bewanderten Leser, an die sich das Buch ja auch wendet, eine Erläuterung notwendig gewesen. Schön ist der Abdruck weiterer frühneuzeitlicher Karten, aber auf S. 27 teilweise unscharf.

Im Teil 2 „Leben auf der Hallig“ erläutert Klatt den Begriff „Hallig“, die Sicherung der Hallig, die Gebäude, die Landwirtschaft, die Wildtiere als Nahrungsquelle, den Tourismus und die Pächter. In diesem Teil liegt das Wertvolle des Buches. Hier kann Klatt auch auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. Verwirrend ist allerdings folgende Formulierung: viele Halligen „waren einst Teile eines großen zusammenhängenden Marschlandes, dessen tiefer liegende Reste das heutige Wattenmeer bilden“. Halligen wie die Hamburger Hallig sind Überreste des Vorlandes der 1634 untergegangenen Insel Alt-Nordstrand, andere, darunter auch Süderoog, sind oberhalb des im späten Mittelalter untergegangenen und von Sedimenten bedeckten Kulturlandes aufgewachsen (S. 47). Ebenfalls falsch ist es, dass die Halligen in der Zweiten Marcellusflut von 1362 „Opfer an Land und Leuten“ haben bringen müssen, die erwähnten Halligen existierten damals noch gar nicht. Richtig ist hingegen, dass die in der Frühneuzeit aufgewachsenen Halligen erstmals 1713 vermessen wurden.

Etwas durcheinander geht es dann mit den Sturmfluten weiter, zunächst erfolgen Angaben zu 1962, dann wird auf die einprägsamen Sturmfluterlebnisse von Johann Biernatzki verwiesen, der seit 1822 als Pastor auf Nordstrandischmoor wirkte. Viel zu knapp ist die Erläuterung der schweren Sturmflut von 1825, die alle Halligen traf. Die Weihnachtsflut von 1717 und Eisflut von 1718 fehlen ganz. In der Literatur (u. a. nicht zitierte Aufsätze in der Zeitschrift „Die Küste“ 2011/2012 zu den Auswirkungen der Sturmfluten von 1717/18 und 1825) hätte Klatt den Hinweis gefunden, dass nach 1825 die Frage aufkam, ob man die Halligen überhaupt wieder besiedeln sollte.

Bei der „Sicherung der Hallig Süderoog“ kann der Autor dann auf eigene Erfahrungen (S. 58) verweisen. Die Verlegung von Steinblöcken zur Halligkantensicherung, an der Klatt teilnahm, nötigt Respekt ab. Ferner verweist Klatt auf den heute fast vergessenen „Lohse Plan“ und den „Generalplan Nordfriesland“ (S. 59 ff.). Nicht zu Unrecht betont er: „Es kann nicht oft genug gesagt werden, dass es ohne Eingreifen des Menschen keine schützenswerte Halligwelt mehr gäbe. Das Wattenmeer, wie wir es heute kennen, ist nun mal anthropogen“. Ausführlich behandelt Klatt dann das Leben auf der Süderooger Warft sowie die Wasserversorgung (S. 63 ff.), jedoch fehlerhaft in der Darstellung der Landschaftsentwicklung. Süderoog ist eben kein Restbestand einer mittelalterlichen Marsch (S. 63).

Sehr schön dargestellt ist hingegen der Querschnitt durch die Hallig (S. 65). Die Gebäude (S. 71 ff.) und die Innenausstattung werden detailliert beschrieben. Dabei erläutert der Autor auch historische Bauweisen (Sodenwände u. a.), wie sie bis in

die frühe Neuzeit üblich blieben. Gut beschreibt der Verfasser auch die „Landwirtschaft auf der Hallig“. Zur Zeit des zitierten Berichtes des Römers Plinius Secundus beruhte die Wirtschaftsweise in den Salzmarschen auf extensiver Viehhaltung, während Ackerbau nur in den Sommermonaten auf den höheren Uferwällen möglich war. Die Menschen siedelten um Christi Geburt noch in Flachsiedlungen, bevor sie in Schleswig-Holstein im frühen ersten Jahrhundert zum Wurtenbau übergingen. Die hoch- und spätmittelalterliche Wirtschaftsweise in den eingedeichten Seemarschen und urbar gemachten Moorgebieten beruhte hingegen vor allem auf Roggenanbau, während auf den Halligen wiederum die Viehhaltung überwiegt (S. 95 ff.). Auch die anderen Kapitel zur Wirtschaftsweise auf der Hallig einschließlich der Jagd sowie des Fisch- und Krabbenfangs (S. 105 ff.) sind ebenso lesenswert wie die Kapitel zu Pächtern und Besitzern (S. 113 ff.), der „Hallig der Jungs“ (S. 129 ff.) und zum Wirken Hermann Neuton Paulsens (S. 125 ff., 162 ff.).

Dieser hatte 1924 erstmals sein internationales, der Völkerverständigung dienendes „Nordsee-Ferienlager“ ins Leben gerufen, das ab 1933 in den Sog des Nationalsozialismus geriet, nach 1945 mit dem Grundprinzip „Ordnung“ aber zunächst fortgeführt wurde. Hierbei kann Klatt auf seinen eigenen Einsatz als ehrenamtlicher Jugendwart (S. 141) verweisen. Ausführlich berichtet er auch über das Ende des paramilitärischen Jugendlagers auf Süderoog mit allen nachteiligen Folgen für die Hallig. Schließlich übernahm das Land Süderoog. Klatt gehörte dabei neben dem verstorbenen Gerd Kühnast von der IG-Baupflege zu denjenigen, die im Sinne Paulsens eine „Wiederbelebung“ Süderoogs versuchen wollten. Inzwischen hatte jedoch der Naturschutz so hohe Anforderungen gestellt, dass sich auch die Einrichtung einer „Europäischen Sommeruniversität“ auf Süderoog als unmöglich erwies. Das muss man bedauern, denn Natur darf den Menschen nicht ausklammern, worauf der Autor zu Recht hinweist (S. 160)! Erst der Trilaterale Wattenmeerplan von 1997 (Erklärung von Stade) betonte, dass Kultur- und Natur die gleiche Wertigkeit im Nationalpark Wattenmeer haben. Daraus entstand das EU-Projekt „Landschaft und Kulturelles Erbe des Wattenmeeres“. Darauf hätte der Autor verweisen müssen.

Kurz berichtet Klatt über „Seeräuber, Mörder und Marodeure“ (S. 179 ff.), die „Süderooger Strandvogtei“ (S. 183 ff.) und Strandungen (S. 188). Erstmals genauer erörtert der Autor das Wrack der *Ulpiano*. Auf weitere lesenswerte Kapitel, wie „Süderoog im Zweiten Weltkrieg“ (S. 205 ff.), „Die Postboten von Süderoog“ (S. 213 ff.), „Die Hallig in der Literatur“ (S. 221 ff.), „Maler“ (S. 231 ff.) und „Fotografen“ (S. 241 ff.), kann hier nicht eingegangen werden.

Wissenschaftlich solide thematisiert *Martin Stock* dann die Biotopkartierung, die Unterschutzstellung und Ökologie des zum „Herzstück im Nationalpark Wattenmeer“ verklärten Süderoog (S. 247 ff.). Unpräzise ist jedoch seine Feststellung, dass „die Halligen allesamt erst einige Jahrhunderte alt sind und bei den „großen Mandränken“, schweren Sturmfluten, vor etwa 400–700 Jahren entstanden sind“. Vor 700 Jahren existierte noch keine der heutigen Halligen. Ohne Kenntnis der Landschaftsentwicklung lässt sich die heutige Ökologie nicht verstehen.

Der Anhang enthält einen literarischen Beitrag des verstorbenen Hermann Newton Paulsen (S. 279), gefolgt von verzichtbaren Schwärmereien von einer Weihnachtszeit (S. 283 ff.) von Klatt und weiteren Informationen, worunter vor al-

lem der Abdruck des Strandungsbuches (S. 297 ff.), zum Wrack der *Ulpiano* und zur Sturmflut von 1962 bemerkenswert sind.

Dort, wo Klatt aus eigenen Erleben Ereignisse erläutert, ist das Buch eine Bereicherung zur Halligggeschichte. Die Schwächen in der Erläuterung der Landschaftsentwicklung sind nur teilweise dem Autor anzulasten, der kein Geoarchäologe und Historiker ist. Offensichtlich kommen hier der Herausgeber „Nordfriisk Instituut“ und das Lektorat an ihre Grenzen (zahlreiche fehlende Titel im Literaturverzeichnis). Gerade auch die Hallig Süderoog hat es verdient, über lokale „Friesentümelei“ hinaus in den überregionalen Zusammenhang des „Weltnaturerbes Wattenmeer“ gestellt zu werden. Welche Wirkungen etwa ein steigender Meeresspiegel auf die Halligen haben wird, wäre zu erörtern gewesen.

Der Bericht „Strategie für das Wattenmeer 2100“ des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume fehlt ebenso wie der aktuelle Generalplan zum Küstenschutz, der auch die Halligen betrifft. Auch auf das Vorwort von Minister Robert Habeck im „Küstenatlas“ hätte man sich auch beziehen können. So thematisiert Habeck in seinem Vorwort nicht nur die Naturwerte sondern auch die „Wattenmeerregion als Kulturlandschaft eigener Art“. Platz dazu wäre im Buch gewesen, das Nebensächliches oft zu ausführlich und teilweise romantisierend beschreibt. Auch hier hätten Lektorat und Herausgeber stringenter sein müssen.

Dirk Meier

Kristian Ditlev Jensen, Sydslesvig. Steder og mennesker. Kopenhagen: Gyldendal, 2016. 207 S.

Wenn man so will, hat der dänische Autor Kristian Ditlev Jensen schon jetzt das Lese- und Bilderbuch zum 100. Jahrestag der Abstimmung und zur Geschichte und Gegenwart Südschleswigs und der dänischen Minderheit für Leser in Dänemark präsentiert; ob das gelungen ist, steht auf einem anderen Blatt.

In dem in großem quadratischem Format vorgelegten Buch mit zahlreichen und nur zum Teil hervorragenden Fotografien will der Autor – nach seinen eigenen Worten – zu einem neuen Verständnis einladen, ohne dabei ein bestimmtes Bild von Südschleswig aufzuzwingen. Doch schon in seinem Vorwort wird es sehr dänisch, wenn er schreibt, dass das Buch von einem verlorenen Stück Dänemark, von etwas, das historisch gesehen dänisch ist, handelt.

So geht es weiter, wenn Jensen von einem Ort spricht, „den die Deutschen Leck nennen, der aber auf alten Karten schön und einfach nur Læk heißt“ (smukt og enkelt bare hedder Læk). – Wie kann man, wenn man vorgibt, kein bestimmtes Bild von Südschleswig aufzwingen zu wollen, und von einer Zeitreise in die gemeinsame deutsch-dänische Geschichte spricht, die Mehrsprachigkeit dieser Region, im Falle Lecks Deutsch, Plattdeutsch, Dänisch, Plattdänisch, so verkennen und hier einen Gegensatz von Leck/Læk konstruieren. Auch die Nordfriesen und die nordfriesische Sprache mit ihrem Dialektreichtum, von denen immerhin der nationalfriesische Teil der dänischen Minderheit verbunden ist, kommen in dem Artikel, der sich mit der Westküste, dem Festland sowie Sylt, Amrum und Föhr beschäftigt, in dieser nationaldänischen Perspektive nicht vor. Es folgt im gleichen Artikel eine

kurze Debatte, wer in Vergangenheit und Gegenwart eigentlich dänisch war, aber deutsch sprach. Eine Debatte fern vom freien Bekenntnisprinzip, das man eigentlich seit über 60 Jahren, seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen, verinnerlicht haben sollte.

In einem anderen Artikel beschreibt Jensen die - vor allem finanziellen - Vorteile für Dänen, sich in Flensburg niederzulassen, und beschert den Lesern dabei eine Menge Vorurteile wie „Deutsche mögen keine französischen Autos“, die einen kulturellen Unterschied verdeutlichen sollen. Und immer wieder kommt ihm bei den beschriebenen Autofahrten durch Südschleswig der Gedanke in den Sinn, dass „all dies einmal Dänemark war“. Natürlich darf auch der - falsche - Satz von Altona, dem südlichsten Teil des Königreichs, einer „kleinen dänischen Perle“ nicht fehlen. Sätze wie diese können nur bei einer bewusst dänischen Geschichtsbetrachtung und einer Ausblendung der Besonderheiten der schleswigisch-holsteinischen Geschichte im dänischen Gesamtstaat so geschrieben werden.

Zu den Besonderheiten gehört auch, dass die dänische Minderheit heutzutage eben gar nicht so dänisch ist, wie der Autor es seinen dänischen Landsleuten zu vermitteln versucht. Die Frage der Haussprache stellt sich, und die Gründe für die Entscheidung für dänische Kindergärten und Schulen sind im Landesteil Schleswig bekanntermaßen sehr vielfältig.

Vielmehr wird die Minderheit von Jensen als ein relativ geschlossener und auf Dänemark bezogener Teil der Gesellschaft dargestellt, der den dänischen Phantomschmerz über einen verlorenen Teil Dänemarks verdeutlichen soll. Dabei hat sich der Autor nur oberflächlich und unhistorisch mit der schleswig-holsteinischen Geschichte und den Menschen und ihren Lebenswelten im Landesteil Schleswig auseinandergesetzt, stattdessen sucht er krampfhaft nach dänischen Spuren, in der Geschichte, in der Landschaft, den Städten und Dörfern, beim Essen und Trinken.

Im Vorwort schreibt der Autor, dieses Buch soll für die Dänen nördlich der Grenze ein Ausflug nach Südschleswig sein, ohne aus dem Sofa aufstehen zu müssen. Ein Ausflug in die Geschichte und in eine lange zurückliegende Identität, eine Zeitreise in Dänemarks und Deutschlands gemeinsame Geschichte. Diesem letzten Anspruch, das in Geschichte und Gegenwart zweifellos vorhandene Gemeinsame zu betonen, wird Jensen durch seinen bewusst dänischen Blickwinkel - und man muss zufügen, mit seiner feuilletonistischen Geschwätzigkeit - allerdings nicht gerecht.

Betrachtet man jedoch den Ansatz und die Idee des Buches, wünschte man sich einen solchen Ausflug in die Geschichte Nordschleswigs und seiner deutschgesinnten Einwohner, was ja auch zu dieser gemeinsamen Vergangenheit des ehemaligen Herzogtums Schleswig gehört, in ähnlicher Form - nur eben ohne diesen nationalen Standpunkt, wie er hier für Südschleswig eingenommen wird - für ganz viele Leser in Schleswig-Holstein und Deutschland.

Frank Lubowitz

2016-2018 erschienene schleswig-holsteinische Ortsgeschichten mit Nachträgen

Alkersum/Föhr

Alkersum auf Föhr. Ein nordfriesisches Inseldorf und seine Geschichte. Husum: Husum, 2018. 415 S.

Bohnert

Edith Grünauer: Chronik der Gemeinde Kosel mit ihren Dörfern Kosel, Bohnert, Missunde und Weseby. Kosel: Gemeinde Kosel, 2016. 390 S.

Bollingstedt

Chronik Bollingstedt. Bd. 1: Die Geschichte von Bollingstedt und Gammellund, Bd. 2: Gebäude- und Familienchronik Bollingstedt und Gammellund. Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, 2018. 939 S.

Eggstedt

Chronik der Gemeinde Eggstedt. Eggstedt: Gemeinde Eggstedt, 2017. 615 S.

Esgrus

Vollertsen, Hermann: Chronik des Kirchspiels Esgrus. Bd. 3: Hrsg. im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft Kirchspielchronik Esgrus. Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, 2016. 622 S.

Fitzbek/Holstein

Julian Freche: Fitzbek in Holstein – Geschichte eines Dorfes im Wandel der Zeit. Hrsg. von Oliver Auge, im Auftrag der Gemeinde Fitzbek. Kiel: Solivagus Verlag, 2016. 344 S. (Nordelbische Ortsgeschichten; 4)

Gammellund

Chronik Bollingstedt. Bd. 1: Die Geschichte von Bollingstedt und Gammellund, Bd. 2: Gebäude- und Familienchronik Bollingstedt und Gammellund. Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, 2018. 939 S.

Hennstedt

Hennstedt. Kreis Steinburg : 650 Jahre in historischer Rückschau. Hrsg. von *Oliver Auge* im Auftrag der Gemeindevertretung Hennstedt ; mit Beiträgen von *Bernd Burbaum, Frederieke Maria Schnack, Lisa Kragh* und *Karen Bruhn*. - Kiel : Solivagus-Verlag, 2018. 415 S. (Nordelbische Ortsgeschichten; 5)

Karby

Thomas Becker/Sylvia Palenczat: Chronik der Gemeinde Karby 2017. Karby : Selbstverlag Gemeinde Karby, 2017. 704 S.

Kosel

Holger Hammon: Die Gemeinde Kosel in vor- und frühgeschichtlicher Zeit. Eckernförde: Holger Hammon, 2015. 52 S.

Kosel

Edith Grünauer: Chronik der Gemeinde Kosel mit ihren Dörfern Kosel, Bohnert, Missunde und Weseby. Kosel : Gemeinde Kosel, 2016. 390 S.

Missunde

Edith Grünauer: Chronik der Gemeinde Kosel mit ihren Dörfern Kosel, Bohnert, Missunde und Weseby. Kosel : Gemeinde Kosel, 2016. 390 S.

Morsumkoog

Karl-Ludwig Petersen: 150 Jahre Morsumkoog 1866-2016. Bd. 1: Hüttenweg, Edomsharder Weg, Jebeweg. Husum: Eigenverlag Karl-Ludwig Petersen, 2016. 470 S.

Morsumkoog

Karl-Ludwig Petersen: 150 Jahre Morsumkoog 1866-2016. Bd. 2: Morsumkoogstraße, Tegelistraat, Beltring, Lithweg. Husum: Eigenverlag Karl-Ludwig Petersen, 2016. 470 S.

Morsumkoog

Karl-Ludwig Petersen: 150 Jahre Morsumkoog 1866-2016. Bd. 3: England - Moordeich-Kamerun. Husum: Eigenverlag Karl-Ludwig Petersen, 2016. 483 S.

Morsumkoog

Karl-Ludwig Petersen: 150 Jahre Morsumkoog 1866-2016. Bd. 4: Süderhafen - Heverweg - Morsumhafen. Husum: Eigenverlag Karl-Ludwig Petersen, 2016. 466 S.

Munkbrarup

Frenz Stüdtje: Die Chronik des Kirchspiels Munkbrarup. Bd. 4: Gemeinde Munkbrarup. Unter Mitwirkung von *Walter Brogmus*. Munkbrarup: Kirchspielarchiv Munkbrarup e. V., 2016. 471 S.

Norderstapel

Kurt Braue/Elke Schmidt: Norderstapel gestern und heute. Norderstapel: Arbeitsgruppe Chronik Norderstapel, 2015. 156 S.

Nordstrand

Karl-Ludwig Petersen: 650 Jahre Nordstrand. Husum: Eigenverlag Karl-Ludwig Petersen, 2016. 609 S.

Nortorf

Nortorf im Mittelpunkt. 100 Jahre Stadtgeschichte. Hrsg.: *Oliver Auge*. Mit Beiträgen von *Julian Freche*, *Martin Göllnitz* und *Matthias Jürgensen*. Kiel: Solivagus-Verl., 2015. 314 S. (Nordelbische Ortsgeschichten; 2)

Oersberg

Chronik der Gemeinde Oersberg. Oersberg : Gemeinde Oersberg, 2016. 400 S.

Oldenswort

Die Chronik von Oldenswort. Teil 2: Häuser und Höfe. Oldenswort: Gemeinde Oldenswort, 2017. 216 S.

Pöschendorf

Michael Bellmann: Pöschendorf. Das christliche Urdorf in Holstein? Versuch einer Chronik. Bd. 1-2. Pöschendorf : M. Bellmann, 2015-2017. 244, 449 S.

Stein

777 Jahre Stein. Hrsg. von der Gemeinde Stein in der Probstei ; mit Beiträgen von *Günther Aldag*, *Peter Dieterich*, *Klaus Hergeröder* [und 7 weiteren]. Hamburg: Koehler, 2017. 192 S.

Uphusum

Gudrun Andersen/Karin Japsen/Albert Panten: Chronik der Gemeinde Uphusum, Gudrun Andersen. Uphusum: Gemeinde Uphusum, 2016. 539 S.

Wallen

Chronik von Wallen. Arbeitsgruppe "Wallener Chronik". Berlin: Pro Business, 2017. 119 S.

Weseby

Edith Grünauer: Chronik der Gemeinde Kosel mit ihren Dörfern Kosel, Bohnert, Missunde und Weseby. Kosel: Gemeinde Kosel, 2016. 390 S.

Wolmersdorf

Sylvia Pögel: Wolmersdorf. Geschichte und Erzählungen. Wolmersdorf: Gemeinde Wolmersdorf, 2016. 267 S.

7. Personengeschichte

Peter Mathews, Harro Harring – Rebell der Freiheit. Die Geschichte des Dichters, Malers und Revolutionärs 1798-1870. Berlin, München: Europa Verl., 2017. 447 S.

Harro Harring gehörte zu den bemerkenswertesten politischen Gestalten seiner Zeit. So urteilte der im Jahr 2000 verstorbene israelische Historiker Walter Grab, ein herausragender Kenner der freiheitlichen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts. Damals übertraf der nordfriesische „Odysseus der Freiheit“ zeitweise alle anderen politischen Persönlichkeiten Schleswig-Holsteins an Popularität oder doch Bekanntheit. Wie in einem Brennglas sammelten sich in seinem Leben wichtige politische und geistige Strömungen. An vielen Brennpunkten des Geschehens in mehreren Staaten Europas und Amerikas war er zugegen.

In vielen Ideen war er seiner Zeit voraus, etwa wenn er sich – bereits vor über 150 Jahren – einsetzte für die demokratische Republik, menschliche Grundrechte, die Gleichberechtigung der Frau, eine Vereinigung der freien Staaten Europas und einen Völkerbund. Ein Leben lang wurde er oder fühlte er sich gejagt und bedrängt von Regierungen, Polizisten und Spitzeln: „... belastet mit Fluch und Bann der Fürsten von Gottes Gnaden – gejagt gleich einem verwundeten Reh von Land zu Land“, wie er selbst schrieb. Der abenteuerliche Lebensweg des friesischen Freiheitsfanatikers war eine nahezu ununterbrochene Kette von Enttäuschungen und Niederlagen, doch immer aufs Neue setzte er sich für seine Ideale ein.

Mit dem Buch von Peter Mathews liegt die erste umfassende Biografie über Harro Harring vor. Der Autor, 1951 in Bremerhaven geboren, studierte nach einer Lehre zum Industriekaufmann in Hamburg und wurde Diplom-Volkswirt. 20 Jahre lang war er Werbeleiter, Lektor, Verlagsleiter und Mitglied der Geschäftsführung bei den Rowohlt Verlagen. Seit 2008 lebt er als freier Publizist in Berlin. Im Jahr 1998 wurde er durch einen Zeitungsbericht auf den Nordfriesen aus Wobbenbüll aufmerksam. Das Nordfriisk Instituut erinnerte damals, 150 Jahre nach dem Ereignis, an Harrings „Rede an die Nordfriesen“ auf dem Bredstedter Marktplatz.

Mathews fing Feuer, begann zu recherchieren. „In der Folge erschien es mir, als hätte nicht ich Harring, sondern er mich gefunden“, sagte Mathews in einem Interview mit der Zeitschrift „Nordfriesland“, und weiter: „Da war plötzlich eine Figur, die keinen formenden Autor, sondern einen Chronisten suchte. Und was ich [...] über ihn herausfand, überstieg meine Fantasie. Es schien, als würde der Mann vom Ibenshof in Wobbenbüll die Kämpfe und Ideen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in seiner Person versammeln.“ Tatsächlich ist dieses Buch nicht nur eine Lebensbeschreibung, sondern zugleich ein farbiges Bild des Vormärz.

Das Buch bietet fesselnde Lektüre. Mathews hat zahlreiche Romane, Krimis, Sachbücher und Drehbücher geschrieben. Das kommt der Biografie über Harro Harring durchaus zugute, sie liest sich stellenweise spannend wie ein Krimi, ist abgefasst fast wie ein Roman. Hierin liegt indes auch ein Problem, denn nicht immer ist klar, ob es sich nun um einen historischen Roman oder um eine wissenschaftliche Arbeit handelt. Die Aussagen werden sehr häufig nicht belegt, und nicht immer kann man bei der Lektüre sicher sein, ob es sich um geschichtliche Wirklichkeit oder fantastische Zugaben des Autors handelt. So erfindet er auch manche Dialoge. Mathews hat in Archiven des In- und Auslandes geforscht. Eine wichtige Ba-

sis bildeten die Mitteilungen der Harro-Harring-Gesellschaft. Die 1981 gegründete Gesellschaft wurde 2015 aufgelöst, weil die wichtigsten Ziele als erreicht gelten konnten. Das Archiv befindet sich im Nordfriisk Instituut. Die Mitteilungshefte sind auch im Internet einsehbar.

Ein wichtiges Kapitel bildet in Mathews' Biografie Harrings Auftritt 1848 in Bredstedt. In jener Rede sprach er sich als Erster – und fast als Einziger – für einen nordfriesischen Freistaat aus. Nicht selten ist er deshalb als Wirrkopf oder Spinner bezeichnet worden. Bemerkenswert ist indes, dass Haring darin schon damals den Friesen neben den Deutschen und Dänen einen Eigenwert zumaß. Er wollte die seit dem Mittelalter immer wieder beschworene friesische Freiheit in die Tat umsetzen. Den Deutschen und Dänen traute er das nicht zu, sie waren in seinen Augen zu monarchiehörig, wohl aber seinen Friesen, auf deren Tradition er sich bezog. Sie sollten „keine Obrigkeit anerkennen als diejenige, welche das Volk aus seiner Mitte wählte – keinen Adel über sich und keine Unfreie unter sich!“ Bemerkenswert ist auch, dass Haring in seiner Rede bereits vor dem „Strudel des giftig empor-schäumenden Nationalhasses“ warnte. Die in Bredstedt versammelte Volksmenge löste sich allerdings „ohne Äußerungen enthusiastischer Begeisterung“ auf, wie es in einem zeitgenössischen Bericht hieß. Haring war tief enttäuscht: „Ich bin zurückgekehrt zum Heimatstrande / Und finde keine Glut auf eig'nem Herd.“ An anderer Stelle schrieb er: „Jedoch verzeiht, wenn ich bei Euch, Ihr Friesen! / Republikanische Gesinnung suchte. / Es hat als Missverständnis sich erwiesen.“

Peter Mathews zitiert diese Gedichte nicht. Die Nordfriesen „waren zufrieden, wenn man sie in Ruhe ließ“, resümiert er, wohl zutreffend. Weiter schreibt er: „Sie kannten die Dänenherrschaft, die sie oft genug geknechtet und diskriminiert hatte.“ Hier ist er Hörensagen aufgesessen. Man hätte sich eine eingehendere und differenzierte Darstellung gewünscht. Es fehlt die Vorgeschichte, es fehlt eine Einordnung in die Historie Nordfrieslands. Leider war ihm die grundlegende Darstellung Johannes Jensens über „Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts“ nicht bekannt.

Nach dem Fehlschlag 1848 in Nordfriesland setzte sich Harrings Odyssee fort. Er litt zeitweise bittere Not. Niemand anderes als der damalige Husumer Landvogt Theodor Storm setzte sich 1867 dafür ein, „dem alten müden Abenteurer die Rückkehr und das Grab in der Heimat“ zu gestatten, was Mathews indes nicht erwähnt. Immer öfter verfiel Haring in Wahnvorstellungen. Während der letzten beendete er auf der Kanalinsel Jersey in der Nacht zum 15. Mai 1870 sein Leben, indem er sich seinen Dolch ins Herz stieß – wahrscheinlich war es jener, den er am Ende seiner Rede in Bredstedt gezogen hatte.

Mathews liefert eine farbenfrohe Lebensbeschreibung des Nordfriesen aus Wobbenbüll. Manchmal identifiziert er sich indes zu sehr mit ihm, und zu oft weiß man nicht genau: Stammt das nun von Haring, den er zumeist nur „Harro“ nennt, oder von Mathews? Trotz dieser Schwächen ist es sehr zu begrüßen, dass der Nordfriese aus Wobbenbüll durch diese Biografie über die Region hinaus bekannter wird.

Thomas Steensen

8. Autoren und Titelregister

<i>Auge/Hillebrand</i> , Klöster in Schleswig-Holstein	343
<i>Bohn/Danker</i> , Vom Matrosenaufstand in Kiel zur Deutschen Revolution	287
<i>Bongermينو</i> , „Sette ik min Testamentum“. Kiels spätmittelalterliche Testamente als Quellen zur Erforschung einer Kleinstadt	330
<i>Bruhn</i> , Das Kieler Kunsthistorische Institut im Nationalsozialismus	355
Garnisonsgeschichte der Stadt Rendsburg	377
<i>Göllnitz</i> , Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel	327
Hansischer Handel im Strukturwandel vom 15. zum 16. Jahrhundert	335
<i>Hartmann</i> , Die Lübecker Landwehren im Mittelalter u. in der Frühen Neuzeit	373
In Druck und auf Sendung. Schleswig-Holsteins Medienlandschaft 1955–2000	358
<i>Jensen</i> , Kiel im Zeitalter der Weltkriege. Fotografierte Stadt- und Zeitgeschichte 1914 bis 1955	364
<i>Jensen</i> , Sydslesvig. Steder og mennesker	382
<i>Jones</i> , Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik	287
<i>Karpf</i> , Der Warleberger Hof. Die Geschichte eines Kieler Baudenkmals	362
<i>Kiebert</i> , Der neue Weg. Zur Geschichte des Hindenburgdamms	339
Kiel und die Marine 1865–2015	367
<i>Klatt</i> , Süderoog. Hallig im Wattenmeer	378
<i>Lübcke</i> , Revolution in Kiel! Das geschah im November 1918	287
Luthers Norden	349
<i>Mager</i> , Der Zar aus Schleswig-Holstein. Zar Peter III. als Landesherr von Holstein im Spiegel historischer Dokumente	315
<i>Mathews</i> , Harro Haring – Rebell der Freiheit	387
<i>Meisterjahn</i> , Der historische Luftbildatlas Dithmarschen	305
Mythos Hammaburg	360
Nazismen, universiteterne og videnskaben i Danmark	352
Nationale Minderheiten. Beiträge zum 9. Internationalen Ferdinand-Tönnies-Symposium	342

<i>Niess</i> , Die Revolution von 1918/19	318
<i>Peters</i> , Kriminalität und Strafrecht in Kiel im ausgehenden Mittelalter	332
<i>Rackwitz</i> , Kiel 1918. Revolution - Aufbruch zu Demokratie und Republik	287
<i>Rasmussen</i> , Hertuggodser	334
Regesten Kaiser Friedrichs III. (1440-1493)	306
<i>Riis</i> , Die großen Agrarreformen in Schleswig-Holstein	336
Schleswig-Holstein - contested region(s) through history	312
<i>Schwarz</i> , Adel - Bauern - Bürger. Lokalgeschichte und Landesgeschichte. Bd. 2	308
<i>Sørensen</i> , Østergård - vikingetid & middelalder.	375
<i>Sterum</i> , Løgum-kloster, slot og by. „Pionerer i ødemarken“	346
Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918	287, 320
<i>Witt</i> , 125 Jahre Deutscher Marinebund	309

9. Verzeichnis der Rezensenten

Ahlers, Dr. Jens Roggenkamp 8, 24768 Rendsburg	364
Auge, Prof. Dr. Oliver Historisches Seminar, Universität Kiel Olshausenstr. 40, 25098 Kiel	306
Beuckers, Prof. Dr. Gereon Kunsthistorisches Institut, Universität Kiel Olshausenstr.40, 25098 Kiel	363
Carl, Dr. Rolf-Peter Am Dom 15, 24109 Melsdorf	320
Diercks, Prof. Dr. Willy Stadtweg 59/61, 24837 Schleswig	308
Elkar, Prof. Dr. Rainer Eichwiese 5, 57234 Wilnsdorf	327
Göllnitz, Dr. Martin Philipps-Universität Marburg, Institut für Hessische Landesgeschichte, Wilhelm-Röpke-Str. 6c 35032 Marburg	352
Hartwig, Dr. Dieter Im Brauereiviertel 19, 24188 Kiel	309

Besprechungen und Hinweise	391
Hillebrand, Dr. Katja	346
Historisches Seminar, Universität Kiel Olshausenstr.40, 24098 Kiel	
Hinrichsen, Nils	339
Alt Segeberger Bürgerhaus Lübecker Str. 15 (Post 10a), 23795 Bad Segeberg	
Kraack, Prof. Dr. Detlev	312, 330, 332, 349, 360
Seestraße 1, 24306 Plön	
Larsson, Prof. Lars Olof	355
Rotenbek 20, 24107 Kiel	
Lubowitz, Frank M.A.	342, 382
Claedenstr. 9, 24943 Flensburg	
Magnussen, Stefan	334, 375
Universität Leipzig, Historisches Seminar Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig	
Mehlhorn, Dieter	343
24106 Kiel, Feldstr. 239	
Meier, Dr. Dirk	378
Nordstrander Str. 3, 25764 Wesselburen	
Momsen, Dr. Ingwer E.	305
An den Eichen 30a, 24248 Mönkeberg	
Schlürmann, Dr. Jan	377
Schlieffenallee 2, 24105 Kiel	
Seggern, Prof. Dr. Harm von	337
Historisches Seminar, Universität Kiel Olshausenstraße 40, 24098 Kiel	
Stensen, Prof. Dr. Thomas	356, 387
Osterende 22a, 25813 Husum	
Trautmann, Tatjana	315
Theodor-Storm-Str. 2, 25451 Quickborn	
Wendt, Stephan	367
Holtenuauer Str. 242, 24106 Kiel	
Wulf, Prof. Dr. Peter	318, 336
Nierott 46, 24214 Gettorf	
Zangel, Frederic	373
Historisches Seminar, Universität Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel	

Verzeichnis der Siglen und Abkürzungen

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AfA	Archiv für Agrargeschichte der holsteinischen Elbmarschen
AFS	Archiv der Ferring-Stiftung, Alkersum/Föhr
AKG	Archiv für Kulturgeschichte
AHL	Archiv der Hansestadt Lübeck
AKENS	Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V.
AM	Altonaischer Mercurius / Altonaer Merkur
AN	Altonaer Nachrichten
APD	Acta Pontificum Danica
AStKG	Archiv für Staats- und Kirchengeschichte der Herzogthümer Schleswig, Holstein, Lauenburg und der angrenzenden Länder und Städte
BAOR	British Army of the Rhine
BArch	Bundesarchiv, Berlin bzw. Koblenz
BAMA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i. Br.
BBC	British Broadcasting Corporation
BDC	Berlin Document Center
BDL	Berichte zur deutschen Landeskunde
BdO	Befehlshaber der Ordnungspolizei
Ber. Ver. Stände-	Bericht über die Verhandlungen der Vereinigten
versammlung	Ständeversammlung (1848)
BHE	Berlin-Hamburger-Eisenbahn-Gesellschaft
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BlldtLg	Blätter für deutsche Landesgeschichte
BlIPC	Schleswig-Holsteinische Blätter für Polizei und Cultur
BSt	Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte
CAU	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
CCRH	Corpus Constitutionum Regio-Holsaticarum
CDU	Christlich Demokratische Union
Chron. Slg.	Chronologische Sammlung
C. I. C.	Civilian Internment Camp
CNBLP	Landvolkpartei (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei)
CSS	Corpus Statutorum Slesvicensium
DA	Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters
DAA	Danmarks Adels Aarbog
DAF	Deutsche Arbeitsfront

DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie
DBL	Dansk Biografisk Leksikon
DC	Deutsche Christen
DD	Diplomatarium Danicum
DDP	Deutschen Demokratische Partei
DEK	Deutsche Evangelische Kirche (1933-1945 eine Vereinigung der damals 28 deutschen evangelischen Landeskirchen)
DG	Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein
DHT	(Dansk) Historisk Tidsskrift
DipFL I/II	Diplomatarium Flensburgense. Samling af Aktstykker til Staden Flensborgs Historie indtil Aaret 1559, hrsg. von H. C. P. Sejdelin, Bd. I-II. Kopenhagen 1865-1873
DM	Danske Magazin
DMR	Danske middelalderlige regnskaber
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DRA	Deutscher Reichsausschuss für Leibesübungen
DSHP	Deutsch-Schleswig-Holsteinische Partei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DWKIM	Deutsche Wissenschaftliche Kommission für Internationale Meeresforschung
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
EZA	Evangelisches Zentralarchiv, Berlin
FJbSH	Familienkundliches Jahrbuch Schleswig-Holstein
FN	Flensburger Nachrichten
FO	Foreign Office
FZH	Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg
GDC	Glaubensbewegung Deutscher Christen
GehStAPK / auch GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
GFH	Grenzfriedenshefte
GSHG	Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
Hamb. UB	Hamburgisches Urkundenbuch
Hans. UB	Hansisches Urkundenbuch
HAT	Hamburger Tageblatt
HC	Holsteinischer Courier
HE	Hamburger Echo
HGbl	Hansische Geschichtsblätter
HGH	Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter
HR	Hanserezeesse
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
HZ	Historische Zeitschrift
ICES	Internationaler Rat für Meeresforschung
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München

IGL	Internationales Germanistenlexikon 1800-1850, hrsg. von Chr. König u. a., Bde. I-III. Berlin/New York 2003
ISHZ	Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte
IZRG	Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte
Jb. Angeln	Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln
Jb. Eckernförde	Jahrbuch der Heimatgemeinschaft Eckernförde
Jb. Eutin	Jahrbuch für Heimatkunde Eutin
Jb. Geest	Jahrbuch für die Schleswigsche Geest
Jb. Nordfriesland	Nordfriesisches Jahrbuch
Jb. Oldenburg	Jahrbuch für Heimatkunde Oldenburg/Ostholstein
Jb. Pinneberg	Jahrbuch für den Kreis Pinneberg
Jb. Plön	Jahrbuch für Heimatkunde im Kreis Plön
Jb. Rendsburg	Rendsburger Jahrbuch
Jb. Segeberg	Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Segeberg
Jb. Steinburg	Steinburger Jahrbuch
Jb. Stormarn	Jahrbuch für den Kreis Stormarn
JbbLK	Jahrbücher für die Landeskunde der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg
JbNfi	Jahrbuch des Nordfriesischen Instituts
JbNfV	Jahrbuch des Nordfriesischen Vereins für Heimatkunde und Heimatliebe
KA	Kreisausschuss
KB	Det Kongelige Bibliotek, Kopenhagen
KBll	Kieler Blätter
KBllV	Kieler Blätter zur Volkskunde
KCBl.	Kieler Correspondenzblatt
KdF	Kraft durch Freude (NS-Organisation)
KDO	Kommandeur der Ordnungspolizei
KGS	Kieler Geographische Schriften
KGVOBl.	Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt für den Amtsbezirk des königlichen evangelisch-lutherischen Konsistoriums
KiZ	Kieler Zeitung
KNN	Kieler Neueste Nachrichten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KrA	Kreisarchiv
LAAa	Landsarkivet for Sønderjylland, Apenrade
LASH	Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig
LBE	Lübeck-Büchener-Eisenbahn
LbgH	Lauenburgische Heimat
LHA Schwerin	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Schwerin
LKAK	Landeskirchliches Archiv der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland, Kiel
LL	Lauenburgische Landeszeitung
LPSH/F	Liberale Partei in Schleswig-Holstein/Fortschrittspartei

LSAK	Lübecker Schriften zur Archäologie und Kulturgeschichte
LZ	Lauenburgische Zeitung
MA	Magistratsarchiv
MCV	Mitteilungen des Canal-Vereins
MGH DD	Monumenta Germaniae Historica: Diplomata
MGH Dt.	Chron. Monumenta Germaniae Historica, Deutsche Chroniken
MGH LL	Monumenta Germaniae Historica: Leges
MGH Script. rer. Germ.	Monumenta Germaniae Historica: Scriptorum rerum Germanicarum in usum scholarum
MGH SS	Monumenta Germaniae Historica: Scriptorum
MJB	Mecklenburgische Jahrbücher
MKStG	Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte
MSHG	Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
MStGB	Millitär-Strafgesetzbuch
MUB	Mecklenburgisches Urkundenbuch
MZ	Möllner Zeitung
NASt	Nordalbingische Studien
NDB	Neue Deutsche Biographie
NE	Nordelbingen
NEK-Archiv	Archiv der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche
N. F.	Neue Folge
NHT	(Norsk) Historisk Tidsskrift
NL	Nachlass
NLB	Neue Lübeckische Blätter
NN	Norddeutsche Nachrichten
NPEA	Nationalpolitischen Erziehungsanstalt
NR	Nordische Rundschau
NPB	Neue Schleswig-Holsteinische Provinzialberichte
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps (1931-1945)
NSLB	NS-Lehrerbund
NStM	Neues Staatsbürgerliches Magazin
NT	Neustädter Tageblatt
OHTB	Ostholsteinisches Tageblatt
OL	Oldesloer Landbote
OW	Officielles Wochenblatt [Lauenburg]
PB	Schleswig-Holsteinische Provinzialberichte
PhilFak	Philosophische Fakultät
PLA Greifswald	Pommersches Landesarchiv Greifswald
PrLT	Provinzial Landtag
PrMWKV / auch PrMK	Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (seit 1918 Bezeichnung für das Kultus- ministerium)

ProvLTW	Provinzial-Landtags-Wahlen
PT	Personalthistorisk Tidsskrift
PUB	Pommersches Urkundenbuch
QuFGSH	Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins
QuSHLG	Quellensammlung der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAF	Royal Air Force
RAK	Reichsarchiv/Rigsarkivet, Kopenhagen
Rep.	Repertorium diplomaticum regni Danici mediaevalis
Reg. dipl. hist. Dan	Regesta diplomatica historiae Danicae
REM	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RGBI	Reichsgesetzesblatt
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart
RM	Reichsmark
RMVP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RT	Reichstag/Reichstags-
Rthlr. L. M.	Reichsthaler Lauenburger Mark
RTW	Reichstagswahl(en)
Rundbrief	Rundbrief des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins
SA	Schutzabteilung (paramilitärische NS-Organisation)
SFSt	Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte
SHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SHAN	Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig
SHB	Schleswig-Holsteiner-Bund
SHBL	Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck (Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon)
SHLB	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel
SHLP	Schleswig-Holsteinische Liberale Partei / Schleswig-Holsteinische Landespartei
SHRU	Schleswig-Holstein(-Lauenburg)ische Regesten und Urkunden
SHT	(Svensk) Historisk Tidsskrift
SHTZ	Schleswig-Holsteinische Tageszeitung
SHUS	Urkundensammlung der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte
SHVZ	Schleswig-Holsteinische Volkszeitung
SHZ	Schleswig-Holsteinische Zeitung
SKTB	Segeberger Kreis- und Tageblatt
SKL	(deutsche) Seekriegsleitung

SN	Schwarzenbeker Nachrichten
SøÅ	Sønderjyske Årbøger
SøM	Sønderjysk Månedsskrift
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRD	Scriptores rerum danicarum
SS	Schutzstaffel (paramilitärische NS-Organisation)
SSHKG	Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte
SSV	Südschleswigscher Verein
StA	Staatsarchiv/Stadtarchiv
StDR	Statistik des Deutschen Reichs
StM	Staatsbürgerliches Magazin
SUB	Staats- und Universitätsbibliothek
SVK	Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins
SWSG	Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins
Syst. Slg.	Systematische Sammlung
UA	Universitätsarchiv
UB	Universitätsbibliothek/Urkundenbuch
UB Kiel	Universitätsbibliothek Kiel
UBBL	Urkundenbuch des Bistums Lübeck
UBStL	Urkundenbuch der Stadt Lübeck
US	ungültige Stimmen
u. s. f.	und so fort (u. s. w. / und so weiter)
VB	Volksbegehren
VE	Volksentscheid
VEG	Gesetz über den Volksentscheid
VLAS	Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs
VSHUG	Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Westphalen	Monumenta inedita. Hrsg. von E. J. v. Westphalen
WB	Wahlberechtigte
Wbet	Wahlbeteiligung
z. D.	zur Disposition
ZEW	Zwischen Eider und Wiedau
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZHG	Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte
ZK	Zentralkomitee
ZLGA	Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde
ZRG GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
ZSHG	Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Richtlinien zur Manuskriptgestaltung

Um eine einheitliche Gestaltung der Beiträge zu gewährleisten, werden die Autoren in Anlehnung an die *Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* gebeten, folgende Konventionen zu beachten:

Gestaltung des Manuskripts

Das Manuskript sollte in Dateiform (als anhängendes Dokument per E-Mail) eingereicht werden.

Der Text ist linksbündig (also kein Blocksatz) nach den Duden-Richtlinien (neue Rechtschreibung) für das Maschineschreiben zu setzen und darf keine Silbentrennungen, Tabulatoren, Einzüge, unterschiedliche Schriftgrößen und Formatierungen enthalten. Die Verwendung der automatischen Fußnotenverwaltung ist erforderlich, die Verwendung von Druckformatvorlagen dagegen zu vermeiden.

Falls Abb. vorgesehen sind, bitte ich die Stellen zu kennzeichnen, an denen diese idealiter eingefügt werden sollen.

Gliederung des Manuskripts und Zitierweise

Das Manuskript besteht aus dem Textteil (mit Anmerkungen in Form von Fußnoten, in denen Kurztitel – Autorennachname, Titelschlagwort, Seitenzahl – verwendet werden, und einem Literaturverzeichnis für den gesamten Band; dort unterteilt in Quellen und Darstellungen, wobei die Quellen gegebenenfalls weiter in „Ungedruckte Quellen“ und „Gedruckte Quellen“ untergliedert werden. Am Ende des Bandes wird es eine Übersicht über die Autoren geben, deshalb am Ende der Datei bitte auch die vollständige Adresse und die E-Mail-Adresse aufführen. Die Untergliederung des Textes (z. B. die Zahl der Überschriftenebenen) bleibt dem Autor überlassen.

Zitate werden in Anführungszeichen, aber nicht kursiv gesetzt.

Die Fußnoten sind fortlaufend zu nummerieren, und die Fußnotenziffer steht immer hinter dem Satzzeichen.

Der Fußnotentext endet grundsätzlich mit einem Punkt. Die Verwendung von Tabulatoren in den Fußnoten ist zu vermeiden.

Quellen und Darstellungen werden in den Fußnoten in Kurzform zitiert (zu Kurztitel s. o. und auch weiter unten). Diese Kurzform wird im Literaturverzeichnis aufgelöst (siehe die Beispiele am Ende dieser Richtlinien). Es sind die am Ende jeder Zeitschrift aufgeführten Abkürzungen zu verwenden. Jeder Eintrag im Literaturverzeichnis endet mit einem Punkt.

Zitieren ungedruckter Quellen in den Fußnoten: Archiv (Bibliothek, Museum), Signatur. Im Literaturverzeichnis sollte darüber hinaus auch die Bezeichnung der übergeordneten Abteilung angegeben werden.

Zitieren gedruckter Quellen in den Fußnoten: Es ist ein geeigneter, verständlicher Kurztitel zu wählen. Im Literaturverzeichnis werden die Quellen in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Zitieren der Darstellungen in den Fußnoten: Nachname des Verfassers, Kurztitel, Seitenzahl. Mehrere Autoren eines Titels werden durch Schrägstrich getrennt. Mehrere Titel in einer Fußnote werden durch . – getrennt. Im Literaturverzeichnis werden die Autoren bzw. die Titel der verfassunglosen Schriften in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Beiträge in Handbüchern und Lexika werden unter dem Namen des Autors geführt.

Beispiele für Zitierweisen in den Fußnoten und ihre Auflösung im Literaturverzeichnis

In den Fußnoten:

- 1 LASH, Abt. 168, Nr. 300.
- 2 Augustenborgske Breve, S. 78. – Abgeänderte Satzungen, S. 2. – Einhard, cap. 33, S. 38.
- 3 Stoob, Dithmarschen, S. 73-76.
- 4 Lammers, Hemmingstedt, S. 29 f. – Hansen, Meldorf, S. 27 u. S. 34. – Hoffmann, Bornhöved, S. 11. – Ders., Schleswig und Holstein, S. 56 ff. – Kopitzsch, 18. Jahrhundert, S. 492.

Im Literaturverzeichnis:

Ungedruckte Quellen

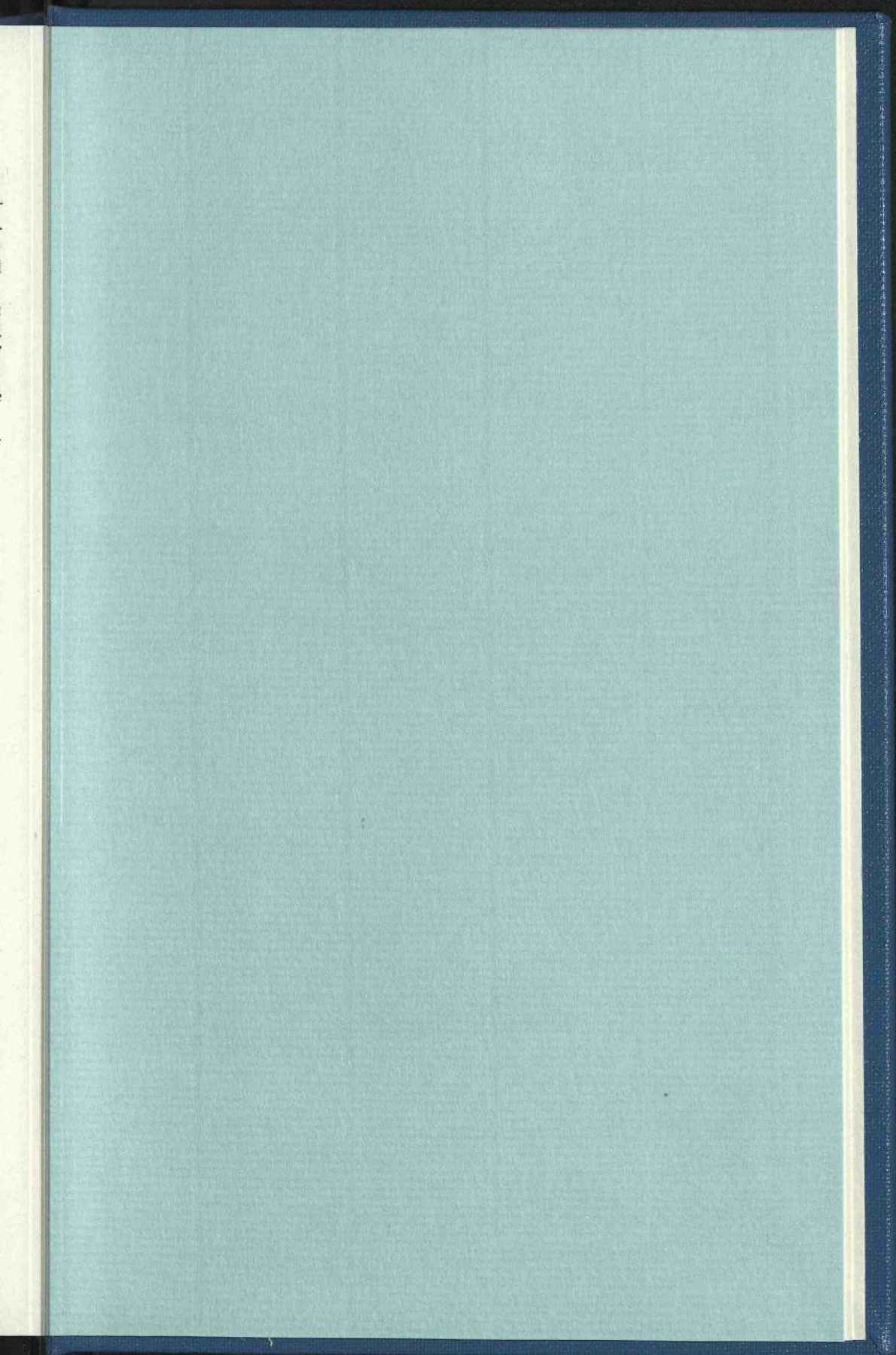
Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig [LASH]
Abt. 168, Ämter Gottorf und Hütten, Nr. 300.

Gedruckte Quellen

- Abgeänderte Satzungen des Eckernförder Gesangvereins. Eckernförde 1891.
Augustenborgske [Hertug Christian August og Prins Frederik Emil August af Augustenborg] Breve til J[ohann] G[under] Adler og P[eder] Hjort. Hrsg. von Axel Heils. In: DM R. 6, Bd. IV. Kopenhagen 1928, S. 76-211.
Einhardi vita Karoli Magni. Hrsg. von Oswald Holder-Egger. 6. Aufl., Hannover 1911 (MGH Script. rer. Germ., 25).

Darstellungen

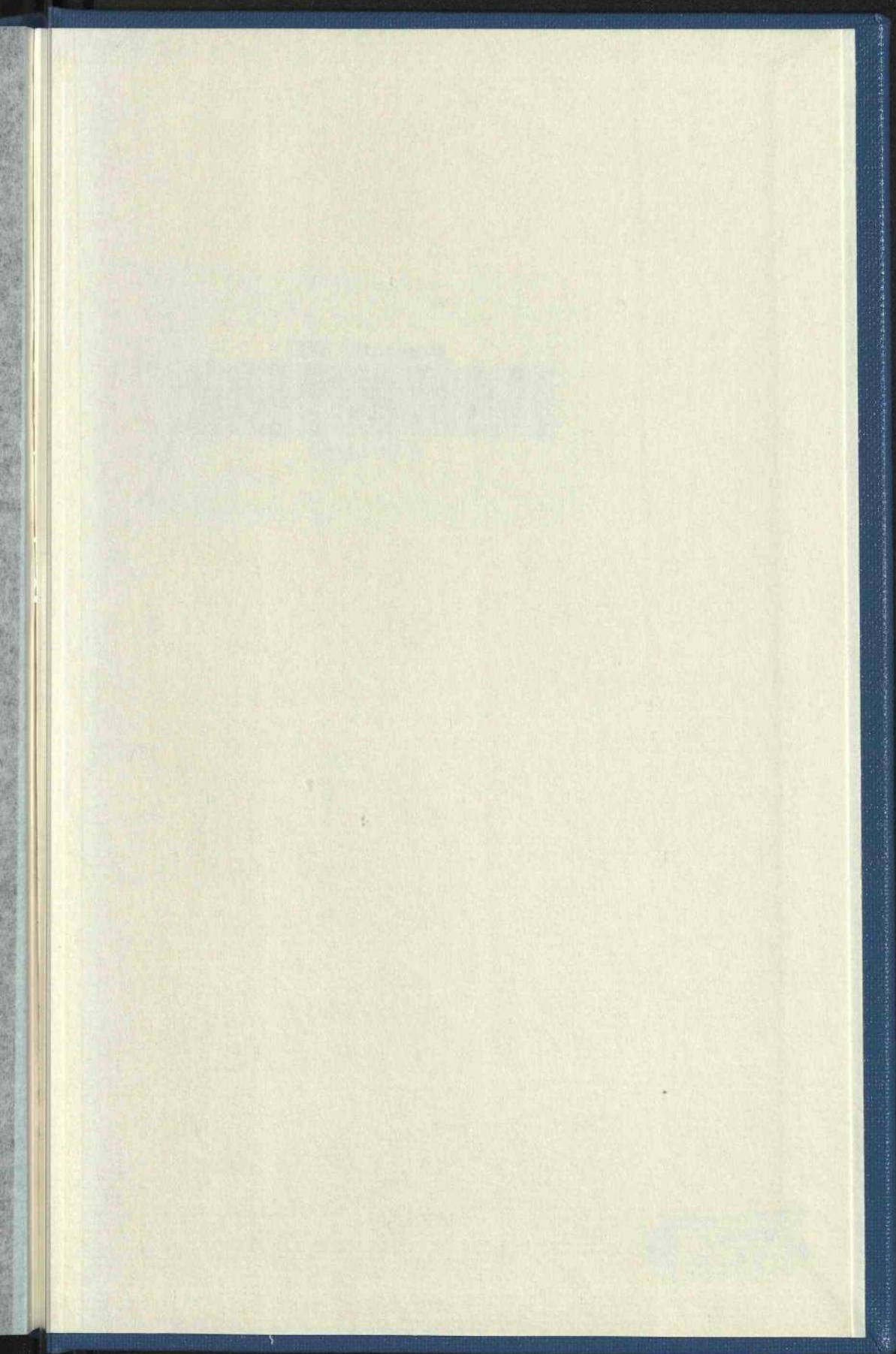
- Hansen, Nils: Meldorf 1900. Zum Alltags- und Mentalitätswandel in einer westholsteinischen Kleinstadt unter dem Einfluß der Industrialisierung (1869-1914). Neumünster 1993 (SVK, 29).
- Hoffmann, Erich: Die Bedeutung der Schlacht bei Bornhöved für die deutsche und skandinavische Geschichte. In: ZLGA 57 (1977), S. 9-37.
- Ders.: Schleswig und Holstein zur Zeit des Beginns der christlichen Mission. In: Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, Bd. 1, Anfänge und Ausbau, hrsg. vom Verein für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte. Neumünster 1977 (SSHKG, I 26), S. 15-61.
- Kopitzsch, Franklin: Das 18. Jahrhundert: Vielseitigkeit und Leben. In: Lübeckische Geschichte, hrsg. von Antjekathrin Graßmann. Lübeck 1988, S. 491-527.
- Lammers, Walther: Die Schlacht bei Hemmingstedt. Freies Bauerntum und Fürstenmacht im Nordseeraum. 2. Aufl., Heide 1982.
- Stoob, Heinz: Geschichte Dithmarschens im Regentenzeitalter. Heide 1959.

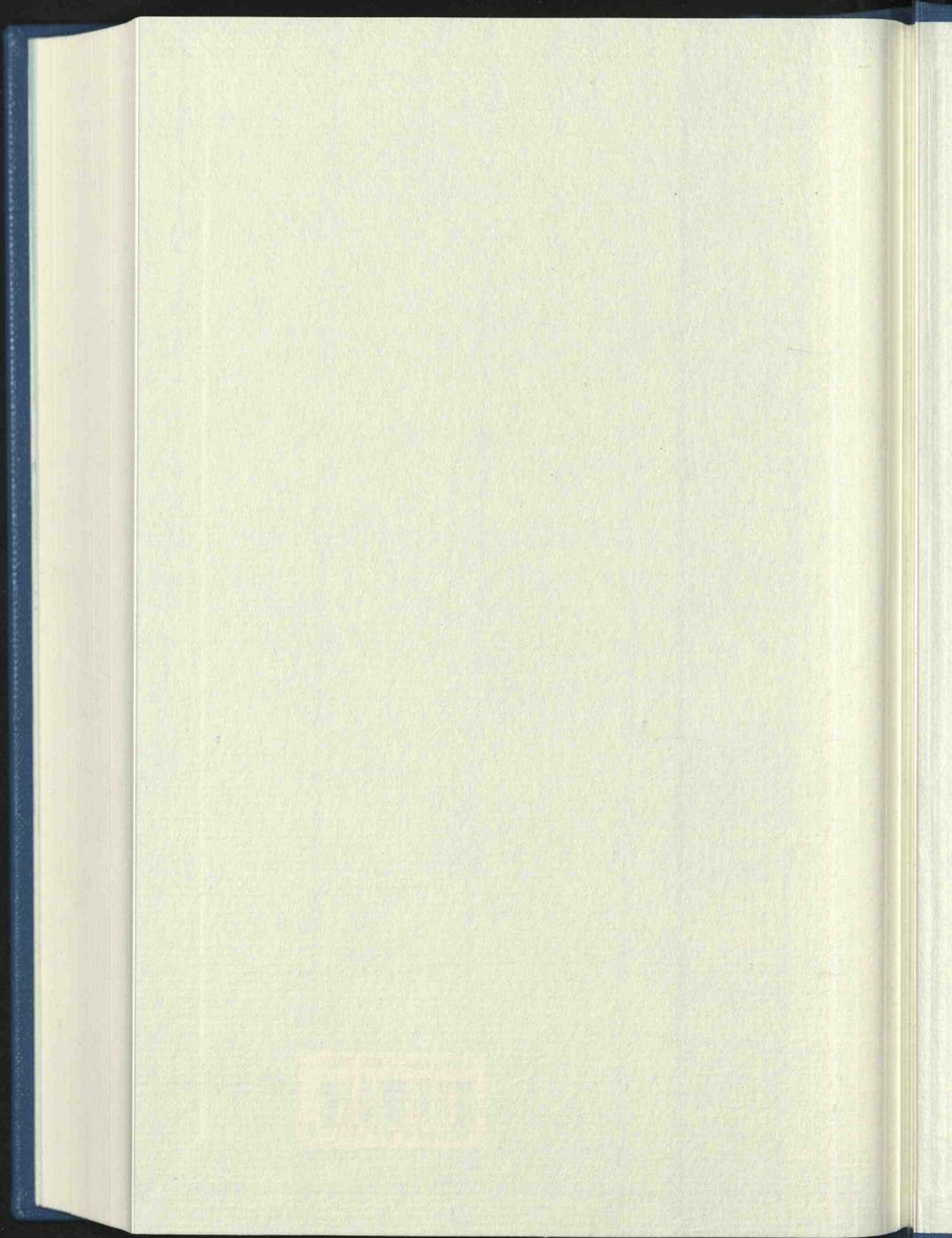


ISBN 978-3-7868-5603-0



9 783786 856030





SUB Hamburg



945841078



11 77 15 8403 714 523 707 7

A



731635